1926

Inhaltsverzeichnis

09.01.1926: Rede im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags 4

27.01.1926: Rede auf der Reichsgründungsfeier der DVP in München 10

28.01.1926: Reichstagsrede 17

31.01.1926: Rede vor Studenten in Dresden..... 23

01.02.1926: Rede auf dem Gesellschaftsabend der Liberalen Vereinigung in Berlin 26

03.01.1926: Rede vor der Presse in Berlin..... 28

08.02.1926: Antrag im Reichstag 33

09.02.1926: Reichstagsrede 34

10.02.1926: Rede in einer Ressortbesprechung 56

20.02.1926: Rede auf einem Kommers der Studentenschaft in Köln 58

13.03.1926: Rede vor der ausländischen Presse in Genf 64

17.03.1926: Rede vor Vertretern der ausländischen Presse in Genf..... 70

22.03.1926: Reichstagsrede 73

23.03.1926: Reichstagsrede 109

01.04.1926: Rede anläßlich einer Bismarckfeier in Annaberg 113

18.04.1926: Rede auf der Landesversammlung der DVP Württemberg in Stuttgart 115

26.04.1926: Rede vor der Presse in Berlin 125

01.05.1926: Rundfunkrede..... 136

03.05.1926: Rede bei einem Festbankett zu Ehren amerikanischer Hoteliers in Berlin 146

25.05.1926: Rede auf einem Kommers zu Ehren des Männergesangvereins Saarbrücken in Berlin 149

29.05.1926: Rede auf der DVP-Landesversammlung in Rostock 152

03.06.1926: Erklärung in einer Versammlung des Reichsausschusses für

Handel und Industrie der DVP in Erfurt 156

22.06.1926: Rede auf dem Empfangsabend des Deutschen Bühnenklubs anläßlich der 1. Internationalen Schauspielerkonferenz in Berlin 158

26.06.1926: Rede beim Stiftungsfest des Vereins der Auslandspresse in Berlin .. 165

06.07.1926: Rede vor dem Verein Deutscher Studenten in Berlin 170

19.08.1926: Vortrag in Heidelberg 204

26.08.1926: Rede im Auswärtigen Ausschuß 225

26.08.1926: Rede vor der Presse in Berlin 227

09.09.1926: Rede vor der ausländischen Presse in Genf 232

10.09.1926: Rede vor der Völkerbundsversammlung in Genf 234

10.09.1926: Rede bei dem Pressefrühstück der Vereinigung der internationalen Journalisten beim Völkerbund in Genf 241

14.09.1926: Rede vor Vertretern der englischen Presse in Genf 244

15.09.1926: Rede anläßlich einer Feier im Internationalen Arbeitsamt in Genf..... 250

16.09.1926: Rede bei einer vom Reichspressechef gegebenen geselligen Veranstaltung in Genf 254

17.09.1926: Rede vor der deutschen Presse in Genf 259

20.09.1926: Erster Redebeitrag im Völkerbundsrat in Genf 261

20.09.1926: Zweiter Redebeitrag im Völkerbundsrat in Genf 263

21.09.1926: Rede vor der deutschen Kolonie in Genf 266

22.09.1926: Rede vor Journalisten in Genf 274

01.10.1926: Rede und Diskussionsbeiträge im Zentralvorstand der DVP in Köln .. 279

02.10.1926: Rede auf dem Parteitag der DVP in Köln 314

02.10.1926: Rede auf dem Festabend des Parteitags der DVP in Köln 338

05.10.1926: Rede auf der Hauptversammlung des Gustav-Adolf-Vereins in Düsseldorf 340

07.10.1926: Erster Teil der Rede im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags..... 342

07.10.1926: Zweiter Teil der Rede im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags..... 348

02.11.1926: Rede im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags 357

20.11.1926: Rede vor DVP-Mitgliedern in Hamburg..... 361

22.11.1926: Erklärung im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags 364

23.11.1926: Reichstagsrede 366

30.11.1926: Rede im Haushaltsausschuß des Reichstags 384

02.12.1926: Redebeiträge in der Ministerbesprechung 386

06.12.1926: Redebeiträge im Gespräch mit den Vertretern der Locarno-Mächte in Genf 389

09.12.1926: Erster Redebeitrag im Völkerbundsrat in Genf 396

09.12.1926: Zweiter Redebeitrag im Völkerbundsrat in Genf 398

10.12.1926: Erklärung vor der Presse in Genf 402

10.12.1926: Redebeiträge im Gespräch mit den Vertretern der Locarno-Mächte in Genf 404

11.12.1926: Redebeiträge im ersten Gespräch mit den Vertretern der Locarno-Mächte in Genf 408

11.12.1926: Rede im Völkerbundsrat in Genf 411

11.12.1926: Redebeiträge im zweiten Gespräch mit den Vertretern der Locarno-Mächte in Genf 415

12.12.1926: Redebeiträge im ersten Gespräch mit den Vertretern der Locarno-Mächte in Genf 417

12.12.1926: Rede bei einem Frühstück der Vertreter der deutschen Presse 422

12.12.1926: Redebeitrag im zweiten Gespräch mit den Vertretern der Locarno-Mächte in Genf 423

12.12.1926: Rede vor Pressevertretern in Genf 425

14.12.1926: Rede vor Vertretern der deutschen Presse in Berlin 427

20.12.1926: Rede beim Empfang durch den Hamburger Senat 432

Rede im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags vom 9. Januar 1926[1]

Nach KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 23 (Abendausgabe) vom 9. Januar, u. Nr. 24 (1. Sonntagsausgabe) vom 10. Januar 1926. – Teildrucke (teilweise leicht abweichend) in FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 24 (1. Morgenausgabe) vom 10. Januar 1926, S. 1; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 14 (Abendausgabe) vom 9. Januar 1926, u. Nr. 15 (Morgenausgabe) vom 10. Januar 1926; TÄGLICHE RUNDSCHAU[2], Nr. 14 (Abendausgabe) vom 9. Januar 1926; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 15 (Abendausgabe) vom 9. Januar 1926, und Nr. 16 (Morgenausgabe) vom 10. Januar 1925.

Nimmt Stellung zu Vorwürfen wegen der Bewerbung für künftige Posten beim Völkerbund: Das Auswärtige Amt hat bisher keine Initiative entwickelt, und auch der Vorwurf ist unrichtig, es habe ein Telegramm beim Generalkonsul in Genf bestellt. Der Modus der Auswahl für solche Posten ist noch nicht entschieden.

Wir haben von den **Bewerbungen** um Stellen im Völkerbundsekretariat von deutscher Seite zuerst gehört am 5. Dezember 1925. Das war die erste Mitteilung aus

---

[1] Die FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 24 (1. Morgenausgabe) vom 10. Januar 1926, S. 1, leitet ihren Artikel unter der Überschrift „Die Genfer Stellenbesetzung“ folgendermaßen ein: „Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages trat heute zu der angekündigten Sitzung zusammen, um zunächst die Affäre der Stellenbesetzung im Genfer Völkerbundssekretariat zu behandeln, die dank der Hetze der Presse der Rechten die deutsche Oeffentlichkeit in den letzten Wochen stark beschäftigt hat. Da in der Polemik die Sozialdemokratie und das Zentrum verdächtigt worden waren, sich ohne Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt mit dem Generalsekretär des Völkerbundes in Verbindung gesetzt zu haben, beantragten die Abgeordneten Müller-Franken (Soz.) und Marx (Z.) namens ihrer Fraktionen, die Vertraulichkeit der Sitzung für diesen Teil aufzuheben. Diesem Antrag entsprach der Ausschuß [...]. Zu Beginn der Sachberatung gab zunächst der Vorsitzende Abg. Hergt (Dn.) eine ausführliche Darstellung des objektiven Tatbestandes an der Hand der Polemik in der Presse. Reichsaußenminister Dr. Stresemann erklärte, entsprechend einem Vorschlag des Vorsitzenden in einer besonderen Sitzung die Stellung Deutschlands im Völkerbund behandeln zu wollen, heute aber nur auf die Frage der etwa Deutschland zugebilligten Stellen im Völkerbundssekretariat eingehen zu wollen, außerdem auch auf die Frage der Vertretung Deutschlands in den Kommissionsverhandlungen. Im besonderen fasse er seine Aufgabe heute dahin auf, seine Stellung zu den Fragen auseinander zu setzen, die durch den Artikel des ‚Tag‘ vom 21. Dezember v. Js. bekannt geworden seien. Hierzu führte der Minister aus:“ – Was die Öffentlichkeit der Sitzung anbelangt, so heißt es im BERLINER TAGEBLATT, Nr. 15 (Abendausgabe) vom 9. Januar 1926, allerdings, „daß von einer Herstellung der Oeffentlichkeit der Sitzung in Wirklichkeit gar nicht gesprochen werden kann. Es prangt über der Tür des Sitzungssaales wie sonst auch das Schild mit der Aufschrift ‚Vertraulich‘. Die ganze Herstellung der Oeffentlichkeit besteht darin, daß die Herausgabe eines offiziellen Berichts gestattet ist, während sonst über die Sitzungen des Auswärtigen Ausschusses ein eingehender offizieller Bericht nicht herausgegeben wird.“ – Daraus kann geschlossen werden, daß der Text der Rede Stresemanns in der Vorlage wie an den übrigen (Teil-)Druckorten wohl auf diesem offiziellen Bericht beruht.

[2] Die Wiedergabe in „Tägliche Rundschau“ enthält einige wenige Sätze in direkter Rede, die in der Vorlage nicht wiedergegeben sind; andererseits sind dort mehrere Sätze nur paraphrasiert bzw. in indirekter Rede enthalten.

Genf[3]. Das Auswärtige Amt hat demgegenüber nichts veranlaßt. Vom 5. bis 22. Dezember sind weder telegraphische noch mündliche Anweisungen an den **Generalkonsul** in Genf[4] ergangen. Am 22. Dezember ist dann **ein ausführliches Telegramm des Generalkonsuls** eingelaufen[5], in dem davon gesprochen wird, die **maßgebende Stelle** des Völkerbundsekretariats[6] habe unserm Generalkonsul in offiziöser Form mitgeteilt, sie habe Kenntnis davon erhalten, daß **verschiedene deutsche Parteien deutsche Kandidatenlisten** für die Stellenbesetzung im Sekretariat aufgestellt hätten, daß sie darüber **stark beunruhigt** sei, weil das zu einer schwierigen Lage für alle Beteiligten führen könne. Dieses Telegramm ist, so fuhr der Minister des Äußern fort[7], am Abend des 22. Dezembers bei uns eingegangen und in der üblichen Weise in elf Exemplaren verbreitet worden. Wir haben dann **ein neues Telegramm** am 6. Januar durch unsern **Generalkonsul** in Genf erhalten[8], wonach unser Generalkonsul mit der maßgebenden Stelle des Völkerbundsekretariats ein **neues Gespräch** geführt hat. Dabei ist diese Stelle auf die letzte Erörterung zurückgekommen, die sie mit unserm Generalkonsul hatte. Der Generalkonsul hat sich dabei auf **meine Erklärung vom 31. Dezember** 1925[9] bezogen, die die maßgebende Stelle des Völkerbundsekretariats mit **Befriedigung** zur Kenntnis genommen hat. Diese drei Telegramme haben wir aus Genf erhalten. Persönlich habe ich die maßgebende Stelle des Völkerbundes nur zwischen London[10] und Locarno[11] kennenge-

---

3 Ein entsprechender Bericht aus Genf konnte nicht ermittelt werden.

4 Gottfried Aschmann (1884–1945), Generalkonsul in Genf August 1923 – März 1928; Botschaftsrat in Konstantinopel März 1928 – 1932.

5 Das betreffende Telegramm konnte nicht ermittelt werden.

6 Gemeint ist offenbar Sir James Eric Drummond (1876–1951), britischer Diplomat; Generalsekretär des Völkerbundes 1919–1933.

7 So – als eingeschobene Paraphrase – in der Vorlage.

8 Das betreffende Telegramm konnte nicht ermittelt werden.

9 Vgl. dazu in dieser Edition Stresemanns Rede vor der Berliner Pressekonferenz vom 31. Dezember 1925.

10 Vermutlich ist die Londoner Konferenz vom 16. Juli bis 16. August 1924 gemeint, die den „Dawes-Plan“ (das Sachverständigen-Gutachten vom 9. April 1924) als künftige Grundlage der deutschen Reparationszahlungen festlegte.

11 Gemeint ist die Konferenz von Locarno vom 5. bis 16. Oktober 1925, auf der am 16. Oktober 1925 die entsprechenden Verträge paraphiert wurden. Die deutschen Sitzungsmitschriften (es wurde kein gemeinsames Protokoll geführt) sind veröffentlicht u.a. in LOCARNO-KONFERENZ S. 144–196. Das Schlußprotokoll mit den Verträgen ebd., S. 197–215. – Drummond weilte Anfang März 1925 (also „zwischen London und Locarno“) in Berlin und führte am 2. und 5. März 1925 Gespräche mit Stresemann und Schubert (vgl. die Aufzeichnung Schuberts vom 2. März 1925 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 12, S. 324–326; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 109 [Abendausgabe] vom 5. März 1925).

lernt, als sie in Berlin mit Staatssekretär v. Schubert[12] und mir eingehende Besprechungen hatte. Ich bemerke ausdrücklich, daß irgendein **Beamter** des Auswärtigen Amts irgendwelche **persönliche Politik** in dieser Frage **nicht** getrieben hat. Von **niemand** ist eine **Aufforderung** an unsern Generalkonsul in Genf ergangen. Es ist auch nicht etwa indirekt die maßgebende Stelle des Völkerbundsekretariats interpelliert worden. Ich habe auch nicht angenommen, daß ein Sturm von Bewerbungen vor sich gehen würde. Entscheidend war das Telegramm vom 22. Dezember. Wenn eine solche Benachrichtigung des Generalsekretärs an unsern Generalkonsul kommt und ihm mitgeteilt wird, daß dadurch Beunruhigung bei ihm entstünde, wenn unser Generalkonsul, wie erwähnt, die Kenntnis solcher Listen verneint, dann sollte man wohl **mit Angriffen gegen den Generalkonsul aufhören,** denn der Mann hat ja nur seine **Pflicht** getan. Er wird zum Generalsekretär bestellt, das und das wird ihm mitgeteilt. Er hat sich die Anschauung nicht zu eigen gemacht, aber er hat, wie das seine Pflicht war, sofort Mitteilung darüber an das Auswärtige Amt gemacht. Welche Vorschläge die Reichsregierung ihrerseits machen wird, steht dahin. Bisher liegen **Vorschläge der Regierung noch nicht** im Auswärtigen Amt vor. Sie können auch noch nicht gemacht werden, weil wir nicht wissen, welche Stellen im Völkerbund für uns freistehen. Wenn zum Beispiel ein Direktor für den Transitverkehr und für soziale Fragen zu besetzen ist, so nehmen wir diese ganz sicher nicht für das Auswärtige Amt in Anspruch. Wenn es sich aber überhaupt darum handelt, Vorschläge zu machen, so käme das Auswärtige Amt nur für wenige Stellen in Frage.[13]

Wir haben nur ein Schema dessen gemacht, was wi[r][14] etwa verlangen wollen, um nicht gegenüber andern Nationen etwa stark ins Hintertreffen zu kommen. Das Hamburger Echo[15] hat den Vorwurf erhoben, „Stresemanns strebsamster Ministerialdirektor“ habe die Intrige angezettelt, um die Stelle des Soussekretärs zu erhalten. Mir ist unklar, um welchen Ministerialdirektor es sich handeln soll; mir ist er jedenfalls nicht bekannt.

Der Vorwurf, daß der Bericht des Generalkonsuls Aschmann in Genf „bestellt“ gewesen sei, ist durchaus unrichtig. Mir ist jedenfalls nichts darüber bekannt geworden. Der zweite Vorwurf ging dahin, Aschmann hätte einen „schwindel-

---

[12] Carl von Schubert (1882–1947), Ministerialdirektor 1921 – Dezember 1924 bzw. Staatssekretär im Auswärtigen Amt Dezember 1924 – 1930.

[13] Hier endet die Berichterstattung in KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 23 (Abendausgabe) vom 9. Januar 1926; sie wird in Nr. 24 (1. Sonntagsausgabe) vom 10. Januar 1926, fortgesetzt.

[14] In der Vorlage (wohl als Druckfehler): „wie“.

[15] Der betreffende Artikel konnte nicht ermittelt werden.

haften Bericht“ ausgegeben. Nach dem Zusammenhang dieser drei Telegramme ist auch diese Behauptung unrichtig. Aschmann hat nur wiedergegeben, was die maßgebende Stelle des Generalsekretariats gesagt hat. Wenn nunmehr gar behauptet wird, Aschmann sei indiskret gewesen, so wird damit die Sache auf den Kopf gestellt. Und wie stimmt dazu die Veröffentlichung des Sozialdemokratischen Pressedienstes[16]? Endlich wird der Vorwurf erhoben, Indiskretion und bestellte Arbeit liege in bezug auf den Aufsatz von Dr. Kriegk[17] im **Tag** vor. Demgegenüber verweise ich auf ein Schreiben, das Dr. Kriegk am 2. Januar an mich gerichtet hat[18], worin er sich gegen die Angriffe des Vorwärts vom 1. Januar[19] wandte und sagt, daß keine amtliche Stelle und keine amtliche Persönlichkeit an seiner Veröffentlichung mitgewirkt habe. Er habe **private** Nachrichten aus Genf und aus parlamentarischen Kreisen erhalten.[20]

Wenn ich mir in dieser Angelegenheit einen Vorwurf machen soll, so wäre es der, daß ich am Heiligen Abend[21] ein näheres Eingehen auf den Bericht des Tag zurückgewiesen habe. In diesem Bericht des Tag ist übrigens von je drei Kandidaten der Parteien die Rede, und es wurden auch sonst bestimmte Angaben gemacht, die auf das Telegramm des Generalkonsuls Aschmann nicht zurückgehen können, falls dieses Telegramm wirklich durch eine Indiskretion bekanntgeworden sein sollte. Der Aufsatz im Tag ist **keine** Wiedergabe des **Telegramms.** Wenn nun gesagt wird, Dr. Kriegk gehe im Auswärtigen Amt aus und ein, er habe mit Personen der Presseabteilung gesprochen usw., so ist es bekanntlich die **Pflicht** der Presseabteilung, mit jedem Journalisten zu verkehren, der von uns Bescheid haben will. Mir ist auch von allen Seiten, die etwa in der Presseabteilung in Betracht kommen, auch von Herren, die der Linken nahestehen, in der Presseabteilung versichert worden, daß sie in dieser Angelegenheit keine Auskünfte erteilt oder Schritte unternommen hätten. Dann

---

[16] Der betreffende Artikel konnte nicht ermittelt werden.

[17] Otto Kriegk (1892–1946), Journalist bei verschiedenen Zeitungen des Scherl-Verlags. – Bei dem im Folgenden genannten Artikel des „Tag“ handelt es sich vermutlich um denjenigen, der in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 616 (Morgenausgabe) vom 31. Dezember 1925, paraphrasiert wiedergegeben ist.

[18] Dieses Schreiben konnte nicht ermittelt werden.

[19] Der betreffende Artikel konnte nicht ermittelt werden.

[20] In FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 24 (1. Morgenausgabe) vom 10. Januar 1926, S. 1, folgen hier drei Sätze, die in der Vorlage fehlen: „Er verwies dabei auf das ‚Freie Wort‘ in Essen, das die Frage angeschnitten habe. Ich habe Herrn Kriegk nicht um die Erklärung gebeten. Er hat mir am 31. Dezember in der Pressekonferenz mitgeteilt, daß er die Sache in einem Briefe an mich richtigstellen werde.“

[21] Offenbar waren die ersten Artikel von deutschnationaler Seite, darunter möglicherweise auch der genannte „Tag“-Artikel, an Heiligabend veröffentlicht worden (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 16 vom 10. Januar 1926).

ist weiter behauptet worden, durch die **Tägliche Rundschau** – „die Beziehungen des Ministers des Äußern zu ihr seien ja bekannt“[22] – sei die **Nachricht des Tag offiziös bestätigt** worden. Ich erkläre demgegenüber, daß ich zu dem Chefredakteur der Täglichen Rundschau, Herrn **Rippler[23],** als frühern [!] Fraktionskollegen gute persönliche Beziehungen habe, und daß seit dem Eingehen der Zeit[24] die Tägliche Rundschau Aufsätze und Erklärungen, die ich ihr schicke, bringt, gegebenenfalls unter dem Vorbehalt besonderer Kenntlichmachung. Im übrigen ist **die Tägliche Rundschau nicht in höherm Grade mein Organ als andre Blätter meiner Partei.**

Mein Pech ist nur, daß sie in Berlin das einzige Organ ist. Ich erinnere an die Königsberger Allgemeine Zeitung, die **Kölnische Zeitung** usw. Im übrigen umfaßt die Redaktion der Täglichen Rundschau neben Herren der Deutschen Volkspartei auch deutschnationale Herren, z. B. den Herausgeber D. **Döhring[25].** Ich habe von dem Entgegenkommen der Täglichen Rundschau Gebrauch gemacht, in außenpolitischen Dingen meine Anschauung zum Ausdruck zu bringen. Sie hat ja auch in den Fragen von Locarno immer auf unserm Standpunkt gestanden. Im übrigen stehen in der Täglichen Rundschau auch sonst Dinge, für die ich zwar verantwortlich gemacht werde, aber nicht verantwortlich sein kann. Ich erinnere an die Weihnachtsbäume Südtirols[26]. Im übrigen hat ja Herr Rippler erklärt[27], daß diese Information zu dem Artikel des Tag nicht vom Auswärtigen Amt stamme, daß er auch gar nicht im Auswärtigen Amt angerufen habe; wohl aber habe ich angerufen und gebeten, er möchte doch die Sache richtigstellen. Die Tägliche Rundschau erschien aber weder am ersten, zweiten oder dritten Weihnachtfeiertag und am Montag[28] erst am Abend. Der

---

[22] Die „Tägliche Rundschau“ galt als Zeitung, die Stresemann und der DVP nahestand.

[23] Heinrich Rippler (1866–1934), Journalist; Herausgeber der „Täglichen Rundschau“ 1896–1922 u. 1924–1928; Mitglied des Reichstags 1920 – Mai 1924 (für die DVP).

[24] Rippler hatte zusammen mit Stresemann 1922 die „Zeit“ gegründet, die im Juni 1925 ihr Erscheinen einstellte bzw. in der „Täglichen Rundschau“ aufging, in deren Titelei sie in den Folgemonaten noch erwähnt wurde.

[25] Gemeint ist Bruno Döhring (1879–1961), Theologe und Politiker; Mitglied des Reichstags 1930–1933 (für die DNVP). – In der Titelei der „Täglichen Rundschau“ wird er 1925 (neben dem in Anm. 23 genannten Rippler) als Herausgeber der Zeitung mit „D. Bruno Döhring“ genannt; das D. steht dabei als Abkürzung für einen ehrenhalber verliehenen theologischen Doktortitel.

[26] In der deutschsprachigen Presse waren im Dezember 1925 verschiedentlich später dementierte Meldungen erschienen, in Südtirol sei als Maßnahme gegen die deutsche Minderheit von italienischer Seite aus ein Verbot zum Verkauf von Weihnachtsbäumen ergangen (vgl. etwa VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 593 [Morgenausgabe] vom 16. Dezember 1925; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22004 [Abendausgabe] vom 16. Dezember 1925, S. 2; zum Dementi dieser Nachricht: VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 597 [Morgenausgabe] vom 18. Dezember 1925; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22005 [Morgenausgabe] vom 17. Dezember 1925, S. 5).

[27] Die entsprechende Erklärung konnte nicht ermittelt werden.

[28] Gemeint sind der 25., 26., 27. und (Montag) der 28. Dezember 1925.

Vorwurf der bestellten Arbeit und der Vorwurf schwindelhafter Berichterstattung unsers Generalkonsuls ist durch den Brief Kriegks beseitigt. Jedenfalls kann ich diese Vorwürfe nur als ein Unrecht ansehen. Mit solchen Vorwürfen schädigt man aber auch seine Stellung in Genf.

Schließlich läuft dieser ganze Streit auf die grundsätzliche Erwägung hinaus: sollen die Sekretariatsposten nur mit beamteten Persönlichkeiten oder mit Persönlichkeiten, die außerhalb der Beamtenlaufbahn stehen, besetzt werden? Das Auswärtige Amt kommt dabei, wie ich bereits erwähnt habe, nicht allein in Frage. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Persönlichkeiten, die im Völkerbundsekretariat arbeiten, sehr starke Kenntnis auf dem Sondergebiet haben müssen, für das sie bestimmt sind, daß sie eine gewisse Verwaltungspraxis und ein gewisses Savoir vivre haben müssen, um mit den Leuten, mit denen sie zusammenarbeiten, auskommen zu können. Leute, die dies nicht verstehen, sind dafür nicht geeignet. Darüber zu entscheiden ist aber erst möglich, wenn wir wissen, **welche** Stellen zur Verfügung stehen. Was dann die Frage der Vertretung bei den Hauptsitzungen des Völkerbunds anbelangt, so bleiben diese Vertretungen am besten in den Händen der politischen Persönlichkeiten, und zwar aller Parteien, die dafür in Betracht kommen. Gerade damit haben andre Nationen gute Erfahrungen gemacht. Was dann die Frage des **ständigen Vertreters des Ministers des Äußern** bei den Verhandlungen des Völkerbundrats anbetrifft, so war auch hier niemand vorgeschlagen, weil ich der Meinung bin, wir sollen abwarten, wie die Entwicklung geht, und ob der Grundsatz des ständigen Vertreters des Ministers des Äußern sich bewährt, und dabei die Persönlichkeit, die gegebenenfalls mit mir zusammen auf den Verhandlungen erscheint, auch zuerst für diese Stellung in Betracht kommt, oder eine Persönlichkeit, die gerade für diesen Stoff besonders vorbereitet ist. Vorläufig möchte ich das Letztere annehmen. Wir haben noch keine Überlieferung im Völkerbund, während uns gegenüber Persönlichkeiten sitzen, die schon seit einer Reihe von Jahren dort arbeiten. Über die andern Fragen werde ich in der in Aussicht genommenen Sitzung sprechen.[29]

[29] Die Vorlage führt im Folgenden aus, dass nach weiteren Stellungnahmen von Stampfer und Marx, die für ihre Parteien SPD bzw. Zentrum die Vorwürfe zurückweisen, von dort aus habe man sich um Völkerbundsstellen beworben, und nach weiteren Äußerungen anderer Ausschußmitglieder sowie einer nur paraphrasierend wiedergegebenen Replik Stresemanns der Ausschuß mit Mehrheit festgestellt habe, daß die Vorwürfe weder gegen SPD und Zentrum noch gegen Mitglieder des Auswärtigen Amtes oder Konsul Aschmann belegbar seien. – Ausführliche Berichte über diesen Teil der Diskussion im Ausschuß auch in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 16 vom 10. Januar 1926; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 15 vom 10. Januar 1926.

Rede auf der Reichsgründungsfeier der DVP in München vom 17. Januar 1926[1]

Nach FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 45 (Morgenausgabe) vom 18. Januar 1926, S. 1–2. – Teildrucke (teilweise leicht abweichend) in LA SOCIÉTÉ DES NATIONS, Revue 8 (1926), S. 74–76; KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 45 (Morgenausgabe) vom 18. Januar 1926; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22035 (Abendausgabe) vom 18. Januar 1926, S. 3; WIENER ZEITUNG, Nr. 14 vom 19. Januar 1926, S. 7; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 28 (Abendausgabe) vom 18. Januar 1926; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 29 (Abendausgabe) vom 18. Januar 1926; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 28 (Abendausgabe) vom 18. Januar 1926.

Keine Partei darf beanspruchen, alleine nationale Politik zu betreiben. Zur Politik der Verhandlungen mit anderen Staaten gibt es keine Alternative. Es ist unsinnig, fehlende Rückwirkungen der Locarno-Verträge zu kritisieren, solange die Verträge noch nicht in Kraft sind. Die Mitgliedschaft im Völkerbund ist notwendig, um die Interessen der deutschen Minderheiten zu vertreten.

Es kommt, so führte er aus[2], am Tage der Reichsgründung[3] nicht nur darauf an, den Blick in die Vergangenheit zu lenken, sondern auch **Wege in die Zukunft** zu suchen und zu weisen. In den Schulgeschichtsbüchern wird das Zustandekommen der deutschen Einheit leider immer viel zu leicht hingestellt. Bismarck[4] ist der Gedanke der Einheit immer ganz groß, der Gedanke an das Verhältnis der deutschen Staaten untereinander viel weniger wichtig erschienen. Leider hat man unter dem Regime der Nachfahren Wilhelms I.[5] Bismarcks Zivilkurage [!] viel zu selten angetroffen, die Zivilkurage [!], die der wahre Monarchismus an Stelle des Byzantinismus ist und die sich auch nicht scheut, wenn es nottut, **abzutreten.** (Beifall.) Man soll sich doch die

---

[1] Die Vorlage, offenbar eine gekürzte und gelegentlich durch indirekte Rede unterbrochene Wiedergabe, führt unter der Überschrift „Außenpolitik und Weltwirtschaft. Eine Rede Stresemanns“ einleitend aus: „Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat auf einer Reichsgründungsfeier der Münchener Deutschen Volkspartei im Odeonsaal, dessen Podium nach gut bayerischer Sitte schwarzweißrot geschmückt war, eine Rede gehalten, die in der Hauptsache einer Auseinandersetzung mit seinen Kritikern von rechts galt.“

[2] So in der Vorlage als Einschub.

[3] Im Kaiserreich wurde traditionell am 18. Januar eingedenk der Kaiserproklamation Wilhelms I. (und nicht am 1. Januar als dem Tag, an dem 1871 die Reichsverfassung in Kraft trat, bzw. am 16. April 1871, als die revidierte Fassung Rechtskraft erlangte) der Reichsgründung gedacht

[4] Otto [seit 1871 Fürst] von Bismarck (1815–1898), Reichskanzler 1871–1890.

[5] Wilhelm I. (1797–1888), König von Preußen 1861–1888; Deutscher Kaiser 1871–1888. – Mit den Nachfahren sind sein Sohn Friedrich III. (1831–1888), Deutscher Kaiser und König von Preußen 1888, und sein Enkel Wilhelm II. (1859–1941), Deutscher Kaiser und König von Preußen 1888–1918, gemeint.

Wahrheit gestehen, daß der 18. Januar 1871 in Versailles kein Tag der Harmonie gewesen ist. [...][6] Auf die Frage, welche Wege das nach 1918 einig gebliebene deutsche Volk zu gehen habe, genügt ja manchen Leuten die Antwort: **Nationale Politik!** [...][7] Wir müssen alles vermeiden, was den Eindruck erwecken könnte, als hätte wir **zwei Klassen von Deutschen:** solche, die national, und solche, die nicht national sind. (Großer Beifall.) **Gott hat es keiner Schicht in Deutschland in Erbpacht gegeben, allein das Nationale für sich in Anspruch zu nehmen.** Ich lehne es, soweit ich als Führer einer Partei[8] in Betracht komme, ab, irgendwie für diese Partei in Anspruch zu nehmen, daß sie besser national denke als andere. Der Aufstieg Deutschlands kann nicht das Werk einer Partei sein.

Das politische Mittel der Macht hat Deutschland nicht mehr. Es gibt nur zwei Mittel, die sie einigermaßen ersetzen: das eine ist der ideelle **einheitliche nationale Wille,** das zweite die Stellung unserer Volkes innerhalb der großen bewegenden **weltwirtschaftlichen Strömungen** und die Macht, die es indirekt dadurch hat, daß an seinen Niedergang der Niedergang anderer sich anschließt. Daß die Synthese zwischen dem alten und dem neuen Deutschland möglich ist, beweist der Mann, der an der Spitze des Reiches steht, der Paladin des kaiserlichen Deutschland, der sich dem neuen Deutschland zur Verfügung gestellt hat[9]. (Beifall.) Sorgen wir, daß nicht die **Klassengegensätze** und der **konfessionelle Zwiespalt** wieder aufkommen.

Die durch Versailles[10] erfolgte Umstellung der Welt hat auch den Siegerstaaten so schwere **wirtschaftliche Verluste** gebracht, daß sie sich fragen, ob es nicht besser sei, Deutschland am Leben zu erhalten. Die englische Arbeitslosigkeit[11], der Kampf um die französische Währung[12] legen den Gedanken an eine **Kooperation mit**

---

[6] In der Vorlage folgt in indirekter Rede: „Stresemann wiederholte dann das in Bayern viel gebrauchte Wort Bismarcks von dem zufriedenen Bayern, das er haben wolle, und fuhrt fort:“

[7] In der Vorlage folgt in indirekter Rede: „Der Redner erinnerte an ein Wort Gneisenaus, das Volk habe bewiesen, daß es national sei, aber es wünsche, daß dieses Wort nicht von gewissen herrschenden Schichten zu einer ganz speziellen Bedeutung gepreßt werde.“

[8] Stresemann führte die DVP als Parteivorsitzender von deren Gründung 1918 an bis zu seinem Tod 1929.

[9] Gemeint ist Paul von Beneckendorf und von Hindenburg (1847–1934), Chef der Obersten Heeresleitung 1916–1919; Reichspräsident 26. April 1925 – 1934.

[10] Gemeint ist der Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919; Text im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u.a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

[11] Im Januar 1926 lag die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien nach den amtlichen Zahlen bei 1,318 Mio. und damit bei 11 % der versicherten Arbeitskräfte (vgl. Statistical Abstract for the United Kingdom. No. 76: 1913 and 1918–1931. London 1933 [Nachdruck Nendeln, Lie. 1966], S. 97).

[12] Frankreich befand sich schon seit längerem in einer tiefen Währungs- und Finanzkrise (vgl. dazu den Leitartikel von Joseph Caillaux in BERLINER TAGEBLATT, Nr. 18 [Morgenausgabe] vom 12. Janu-

Deutschland nahe. Wer wirtschaftliche Konzessionen, die er machen muß, dazu benutzt, um wieder ein Stück der Fesseln zu zerbrechen, der benutzt das einzige noch zur Verfügung stehende Machtmittel. **Es gibt nichts Törichteres, als eine solche Denkart international zu nennen.** (Ein offenbar völkischer Besucher[13] ruft dazwischen: Halt's Maul, du Jude! Der Zwischenrufer wird rasch aus dem Saal entfernt.) Es wäre gut, wenn es sich in manchen Kreisen herumspräche, daß wir den Weltkrieg verloren haben. Die **internationalen Konferenzen** sind erst gegen uns abgehalten worden, dann mit uns, und so Gott will werden sie auch einmal unter unserer Mitführung stattfinden. Hier liegt die Aufgabe des deutschen Außenministers, wenn er überhaupt die Zeichen der Zeit versteht. (Stürmischer Beifall.) Wo ist der andere Weg, der immer gezeigt werden soll? Wenn ich richtig verstehe, sagt man doch immer, wir sollten abwarten, warten auf etwas Wunderbares, Mystisches. Ein Volk kann aber nicht auf das Wunderbare warten, es muß auch für die Generation der Gegenwart leben; sonst hat es keine Zukunft. Wenn jemand sagt: Ich schaffe eine Bündnispolitik mit andern Völkern, so soll er die Möglichkeit einer solchen Politik zeigen, ohne Deutschland aufs höchste zu gefährden.

Von dem **Dawesabkommen[14]** haben seine Väter bei seinem Inkrafttreten wohl kaum geglaubt, daß es eine endgültige Lösung sei. Es ist doch bezeichnend, daß die Anregungen zu seiner Abänderung nicht aus Deutschland, sondern aus andern Ländern kommen[15]. Wenn die **Vereinigten Staaten** bereits soviel Kapital in Deutschland investiert haben und auch in Deutschland noch viel mehr werden investieren müssen, so bedeutet das ein Interesse für Deutschland, das uns höchst nützlich ist. Hätten wir uns so im Kriege das Interesse der Welt verschaffen können, so hätte der

---

ar 1926); aktuell wurde zwischen Regierung und Opposition um ein neues Finanzprogramm gerungen (Einzelheiten zu dieser Diskussion in SCHULTHESS 67 [1926], S. 250–252).

[13] Nach dem Bericht in NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22035 (Abendausgabe) vom 18. Januar 1926, soll es sich bei dem Zwischenrufer um den „ehemalige[n] Propagandachef Hitlers, May" gehandelt haben, also wohl um Otto May, der zeitweilig Propaganda-Chef des „Völkischen Beobachters" war.

[14] Gemeint ist der auf der Londoner Konferenz vom 16. Juli bis 16. August 1924 auf der Grundlage des Sachverständigen-Gutachtens vom 9. April 1924 („Dawes-Plan") festgelegte und durch die Unterzeichnung am 30. August 1924 in Kraft getretene Plan für die künftigen deutschen Reparationszahlungen (Text u.a. in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 123–128).

[15] Worauf sich Stresemann hier konkret bezieht, konnte nicht ermittelt werden. Allerdings waren in den Tagen zuvor in der Presse Gerüchte aufgetaucht, daß beim Besuch des Gouverneurs der Bank von England in New York auch die mögliche Revision des Dawesplans erörtert werde, was aber für unwahrscheinlich erachtet wurde (vgl. etwa BERLINER TAGEBLATT, Nr. 27 [Abendausgabe] vom 16. Januar 1926).

Krieg vielleicht einen andern Ausweg genommen. Im **Locarno-Abkommen**[16] ist auch nicht an einer Stelle ein Verzicht auf deutsches Volk und Land ausgesprochen worden, sondern nur im Westen ein Verzicht auf gewaltsame Aenderung der Grenzen. Denken Sie an das Wort Clémenceaus[17]: „Wir bleiben am Rhein!“ Die Räumung der nördlichen Rheinlandzone[18] ist ein geschichtlicher Ausdruck der Durchbrechung dieses Willens, am Rhein zu bleiben. Eine **populäre Außenpolitik wird es für lange Zeit nicht geben,** wenn es eine verantwortungsvolle Außenpolitik gibt. Das Ausland hat viel mehr Vertrauen zu Deutschland als wir selbst. Wer 1919 gesagt hätte, wir würden 1926 eine bürgerliche Regierung[19] und Hindenburg als Reichspräsidenten[20] haben, dem hätte man geraten, für seine Gesundheit besorgt zu sein.

Den größten Wirrwarr bringt der Ausdruck **„Auswirkungen“.** Der Vertrag von Locarno besteht noch gar nicht, **er besteht erst, wenn Deutschland im Völkerbund** ist[21]. Was im besetzten Gebiet geschehen ist, sind doch erst **Vor**wirkungen des Vertrages, der bestenfalls im März in Kraft treten kann. Aber die Kritiker wollen das Inkrafttreten verhindern, indem sie den Eintritt in den Völkerbund ablehnen. Wenn allerdings die in einer englischen Zeitung genannten Zahlen über die **künftige Besatzung im Rheinland**[22] richtig sind, so ist in der daran geübten Kritik die Regierung mit

---

[16] Text der Verträge, die als Ergebnis der vom 5. bis 16. Oktober 1925 in Locarno tagenden Konferenz paraphiert und am 1. Dezember 1925 in London unterzeichnet worden waren, u.a. in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215.

[17] Georges Clemenceau (1841–1929), französischer Ministerpräsident u.a. 1917–1920. – Stresemann bezieht sich auf die Haltung Clemenceaus während der Pariser Friedenskonferenz von 1919, als er beispielsweise in einer französischen Ministerratssitzung mit Bezug auf das linksrheinische Besatzungsgebiet sagte: „Je fais une prédiction: l´Allemagne fera faillite et nous resterons où nos sommes“ (QUELLEN ZUM FRIEDENSSCHLUSS VON VERSAILLES S. 233).

[18] Nach entsprechenden Absichtsbekundungen auf der Konferenz von Locarno hatten die Alliierten mit Noten vom 14. und 16. November 1925 der Reichsregierung mitgeteilt, daß die Räumung der nördlichen („Kölner“) Rheinland-Besatzungszone am 1. Dezember 1925 beginnen und bis zum 31. Januar, spätestens bis zum 20. Februar 1926 abgeschlossen sein werde (Text der Noten in SCHULTHESS 66 [1925], S. 411–412; URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 404–405; MATERIALIEN ZUR ENTWAFFNUNGSNOTE II, S. 20–21; AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 869, Anm. 1) Die Räumung war inzwischen im Gang. So wurde beispielsweise am 14. Januar 1926 die Räumung Solingens vollzogen (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 23 [Abendausgabe] vom 14. Januar 1926).

[19] Die Reichsregierung unter Reichskanzler Luther, die nach ihrem Rücktritt vom 5. Dezember 1925 nur noch die Geschäfte führte, stützte sich nach dem Austritt der DNVP-Minister auf das Zentrum, die DDP, die DVP und die Bayerische Volkspartei; nach erfolglosen Versuchen zur Bildung einer Großen Koalition war Luther am 13. Januar 1926 von Reichspräsident Hindenburg erneut mit der Regierungsbildung beauftragt worden (vgl. SCHULTHESS 65 [1925], S. 188–189, u. 66 [1926], S. 6).

[20] Vgl. oben mit Anm. 9.

[21] Das Inkrafttreten des Vertrags von Locarno zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien war daran gebunden, daß Deutschland in den Völkerbund eintreten würde (vgl. Art. 10: LOCARNO-KONFERENZ S. 202).

[22] Gemeint ist wohl ein Artikel des „Daily Telegraph“ vom 13. Januar 1926; er ist in seinen wesentlichen Teilen abgedruckt in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 106–107, Anm. 2; vgl. auch BERLINER TAGEBLATT, Nr. 21 (Abendausgabe) vom 15. Januar 1926; VOSSISCHE ZEITUNG,

den Parteien vollkommen einig. Bis zum 31. Januar d. J. hat der letzte Delegierte das besetzte Gebiet zu verlassen[23]. Was das bedeutet in Erinnerung an den Separatismus[24], das sollte man doch einmal politisch mehr werten, als in der deutschen Oeffentlichkeit bisher geschehen ist. Wenn die Gendarmerie im besetzten Gebiet auf ein Viertel verkürzt wird[25], so ist das zwar noch nichts Vollkommenes, aber doch etwas. Seltsam ist es, daß am 1. Dezember der Vertrag in [!] Locarno[26] unterzeichnet worden ist und daß am 10. Januar bereits, ohne daß eine Regierung in der Zwischenzeit am Ruder gewesen wäre[27], im Parlament interpelliert wurde, welche Wirkung der Vertrag bereits habe[28].

[...][29] Es wäre ein großer Fehler, nicht im **Völkerbund,** wo über diese Fragen entschieden wird[30], für die deutschen Rechte einzutreten. Es kommt nicht darauf an, was eine Institution wie der Völkerbund in der Vergangenheit war, sondern was sie **heute** uns nützen kann. Wir sind das Land, das am meisten Menschen an fremde

---

Nr. 25 (Abendausgabe) vom 15. Januar 1926. – Deutschland diskutierte mit den Besatzungsmächten nach der Unterzeichnung des Locarno-Vertrages und der Ankündigung der Räumung der nördlichen („Kölner“) Rheinland-Besatzungszone über die verbleibende Besatzungsstärke in der 2. und 3. Zone des Besatzungsgebietes; vgl. dazu zuletzt das Schreiben Stresemanns an den britischen Botschafter in Berlin, D´Abernon, vom 13. Januar 1926 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 108–111) sowie die telegraphischen Berichte der Botschafter Sthamer bzw. Hoesch aus London bzw. Paris vom 15. Januar 1926 (ebd., S. 112–113 u. 113–114).

[23] Die Abschaffung des Delegiertensystems wurde Deutschland mit einer Note der Botschafterkonferenz vom 14. November 1925 mitgeteilt (Text u.a. in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 544 [Morgenausgabe] vom 17. November 1925; SCHULTHESS 66 [1925], S. 411–412), in der es u.a. heißt: „Die Abänderung des bisherigen Verwaltungsregimes umfaßt andererseits die Beseitigung des Systems der Delegierten, denen bisher die Verbindung zwischen den Besatzungstruppen und den deutschen Behörden oblag.“

[24] Im gesamten linksrheinischen Gebiet waren im Herbst 1923 separatistische Bewegungen vorübergehend erfolgreich mit dem Versuch, öffentliche Gebäude zu besetzen, die Verwaltung der betreffenden Gebiete an sich zu reißen und die jeweilige Region für unabhängig zu erklären. Die Reichsregierung monierte gegenüber Frankreich von Anfang an die Verwicklung französischer Stellen in die Separatistenbewegung (vgl. dazu das Weißbuch NOTENWECHSEL ZWISCHEN DER DEUTSCHEN UND DER FRANZÖSISCHEN REGIERUNG).

[25] Eine entsprechende Zusage der Besatzungsmächte konnte nicht ermittelt werden.

[26] So in der Vorlage. Gemeint ist die Unterzeichnung der Verträge von Locarno in London am 1. Dezember 1925. Zu Stresemanns Rede anläßlich der Vertragsunterzeichnung vgl. diese Edition.

[27] Die Regierung Luther war am 4. Dezember 1925 zurückgetreten und nur noch mit der Wahrung der Geschäfte beauftragt.

[28] Am 10. Januar 1926 fand keine Reichstagssitzung statt. Auf welche „Interpellation“ Stresemann sich bezieht, konnte nicht ermittelt werden.

[29] In der Vorlage folgt in indirekter Rede: „Stresemann wandte sich dann der Frage des Auslandsdeutschtums zu, sprach über das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die kulturelle Autonomie und erklärte:“

[30] Der Völkerbund war beauftragt, die Einhaltung der Minderheitenschutzverträge zu überwachen, die von einigen Staaten Ostmittel- und Südosteuropas – zeitgleich mit der Unterzeichnung des Versailler Vertrags – im Rahmen der Pariser Friedensverhandlungen 1919 mit den Siegermächten des Weltkriegs abgeschlossen worden waren, darunter – für Deutschland am wichtigsten – der Vertrag Polens mit den Siegermächten vom 28. Juni 1919 (Text u.a. in COLLIARD S. 391–195).

Völker verloren hat, und wenn es in Europa Minderheiten gibt, sind es meistens deutsche. Der Unterausschuß für Minderheitsfragen[31] hat nicht das Recht zu bestimmen, wenn ein Mitglied eine Frage vor den Rat bringt, und Deutschland ist Mitglied des Völkerbundsrates. **Im Auslandsdeutschtum denkt man daher ganz anderes über Locarno als bei uns.** Wenn der englische Außenminister[32] dem deutschen Botschafter[33] aus dem Liebesbecher zutrinkt, dann sollte man darüber in Deutschland nicht lachen, sondern sich **freuen,** daß hier von unseren ehemaligen Kriegsgegnern uns wieder die Achtung entgegengebracht wird, um die wir lange genug haben kämpfen müssen. In solchen Kundgebungen liegt die **moralische Zurücknahme der Kriegsschuldbehauptung[34].** Wenn **Chamberlain** in Locarno sagte: „Die Welt wird es Deutschland nicht vergessen, daß durch **deutsche Initiative** der Friede gesichert wurde,“[35] so bedeutet dieses Wort des englischen Außenministers ungeheuer viel gegenüber der Propaganda des Herrn Poincaré[36].

Gegen jeden werde ich mich als einen infamen Kerl wenden, der behauptet, daß ich mich in **Vaterlandsliebe** von irgend einem meiner Kritiker übertreffen lasse. Wenn wir voreinander keine Achtung haben, können wir auch in der Welt keine verlangen. Es kann nicht sein, daß der Niederbruch von 1919 das Ende aller Dinge ist. Man darf aber nicht glauben, daß alles recht ist, was man selbst tut und alles unrecht ist, was andere tun. Das Recht kommt von der **sittlichen Gesinnung** eines Volkes und nicht von außen.[37]

---

[31] Gemeint ist der betreffende Unterausschuß des Völkerbundes.

[32] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929.

[33] Friedrich Sthamer (1876–1931), deutscher Botschafter in London 1920–1930. – Zur nachfolgend angesprochenen Feier in der Guildhall am 9. November 1925, der dortigen Zeremonie und der Rede Chamberlains vgl. die ausführlichen Berichte bzw. den Kommentar in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 532 (Morgenausgabe), und Nr. 533 (Abendausgabe) vom 10. November 1925; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 502 (Abendausgabe) vom 10. November 1925.

[34] Gemeint ist der „Kriegsschuldartikel“ 231 des Versailler Vertrags (Text in VERTRAG VON VERSAILLES S. 211).

[35] Eine entsprechende Äußerung Chamberlains in Locarno konnte nicht ermittelt werden; vermutlich bezieht sich Stresemann auf die Worte, die Chamberlain durch seinen Botschafter D´Abernon bei der Rückkehr der deutschen Delegation aus Locarno in Berlin ausrichten ließ (vgl. – im Wortlaut leicht abweichend – STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 205).

[36] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929.

[37] In WIENER ZEITUNG, Nr. 14 vom 19. Januar 1926, S. 7 (und ganz ähnlich in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 28 [Abendausgabe] vom 18. Januar 1926, sowie VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 29 [Abendausgabe] vom 18. Januar 1926) findet sich als Schluß der Rede eine abweichende Passage in direkter Rede: „Aus Liebe und Güte für Deutschland, schloß Dr. Stresemann, wird uns niemand Erleichterungen gewähren. Wir werden weiter dafür kämpfen müssen, Tag für Tag und Schritt für Schritt; aber ein Recht, diese Politik zu kritisieren, hat nur, wer andere Wege zu weisen vermag. Wer das nicht kann, aber jede Aktivität lähmt, würde unserer Außenpolitik zu jener passiven Planlosigkeit verurteilen, die Bismarck mit Recht als untragbar für ein Land in Deutschlands Lage schon zu Zeiten erklärt

hat, wo diese Lage eine bessere gewesen ist als die, in der wir leben.“ – Abweichend bringt die DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 28 (Abendausgabe) vom 18. Januar 1926, deren Bericht ansonsten lediglich indirekte Rede bietet, als Schlußpassage der Rede Stresemanns in wörtlicher Wiedergabe: „Glauben wir Deutsche doch an uns und an das, was das Deutschtum der Welt an Kultur gegeben hat. Seien wir aber auch bereit zu eigenen inneren Läuterung. Das Recht, wieder hochzukommen, wird uns aber nicht als Geschenk von außen entgegengebracht; mit Händen und Zähnen müssen wir es uns erkämpfen. Was bisher erreicht ist, gibt Deutschland die Sicherheit für eine Zukunft, in der wir wieder reden können von einem ‚Deutschland hoch in Ehren‘.“ – Die Vorlage schließt die Berichterstattung: „Stresemann erntete stürmischen Beifall. Die Versammlung schloß mit dem Deutschlandlied.“

Reichstagsrede vom 28. Januar 1926[1]

Nach VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 388, S. 5227–5228. – Teildrucke (teilweise mit Abweichungen) in STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 435–436; FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 76 (2. Morgenausgabe) vom 29. Januar 1926, S. 2; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 47 (Morgenausgabe) vom 29. Januar 1926; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 47 (Morgenausgabe) vom 29. Januar 1926; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 48 (Morgenausgabe) vom 29. Januar 1926; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22046 (Morgenausgabe) vom 29. Januar 1926, S. 4; REICHSPOST, Nr. 29 vom 29. Januar 1926, S. 1; SCHULTHESS 67 (1926), S. 21; DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 42, A 1 (1926), S. 85–86.

Die Diskussion über den aktuellen Stand der Völkerbundsbeitritts-Frage soll in den Auswärtigen Ausschuß verlegt werden. Es kann keine Rede davon sein, daß die Reichsregierung in ihrer Außenpolitik „deutschnationalen Richtlinien" folgt. Die Räumung der ersten und die Frage der Besatzungsstärke in der zweiten und dritten Besatzungszone.

Dr. **Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen: Meine Damen und Herren! Der Herr Reichskanzler[2] hat gestern darauf hingewiesen, daß es für ihn und für die Reichsregierung nicht möglich wäre und nicht tunlich erschiene, zu einer Reihe von Fragen der Außenpolitik Stellung zu nehmen, die hier angeschnitten worden sind. Er hat das damit begründet, daß wir in bezug auf einige wichtige Fragen in Verhandlungen stehen, die mitten im Fluß und noch nicht abgeschlossen sind. Es hat inzwischen eine gewisse Weiterentwicklung dieser Verhandlungen stattgefunden, die mir die Möglichkeit gibt, dem Hause einige Mitteilungen zu machen. Ich möchte mich

---

[1] Stresemann sprach im Rahmen der Besprechung der Regierungserklärung Luthers, mit der dieser am 26. Januar 1926 die neue Reichsregierung vorgestellt hatte (Text in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 388, S. 5145–5149; Zusammenfassung der darüber am 27. und 28. Januar 1926 geführten Debatte: SCHULTHESS 67 [1926], S. 12–21). – Nach scharfer Kritik der Opposition an der Minderheitsregierung und angesichts eines von der DNVP beantragten Mißtrauensvotums (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 406, Drucks. Nr. 1796) hatte Luther am 27. Januar 1926 ein Vertrauensvotum gefordert (vgl. ebd., Bd. 388, S. 5170–5173; zusammenfassend auch Stresemanns Tagebucheintragung: STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 386–387), wozu der entsprechende Antrag von den Regierungsfraktionen eingebracht wurde (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 406, Drucks. Nr. 1799). – Laut einem Bericht in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 48 (Morgenausgabe) vom 29. Januar 1926, gab Stresemann die hier wiedergegebene Erklärung „unter atemloser Stille im Reichstag".

[2] Hans Luther (1879–1962), Reichsernährungsminister 1922 – 6. Oktober 1923; Reichsfinanzminister 6. Oktober 1923 – 15. Januar 1925; Reichskanzler 15. Januar 1925 – 13. Mai 1926; Reichsbankpräsident 1930–1933; Botschafter in den USA 1933–1937. Parteilos (1927–1930 Mitglied der DVP). – Zu Luthers Rede vom Vortag vgl. die vorangehende Anm.

aber auf diese Mitteilungen beschränken und bin der Meinung, daß der große zusammenhängende Komplex der Fragen über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund[3] auch im Zusammenhang erörtert werden muß, losgelöst von einer Debatte, die sich mit vielen innerpolitischen, innerwirtschaftlichen und innersozialen Fragen beschäftigt.

Es ist die Frage gestellt worden, ob der Auswärtige Ausschuß in den nächsten Tagen zusammentritt[4]. Ich habe heute dem Herrn Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses[5] ein Schreiben übermittelt, worin ich ihn bitte, baldmöglichst den Ausschuß zusammenzuberufen, um der Regierung die Möglichkeit zu geben, dort die einzelnen Fragen zu behandeln.

(Abgeordneter Graf v. Westarp[6]: Wenn er noch besteht!)

– Ja, wenn er nicht besteht, wird sich das wohl von selbst erledigen. Im übrigen, Herr Kollege Graf Westarp, verraten Sie eine gewisse Unkenntnis der Geschäftsordnung[7]; denn der Auswärtige Ausschuß besteht ja auch nach einer Auflösung des Reichstags[8]. Ich darf jedenfalls meinerseits die Bitte aussprechen, alle diese Fragen, die mit der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund und der Berichterstattung, die die Regierung über das Maß der Auswirkungen Ihnen zu geben bereit ist, zusammenhängen, bei Gelegenheit der Beratungen des Auswärtigen Ausschusses zu stellen.

---

[3] Das Inkrafttreten des Vertrags von Locarno zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien war daran gebunden, daß Deutschland in den Völkerbund eintreten würde (vgl. Art. 10: LOCARNO-KONFERENZ S. 202). Dieser Eintritt war für die bevorstehende Märztagung des Völkerbundes geplant. – Dem Reichstag lag ein Antrag der DNVP vor, der diesen Eintritt von zahlreichen Bedingungen abhängig machen sollte (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 406, Drucks. Nr. 1779).

[4] Stresemann bezieht sich offenbar auf den Debattenbeitrag des DVP-Abgeordneten Scholz, der zuvor die Erwartung geäußert hatte, daß der Auswärtige Ausschuß des Reichstags demnächst zusammentreten und die Frage des deutschen Völkerbundsbeitritts diskutieren werde (ebd., Bd. 388, S. 5225).

[5] Oskar Hergt (1869–1967), Mitglied des Reichstags 1920–1933 (für die DNVP; auch deren Parteivorsitzender 1918 – Oktober 1924 u. Fraktionsvorsitzender 1920 – Oktober 1924); Reichsjustizminister und Vizekanzler 31. Januar 1927 – 29. Juni 1928. – Hergt fungierte über mehrere Jahre hinweg als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses. – Das nachfolgend erwähnte Schreiben konnte nicht ermittelt werden.

[6] Kuno Graf von Westarp (1864–1945), Mitglied des Reichstags 1920–1932 (für die DNVP 1920–1930 [deren Parteivorsitzender 1926–1928; Fraktionsvorsitzender 1925–1929], für die Konservative Volkspartei 1930–1932).

[7] Der Text der Geschäftsordnung des Reichstags vom 22. Dezember 1922, die auch in der 3. Wahlperiode 1924–1928 galt, findet sich u. a. in REICHSTAGS-HANDBUCH. III 1924, S. 71–121.

[8] Für den Fall eines Scheiterns des von Luther geforderten Vertrauensvotums (vgl. oben mit Anm. 1) verfügte das Kabinett über das bereits vom Reichspräsidenten unterzeichnete Dekret zur Auflösung des Reichstags, worüber die Parteiführer informiert waren (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 21; zur Diskussion im Kabinett über die Frage der Auflösung vgl. auch AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 1067–1068).

Meine Herren, ehe ich zu den Mitteilungen übergehe, die ich dem Hause machen wollte, gestatten Sie mir, auf die Ausführungen einzugehen, die der Herr Graf Westarp vorhin durch einen Zwischenruf und jetzt durch eine neue Darlegung gemacht hat. Als Herr Dr. Breitscheid[9] vorhin fragte, ob denn das Kabinett die deutschnationalen Richtlinien[10] akzeptiert hätte, ist der Zwischenruf gefallen: „Jawohl!“ Hier ist ein Irrtum vorhanden. **Deutschnationale Richtlinien** mögen der Reichsregierung in einer Denkschrift überreicht worden sein. Die Richtlinien, die das Kabinett aufgestellt hat[11] und die für die Delegation, die nach Locarno ging[12], maßgebend waren, waren Richtlinien, die im Kabinett aufgestellt und formuliert worden sind, die in einigen Grundsätzen mit der Denkschrift übereinstimmen mögen, in anderer [!] nicht; sondern es waren Richtlinien, von denen ich schon einmal im Auswärtigen Ausschuß, als dieselbe Frage akut war, durch Darlegung des Wortlauts nachgewiesen habe[13], daß sie durchaus nicht lediglich Bedingungen und Voraussetzungen enthielten, sondern daß in einigen Fragen von Voraussetzungen die Rede war, daß es sich aber in anderen Fragen darum handelte, auf das „hinzuwirken“, was zu erreichen war, ohne daß von einer direkten Voraussetzung die Rede wäre. Es liegt, glaube ich, nicht im Interesse des Landes, diese Diskussion hier zu führen; wenn aber der Auswärtige Ausschuß darüber noch einmal Auskunft wünscht, dann bin ich bereit, an der Hand der Richtlinien, die vor mir liegen, auch darüber Auskunft zu geben, ebenso wie der Herr Reichskanzler bereit ist, über alle Fragen, die hiermit im Zusammenhang stehen, auch das Erforderliche von seiner Seite zu sagen.

(Zuruf von den Deutschnationalen.)

– Herr Graf Westarp, ich darf doch wohl als allgemein bekannt feststellen, daß es kaum je eine Verhandlung, auch nicht eine innerdeutsche wirtschaftliche, auch nicht

---

[9] Rudolf Breitscheid (1874–1944), Mitglied des Reichstags 1920–1933 (für die USPD 1920–1922, für die SPD 1922–1933). – Seine Rede (mit den deutschnationalen Zwischenrufen) in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 388, S. 5221–5225.

[10] Zu diesen „deutschnationalen Richtlinien“ für die Konferenz von Locarno, vermutlich vom 22. September 1925, vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 551 mit Anm. 6; Abdruck auch im Anhang zu Manfred Dörr: Die Deutschnationale Volkspartei 1925 bis 1928. Marburg 1964 (= Diss. phil. mss.), Anl. Nr. 13, S. 522–523.

[11] Gemeint sind die im Kabinett am 2. Oktober 1925 endgültig verabschiedeten Richtlinien für die deutschen Delegierten auf der Konferenz von Locarno (Druck in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 665, Anm. 24).

[12] Die deutsche Delegation für die Konferenz von Locarno vom Oktober 1925 bestand aus Luther und Stresemann als Hauptdelegierten und daneben den Staatssekretären Schubert und Kempner sowie Gaus, dem Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes.

[13] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom 14. Januar 1926, in der über „den Stand der Auswirkung von Locarno“ diskutiert wurde (VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 23 [Abendausgabe] vom 14. Januar 1926; vgl. auch STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 432).

eine internationale gegeben hat, bei der alle Richtlinien, die irgendeine Delegation sich selbst gestellt oder von anderen gestellt bekommen hat, zu 100 Prozent erfüllt worden sind. Das ist eine Erfahrungstatsache, die wohl niemand bestreiten wird.

(Zuruf von den Deutschnationalen. – Sehr richtig! in der Mitte.)

– Herr Graf Westarp, stellen Sie doch diese Fragen, bitte, im Auswärtigen Ausschuß. Ich glaube, es liegt wirklich nicht im Interesse des Landes, hier zu sagen, was erfüllt ist und was nicht. Schließlich handelt es sich hier um einen Gesamtkomplex von Fragen, der bei uns nur dann erfüllt werden kann, wenn Sie den Vertrag[14] in Kraft setzen, um den sich doch unsere ganze Debatte dreht.

Ich darf auf einen Satz eingehen, denn Herr Graf Westarp ausgesprochen hat: erst in der **Note vom 20. Juli 1925[15]** sei derjenige Standpunkt erreicht, der einen Verzicht auf deutsches Land und Volk ausschlösse. Dem muß ich widersprechen. Es besteht in der Beziehung kein Unterschied zwischen dem Wortlaut und dem Sinn des Memorandums[16] und dem Wortlaut und dem Sinn der Note vom 20. Juli 1925. Ich glaube, daß beim Vergleich des Wortlauts der Beweis für die gegenteilige Behauptung sehr schwer zu führen sein wird.

Ich darf dann eingehen auf die Frage, die in den letzten Tagen mit vollem Recht die Öffentlichkeit am meisten befaßt hat: die Frage der **Besatzungsstärke der zweiten und dritten Zone[17].** Sie ist eingeleitet worden durch eine Notiz des „Daily Telegraph“[18], an die der diplomatische Korrespondent dieses Blattes[19] auch noch Bemer-

---

[14] Gemeint ist der Hauptvertrag von Locarno („Garantiepakt“) vom 16. Oktober 1926 (Text in LOCARNO-KONFERENZ S. 198–202).

[15] Druck der deutschen Note, die am 20. Juli 1925 von Hoesch an Briand übergeben wurde, u. a. ebd., S. 109–113; vgl. dazu auch die streng geheime telegraphische Weisung Stresemanns an Hoesch vom 18. Juli 1925 zum Verständnis und zu den Erläuterungen, die er Briand geben solle, in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 13, S. 585–588.

[16] Stresemann bezieht sich auf die Initiative des Auswärtigen Amtes, das zunächst im Januar in London, dann im Februar in Paris in der Sicherheitsfrage sondiert und Deutschlands Bereitschaft bekundet hatte, einen Pakt abzuschließen, der den „gegenwärtigen Besitzstand am Rhein“ garantiere (vgl. die betreffenden streng vertraulichen Memoranden vom 20. Januar u. 9. Februar 1925: LOCARNO-KONFERENZ S. 52–53 u. 61–62, sowie die betreffenden Erlasse Schuberts bzw. Stresemanns an Sthamer und Hoesch vom 19. Januar bzw. 5. Februar 1925: ebd., S. 47–51 u. 55–60).

[17] Nach der Unterzeichnung des Locarno-Vertrages und der Ankündigung der Räumung der nördlichen („Kölner“) Rheinland-Besatzungszone diskutierte Deutschland mit den Besatzungsmächten über die verbleibende Besatzungsstärke in der 2. und 3. Zone des Besatzungsgebietes; vgl. dazu zuletzt den telegraphischen Bericht Hoeschs über seine Verhandlungen in Paris vom 26. Januar 1926 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 155–157) sowie die beiden telegraphischen Weisungen Stresemanns an die Botschaft in Paris vom gleichen Tag (ebd., S. 153–155 u. 157–158).

[18] Der Artikel des „Daily Telegraph“ vom 13. Januar 1926 ist in seinen wesentlichen Teilen abgedruckt ebd., S. 106–107, Anm. 2; vgl. auch BERLINER TAGEBLATT, Nr. 21 (Abendausgabe) vom 15. Januar 1926; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 25 (Abendausgabe) vom 15. Januar 1926.

kungen geknüpft hat, die von einer schweren Enttäuschung sprachen, die die Tatsache in Deutschland hervorrufen würde, daß der Unterausschuß der Botschafterkonferenz beschlossen hätte, die Stärke der Besatzungstruppe auf 75 000 Mann in der zweiten und dritten Zone festzusetzen. Wir sind wegen dieser Meldung in Verbindung getreten mit den Besatzungsmächten[20]. Die vorläufig letzte Entwicklung der geführten Verhandlungen liegt in folgender **Erklärung,** die die **Besatzungsmächte** der deutschen Regierung im Laufe des heutigen Tages haben zugehen lassen[21] und die ich zur Verlesung bringen möchte. Die Erklärung lautet:

> 1. Die Regierungen der Besatzungsmächte haben entgegen gewissen Pressemeldungen keinerlei Entschließung in dem Sinne gefaßt, daß die Stärke der Besatzungstruppen in der zweiten und dritten Rheinlandzone 75 000 Mann oder eine annähernd gleiche Zahl betragen soll.
>
> 2. Die Besatzungsmächte, besonders Frankreich –

– ich füge hinzu: als der stärkste Beteiligte an der Besatzung –,

> bleiben bei der Auffassung, die sie zu wiederholten Malen im letzten Herbst in Verbindung mit der Note der Botschafterkonferenz vom 14. November 1925[22] zum Ausdruck gebracht haben. Sie sind dabei, die Einzelheiten des Problems zu prüfen mit dem Ziele, die Zahl der Besatzungstruppen in sehr kurzer Zeit auf das denkbar geringste Maß herabzumindern, derart, daß der in der Note der Botschafterkonferenz vorgesehene Zustand verwirklicht werden wird, sobald die Verträge von Locarno in Kraft getreten sind[23].

(Hört! Hört! links und in der Mitte.)

Ich schlage vor, daß wir über diese Erklärung, die hier vorliegt, im Zusammenhang mit anderen Fragen uns im Auswärtigen Ausschuß im einzelnen unterhalten.

---

[19] Sein Name konnte nicht ermittelt werden.

[20] Vgl. etwa die telegraphische Weisung Stresemanns an die Botschaft in Paris vom 13. Januar 1926 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 106–108) und sein Schreiben an den britischen Botschafter D´Abernon vom gleichen Tag (ebd., S. 108–111).

[21] Zur Entstehung dieser Erklärung vgl. die oben Anm. 17 genannten beiden telegraphischen Weisungen Stresemanns an die Botschaft in Paris.

[22] Am 14. November 1925 war Hoesch in Paris die Note der Botschafterkonferenz zur Räumung der nördlichen („Kölner“) Rheinland-Besatzungszone (und in mündlicher Erläuterung deren Beginn am 1. Dezember 1925) und zur Erleichterung des Besatzungsregimes übergeben worden (Text in SCHULTHESS 66 [1925], S. 411–412; URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 404–405; zur Vorläufigkeit der am 14. November übergebenen Note vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 855, Anm. 1).

[23] Vgl. oben mit Anm. 3.

Im übrigen habe ich Ihnen mitzuteilen, daß nach einem Telegramm, das uns aus Paris zugegangen ist[24], die Alliierten Regierungen den **Endtermin der Kölner Räumung[25]** auf den **31. Januar** Mitternacht festgesetzt haben.

(Bravo!)[26]

[24] Vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 178, Anm. 9.

[25] Gemeint ist die Räumung der nördlichen („Kölner“) Besatzungszone.

[26] Nach drei weiteren kurzen Debattenbeiträgen spricht der Reichstag in namentlicher Abstimmung der Regierung mit 160 zu 150 Stimmen (bei Stimmenthaltung der SPD-Abgeordneten und derjenigen der Wirtschaftlichen Vereinigung) das Vertrauen aus (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 388, S. 5230–5231; das dort genannte vorläufige Abstimmungsergebnis stellte sich später als falsch heraus; zum richtigen Ergebnis vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 21). – Der in Anm. 3 erwähnte DNVP-Antrag bzgl. des Völkerbundsbeitritts wird in den Auswärtigen Ausschuß verwiesen (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 388, S. 5230).

Rede vor Studenten in Dresden vom 31. Januar 1926[1]

Nach KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 84 (Abendausgabe) vom 1. Februar 1926. – Teildrucke (teilweise mit Abweichungen) in FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 84 (Abendausgabe) vom 1. Februar 1926, S. 2; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 52 (Abendausgabe) vom 1. Februar 1926; WIENER ZEITUNG, Nr. 26 vom 2. Februar 1926, S. 2; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22049 (Abendausgabe) vom 1. Februar 1926, S. 5; REICHSPOST, Nr. 32 vom 1. Februar 1926, S. 2.

Die deutsche Studentenschaft muß wieder Träger des Einheits- und Freiheitsgefühls werden. Die Verfassung ist nicht unveränderlich, aber sie und der Staat halten das deutsche Volk zusammen. Die Räumung der nördlichen Rheinlandzone soll der Anfang einer großmütigen Verständigungspolitik werden.

Gerade in einer Zeit der Demokratie kommt der geistigen Führung besondere Bedeutung zu. Wenn die Masse zum Träger weltpolitischen und staatspolitischen Geschehens gemacht wird, kommt es um so mehr darauf an, daß es **Führer** gibt aus den intellektuellen Schichten, die Persönlichkeiten sind, denen die Kraft ihres Wissens und Könnens den rechten Weg weist. Die geistige Lage einer Nation spiegelt sich nicht nur in den Parteien wider. Die geistigen Kräfte eines Volkes werden nicht nur gekennzeichnet durch die Arithmetik der Fraktionsstärken. Neben dem parteipolitischen Leben und Treiben wird das Fühlen eines Volkes bestimmt durch die **unwägbaren geistigen Kräfte der Nation,** die ihr Denken in den großen grundlegenden Fragen bestimmen. Selten war die Bedeutung der Verantwortung wichtiger für die, welche in der Lage sind, geistiges Wirken zu erringen, und größer als gegenwärtig. In der deutschen studentischen Jugend war in alten Zeiten die Überlieferung des Reichsgefühls, als sie sich in Landsmannschaften im Ausland zusammenfand und den Begriff der deutschen Studentenschaft zum erstenmal vertrat[2]. Sie gab den gro-

[1] Die Vorlage, die Wiedergabe einer WTB-Meldung aus Dresden, leitet den Artikel unter der Überschrift „Akademische Jugend und deutsche Zukunft. Eine Rede Stresemanns“ folgendermaßen ein: „Auf Einladung des Ausschusses für geistige Interessen der Studentenschaft der Technischen Hochschule zu Dresden sprach Reichsminister Dr. Stresemann im hiesigen Studentenhaus über das Thema: Akademische Jugend und deutsche Zukunft. Er führte u. a. aus:“ – Offenbar handelt es sich also um einen Auszug der Rede. – In einem Artikel in BERLINER TAGEBLATT, Nr. 53 (Abendausgabe) vom 1. Februar 1926, der die Rede (auch mit in der Vorlage nicht enthaltenen Passagen) lediglich paraphrasiert wiedergibt, heißt das Thema des Vortrags: „Akademische Jugend, Staatsgedanken und deutsche Zukunft“.

[2] Landsmannschaften („Nationes“) waren im Spätmittelalter und dann wieder seit dem 17. Jahrhundert studentische Korporationen aus je einem Land.

ßen Bewegungen ihre Färbung, im Freiheitskrieg ebenso wie bei Langemark im Weltkrieg[3]. Sie war die Trägerin eines starken politischen Einheits- und Freiheitsgedankens in denjenen Zeiten der Bürgerschaft, die über die Paulskirche[4] zum einigen Deutschen Reich führte. Nach der Reichsgründung begann das Abflauen des politischen Interesses und eine **politische Sterilität,** die parallel ging mit der des deutschen Bürgertums. Diese Inaktivität ist in der deutschen Entwicklung sehr bedauerlich gewesen. Dem politischen Denken der Arbeiterschaft, die sich immer mehr den Ideen des Sozialismus zuwandte, stand das unpolitische Empfinden der bürgerlichen geistigen Schichten gegenüber. Unausgeglichen gingen beide in den großen Weltkrieg hinein. Diese Unsicherheit ist es nicht zum geringsten gewesen, die dazu geführt hat, daß die Niederlage in die Revolution ausmündete. **Die deutsche Studentenschaft war an der Novemberrevolution nicht beteiligt.** In der Geschichte ist es selten der Fall gewesen, daß eine Umwälzung eines Staats ohne die studentische Jugend vor sich ging. Darin lag die Schwäche dieser Bewegung, die sich nur durchsetzen konnte, weil die alte und noch bestehende eine noch größere Schwäche zeigte und sich nicht in einer Verteidigung ihrer Ideale erhob und Kräfte, die ihr zur Verfügung standen, nicht aufrief. Nach der Umwälzung wurde die Studentenschaft hineingeworfen in die schwerste soziale Not. Sie sah das Reich außenpolitisch ohnmächtig und innerpolitisch zerklüftet. Sie sah die Umwälzung aller ethischen Begriffe und all die bizarren Erscheinungen nach dem Jahre 1919. Daher ist es verständlich, daß es ihr schwer wurde, eine einheitliche Haltung gegenüber dem heutigen Staat einzunehmen. Mehr und mehr wächst in ihr die Unlust sowie eine starke Neigung zum **Negieren des Neugewordenen** und ein Sichgenügenlassen an den Zuständen der Vergangenheit. Demgegenüber darf sie das eine nicht vergessen: Der heutige Staat und seine Verfassung[5] sind ein **Reifen, der das deutsche Volk zusammenhält.** Die Überlieferung und Macht, die ihm früher das Leben sicherten und wahrten, sind dahingeschwunden. Negieren wir den Staat oder zerrütten wir seine Autorität, dann fällt der Reifen auseinander, und die Einheit des deutschen Volkes, das Beste, was wir aus der Niederlage und dem Zusammenbruch gerettet haben, ist

---

[3] Beim belgischen Langemarck kam es am 10. November 1914 zu einer für die deutsche Seite sehr verlustreichen Schlacht, in der vor allem Freiwilligenverbände und darunter viele junge Studenten eingesetzt wurden; die Berichterstattung über diese Schlacht führte im Folgenden zum Mythos von der Opferbereitschaft der jungen Deutschen.

[4] Gemeint ist die Deutsche Nationalversammlung, die 1848/49 in der Frankfurter Paulskirche tagte.

[5] Die Weimarer Reichsverfassung („Verfassung des Deutschen Reiches“) vom 11. August 1919 ist u. a. veröffentlicht in REICHS-GESETZBLATT 1919, S. 1383–1418.

dahin. Die **Einzelheiten der Verfassung** sind **keine Ewigkeitsrechte.** Ihre Verbesserung ist jederzeit möglich und auch rechtlich durch den Wortlaut der Verfassung gegeben[6]. Aber der Begriff einer geistig führenden Jugend muß die Staatsbejahung in sich schließen, die gleichbedeutend ist mit der **Anerkennung der Staatsautorität.** Unser größter Fehler wäre ein Zurückfallen in die alten Klassengegensätze oder die Entfesselung konfessioneller Kämpfe. Die schlimmste Vergiftung des deutschen Volkes ist die Aberkennung des Nationalgefühls gegenüber denjenigen, die auf anderm Wege als ihre Kritiker den Weg zu Deutschlands Freiheit und Wiederaufrichtung gehen wollen.[7]

Der Abzug der Besatzungstruppen vom Niederrhein[8] muß der **Anfang einer großzügigen Politik der Verständigung** sein, welche die Freiheit, die in dieser Mitternachtsstunde von den Glocken am Niederrhein gefeiert wird[9], überträgt auf die jetzigen deutschen Gebiete, die jetzt noch fremde Truppen bei sich sehen. Wenn alle diejenigen, die sich in **Locarno** vereinigten[10], um ein friedliches Europa zu sichern, von dem gutem Willen beseelt sind, die Gefühle und Empfindungen in die Tat umzusetzen, dann wird wenigstens manche unheilbar scheinende Wunde aus dem Kriege verharschen können. Dazu gehört aber im Innern das verständige Begreifen außenpolitischer Notwendigkeiten, die **Zurückweisung derjenigen, die zwei Deutschland wollen,** von denen das eine über das andre herrscht, und das feste Zusammenhalten derjenigen weiten Schichten des deutschen Volkes, die erkannt haben, daß nur eine verantwortungsvolle Politik, die alle staatsbejahenden Kräfte auf sich vereinigt, uns weiter vorwärts zu bringen vermag.[11]

---

[6] Art. 76 der Verfassung regelte die Möglichkeit ihrer Änderung mit einer Zweidrittel-Mehrheit im Reichstag bzw. durch Volksentscheid (vgl. ebd., S. 1397).

[7] In der Vorlage folgt als überleitende Passage: „In seinen Schlußausführungen kam der Minister des Äußern auf die Ziele der deutschen Außenpolitik zu sprechen. Er verbreitete sich insbesondere über die Räumung der nördlichen Rheinlandzone und führte aus:“

[8] Am 31. Januar 1926 endete formal (nach dem Abzug der letzten Truppen am Vortag) die Räumung der nördlichen („Kölner“) Zone durch die Besatzungstruppen; zu den dazu begangenen deutschen Feierlichkeiten vgl. etwa VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 53 (Abendausgabe) vom 1. Februar 1926; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 53 (Abendausgabe) vom 1. Februar 1926; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22049 (Abendausgabe) vom 1. Februar 1926, S. 1 u. 2–3; REICHSPOST, Nr. 32 vom 1. Februar 1926, S. 2.

[9] Bei den Feierlichkeiten in Köln läuteten zur Mitternacht des 31. Januar 1926 alle Glocken der Stadt (vgl. die in der vorangegangenen Anm. genannten Zeitungsberichte).

[10] Die Konferenz von Locarno tagte vom 5. bis 16. Oktober 1925; Text der dort abschließend paraphierten Verträge u. a. in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215.

[11] Eine Herausgeberergänzung in STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 271, erläutert: „Die Mitternacht findet Stresemann, zusammen mit Professoren und Studenten der Technischen Hochschule Dresdens, im Dresdener Studentenhaus, um die Radioübertragung der Kölner Befreiungsfeier anzuhören.“

Rede auf dem Gesellschaftsabend der Liberalen Vereinigung in Berlin vom 1. Februar 19261

Nach TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 54 (Abendausgabe) vom 2. Februar 1926. – Teildruck in DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 54 (Abendausgabe) vom 2. Februar 1926.

Der Liberalismus der Paulskirche hat die Voraussetzung zur Reichseinigung geschaffen. Ein solches Parlament wäre auch heute wünschenswert. Die Liberalen müssen in den großen Fragen zusammengehen.

[2]Die Idee der Einigung des Deutschen Reichs wäre nicht zu verwirklichen gewesen, wenn nicht im Parlament in der Paulskirche in Frankfurt[3] die starken liberalen Tendenzen des deutschen Bürgertums lange Zeit hindurch vorher vorbereitend tätig gewesen wären. Jeder würde dankbar sein, wenn **aus den Parlamenten der Interessenvertretung** sich noch einmal ein **Deutsches Reichsparlament** herausbilden könnte, das so viel von Vaterlandsliebe und Kulturgemeinschaft in sich trüge, wie das Frankfurter Parlament.

[4]Gegenüber der allgemeinen Schwäche, unter welcher die liberalen Schichten des deutschen Bürgertums heute leiden, müssen wir die Politik so führen, daß ein **Zusammengehen bei großen Fragen** möglich ist. Scheidungen in nationale und nichtnationale Deutsche gibt es nicht, sondern wir sind uns darin einig, **daß das Nationale das Selbstverständliche ist.**[5]

---

[1] Die Liberale Vereinigung war eine 1924 gegründete Sammlungsbewegung von Mitgliedern der DDP, der DVP und der Wirtschaftspartei mit dem Ziel der Annäherung der liberalen Parteien. – Die Vorlage bietet in ihrer Berichterstattung über den Gesellschaftsabend für die Worte Stresemanns, die vermutlich gekürzt wiedergegeben werden, eine Mischung aus indirekter Rede und wenigen Sätzen in direkter Rede.

[2] Nach der Berichterstattung über Reden von Koch und Luther heißt es in der Vorlage zunächst in indirekter Rede: „Reichsaußenminister Dr. Stresemann führte aus, wie es Bismarck 1871 unmöglich gewesen wäre, das Deutsche Reich zu gründen, wenn nicht die liberalen deutschen Kreise so gute Vorarbeit geleistet hätten.“ Sie fährt in direkter Rede fort.

[3] Gemeint ist die Deutsche Nationalversammlung von 1848/49, die in der Frankfurter Paulskirche tagte.

[4] In der Vorlage folgt als Einschub: „Der Außenminister fuhr fort:“

[5] In VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 54 (Morgenausgabe) vom 2. Februar 1926, wird – allerdings nur in indirekter Rede – eine andere Passage der Rede Stresemanns wiedergegeben: „In vielem sei er mit Koch einig. In wirtschaftlichen Dingen dürfe man nicht dogmatisch sein. Der Spinner sei selbstverständlich für den Schutzzoll seiner Garne, der Weber für die zollfreie Einfuhr. Beide aber könnten durchaus in der gleichen Partei miteinander wirken. Mit der katholischen Kirche – auch hier wieder

eine Huldigung für das Zentrum – müsse der Wahlspruch gelten: ‚In necessariis unitas, in dubiis libertas, in omnibus caritas' (im Notwendigen Einheit, im Zweifelhaften Freiheit, in allem die Liebe)."

Rede vor der Presse in Berlin vom 3. Februar 1926[1]

Nach STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 487–489. – Teildruck in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 530–532.

Allgemeine Darlegungen zur problematischen Haltung Italiens gegenüber Deutschland im Zusammenhang mit der Südtirol-Frage. Deutsche Presseberichte und andere Einmischungen verschlimmern jedoch nur die Lage für die dortige deutsche Minderheit.

Gestatten Sie mir, über einen Gegenstand zu berichten, bei dem ich Sie bitten möchte, das, was ich angesichts der Gesamtlage Ihnen darzulegen habe, als eine allgemeine Darlegung entgegenzunehmen, nur zu Ihrer Information, aber auch mit der Bitte der Reichsregierung um eine freundliche Kenntnisnahme und um Folgerungen in Ihrem Verhalten. Diese Frage ist die Behandlung der Dinge in Südtirol[2]. Wir stehen vor folgender Situation: Wir haben die italienische Regierung jetzt zum Feind in allen Dingen, auch in allen außenpolitischen Dingen. Die Nichterledigung gewisser Dinge, die vielleicht sonst schon zu Ende gebracht wären, liegt daran, daß die italienische Regierung ihre Vertreter beauftragt hat, in allen Fällen ihre Stimme **gegen** Deutschland abzugeben, während sie sich in früheren Zeiten umgekehrt verhielt, namentlich in den Dingen, die sich auf die militärische Abrüstung beziehen. Auch in bezug auf den **Völkerbund[3]** wird sich das geltend machen. Wir haben die Drohung

---

[1] Diese „Rede vor der Presse“ findet sich in keiner der herangezogenen Zeitungen wiedergegeben, sondern lediglich in der Vorlage (und nach dieser Vorlage als Teildruck in „Ursachen und Folgen“). Sie ist als „Presseempfang“ jedoch in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 3, S. 102, Anm. 2, ausdrücklich erwähnt. Möglicherweise bat Stresemann in einem in der Vorlage nicht wiedergegebenen Teil um Vertraulichkeit seiner Ausführungen. – Konkreter Anlaß für die Rede könnte (neben der bevorstehenden Antwort auf Interpellationen im Reichstag) eine Aufzeichnung des Legationssekretärs Twardowski vom 3. Februar 1926 gewesen sein, der im Januar im Auftrag des Auswärtigen Amtes inkognito Südtirol bereits hatte und nun darauf hinwies, daß die deutsche Presseagitation zur Verschärfung der Lage in Südtirol beigetragen habe (ebd., S. 94–96); zur Beruhigung durch ein Abrücken der Reichsregierung von antiitalienischen Kundgebungen riet auch der Botschafter in Rom, Neurath, in seinem telegraphischen Bericht vom 1. Februar 1926 (ebd., S. 88).

[2] Der Friedensvertrag von Saint-Germain vom 10. September 1919 übertrug mit seinen Artikeln 27 u. 36 Südtirol, das bis dahin zum österreichischen Staatsgebiet gehört hatte, an Italien (CONSOLIDATED TREATY SERIES, Bd. 226, S. 14–18 u. 20–21). Mit der Machtergreifung der Faschisten in Italien 1922 hatte in Südtirol eine stärkere Assimilierungspolitik im Hinblick auf den deutschsprachigen Teil der Bevölkerung eingesetzt. Vgl. dazu auch in dieser Edition die Rede Stresemanns in Berlin vor der Arbeitsgemeinschaft deutscher Landsmannschaften in Groß-Berlin vom 14. Dezember 1925.

[3] Stresemann bezieht sich wohl auf den für März 1926 geplanten deutschen Völkerbundsbeitritt.

eines Boykotts sämtlicher deutscher Waren gehört[4]. Das wäre ein Bruch des deutsch-italienischen Handelsvertrages[5], und das würde dann auch zu einem Bruch mit Italien führen, denn wir könnten uns das nicht bieten lassen. In dieser Situation, in der Italien, ein Staat, der seit 1919 vielfach außenpolitisch auf unserer Seite gestanden hat, namentlich seitdem Poincaré[6] Ministerpräsident in Frankreich war, so gegen uns auftritt, müssen wir zu einer Abwägung der Vorteile und Nachteile kommen, die uns aus dieser Bewegung erwachsen. Unser Verhältnis zu Italien ist zunächst stark erschüttert worden.

Die zweite Unerfreulichkeit, die wir zu tragen haben, ist die, daß anscheinend Österreich diese ganzen Dinge sehr ungern sieht und uns – ich spreche hier nicht von offiziellen Stellen – zu verstehen gibt, daß ihm in der ganzen Sache die Führung gebühre und daß es der Meinung sei, daß das, was wir täten, unpolitisch sei[7].

Drittens: Die Auslandsdeutschen in Italien haben sich beschwerdeführend an uns gewandt[8], daß wir in unverantwortlicher Weise ihre persönlichen und wirtschaftlichen Interessen schädigten. Jeden Tag gehen bei uns Telegramme mit diesen Klagen und dem Inhalt ein: Wir protestieren gegen diese Art der Pressekampagne. Solche Telegramme kommen uns aus allen möglichen Städten, aus Mailand, aus Neapel, aus Genua. Das ist die dritte Front, die gegen uns auftritt. Inzwischen hat auch der Bund der Auslandsdeutschen[9] namens seiner italienischen Mitglieder protestiert.

Die vierte Front ist die von **Südtirol** selbst, die mit aller Entschiedenheit gegen diese Einflußnahme Deutschlands auftritt. Die beiden Südtiroler deutschen Abgeord-

---

[4] Die Drohung mit einem entsprechenden Boykott hatte Mussolini am 19. Januar 1926 Botschafter Neurath übermitteln lassen (vgl. dessen telegraphischen Bericht vom gleichen Tag in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 3, S. 67–68).

[5] Text des deutsch-italienischen Handels- und Schiffahrtsvertrages vom 31. Oktober 1925 in REICHSGESETZBLATT 1925 II, S. 1020–1134.

[6] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929.

[7] Genaues dazu konnte nicht ermittelt werden. Möglicherweise bezieht sich Stresemann auf ihm vorliegendes Material, das er sich im Auswärtigen Amt hatte zusammenstellen lassen (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 3, S. 72, Anm. 2).

[8] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf das im Schreiben des Auswärtigen Amtes an den Vertreter in München zitierte Schreiben vom 23. Dezember 1925 (vgl. ebd., S. 71); vgl. auch BERLINER TAGEBLATT, Nr. 48 (Morgenausgabe) vom 29. Januar 1926, über ein Schreiben der Kolonien der deutschen Kolonie in Neapel ähnlichen Inhalts.

[9] Der Bund der Auslandsdeutschen war die 1919 in Berlin gegründete Interessenvertretung der aktuell und ehemals im Ausland lebenden Deutschen. Vermutlich bezieht sich Stresemann auf die Erklärung des Bundes der Auslandsdeutschen, die in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 3, S. 96, Anm. 2, erwähnt wird.

neten[10] sind in einer öffentlichen Erklärung von der deutschen Presse abgerückt; sie haben erklärt, daß sie nichts zu tun haben wollten mit einem Boykott, der sich gegen eine deutsche Reisetätigkeit nach Italien richte[11]. Ich habe mir auch inoffiziell Berichte aus Tirol erbeten und ein Schreiben aus Innsbruck vom 1. Februar erhalten[12]. Nach dem, was in diesem Schreiben mitgeteilt worden ist, haben dort Besprechungen stattgefunden mit den Südtirolern, und es hat sich herausgestellt, daß bei verschiedenartiger Auffassung über einzelne Dinge die Leute in einem Punkt sämtlich einig gewesen sind, nämlich darin, daß die Lage für Südtirol sich wesentlich schlimmer gestaltet hat, seitdem die deutsche Presseagitation eingesetzt hat, und daß sie sich weiter noch schlimmer gestalten werde, da sie die Sache als erfolglos ansehen, weil durch die Agitation erst die Aufmerksamkeit der Faschisten auf diesen Teil Italiens gelenkt worden sei. Auf das allerschärfste haben sie sich gegen den Reiseboykott ausgesprochen, denn es sei ganz ausgeschlossen, daß die Italiener etwa eine Einreise bloß für Bozen und Meran zugestehen, sie würden dann ganz sperren. Die erste Folge war – Sie sehen, daß die Dinge sich außerordentlich zugespitzt haben –, daß alles, was wir verlangen, jetzt an der Zentrale entschieden wird, und wenn der Botschafter Italiens[13] jetzt aus Berlin zurückberufen ist, so ist ihm zum Vorwurf gemacht worden, er habe nicht genügend Einfluß gehabt, diese Presseagitation zu stoppen.

Es ist anzunehmen, daß die Lage der Leute in Südtirol sehr schwierig und ihnen

---

[10] Zum Abrücken der beiden Südtiroler Abgeordneten in der „Meraner Zeitung“ vom 18. Januar 1926 vgl. ebd., S. 96, Anm. 3. In einem kommentierenden Artikel der REICHSPOST, Nr. 26 vom 20. Januar 1926, S. 2, werden ihre Namen mit „Baron Sternbach“ und „Dr. Tinzl“ angegeben; gemeint sind also offenbar Paul Freiherr von Sternbach (1869–1948), seit 1924 Abgeordneter für Südtirol im italienischen Parlament, sowie Karl Tinzl (1888–1964), ebenfalls seit 1924 Abgeordneter im italienischen Parlament.

[11] Zu Aufrufen Münchner privater Kreise zu einem Verzicht auf Reisen nach Italien und zu einem Boykott italienischer Waren vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 3, S. 67, Anm. 1. Zuvor war in einem deutschnationalen Organ bereits ein auf angebliche Anregung aus Südtirol zurückgehender Reiseboykott nach Italien propagiert worden (vgl. NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22023 [Morgenblatt] vom 6. Januar 1926, S. 7–-8); zu weiteren ähnlichen Boykottaufrufen von privaten Vereinen vgl. ebd., Nr. 22037 (Abendausgabe) vom 20. Januar 1926, S. 3; Nr. 22038 (Abendausgabe) vom 21. Januar 1926, S. 2.

[12] Das Schreiben konnte nicht ermittelt werden.

[13] Conte Alessandro de Bosdari (1867–1929), italienischer Botschafter in Berlin 1922 – April 1926. – Nach einem Bericht in NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22043 (Abendausgabe) vom 26. Januar 1926, S. 2, war Bosdari am 25. Januar 1926 zur Berichterstattung von Berlin nach Italien gereist. Am folgenden Tag gab die Zeitung jedoch ein italienisches Dementi wieder, wonach die Reise Bosdaris seit langer Zeit geplant gewesen sei und einer Vortragstätigkeit diene (ebd., Nr. 22044 [Morgenausgabe] vom 27. Januar 1926, S. 5). Inzwischen wurde in Zeitungsmeldungen bereits die Meldung verbreitet, Bosdari werde nicht mehr zurückkehren, sondern als Botschafter abgelöst (vgl. etwa ebd., Nr. 22050 [Morgenausgabe] vom 2. Februar 1926, S. 5; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 54 [Morgenausgabe] vom 2. Februar 1926; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 53 [Abendausgabe] vom 1. Februar 1926).

das Leben noch dadurch erschwert worden ist, daß auf sie alle möglichen italienischen Gesetze angewandt worden sind, die sie sehr bedrücken, namentlich die Steuergesetze, da sie anscheinend eine andere Steuermoral gewöhnt waren. Ferner bedrückt sie die außerordentlich unterstützte Ansiedlung von Italienern in Südtirol. Aber bis zum Januar dieses Jahres waren die Verhältnisse als erträglich zu bezeichnen; seitdem die Presse sich eingemischt hat, ist das anders geworden. Jetzt wirft sich der Faschismus darauf, er hat als Parole, das Italienertum in Südtirol ordentlich einzunisten. Jetzt sind zum Beispiel alle Stationsnamen der Bahn italienisiert[14]. Bis jetzt waren die deutschen Namen daneben zugelassen. Gewisse Kann-Vorschriften, bei denen also die Lokalbehörden Milderungen eintreten lassen konnten, sind nunmehr in Muß-Vorschriften umgewandelt. Statt der Lokalbehörden hat jetzt die Zentrale einzugreifen. Wir können also wohl Kundgebungen erlassen, nicht aber eine wirkliche Hilfe bringen.

Der Versuch, den Konfliktstoff aus der Welt zu schaffen, ist wiederholt gemacht worden. Die Reise **Bosdaris** hängt damit zusammen, mit der Auffassung, daß es für die deutsche Öffentlichkeit ganz unmöglich wäre, an diesen Dingen vorbeizugehen. Der Hinweis darauf, daß Südtirol nicht zu uns gehöre, ist deshalb vollkommen abwegig. Bosdari hat sich auch entschuldigt[15]. Weitere Rekriminationen waren nicht möglich. Wir haben unseren Botschafter in Rom[16] in einer Weise angewiesen, die zu Differenzen der Auffassung über das geführt hat, was das Maximum dessen wäre, was seitens der hiesigen Regierung geschehen könnte. Ich habe die Empfindung, daß Mussolini[17] auch bremsen wollte. Er hat jedenfalls durchgesetzt, daß die Faschisten darauf eingewirkt haben, die Studenten sollten die Demonstrationen [vor der Deut-

---

[14] Vgl. dazu den oben Anm. 1 genannten Bericht Twardowskis sowie die Artikel in NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22042 (Abendausgabe) vom 25. Januar 1926, S. 4; REICHSPOST, Nr. 26 vom 26. Januar 1926, S. 3; WIENER ZEITUNG, Nr. 20 vom 26. Januar 1926, S. 5.

[15] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf sein Gespräch mit Bosdari vom 2. Januar 1926. Bei dieser Gelegenheit entschuldigte sich Bosdari allerdings nicht, sondern gab nur zu verstehen, daß „ihn die gegenwärtige Situation bedrücke“ (vgl. Stresemanns Aufzeichnung vom gleichen Tag in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 3, S. 39–41 [das Zitat: S. 41]; STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 485–487 [das Zitat: S. 487]).

[16] Konstantin Freiherr von Neurath (1873–1956), Botschafter in Rom 1921–1930; Reichsaußenminister 1932–1938. – Zur Anweisung an Neurath und den Differenzen zwischen Stresemann und ihm über die Haltung der deutschen Regierung vgl. etwa die telegraphischen Weisungen Stresemanns vom 3. und 8 Januar sowie den telegraphischen Bericht Neuraths vom 5. Januar 1926 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 3, S. 45–47, 47–48 u. 52–53).

[17] Benito Mussolini (1883–1945), auf der Machtbasis seiner „Faschistischen Partei“ zunehmend diktatorisch regierender Ministerpräsident Italiens 1922–1945.

schen Botschaft in Rom][18] unterlassen.

[18] So in der Vorlage als Herausgeberergänzung. – Gemeint sind antideutsche Studentendemonstrationen, die zuvor in anderen italienischen Städten und am 29. Januar 1926 vor der deutschen Botschaft in Rom stattfanden (vgl. die Berichte darüber in NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22047 [Morgenausgabe] vom 30. Januar 1926, S. 5, und 22047 [Abendausgabe] vom 30. Januar 1926, S. 1–2; REICHSPOST, Nr. 30 vom 30. Januar 1926, S. 4; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 49 [Abendausgabe] vom 29. Januar 1926, u. Nr. 50 [Morgenausgabe] vom 30. Januar 1926; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 50 [Morgenausgabe] vom 30. Januar 1926). Der Faschistische Rat hatte Ende Januar 1926 solche deutschfeindlichen Kundgebungen allen Faschisten verboten (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 3, S. 88; SCHULTHESS 67 [1926], S. 301; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 54 [Morgenausgabe] vom 2. Februar 1926).

Antrag im Reichstag vom 8. Februar 1926[1]

Nach VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 388, S. 5325. – Druck (mit Abweichungen) in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 66 (Morgenausgabe) vom 9. Februar 1926. – Teildruck (mit Abweichungen) in DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 65 (Morgenausgabe) vom 9. Februar 1926.

Beantragt, die Debatte über die Äußerungen Mussolinis und die dazu vorliegenden Interpellationen für die morgige Sitzung auf die Tagesordnung zu setzen.

Dr. **Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen: Meine Damen und Herren! In der Sonnabendsitzung der italienischen Kammer hat der Herr **italienische Erste Minister[2]** Ausführungen gemacht, die das **Verhältnis Italiens zu Deutschland** tief berühren. Die Reichsregierung hat den dringenden Wunsch, zu diesen Ausführungen so bald als möglich Stellung zu nehmen. Ich wäre daher dem Herrn Präsidenten[3] und dem Haus dankbar, wenn das Haus beschließen wollte, die zu diesem Gegenstand vorliegenden Interpellationen[4] auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung zu setzen.

(Bravo!)[5]

---

[1] Stresemann stellte seinen Antrag, nachdem er zuvor die Zustimmung des Kabinetts eingeholt hatte (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 1096), vor Eintritt in die Tagesordnung.

[2] Benito Mussolini (1883–1945), auf der Machtbasis seiner „Faschistischen Partei" zunehmend diktatorisch regierender Ministerpräsident Italiens 1922–1945. – Text seiner Rede in der italienischen Kammer vom 6. Februar 1926 in deutscher Übersetzung in SCHULTHESS 67 (1926), S. 301–304; im italienischsprachigen Original: MUSSOLINI, Bd. 22, S. 68–73.

[3] Paul Löbe (1875–1967), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für die SPD); dessen Präsident 1920–1924, 1925–1932.

[4] Bis dahin lag zur Frage der Unterdrückung der deutschen Minderheit in Südtirol und zur Reaktion der Reichsregierung eine Interpellation der DNVP vom 11. Dezember 1925 vor (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 405, Drucks. 1662); Koch[-Weser] kündigte unmittelbar nach Stresemanns Antrag an, daß auch die Regierungsfraktionen eine Interpellation einbringen würden (Kochs Äußerung: ebd., Bd. 388, S. 5326; die dann eingebrachte Interpellation zur Rede Mussolinis: Bd. 406, Drucks. 1831).

[5] Zum Ende der Sitzung beschließt der Reichstag, dem Antrag Stresemanns stattzugeben, die Debatte über die beiden Interpellationen (vgl. die vorangehende Anm.) am nächsten Tag zu führen und in Abweichung zur sonstigen Übung nicht die Interpellanten, sondern zunächst Stresemann sprechen zu lassen (ebd., Bd. 388, S. 5357).

Reichstagsrede vom 9. Februar 1926[1]

Nach VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 388, S. 5359–5366. – Druck auch in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 67 (Morgenausgabe) vom 10. Februar 1926. – Teildrucke (teilweise mit kleineren Abweichungen) in KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 107 (1. Morgenausgabe) vom 10. Februar 1926; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 67 (Abendausgabe) vom 9. Februar 1926, u. Nr. 68 (Morgenausgabe) vom 10. Februar 1926; FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 108 (2. Morgenausgabe) vom 10. Februar 1926, S. 1–3; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 67 (Morgenausgabe) vom 10. Februar 1926; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 68 (Morgenausgabe) vom 10. Februar 1926; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22058 (Morgenausgabe) vom 10. Februar 1926, S. 3–4; REICHSPOST, Nr. 41 vom 10. Februar 1926, S. 2–3; WIENER ZEITUNG, Nr. 33 vom 10. Februar 1926, S. 2, u. Nr. 34 vom 11. Februar 1926, S. 2–3; STRESEMANN, Reden und Schriften II, S. 233–250 [2. Aufl. S. 371–380]; STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 490–499; SCHULTHESS 67 (1926), S. 30–35; DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 42, A 1 (1926), S. 91–96; URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 535–542; QUELLEN ZU DEN DEUTSCH-ITALIENISCHEN BEZIEHUNGEN S. 113–115; STRESEMANN, hrsg. v. Ostwald, S. 41 u. 56–57 (unter dem falschen Datum 8. Februar).

Widerspricht Mussolinis Rede zur Lage in Südtirol: Italien hat seit dem Weltkriegsende wiederholt den Schutz der deutschen Minderheit in Südtirol versprochen. Die Italianisierungspolitik des faschistischen Regimes gegenüber Südtirol steht dazu im Widerspruch. Mit den Münchener Aufrufen zum Boykott italienischer Waren haben deutsche Behörden nichts zu tun. Der von Mussolini angedrohte italienische Boykott deutscher Waren wäre ein Verstoß gegen beidseitige Abmachungen. Es ist Unsinn, Deutschland Pläne bezüglich der Brennergrenze zu unterstellen. Die in der ganzen Welt als Kriegsdrohung aufgefaßte Rede Mussolinis ist mit dem Geist des Völkerbundes nicht vereinbar. Das Beispiel der Behandlung der Minderheit in Südtirol zeigt, wie wichtig die deutsche Mitgliedschaft im Völkerbund sein wird. Mussolinis abschätzige Urteile über Deutsche widersprechen seinen früheren Äußerungen. Plädiert für eine großzügige deutsche Politik gegenüber den Minderheiten im eigenen Land.

---

[1] Den Anlaß zu der Rede boten neben den in der nächsten Anm. erläuterten Ausführungen Mussolinis zwei Interpellationen: eine der DNVP zur Frage der Unterdrückung der deutschen Minderheit in Südtirol und zur Reaktion der Reichsregierung vom 11. Dezember 1925 (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 405, Drucks. 1662) sowie eine am Vortag von den Regierungsfraktionen eingebrachte zur Rede Mussolinis (ebd., Bd. 406, Drucks. 1831). Stresemann hatte am Vortag beantragt, die Rede Mussolinis und damit die beiden Interpellationen auf die Tagesordnung zu setzen (vgl. in dieser Edition seinen Antrag vom 8. Februar 1926). – Empfehlungen für den Aufbau der Rede, die offenbar Berücksichtigung fanden, hatte Botschafter Neurath am 7. Februar 1926 telegraphisch aus Rom gesandt (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 3, S. 103–105). – Für eine atmosphärische Beschreibung der Rede vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 68 (Morgenausgabe) vom 10. Februar 1926.

Dr. **Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen: Meine Damen und Herren! Die Ausführungen, die der Herr italienische Ministerpräsident[2] in der Sonnabendsitzung des italienischen Parlaments gemacht hat, greifen tief ein in das Verhältnis Italiens zu Deutschland. Sie rollen darüber hinaus die Gesamtlage auf, die mit dem Abschluß der Verträge von Locarno[3] und mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund[4] in Verbindung steht.

Der rhetorische Ausbruch des Herrn Mussolini gäbe Veranlassung, ihm in derselben Weise zu antworten. Die deutsche Regierung muß es aber ablehnen, auf einen derartigen Ton, der wohl eher auf Massenversammlungen als auf Aussprache mit anderen Nationen berechnet ist, ihrerseits einzugehen.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei und in der Mitte.)

Wir werden unsererseits von dem Tatbestand ausgehen und von da aus zu den Darlegungen des Herrn italienischen Ministerpräsidenten Stellung nehmen. Gestatten Sie mir deshalb, zunächst einmal die **Sachlage** fest zu umreißen.

Südtirol ist bei den Friedensverträgen Italien zugesprochen worden[5]. Daraus ergeben sich politische Konsequenzen, die wir stets respektiert haben und zu respektieren haben. Die Hoheitsfrage, die **Souveränität Italiens über Südtirol,** steht außer Zweifel. Aber diese unbestrittene Souveränität Italiens erschöpft nicht die Gesamtsituation, auch nicht vom italienischen Gesichtspunkt aus gesehen. Gerade bei Schließung der Friedensverträge und bei ihrer Begründung haben wir oft von anderer Seite die Worte gehört, daß es nicht nur ein internationales Recht, sondern daß es auch eine **internationale Moral** gibt, und zur Erhaltung ihrer internationalen moralischen Verpflichtungen gegenüber der Bevölkerung von Südtirol hat die italienische Regierung selbst zu wiederholten Malen Stellung genommen.

---

[2] Benito Mussolini (1883–1945), auf der Machtbasis seiner „Faschistischen Partei“ zunehmend diktatorisch regierender Ministerpräsident Italiens 1922–1945. – Mit den nachfolgend genannten Ausführungen ist seine Rede in der italienischen Kammer vom 6. Februar 1926 gemeint; Text in deutscher Übersetzung in SCHULTHESS 67 (1926), S. 301–304; im italienischsprachigen Original: MUSSOLINI, Bd. 22, S. 68–73.

[3] Die Konferenz von Locarno tagte vom 5. bis 16. Oktober 1925; Text der dort abschließend paraphierten Verträge u. a. in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215.

[4] Das Inkrafttreten des Hauptvertrags von Locarno zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien war daran gebunden, daß Deutschland in den Völkerbund eintreten würde (vgl. Art. 10: ebd., S. 202). – Am Vortag war im Kabinett beschlossen worden, den Eintritt nun zu beantragen und ein entsprechendes Gesuch an den Völkerbund auf den Weg zu bringen (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 1089–1101).

[5] Durch den Friedensvertrag von Saint-Germain zwischen den Siegermächten und Österreich vom 10. September 1919 und dessen Art. 27 u. 36 (CONSOLIDATED TREATY SERIES, Bd. 226, S. S. 14–18 u. 20–21) war Südtirol, das zuvor österreichisch gewesen war, an Italien abgetreten worden; der Brennerpaß bildete die Grenze zwischen beiden Staaten.

Sowohl von der österreichischen Regierung als auch von der Bevölkerung der betroffenen Gebiete wurden während der Friedensverhandlungen in Paris **Proteste gegen die Einverleibung von Südtirol** an die alliierten und assoziierten Mächte gerichtet[6]. In der Antwort, die der österreichischen Regierung am 2. September 1919 zugegangen ist[7], ist erklärt worden, daß die Grenze nicht geändert werden könnte. „Aber gleichzeitig", haben die alliierten und assoziierten Nationen hinzugefügt, „wie aus den sehr klaren vom italienischen Ministerpräsidenten[8] im römischen Parlament abgegebenen Erklärungen folgt, beabsichtigt die italienische Regierung, gegenüber ihren neuen Untertanen deutscher Nationalität in bezug auf ihre Sprache, ihre Kultur und ihre wirtschaftlichen Interessen eine in weitem Maße liberale Politik zu befolgen."

(Hört! Hört! in der Mitte und rechts.)

Am 18. November 1918[9] wurde **Bozen besetzt.** Der **kommandierende General** der italienischen Armee Picori Giraldi[10] erließ damals folgende **Proklamation:**

> So sehr Italien auch bestrebt ist, seinen Geist und sein Recht auf diesem Boden zu festigen, so liegt ihm die Unterdrückung anderer Rassen oder Sprachen fern.
>
> (Hört! Hört!)
>
> In Orten, in welchen eine gemischte Bevölkerung lebt, werden Schulen der betreffenden Sprachen eingerichtet werden.
>
> (Hört! Hört!)
>
> Die Gemeinden deutscher Mundart werden deutsche Volksschulen besitzen können,

---

[6] Vgl. etwa die Zirkularnote des österreichischen Unterstaatssekretärs für Äußeres Pfügl an Gesandten Alizé, Oberst Cuninghame und Generalkonsul Halstead vom 17. Juli 1919 in AUSSENPOLITISCHE DOKUMENTE DER REPUBLIK ÖSTERREICH II, S. 362.

[7] Zur Antwort der Friedenskonferenz an Österreich vom 2. September 1919 vgl. SCHULTHESS 60,2 (1919), S. 626–627.

[8] Gemeint ist vermutlich Francesco Nitti (1868–1953), italienischer Ministerpräsident 1919–1920; ab Mai 1924 in der Emigration. – Die angesprochene Erklärung konnte nicht ermittelt werden.

[9] Nach einem Bericht in NEUE FREIE PRESSE, Nr. 19477 (Morgenausgabe) vom 14. November 1918, S. 4, wurde Bozen bereits am 6. November 1918 von italienischen Truppen besetzt; vgl. auch REICHSPOST, Nr. 519 (Nachmittagsausgabe) vom 9. November 1918, S. 1; WIENER ZEITUNG, Nr. 260 vom 10. November 1918, S. 7; THE TIMES, Nr. 41942 vom 8. November 1918, S. 5.

[10] Picori Giraldi (1856–1941), italienischer General; im Juni 1926 zum Marschall von Italien ernannt. – Mit dem Einmarsch in Südtirol im November 1918 wurde er Militärgouverneur der neuen italienischen Provinz Venezia Tridentina und blieb es bis 1919. – Zur nachfolgend erwähnten Proklamation vom 20. oder 21. November 1918 vgl. SCHULTHESS 59,2 (1918), S. 318; WIENER ZEITUNG, Nr. 272 vom 24. November 1918, S. 9; nach URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 527, soll die dort abgedruckte Proklamation vom 18. November 1918 datieren.

(Hört! Hört!)

und allen bereits bestehenden privaten und konfessionellen Schulen wird freie Bahn gelassen werden.

(Hört! Hört!)

Die deutsche Unterrichtssprache wird beizubehalten sein,

(Hört! Hört!)

vorausgesetzt, daß Lehrpläne und Schulbücher nicht gegen die Würde und Rechte Italiens verstoßen.

Im Geiste dieser Grundsätze vertraue jeder darauf, daß alles, was die Sprache und Kultur von Hochetsch[11] anbelangt, sorgfältig und liebevoll geregelt werden wird.

(Hört! Hört!)

Meine Herren, das ist die erste Erklärung, die der Bevölkerung von Südtirol abgegeben worden ist an dem Tage, an dem durch militärische Besetzung ihr vor Augen geführt wurde, daß ihre Bewohner Staatsbürger eines anderen Landes geworden waren.

Diese Erklärungen sind in der Zukunft wiederholt worden. So hat Herr **Titoni**[12] am 27. September 1919 seinerseits erklärt:

Die Völker anderer Nationalitäten, die mit uns vereinigt werden, sollen wissen, daß uns der Gedanke einer Unterdrückung und Entnationalisierung vollkommen fernliegt

(hört! hört!)

und daß ihre Sprache und ihre kulturellen Einrichtungen geachtet werden.

(Hört! Hört!)

Der **König Viktor Emanuel**[13] hat in seiner **Thronrede** vom 1. September 1919[14]

---

[11] Hochetsch ist die wörtliche Übersetzung des italienischen Namens Alto Adige für Südtirol.

[12] Gemeint ist Tommaso Tittoni (1855–1931), italienischer Außenminister u. a. 23. Juni – 25. November 1919. – Zu seiner Rede in der italienischen Kammer vom 27. September 1919 vgl. SCHULTHESS 60,2 (1919), S. 160–164.

[13] Viktor Emanuel III. (1869–1947), König von Italien 1900–1946.

[14] Tatsächlich hielt Viktor Emanuel die Thronrede zur Eröffnung der Kammersession, aus der Stresemann hier zitiert, am 1. Dezember 1919 (so – wohl in korrekter Wiedergabe der Worte Stresemanns – auch in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 67 [Abendausgabe] vom 9. Februar 1926: „im Dezember 1919“; zur Thronrede vgl. ebd., Nr. 613 [Morgenausgabe] vom 2. Dezember 1919; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 19852 [Abendausgabe] vom 2. Dezember 1919, S. 2; SCHULTHESS 60,2 [1919], S. 172–173).

ebenfalls zu der Frage von Südtirol Stellung genommen und hat erklärt:

> Unsere freiheitliche Tradition muß uns den Weg weisen, auf dem wir bei größter Beobachtung der lokalen autonomen Einrichtungen und Gebräuche die Lösung finden können.

(Hört! Hört!)

Ich könnte diese Erklärungen durch weitere vervollständigen. Ich will darauf hinweisen, daß zehn Tage darauf der **Ministerpräsident Bunomi**[15] noch einmal denselben Gedanken ausgesprochen hat, indem er sagte:

> Unsererseits erkennen wir den Deutschen ebenso wie den Slawen das Recht auf Erhaltung ihrer Sprache und ihrer Kultur an.

(Hört! Hört!)

Meine Herren, Italien hatte auch Veranlassung, gerade diesem Problem seine Aufmerksamkeit zuzuwenden. Es gibt auch **italienische Minderheiten in anderen Staaten,** in anderen Ländern. Italien gerade hat Wert darauf gelegt, daß beispielsweise Südslawien vertragsmäßig durch Dekret vom 24. September 1923 die Minderheitenfrage geregelt hat[16] in dem Sinne: Südslawien gewährt den Minderheiten volle Entwicklungsmöglichkeiten im nationalen Leben; sie genießen volle Freiheit hinsichtlich ihres Verkehrs, ihrer Religion, ihrer Presse, ihrer Vereins- und Versammlungstätigkeit; sie haben das Recht zur Errichtung von Schulen und Erziehungsanstalten, in denen die eigene Sprache ohne Einschränkung verwandt werden kann. Das sind Forderungen gewesen, die Italien selbst gestellt hat und von denen man nach den Erklärungen, die ich verlesen habe, annehmen konnte, daß sie auch Grundlage der Politik gegenüber Südtirol sein würden.

Das war der Standpunkt der Versprechungen und die Lage in Südtirol bei dem Friedensschluß 1919. Seitdem ist im Zusammenhang mit den innerpolitischen Entwicklungen in Italien auch die Entwicklung der Verhältnisse in Südtirol einen anderen Weg gegangen. Der **Senator Tolomei**[17] hat am 15. Juni 1923 im Bozener Stadtthea-

---

[15] Dem Namen und der Sache nach irrt Stresemann offenbar im Datum. Gemeint sein müßte Ivanoe Bonomi (1873–1951), der allerdings erst 1921–1922 (und dann erneut 1944–1945) italienischer Ministerpräsident war. – Zu seiner nachfolgend angesprochenen Erklärung im italienischen Senat vom 12. (?) Dezember 1921 vgl. REICHSPOST, Nr. 341 vom 13. Dezember 1921, S. 4; DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 37, B,2 (1921), S. 383–384, datiert die Rede auf den 9. Dezember 1921.

[16] Ein entsprechendes Dekret oder einen Vertrag (Stresemanns Formulierung läßt das offen) des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen konnte nicht ermittelt werden.

[17] Ettore Tolomei (1865–1952), italienischer Senator seit 1923; Leiter des Commisariato Lingua e Cultura per l'Alto Adige mit Sitz in Bozen seit 1918/19. – Das nachfolgend angesprochene Programm soll laut SCHULTHESS 64 (1923), S. 331–332, am 19. Juli 1923 im Theater von Bozen von To-

ter ein umfassendes **Entnationalisierungsprogramm** aufgestellt, das inzwischen zum großen Teil durchgeführt ist. Ich erwähne daraus die Einführung der ausschließlichen Geltung der italienischen Amtssprache, die Auflösung aller alpinen Vereine, die nicht Sektionen des italienischen Klubs „Alpino“ sind, und die Beschlagnahme ihres Vermögens, ihrer Hütten, das Verbot der Bezeichnung „Südtirol“, die Anwendung neuer Ortsnamen, der Versuch der Italianisierung aller germanisierten Familiennamen sowie vor allen Dingen die Vorgänge auf dem Gebiete des Schulwesens, bei dem das allmähliche Aufhören des deutschen Unterrichts in Aussicht genommen und z. B. das Verbot der gotischen Schriftzeichen durchgeführt ist.

An dieser bewußten Entdeutschung von Südtirol besteht kein Zweifel. Sie wird unter dem Namen der **Italianisierung von Südtirol** von Herrn Mussolini in der von mir erwähnten Rede selbst als ein Ziel der italienischen Politik hingestellt. Sie steht im stärksten Gegensatz zu den Zusicherungen, die der Südtiroler Bevölkerung bei ihrer Annexion durch Italien gegeben worden sind.

(Sehr wahr!)

Diese Frage der Entnationalisierung rollt weiterhin das ganze Problem des Schutzes der Minderheiten auf.

Meine Herren, der Tatbestand dieser Entnationalisierungsbestrebungen ist verwirrt worden durch **unwahre und entstellende Einzelnachrichten** über angebliche spezielle **Unterdrückungsmaßnahmen der italienischen Regierung.** Dahin gehört die in die deutsche Presse übernommene Mitteilung über das Verbot des Verkaufs von Weihnachtsbäumen[18]. Dahin gehört die angeblich verfügte Versetzung des Denkmals Walthers von der Vogelweide[19] und Nachrichten ähnlicher Art, die sich als un-

---

lomei vorgestellt worden sein; eine gedruckte Fassung (Ettore Tolomei: Il discorso di Bolzano. Provvedimenti per l´Alto Adige. Discorso tenuto nel teatro di Bolzona il 15. luglio 1923. Trient 1923) nennt im Titel den 15. Juli 1923 als Datum.

[18] Vgl. etwa eine entsprechende Meldung in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 593 (Morgenausgabe) vom 16. Dezember 1925 (vgl. auch NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22004 [Abendausgabe] vom 16. Dezember 1925, S. 2), sowie das Dementi dieser Nachricht in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 597 (Morgenausgabe) vom 18. Dezember 1925; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22005 (Morgenausgabe) vom 17. Dezember 1925, S. 5.

[19] Walther von der Vogelweide (ca. 1170 – ca. 1230), deutschsprachiger Lyriker. – Stresemann spielt hier offenbar auf Pressemeldungen vom Dezember 1925 an, wonach das Denkmal Walthers von der Vogelweide aufgrund einer Verordnung der italienischen Regierung vom Walther-Platz in Bozen entfernt und dieser in „Platz des Königs Viktor Emanuel III.“ umbenannt werden solle (vgl. etwa REICHSPOST, Nr. 330 vom 1. Dezember 1925, S. 3, u. Nr. 340 vom 11. Dezember 1925, S. 8; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 567 [Morgenausgabe] vom 1. Dezember 1925). – Die geplante Verlegung des Denkmals wurde in den folgenden Tagen von italienischer Seite dementiert (vgl. ebd., Nr. 597 [Morgenausgabe] vom 18. Dezember 1925; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22005 [Morgenausgabe] vom 17. Dezember 1925, S. 5).

wahr erwiesen haben. Die deutsche Regierung steht diesen Nachrichten vollkommen fern. Die **deutsche Presse** ist wiederholt von der **Reichsregierung** gewarnt worden, Mitteilungen über Südtirol kritiklos entgegenzunehmen[20]. Der Herr Ministerpräsident Held[21] hat in seiner Rede sogar dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß es gewisse Provokateure gäbe, die absichtlich falsche Nachrichten nach Deutschland gesandt hätten, um damit Verwirrung zu stiften. Ich kann meinerseits die schon früher ausgesprochene Warnung an die Presse zur kritischen Sonderung[22] der ihr zugehenden Mitteilungen nur wiederholen.

Aber ich glaube, auch diese bedauerlicherweise veröffentlichten unwahren und falschen Mitteilungen ändern nichts an dem Gesamttatbestande,

(lebhafte Zustimmung)

der ja schließlich doch auch von dem Herrn Ministerpräsidenten Mussolini selbst mit dem einen großen lapidaren Satz der Italianisierung Südtirols in seinem ganzen Umfang gekennzeichnet worden ist.

(Sehr richtig!)

Ich muß dann hier auf Äußerungen zurückkommen, die der Herr italienische Ministerpräsident schon vor dieser Rede dem[23] italienischen Parlament der deutschen Regierung gegenüber getan hat. Es hat sich in **München** eine **Vereinigung** gebildet, die es für notwendig erachtet hat, soviel ich weiß, durch Inserate in der Presse, zum **Boykott italienischer Waren** aufzufordern[24]. Ich weiß nicht, ob hinter dieser Bewegung irgendwelche beachtlichen Verbände stehen. Weder die bayerische Staatsregierung noch etwa deutsche Behörden hatten mit diesem Versuch etwas zu tun, und

---

[20] Vgl. etwa (in dieser Edition) die Reichstagsrede Stresemanns vom 21. November 1925 und zuletzt die Rede Stresemanns vor der Presse vom 3. Februar 1926.

[21] Heinrich Held (1868–1938), bayerischer Ministerpräsident 2. Juli 1924 – 1933 (1930–1933 geschäftsführend). – Zur Rede Helds im bayerischen Landtag vom 5. Februar 1926, in der er Italien wegen seiner Maßnahmen in Südtirol scharf angriff, vgl. NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22054 (Morgenausgabe) vom 6. Februar 1926, S. 5; auch SCHULTHESS 67 (1926), S. 25; URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 532–533. .

[22] So in der Vorlage. In TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 67 (Morgenausgabe) vom 10. Februar 1926, möglicherweise zutreffend: „Sondierung“.

[23] So in der Vorlage. In TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 67 (Morgenausgabe) vom 10. Februar 1926, wohl zutreffend: „im“.

[24] Zu Aufrufen Münchner privater Kreise zu einem Verzicht auf Reisen nach Italien und zu einem Boykott italienischer Waren vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 3, S. 67, Anm. 1. Zuvor war in einem deutschnationalen Organ bereits ein auf angebliche Anregung aus Südtirol zurückgehender Reiseboykott nach Italien propagiert worden (vgl. NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22023 [Morgenblatt] vom 6. Januar 1926, S. 7–8); zu weiteren ähnlichen Boykottaufrufen von privaten deutschen Vereinen vgl. ebd., Nr. 22037 (Abendausgabe) vom 20. Januar 1926, S. 3; Nr. 22038 (Abendausgabe) vom 21. Januar 1926, S. 2.

ich mache gar kein Hehl daraus, auch hier zu erklären, daß ich es für durchaus unangebracht halte, wenn einige Dutzend Leute glauben, auf diese Weise deutsche Außenpolitik machen zu können.

(Lebhafte Zustimmung links und in der Mitte.)

Aber diese rein private Bewegung von unverantwortlichen Leuten hat den Herrn italienischen Ministerpräsidenten veranlaßt, dem deutschen Botschafter[25] gegenüber zu erklären, daß er amtlich die Einfuhr deutscher Waren nach **Italien** verbieten würde und zum **Boykott deutscher Waren** auffordern würde,

(hört! hört!)

wenn derartige Bewegungen in Deutschland nicht aufhörten oder sich wiederholten[26].

(Hört! Hört!)

Meine Damen und Herren! Ich halte es für ein unmögliches Vorgehen, die unbeachtete Bewegung weniger Kreise, die von der Regierung entschieden mißbilligt wird, mit dem Bruch internationaler handelspolitischer Abmachungen beantworten zu wollen.

(Sehr gut!)

Denn in Wirklichkeit wären derartige Maßnahmen der Bruch solcher Abmachungen.

(Sehr richtig!)

Auf dieser Basis ist ein internationales Zusammenleben nicht möglich,

(lebhafte Zustimmung)

Verträge, die geschlossen werden, würden dann ihre Bedeutung verlieren. Es wäre eine interessante Frage für die **Weltwirtschaftskonferenz[27],** einmal zu prüfen, ob irgendwelche unkontrollierbaren Bewegungen, die doch mehr oder weniger individueller Natur sind, irgendein Recht geben könnten, internationale Verträge in Frage zu stellen.

---

[25] Konstantin Freiherr von Neurath (1873–1956), Botschafter in Rom 1921–1930; Reichsaußenminister 1932–1938.

[26] Die Drohung mit einem entsprechenden Boykott hatte Mussolini am 19. Januar 1926 Botschafter Neurath übermitteln lassen (vgl. dessen telegraphischen Bericht vom gleichen Tag in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 3, S. 67–68).

[27] Am 24. September 1925 hatte die Völkerbundsversammlung beschlossen, eine Weltwirtschaftskonferenz einzuberufen, und am 15. Dezember 1925 der Völkerbundsrat Experten zur Vorbereitung dieser Konferenz ernannt (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 453 u. 456).

Ob diese vielleicht auch aus dem Impuls eines Moments herausgeborene [!] Drohung in irgendeiner Form aufrechterhalten werden wird, lasse ich dahingestellt. Für die deutsche Regierung erkläre ich, daß sie allein[28] Boykottbewegungen fernsteht und solche bekämpft. Wir würden die letzten Grundlagen des Weltwirtschaftsverkehrs untergraben, wenn sich politische Verstimmungen in derartigen Maßnahmen auswirken würden.

(Zustimmung.)

Damit habe ich den **Tatbestand** gekennzeichnet. Ich darf ihn noch einmal kurz dahin **resümieren:** Südtirol ist aus dem österreichischen Staatsverbande ausgeschieden und Italien einverleibt worden. Die verschiedensten Regierungsstellen, unter ihnen der König von Italien, haben den Südtirolern zugesagt, ihre Kultur, Sprache und Religion zu achten und ihnen ihre Bewahrung zu sichern. Das faschistische Regiment hat mit diesen Traditionen gebrochen und hat die Italianisierung Südtirols als Programmpunkt aufgestellt. Die deutsche Öffentlichkeit hat aus Gründen der Kulturgemeinschaft mit dem Deutschtum in Südtirol dagegen leidenschaftlich bewegt Stellung genommen, übertreibende und unwahre Darstellungen haben diese Leidenschaften besonders erhitzt. Die deutsche Reichsregierung hat ihrerseits nur insoweit eingegriffen, als sie die Presse vor Übertreibungen gewarnt und auf die schädlichen Folgen einer übertriebenen Agitation hingewiesen hat. In diesem Sinne habe ich als Außenminister persönlich noch vor kurzem vor einer Versammlung der Presse[29] und ebenso im Auswärtigen Ausschuß[30] gesprochen.

Das ist der Tatbestand. Was aber macht Herr Mussolini aus diesem Tatbestand? Herr Mussolini sucht den Eindruck zu erwecken, als wenn Deutschland diese Bewegung entfacht hätte, als wenn das Signal dazu von Regierungsstelle aus gegeben worden wäre, und als wenn damit die Regierung eine Atmosphäre hätte schaffen wollen, auf der sich eine ganz bestimmte Außenpolitik aufbauen sollte, die ihrerseits die Brennergrenze in Anspruch nehmen, den Anschluß an Deutsch-Österreich durchführen wolle und so eine Gefahr für Italien darstelle. Herr Mussolini hat gesagt, daß er mit Freimut und voller Offenheit sprechen wolle; er wird es verstehen, wenn die Antwort in demselben Sinne erfolgt.

---

[28] So in der Vorlage. In TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 67 (Morgenausgabe) vom 10. Februar 1926, wohl zutreffend: „allen“.

[29] Vgl. oben mit Anm. 20.

[30] Gemeint ist offenbar die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags vom 3. Februar 1926 (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 3, S. 102 mit Anm. 3).

Meine Damen und Herren! Ich weiß sehr wohl, auf welchen politischen Gedankengängen diese Anschauungen beruhen, denn sie sind mir wiederholt von einer Stelle, die befugt war, darüber unterrichtet zu sein, dargestellt worden. **Italien** hat den Versuch gemacht, bei den **Verhandlungen über den Locarno-Vertrag** auch eine **Sicherheit für die Brennergrenze durch internationale Abmachungen** zu erreichen. Auch an uns ist im Laufe der Verhandlungen die Frage gekommen, wie sich Deutschland zu einer etwaigen Einbeziehung der Brennergrenze stellen würde[31]. Die Antwort, die wir darauf zu geben hatten, ist, glaube ich, selbstverständlich. Zunächst einmal war diese Anfrage an die falsche Adresse gerichtet. Über die Brennergrenze hat Österreich zu entscheiden, da Österreich an Italien grenzt. Wir haben nicht die Absicht, unsererseits das **Selbstbestimmungsrecht Österreichs** aufzuheben. Wir haben nur den Wunsch, daß der Durchführung des Selbstbestimmungsrechts nicht bis in die Ewigkeit diejenigen Hindernisse entgegengesetzt werden, die wir seit 1919 haben erfahren müssen.

(Lebhafte Zustimmung.)

Wir haben also zunächst aus formellen Gründen abgelehnt. Es war aber auch sonst für uns unmöglich, diejenigen Bestimmungen, die sich auf die Idee des Westpaktes[32] gründeten, auf irgendwelche andere Grenzen zu übertragen. Man hat nun dargelegt, daß durch die Abmachungen von Locarno zwei Arten von Grenzen in Europa geschaffen worden wären, eine durch internationale Verträge besonders geschützte Grenze im Westen; durch diese internationalen Verträge, die eine besondere Sicherheit schüfen, seien aber die anderen Grenzen in Europa mehr oder weniger labil geworden und ständen gewissermaßen als **Grenzen zweiter Klasse** da. Man glaubt nun, daß die deutsche Bewegung dahin ginge, nachdem sie die Sicherheit erlangt habe, im Westen völligen und dauernden Frieden zu haben, nunmehr eine Atmosphäre für eine Expansionspolitik speziell auch der Brennergrenze gegenüber zu schaffen. Man hat damit die deutsche Preßpolemik gegen die Maßnahmen in Südtirol in Verbindung gebracht.

Meine Damen und Herren! Als mir diese Ausführungen zuerst vorgetragen wur-

---

[31] Vgl. dazu etwa den Bericht Neuraths vom 8. Juni 1925 (ebd., A 13, S. 281–283).

[32] Mit „Westpakt“ ist der Hauptvertrag von Locarno zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien vom 16. Oktober 1925 gemeint, der sich auf die Garantie der deutschen Westgrenze bezog (Text in LOCARNO-KONFERENZ S. 198–202).

den[33], habe ich einmal darauf hingewiesen, daß das, was hier der deutschen Politik unterstellt wird, vollkommener Unsinn ist, und zweitens darauf, daß man hier in bezug auf die Schaffung oder auf das Vorhandensein einer großen deutschen Stimmung Ursache und Wirkung vollkommen miteinander verwechselt. Es ist nicht so, daß die deutsche Reichsregierung die deutsche Öffentlichkeit aufgepeitscht hätte, um die Atmosphäre für ein Vordringen zu schaffen, wie es uns unterstellt wird; sondern Tatsache ist, wie Herr Mussolini an einer anderen Stelle seiner Rede auch ausführt, daß jahrelang auch in der öffentlichen Meinung Deutschlands eine Stimmung bestand, die erhoffen ließ, daß die Beziehungen der beiden Völker, die durch den Krieg zerrissen worden waren, wieder anfangen könnten, freundschaftlicher zu werden. Ich darf ja darauf hinweisen, daß nach dem Kriege die Dinge doch bereits im Jahre 1924 derartig lagen, daß die deutsche Reichsregierung damals aus finanziellen Gründen die Reisemöglichkeit nach Italien einschränken mußte, um nicht eine ganz starke Reisetätigkeit sich dort entfalten zu sehen[34]. Ich darf weiter darauf hinweisen, daß in der ganzen deutschen Öffentlichkeit Italien mit einer Freundlichkeit behandelt wurde, die anknüpfte an traditionelle Beziehungen, die ja doch durch Jahrzehnte uns miteinander verbunden haben und Feindseligkeiten damals nicht aufkommen ließen. Die ganzen deutschen Pressestimmen gegen Italien sind erst entstanden als Reaktion auf die Mitteilungen, die über das veränderte Regime in Südtirol nach Deutschland gelangten.

(Sehr richtig! bei den Regierungsparteien.)

Ich glaube, daß daran überhaupt gar kein Zweifel sein kann. Es besteht ja nun in Rom eine andere Auffassung über die **Einwirkungsmöglichkeit der Regierung gegenüber der Presse** als in Berlin. Man will nicht verstehen, daß wir nicht die Möglichkeit hätten, Erörterungen in der Presse abzustoppen, wenn sie uns nicht gefallen. Ich kann mir theoretisch denken, daß das manchmal ganz angenehm für die Regierung wäre.

(Heitere Zustimmung.)

Faktisch liegen jedenfalls die Verhältnisse so, daß wir zwar die Presse bitten können,

---

[33] Vgl. etwa die Aufzeichnung Stresemanns über eine Unterredung mit Bosdari vom 14. Dezember 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 3, S. 15–17).

[34] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf die zum Schutz der Rentenmark am 3. April 1924 durch Verordnung des Reichspräsidenten eingeführte Ausreisegebühr, die mit ihrer Höhe von 500 Goldmark prohibitiv wirkte; sie galt bis zum 18. Juni 1924, als die Verordnung außer Kraft gesetzt wurde (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 27).

in dieser und jener Frage einige Zurückhaltung zu wahren, daß wir aber im übrigen nicht diejenigen Einflußmöglichkeiten besitzen, die man sich in Rom verschafft hat.

(Sehr gut!)

Es geht deshalb die gesamte Beweisführung des Herrn Mussolini vollkommen fehl, wenn er aus der Stellung der Presse schließt auf eine Dirigierung der Presse durch die Reichsregierung.

Was die Stellung der Reichsregierung zu den Vorgängen anbetrifft, so liegen hier die Dinge folgendermaßen: Rechtlich hat Deutschland keine Möglichkeit, unmittelbar in die Verhältnisse Südtirols einzugreifen. Mussolini hat vollkommen recht, wenn er davon spricht, daß das zunächst eine inneritalienische Angelegenheit sei. Italien hat auch eine besondere Verpflichtung zu besonderem Schutz der Minderheiten, wie sie von den Nachfolgestaaten übernommen worden ist[35], nicht auf sich genommen. Das ändert aber nichts an der **Gemeinschaftlichkeit deutschen kulturellen Empfindens** für Staaten deutscher Kultur, für ein Land und ein Volk, das seit Jahrhunderten deutsch gewesen ist und bis zur Stunde zur deutschen Kulturgemeinschaft gehört.

(Lebhafte Zustimmung.)

Tatsächlich liegen weiter die Dinge so, daß, wenn aus der Politik der Unterdrükkung eines Volkes eine Gefahr der Störung des Friedens entsteht, der **Appell an den Völkerbund** zulässig ist[36]. Darüber hinaus ist der Völkerbund an sich diejenige Institution der Völker der Welt, der die Rechte unterdrückter Nationen zu vertreten hat. Gerade die **Rede** des Herrn **Mussolini** wirft dieses Problem auf. Seine Rede fordert nicht nur die Italianisierung Südtirols, sondern sie ist in der ganzen Welt als eine **Kriegsdrohung** aufgefaßt worden[37], die sich entweder gegen Österreich oder gegen Österreich und Deutschland zugleich richtet. Derartige Drohungen sind mit

[35] Einige Staaten Ostmittel- und Südosteuropas hatten – zeitgleich mit der Unterzeichnung des Versailler Vertrags – im Rahmen der Pariser Friedensverhandlungen 1919 mit den Siegermächten des Weltkriegs Verträge über den Minderheitsschutz abgeschlossen, darunter – für Deutschland am wichtigsten – der Vertrag Polens mit den Siegermächten vom 28. Juni 1919 (Text u. a. in COLLIARD S. 391–195). Der Völkerbund war beauftragt, die Einhaltung dieser Verträge zu überwachen.

[36] Art. 11 der Völkerbundssatzung, die den einleitenden Teil des Vertrags von Versailles bildete, sprach jedem Bundesmitglied das Recht zu, Völkerbundsrat oder -versammlung mit jeder Frage zu befassen, die „den Frieden oder das gute Einvernehmen zwischen den Nationen, von dem der Frieden abhängt, zu stören droht“ (VERTRAG VON VERSAILLES S. 12).

[37] Zu internationalen politischen und Pressereaktionen auf die Rede Mussolinis vgl. etwa VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 65 (Abendausgabe) vom 8. Februar 1926; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 65 (Abenausgabe) vom 8. Februar 1926; Nr. 67 (Abendausgabe) vom 9. Februar 1926; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22056 (Abendausgabe) vom 8. Februar 1926, S. 4–5; Nr. 22057 (Morgenausgabe) vom 8. Februar 1926, S. 1 u. 6, sowie Nr. 22057 (Abendausgabe) vom 8. Februar 1926, S. 2; REICHSPOST, Nr. 39 vom 8. Februar 1926, S. 1, u. Nr. 40 vom 9. Februar 1926, S. 2–3; WIENER ZEITUNG, Nr. 32 vom 9. Februar 1926, S. 2, u. Nr. 33 vom 10. Februar 1926, S. 2.

dem Geist des Völkerbunds schlechthin unvereinbar.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien und links. – Lachen bei den Deutschnationalen und Völkischen.)

Derartige Drohungen sind mit dem Geiste des Völkerbunds schlechthin unvereinbar.

(Erneute Zustimmung bei den Regierungsparteien und links.)

Wenn Deutschland dem Völkerbund bereits angehörte, würde es an den Völkerbund das Ersuchen stellen müssen, zu diesen Drohreden Stellung zu nehmen.

(Lachen bei den Deutschnationalen und Völkischen.)

– Ich komme auf die Frage des Völkerbundes und auf die Konsequenzen, die Sie (nach rechts) glauben aus diesen Worten ziehen zu müssen, nachher zurück. Ich darf Ihnen nur das eine sagen, daß, wie Sie aus dem gestrigen einstimmigen Beschluß des Reichskabinetts[38] sehen, das Reichskabinett die entgegengesetzte Folgerung aus den Tatsachen gezogen hat, als Sie sie glauben ziehen zu müssen.

(Zuruf: Und die Ministerpräsidenten der Länder!)

– Sie wissen ganz genau, daß in der Beratung der Ministerpräsidenten, wenn ich nicht irre, von drei Ländern Bedenken erhoben worden sind[39]. Das ist mehr als einmal geschehen und ändert nichts daran, daß die große Mehrzahl der Länder vollkommen mit dem Vorgehen der Reichsregierung einverstanden gewesen ist.

Meine Herren! Lassen Sie mich nach dieser Klärung des Tatbestandes mit einigen Sätzen auf die Ausführungen selbst antworten, die Herr **Mussolini** in bezug auf Deutschland gemacht hat. Es ist schwer, nicht scharf zu werden gegenüber der **Überheblichkeit,** den **klaffenden Widersprüchen** und der **Maßlosigkeit der Ausführungen,** die kein Ausdruck innerer Kraft zu sein brauchen.

(Sehr richtig!)

Herr Mussolini hat auch versucht, hier eine geschichtliche Darstellung der Entwicklung zu Deutschland zu geben, indem er darauf hinwies, daß gute Beziehungen nach dem Kriege bestanden hätten. Ich kann im Verfolg dessen, was ich vorhin ausgeführt habe, dem nur zustimmen, wenn Herr Mussolini auch darin irrt, daß er glaubt, für **Italien** in Anspruch nehmen zu müssen, daß es den **ersten Handelsvertrag mit**

---

[38] Vgl. oben mit Anm. 4.

[39] Zur Besprechung mit den Ministerpräsidenten der Länder vom 6. Februar 1926 über die Frage des Völkerbundsbeitritts vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 1088–1089.

Deutschland[40] nach dem Frieden von Versailles[41] geschlossen hätte. Schon vor dem Abschluß dieses Vertrages haben Verträge bestanden mit den Vereinigten Staaten von Amerika[42], mit Griechenland[43], England[44], Belgien[45] und Österreich[46]. Im übrigen sind Handelsverträge bisher kein Geschenk anderer Nationen an Deutschland gewesen.

(Lebhafte Zustimmung.)

Jede Nation hat das selbstverständliche Recht und die Pflicht, bei Handelsverträgen ihre eigenen Interessen zu wahren. Sämtliche Mächte, die bis zum 10. Januar 1925 in dem Genuß der einseitigen Meistbegünstigung Deutschland gegenüber waren[47], haben sich bemüht, mit Deutschland Handelsverträge abzuschließen. Das war der Tatbestand, der sich ergab, als diese Einengungen des Versailler Vertrages aufhörten.

Dann sei, so sagt Herr Mussolini, wie auf ein gegebenes Stichwort hin eine **antiitalienische Kampagne** begonnen worden. Ich sage in Ergänzung dessen, was ich vorhin ausgeführt habe: Wenn irgendwer an Herrn Mussolini dahin berichtet hat, daß die deutsche Pressekampagne auf ein gegebenes Stichwort von oben hin eingesetzt hätte, so ist das, um mit den Worten des Herrn Mussolini selbst zu sprechen, eine dumme Lüge. Herr Mussolini nennt diese ganze Kampagne eine Zusammenstellung notorischer Lügen. Das ist sie nicht gewesen. Wir sind, wie ich erklärt habe, Übertreibungen entgegengetreten. Aber der Tatbestand, wie stark die Politik gegenüber

---

[40] Text des deutsch-italienischen Handels- und Schiffahrtsvertrages vom 31. Oktober 1925 in REICHSGESETZBLATT 1925 II, S. 1020–1134.

[41] Gemeint ist hier in erster Linie, daß der Versailler Vertrag in Art. 264–280 vorschrieb, daß Deutschland den Siegermächten fünf Jahre lang, also bis zum 10. Januar 1925, u. a. einseitig Meistbegünstigung im Handel gewähren müsse (VERTRAG VON VERSAILLES S. 137–143).

[42] Text des bereits am 8. Dezember 1923 in Washington unterzeichneten, aber erst am 14. Oktober 1925 ratifizierten deutsch-amerikanischen Freundschafts-, Handels- und Konsularvertrags vom 8. Dezember 1923 in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 402, Drucks. Nr. 1111 (mit eigener Seitenzählung). Die Ratifikation erfolgte erst am 14. Oktober 1925 (vgl. REICHSGESETZBLATT 1925 II, S. 967).

[43] Am 3. Juli 1924 war ein vorläufiges deutsch-griechisches Handelsvertragsabkommen unterzeichnet worden, das am 15. Mai 1925 durch einen Notenwechsel zu einem weitreichenden Meistbegünstigungsabkommen erweitert wurde (Text ebd., S. 815–822 bzw. S. 822).

[44] Text des deutsch-britischen Handels- und Schiffahrtsvertrags vom 2. Dezember 1924 ebd., S. 777–795.

[45] Text des vorläufigen Handelsabkommens zwischen Deutschland und der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion vom 4. Mai 1925 ebd., S. 883–945.

[46] Stresemann bezieht sich auf den Zusatzvertrag zum deutsch-österreichischen Wirtschaftsabkommen von 1920, der am 12. Juli 1924 in Prag unterzeichnet worden war (vgl. ebd., 1924 II, S. 432–453).

[47] Vgl. oben mit Anm. 41.

Südtirol sich geändert hat, konnte nicht der öffentlichen Meinung Deutschlands verschwiegen bleiben. Die Nachricht von der **Entfernung des Denkmals Walthers von der Vogelweide** mag unrichtig sein. Daß sie von italienischen Nationalisten gefordert worden ist, steht außer Zweifel. Herr Mussolini hat mit wenig Witz und viel Behagen Walther von der Vogelweide zu ironisieren versucht. Dem Herzen des Volkes stehen nicht nur die großen Dichter und Denker nahe, sondern vor allem diejenigen, die mit ihm selbst gelebt und gelitten und aus diesen Empfindungen heraus gedichtet und gesungen haben.

(Lebhafte Zustimmung.)

Nicht die Bedeutung des Dichters in der Weltliteratur, sondern das Deutschtum Walthers von der Vogelweide zeugt davon, daß Bozen innerhalb der deutschen Kulturgemeinschaft liegt.

(Lebhaftes Bravo.)

Herr Mussolini hat geglaubt, sich über deutsches Empfinden und auch über die deutsche Kultur selbst vor der Welt lustig machen zu können. Er hat seiner Abneigung gegen Deutschland, dessen Gastfreundschaft er einst selbst in Anspruch genommen hat[48], dadurch Ausdruck gegeben, daß er von einem **Mißbrauch der Gastfreundschaft durch deutsche Touristen** sprach, die als primitiv gekleidete Individuen durch die herrlichen Städte Italiens zögen.

(Bewegung und Zurufe.)

In dem gleichen Zusammenhang, in dem Herr Mussolini sich über den Mißbrauch der Gastfreundschaft durch primitiv gekleidete Deutsche aussprach, hat er aber die stärksten Drohungen dagegen ausgesprochen, daß etwa ein Boykott gegen Italien durchgeführt würde, und davon gesprochen, daß er dann Repressalien in der dritten Potenz uns gegenüber ergreifen würde.

(Zurufe links.)

Ich habe hier nicht noch einmal zu erklären, daß die deutsche Regierung dem Boy-

[48] Es ist unklar, worauf Stresemann sich hier bezieht. Die Formulierung legt nicht nahe, daß der Bezug dem Berlin-Aufenthalt Mussolinis im März 1922 gilt, bei dem Mussolini auch in Stresemanns Privatwohnung geweilt haben soll (vgl. Edgar R. Rosen: Mussolini und Deutschland 1922–1923. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 5 [1957], S. 17–41, insb. S. 18; ebenfalls erwähnt in Pierre Milza: Mussolini. Paris 1999, S. 296). Vielleicht wußte Stresemann aus dieser Begegnung aber, daß Mussolini 1902 oder 1903 für kurze Zeit als Maurer in Deutschland gearbeitet hatte (der entsprechende Hinweis auf diesen Deutschland-Aufenthalt Mussolinis findet sich in: Sir Yvon Kirkpatrick: Mussolini. Berlin 1965, S. 33).

kott italienischer Waren und dem Boykott der Reisen nach Italien[49] fernsteht. Wenn die Zahl derjenigen Deutschen, die Italien in Zukunft als Touristen besuchen wollen, etwa sehr gering werden sollte, so dürfte das nicht die Folge deutscher Maßnahmen, sondern in erster Linie die Folge der Rede des Herrn Mussolini sein.

(Allseitige Zustimmung.)

Ich darf doch auch auf folgendes hinweisen. Wie seltsam klingen diese Worte über Mißbrauch der Gastfreundschaft, über die primitiv gekleideten Deutschen, die durch die herrlichen Städte Italiens zögen, an unser Ohr, wenn wir daran denken, daß gerade im vorigen Jahr Rom an die ganze Welt die Einladung hat ergehen lassen, dort das Heilige Jahr zu feiern[50].

(Sehr richtig!)

Man hat sich damals über jeden Pilgerzug gefreut, der nach Rom kam. Die Menschen, die dorthin gingen aus seelischen Gründen, die anderen Menschen, die in Deutschland seit Jahrzehnten das Gefühl hatten, in Italien das Land der Sonne mit ihrer Seele suchen[51] zu wollen, sind gleichzeitig diejenigen gewesen, die die geistige Kultur Italiens in der Welt bekannt gemacht haben.

(Lebhafte Zustimmung.)

Es ist eine starke Undankbarkeit, zu differenzieren zwischen Menschen gesellschaftlicher Zivilisation und Menschen geistiger Kultur, die vielleicht doch als Persönlichkeiten höher zu werten sind, auch wenn sie primitiv gekleidet sein sollten.

(Erneute lebhafte Zustimmung.)

Im übrigen weiß ich, daß Herr **Mussolini** nicht immer davon gesprochen hat, die **deutsche Kultur** sei überwunden, daß er nicht immer in dem Sinne Stellung genommen hat, wie er es in dieser Rede getan hat.

(Zurufe rechts.)

Er hat einmal in der **Vorrede zu einem Buch von Deutschland** gesprochen[52], und

---

[49] Vgl. oben mit Anm. 24.

[50] Am 29. Mai 1924 war durch eine päpstliche Bulle das Jahr 1925 zum Jubeljahr proklamiert und die katholische Christenheit nach Rom eingeladen worden (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 275).

[51] Offenbar wandelt hier Stresemann „das Land der Griechen mit der Seele suchend“ ab, ein Zitat aus Goethes „Iphigenie auf Tauris“ (Text in: Goethes Werke. [Hamburger Ausgabe in 14 Bden.] Bd. 5. 11. Aufl. München 1981, S. 7–67; das entsprechende Zitat: S. 7), ab.

[52] Offenbar bezieht sich Stresemann auf Roberto Suster: La Germania repubblicana. Mailand 1923, wozu Mussolini ein Vorwort geschrieben hatte, das die betreffende Passage enthält (vgl. auch den Leitartikel in BERLINER TAGEBLATT, Nr. 59 [Abendausgabe] vom 4. Februar 1926).

in diesen Darlegungen hat er zum Ausdruck gebracht:

> Wir wissen, daß das deutsche Volk noch kostbare Kräfte zivilisatorischer Mitarbeit, unendliche Möglichkeiten des Fortschritts und Wohlstandes in sich birgt. Wir wissen, daß man Europa einen schlimmen Dienst erwiese, wenn man dazu beitrüge, Deutschlands Volksmassen in Verzweiflung und in Ruin hineinzuhetzen.

Das war im Jahre 1920. Ich glaube, es lag für Herrn Mussolini keine Veranlassung vor, diese Auffassung über Deutschlands Stellung im Rahmen der Kulturvölker aufzugeben. Ich bin der Ansicht, daß diese Ausführungen auf mehr Verständnis stoßen werden als die aus der Erregung geborenen Sätze seiner letzten Rede.

Zum Anlaß seiner Ausführungen hat der italienische Ministerpräsident die **Rede** genommen, die der **bayerische Ministerpräsident Held** am Freitag im Bayerischen Landtag gehalten hat[53]. Zunächst ist eines außerordentlich seltsam. Die Rede des Herrn bayerischen Ministerpräsidenten wurde am Freitag gehalten. Die Antwort des Herrn Mussolini in Rom erfolgte am Sonnabend. Man hat sich also nicht einmal die Mühe gegeben, erst den Wortlaut der Ausführungen des Herrn Held abzuwarten, sondern man hat eine internationale Aktion großen Stils, die man noch ganz besonders als politische und diplomatische Aktion unterstrich, auf den ersten Nachrichten aufgebaut, die wahrscheinlich über Zeitungsberichte oder auf Grund des Zuhörens im Bayerischen Landtag nach Rom gelangt sein müssen. Das, was der Herr Ministerpräsident Held ausgeführt hat, klingt doch im Zusammenhang sehr viel anders als die wenigen Sätze, die Herr Mussolini zitierte. Gewiß, auch der Herr Ministerpräsident Held hat auf die Verhältnisse in Südtirol und auf das hingewiesen, was Bayern, das ja Tirol besonders nahe liegt, dabei empfindet. „Die Verhältnisse in Südtirol“, so hat er gesagt, „haben den Gegenstand heftiger Klagen und Anklagen und eines durchaus begreiflichen schweren Bedauerns aus der deutschen Seele heraus gebildet.“ Der Herr bayerische Ministerpräsident Held hat in diesem Zusammenhang davon gesprochen, er bedaure sehr, zu sehen, daß in Italien nicht überall der Geist der Befriedung die Oberhand hätte, und er hat hinzugefügt, daß es sich dabei anscheinend um inoffizielle Kreise handle. Die Worte, die Herr Mussolini zitiert, von der Freiheit der Deutschen an der „oberen Etsch“, wie es Herr Mussolini nennt, sind nach dem Wortlaut ganz klar verständlich als der **Wunsch nach einer kulturellen Freiheit.**

---

[53] Vgl. oben mit Anm. 21.

(Sehr richtig!)

Der bayerische Herr Ministerpräsident hat diesen Wunsch damit begründet, daß den Südtirolern feierliche Versprechungen gegeben worden seien, und hat den Verstoß gegen diese feierlichen Versprechungen beleuchtet. Ich bemerke dazu, daß der Herr bayerische Ministerpräsident in seinem Parlament erst gesprochen hat auf Grund von Anfragen aus dem Parlament[54]. Er hat seinerseits ebenfalls in den letzten Tagen vor dieser Rede die Presse vor Übertreibungen in bezug auf Südtirol gewarnt[55], und seine Warnung vor den Provokateuren, die falsche Nachrichten und übertriebene Mitteilungen sandten, ist in dieser Rede selbst enthalten.

Ich darf dabei allerdings das eine erklären: mir erscheint es wünschenswert, daß **auswärtige Politik nur von** den **Reichsstellen und im Reichstag** gemacht wird

(stürmische Zustimmung in der Mitte und links)

und daß man nicht durch Anfragen und Interpellationen die Minister der Länder in die Zwangslage bringt, über diese Dinge sich äußern zu sollen. Verantwortlich für die Reichspolitik ist jedenfalls nur die Reichsregierung.

(Erneute Zustimmung links und in der Mitte.)

Meine Damen und Herren! Herr Mussolini hat nun in seinen Ausführungen von der heutigen Lage Italiens gesprochen, und er hat davon mit einem großen Stolze, mit einem großen Selbstbewußtsein gesprochen. Er sprach von den 52 Millionen Italienern in der Welt, von denen 42 Millionen auf der kleinen Halbinsel wohnten, und er sprach davon, daß dieses Italien der Gegenwart etwas anderes sei als das Italien der früheren „pittoresken politischen Episode“. Ich will nicht darüber rechten – darüber wird einmal die Geschichte entscheiden –, was **in der italienischen Entwicklung Episode oder Epoche** sein wird.

(Sehr gut!)

Aber gerade diese Ausführungen über die Kraft des italienischen Volkes sind doch der allerbeste Beweis für die Unnötigkeit von irgendwelchen Unterdrückungsmaßregeln gegen eine kleine Minderheit.

(Zustimmung.)

Man stellt nebeneinander die 42 Millionen auf der einen Seite und die 180 000 Men-

---

[54] Vgl. dazu die Interpellation der DDP-Fraktion im bayerischen Landtag vom 1. Februar 1926 in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 528.

[55] Dazu konnte nichts ermittelt werden.

schen auf der anderen Seite, und gerade Herr Mussolini spricht ja davon, hier sei diese kleine Minderheit von Deutschen, in der Tschechoslowakei liege es ganz anders. Ich glaube, man kann doch das eine sagen: gerade eine starke **nationale Würde** verträgt sich am besten mit dem **Ertragen kultureller Eigenart von Minderheiten.**

(Lebhafte Zustimmung.)

Auf die Dauer wird man Völker fremden Blutes nur durch eine große und gerechte Politik an sich fesseln.

(Sehr wahr! in der Mitte und links.)

Ein schwaches und ohnmächtiges Italien könnte Schwäche und Ohnmacht zum Grund von Unterdrückung nehmen; das Italien des faschistischen Stolzes sollte von seinem Standpunkt aus am ehesten deutsche Sprache und Schule in Südtirol ertragen können.

(Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, wir werden ja selbst demnächst auch in Deutschland über diese Fragen Entscheidung [!] zu treffen haben[56]. Wir selbst haben auch **Minderheiten in Deutschland,** und ich möchte für meine Person und für das von mir vertretene Amt das eine allerdings aussprechen, gerade gegenüber dem berechtigten Verlangen, daß wir für deutsche Minderheiten im Auslande eintreten: wir können für deutsche Minderheiten im Auslande nur mit voller Überzeugung und aus gutem Gewissen eintreten, wenn wir das, was wir für Deutsche im Ausland verlangen, auch denjenigen geben, die Minderheiten in unserem deutschen Vaterlande darstellen.

(Lebhaftes Bravo.)

Ich glaube, daß wir groß genug, national geeinigt genug sind, um mit denen fertig zu werden, bei denen sich etwa irgendwelche Bestrebungen gegen Deutschland regen sollten,

(sehr richtig!)

daß es aber im übrigen unser Ziel sein muß, sie bei voller Bewahrung ihrer kulturellen Eigenarten zu deutschen Staatsbürgern, wenn auch fremden Blutes, zu machen.

---

[56] Vgl. dazu die undatierte Aufzeichnung ohne Unterschrift (vermutlich vom 6. Februar 1926) über die außenpolitische Notwendigkeit einer Regelung des Minderheitenrechtes innerhalb des Reiches, mit der die Behandlung dieser Frage von seiten des Auswärtigen Amtes initiiert wurde (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 202–207.

(Lebhafte Zustimmung.)

Herr Mussolini hat nicht diese Folgerungen aus dieser Kraft Italiens gegenüber der kleinen Minderheit in Tirol gezogen, sondern er hat statt dessen **Drohungen gegen Deutschland** ausgestoßen. Er hat von den Folgen gesprochen, die eintreten könnten, wenn die deutsche Regierung die Verantwortung übernähme für das, was in Deutschland geschehen sei oder in Deutschland vielleicht noch geschehen könne. Er hat in diesem Zusammenhange von dem **weiteren Vortragen der Trikolore** gesprochen, was ja nur bedeuten kann ein Vortragen über den Brenner hinaus, nachdem er eine Minute vorher die Brennergrenze als die von Gott unfehlbar gewollte Grenze erklärt hatte.

(Sehr gut! und Heiterkeit.)

Ich weiß nicht, was Herr Mussolini meint. Ich verstehe nicht, worauf er anspielt, wenn er von der Verantwortung der Reichsregierung für das spricht, was in Deutschland geschehen sei. Wenn er damit Auslassungen der deutschen Presse meint, so bemerke ich demgegenüber, daß Deutschland nicht die Absicht hat, die in der deutschen Verfassung gewährleistete Preßfreiheit[57] seinen Drohungen zuliebe zu ändern. Das Aussprechen derartiger Drohungen ist entweder ein Frevel oder eine Lächerlichkeit.

(Zustimmung.)

Man hat durch die Friedensverträge von 1919 die Grenzen Europas verändert. Man hat Millionen deutscher Staatsbürger unter fremde Oberhoheit gebracht: in vollem Gegensatz zu der Idee des Selbstbestimmungsrechts der Völker,

(sehr gut!)

das man so stolz als Grundsatz im Kriege proklamiert hatte.

(Lebhafte Zustimmung.)

Wir haben die dadurch geschaffene Lage respektiert und haben in der Erfüllung dessen, was ein unmenschlicher Friede uns auferlegt hat, mehr als irgendein anderes Volk der Erde getan. Aber das Recht des deutschen Volkes, mit den in einem anderen Staate lebenden Menschen gleichen Blutes mit zu empfinden und zu fühlen, ist ein Recht, das wir uns von niemand nehmen und bestreiten lassen.

---

[57] Die Weimarer Reichsverfassung („Verfassung des Deutschen Reiches“) vom 11. August 1919 (REICHS-GESETZBLATT 1919, S. 1383–1418) gewährte in ihrem Art. 118 Meinungs- und Pressefreiheit (ebd., S. 1405).

(Stürmischer Beifall.)

Ein Einschreiten gegen derartige Bewegungen, die aus der Tiefe des deutschen Volkes herauswachsen, lehne ich namens der deutschen Reichsregierung auf das entschiedenste ab.

(Erneuter Beifall.)

Das Vorgehen der deutschen Reichsregierung, das gestern in dem Beschluß des Reichskabinetts zum Ausdruck kam[58], hat Kritik gefunden. Diese Kritik hat sich ja auch vorhin gezeigt[59]. Gestatten Sie mir, dazu nur wenige Sätze zu sagen! Man sagt gegenüber der **Rede des** Herrn **italienischen Ministerpräsidenten:** „Das also ist der **Geist des Völkerbundes!“** Man weist darauf hin, daß ein Zufall es gefügt hat, daß die Absendung der Note über das Eintreten Deutschlands in den Völkerbund[60] an demselben Tage erfolgte wie die Veröffentlichung dieser Rede. Ich habe vorhin schon gesagt: Ich ziehe daraus andere Folgerungen. Gerade wenn solche Tendenzen möglich sind, wie sie in Herrn Mussolinis Rede zum Ausdruck kommen, dann ist der Anschluß Deutschlands an diejenigen Nationen um so notwendiger, die jeder Bedrohung des europäischen Friedens gemeinsam widerstehen.

(Sehr richtig! in der Mitte und links. – Lachen und Zurufe rechts.)

Gerade wenn Unterdrückungspolitik gegenüber Minderheiten die Gesamttendenz von Europa bestimmen sollte, dann ist es notwendig, dieser Tendenz entgegenzutreten. Gerade wenn, wie es scheint, ein Streit entbrennt, weil andere Mächte sich wegen Deutschlands permanentem Sitz im Völkerbundsrat[61] benachteiligt glauben und ein ähnliches Verlangen auf Berücksichtigung stellen, so scheint mir das doch darauf hinzuweisen, daß man Deutschlands künftige Stellung im Völkerbundsrat nicht als einflußlos in der Welt betrachtet. Ich kann deshalb auch aus der Haltung Mussolinis nicht Gründe gegen unsere Außenpolitik entnehmen. Ich halte sie gerade angesichts

---

[58] Vgl. oben mit Anm. 4.

[59] Da vor Stresemann kein Abgeordneter sprach, kann er sich wohl nur auf die Zwischenrufe bei seiner Erwähnung des Völkerbundes beziehen.

[60] Die betreffende Schreiben an den Generalsekretär des Völkerbundes vom 8. Februar 1926 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 219.

[61] Nachdem die Forderung Deutschlands, bei seinem Völkerbundsbeitritt einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat zu erhalten, unstrittig war, war der Reichsregierung bekannt geworden, daß auch Polen den Anspruch auf einen ständigen Sitz erhob (vgl. etwa die telegraphische Weisung Stresemanns an die Gesandtschaft in Stockholm vom 6. Februar 1926: ebd., S. 199–200; die Aufzeichnung Dirksens vom 9. Februar 1926: [ebd., S. 222–224). Diesbezügliche Nachrichten und über die Ambitionen von Spanien und Brasilien wurden auch in der Öffentlichkeit bekannt; vgl. etwa VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 65 (Abendausgabe) vom 8. Februar 1926.

dieser Ereignisse für besonders gerechtfertigt.

Im übrigen hoffe ich, daß das italienische Volk sich selbst der Worte Mussolinis, des Inhabers der Regierungsgewalt, erinnern möge, der einst schrieb[62]:

> Die italienisch-deutschen Zwistigkeiten in der Geschichte rührten stets mehr von Mißverständnissen, von Argwohn und Geisteszuständen her als von der Unverträglichkeit der Interessen und tiefen, leidenschaftlichen Gegensätze.

Wir haben keine Gegensätze mit dem italienischen Volk, wir wollen mit ihm wie mit allen Völkern in Frieden leben; aber zur Grundlage des Friedens gehört auch jene Selbstachtung, ohne die ein Volk vor sich selbst und nach außen nicht bestehen kann.

(Lebhafte Zustimmung.)

Äußere Machtlosigkeit ist nicht gleichbedeutend mit dem Verlust innerer Kraft, wenn sie sich auf einen einheitlichen nationalen Willen zu stützen vermag.

(Sehr gut!)

In diesem Gefühl weise ich – und, wie ich glaube, in Übereinstimmung mit dem deutschen Volke – im Namen der Reichsregierung die gegen Deutschland gerichteten Drohungen und Angriffe mit aller Entschiedenheit zurück.

(Stürmischer Beifall.)[63]

---

[62] Stresemann zitiert hier aus dem oben (vgl. Anm. 52) genannten Vorwort Mussolinis.

[63] Nach weiteren Rednern faßt Reichstagspräsident Löbe die Debatte zusammen „und von dieser Zusammenfassung auf ihren Wunsch ausnehmen die Kommunistische Partei. Der Deutsche Reichstag weist die sachlich ungerechtfertigten und in der Form beleidigenden Angriffe des italienischen Ministerpräsidenten mit Nachdruck zurück. (Lebhafter Beifall.) In der ganzen Welt gilt die rechtliche Auffassung, daß das Schicksal stammverwandter Minderheiten von ihrer Mutternation mit innerlicher Anteilnahme verfolgt und ihr Ringen um die Erhaltung des Volkstums von ihr unterstützt wird. (Lebhafte Zustimmung.) Obwohl das deutsche Volk nichts anderes wünscht, als in friedlichem Zusammenwirken mit den übrigen Völkern seinem eigenen Aufbau zu dienen, wird es sich nicht davon abhalten lassen, für die deutschen Minderheiten unter fremder Staatshoheit eine gerechte Behandlung zu beanspruchen. (Lebhafter Beifall.) Dieses Recht werden wir uns am allerwenigsten durch beleidigende Angriff und sinnlose Drohungen, (stürmische Zustimmung und Beifall) von woher sie auch kommen mögen, beschränken lassen. (Lebhafter Beifall auf allen Seiten des Hauses mit Ausnahme der äußersten Linken.)“ (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 388, S. 5381.)

Rede in einer Ressortbesprechung vom 10. Februar 1926[1]

Nach AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 244.

Wenn Deutschland im Völkerbund die große Aufgabe des Schutzes der deutschen Minderheiten im Ausland wirksam vertreten will, muß es vorbildhaft den Minderheiten im eigenen Land Kulturautonomie gewähren.

[...][2]

Der Schutz der Minderheiten ist die große, wenn nicht die größte Frage der Gegenwart. Wir müssen diese Frage als große Kulturidee in die europäische Diskussion werfen und eine Aufforderung zur Bundesgenossenschaft an alle Staaten ergehen lassen, die mit uns einer Meinung sind, ohne dabei in den Fehler zu verfallen, die Praxis des Völkerbundes[3] zu erörtern, und ohne uns sonstige Blößen zu geben. Die bekannte Tatsache, daß kein Land der Welt an der Lösung dieses Problems im gleichen Maße interessiert ist wie Deutschland, erklärt das in einem großen Teil des Auslandes vorhandene Bestreben, uns das Eintreten für die Sache der Minderheiten zu erschweren, und die Beschäftigung mit der Idee, wie man Deutschland hierbei ins Unrecht setzen kann. Die deutschen Minderheiten im Auslande haben sich bekanntlich auf den Standpunkt gestellt, daß sie im Kampf um die von ihnen erstrebte Kultur-Autonomie eine wirksame Hilfe von uns nur erwarten können, wenn wir uns selbst im

---

[1] Es handelt sich hier um einen Ausschnitt aus der auf den 16. Februar 1926 datierten geheimen Aufzeichnung des Generalkonsuls Graf von Podewils-Dürnitz über die am 10. Februar 1926 „im Auswärtigen Amt unter dem Vorsitz des Herrn Reichsministers stattgefundene Ressortbesprechung über die Notwendigkeit einer Regelung der den nationalen Minderheiten im Reich zustehenden kulturellen Rechte“. Neben zahlreichen Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes nahmen Vertreter der Reichskanzlei und des Reichsinnenministeriums, verschiedener preußischer Ministerien sowie aus Ostpreußen und für Sachsen und Bayern teil (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 244 mit Anm. 1). – Zu Vorüberlegungen im Auswärtigen Amt und zur Einladung vgl. die undatierte, aber offenbar vom 6. Februar 1926 stammende Aufzeichnung ohne Unterschrift (ebd., S. 202–207).

[2] Die Vorlage beginnt: „Der Herr Reichsaußenminister eröffnet die Besprechung unter Hervorhebung ihres streng vertraulichen Charakters mit einer Ansprache, die folgende Leitgedanken in den Vordergrund stellt:“ – Es ist also nicht auszuschließen, daß es sich bei den im Folgenden wiedergegebenen Worten Stresemanns um eine Zusammenfassung oder jedenfalls um eine Teilwiedergabe handelt.

[3] Der Völkerbund war beauftragt, die Einhaltung der Minderheitenschutzverträge zu überwachen, die von einigen Staaten Ostmittel- und Südosteuropas – zeitgleich mit der Unterzeichnung des Versailler Vertrags – im Rahmen der Pariser Friedensverhandlungen 1919 mit den Siegermächten des Weltkriegs abgeschlossen worden waren, darunter – für Deutschland am wichtigsten – der Vertrag Polens mit den Siegermächten vom 28. Juni 1919 (Text u. a. in COLLIARD S. 391–195).

Reich auf den Boden der Kulturautonomie stellen[4]. Für die Haltung des Auswärtigen Amtes muß daher maßgebend der Gesichtspunkt sein: um den Kampf für neun Millionen außerhalb unserer Grenzen in Europa lebende Deutsche gegen die gegen sie gerichteten Entnationalisierungs-Bestrebungen führen zu können, ist es unerläßlich, daß wir selbst etwas Vorbildliches für unsere im Reich befindlichen Minderheiten getan haben. Angesichts unseres bevorstehenden Eintritts in den Völkerbund[5] ist die Lösung dieser Aufgabe besonders dringlich, weil wir anderenfalls nicht mit Aussicht auf Erfolg als Anwälte von Minderheiteninteressen im Völkerbund auftreten könnten.

[...][6]

[4] Zu entsprechenden Erklärungen aus dem Herbst 1925 vgl. die Wiedergabe eines Beschlusses der Vertreter deutscher Minderheiten im Ausland in der oben Anm. 1 genannten Aufzeichnung ohne Unterschrift (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 205).

[5] Die Reichsregierung hatte durch ein Schreiben an Drummond, den Generalsekretär des Völkerbundes, vom 8. Februar 1926 den Antrag auf Beitritt zum Völkerbund gestellt (ebd., S. 219); das Schreiben überreichte Aschmann, der deutsche Generalkonsul in Genf, Drummond am 10. Februar 1926 (vgl. ebd., Anm. 2).

[6] Nach längerer, auch kontroverser Diskussion faßt Stresemann diese zusammen (ebd., S. 252) „mit der Feststellung, daß die Ressorts sich grundsätzlich darüber einig seien, daß für unsere Minderheiten im Reich und die Erhaltung ihrer kulturellen Eigenart etwas geschehen müsse; über die dieserhalb zu beschreitenden Wege solle zunächst ein von den Ressorts zu bildender engerer Ausschuß beraten."

Rede auf einem Kommers der Studentenschaft in Köln am 20. Februar 1926[1]

Nach KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 139 (2. Sonntagsausgabe) vom 21. Februar 1926, und Nr. 140 (Morgenausgabe) vom 22. Februar. – Teildrucke in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 87 vom 21. Februar 1926; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 88 vom 21. Februar 1926; FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 139 (2. Morgenausgabe) vom 21. Februar 1926, S. 1; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 87 (Morgenausgabe) vom 21. Februar 1926; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 88 (Morgenausgabe) vom 21. Februar 1926; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22069 (Morgenausgabe) vom 21. Februar 1926, S. 9; STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 438–439; QUELLEN ZUR AUSSENPOLITIK DER WEIMARER REPUBLIK S. 127.

Nur durch das langsame Fortschreiten im täglichen Kampf kann Deutschland Fortschritte erzielen; auf diesem Weg der Verhandlungen wird es auch die weitere Befreiung des Rheinlands erreichen. Die akademische Jugend muß ein geeintes Volk führen.

Für uns alle, die wir die Freude haben, an diesem Abend an der Befreiungsfeier der Studentenschaft Kölns teilnehmen zu können, waren die Worte, die Pater Dionysius[2] soeben zu uns gesprochen hat, wohl ein innerliches Erleben. In einer wundervollen Schönheit der Form und in tiefster Ergriffenheit, hat er vom Reich draußen gesprochen, von den Empfindungen der Bürger, insonderheit der akademischen Bürger der Stadt, die erst wenige Wochen zurücksieht auf die Stunde, da ihre Domglocke das Wort **„Freiheit“** in die deutschen Lande trug[3]. In einem Lied aus einer Zeit der

---

[1] Die DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 87 (Morgenausgabe) vom 21. Februar 1926, leitet ihre Berichterstattung über die Veranstaltung unter der Überschrift „Das Rheinland muß ganz frei werden! Rede des Reichsaußenministers vor der Kölner Studentenschaft“ folgendermaßen ein: „Mit allem Gepränge studentischer Farben feierte heute abend aus Anlaß der Befreiung Kölns die Kölner Studentenschaft einen Festkommers. Den großen Saal der Kölner Bürgergesellschaft, von dessen Wänden und Decken schwarz-weiße und rot-weiße Fahnen und Banner herabwehten, füllten etwa 3000 Studenten mit ihren Gästen. Von den Emporen hob sich der Kranz der Damen in farbenfrohen Gewändern ab. Unten im Saale ein nicht minder lebhaftes Bild. Studentenmützen in allen Farben leuchten von den Tischen. Der Fanfarenmarsch leitet die Feier ein. Unter seinen Klängen zogen 200 Chargierte in Wichs mit den Fahnen ihrer Korporationen in den Saal und nahmen auf dem Podium Aufstellung. In ihrer Mitte ein Fahnenwald in allen Farben.“ – In der Vorlage heißt es nach der Aufzählung der Ehrengäste und der Wiedergabe der Reden vor derjenigen Stresemanns: „Besondere Aufmerksamkeit fand der Reichsminister des Äußern, Dr. Stresemann, der, mit lauten Bravorufen begrüßt, folgende Rede hielt:“

[2] Pater Dionysius Ortsiefer (1874–1946), Franziskanermönch; Domprediger in Köln 1913–1942. – Seine nachfolgend angesprochene Rede in KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 139 (2. Sonntagsausgabe) vom 21. Februar 1926.

[3] Am 31. Januar 1926 hatte formal (nach dem Abzug der letzten Truppen am Vortag) die Räumung der nördlichen („Kölner“) Zone durch die Besatzungstruppen geendet; zu den dazu begangenen deutschen Feierlichkeiten vgl. etwa VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 53 (Abendausgabe) vom 1. Februar

Wirrnis in Deutschland erklang einst das Wort von dem Volk, das sich erst recht zeigt **in Fährden und in Nöten[4].** An Fährden und an Nöten hat es Köln und dem Rheinland nicht gefehlt. Und wenn jetzt, trotz aller Fährden und Nöte, in denen das Reich nicht immer helfen konnte, wie es wollte, nun erst recht der **Treuschwur** über die Grenzen hinausdringt: wir sind stolz darauf und danken Gott dafür, daß wir Deutsche geblieben sind, dann hoffe ich, daß dieses Wort auch klingt zu denen, in deren Händen es liegt, dafür zu sorgen, daß deutsches Land nicht fürderhin das ertragen soll, was Köln erduldet und mit dieser Liebe zum deutschen Vaterland beantwortet hat. Und nun lassen Sie mich von etwas anderm sprechen.

In der deutschen akademischen Jugend bestehen wie im deutschen Volke **verschiedene Einstellungen gegenüber dem Reich** und **seiner Fortentwicklung.** Die einen verfallen in träumende Resignation über alte Größe und Herrlichkeit, andre warten auf ein Wunderbares, das sie mit heißem Herzen ersehnen, ohne zu wissen, woher es kommen und wer es schaffen soll. Wieder andre glauben, daß es für Deutschland richtig sei, die Entwicklung der Welt abzuwarten und sich erst dann mit aktiver Politik in dieser Entwicklung einzustellen, wenn Umrisse künftiger Entwicklung sichtbar sind. Mag für den einzelnen Menschen, der den Weg von großer Macht und von Einfluß und Glück zur Armut und zu Unglück durchgemacht hat, der eine oder andre Weg möglich sein, **für diejenigen, die für die Reichsentwicklung verantwortlich sind, gibt es nur eines, das ist die Politik tätigen Mitschaffens nach innen und nach außen.** Diese Kämpferarbeit[5] mag manchem als ideallos erscheinen, sie ist es nicht. Denn nur aus dem langsamen Fortschreiten im tätigen Kampf ergibt sich der Fortschritt, sieht man den Weg, der zurückgelegt ist. Gegenüber allen Kritiken über manche nicht erreichte oder manche getäuschte Hoffnung, über manche geistige Einstellung, die sich nicht schnell genug in Taten auswirkt, darf doch das eine gesagt werden: Wer zurückschaut auf die Politik der letzten Jahre in Deutschland, der muß mit Blindheit geschlagen oder von schlechtem Willen beseelt sein, wenn er nicht anerkennen wollte, daß wir **ein gutes Stück vorwärtsgekommen** sind in der Konsolidierung nach innen und deutscher Geltung nach außen.

1926; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22049 (Abendausgabe) vom 1. Februar 1926, S. 1 u. 2–3; REICHSPOST, Nr. 32 vom 1. Februar 1926, S. 2. Bei den Feierlichkeiten in Köln läuteten zur Mitternacht des 31. Januar 1926 alle Glocken der Stadt und damit auch die Domglocken

[4] Stresemann zitiert hier frei aus dem 1815 veröffentlichten Gedicht Ludwig Uhlands „Der Überfall im Wildbad“ (Text in: Ludwig Uhland: Werke. Bd. 1. Sämtliche Gedichte. München 1980, S. 229–231; das Zitat: S. 231). Ob das Gedicht auch als Lied vertont wurde, konnte nicht ermittelt werden.

[5] So in der Vorlage. In TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 87 vom 21. Februar 1926, heißt es, vermutlich zutreffend: „Kärrnerarbeit“.

In dem Kampf zwischen Rechtsanspruch und Machtgefühl, das das Recht selbst ausdeutet, hat schließlich doch in der Befreiung der nördlichen Rheinlandzone[6] der **Gedanke des Rechts** gesiegt. Jede weitere deutsche Politik kann nur das Ziel haben, auf diesem Wege fortzuschreiten. Deutschland wird ständig bereit sein, im Geiste des europäischen Wiederaufbaues mit offner Empfänglichkeit für die gegenseitigen Argumente Verhandlungen über seine Stellung zu andern Mächten zu führen. Aber wenn der **Geist von Locarno[7]** Sinnbild künftiger europäischer Politik ist, dann muß seine weithin sichtbare letzte Auswirkung die schließliche **Zurückziehung der Truppen aus dem besetzten Rheinland** sein. Ich kann mir nicht denken, daß man im Lager unsrer ehemaligen Gegner darüber anders denkt. In dem großen Saal des Foreign Office in London, in dem die Verträge von Locarno unterzeichnet wurden[8], hing, für diesen Tag herbeigeschafft, das Gemälde von Lord **Castlereagh[9].** Wenn dieses Symbol eine über den Tag hinausgehende Bedeutung haben soll, dann kann es doch nur die sein, daß das England der Gegenwart mit dem Vertrage von Locarno dieselbe Politik treiben will, die einst **Englands Vertreter auf dem Kongreß in Aachen** 1818 gegenüber Frankreich getrieben hat, als es den Gedanken vertrat, Frankreich wieder als Großmacht in dem europäischen Konzert aufzunehmen und des zum Zeichen die Truppen der damals Frankreich besetzenden Mächte von Frankreichs Boden zurückzuziehen[10].

Diese Frage der Zurückziehung mag eine Frage der Verhandlungen, eine Frage der Technik, sein, aber sie ist die **logische Auswirkung** einer neuen europäischen Lage, die das Problem der Sicherheit der Länder durch andre Wege lösen will, als durch die der militärischen Gewalt.

---

[6] Vgl. oben mit Anm. 3.

[7] Stresemann bezieht sich auf die Konferenz von Locarno vom 5. bis 16. Oktober 1925, bei der am 16. Oktober 1925 die entsprechenden Verträge paraphiert wurden (Text der Verträge in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215).

[8] Am 1. Dezember 1925 wurden in London die am 16. Oktober 1925 in Locarno paraphierten Verträge (vgl. die vorangehende Anm.) unterzeichnet; zu Stresemanns Rede anläßlich der Vertragsunterzeichnung vgl. diese Edition.

[9] Robert Stewart, Viscount Castlereagh [ab 1821: Marquess of Londonderry] (1769–1822), britischer Politiker; u. a. Außenminister 1812–1822.

[10] Auf dem Aachener Kongreß vom Herbst 1818 schlossen Großbritannien, Rußland, Preußen und Österreich einen Vertrag mit Frankreich, der den sofortigen und damit vorzeitigen Abzug der Besatzungstruppen in Frankreich festlegte und die Kriegsentschädigung, die Frankreich zu zahlen hatte, deutlich senkte; in einer Konvention der vier erstgenannten Staaten wurde die Stützung des restaurierten Bourbonenregimes vereinbart und damit Frankreich wieder in den Kreis der Großmächte aufgenommen (Text des Vertrags und der Konvention in CONSOLIDATED TREATY SERIES, Bd. 69, S. 284–286 u. 366–367).

So gebe ich der Hoffnung Ausdruck, daß die Glocken am Rhein[11] nicht zu lange schweigen mögen, um die **weitere Freiheit deutschen Bodens** zu verkünden, um der so schwer getroffenen rheinländischen Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, mit der ganzen Freude rheinischen Gefühls sich als Glieder eines freien Deutschlands zu fühlen, das in Frieden und gegenseitigem Verstehen mit der Welt zu leben gedenkt.

[…][12]

Ich habe immer empfunden, daß es doch das schönste Glücksgefühl für einen Menschen sein muß, in den besten und schönsten Jahren seiner Entwicklung sich seiner eignen geistigen Vervollkommnung hingeben zu können, dazu vorausbestimmt zu sein, **Führerpersönlichkeit** zu werden. Man hat oft die Frage aufgeworfen, ob da nicht ein Gegensatz ist zwischen dem Begriff der Demokratie und dem Begriff der Führerpersönlichkeit. Nein und abermals nein! Gerade die heutige Demokratie braucht Führerpersönlichkeiten, sonst ist sie gar nicht für ein ganzes Volk zu ertragen. Die Masse an sich denkt nicht, die Masse folgt dem, der es versteht, seine Gedanken ihr vorzutragen; ob es gute Gedanken und große Führer oder schlechte Gedanken und kleine Führer sind, davon wird das Geschick des Volks mitbestimmt werden. In jedem Lande ist die **akademische Jugend führend** gewesen für große Entwicklungen. Das sage ich nicht aus dem Gefühl heraus, Sie aufzufordern, überheblich zu denken, weil Sie die Möglichkeit haben, dieses Wissen in sich aufzunehmen, ach nein, wenn wir eines brauchen für dieses Deutschland, dann ist es das, daß wir nicht hinneigen zu alten Klassengegensätzen und gesellschaftlichen Überheblichkeiten, sondern daß wir uns als **ein Volk** fühlen von **einem** nationalen Impuls, alle miteinander. (Beifall.) Dann ein Zweites. Heer und Flotte haben wir nicht mehr[13]. Die großen materiellen Machtmittel stehen denen nicht zur Verfügung, die deutsche Politik nach außen treiben sollen. Eines allein kann ein Ersatz dafür sein, das ist ein in allen seinen Gliedern **national geeinigtes Volk,** das dahintritt vor die Welt und für sein Recht kämpft. Wollen wir das – und mehr als einmal ist es uns möglich gewesen

---

[11] Vgl. oben mit Anm. 3.

[12] Hier endet die Berichterstattung und die Wiedergabe des ersten Teils der Rede Stresemanns in KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 139 (2. Sonntagsausgabe) vom 21. Februar 1926. In der Fortsetzung der Berichterstattung ebd., Nr. 140 (Morgenausgabe) vom 22. Februar 1926, heißt es in einem Artikel mit der Überschrift „Für die Befreiung des gesamten deutschen Bodens. Die Befreiungsfeier der Kölner Studentenschaft“: „Der Reichsminister des Äußern fand im weitern Verlauf seiner Rede treffende Worte an die akademische Jugend, als er ausführte:“

[13] Stresemann bezieht sich hier auf die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrags für Deutschland (vgl. zu den Details dessen Art. 159–213: VERTRAG VON VERSAILLES S. 82–100).

–, dann ist eines dazu die Voraussetzung, daß wir nicht in Heuchelei und Übermut und Pharisäertum scheiden zwischen nationalen und nichtnationalen Deutschen. (Lebhafter Beifall.) Für ein Volk mit politischer Erziehung versteht sich das Nationale von selbst, und der Kampf geht nur um den besten Weg, das Nationale zur Vollendung zu bringen. Erziehen Sie sich [zu] selbständigem vaterländischem Denken. Lassen Sie den Parteien den Zwist! Der wird so sein und muß so sein. Solange Sie es können, einen Sie die akademische Jugend in Ihrem eignen großen und vaterländischen Impuls, der Sie alle zusammenführt und Sie hier geeint hat als ein schönes Zeichen und Vorbild für das Volk im großen. Erhalten Sie sich aber dabei auch die Fröhlichkeit des Lebens, die ja auch heute hier aus diesen Stunden klingt. Erhalten Sie sich die Buntheit, das Grau des Alltags kommt früh genug, erhalten Sie sich Ihre Lebensbejahung, Ihren Lebensimpuls. Wer in seiner Jugend nie eine Dummheit gemacht hat, wird es in seinem Leben zu nichts bringen. Der Festredner[14] sprach von der Fröhlichkeit studentischen Lebens, daß Sie Studenten einer Großstadt wären. Das wird vielen Studenten beschieden sein. Auch auch Ihnen gilt das, was ein deutscher Dichter[15] einmal gesprochen hat von den Menschen, die in den Steingräbern der Großstadt aufwachsen: „Denn nicht am Waldrand bin ich aufgewachsen, und kein Naturlaut gab mir das Geleit, ich seh´ dieWelt sich dreh´n um ihre Achsen als Kind der Großstadt und der neuen Zeit. Tagaus, tagein umraucht vom Qualm der Essen war´s oft das Herz, das lautauf schlug und schrie; und dennoch, dennoch hab´ ich nie vergessen das goldne Wort: Auch das ist **Poesie“.** Oh, träumen Sie nicht, daß nur in kleinen Orten studentischer Geist gepflegt werden könnte. Man kann auch in Köln Student sein, wenn man aus dem Grau des Alltags die Poesie herauszukristallisieren versteht. Für Sie, die Jugend, die da kommt, gilt, was wir schaffen, gilt all das, was wir tun. Ob wir ihn noch einmal erleben werden, jenen Sonnenglanz großer Geltung, der einst um Deutschland lag? Wer will das wissen? Wer will so vermessen sein, es zu sagen? Aber wenn wir heute **arbeiten für deutsche Zukunft,** so tun wir es, weil wir uns sagen: Wir müssen den Grund legen für diejenigen, die nach uns kommen. Wir tragen damit ja nur eine Dankesschuld ab. Denn in der Zeit, als wir Bürger eines großen Deutschlands waren, da waren wir ja nicht die Träger derjenigen geschichtlichen Entwicklung, die dieses Deutschland geschaffen hatten. Damals

[14] Gemeint ist Pater Dionysius Ortsiefer (vgl. oben mit Anm. 2).

[15] Gemeint ist Arno Holz (1863–1929), deutscher Dichter. – Das folgende Zitat ist aus dem von Holz 1884 verfaßten Gedicht „Frühling“ (Druck in Arno Holz: Buch der Zeit. Lieder eines Modernen. Neue Ausg. München/Leipzig 1905, S. 33–39; das Zitat: S. 35).

hatten die Sorge und Arbeit unsrer Väter das geschaffen, was unser Erbe werden sollte. Möge einst die Frucht unsrer Arbeit der deutschen Jugend ein schönes, ein freies, ein großes Deutschland wiedergeben. Mögen Sie sich fühlen als das Salz Deutschlands. Mögen Sie sich vor Augen halten Ihr Verantwortungsgefühl, nicht mit Phrasen, sondern in ernster Arbeit dafür zu sorgen, daß einst wieder die Zukunft sehe ein **großes Deutschland,** ein großes deutsches Volk unter den Völkern der Welt. (Langanhaltender stürmischer Beifall.)[16]

[16] Die DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 87 (Morgenausgabe) vom 21. Februar 1926, berichtet: „Als seine [Stresemanns] Worte verhallt waren, stieg das Lied ‚Der Gott, der Eisen wachsen ließ' empor. Unter den Klängen von Fridericus Rex marschierten schließlich die Chargierten in geschlossenem Zuge wieder aus dem Saale."

Rede vor der ausländischen Presse in Genf vom 13. März 1926[1]

Nach BERLINER TAGEBLATT, Nr. 124 (Morgenausgabe) vom 14. März 1926. – Teildrucke (mit starken Abweichungen) in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 124 vom 14. März 1926; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22090 (Morgenausgabe) vom 14. März 1926, S. 8.

Die Reorganisation des Völkerbundsrates muß gründlich vorbereitet und auf einer eigenen Tagung geklärt werden. Deutschland unterwirft sich selbstverständlich Beschlüssen der Versammlung, kann aber keinen Plänen zustimmen, ehe es selbst Mitglied ist. Dabei richtet sich die deutsche Haltung nicht gegen Polen. Die Locarno-Politik ist zu wichtig, als daß sie an einer Geschäftsordnungsfrage zerbrechen dürfte.

Sie wissen, sagte er[2], daß bei den Verhandlungen über das Abkommen von Locarno[3] der deutsche Standpunkt dahin ging, den Rheinlandpakt abzuschließen ohne Rücksicht auf den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Die Mächte auf der anderen Seite haben in ihrer Note vom 16. Juni[4] die **Beteiligung Deutschlands im Völkerbund** zur **Bedingung** gemacht. Deutschland hat sich bereit erklärt, einzutreten[5]. Wir sind hier, um den Eintritt zu vollziehen. Dieser Eintritt sollte der letzte Schritt auf dem Wege des europäischen Friedens sein. Jetzt sieht sich Deutschland, statt in den Völkerbund aufgenommen zu werden, Tag für Tag vor der Situation, daß man von

---

[1] Nachdem Stresemann am gleichen Tag dem „Journal de Genève“ eine „Erklärung“ gegeben hatte, wobei er offenbar einen Text zum Abdruck zur Verfügung gestellt hatte (zum Inhalt vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 124 vom 14. März 1926), gab er am Abend noch eine Pressekonferenz. Die Vorlage erläutert einleitend: „Heute um 1/2 8 Uhr empfingen der Reichskanzler und der Außenminister Stresemann die Vertreter der gesamten ausländischen Presse im Hotel Métropole, um ihnen Deutschlands Stellung zu den Problemen des kritischen Augenblicks auseinanderzusetzen. Nach einigen liebenswürdigen Begrüßungsworten des Reichskanzlers hielt Dr. Stresemann ein[e] längere Rede:“

[2] So – als Einschub – in der Vorlage.

[3] Gemeint sind die Konferenz von Locarno vom 5. bis 16. Oktober 1925 und die zu deren Abschluß am 16. Oktober 1925 paraphierten Verträge (Texte in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215).

[4] Mit der Note vom 16. Juni 1925 hatte Briand – auch im Namen der Alliierten – auf das deutsche Memorandum vom 9. Februar 1925, in dem Deutschland Verhandlungen über einen Sicherheitspakt angeboten hatte (LOCARNO-KONFERENZ S. 61–62), geantwortet (Druck der Note [in deutscher Übersetzung] u. a. in LOCARNO-KONFERENZ S. 100–103; SCHULTHESS 66 [1925], S. 422–424). Als eine der Bedingungen für den möglichen künftigen Vertragsabschluß wurde darin der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gefordert. Auf der Konferenz von Locarno wurde dann Übereinstimmung erzielt und im Hauptvertrag festgeschrieben, daß er erst nach dem deutschen Völkerbundsbeitritt in Kraft treten solle (vgl. dessen Art. 10: LOCARNO-KONFERENZ S. 202).

[5] Zuletzt durch seinen Beitrittsantrag: Die Reichsregierung hatte durch ein Schreiben an Drummond, den Generalsekretär des Völkerbundes, vom 8. Februar 1926 den Antrag auf Beitritt zum Völkerbund gestellt (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 219); das Schreiben überreichte Aschmann, der deutsche Generalkonsul in Genf, Drummond am 10. Februar 1926 (vgl. ebd., Anm. 2).

ihm Erklärungen verlangt, daß man ihm Bedingungen auferlegen will über seine künftige Haltung, noch ehe es Mitglied des Völkerbundes ist[6]. Es ist eine seltsame, **beinahe groteske Situation, ein Land aufzufordern, dem Völkerbund beizutreten, und wenn die Vertreter kommen, um den Eintritt zu vollziehen, acht Tage lang hindurch Bedingungen zu stellen.** Während dieser Woche haben Verhandlungen stattgefunden, die als eine Krise im Völkerbund bezeichnet worden sind. Ich muß betonen, daß die **Entscheidung,** die in dieser Frage erfolgt ist, und die sehr viele Mißstimmungen vielleicht zurückgelassen hat, **gar nicht in der Hand Deutschlands lag.** Zunächst tauchte das Problem der Verstärkung des Rates um drei Nationen auf, die ständige Ratssitze erhalten wollten[7]. Auch hier hat man verlangt, **daß Deutschland sich entscheide.** Eine solche Entscheidung konnte den Eindruck erwecken, als wenn das Schicksal dieser Bestrebungen von Deutschland abhängig wäre. In Wirklichkeit war für die Herbeiführung dieser Verständigung des Völkerbundsrates die Einstimmigkeit der Ratsmächte notwendig. Diese Einstimmigkeit ist nicht vorhanden. **Auch wenn Deutschland gar nicht existiert hätte, hätte es diese Krise im Völkerbunde gegeben.** Es war eine **Krise der Völkerbundsmächte selbst** und es war **nicht,** wie es dargestellt wird, eine Krise zwischen den im Völkerbundsrat vertretenen **Mächten einerseits und Deutschland andererseits.** Man hat erklärt, daß die **Haltung Schwedens** von Deutschland beeinflußt sei[8]. Es ist für uns sehr angenehm, daß anscheinend unser Prestige in der Welt gewachsen ist, aber es heißt Deutschland überschätzen, wenn man glaubt, daß es in der Lage sei, Schweden zu beeinflussen. Undéns[9] persönliche Haltung war aufgebaut auf ganz bestimmten Prinzipien.

---

[6] Am 8. März 1926 war in Genf eine außerordentliche Völkerbundsversammlung zusammengetreten, die über das Gesuch Deutschlands für seinen Völkerbundsbeitritt (vgl. die vorangehende Anm.) befinden sollte. Bevor über dieses Gesuch befunden werden konnte, versuchten die Locarno-Mächte seit dem 7. März 1926 in Gesprächen, das Problem zu lösen, daß neben dem zweifelsfreien ständigen Ratssitz Deutschlands auch Forderungen Polens, Spaniens und Brasiliens nach einem ständigen Ratssitz vorlagen, worüber jedoch keine Einigung erzielt werden konnte: Deutschland beharrte auf dem Standpunkt, daß vor seinem eigenen Eintritt in den Völkerbund und in den Rat darüber nicht befunden werden könne (vgl. für die verschiedenen Gespräche vom 7. bis 13. März 1926 die Aufzeichnungen in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1; daneben die beiden von deutscher Seite geführten Tagebücher „über die Konferenz in Genf“: ebd., S. 707–717 u. 722–724; zu den eigentlichen Völkerbundsberatungen vom 7. bis 13. März 1926: SCHULTHESS 67 [1926], S. 453–455).

[7] Vgl. die vorangehende Anm.

[8] Schweden hatte bereits im Februar 1926 kundgetan, daß es sich gegen jede Vermehrung der ständigen Ratssitze über Deutschland hinaus sperren werde (vgl. den telegraphischen Bericht des Gesandten in Stockholm, Rosenberg, vom 20. Februar 1926, in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 278–280).

[9] Östen Undén (1886–1974), schwedischer Außenminister 18. Oktober 1924 – 7. Juni 1926 u. 1945–1962.

Es ist nun eine **neue Wendung der Dinge** eingetreten, indem gestern, nachdem bereits die Frage der Erweiterung des Rates um drei Sitze im Mittelpunkt stand, an Deutschland die Frage gerichtet worden ist, ob es damit einverstanden wäre, wenn **in dieser Session ein nicht ständiger Ratssitz geschaffen werden würde,** über den das Plenum des Völkerbundes verfügen sollte[10]. Dabei ist von den Vertretern Frankreichs[11] und Englands[12] erklärt worden, daß sie **sich mit allen Mitteln dafür einsetzen würden, daß dieser Platz an Polen fallen würde.** Dann standen wir vor der Situation, daß wir, ehe wir Mitglieder des Völkerbunds waren, unsererseits Stellung nehmen mußten zu einer Frage der Entwicklung des Völkerbundes, die gleichzeitig eine bestimmte Option für eine bestimmte Macht insofern in sich schloß, als man davon ausging, daß die Wahl Polens selbstverständlich sein wird. Dann hätte Deutschland, das sich geweigert hatte, über den Gesamtkomplex zu diskutieren, ob Brasilien, Spanien oder Polen in den Völkerbundsrat aufgenommen werden sollen, die Situation vorgefunden, daß die Ansprüche von **Brasilien und Spanien unter den Tisch** gefallen waren, daß **dagegen mit Deutschlands Zustimmung Polen** einen Ratssitz erhalten hätte. Unsere These, daß wir vor dem Eintritt in den Völkerbund es **ablehnen müssen, zugunsten der einen oder der anderen Macht** zu optieren, wäre damit zusammengebrochen. Eine Sicherheit, daß eine Wahl Polens zustande kommt, selbst wenn Deutschland zustimmt, war übrigens insofern nicht gegeben, als ja die Entscheidung darüber, ob ein neuer ständiger Ratssitz geschaffen werden sollte, wiederum von der **einstimmigen** Beschlußfassung des Rates abhängt. Diese Einstimmigkeit ist nach meiner Orientierung **nicht vorhanden.** Unsere Haltung richtet sich **nicht gegen eine bestimmte Macht.**

Ich gehe jetzt auf die Frage ein, die vielleicht auf der Gegenseite bestimmend für ihr Drängen nach rascher Entscheidung ist. Diese Frage lautet: „Besteht nicht für uns die **Gefahr,** daß Deutschland, wenn es einem Mitglied des Völkerbundes ist, sich auf den Standpunkt stellen wird, ein **Veto einzulegen** gegen jede künftige Vermehrung der Sitze und insbesondere ein Veto einzulegen **gegen jede etwa künftige mögliche Zuwahl Polens** im Rat? Demgegenüber darf ich auf folgendes hinweisen:

---

[10] Vgl. die undatierte Aufzeichnung ohne Unterschrift über eine Besprechung Luthers und Stresemanns mit Vertretern der Locarno-Mächte am 12. März 1926 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 370–372).

[11] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918.

[12] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929.

Schon in der ersten Zusammenkunft der Locarno-Mächte am vorigen **Sonntag ist von mir am Schlusse der Beratung der Vorschlag gemacht worden, seitens des Völkerbundes eine Kommission einzusetzen, mit der ganz bestimmten Aufgabe, die Reorganisation des Völkerbundes und seiner Gremien zu schaffen und der nächste Versammlung im September darüber Vorschläge zu machen. Die deutsche Delegation hat diesen Vorschlag inzwischen schriftlich überreicht[13].** Sie ist der Meinung, daß die Frage der Reorganisation des Völkerbundsrates so für die Fortentwicklung des Völkerbundes so wichtige Frage ist, daß festgestellt werden muß, **welches das Maximum** der Sitze im Rate sein solle. Ferner, wie soll das **Verhältnis zwischen den ständigen und den nichtständigen Sitzen** sein, oder der Wechsel der Mächte im Sitze[14]? Für mein logisches Denken ist es überhaupt unmöglich zu entscheiden, ob der Staat A, B oder C hinzugewählt werden soll, wenn ich nicht weiß, welches die Zahl der Sitze sein soll. **Es ist unrichtig zu sagen, Deutschland stehe auf einem intransigenten Standpunkt.** Es ist für uns selbstverständlich, wenn wir Träger sind der Anregung einer Rekonstruktion des Völkerbundes, daß wir dann auch unser Ansehen und unsere Stellung im Bund verpfänden, **keinerlei Opposition** zu machen gegen den **Gedanken,** den wir als **erwägenswert hingestellt** haben, und es ist selbstverständlich, daß Deutschland sich in dieser Frage der Mehrheit des Völkerbundes fügen wird. Wogegen wir uns wehren, ist die Hast, mit der wir zu unserer Entscheidung gedrängt werden sollen; ferner der Druck, de[n][15] man auf uns ausübt, ehe wir überhaupt Mitglied des Völkerbundes sind. Seit gestern hören wir nun in vielen Variationen, daß bei einer Nichtverständigung über diese Frage der Erweiterung des Rates die **europäische Friedenspolitik, die mit dem Namen von Locarno verknüpft ist, in Gefahr sei** und nicht weitergeführt werden könnte, und daß es zweifelhaft sei, ob die Ratifizierung der Locarno-Verträge in allen

[13] In der Besprechung der Vertreter der Locarno-Mächte vom 7. März 1926 hatte Stresemann den Vorschlag unterbreitet, „eine Kommission einzusetzen, die sich mit der Frage beschäftigen solle, ob man den Völkerbundsrat erweitern solle“ (die Aufzeichnung zur Besprechung in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 351–357; das Zitat: S. 355). In der Besprechung vom 12. März 1926 war dieser Vorschlag in ausgearbeiteter Form den Vertretern der anderen Staaten überreicht worden (Aufzeichnung über diese Sitzung: ebd., S. 370–372; der deutsche Vorschlag als Anlage: S. 372–373).

[14] Die Satzung des Völkerbunds, die als Teil der Pariser Vorortverträge auch in den Versailler Vertrag integriert war (in dessen Artikeln 1–26; Text in VERTRAG VON VERSAILLES S. 9–20), sah bisher in Art. 4 lediglich vor, daß die alliierten und assoziierten Hauptmächte ständige sowie vier weitere Bundesmitglieder befristet gewählte Mitglieder des Völkerbundsrates sein sollten; mit Mehrheit der Völkerbundsversammlung konnten jedoch weitere Staaten zu ständigen Ratsmitgliedern gewählt werden (ebd., S. 10).

[15] In der Vorlage, wohl als Druckfehler: „dem“.

Ländern[16] dann gelinge, und daß **dann diejenigen, die es an der Verständigung fehlen ließen,** eine sehr **schwere Verantwortung auf sich nehmen. Auch ich bin dieser Meinung.** Der Reichskanzler[17] und ich haben in diesen letzten Monaten und Jahren diese Politik in Deutschland zum Siege geführt. Wir waren zusammen auf der ersten Konferenz in London über das Dawes-Abkommen[18]. Wir haben die Kämpfe durchgemacht, die zu zwei Reichstagsauflösungen geführt haben[19]. Wir haben die Politik von Locarno durchgeführt, und wir glauben, daß jetzt der Schlußstein dieser Politik gelegt werden soll. Man hat, vielleicht in zu überschwenglichen Worten, die große Bedeutung dieser Friedenspolitik gefeiert, als Locarno eine Tatsache war. Ich muß noch das eine sagen: Diese Friedenspolitik bedeutet jedenfalls einen so großen Fortschritt, daß es **lächerlich wäre, sie wegen einer Geschäftsordnungsfrage scheitern zu lassen.** Wir lehnen es ab, etwas aufzugeben von unserer Außenpolitik. **Aber man sollte auch auf der anderen Seite nicht die Bedeutung der Locarno-Verträge so herabsetzen, daß man glaubt, daß die Frage eines Sitzes im Rate alles zerstören könnte.** Wir sind von dem guten Willen aller, die an diesem Dienst arbeiten, überzeugt. Alle sind bemüht, eine Einigung zu finden. Ich glaube, daß der Versuch der Lösung gelingt. Ich weiß, daß wir gegenwärtig in Genf alle Pessimisten sind. Ich weiß aber demgegenüber das Eine, daß es der Wunsch der Führer der Delegationen der anderen großen Locarno-Mächte ist, mit allen ihren Kräften einen Ausweg zu suchen, und ich kann meinerseits nur dasselbe für die deutsche Delegation[20] erklären und meine Ausführungen dahin zusammenfassen, daß die **Fragen, um deren Lösung es sich hier im Völkerbunde handelt, kleine sind gegen die Ideen der europäischen Friedenspolitik, und daß ich selbst überzeugt bin, daß die Locarno-Mächte zusammenbleiben und man zu einer verständigen Lösung**

[16] Der notwendige Beschluß über die Ratifizierung der Locarno-Verträge war u. a. noch nicht im französischen Senat gefaßt (vgl. BERLINER TAGEBLATT, Nr. 115 [Abendausgabe] vom 8. März 1926).

[17] Hans Luther (1879–1962), Reichsernährungsminister 1922 – 6. Oktober 1923; Reichsfinanzminister 6. Oktober 1923 – 15. Januar 1925; Reichskanzler 15. Januar 1925 – 13. Mai 1926; Reichsbankpräsident 1930–1933; Botschafter in den USA 1933–1937. Parteilos (1927–1930 Mitglied der DVP).

[18] Auf der Londoner Konferenz vom 16. Juli bis 16. August 1924 wurde der „Dawes-Plan“ (das Sachverständigen-Gutachten vom 9. April 1924) als künftige Grundlage der deutschen Reparationszahlungen festgelegt; Protokolle der Konferenz in LONDONER KONFERENZ (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 397 [dort als Anl. 263 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]); paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 [1924], S. 419–439).

[19] Stresemann bezieht sich darauf, daß er und Luther zum Zeitpunkt beider Reichstagsauflösungen des Jahres 1924, im März und Oktober, letzterer als Finanzminister, Mitglieder der Reichsregierung waren.

[20] Als Hauptvertreter gehörten der deutschen Delegation neben Stresemann Reichskanzler Luther und Staatssekretär Schubert sowie daneben weitere Beamte an (eine vollständige Aufzählung der Mitglieder in BERLINER TAGEBLATT, Nr. 109 [Abendausgabe] vom 5. März 1926).

gelangt.[21]

[21] Der Artikel in der Vorlage schließt: „Nach dieser Rede des Außenministers beantwortete der Reichskanzler Dr. Luther einige Fragen, die ihm von ausländischen Journalisten gestellt wurden. Er wiederholte im wesentlichen nochmals das von Dr. Stresemann Gesagte. Aus den Gesprächen der Pressevertreter ließ sich der Eindruck gewinnen, daß von den anwesenden Journalisten, besonders den angelsächsischen, für die Ausführungen Luthers und Stresemanns viel Verständnis vorhanden war, und daß auch die maßgebende Genfer Presse morgen in diesem Sinne berichten wird.“ – Für eine atmosphärische Einschätzung der Rede Stresemanns vgl. auch FEDER S. 48.

Rede vor Vertretern der ausländischen Presse in Genf vom 17. März 1926[1]

Nach STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 563–565.

Weist Schuldzuweisungen an Deutschland wegen des gescheiterten Völkerbundsbeitritts zurück, der in Deutschland Enttäuschung hervorruft. Wenigstens werden die Locarno-Verträge von allen Beteiligten weiter als gemeinsame Grundlage gesehen.

Auf deutscher Seite war von der Absicht der tatsächlichen Erweiterung des Rates[2] bis wenige Tage nach der Absendung des deutschen Antrages[3] nichts bekannt. Den sich daraus ergebenden Standpunkt hat die deutsche Delegation in Genf[4] schon deshalb wahren müssen, weil anderenfalls neue Verhandlungen der Reichsregierung mit den zuständigen Instanzen nötig gewesen wären[5]. Die Nichtverwirklichung der

---

[1] In einer Herausgebererläuterung wird in der Vorlage erklärt, daß Stresemann die nachfolgende Rede in Genf vor der Abreise der deutschen Delegation mit dem Zug nach Berlin gegeben habe (STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 563). – In einem Artikel in FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 205 (2. Morgenausgabe) vom 18. März 1926, S. 2, der Stresemanns Worte nur in indirekter Rede wiedergibt, heißt es einleitend (und offenbar vor dem Teil, der hier nach der Vorlage wiedergegeben wird): „Vor den Vertretern der ausländischen Presse gab Reichsaußenminister Dr. Stresemann unter nochmaliger Darlegung des deutschen Standpunktes einen kurzen geschichtlichen Ueberblick der Stellung, die Deutschland gegenüber dem Völkerbunde in den letzten Jahren einnahm. In seinen Ausführungen, die nachfolgend dem Sinne nach wiedergegeben werden, betonte der Minister das satzungsmäßige Vorgehen der Reichsregierung zur Erlangung eines ständigen Ratssitzes, wobei alle zehn befragten Ratsmächte bejahend antworteten."

[2] Am 8. März 1926 war in Genf eine außerordentliche Völkerbundsversammlung zusammengetreten, die über das am 10. Februar 1926 in Genf eingegangene Gesuch Deutschlands für seinen Völkerbundsbeitritt befinden sollte. Bevor über dieses Gesuch befunden werden konnte, versuchten die Locarno-Mächte seit dem 7. März 1926 in Gesprächen, das Problem zu lösen, daß neben dem zweifelsfreien ständigen Ratssitz Deutschlands auch Forderungen Polens, Spaniens und Brasiliens nach einem ständigen Ratssitz vorlagen, worüber jedoch keine Einigung erzielt werden konnte: Deutschland beharrte auf dem Standpunkt, daß vor seinem eigenen Eintritt in den Völkerbund und in den Rat darüber nicht befunden werden könne; zuletzt scheiterte jeder Kompromißvorschlag daran, daß Brasilien am 15. und endgültig am 17. März 1926 erklärte, gegen die deutsche Aufnahme sein Veto einzulegen, wenn ihm nicht ebenfalls ein ständiger Sitz zugestanden werde (vgl. für die verschiedenen Gespräche vom 7. bis 17. März 1926 die Aufzeichnungen in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1; daneben die beiden von deutscher Seite geführten Tagebücher „über die Konferenz in Genf": ebd., S. 707–726; für die Völkerbundsberatungen: SCHULTHESS 67 [1926], S. 453–458; zur Suche nach einem Kompromiß vgl. die undatierte Aufzeichnung ohne Unterschrift in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 408–409).

[3] Die Reichsregierung hatte durch ein Schreiben an Drummond, den Generalsekretär des Völkerbundes, vom 8. Februar 1926 den Antrag auf Beitritt zum Völkerbund gestellt (ebd., S. 219); das Schreiben überreichte Aschmann, der deutsche Generalkonsul in Genf, Drummond am 10. Februar 1926 (vgl. ebd., Anm. 2).

[4] Als Hauptvertreter gehörten der deutschen Delegation neben Stresemann Reichskanzler Luther und Staatssekretär Schubert sowie daneben weitere Beamte an (eine vollständige Aufzählung der Mitglieder in BERLINER TAGEBLATT, Nr. 109 [Abendausgabe] vom 5. März 1926).

[5] In der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags vom 19. Februar 1926 hatte dessen Vorsitzender Hergt als Auffassung des Ausschusses formuliert: „Das Gesuch Deutschlands um die

Absicht, in der die deutsche Delegation hierhergekommen ist, kann nach Lage der Dinge keinesfalls Deutschland zur Last gelegt werden. Es ist für das Leben der Völker wichtiger, nach Mitteln des Ausgleichs als nach **Schuldigen** zu suchen. In diesem Sinne hat man deutscherseits bis zuletzt eifrig in der Richtung auf ein positives Ergebnis mitgearbeitet. Wenn auch diese Verhandlungen in diesem Augenblick ergebnislos geblieben sind, so wird die Stellungnahme Deutschlands gegenüber den großen Fragen der Völkerverständigung und des Zusammenwirkens der Nationen **unverändert** aufrechterhalten.

Nach dem Scheitern der Genfer Verhandlungen sind die Locarno-Mächte sich klar gewesen, daß die **Locarno-Verträge**[6] zwar juristisch noch nicht in Wirksamkeit getreten sind, daß sie aber politisch von allen Teilen als Grundlage der Zusammenarbeit anerkannt werden und daß nach jeder Richtung diese Politik so geführt werden soll, als ob Deutschland schon Mitglied des Völkerbundes wäre[7]. Und dieses Zusammenwirken der beteiligten Mächte ist deshalb notwendig, weil die Idee des Völkerbundes – nicht dessen hinreichend starke Organisation – in den Herzen der Menschen einen **schweren Stoß** erlitten hat.

Das gilt besonders für Deutschland, wo gerade die Aussicht auf das Genfer Ergebnis die Abneigung gegen den Völkerbund und schwer überwundene Bedenken gegenüber der Locarno-Politik ausgeräumt hatte. Das Zurücktreten des Gedankens der wenigstens teilweisen Universalität hinter verhältnismäßig kleinen Einzelinteressen wird man in Deutschland kaum verstehen. Die erschwerte Stellung der Regierung gegenüber der deutschen Öffentlichkeit darf sie freilich nicht hindern, in der angegebenen Richtung weiterzuarbeiten.

Die Erklärungen in der heutigen Völkerbundsversammlung[8] und die Darlegungen

---

Aufnahme in den Völkerbund ist unter der Voraussetzung gestellt worden, daß […] Deutschland auf der bevorstehenden Tagung des Völkerbundes einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat erhält, ohne daß dabei eine weitere Änderung in der Zusammensetzung des Rates eintritt." (STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 558; vgl. auch BERLINER TAGEBLATT, Nr. 85 [Abendausgabe] vom 19. Februar 1926.)

[6] Gemeint sind die Verträge, die zum Abschluß der Konferenz von Locarno am 16. Oktober 1925 paraphiert worden waren (Texte in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215).

[7] Das Inkrafttreten des Hauptvertrags von Locarno zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien vom 16. Oktober 1925 war daran gebunden, daß Deutschland in den Völkerbund eintreten würde (vgl. dessen Art. 10: ebd., S. 202). – Am 16. März 1926 hatten sich die Locarno-Mächte bei ihren Verhandlungen auf ein Kommuniqué geeinigt, das u. a. feststellte, „daß das Friedenswerk, das sie in Locarno verwirklichten […], dadurch [durch den vorläufigen deutschen Nichtbeitritt zum Völkerbund] nicht beeinträchtigt wird" (Text des Kommuniqués in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 720).

[8] Zur Sitzung der Völkerbundsversammlung vom 17. März 1926 vgl. SCHULTHESS 67 (1926), S. 457–458; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 129 (Abendausgabe) vom 17. März 1926.

Briands[9] vor der deutschen Presse, in denen der französische Ministerpräsident zum Ausdruck gebracht hat, daß sich in den Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland nichts ändere, daß er im Gegenteil der Überzeugung sei, daß die beiden Mächte in engem Einvernehmen zusammenarbeiten müßten, bestärken mich in der Auffassung, daß auch auf seiten aller anderen Mächte Verständnis für die Notwendigkeit dieser weiteren Arbeit besteht.

Im Herbst[10] wird sich voraussichtlich eine **andere juristische Lage** ergeben als gegenwärtig, da auf der Herbsttagung alle sechs nichtständigen Ratsmitglieder ausscheiden, aber erst mit Wirkung vom Dezember dieses Jahres an. Es kann sich also der Fall ergeben, daß auch auf der Herbsttagung **Brasilien[11]** noch seinen Widerspruch aufrechterhält. Man glaubt aber hier nur an eine theoretische Möglichkeit, da in der Zwischenzeit alles getan werden soll, um die Bahn für die Aufnahme Deutschlands und seine Mitarbeit im Völkerbund freizumachen.[12]

---

[9] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918. – Zu seinen nachfolgend angesprochenen Darlegungen vor deutschen Pressevertretern vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 130 (Morgenausgabe) vom 18. März 1926.

[10] Die Frage der Aufnahme Deutschlands war in der Sitzung der Völkerbundsversammlung vom 17. März 1926 auf den September vertagt und eine Studienkommission beschlossen worden, die entsprechende Vorschläge zur Reorganisation des Völkerbundsrates ausarbeiten sollte (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 457).

[11] Vgl. oben mit Anm. 2.

[12] Ein Artikel in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 131 (Abendausgabe) vom 18. März 1926, der Stresemanns Ansprache nur in indirekter Rede wiedergibt, schließt: „Der Minister schloß mit einem Dank an die ausländische Presse für ihre Objektivität bei der Berichterstattung über die Genfer Session und sprach die Hoffnung aus, daß man sich unter günstigeren Bedingungen bei anderen internationalen Konferenzen wiedersehen möge."

Reichstagsrede vom 22. März 1926[1]

Nach VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 389, S. 6442–6453. – Drucke auch in STRESEMANN, Reichstagsreden S. 218–247; LA SOCIÉTÉ DES NATIONS, Revue 8 (1926), S. 369–395. – Teildrucke (teilweise mit kleineren Abweichungen) in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 136 (Abendausgabe) vom 22. März 1926; KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 217 (Abendausgabe) vom 22. März 1926, und Nr. 218 (1. Morgenausgabe) vom 23. März 1926; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 137 (Abendausgabe) vom 22. März 1926; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 137 (Abendausgabe) vom 22. März 1926; FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 218 (1. Morgenausgabe) vom 23. März 1926, S. 1–2; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 136 (Abendausgabe) vom 22. März 1926, u. Nr. 137 (Morgenausgabe) vom 23. März 1926; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22099 (Morgenausgabe) vom 23. März 1926, S. 4–5; REICHSPOST, Nr. 82 vom 23. März 1926, S. 3; WIENER ZEITUNG, Nr. 68 vom 23. März 1926, S. 4. u. Nr. 69 vom 24. März 1926, S. 5; STRESEMANN, Der Völkerbund vor dem Reichstag S. 8–31; STRESEMANN, Vermächtnis II, 565–581; SCHULTHESS 67 (1926), S. 64–75; DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 42, A 1 (1926), S. 147–151.

Rekapituliert das frühere Verhältnis Deutschlands zum Völkerbund und erläutert im Detail das vorläufige Scheitern des deutschen Völkerbundsbeitritts, an dem Deutschland keine Schuld trifft und dessen Haltung sich nicht gegen ein anderes Land gerichtet hat. Die Vertragspartner von Locarno haben versichert, daß die Verträge auch ohne den deutschen Völkerbundsbeitritt beachtet würden. Die Reichsregierung will die Locarno-Politik fortführen, die zur Räumung der 2. und 3. Besatzungszone führen sollte, und zielt weiter auf die gleichberechtigte Mitgliedschaft im Völkerbund.

Dr. **Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen: Meine Damen und Herren! Die bedauerlich geringe Aufmerksamkeit, die der Herr Berichterstatter[2] gefunden hat, als er von den Beratungen des Ausschusses[3] über den Etat des Auswärtigen berichtete, zeigt wohl die Erwartung des Hohen Hauses, daß bei Gelegenheit dieses Etats zu-

---

[1] Stresemann sprach unter dem Tagesordnungspunkt „Zweite Beratung des Reichshaushaltsplans für 1926: Reichsministerium, Reichskanzler und Reichskanzlei, Auswärtiges Amt". – Eine Beschreibung der Atmosphäre der Debatte und kritische Anmerkungen zur Rede Stresemanns (u. a.: „Die Rede Stresemanns war ungewöhnlich schwach und übte auf das Haus keinerlei Wirkung aus") in KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 217 (Abendausgabe) vom 22. März 1926.

[2] Otto Hoetzsch (1876–1946), Mitglied des Reichstags 1920–1930 (für die DNVP 1920–1929, für die Konservative Volkspartei 1929–1930).

[3] Hoetzsch hatte unmittelbar vor Stresemann als Berichterstatter des Haushaltsausschusses zum Etat des Auswärtigen Amtes gesprochen (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 389, S. 6440–6441). Dabei mußte Reichstagspräsident Löbe wiederholt um Ruhe bitten.

nächst die **Genfer Vorgänge**[4] in den Vordergrund gerückt werden. Ich darf mir deshalb auch gestatten, auf die Fragen, die den eigentlichen Etat des Auswärtigen Amts betreffen, im Laufe der weiteren Verhandlungen in der zweiten Lesung zurückzukommen, und darf hier meine Aufgabe darin sehen, über die Vorgänge in Genf Bericht zu erstatten.

Ich halte es um so mehr für notwendig, den **Werdegang der Genfer Verhandlungen** hier darzulegen, als die Parteien in ihrer großen Mehrheit beschlossen haben, auf eine Erörterung im Auswärtigen Ausschuß zu verzichten. Dazu kommt, daß ich – und ich darf wohl sagen: mit Bedauern – gesehen habe, daß sogar das größte Landesparlament in eine Beratung dieser Vorgänge eingetreten ist[5], ohne überhaupt eine Darlegung der Regierung über das, was sich abgespielt hat, abzuwarten.

(Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien.)

Wenn ich von den **Beratungen über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund** spreche, dann gestatten Sie mir, einige Tatsachen kurz ins Gedächtnis zurückzurufen. In Versailles 1919 wurde der damals von Deutschland beantragte Eintritt in den Völkerbund von den gegnerischen Mächten abgelehnt[6]. Nach der Londoner Konferenz von 1924[7] rief MacDonald[8] nach Deutschland, indem er darauf hinwies, daß der Völkerbund die Nichtzugehörigkeit Deutschlands zu dieser Weltorganisation nicht ertragen könne[9]. Das **Kabinett Marx**[10] beschloß kurz darauf, grund-

---

[4] Gemeint sind die Vorgänge der Genfer außerordentlichen Völkerbundsversammlung vom 8. bis 17. März 1926, die mit dem Scheitern des deutschen Völkerbundsbeitritts endeten. Überblick über die dortigen Vorgänge: SCHULTHESS 67 (1926), S. 453–458; vgl. auch die beiden von deutscher Seite geführten Tagebücher „über die Konferenz in Genf“ in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 707–725.

[5] Am 20. März 1926 hatte der preußische Landtag über die Völkerbundsfrage debattiert; vgl. zusammenfassend SCHULTHESS 67 (1926), S. 63.

[6] In den deutschen Gegenvorschlägen vom 29. Mai 1919 zu den alliierten Friedensbedingungen hatte Deutschland seine Abrüstung angeboten unter der Voraussetzung, daß es gleichberechtigtes Völkerbundsmitglied werde; dies hatten die Siegermächte am 16. Juni 1919 zurückgewiesen (vgl. URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 467–469).

[7] Auf der Londoner Konferenz vom 16. Juli bis 16. August 1924 wurde der „Dawes-Plan“ (das Sachverständigen-Gutachten vom 9. April 1924) als künftige Grundlage der deutschen Reparationszahlungen festgelegt; Protokolle der Konferenz in LONDONER KONFERENZ (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 397 [dort als Anl. 263 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]); paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 [1924], S. 419–439).

[8] Ramsay MacDonald (1866–1937), britischer Premierminister 23. Januar – 4. November 1924 (zugleich Außenminister) und 5. Juni 1929 – 1935.

[9] Offenbar bezieht sich Stresemann hier auf die Rede MacDonalds vor der Völkerbundsversammlung am 4. September 1924, in der er auf die dringende Notwendigkeit der deutschen Mitgliedschaft im Völkerbund verwiesen hatte (Text u. a. in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 421 [Abendausgabe] vom 4. September 1924; in Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21548 [Morgenausgabe] vom 5. September 1924,

sätzlich seine Bereitwilligkeit zum Eintritt zu erklären, warf aber die **Frage des ständigen Ratssitzes** und andere Fragen auf, die in dem bekannten damaligen Septembermemorandum[11] enthalten sind. Deutschland wendete sich an die zehn im Rat vertretenen Mächte und suchte durch Befragung bei ihnen festzustellen, ob seine Forderung eines ständigen Ratssitzes ihre Zustimmung nach der Richtung finden würde, daß sie ihre Vertreter im gegebenen Moment beauftragen würden, für diesen ständigen Ratssitz zu stimmen und so die notwendige Einstimmigkeit herzustellen. Die Antworten lauteten zustimmend[12]. Der **Rat des Völkerbundes** als Gesamtorganisation antwortete auf ein Schreiben, das im Dezember 1924 an den Völkerbund gerichtet worden war, im März 1925[13] und stellte dabei seinen Wunsch fest, mit Deutschland im Rat zusammenzuarbeiten. Da der Rat eine Beschlußfassung der Völkerbundsversammlung nicht vorwegnehmen konnte, etwa für einen nichtständigen Ratsitz, so kann diese Antwort vom März 1925 gar nicht anders gewertet werden als die ausdrückliche Erklärung des Rates als Körperschaft, in der er noch einmal die zehn Einzelantworten, die sich für den ständigen Ratsitz aussprechen, seinerseits erhärtet; denn sonst konnte er von einem Wunsch der Zusammenarbeit mit Deutschland im Rat kompetenzmäßig überhaupt nicht sprechen. Deutschland behielt sich damals die weitere Klärung der Frage seines Eintritts vor, insbesondere wegen der Bedeutung des **Artikels 16[14],** über den es auch mit dem Rat in einen Meinungsaus-

S. 3–4; Paraphrase in SCHULTHESS 65 [1924], S. 455–456, und Auszug in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 474–475).

[10] Wilhelm Marx (1863–1946), Reichskanzler 30. November 1923 – 15. Januar 1925 und 17. Mai 1926 – 29. Juni 1928; Reichsjustizminister (und beauftragt mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete) 20. Januar – 17. Mai 1926; Preußischer Ministerpräsident Februar – März 1925; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1932 (für das Zentrum; dessen Parteivorsitzender 1922–1928; Fraktionsvorsitzender 1921–1924, 1926).

[11] Stresemann bezieht sich im Folgenden auf das Memorandum, das am 25. September 1924 in einer Ministerbesprechung genehmigt worden war; am gleichen Tag gab Stresemann den Auftrag, den Text den deutschen Botschaftern bei den Mitgliedern des Völkerbundrates zu übersenden mit der Weisung, es am 29. September 1924 zu überreichen (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1065 u. Anm. 2–3). – Text des Memorandums in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 476–478 (dort fälschlich auf den 24. September 1924 datiert); SCHULTHESS 65 (1924), S. 85–87.

[12] Zu den eingegangenen Antworten vgl. die Aufzeichnung Bülows vom 21. November 1924 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 425 mit den zugehörigen Anm.).

[13] Der Text der Note der Reichsregierung vom 12. Dezember 1924 an den Generalsekretär des Völkerbunds u. a. in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 607 (Morgenausgabe) vom 23. Dezember 1924. – Text des Memorandums des Völkerbundsrates vom 13. März 1925, das der Reichsregierung mit Schreiben des Generalsekretärs vom 14. März 1925 bekanntgegeben wurde, in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 483–485.

[14] Gemeint ist Art. 16 der Völkerbundssatzung, die den einleitenden Teil des Versailler Friedensvertrags bildet (Text der Satzung: VERTRAG VON VERSAILLES S. 9–19); Art. 16 verpflichtete im Falle eines Angriffs auf ein Völkerbundsmitglied die übrigen Mitglieder zur Unterstützung des Angegriffenen, insbesondere auch zum Abbruch aller Handels- und Finanzbeziehungen mit dem Angreifer, und dazu, Streitkräften dritter Staaten, die dem Angegriffenen zu Hilfe kommen wollten, den

tausch eingetreten war, wobei es dessen Antwort[15] aber nicht als genügende Grundlage für eine Beschlußfassung ansah. Diese abwartende Stellungnahme Deutschlands wurde dann von außen beeinflußt. Das **Februarmemorandum über den Sicherheitspakt[16]** sprach nicht vom Völkerbund. Der damalige deutsche Vorschlag ging dahin, die Sicherheitsfrage unter den beteiligten Mächten zu lösen, ohne daß er den Völkerbund dabei in Betracht zog. Die Antwortnote Briands[17] glaubte, diese Verträge nur abschließen zu können, wenn Deutschland dem Bund angehöre. Deutschland erklärte darauf seine grundsätzliche Zustimmung. In Locarno wurden Vereinbarungen über den Artikel 16 erzielt[18]. Deutschland ließ nunmehr nach der Erzielung dieses Einverständnisses sein Eintrittsgesuch abgehen[19], und es wurde eine Sitzung des Völkerbundes einberufen, deren Zweck die Aufnahme Deutschlands war[20]. Meine Herren! Aus diesen Vorgängen darf ich zwei Schlüsse ziehen. Der eine geht dahin: Deutschland hat nach Überwindung schwerer grundsätzlicher Bedenken sich zum Eintritt in den Völkerbund entschlossen, aber es hat seinerseits nicht nach dieser Aufnahme gedrängt. Zweimal ist es gerufen worden, einmal aus der Versammlung 1924 heraus[21], das zweitemal durch jenen Beschluß der Mächte, die den Lo-

---

Durchmarsch zu erlauben (ebd., S. 14–15). Deutschland hatte u. a. in dem oben mit Anm. 11 genannten Memorandum als eine der Bedingung für seinen Völkerbundsbeitritt die Befreiung von den Verpflichtungen aus Art. 16 genannt.

[15] Gemeint ist die oben Anm. 13 genannte Antwort des Völkerbundsrates.

[16] Stresemann bezieht sich auf die Initiative vom Januar und Februar 1925; dabei war das Auswärtige Amt zunächst in London, dann in Paris in der Sicherheitsfrage sondierend aktiv geworden und hatte Deutschlands Bereitschaft bekundet, einen Pakt abzuschließen, der den „gegenwärtigen Besitzstand am Rhein“ garantiere (vgl. die betreffenden streng vertraulichen Memoranden vom 20. Januar u. 9. Februar 1925: LOCARNO-KONFERENZ S. 52–53 u. 61–62, sowie die Erlasse Schuberts bzw. Stresemanns an Sthamer und Hoesch vom 19. Januar bzw. 5. Februar 1925: ebd., S. 47–51 u. 55–60).

[17] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918. – Mit einer Note vom 16. Juni 1925 hatte Briand – auch im Namen der Alliierten – auf das deutsche Memorandum vom 9. Februar 1925 (vgl. die vorangehende Anm.) geantwortet. Druck der Note (in deutscher Übersetzung) u. a. in SCHULTHESS 66 (1925), S. 422–424; LOCARNO-KONFERENZ S. 100–103.

[18] Im Ergebnis längerer Verhandlungen wurde Deutschland eine Kollektivnote zur Interpretation des Artikels übergeben, auf die man sich am 10. Oktober 1925 geeinigt hatte (vgl. ebd., S. 182–183), die dem Schlußprotokoll vom 16. Oktober 1925 angefügt wurde (ebd., S. 214–215) und Deutschland faktisch von den Verpflichtungen aus Art. 16 dispensierte.

[19] Die Reichsregierung hatte durch ein Schreiben an Drummond, den Generalsekretär des Völkerbundes, vom 8. Februar 1926 den Antrag auf Beitritt zum Völkerbund gestellt (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 219); das Schreiben überreichte Aschmann, der deutsche Generalkonsul in Genf, Drummond am 10. Februar 1926 (vgl. ebd., Anm. 2).

[20] Gemeint ist die am 7. März 1926 begonnene außerordentliche Völkerbundsversammlung (vgl. oben mit Anm. 4).

[21] Gemeint ist die Rede MacDonalds vom 4. September 1924 (vgl. oben mit Anm. 9).

carno-Frieden nur unter dem sicheren Dach des Völkerbundes gewährleistet erachten[22]. Daraus entstand die Pflicht dieser Mächte, ihrerseits alles zu tun, was dieses Inkrafttreten der Locarno-Verträge ermöglichte, nachdem sie selbst die Zugehörigkeit Deutschlands zum Völkerbund zur Kernfrage dieser Verträge gemacht hatten.

Um so seltsamer war es, daß kurz nach dem Ersuchen Deutschlands um Aufnahme in den Völkerbund jene Mitteilungen auftauchten, die davon sprachen, daß eine **Neukonstruktion des Völkerbundsrates** erfolgen sollte, daß drei Mächte Anspruch darauf erhoben, ständige Ratssitze zu erhalten, und daß angeblich Versprechungen für die Einräumung dieser Ratssitze gemacht worden waren[23]. Im Deutschen Reichstag hat der Auswärtige Ausschuß am 19. Februar sich mit dieser Situation beschäftigt, und Sie kennen die Entschließung der großen Mehrheit des Ausschusses, die dahin ging, daß Deutschland entsprechend den gepflogenen internationalen Verhandlungen und den dabei gegebenen Zusagen bei der bevorstehenden Tagung des Völkerbundes Anspruch auf einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat habe, ohne daß damit eine weitere Änderung in der Zusammensetzung des Völkerbundsrates eintrete[24]. Die Stellung der deutschen Reichsregierung selbst ist in der Rede des Reichskanzlers[25] in Hamburg, die ich als bekannt ansehen darf, festgelegt worden.

Die **Situation bei Eintreffen der deutschen Delegation[26]** war folgende. Die Völkerbundsversammlung stand, wie sich aus den Ansprachen in der Schlußsitzung[27]

---

[22] Das Inkrafttreten des Hauptvertrags von Locarno zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien war daran gebunden, daß Deutschland in den Völkerbund eintreten würde (vgl. Art. 10: LOCARNO-KONFERENZ S. 202).

[23] Zu entsprechenden Ambitionen Polens, Brasiliens und Spaniens vgl. etwa VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 72 (Morgenausgabe) vom 12. Februar 1926.

[24] In der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags vom 19. Februar 1926 hatte dessen Vorsitzender Hergt als Auffassung des Ausschusses formuliert: „Das Gesuch Deutschlands um die Aufnahme in den Völkerbund ist unter der Voraussetzung gestellt worden, daß […] Deutschland auf der bevorstehenden Tagung des Völkerbundes einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat erhält, ohne daß dabei eine weitere Änderung in der Zusammensetzung des Rates eintritt." (STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 558).

[25] Hans Luther (1879–1962), Reichsernährungsminister 1922 – 6. Oktober 1923; Reichsfinanzminister 6. Oktober 1923 – 15. Januar 1925; Reichskanzler 15. Januar 1925 – 13. Mai 1926; Reichsbankpräsident 1930–1933; Botschafter in den USA 1933–1937. Parteilos (1927–1930 Mitglied der DVP). – Zu seiner Rede in Hamburg vom 2. März 1926 vgl. SCHULTHESS 67 (1926), S. 53–56; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 104 (Morgenausgabe) vom 3. März 1926.

[26] Der Delegation, die am 6. März 1926 in Genf eintraf (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 707), gehörten als Hauptvertreter neben Stresemann Reichskanzler Luther und Staatssekretär Schubert sowie daneben weitere Beamte an (eine vollständige Aufzählung der Mitglieder in BERLINER TAGEBLATT, Nr. 109 [Abendausgabe] vom 5. März 1926).

[27] So in der Vorlage. – Mit Bezug auf das „Eintreffen der deutschen Delegation" würde es mehr Sinn ergeben, wenn sich Stresemann auf die Eröffnungssitzung der Völkerbundsversammlung beziehen würde (vgl. dazu SCHULTHESS 67 [1926], S. 453–454).

ergab, allgemein unter dem Eindruck, daß die Aufnahme Deutschlands das einzige Ziel der Versammlung sei. Gegen die Zustimmung zu den bekannt gewordenen Ansprüchen Spaniens, Brasiliens und Polens hatte sich ein starker Widerspruch erhoben. Am stärksten schien der Widerspruch in der öffentlichen Meinung Englands selbst zu sein[28]. Die **schwedische Regierung** hatte der deutschen Regierung und hatte anderen Regierungen offiziell mitteilen lassen[29], daß sie gegen jede Vermehrung der ständigen Ratssitze stimmen würde, auch wenn sie mit ihrem Nein allein bliebe. Darauf bezog sich meine Äußerung in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses[30], daß die Angelegenheit der ständigen Ratssitze faktisch erledigt sei, wenn Schweden diesen Standpunkt beibehalte. Es wurde weiter die Tendenz der englischen Politik erkennbar, alles zu tun, um die Aufnahme Deutschlands zu erleichtern.

Angesichts dieser Erklärungen aus England und der offiziell abgegebenen Erklärung der schwedischen Regierung konnte die deutsche Delegation Berlin mit dem Gefühl verlassen, daß die tatsächliche Entscheidung im Völkerbundsrat wegen einer Änderung der Konstruktion des Völkerbundsrats faktisch im negativen Sinne gefallen sei.

Tatsächlich haben die nachfolgenden Verhandlungen dann auch erwiesen, daß diejenigen Anträge, die sich auf eine **Änderung der Konstruktion des Völkerbundsrats** bezogen, sich nicht durchzusetzen vermochten.

Die deutsche Regierung hat, bevor ihre Delegation nach Genf ging, von dem Augenblick an, als ihr das Begehren anderer Mächte nach ständigen Ratssitzen bekannt wurde, in allen in Betracht kommenden Staaten auf das stärkste gearbeitet, um ihren Standpunkt zur Geltung zu bringen. Im Laufe dieser diplomatischen Aktion vor der Abreise nach Genf hat Herr **Chamberlain[31]** angeregt, diese Fragen unter den Locarno-Mächten in Genf zu besprechen. Wir haben unsererseits vorgeschlagen[32],

---

[28] Vgl. etwa die oben Anm. 23 genannten Artikel in der „Vossischen Zeitung“ sowie BERLINER TAGEBLATT, Nr. 99 (Abendausgabe) vom 27. Februar 1926, u. Nr. 100 (Morgenausgabe) vom 28. Februar 1926.

[29] Vgl. den telegraphischen Bericht des Gesandten in Stockholm, Rosenberg, vom 20. Februar 1926 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 278–280).

[30] Gemeint ist die Sitzung vom 19. Februar 1926 (vgl. oben mit Anm. 24); über die Haltung Schwedens war Stresemann an diesem Tag bereits durch ein Telegramm aus London vom 17. Februar 1926 informiert (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 279, Anm. 4).

[31] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929. – Zu seiner nachfolgend angesprochenen Anregung vgl. seine telegraphische Weisung an D´Abernon vom 21. Februar 1926 in DOCUMENTS ON BRITISH FOREIGN POLICY I A 1, S. 458–459.

[32] Vgl. Stresemanns telegraphische Weisung an die Botschaften in London und Paris vom 3. März 1926 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 322–323).

diese Besprechung noch vor Ankunft der einzelnen Delegationen auf einen bestimmten Tag anzuberaumen.

Daraufhin hat, mehrere Tage bevor der Völkerbund selbst zu den Fragen Stellung nahm, jene erste vielleicht entscheidende Besprechung unter den am Rheinlandpakt[33] beteiligten Mächten stattgefunden[34]. Bei diesen Verhandlungen war von vornherein die Situation dadurch erschwert, daß, für die Öffentlichkeit unerwartet, am Sonnabend das Kabinett Briand gestürzt worden war[35]. Ich habe vereinzelt Stimmen in der deutschen Öffentlichkeit gehört, die davon sprachen, daß dieser **Sturz des Kabinetts Briand ein Manöver** gewesen wäre

(sehr richtig! bei den Völkischen – Lachen links)

zur Erschwerung der deutschen Situation in Genf. Meine Herren, diese Anschauung, die an sich schon politisch völlig abwegig ist, wird von niemandem ernst genommen werden, der das Wirken des französischen Ministerpräsidenten in Genf selbst erlebt hat.

(Sehr richtig!)

In den **Diskussionen zwischen den Rheinlandpakt-Mächten** an jenem Sonntag[36] ist der deutsche Standpunkt, wie in dem Beschluß des Auswärtigen Ausschusses auch zum Ausdruck kam[37], mit aller Entschiedenheit vertreten worden, und die deutsche Delegation hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß für sie eine Vermehrung der ständigen Ratssitze im Zusammenhang mit der Aufnahme Deutschlands bei dieser Tagung in Genf die Zurücknahme des deutschen Aufnahmegesuches in sich tragen würde. Von der Gegenseite ist betont worden, daß schon **in früheren Jahren geltend gemachte Ansprüche,** zum Beispiel **Spaniens und Brasiliens,** auf ständige Ratssitze dahin beantwortet worden wären, daß die Zeit für diese Ansprüche gekommen sei, wenn eine Großmacht mit einem ständigen Sitz in den Rat eintrete. Daher lebten diese Ansprüche jetzt sozusagen naturgemäß auf.

Meine Herren, diese Begründung konnte einmal, selbst wenn sie etwa für Spanien

---

[33] Gemeint sind die Mächte, die den Garantiepakt als Hauptvertrag in Locarno am 16. Oktober 1925 paraphiert und später unterzeichnet hatten (Text in LOCARNO-KONFERENZ S. 198–202), also Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien.

[34] Zu dieser ersten Besprechung vom 7. März 1926 vgl. die Aufzeichnung ohne Unterschrift in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 351–357.

[35] Das Kabinett Briand war am 6. März 1926 nach einer Abstimmungsniederlage über seine Finanzpolitik in der französischen Kammer zurückgetreten; es gelang Briand jedoch am 10. März 1926, ein neues Kabinett zu bilden (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 263–264).

[36] Gemeint ist die Besprechung vom 7. März 1926 (vgl. oben Anm. 34).

[37] Vgl. oben mit Anm. 24.

und Brasilien zutraf, unmöglich auf **Polen** Anwendung finden; denn von irgendeinem früher bekannt gewordenen Anspruch Polens auf einen ständigen Sitz konnte wohl um so weniger die Rede sein, als Polen ja nicht vermochte, bei seinem Anspruch auf einen nichtständigen Sitz die notwendige Mehrheit im Völkerbund selbst zu erhalten[38].

(Sehr richtig! links.)

Aber wenn in anderen Staaten – ich habe gar keinen Grund, das zu bezweifeln – in irgendeinem früheren Stadium gesagt worden war, daß bei Eintreten einer Großmacht, die einen ständigen Sitz erhielte, auch ihre Ansprüche aufleben würden, so konnte sich doch naturgemäß eine derartige Wendung, die etwa erfolgt war, nur beziehen auf denjenigen Termin einer ordentlichen Sitzung des Völkerbundes, bei dem diese Fragen der Zusammensetzung des Völkerbundsrates in seiner Gesamtheit Gegenstand der Tagesordnung waren.

(Sehr richtig! in der Mitte.)

Im übrigen darf ich wohl auch das eine sagen, daß, wenn sich Deutschland an jene beiden Mächte wandte und ihnen darlegte, daß es die Absicht habe, in den Völkerbund einzutreten und nun seinen Anspruch auf einen ständigen Ratssitz darlegte[39], bei der Beantwortung dieses deutschen Schreibens der Augenblick gewesen wäre, wo diese anderen Mächte auch uns von ihren Ansprüchen hätten in Kenntnis setzen

(lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien und den Sozialdemokraten)

und eine deutsche Stellungnahme dazu hätten herbeiführen müssen. Aber, meine Herren, wir haben die ganze Frage, ob eine Änderung des Völkerbundrates stattfinden soll, von vornherein unter einem anderen Gesichtspunkt behandelt als unter dem, ob diese oder jene Macht jetzt daran sei, einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat zu erhalten. Man hat uns gesagt, und zwar diesmal nicht nur von den mit uns verhandelnden Großmächten, daß es der Wunsch weiter Kreise des Völkerbundes sei,

[38] Polen war 1923 (für 1924) zum nichtständigen Ratsmitglied gewählt worden (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 430). Ob es bei den Wahlen von 1924 und 1925 (vgl. ebd., 65 [1924], S. 463, sowie VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 458 vom 27. September 1925; in beiden Fällen sind nicht alle Kandidaten aufgezählt) erneut kandidierte und nicht gewählt wurde, konnte nicht ermittelt werden. Es bleibt also offen, worauf Stresemann sich bezieht.

[39] Stresemann bezieht sich offenbar auf das oben Anm. 11 genannte Memorandum, das im September 1924 den Ratsmächten mitgeteilt wurde.

eine Vergrößerung des Rates herbeizuführen. Man wies darauf hin, daß die Zahl der Staaten, die dem Völkerbund angehören, doch seit 1919 beträchtlich gewachsen sei[40]. Wir haben von **deutscher** Seite den **Standpunkt** vertreten, daß wir **nicht prinzipiell ablehnend** diesen Dingen gegenüber Stellung nehmen, daß aber eine Weltorganisation, die ihre Verfassung ändere, doch das nicht tun könne auf Grund irgendwelcher Versprechungen, die diesem oder jenem gegeben seien, sondern doch nur, nachdem sie die grundsätzliche Frage dieser Verfassungsänderung vorher mit der Gründlichkeit behandelt hätte, die eine derartige Frage erfordert.

(Sehr richtig!)

Meine Herren, wir alle stehen doch mitten in oder in der Führung von Organisationen, die an Bedeutung klein sind gegenüber einer Weltorganisation der Staaten. Aber ich glaube, keine dieser kleinen Organisationen würde eine Satzungsänderung beschließen, ohne doch einmal über die Grundgedanken, die einer Änderung zugrunde liegen sollen, sich innerhalb ihres eigenen Gremiums klar zu werden.

(Sehr richtig!)

Deshalb haben wir folgende **Fragen** aufgeworfen[41]: 1. Soll eine **Maximalgrenze** für die Gesamtheit der **Sitze im Völkerbundsrat** festgesetzt werden, d. h. soll Klarheit darüber geschaffen werden, aus wie vielen Mitgliedern der Rat bestehen soll? Denn erst dann kann man doch dazu Stellung nehmen, wer in ihn hinein soll. 2. Soll das **Verhältnis der ständigen Sitze zu den nichtständigen Sitzen** geregelt werden? Jede Vermehrung der ständigen Sitze ist natürlich eine Vermehrung der bleibenden Mächte gegenüber dem wechselnden Einfluß der kleinen. 3. Sollen Bestimmungen für die Art und Weise der Wahl der ständigen Ratsmitglieder getroffen werden? Soll der bisherige Modus beibehalten oder geändert werden? 4. Ist es beabsichtigt, für die **nichtständigen Sitze** einen **Turnus** einzuführen? Soll der wechseln oder soll die Möglichkeit bestehen, daß ein Staat auch einen nichtständigen Sitz dauernd behält? 5. Soll es möglich sein, daß sich Gruppen im Völkerbund zusammenschließen, die als Gruppen eine Vertretung haben, oder soll die Vertretung im Rat lediglich die freie von keiner **Gruppenbildung** beeinflußte Vertretung

---

[40] Dem Völkerbund waren nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrags, in dem die 32 ursprünglichen Mitglieder des Bundes, nämlich die Siegermächte, aufgezählt sind (vgl. VERTRAG VON VERSAILLES S. 19–20), in den Folgejahren 25 weitere Staaten beigetreten.

[41] Die Fragen finden sich in dem Vorschlag zur Gründung einer Kommission zur Prüfung der künftigen Zusammensetzung des Völkerbundsrats, den die deutsche Delegation am 12. März 1926 Briand übergab (vgl. den Text in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 372–373).

des einzelnen Staates sein? Wir haben erklärt, erst wenn diese Fragen grundsätzlich geregelt seien, dann könne man zu der Frage Stellung nehmen, welche Mächte nun bei einer Vermehrung des Rates nach diesen oder jenen Grundsätzen in Betracht kämen. Wir haben weiter darauf hingewiesen, daß wir doch schließlich nicht von außen her, ehe wir Mitglieder des Völkerbundes wären, nun zu all diesen Gedanken verantwortlich Stellung nehmen können. Diese verantwortliche Stellungnahme würde uns aber durch jede Veränderung aufgedrängt, die wir entweder billigten oder der wir uns fügen mußten.

Meine Herren, man hat es in Deutschland – damit komme ich zu der hier geübten Kritik – zunächst kritisiert, daß von deutscher Seite überhaupt die **Anregung für eine** solche **Kommission** und für eine solche **Erörterung der grundsätzlichen Fragen** gegeben worden sei[42]. Ich halte diese Kritik für unrichtig. Gerade jetzt nach dem negativen Ausgang von Genf wird darauf hingewiesen – das hat beispielsweise der Herr Abgeordnete Winckler[43] im Preußischen Landtag getan –: Eure Beziehungen zu Spanien, Brasilien und anderen Staaten sind durch diesen negativen Ausgang verschlechtert worden. Zunächst darf ich einmal das eine sagen: eine **Kritik an dem negativen Ausgang** könnte meiner Meinung nach in diesem Zusammenhang doch nur jemand üben, der für den bedingungslosen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund einträte.

(Lebhafte Zustimmung in der Mitte und links. – Widerspruch und Zurufe rechts.)

Der könnte sagen: warum habt ihr denn nicht die Konzessionen gemacht, die euch das ermöglicht hätten? Aber wenn Sie (nach rechts) mit uns darin einig waren, daß wir auf unserem grundsätzlichen Standpunkt beharrten, und wenn infolgedessen ein brasilianisches Veto kam, dann kann man doch nicht gleichzeitig wegen der Beharrung auf diesem grundsätzlichen Standpunkte den Vorwurf der Verschlechterung der Beziehungen zu diesen Mächten nachträglich erheben.

(Sehr richtig in der Mitte und links.)

Eines oder das andere, aber doch nicht beides zusammen!

---

[42] Vgl. die vorangehende Anm.

[43] Friedrich Winckler (1867–1943), Mitglied im Preußischen Landtag 1921–1932 (für die DNVP; deren Fraktionsvorsitzender 1927–1928); zunächst kommissarischer, ab 1925 gewählter Parteivorsitzender der DNVP 23. Oktober 1924 – 24. März 1926. – Der im Folgenden angesprochene Hinweis Wincklers erfolgte in der Debatte des Preußischen Landtag vom 20. März 1926 (vgl. oben mit Anm. 5).

Ich sage das in dem Zusammenhang, daß ich die Kritik wegen des Vorschlages einer Kommission zurückweise, die grundsätzlich das Ob und Wie einer Konstruktion des Völkerbundes prüfen sollte. Dieser Vorschlag war durchaus im Zusammenhang mit den Richtlinien der deutschen Delegation[44]; denn seine Annahme hätte bewirkt, daß auf dieser Tagung Deutschland allein aufgenommen wurde und daß die anderen grundsätzlichen Fragen unter Mitwirkung Deutschlands im Herbst entschieden worden wären.

Wir hatten aber auch einen anderen Beweggrund, und zwar den, deutlich zum Ausdruck zu bringen – das habe ich auch in jener Sitzung im Auswärtigen Ausschuß getan[45] –, daß es nicht die Haltung Deutschlands sein konnte, zu sagen: wenn ich im Völkerbundsrat bin, dann schließe ich die Türe gegenüber jedem zu, der dann etwa noch neben mir im Völkerbundsrat mit raten und taten soll.

(Zustimmung links.)

Gerade weil wir durch Versprechungen anderer Mächte, die wir gar nicht kannten, leider in Schwierigkeiten mit Spanien und anderen Ländern gekommen waren, die wir absolut nicht wünschen, mußten wir ihnen zum Ausdruck bringen, daß unser Nein in diesem Zusammenhang zwar für die Bedingungen galt, unter denen Deutschland heute eintrat, aber nicht etwa aus irgendeiner prinzipiellen Einstellung gegenüber irgendeinem der Länder heraus geboren war, die ihrerseits für eine spätere Zeit die Berechtigung ihrer Ansprüche erweisen wollten.

(Sehr richtig! links.)

Deshalb habe ich es durchaus für notwendig gehalten, in der ersten Sitzung mit den Locarno-Mächten[46] diesen Standpunkt Deutschlands zu vertreten. Wir haben in einem Entwurf eines etwaigen Antrages[47], in dem wir die einzelnen grundsätzlichen Fragen aufwarfen, zum Ausdruck gebracht, daß diese Kommission errichtet werden sollte, um die erwägenswerten Anregungen zu prüfen, inwieweit Länder zum Völkerbundsrat und seiner Wirksamkeit zugezogen werden könnten. Ich darf dabei auch auf einen anderen Gesichtspunkt eingehen. Es hat manchmal in der deutschen Öffentlichkeit den Anschein, als wenn manche Kreise ihre **Stellung** etwas hochmütig

---

[44] Zu den Richtlinien für die deutsche Delegation vgl. die Beschlußfassung des Kabinetts in der Ministerratssitzung vom 5. März 1926 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 1194–1197).

[45] Stresemann bezieht sich wohl auf die Ausschuß-Sitzung vom 19. Februar 1926 (vgl. oben mit Anm. 24).

[46] Vgl. oben mit Anm. 34.

[47] Vgl. oben mit Anm. 41.

gegenüber denjenigen **Nationen** einnehmen, die **in anderen Weltteilen** liegen und unserer Zivilisation weniger bekannt sind. Ich würde es für einen ganz großen außenpolitischen Fehler halten, wenn wir eine solche Stellung einnähmen.

(Zustimmung in der Mitte und links.)

Ich darf darauf aufmerksam machen: Die zum Teil von anderen Seiten genährte ganz falsche Vorstellung von den Balkanstaaten, die Deutschland in der Vorkriegszeit immer zum Ausdruck brachte,

(sehr richtig! links)

hat viel dazu beigetragen, daß Nationen, die sich ihrerseits heldenmütig geschlagen haben, in diesem Weltkampf auf der anderen Seite gestanden haben.

(Sehr wahr!)

Nichts liegt uns ferner, wenn wir nicht in der Lage waren, den **brasilianischen Anspruch** im Zusammenhang mit unserer ganzen prinzipiellen Auffassung in dieser Tagung zu unterstützen, als damit etwa zum Ausdruck zu bringen, daß der Völkerbund für uns eine europäische Angelegenheit sei, in der europäische Mächte sich die Herrschaft über die Völker der anderen Welt anmaßten. Der Völkerbund in seiner wahren Gestalt muß ein **Weltvölkerbund** sein, und der Anspruch großer Kontinente, in ihm in dieser oder jener Form zu wirksamer Mitarbeit vertreten zu sein, wird von Deutschland am allerwenigsten bestritten werden,

(sehr gut! in der Mitte und links.)

sei es, daß es sich um Asien, sei es, daß es sich um Amerika, sei es, daß es sich um andere Erdteile handelt.

(Bravo! in der Mitte und links.)

Wenn wir deshalb nicht von vornherein zum Ausdruck gebracht hätten, daß unser Widerspruch kein prinzipieller war, sondern sich nur darauf bezog, daß nicht im Augenblick unseres Eintritts, übers Knie gebrochen, diese und jene Nation eintrat, hätte die Weltöffentlichkeit sich viel schärfer gegen uns eingestellt, während wir so sagen können, daß während Genf und nach Genf der überwiegende Teil der Weltöffentlichkeit volles Verständnis für den deutschen Standpunkt gehabt hat.

Ich mache diese Ausführungen speziell auch aus dem Grunde, weil sich ja nun während der Verhandlungen in Genf zeigte, daß in dem Augenblick, in dem von der anderen Seite das Prinzip der alleinigen Aufnahme Deutschlands leider durchbro-

chen war, nun auch ganz andere Ansprüche sich geltend machten. **Belgien** erklärte: wenn der Rat erweitert würde, verlange es auch einen ständigen Sitz[48]. **China** erklärte, daß, wenn auf dieser Session Wahlen wären, es auch seinen Anspruch als ein 450-Millionen-Volk anmelde[49]. Andere Mächte kamen, und es ergab sich schon daraus, wie falsch diejenige Aufgabe der prinzipiellen Stellung war, die der Völkerbund doch eingenommen hat, als er die Einladung zu dieser Versammlung erließ.

Es ist dann die **deutsche Verwahrung gegen die Vermehrung der ständigen Ratsitze** sehr bald völlig durchgedrungen. Nachdem wir erklärt hatten, daß wir außerstande wären, diesen Standpunkt irgendwie zu akzeptieren, wurde die englische Stellung dahin präzisiert, daß, wenn Deutschland auf seinem Standpunkt beharre, England bereit sei, gegen Spanien, gegen Brasilien, gegen Polen und für Deutschland zu stimmen[50]. Im übrigen hatten **Chamberlain** und **Briand** in jener ersten Sonntagsbesprechung erklärt, daß irgendeine Verpflichtung der verfassunggebenden Organe ihrer Länder gegenüber irgendeinem Land nicht bestände. Damit war – und zugleich mit der Ablehnung weiterer ständiger Ratssitze – der deutsche Standpunkt in dieser Frage vollkommen durchgedrungen.

Es kam jetzt die **zweite Phase der Verhandlungen,** in der man uns natürlich als eine ganz große Konzession erklärte, daß von jeder Vermehrung ständiger Ratssitze außer dem deutschen Sitz abgesehen werden solle. Aber es wurde uns zur Stellungnahme nunmehr ein Vorschlag unterbreitet, der aus jener allgemeinen Einstellung des Völkerbundes heraus eingegeben war, gegen die wir schwer prinzipiell Sturm laufen konnten, nämlich der Vorschlag[51]: Deutschland erhält seinen ständigen Ratssitz, der Völkerbundsrat beschließt mit Deutschland oder ohne Deutschland – wie die deutsche Delegation es wünscht – die **Schaffung eines neuen nichtständigen Sitzes;** über seine Besetzung entscheidet der Völkerbund. Dabei erklärten die Delegationsführer Frankreichs und Englands, sie wollten uns loyal davon vorher in Kenntnis setzen; wenn dieser Vorschlag angenommen würde, würden sie sich mit

---

[48] Entsprechendes erklärte der belgische Außenminister Vandervelde in der Sitzung der Locarno-Mächte vom 7. März 1926 (vgl. oben mit Anm. 34); ähnlich äußerte sich Vandervelde auch nach seiner Rückkehr nach Brüssel (vgl. BERLINER TAGEBLATT, Nr. 134 [Morgenausgabe] vom 20. März 1926).

[49] China hatte eine entsprechende Erklärung bereits vor Beginn der Völkerbundsversammlung, nämlich am 4. März 1926, abgegeben (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 453).

[50] Zu dieser Erklärung Chamberlains vgl. die Aufzeichnung ohne Unterschrift über ein Gespräch zwischen ihm, Luther und Stresemann vom 9. März 1926 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 359–362).

[51] Zum nachfolgend geschilderten Vorschlag vgl. die Aufzeichnung ohne Unterschrift über die Sitzung der Locarno-Mächte vom 12. März 1926 (ebd., S. 370–372).

ganzer Kraft dafür einsetzen, daß Polen diesen Sitz erhielte.

Ich habe gesagt, es war sehr schwer, diesen Vorschlag prinzipiell zu bekämpfen von dem Gesichtspunkt aus, daß ja einmal die Entscheidung beim Völkerbund selbst lag. Es war an sich nicht die Entscheidung für irgendeine bestimmte Macht. Die Entscheidung lag bei der Mehrheit. Ich habe vorhin darauf hingewiesen: als das letztemal Polen für seinen Ratssitz kandidierte[52], erhielt sein Vorschlag nur 14 von 48 abgegebenen Stimmen. Irgendeine Sicherheit für den Ausgang war also hier gar nicht gegeben. Und ein Zweites. Dieser Antrag war ausgegangen von dem Gesichtspunkt der **Herstellung eines Gleichgewichts zwischen ständigen und nichtständigen Sitzen.** Deutschland tritt ein, erhält einen neuen ständigen Sitz, der Einfluß der Großmächte wird dadurch gestärkt, was ist verständiger, vom Standpunkt der anderen gesprochen, als daß die Mächte, die nicht über ständige Sitze verfügen, jetzt ebenfalls ihrerseits eine neue Vertretung bekommen? Wir haben uns eine kurze Bedenkzeit ausgebeten und uns dann für die Ablehnung auch dieses Vorschlages entschieden. Dabei war für uns nicht die Frage Polen als solche maßgebend, denn es ist doch – das muß ich offen sagen – eine Unmöglichkeit, das im vorweg kritisieren zu wollen, was die Mehrheit eines Gremiums, in das man eintritt, bei irgendeiner Gelegenheit einmal entscheiden wird. Wir mußten diese Entscheidung ebenso hinnehmen, wie die anderen eine Entscheidung hätten hinnehmen müssen, die etwa an Stelle Polens einen anderen Kandidaten hineingebracht hätte. Außerdem war unser Standpunkt überhaupt nicht gegen eine bestimmte Macht gerichtet, sondern gegen das Prinzip dieser Erweiterung vor unserem Eintritt oder vor unserer Mitwirkung.

Diese Situation hätte sich aber nicht auf den nichtständigen Ratssitz bezogen. Akzeptierten wir hier, daß die Konstruktion des Völkerbundrates geändert wurde, dann war auch unser Standpunkt in bezug auf die ständigen Sitze geändert, dann hatten wir überhaupt die grundsätzliche Einstellung aufgegeben, mit der wir nach Genf gekommen waren. Obwohl wir wußten, daß viele der Mächte des Völkerbundes diese Entscheidung gern gesehen hätten, haben wir mitgeteilt, daß wir nicht in der Lage seien, dem Vorschlag zuzustimmen[53].

Das gab einen **Umschlag in der Stimmung der Weltöffentlichkeit.** Herr Van-

---

[52] Vgl. oben mit Anm. 38.

[53] Zur Ablehnung des Vorschlags eines nichtständigen Ratssitzes für Polen durch die deutsche Delegation vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 376, Anm. 5.

dervelde[54] hat wohl übertrieben, wenn er sagte, am Tage vorher habe Deutschland drei Viertel des Völkerbundes für sich gehabt, und jetzt habe es neun Zehntel des Völkerbundes gegen sich. Es ist aber gar kein Zweifel, daß eine sehr starke Änderung auch in der englischen und zum Teil in der amerikanischen Presse eintrat. Demgegenüber haben wir unseren gesamten Standpunkt noch einmal festgelegt: Ablehnung einer vorherigen konstruktiven Änderung, Bereitschaft, später mitzuarbeiten. Der Herr Reichskanzler und ich haben diesen Standpunkt der ausländischen Presse gegenüber in Empfängen und in einem besonderen Aufsatz, der im „Journal de Genève“ erschienen ist[55], zum Ausdruck gebracht.

Tatsächlich fiel mit dieser Ablehnung der Vorschlag der Gegenseite und damit jede konstruktive Änderung des Rates überhaupt. Was uns in dieser Situation zu Vorwürfen Veranlassung und zu einer gewissen Erregung das Recht gab, war der fortgesetzte **Versuch,** in diesen Fragen **die ganze Verantwortlichkeit auf die deutschen Schultern zu legen.** Es war bekannt, daß Schweden mit Nein stimmen würde[56]. Der Völkerbundsrat selbst war also gar nicht in der Lage, den nichtständigen Ratssitz zu schaffen, denn auch dazu bedurfte er der Einstimmigkeit. Es wäre deshalb doch wohl das Gegebene gewesen, sich erst zu vergewissern, ob man überhaupt die Einstimmigkeit herstellen konnte, und erst dann an Deutschland heranzutreten, nicht aber immer den Eindruck zu erwecken, der völlig falsch ist, als wenn Deutschland der Vormund Schwedens wäre, der die schwedische Stellung zu bestimmen hätte. Ich habe mich wiederholt dagegen gewandt. Die ganze Auffassung Schwedens, die aus seiner Einstellung zum Völkerbund heraus geboren war, ist von Anfang an eine völlig selbständige gewesen. Wir hätten es auch abgelehnt, auf diese Weise in die Souveränität eines anderen Landes einzugreifen, da uns dazu gar keine Kompetenz irgendwelcher Art gegeben war. Man ist auf den Vorschlag nicht mehr zurückgekommen.

Der deutsche Standpunkt war damit in allen Fällen durchgedrungen, und in jener

---

[54] Émile Vandervelde (1866–1938), belgischer Außenminister 17. Juni 1925 – 21. November 1927. – Wann und wo genau Vandervelde das Folgende gesagt haben soll, konnte nicht ermittelt werden. Die betreffende Formulierung findet sich jedoch in einem Korrespondentenbericht aus Genf in BERLINER TAGEBLATT, Nr. 125 (Abendausgabe) vom 15. März 1926, als „angebliche Aeußerung Vanderveldes“.

[55] Zu Stresemanns „Erklärung“ vom 13. März 1926 im „Journal de Genève“ vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 124 vom 14. März 1926. Bei den „Empfängen“ handelt es sich offenbar um die Pressekonferenz Stresemanns vom 13. März 1926 (vgl. dazu seine Rede in dieser Edition); offenbar war dort auch Luther anwesend, wie der genannte Artikel in der „Vossischen Zeitung“ zum Ausdruck bringt, wo es heißt: „An die Ausführungen Stresemanns schloß sich eine kurze Diskussion, bei der Dr. Luther Fragen aus dem Auditorium in französischer Sprache beantwortete.“

[56] Vgl. etwa den oben Anm. 29 genannten Bericht Rosenbergs.

Zeit hat ein rechtsstehendes Blatt in Berlin den Artikel geschrieben[57], der doch wohl eine Warnung war, in dem es hieß, man könne sich auch totsiegen.

(Heiterkeit links.)

Es war damals in Genf die allgemeine Auffassung: Deutschland hat jetzt seinen Standpunkt hundertprozentig durchgesetzt; es sollte Verständnis haben und irgendeine schöne Geste machen, denn es erkämpft sich diesen alleinigen Eintritt mit einer sehr starken Gegenstimmung derjenigen, die bis dahin für Deutschland gekämpft haben. Ob das richtig war oder nicht, wir haben in beiden Fällen den grundsätzlichen Standpunkt der Delegation gewahrt und glaubten, daß damit die Dinge erledigt wären.

Jetzt kam die **dritte Phase der Genfer Verhandlungen.** Sie wurde eingeleitet durch eine neue Einstellung Schwedens.

Ich habe vorhin darauf hingewiesen, daß vor Genf **Schweden** in London, Paris, Berlin und anderen Hauptstädten erklärt hatte[58], es lege Wert darauf, seine Auffassung darzulegen, daß es sich gegen jede Änderung des Rates in bezug auf Schaffung neuer Sitze wenden werde. Bei dieser Gelegenheit war angefragt worden, welches die Haltung der deutschen Reichsregierung sei. Wir hatten erklärt[59], daß wir vollkommen mit dieser Haltung übereinstimmten. Schweden hat auch seinen Standpunkt in bezug auf die Ablehnung der Schaffung neuer Sitze im Rat vollkommen durchgehalten, hat in der Richtung völlig seinen Standpunkt gewahrt, den es angekündigt hatte. Aber die schwedische Delegation ist angesichts der sehr starken Divergenzen, die in diesen ganzen Kämpfen zum Ausdruck kamen, zu der Überlegung gekommen, ob nicht der Wunsch nach Schaffung eines neuen Sitzes im Rat für eine neue Macht außer Deutschland durch ein Opfer Schwedens erfüllt werden könnte. Schweden, so wurde uns von der schwedischen Delegation gesagt[60], gehöre dem Rat bereits seit vier Jahren an, es sei selber nicht Anhänger einer so langen Vertretung eines Landes im Rat, es sei an sich für einen dreijährigen Turnus als Maximalzeit, es glaube denjenigen, die hier um ihr Prestige rängen, den einen, die den neuen Sitz schaffen wollten, den anderen, die ihn verwehrten, dadurch zu dienen und den Völkerbund vor einer Krisis zu bewahren, daß es seinerseits auf sein Mandat ver-

---

[57] Welche Zeitung und welcher Artikel gemeint sind, konnte nicht ermittelt werden.

[58] Vgl. oben mit Anm. 29.

[59] Vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 278, Anm. 1.

[60] Zur Besprechung Luthers mit der schwedischen Delegation vom 14. März 1926 vgl. die Aufzeichnung ohne Unterschrift ebd., S. 386–390.

zichte und dann dem Völkerbund die Möglichkeit gebe, über dieses Mandat zu verfügen, sei es sofort, sei es mit späterer Wirkung. Es war dabei auch die Erwägung geltend, daß man eventuell auf den Sitz zum 1. Juli verzichtete.

Wir haben die rein **idealen Gesichtspunkte,** von denen sich eine so starke Persönlichkeit **wie Undén**[61] tragen ließ, durchaus gewürdigt. Aber nachdem einmal Schweden in dieser Situation uns gefragt hatte, wie wir zu einer solche Geste Schwedens stehen würden, haben wir auch wiederum nach einer Bedenkzeit nicht gezögert, ihm zu sagen, daß dieses **Opfer vergeblich** sein würde[62], und zwar von dem Gesichtspunkt aus, daß zwar unzweifelhaft Deutschland ein formelles Einspruchsrecht gegen die Niederlegung eines Mandats nicht zustände, daß aber, wenn der Ausgang ein solcher wäre, daß an Stelle des neutralen Schweden ein der Entente nahestehender Staat gewählt werden würde, dadurch doch der politische Grundcharakter des Völkerbundsrates, soweit er etwa von Gruppenbildungen, politischen Konzernen und Anschauungen bestimmt wäre, derartig geändert würde, daß das für uns sogar praktisch die unerfreulichste Lösung in der Gesamtgestaltung des Rates, in den wir jetzt einträten, sein würde.

(Sehr richtig! in der Mitte und rechts.)

Ich möchte auch hier noch einmal das zum Ausdruck bringen: Glauben Sie mir, diese Stellung gegenüber Schweden, gegenüber dem Völkerbund einzunehmen, hieß ungefähr an die Grenze dessen gehen, was Deutschland in dieser Situation an Verantwortlichkeit auf sich nehmen konnte. Denn hier waren es doch nicht Intrigen der anderen, hier war es eine uns befreundete Nation, die diesen Vorschlag machte, hier waren es nicht Gedanken, Deutschland zu schwächen, sondern Herr Undén war der Vorkämpfer für die Mitwirkung Deutschlands im Völkerbunde. Hier mußten wir uns auch sozusagen voreingenommen wenden gegen das Ergebnis einer Abstimmung, das wir noch gar nicht kannten, das wir nur etwa voraussehen konnten. Wir sind uns darüber klar gewesen, daß diese Stellungnahme von der Öffentlichkeit des Völkerbundes, der Weltöffentlichkeit, außerordentlich schwer getragen werden würde, daß wir unseren Rat nur geben konnten, weil wir gefragt wurden, zumal wir irgendein formales Einspruchsrecht gar nicht besaßen.

(Sehr richtig! bei den Regierungsparteien.)

---

[61] Östen Undén (1886–1974), schwedischer Außenminister 18. Oktober 1924 – 7. Juni 1926 u. 1945–1962.

[62] Vgl. im von deutscher Seite geführten „Tagebuch über die Konferenz in Genf“ die Eintragung zum 14. März 1926 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 717).

Auf Grund dieser neuen Erklärung der deutschen Delegation, daß auch dieses Opfer vergeblich sein würde, sind dann zunächst, angeregt von den Gegenpartnern, dann von uns als eine etwas bessere Lösung aufgenommen, jene Gedanken erwachsen, die da sagten: Schweden darf nicht allein verzichten. Wir sehen ein, daß die Deutschen das nicht tragen können; aber die Lösung könnte dann gefunden werden, wenn neben diesem neutralen Staat ein Staat mit anderer Einstellung mitverzichtet. Daraufhin kam dann am nächsten Tage der **Verzicht des Vertreters der Tschechoslowakei[63],** und es kam jene, ich kann nicht sagen Vereinbarung, aber jenes allgemeine Aussprechen dessen: Die Lösung kann in der Form gefunden werden, daß man versucht, eine Vereinbarung dahin zu finden, daß an Stelle von Schweden eine andere neutrale Macht, an Stelle der Tschechoslowakei eine in demselben Verhältnis zur Entente stehende Macht gewählt wird, falls die Völkerbundvertreter damit einverstanden sind. So standen die Dinge, als die **vierte Phase** mit dem **Veto Brasiliens[64]** eintrat.

Nun darf ich bitten, die ersten drei Phasen hier zu durchlaufen in bezug auf das **Verhalten der deutschen Delegation.** Man spricht in der deutschen Öffentlichkeit von dem Umfall der deutschen Delegation. Man spricht davon, daß Deutschland mit dem „Hute in der Hand“ zehn Tage lang in Genf antichambriert hätte. Wenn Sie diese Darlegung, die ja auch aus der Presse hervorgegangen ist, einmal objektiv würdigen, werden Sie jedenfalls als Tatsache anerkennen müssen, daß die **deutsche Delegation bis zur äußersten Starrheit an den Grundsätzen festgehalten** hat, mit denen sie nach Genf gegangen ist, obwohl sie die starke Verantwortung auf ihren Schultern trug, daß das Ganze an diesem Standpunkt brechen konnte, den sie vertreten hat, wenn sie die ständigen Sitze abwies, wenn sie den nichtständigen Sitz zurückwies, wenn sie das Opfer Schwedens allein zurückwies. Ich möchte einmal fragen: Was hätte denn irgendeine andere Delegation, die von denjenigen gebildet wäre, die jetzt Kritik erheben, mehr tun können, als die Delegation in der Vertretung ihres Standpunktes getan hat?

(Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien und den Sozialdemo-

---

[63] Edvard Beneš (1884–1946), tschechoslowakischer Außenminister 1918–1935. – Zur tschechoslowakischen Bereitschaft, den Ratssitz niederzulegen, vgl. im von deutscher Seite geführten „Tagebuch über die Konferenz in Genf“ die Eintragung zum 15. März 1926 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 718–719).

[64] In der Sitzung des Völkerbundsrates vom 15. März 1926 kündigte der Vertreter Brasiliens dieses Veto an gegen einen Beitritt Deutschlands für den Fall, daß Brasilien nicht ebenfalls ein ständiger Ratssitz zugesichert werde, und bestätigte diese Haltung am 17. März in der Völkerbundsversammlung (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 456 u. 457).

kraten. – Unruhe und Zurufe bei den Deutschnationalen.)

In dieser Situation kam die **Mitteilung des brasilianischen Vetos.** Damit war überhaupt der Ausgangspunkt der ganzen Stellung Deutschlands zerbrochen. Denn dieser Ausgangspunkt war die Zustimmung der zehn Ratsmächte zu dem ständigen deutschen Ratssitz. Die brasilianische Regierung hatte bereits einige Wochen früher zu erkennen gegeben[65], daß sie gleichzeitig mit Deutschland einzutreten wünsche. Es war auch davon gesprochen worden, daß sie sich andererseits[66] gegen den deutschen Eintritt wehren würde. Aber ihr Vertreter in Genf[67] hatte selbst erklärt, daß er an seine Regierung neue Telegramme geschickt und um Änderung seiner Instruktionen gebeten hätte. Ähnliche Telegramme sind von Frankreich, sind von England, sind im letzten Augenblick, als allerdings die Situation wohl nicht mehr zu ändern war, wenn ich nicht irre, von sämtlichen im Völkerbund vertretenen südamerikanischen Staaten nach Brasilien gesandt worden.

Brasiliens Standpunkt ist in der Rede dargelegt, die Herr **Mello Franco[68]** in der letzten Völkerbundsversammlung gehalten hat. Er hat darin erklärt, daß er sich nicht gegen den deutschen Anspruch wende, daß er vielmehr ebenso wie andere Mächte wünsche, daß Deutschland bald im Völkerbund vertreten sei, daß seine Stellungnahme aber von der Auffassung ausgehe, daß Brasilien sich gegen eine **Europäisierung des Völkerbundes** wende. Dann kam dabei noch ein, wie mir gesagt worden ist, in der Versammlung viel beachteter Satz, der als eine Kritik auch gegen uns aufgefaßt werden kann, aber noch eine ganz andere Kritik enthält, nämlich der Satz, der dem Sinne nach etwa hieß: Es steht doch nicht so, daß der Völkerbund wegen der Locarno-Mächte da ist und sich nach ihnen zu richten hat; der Völkerbund darf nicht in Locarno eingebaut werden, sondern das Locarno-Werk muß in das Werk des Völkerbundes eingebaut werden. Damit gab Herr Mello Franco einer Mißstimmung Ausdruck, die sich in Genf unzweifelhaft gezeigt hatte, wo doch die Situation nicht so war, daß Deutschland vor der Tür stand und wartete, sondern wo die Situation so war, daß die Völkerbundsmitglieder, die nicht dem Rat angehörten und nicht zu den

---

[65] Vgl. oben mit Anm. 23.

[66] So in der Vorlage; ein „andernfalls“ ergäbe mehr Sinn.

[67] Afrânio de Mello Franco (1870–1943), brasilianischer Politiker und Diplomat; Außenminister 1930–1933; Vertreter beim Völkerbund 1924–1926. – Zu seiner nachfolgend angesprochenen Erklärung vgl. im von deutscher Seite geführten „Tagebuch über die Konferenz in Genf“ die Eintragung zum 12. März 1926 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 713).

[68] Zur Rede Mello Francos in der Völkerbundsversammlung vom 17. März 1926 vgl. oben mit Anm. 64.

Locarno-Mächten zählten, zehn Tage lang warten mußten, bis ihre Plenarversammlung einberufen wurde, weil man in der Zwischenzeit um die Stellung kämpfte, die Deutschland im Völkerbunde einnehmen sollte. Da nun diese Besprechungen hauptsächlich zwischen den Locarno-Mächten stattfanden, richtete sich diese Gegnerschaft gegen die Locarno-Mächte, die gewissermaßen so täten, als seien sie der Völkerbund. Dabei war aber die Stellungnahme der Locarno-Mächte durch jenen Grundsatz der Briand-Note[69] gegeben, der eben das ganze Werk von dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund abhängig machte und nun natürlich diesen Mächten auch die Aufgabe auferlegte, für den Eintritt Deutschlands zu sorgen, wobei sich diese einfache Tatsache leider mit Versprechungen gekreuzt hat, die nach anderer Seite wahrscheinlich nicht durch verfassungsmäßige Organe, aber persönlich in dieser oder jener Form gegeben worden waren. Brasilien kann den Vorwurf nicht zurückweisen, daß es für den schwerwiegenden Mißerfolg in Genf vor dem Völkerbund und vor der Welt die Verantwortung trägt.

Wenn Brasilien darauf hinweist, wie es die brasilianische Presse tut[70], daß die Haltung Deutschlands in Genf eine **„deutsche Herausforderung“** gewesen wäre, wenn es zum Ausdruck bringt, es sei unfreundlich von Deutschland gewesen, Brasiliens Anspruch zurückzuweisen, so darf ich hier doch nur an den **Vergleich Brasiliens mit Spanien** erinnern. Spanien ist tief gekränkt darüber gewesen, daß es nicht in dieser Tagung einen ständigen Ratssitz erhalten hat. Spanien hat diese Kränkung so tief empfunden, daß es erklärt hat, es würde sich von der Zusammenarbeit mit dem Völkerbund zurückziehen, wenn es die Mitgliedschaft im Rat nicht erhalte[71]. Aber Spanien hat gleichzeitig erklärt: Alle Kränkung, die wir über unsere Behandlung empfinden, entbindet uns nicht davon, das Wort zu halten, das wir Deutschland gegeben haben; wir werden für Deutschland stimmen und werden uns dann zurückziehen.

(Lebhaftes Bravo! bei den Regierungsparteien.)

Brasilien glaubte, eine ganz andere Stellung einnehmen zu können und hat damit die Verantwortung auf sich genommen, von der ich gesprochen habe.

Als der Herr brasilianische Vertreter dem Völkerbundsrate mitteilte, daß seine In-

---

[69] Gemeint ist die oben mit Anm. 17 erwähnte Note Briands vom 16. Juni 1925.

[70] Ein Überblick über brasilianische Presseäußerungen nach den Verhandlungen von Genf in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 129 (Abendausgabe) vom 17. März 1926.

[71] Eine eindeutig dem entsprechende spanische Erklärung konnte nicht ermittelt werden. Zu einer während der Genfer Verhandlungen in Berlin übergebenen spanischen Note vgl. jedoch im von deutscher Seite geführten „Tagebuch über die Konferenz in Genf“ die Eintragung zum 10. März 1926 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 711).

struktionen unwiderruflich seien[72], sind die Vertreter der Haupt-Locarno-Mächte zu uns gekommen, um mit uns darüber zu sprechen, wie wir jetzt dieser Situation gegenüber Stellung nehmen sollten[73]. Über das Veto Brasiliens in diesem Gremium und in dieser Stunde lange Betrachtungen anzustellen, wäre sehr zwecklos gewesen. Wir haben deshalb die Verhandlungen auf das Hauptthema geführt, und das Hauptthema war, nachdem diese Situation gegeben war, nach meiner Auffassung: soll mit diesem Echec des Völkerbundes auch die **Locarno-Politik selbst ein Echec erleiden,** sind wir gewillt, die Locarno-Politik weiterzuführen, und unter welchem Gesichtspunkt soll sie weitergeführt werden? Denn jetzt war ja alles, was in Locarno abgemacht worden war, in einen völligen Schwebezustand versetzt. Nicht durch unsere Schuld; denn nicht wir haben den Völkerbund derartig in die Locarno-Politik hineingebracht und mit ihr derart verzahnt, wie es die Entwürfe der Gegenseite getan haben. Aber da der Locarno-Pakt juristisch erst wirksam wurde, wenn Deutschland dem Völkerbunde angehörte[74], war nunmehr alles aufs Ungewisse gestellt, was bisher bezüglich des Paktes selbst und bezüglich seiner logischen Rückwirkungen in Aussicht stand. Ich darf darauf hinweisen, daß ich bei den letzten Verhandlungen, die hier über die Außenpolitik stattgefunden haben[75], jenes Telegramm verlesen konnte, in dem die am 31. Januar vollzogene Räumung der nördlichen Rheinlandzone bekanntgegeben wurde[76], und zweitens jene Mitteilung, daß die anderen Mächte sich an ihre früher abgegebene Erklärung wegen der Reduktion der Truppen in der zweiten und dritten Zone hielten, und daß sie diese Reduktion durchführen würden, wenn der Locarno-Pakt tatsächlich in Kraft getreten wäre, d. h. mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund[77]. Wenn also jetzt dieser Eintritt bis zum September

---

[72] Gemeint ist die Mitteilung Mello Francos in der Sitzung der Völkerbundsversammlung vom 17. März 1926 (vgl. oben mit Anm. 64).

[73] Tatsächlich handelt es sich im Folgenden um die Unterredung Luthers und Stresemanns mit Chamberlain und Briand vom 16. März 1926 (vgl. die Aufzeichnung ohne Unterschrift in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 406–408; das bei dieser Gelegenheit beschlossene Kommuniqué hinsichtlich der Fortwirkung der in Locarno erzielten Vereinbarungen ebd., S. 720–721).

[74] Vgl. oben mit Anm. 22.

[75] Stresemann bezieht sich auf die Reichstagsdebatte vom 28. Januar 1926; zu seiner dort gehaltenen Rede vgl. diese Edition.

[76] Gemeint ist die Räumung der nördlichen („Kölner“) Besatzungszone und die Bekanntgabe (nicht die Verlesung des Telegramms) durch Stresemann in der Rede vom 28. Januar 1926, daß die Besatzungsmächte den Endtermin auf den 31. Januar 1926 festgesetzt hätten (zu dem entsprechenden Telegramm vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B I 1, S. 178, Anm. 9).

[77] Nach der Unterzeichnung des Locarno-Vertrages und der Ankündigung der Räumung der nördlichen („Kölner“) Rheinland-Besatzungszone diskutierte Deutschland mit den Besatzungsmächten über die verbleibende Besatzungsstärke in der 2. und 3. Zone des Besatzungsgebietes. Zur am 28. Januar 1926 von ihm verlesenen Mitteilung vgl. seine Rede in dieser Edition.

hinausgeschoben war – vielleicht bis zum 1. Januar; denn die Mandate im Völkerbundsrat enden erst am 31. Dezember –, so entsteht die Frage: was soll aus diesen Dingen werden? sind sie einfach bis dahin vertagt oder gelten sie unter uns weiter und mit welcher Wirkung unter uns? Bei dieser Unterhandlung[78] ist zunächst von beiden Seiten, sowohl von der französischen wie von der englischen Seite, uns gegenüber ausgesprochen und später bestätigt worden, daß, da Deutschland keinerlei Verschulden treffe, daß es jetzt dem Völkerbunde nicht angehöre, das Verhalten ihm gegenüber in bezug auf Locarno und Rückwirkung von Locarno auch so angesehen werden müsse, als wenn Deutschland de facto im Völkerbund wäre. Die spezielle Frage, ob das auch hinsichtlich der Truppenreduktion gelte, ist ebenfalls bejaht worden.

Wir haben es dann für wünschenswert gehalten, dieses **Fortbestehen und diese Weiterentwicklung der Locarno-Verträge** auch der Öffentlichkeit gegenüber bekanntzugeben[79].

(Abgeordneter Hergt[80]: Die fünfte Phase!)

– Gewiß, Exzellenz Hergt, die **fünfte Phase** der Entwicklung ist das **Kommuniqué der Locarno-Mächte,** das notwendig war, da die Öffentlichkeit eine Antwort auf die Frage haben mußte: bestehen eure Vereinbarungen noch oder sind sie hierdurch ebenfalls gebrochen? Es ist richtig, daß die Anregung dazu insofern von uns ausgegangen ist, als wir gefragt haben: wie stehen wir nun in bezug auf Locarno? Wir haben uns gefreut, daß die einmütige Auffassung aller beteiligten Mächte dahin ging, diese Politik fortsetzen zu wollen.

In jener Sitzung[81] wurde weiter die Frage aufgeworfen: was soll nun aus dem hier laufenden **deutschen Gesuch wegen Aufnahme in den Völkerbund** werden? Wir sind uns darüber klar gewesen, daß ein Fortbestehen dieses Gesuches nur möglich wäre, wenn eine Entschließung des Völkerbundes selbst gefaßt würde, die das Bedauern zum Ausdruck brachte, jetzt den Eintritt nicht vollziehen zu können, und den Wunsch und die Hoffnung, Deutschland bei der nächsten Gelegenheit aufzunehmen.

---

[78] Gemeint ist die oben mit Anm. 73 erwähnte Unterredung vom 16. März 1926.

[79] Das oben Anm. 73 genannte Kommuniqué vom 16. März 1926 wurde am gleichen Tag der Presse zur Verfügung gestellt (vgl. etwa VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 128 [Morgenausgabe] vom 17. März 1926).

[80] Oskar Hergt (1869–1967), Mitglied des Reichstags 1920–1933 (für die DNVP; auch deren Parteivorsitzender 1918 – Oktober 1924 u. Fraktionsvorsitzender 1920 – Oktober 1924); Reichsjustizminister und Vizekanzler 31. Januar 1927 – 29. Juni 1928.

[81] Gemeint ist die oben mit Anm. 73 erwähnte Unterredung vom 16. März 1926.

Dieser Antrag ist, wie Sie wissen, von Herrn **Briand** gestellt worden[82]; er hat die einmütige Zustimmung des Völkerbundes gefunden. Der Völkerbund stand vor der seltsamen Situation, die einzige große Sitzung dieser Tagung ausfüllen zu müssen mit den Erklärungen der verschiedensten Mächte, die ihr Bedauern darüber aussprachen, Deutschland als ständiges Ratsmitglied jetzt noch nicht unter sich zu sehen, ebenso aber auch den Wunsch, daß dies bei nächster Gelegenheit der Fall sei, wobei es, wenn Sie die ganze Art, in der man im Völkerbund zurückhaltend spricht, berücksichtigen, an einer ganz scharfen Kritik, namentlich seitens der Vertreter der neutralen Mächte, nicht gefehlt hat.

Das ist die Darstellung dessen, was sich in Genf zugetragen hat. Lassen Sie mich nach dieser Darstellung nun das **Ergebnis zu würdigen** versuchen!

Der **Ausgang dieser Verhandlungen** ist nach den verschiedensten Gesichtspunkten **tief zu bedauern.** Leidtragender ist in erster Linie der Völkerbund selbst.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Man kann eine **verschiedene Auffassung vom Völkerbund** haben, und in der Weltöffentlichkeit bestehen verschiedene Auffassungen. Die eine – ich möchte sie die **idealistische Auffassung** nennen – sieht in ihm die Vereinigung der Völker unter dem alleinigen Gesichtspunkt der Erhaltung des Friedens und der Förderung aller humanitären Ideale. Wer zu dieser Auffassung neigt, der wird die allerstärkste Reaktion erfahren haben von einer Tagung, in der sich doch deutlich zeigte, wie stark das Eigeninteresse sich geltend machte gerade gegenüber den allgemeinen Menschheitszielen.

(Rufe bei den Deutschnationalen: Aha!)

– Ich freue mich, daß das für Sie eine ganz neue Entdeckung ist, daß es Interessengegensätze in der Welt gibt.

(Heiterkeit. – Abgeordneter v. Graefe[83] [Mecklenburg]: Sie sind vom Saulus ein Paulus geworden[84]!)

– So rasch können Sie die Konsonanten doch nicht verwechseln! – Die andere Auf-

---

[82] Zum Antrag Briands in der Völkerbundsversammlung vom 17. März 1926 vgl. SCHULTHESS 67 (1926), S. 457–458.

[83] Albrecht von Graefe (1868–1933), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1928 (für die DNVP 1919–1922, für die Deutschvölkische Freiheitspartei als deren Mitbegründer und Vorsitzender 1922–1924, für die Nationalsozialistische Freiheitspartei bzw. die Völkische Arbeitsgemeinschaft 1924–1928).

[84] Die Redewendung bezieht sich auf das in der Apostelgeschichte beschriebene „Damaskuserlebnis“, durch das der Christenverfolger Saulus zum christlichen Apostel Paulus geworden sein soll.

fassung sieht im Völkerbund lediglich eine **neue diplomatische Methode der Vertretung der Völker** und sieht ihn an unter einem sehr stark realistischen Gesichtspunkt. Aber unter beiden Gesichtspunkten hat sein Ansehen gelitten. Wenn der Völkerbund ein Ziel haben muß, gleichgültig, welche der beiden Auffassungen über ihn richtig ist, dann muß es das **Ziel der Universalität** sein. Wenn er diesem Ziele so weit nahe kommen konnte, wie es ihm durch das Eintrittsgesuch Deutschlands ermöglicht war, dann hatte er dem Näherkommen dieses Weltzieles alles andere hintan zu stellen und mußte die moralische Autorität besitzen, diesem Ziele auch alles andere unterstellen zu können.

(Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien und links.)

Zwei Redner in der Völkerbundsversammlung, die zwei Nationen angehören, die stets in ideeller Weise für den Völkerbund gekämpft haben, haben das stark zum Ausdruck gebracht. Einer dieser Vertreter sagte[85]:

> Das einzige Ziel dieser außerordentlichen Versammlung war die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund und die Verleihung eines ständigen Ratssitzes. Unglücklicherweise ist die Frage des Beitritts Deutschlands mit anderen verknüpft worden, die ihr fremd sind. Hier und dort sind nationale Forderungen aufgetaucht, und Sonderinteressen sind den allgemeinen Interessen und dem gemeinsamen Wohl des Völkerbundes entgegengetreten.

Das war Herr **Undén,** der Vertreter Schwedens.

Der andere Vertreter eines neutralen Landes, Herr **Motta[86],** der Vertreter der Schweiz, hat zum Ausdruck gebracht:

> Wir sind zu dieser außerordentlichen Versammlung zu einem einzigen Zwecke zusammenberufen worden, nämlich der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund. Jedermann wußte, daß die Zulassung Deutschlands zugleich die Zuteilung eines ständigen Sitzes im Rat an diese Nation bedeutet.

Herr Motta hat seine Rede geschlossen, indem er davon sprach,

> der Völkerbund befinde sich in einer Krisis. Es könne eine Krisis sein, die

---

[85] Zur Rede Undéns in der Sitzung der Völkerbundsversammlung vom 17. März 1926 vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 130 (Morgenausgabe) vom 18. März 1926.

[86] Guiseppe Motta (1871–1940), schweizerischer Außenminister („Leiter des Eidgenössischen Politischen Departements“) 1920–1940. – Zu seiner Rede in der Sitzung der Völkerbundsversammlung vom 17. März 1926 vgl. SCHULTHESS 67 (1926), S. 458.

überwunden wird; aber es könne auch eine Krisis sein, die zum Zusammenbruch des Völkerbundes führe.

Ich führe diese Ausführungen hier speziell aus dem Grunde an, um auf das eine hinzuweisen, was mir bedeutsam erscheint: daß trotz der großen Entschiedenheit, mit der die deutsche Delegation ihren Standpunkt vertreten hat, sie das eine erreicht hat, daß beim Auseinandergehen des Völkerbunde bei allen denen, die von Schuld sprechen, **niemand die Schuld bei Deutschland gesucht hat.**

Ich weiß sehr wohl, meine Herren, welche Ratschläge uns aus der Heimat gegeben worden sind. Mehr als einmal sind dutzendweise die Depeschen gekommen, die uns sagten, daß wir abreisen sollten. Ich glaube, wir hätten damit sehr billige Lorbeeren ernten können. Aber ich glaube, bei anderen Dingen, bei größeren Dingen in der Weltgeschichte haben wir auch einige Empfindungen darüber in uns wachrufen können, was die **Schuldfrage** bei einer großen geschichtlichen Entscheidung bedeutet.

(Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien.)

Wir hätten ja gerade denjenigen, die eine neue Schuldfrage gegen Deutschland konstruieren wollten, die Basis dafür gegeben, wenn wir in dieser Situation abgereist wären.

(Lebhafter Widerspruch und Zurufe von den Völkischen und den Deutschnationalen.)

Ich habe vorhin darauf hingewiesen, wie jetzt die Situation im Völkerbund steht. Deutschland steht vor der Entscheidung, ob es angesichts der Krisis, in der sich der Völkerbund befindet, und angesichts des Ausganges von Genf seine grundsätzliche Einstellung gegenüber dem Völkerbund ändern soll oder nicht.

Aber ist die Krise, in der sich der Völkerbund befindet, nicht vielleicht eine Krisis, die dadurch hervorgerufen wurde, daß gerade durch die Tatsache des Eintritts Deutschlands jene bisherige Konstruktion des Völkerbundes als **Instrument der Siegerstaaten doch eine grundlegende Veränderung** erlitt und daß dadurch eine ganze Reihe von Fragen aufgeworfen wurden, die bis dahin in der Tiefe ruhten? Wir haben uns die Frage vorzulegen, ob wir auf Grund der gemachten Erfahrungen unser Ziel der Mitwirkung im Völkerbund als gleichberechtigte Großmacht weiter verfolgen sollen. Das wird davon abhängen, ob wir die Verhandlungen des Völkerbundes als eine für Deutschland durch den Völkerbund herbeigeführte **Niederlage und Demütigung** ansehen sollen. Meine Herren, ich darf hier einmal eines sagen. Diese Anschauung, daß Deutschland gedemütigt und als ein eine neue Niederlage emp-

fangendes Volk von Genf hervorgeht, ist eine Anschauung, die es nur in Deutschland gibt und nirgends sonst in der Welt.

(Lebhafte Zustimmung bei den Deutschen Demokraten und links. – Gegenrufe rechts.)

Ich habe vorhin darauf hingewiesen, daß doch gerade diejenigen, die da gewünscht haben, daß Deutschland im Völkerbund eine starke Stellung einnehme, nun nicht ihrerseits den Echec, der schließlich doch auch durch diese Stellung Deutschlands herbeigeführt ist, als eine Niederlage Deutschlands und der deutschen Delegation hinstellen können.

(Zuruf: Sehr wahr!)

Ein Zweites! Eine Politik ist nicht deshalb falsch, weil sich ihrer Durchführung Schwierigkeiten entgegenstellen.

(Sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten und links.)

Ich darf doch auch darauf hinweisen, wie verschieden die Auffassung über die **künftige Stellung Deutschlands im Völkerbunde** war. Von der rechten Seite ist immer gesagt worden: da geht der deutsche Michel nun wieder mal auf den Leim; was werdet ihr denn im Völkerbund sein! Fünftes Rad am Wagen, Satellit Frankreichs oder Satellit Englands, je nachdem die Anschauungen darüber schwankten, wem wir uns eigentlich nun politisch hingegeben hätten. Wenn diese Auffassung richtig gewesen wäre, daß wir nur fünftes Rad am Wagen gewesen wären, dann wäre dieser Kampf im Völkerbunde um den ständigen Sitz Deutschlands im Völkerbundsrat nicht entbrannt.

(Sehr richtig! in der Mitte und bei den Sozialdemokraten.)

Gerade dieser Kampf hat doch das eine gezeigt, daß es sich hier um einen Kampf handelte, um eine Stellung Deutschlands im Völkerbund, die auf anderer Seite jedenfalls als eine sehr große Stärkung der Position Deutschlands unter den Völkern angesehen wurde. Von dem Gesichtspunkt aus ist meiner Meinung nach die Situation gegeben, daß gerade, weil es sich um einen Kampf um unsere Stellung im Völkerbunde handelt, wir diesen Kampf fortzusetzen haben, zumal wir nicht dem Völkerbund, der in ganz überwiegender Mehrheit, beinahe mit Einmütigkeit, sich auf den Standpunkt des Wunsches gestellt hat, Deutschland in seinen Reihen zu sehen, verantwortlich machen können für das Veto einer einzigen Macht, die dem zuwider war.

(Lebhafte Zustimmung in der Mitte und bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren! Unser Interesse ist mit dem aller derjenigen, die **Anhänger eines wahren Völkerbundes** sind, identisch. Wir haben nicht die Absicht, uns irgendeiner Mächtegruppierung im Völkerbund anzuschließen, haben auch nicht die Absicht, wenn wir als Großmacht einen ständigen Sitz verlangen, damit uns als im Großmächtekonzern befindlich zu betrachten, denn wir haben in unserem ersten Schreiben an den Völkerbund[87] betont: nicht wir haben die Satzungen geschaffen, die diesen Unterschied zwischen ständigen und nichtständigen Sitzen machen; nachdem ihr diesen Unterschied geschaffen habt, könnt ihr aber auch uns nicht verwehren, daß wir ihn für uns in Anspruch nehmen. Es kann aber im Völkerbund auch **keine Gruppierung der Locarno-Mächte** geben. Der Friede innerhalb einer Mächtegruppe schließt für Deutschland nicht aus, daß es mit allen Mächten in freundschaftlichen und friedlichen Beziehungen leben will. Der Völkerbund hat doch mit Einstimmigkeit Deutschlands moralische Aufnahme als einer der Großmächte der Welt de facto beschlossen, und wir sind **moralisch und sachlich vom deutschen Standpunkt aus nicht geschwächt** aus Genf hervorgegangen. .

(Sehr wahr! bei den Regierungsparteien und den Sozialdemokraten.)

Aus diesem Gesichtspunkte kam deshalb auch irgendeine **Abreise der deutschen Delegation,** wie ich sagte, nicht in Frage.

Ich darf auf eines hier hinweisen: Zugleich mit der Konsolidierung der deutschen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse muß doch auch die **geistige Stellung Deutschlands unter den Völkern** konsolidiert werden. Ich glaube, wir haben vor dem Kriege und während des Krieges den Fehler begangen, den großen **Machtfaktor der öffentlichen Meinung** der Welt nur sehr gering bei uns einzuschätzen,

(sehr wahr! bei den Deutschen Demokraten und bei den Sozialdemokraten.)

und nicht als politisches Mittel gelten zu lassen. Wenn das im Sonnenglanz unserer Weltgeltung sich schon bitter an uns gerächt hat, dann wäre es ein Verbrechen, wenn wir das jetzt wieder tun wollten angesichts der Machtlosigkeit, in der wir uns befinden. Deshalb durfte unter keinen Umständen irgendwie ein Mißerfolg, der in Genf etwa das Resultat der ganzen Dinge sein konnte, auf Deutschland ruhen. Wir hätten das bezahlen müssen, auch wenn nur der Schein gegen uns war, mit einer neuen Auflehnung der Weltöffentlichkeit gegen uns, während ich doch heute das eine sagen kann, daß die Art, in der man im Völkerbund seitens der verschiedensten

[87] Gemeint ist das Memorandum vom September 1924, das tatsächlich den Ratsmächten mitgeteilt wurde (vgl. oben mit Anm. 11).

Nationen über Deutschland gesprochen hat, eine **moralische Genugtuung** für uns bedeutet, angesichts der Art und Weise, wie man nach 1919 geglaubt hat, von diesem Deutschland sprechen zu können.

(Sehr richtig! in der Mitte.)

Im Auswärtigen Ausschuß hat einer der Herren Abgeordneten[88] insbesondere darauf hingewiesen, wie demütigend es für Deutschland sein würde, nunmehr **vor einer Aufnahmekommission zu stehen,** einen Fragebogen ausfüllen zu müssen, um gewissermaßen darzutun, daß es wert sei, in den Völkerbund aufgenommen zu werden, und hat sehr starke Zweifel geäußert, als ich erklärt habe, das werde man Deutschland nicht zumuten. Meine Herren, die Kommission ist nach den Satzungen des Völkerbundes[89] verpflichtet, Fragen an diejenigen Nationen zu richten, die sich um Aufnahme an den Völkerbund wenden. Die erste Kommission hat beschlossen, nicht nur von dem Fragebogen, sondern von jeder Befragung Deutschlands abzusehen und lediglich einstimmig zu erklären, daß Deutschland seine internationalen Verpflichtungen erfüllt habe[90].

(Hört! Hört!)

Meine Herren, auf diesen Satz lege ich aus außenpolitischen Gründen ein sehr großes Gewicht. Jahrelang ist unser Kampf in der Welt darum gegangen, die Welt davon zu überzeugen, daß Deutschland seine internationalen Verpflichtungen nach Recht und Billigkeit erfüllt habe, und immer wieder ist dieser Erklärung der angebliche schlechte Wille Deutschlands entgegengesetzt worden.

(Sehr wahr!)

Für viele Fragen, die gegenwärtig schweben, Fragen, die sich nicht nur auf die Reparationsleistungen beziehen, ist diese einmütige Erklärung aller Mächte, darunter doch

---

[88] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags vom 19. Februar 1926 (vgl. oben mit Anm. 24). Welcher Abgeordnete gemeint ist, konnte nicht ermittelt werden.

[89] Die eigentliche Satzung des Völkerbundes (Text in VERTRAG VON VERSAILLES S. 9–19) sah in ihrem Artikel 1 für die Aufnahme neuer Mitglieder kein spezifisches Verfahren, sondern nur die Erfüllung bestimmter Bedingungen durch den Kandidaten vor; es hatte sich jedoch die Praxis entwickelt, die Vertreter solcher Staaten, die um Aufnahme ersuchten, durch eine Kommission befragen zu lassen und die Ergebnisse dieser Befragung der Entscheidung der Völkerbundsversammlung zugrunde zu legen.

[90] Zum Verfahren vgl. die Äußerungen Chamberlains in der Unterredung mit Luther und Stresemann vom 9. März 1926 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 359), die Notiz in dem von deutscher Seite geführten „Tagebuch über die Konferenz in Genf“ vom 10. März 1926, wonach deutsche Delegierte vor der Kommission nicht mehr zu erscheinen bräuchten (ebd., S. 712), sowie den Bericht Chamberlains in der Sitzung der Völkerbundsversammlung vom 17. März 1926 über das abschließende Ergebnis der Ausschußarbeit (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 457).

fast aller bedeutenden Gegner, von größter Bedeutung, daß sie ohne jede Befragung Deutschlands, ob es sich selbst auf diesen Standpunkt stellt, vor der Welt erklären, **Deutschland habe seine internationalen Verpflichtungen erfüllt.**

Meine Herren, ein Zweites. Wir haben in dem Schreiben, das wir an den Völkerbund gerichtet haben[91], auf die bekannten Ausführungen des Septembermemorandums 1924[92] Bezug genommen. Wir haben den Standpunkt dargelegt, der in diesem Septembermemorandum zum Ausdruck gekommen ist. Gerade auch diese Erklärungen Deutschlands auf moralischem Gebiete sind ohne Widerspruch von der Kommission hingenommen worden. Die ganze Stellung einmal der Kommission, die uns einstimmig aufnimmt, zweitens des Völkerbunds selbst, der durch seine hervorragendsten Vertreter dem tiefsten Bedauern Ausdruck gibt über den Mißerfolg dieser Tagung, beantworten zu wollen mit irgendeinem Abbruch von unserer Seite, das wäre die größte Torheit gewesen, deren Folgen das deutsche Volk zu bezahlen gehabt hätte.

(Sehr wahr! in der Mitte und bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, der Völkerbund hat nun seinerseits eine **Studienkommission** eingesetzt[93] und hat Deutschland in diese Kommission gewählt. Uns ist eine Einladung offizieller Art noch nicht zugegangen. Wir kennen nur das Telegramm unserer Vertretung in Genf[94]. Das Kabinett hat seine Entscheidung noch nicht getroffen. Wir werden diese Entscheidung in völliger Freiheit treffen. Aber ich darf gegenüber der sehr starken Kritik, die sich nun an den Gedanken schon angeschlossen hat, daß Deutschland etwa dieser Studienkommission beitreten könne, doch einmal die Frage aufwerfen: Was hätte denn die deutsche Öffentlichkeit gesagt, wenn nach dem Mißerfolg von Genf die Studienkommission zur Änderung der Konstruktion des Völkerbundes eingesetzt worden wäre, ohne Deutschland in irgendein Verhältnis zu dieser Kommission zu bringen?

(Sehr wahr!)

Dann hätte man gesagt: Da seht Ihr nun, wie Ihr betrogen werdet, erst macht man

---

[91] Gemeint ist die Note vom 12. Dezember 1924 (vgl. oben mit Anm. 13).

[92] Vgl. oben mit Anm. 11.

[93] In der letzten Sitzung der Völkerbundsversammlung am 18. März 1926 war die Einsetzung einer Ausschusses unter dem Einschluß Deutschlands beschlossen worden, der einen Vorschlag für die künftige Zusammensetzung des Völkerbundsrates erarbeiten sollte (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 458) und künftig oft kurz „Studienkommisison“ genannt wurde.

[94] Das betreffende Telegramm konnte nicht ermittelt werden.

Euch die Türen nicht auf, und hinter verschlossenen Türen ändert man dann den Völkerbund, um Euch vor ein fait accompli zu stellen.

(Sehr gut!)

Nun erklärt der Völkerbund, daß das eine Unmöglichkeit ist; er erklärt: wir nehmen Deutschland in diese Kommission auf, und schon erhebt sich die Angst sehr vieler darüber, daß Deutschland vielleicht sogar diese Einladung annehmen könnte. Meine Herren, wir werden diese Frage, Mitglied der Kommission zu sein, die ja nicht nur die einzige Lösungsmöglichkeit bietet, in allem prüfen und werden dann vielleicht Gelegenheit haben, im Auswärtigen Ausschuß über diese spezielle Frage zu sprechen.

Wir haben **keine neuen Bindungen** übernommen. Unsere Freiheit, auch unser Aufnahmegesuch zurückzuziehen, wenn der Völkerbund, wie er aus den Beschlüssen oder Anregungen dieser Kommission hervorgeht, etwa unseren Erwartungen nicht entspräche. Dies steht fest, aber ich kann ebenso erklären: es ist nicht unser Wunsch oder Wille, daß es dahin kommt, daß wir irgendwie unsere Haltung gegenüber dem Völkerbund ändern müßten. Unser Wunsch und Wille ist der einer gleichberechtigten Mitarbeit im Völkerbund zur Wahrung deutscher Interessen im friedlichen Wettbewerb mit anderen Völkern.

(Bravo!)

Meine Herren, ich komme dann zu der **Locarno-Politik.** War sie richtig, dann mußte sie fortgesetzt werden. Rein juristisch ist Deutschlands Stellung auch durch das Ergebnis von Genf in bezug auf Locarno nicht schwächer geworden. In bezug auf die logischen Auswirkungen eines Vertrages, der den Frieden zwischen den einstigen Gegnern uns gewährleisten soll, ist der jetzige Zustand doch so, daß unsere früheren Gegner sich zu diesen logischen Rückwirkungen bekennen, als wenn der Vertrag tatsächlich in Wirksamkeit wäre. Es wäre, abgesehen von diesen Erwägungen, ein starker Rückschlag auf die Welt gewesen, wenn nun auch die in Locarno gepflogenen Verhandlungen als ergebnislos hätten betrachtet werden sollen.

Meine Herren, was war denn der tiefste Grund für diese Abmachungen? Man hat früher immer die Welt eingeteilt in **Siegerstaaten** und in die **Staaten der Besiegten.** Ich weiß nicht, ob es Ihnen aufgefallen ist, daß der Ausdruck Siegerstaaten seit einiger Zeit viel weniger häufig gebraucht wird. Der Ausdruck Siegerstaaten ist ein Hohn geworden gegenüber denjenigen Völkern, die sich einst ihres Sieges gerühmt haben, weil sie im Verfolg der großen weltwirtschaftlichen Konsequenzen dieses Weltkrieges zum Teil vor Erschütterungen im Innern stehen, die mit dem Begriff Sieg wirklich sehr

wenig zu tun haben.

(Lebhafte Zustimmung.)

Es ist gerade die Erkenntnis, daß alle zusammen in einen Weltwirrwarr hineingekommen sind, der in einem Weltchaos, mindestens in einem europäischen Chaos, enden kann, die sie hat wissen lassen, daß es schließlich auch gemeinsame Interessen gibt,

(sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei)

daß in manchen Fragen ein gemeinsames Band um uns gewoben ist, und daß alle unglücklich werden, wenn sie nicht irgendeine Verständigung untereinander finden. Jeder weiß heute, daß es sein wirtschaftlicher Niedergang ist, andere in den Niedergang hineinzutreiben. Ich weise nur hin auf die törichte, philisterhafte Auffassung in Deutschland, als ob der Rückgang des Franken[95] ein politisches oder wirtschaftliches Interesse für Deutschland hätte.

(Sehr wahr!)

Wir haben den Schaden dieser Unstabilisierung der Währung an unserm eigenen Leibe zu tragen und bezahlen es mit der deutschen Arbeitslosigkeit[96]. Ich glaube, das ist schwerwiegender als das geringe Quäntchen Schadenfreude, das der eine oder andere darüber aufbringt, daß Frankreich den Weg gehen muß, den wir gegangen sind.

(Sehr wahr!)

Meine Herren, die **weltwirtschaftliche Verbindung der Völker** war die Grundlage des Versuches auch für eine politische Verständigung. Der Versuch, sie aufzugeben, weil der Mechanismus des Völkerbundes versagte, wäre töricht. Deshalb war es Aufgabe unserer Delegation, die Locarno-Politik nicht in den Abgrund reißen zu lassen.

Meine Herren, das Ziel unserer Politik von Locarno – da möchte ich doch einmal einen großen grundsätzlichen Unterschied machen – wird meiner Meinung nach in

---

[95] Frankreich befand sich seit längerer Zeit in einer tiefen Finanz- und Währungskrise (vgl. etwa den Bericht in BERLINER TAGEBLATT, Nr. 87 [Abendausgabe] vom 20. Februar 1926, über den Allzeittiefstand des Francs); über die Ablehnung der Kammer von Gesetzen, die dem entgegensteuern sollten, war Briand am 6. März 1926 als Ministerpräsident gestürzt (vgl. oben mit Anm. 35).

[96] Laut einem Artikel in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 118 (Morgenausgabe) vom 11. März 1926, waren zum 1. März 1926 in Deutschland „2 056 807 Hauptunterstützungsempfänger“ gezählt worden. Nach einem entsprechenden Bericht in BERLINER TAGEBLATT, Nr. 188 (Morgenausgabe) vom 11. März 1926, bedeutete dies einen kaum merklichen Rückgang gegenüber den Februarzahlen.

der deutschen Öffentlichkeit viel zu sehr unter dem Gesichtspunkt jener sogenannten Rückwirkungen betrachtet, die gewisse Erleichterungen betreffen für die Bevölkerung des besetzten Gebietes. Damit, daß die in den Vordergrund geschoben werden, wird **die große historische Bedeutung von Locarno** vermindert.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Denn die große logische Auswirkung von Locarno liegt doch darin, daß, wenn es die Gebundenheit dieser Politik ist, jede deutsche Aggressivität gegen Frankreich und Belgien aufzugeben, daraus folgt, daß auch Frankreich und Belgien keine Aggressivpolitik gegenüber Deutschland treiben können, und mit dieser Auffassung ist logisch eine andauernde **Weiterbesetzung der zweiten und dritten Zone**[97] nicht zu vereinbaren.

(Lebhafte Zustimmung.)

Hier liegt meiner Meinung nach das große Ziel, das wir zu verfolgen haben und das wichtiger ist als manche andere, demgegenüber doch kleinere Fragen. Ich darf darauf hinweisen, daß in dieser Beziehung auch eine Änderung auf der anderen Seite vor sich gegangen ist. Als ich in Köln Gelegenheit hatte, über diese Fragen zu sprechen[98] und als ich damals aussprach, was ich hier aussprach, daß für mich Locarno logisch seine Endentwicklung nur gefunden hätte, wenn wir wieder souverän über alles deutsches Land verfügten, und als Herr **Briand** wegen dieser meiner Rede in der französischen Kammer angegriffen wurde, hat er seinerseits erklärt[99]: Herr Dr. Stresemann bezieht sich, wie ich annehme, auf den **Artikel 431 des Versailler Friedensvertrages**[100]**,** und man kann ihm nicht das Recht bestreiten, diesen Artikel so zu kommentieren, daß eine Verkürzung der besetzten Fristen möglich ist.

(Hört! Hört!)

Meine Herren, der Artikel 431 sagt, daß wir eine Verkürzung der Besatzungsfristen beantragen können, wenn wir unsere internationalen Verpflichtungen erfüllt haben. Die Rede des Herrn Briand ist doch die Anerkennung dessen, daß die Frage der

---

97 Gemeint sind die 2. und 3. Zone des Rheinland-Besatzungsgebietes.

98 Stresemann bezieht sich auf seine Rede auf einem Kommers der Studentenschaft in Köln am 20. Februar 1926 (vgl. diese Edition).

99 Zur Debatte in der französischen Kammer und zu den betreffenden Äußerungen Briands vom 25. Februar 1926 vgl. SCHULTHESS 67 (1926), S. 254–257.

100 Art. 431 des Friedensvertrags von Versailles lautet: „Leistet Deutschland vor Ablauf der 15 Jahren allen ihm aus dem gegenwärtigen Vertrag erwachsenden Verpflichtungen Genüge, so werden die Besetzungstruppen sofort zurückgezogen“ (VERTRAG VON VERSAILLES S. 222).

Verkürzung fremder Besatzung auf deutschem Boden eine aktuelle Frage ist, die anzuschneiden, zu vertreten und zu verfechten der deutsche Außenminister ein Recht hat. Ich glaube, es ist noch nicht allzu lange her, daß wir ganz andere Worte aus der französischen Kammer gehört haben,

(Zustimmung in der Mitte und links; Abgeordneter v. Graefe (Mecklenburg): Das sind nur Worte, keine Taten!)

damals als Herr Herriot[101] sich zu der These des Herrn Poincaré[102] bekannte, daß die Besatzungsfristen noch nicht zu laufen begonnen hätten.

Herr v. Graefe, Sie rufen mir zu, das seien Worte. Wenn es nur Worte gewesen wären, dann wäre Köln noch heute besetzt[103]. Das ist meine Erwiderung darauf. –

(Lebhafte Zustimmung in der Mitte und links. – Abgeordneter v. Graefe (Mecklenburg): Darauf hatten wir ein Recht!)

– Auf der einen Seite bezeichnen Sie die Machtpolitik als das allein Entscheidende. Wenn es Ihnen aber in Ihren Kram paßt, dann beziehen Sie sich auf das Recht.

(Erneute Zustimmung. – Abgeordneter v. Graefe (Mecklenburg): Sie sind ein Taschenspieler, Sie haben Ihren Beruf verfehlt!)

– Herr Präsident, ich bitte, mich gegen diese Unverschämtheit zu schützen.

(Große Unruhe. - Abgeordneter v. Graefe (Mecklenburg): Das verbitte ich mir!)

– Sie sind ein unverschämter Bursche.

(Große Erregung in der Mitte und links. – Abgeordneter v. Graefe (Mecklenburg): Ein schöner Minister, der so schimpft! – Erneute große Unruhe und Rufe links: Hinaus! – Glocke des Präsidenten.)

Präsident **Löbe[104]:** Ich bitte um Ruhe! Ich rufe den Herren Abgeordneten v. Graefe

---

[101] Édouard Herriot (1872–1957), französischer Ministerpräsident 15. Juni 1924 – 10. April 1925 (zugleich Außenminister), 19.–21. Juli 1926 u. 1932. – Wann und wo Herriot das Nachfolgende behauptete, ließ sich nicht ermitteln; in der französischen Kammerdebatte vom 29. Dezember 1924 wurde er allerdings von einem Abgeordneten entsprechend zitiert (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 257).

[102] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929. – Stresemann bezieht sich auf eine Rede Poincarés in der französischen Abgeordnetenkammer vom 23. November 1923, die in der Übersetzung des französischen Gelbbuches DIE FRANZÖSISCHEN DOKUMENTE ZUR SICHERHEITSFRAGE in ihren wesentlichen Passagen abgedruckt ist (S. 278–303).

[103] Zur Räumung der 1. („Kölner“) Besatzungszone vgl. oben mit Anm. 76.

[104] Paul Löbe (1875–1967), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für die SPD); dessen Präsident 1920–1924, 1925–1932.

(Mecklenburg) für seinen Zuruf gegen den Herrn Minister zur Ordnung!

(Beifall in der Mitte und links. – Unruhe und Zurufe von den Völkischen.)

– Herr Abgeordneter Stöhr[105], verhalten Sie sich bitte ruhig! – Die Antwort, die der Herr Minister dem Herrn Abgeordneten v. Graefe gab, war ebenfalls nicht parlamentarisch.

(Rufe links: Aber gerechtfertigt!)

Ich bitte die Abgeordneten, ihre Plätze einzunehmen.

Dr. **Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen: Meine Herren, es liegt mir doch daran, das, was der Herr Abgeordnete v. Graefe als Taschenspielerkunststück bezeichnet hat, hier noch einmal sachlich darzulegen. Ich habe darauf hingewiesen, daß jetzt von seiten des französischen Ministerpräsidenten die Berechtigung Deutschlands anerkannt würde, die frühere Räumung der zweiten und dritten Zone zu diskutieren. Herr Abgeordneter v. Graefe ruft mir zu, das seien ja nur Worte. Demgegenüber erinnere ich ihn daran, daß dereinst Herr Herriot davon gesprochen hätte, die Fristen für die Besatzung hätten noch nicht zu laufen begonnen und daß doch jetzt jedenfalls ein sehr großer Unterschied darin bestände, daß tatsächlich die erste Zone geräumt sei. Das war die Erwiderung darauf, daß die Versprechungen des Herrn Briand und anderer nur Worte gewesen wären. Herr v. Graefe sagte dann: darauf hatten wir längst ein Recht. Darauf habe ich ihm das eine gesagt: es ist nicht möglich, daß man sich auf der einen Seite immer darauf bezieht: die Machtpolitik entscheide, und euer Völkerbund ist Unsinn, es gibt nur die Macht; im anderen Moment aber, wenn es einem gerade in den Kram paßt, sagt: was wollt ihr denn, auf diese Dinge hatten wir ein Recht!

(Sehr gut!)

Ich möchte darauf das eine sagen: die ganze Politik von 1919 bis zur Gegenwart ist doch eigentlich nichts anderes gewesen als der Versuch Deutschlands, es endlich dahin zu bringen, daß sein Recht anerkannt wird.

(Lebhafte Zustimmung links und in der Mitte.)

Denn de facto sind wir doch über den Versailler Vertrag hinaus in immer neue Bindungen und Fesseln hineingedrängt worden.

(Erneute Zustimmung.)

[105] Franz Stöhr (1879–1938), Mitglied des Reichstags Mai 1924 – 1938 (für die Deutschvölkische Freiheitspartei bzw. die NSDAP 1924–1928).

Wir haben ja immer vergeblich um unser Recht gekämpft. Deshalb soll man, wenn wir mit diesem Kampf endlich durchkommen, das nicht als „ganz selbstverständlich“ hinstellen.

(Sehr gut!)

So kann man nicht loyal miteinander debattieren.

Ich entnehme gerade auch aus jenen Erklärungen über den Artikel 431, daß die **Fortführung der bisherigen Politik** gar keine These des Kampfes sein kann, sondern daß sie eine Selbstverständlichkeit ist. Denn ich verstehe nicht, welch andere Außenpolitik Deutschland denn eigentlich treiben soll.

(Lebhafte Zustimmung in der Mitte und links.)

So wenig Locarno eine einseitige Option nach dem Westen bedeutet, so wenig konnten wir andere Optionen auf uns nehmen, wenn sie einen einseitigen Charakter tragen.

(Sehr richtig! links.)

Wer die Politik verfolgt, die Deutschland in den letzten Jahren geführt hat, der muß doch die Tatsachen verkennen, wenn er den **Fortschritt der deutschen Konsolidierung** nicht sehen will. Es gab Zeiten – und sie liegen noch nicht allzu weit zurück –, in denen wir uns fragen mußten, ob die deutsche Einheit die gleichzeitige Abschnürung von Rhein und Ruhr ertragen würde.

(Sehr richtig! in der Mitte.)

Die Ruhr wurde befreit[106], obwohl die deutschen Zweifler es nicht glaubten; Düsseldorf und Duisburg wurden frei, die nördliche Rheinlandzone ist geräumt, und ein Mann, der so skeptisch diesen Dingen gegenüberstand wie der Oberbürgermeister Adenauer[107], der damals die Parole ausgegeben hatte: Nehmen Sie keine neuen

[106] Auf deutsches Drängen hin hatte am Rande der Londoner Konferenz Herriot im August 1924 die Räumung des Ruhrgebiets, der 1921 wegen Nichtbefolgung des Londoner Ultimatums von den Alliierten besetzten „Sanktionsstädte“ (Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort) und der im Rahmen der Ruhrbesetzung vollzogenen Besetzung weiterer Orte an der Grenze zum unbesetzten Gebiet innerhalb eines Jahres zugesichert, wobei die Jahresfrist mit dem Ende der Londoner Konferenz am 16. August 1924 beginnen sollte (vgl. LONDONER KONFERENZ S. 73 u. 255–257). Am 25. August 1925 wurde mit dem Abzug französischer bzw. belgischer Soldaten aus Düsseldorf und Duisburg das letzte über die Bestimmungen des Versailler Vertrags hinausgehende besetzte Gebiet geräumt (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 114; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 401 [Abendausgabe] vom 25. August 1925). Zuvor war am 31. Juli 1925 die Räumung des Ruhrgebiets durch die alliierten Besatzungstruppen abgeschlossen worden (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 134).

[107] Konrad Adenauer (1876–1967), Oberbürgermeister von Köln 1917–1933 u. 1945; Präsident des Preußischen Staatsrats 1921–1933; Kanzler der Bundesrepublik Deutschland 1949–1963. – Am 21. März 1926 fand in Köln in Anwesenheit von Reichspräsident Hindenburg eine große Befrei-

Bindungen auf sich, nur um des Rheinlandes willen, – er hat sich doch auch gestern dazu bekannt, daß ohne diese Politik von London und von Locarno es Befreiungsfeiern in Köln wahrscheinlich nicht geben würde.

(Lebhafte Zustimmung in der Mitte.)

Ich bin weit davon entfernt, diese Fortschritte gerade der Welt gegenüber als etwas Großes hinzustellen. Sie sind weiter nichts als eine **Verminderung deutscher Bedrückungen.**

(Sehr richtig! in der Mitte.)

Aber ich sage Ihnen auch das eine: jede deutsche Außenpolitik kann Ihnen gar nichts anderes bringen als den Versuch, diese deutschen Bedrückungen immer weiter herabzumindern.

(Sehr richtig! in der Mitte.)

Das ist die Konsequenz der Lage, in der wir uns befinden. Wir müssen versuchen, von unerträglichen Verhältnissen zu erträglicheren zu kommen. Wir wissen noch nicht, wann die Dinge so stehen, daß wir von irgendeiner tatsächlichen Souveränität und Freiheit sprechen können. Und selbst auf diesem Wege, mit diesem so begrenzten Ziele wird es immer wieder Rückschläge geben; denn die Weltgeschichte geht nicht so einfach vor sich, wie manche Leute es glauben, daß sie abläuft wie eine Uhr. Der Weg war richtig, und das Ziel war richtig, und das Ziel bleibt unser deutsches Ziel, auch wenn seine Erkämpfung Widerspruch und Rückschläge erfährt.

Es ist die einmütige Absicht der deutschen Reichsregierung, die bisherige Politik auf dieser beschrittenen Bahn fortzuführen, und sie ist überzeugt, daß sie bei sachlicher Würdigung des Geschehenen die große Mehrheit des deutschen Volkes bei dieser Politik hinter sich haben wird.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien. – Zischen bei den Deutschnationalen und den Völkischen. – Erneuter starker Beifall bei den Regierungsparteien und bei den Sozialdemokraten.)[108]

---

ungsfeier statt; zu der von Adenauer bei diesem Anlaß gehaltenen Rede vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 137 (Abendausgabe) vom 22. März 1926.

[108] Nach weiteren Beiträgen anderer Redner (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 389, S. 6453–6492) wird die Fortsetzung der Debatte auf den Folgetag vertagt (vgl. ebd., S. 6492).

Reichstagsrede vom 23. März 1926[1]

Nach VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 389, S. 6528–6529. – Teildrucke (mit kleinen Abweichungen) in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 140 (Morgenausgabe) vom 24. März 1926; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 140 (Morgenausgabe) vom 24. März 1926; FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 222 (2. Morgenausgabe) vom 24. März 1926, S. 1–2; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 139 (Morgenausgabe) vom 24. März 1926.

Verteidigt ein von der Reichszentrale für Heimatdienst veröffentlichtes Flugblatt, das sich gegen die falsche Propaganda wendet, der Dawes-Plan sei die Ursache für die deutsche Wirtschaftskrise.

Dr. **Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen: Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Dr. Quaatz[2] hat darüber Beschwerde geführt, daß von der **Reichszentrale für Heimatdienst[3],** und zwar, wie ich gleich hinzufüge, auf Veranlassung übergeordneter Stellen, dieses **Flugblatt[4]** erlassen worden ist. Herr Abgeordneter Dr. Quaatz wird mir aber auch gestatten, auf die Entstehung dieses Flugblattes einzugehen. Ich bin mit ihm der Meinung, daß keine Partei verantwortlich zu machen ist für eine Agitation, die von einer gewissen Presse ausgeht. Aber ich stehe ebensowenig an zu sagen, daß die **Artikelserie über die Auszehrung Deutschlands,** die der „Berliner Lokal-Anzeiger“ veröffentlicht hat[5], das Höchstmaß an De-

---

[1] Stresemann hielt seine Rede im Rahmen der Haushaltsdebatte unter dem Tagesordnungspunkt „Heimataufklärung“ als Antwort auf eine Rede des Abgeordneten Quaatz (vgl. die folgende Anm.). Anlaß waren Anträge aus der DNVP, die Haushaltsansätze für die „Reichszentrale für Heimatdienst“ aus dem Etat des Auswärtigen Amtes herauszunehmen und in den Etat des Reichskanzlers einzustellen (Text der Anträge in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 407, Anl. 2120 u. 2121).

[2] Reinhold Georg Quaatz (1876–1953), Mitglied des Reichstags 1920–1933 (für die DVP 1920 – Mai 1924, für die DNVP Mai 1924 – 1933). – Sein Redebeitrag vor der Antwort Stresemanns in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 389, S. 6526–6528.

[3] Die nach dem Ersten Weltkrieg geschaffene „Reichszentrale für Heimatdienst“ ressortierte bis 1927 in der „Vereinigten Presseabteilung der Reichsregierung“ und damit etatmäßig im Auswärtigen Amt. Zu ihrer Entstehung, Ressortierung und ihren Aufgaben vgl. das Schreiben des Leiters an die Presseabteilung der Reichsregierung vom 31. Dezember 1923 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 9, S. 201–204).

[4] Das Flugblatt selbst konnte nicht ermittelt werden. – Aus einem Schreiben Stresemanns an Westarp, das wiederum die Antwort auf dessen „offenen Brief“ im „Berliner Lokal-Anzeiger“ darstellte, geht jedoch hervor, daß mit dem Flugblatt reagiert wurde auf eine Artikelserie „Die Auszehrung Deutschlands“ im „Berliner Lokal-Anzeiger“, die selbst auch als Flugblatt Verbreitung gefunden und den Dawes-Plan als Hauptgrund für Deutschlands schwierige wirtschaftliche Lage bezeichnete hatte (der Text des Schreibens Stresemanns vom 22. März 1926 in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 139 [Morgenausgabe] vom 24. März 1926; NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Nr. 56 vom 25. März 1926).

[5] Die Artikelserie konnte als solche nicht ermittelt werden. Es handelt sich um jene Artikel, die 1925 auch als Broschüre in Hugenbergs Scherl-Verlag erschienen (Die Auszehrung Deutschlands. Eine

magogie ist, das mir seit langer Zeit überhaupt vorgekommen ist.

(Stürmische Zustimmung bei den Regierungsparteien und den Sozialdemokraten.)

Ich weise weiter darauf hin, in welcher Form diese Agitation getrieben worden ist. Das waren nicht einfach Aufsätze in einer Tageszeitung, sondern das Volk wurde zunächst in der Reichshauptstadt durch große Hinweise an den Plakatsäulen auf diesen beginnenden Feldzug hingewiesen. Sie konnten an jeder Straßenecke gleichzeitig die Flugblätter erhalten, die den Inhalt dieser Schriften wiedergaben.

Wenn Sie, Herr Dr. Quaatz, an mich die Frage richten, ob Reichsmittel zur Abwehr dieser Agitation verwendet worden sind, so antworte ich: Jawohl!

(Stürmischer Beifall bei den Regierungsparteien und den Sozialdemokraten.)

Und ich antworte Ihnen weiter: Wozu ist denn die Reichszentrale für Heimatdienst überhaupt da, wenn sie der Regierung nicht die Möglichkeit gibt, in einem solchen Fall sich gegen eine derartig aufreizende Agitation zu wenden?

(Sehr gut! und lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien und den Sozialdemokraten.)

Diese Entgegnung ist in voller Übereinstimmung zwischen Reichskanzlei und Auswärtigem Amt erfolgt[6], und zwar aus dem Grunde, weil ich – wie ich im Auswärtigen Ausschuß wiederholt dargelegt habe[7] und im Plenum im einzelnen nicht darlegen kann – diese Art, wie jetzt, von deutscher Seite ausgehend, speziell die Agitation für die Aufhebung des Dawes-Plans[8] betrieben wird, auch nicht als im gesamtaußenpolitischen Interesse liegend anzusehen vermag.

(Hört! Hört! rechts. – Zustimmung bei den Regierungsparteien und den Sozialdemokraten.)

Zu der Agitation des „Lokal-Anzeigers“ noch folgendes: Wir stehen gegenwärtig

---

Aufsatzreihe des „Berliner Lokalanzeigers“ über die Auswirkungen der Erfüllungspolitik. Berlin [1925]).

6 Zum Zustandekommen dieser „Übereinstimmung“ konnte nichts ermittelt werden.

7 Auf welche Ausschußsitzungen sich Stresemann hier konkret bezieht, konnte nicht ermittelt werden.

8 Auf der Londoner Konferenz vom 16. Juli bis 16. August 1924 wurde der „Dawes-Plan“ (das Sachverständigen-Gutachten vom 9. April 1924) als künftige Grundlage der deutschen Reparationszahlungen festgelegt; Protokolle der Konferenz in LONDONER KONFERENZ (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 397 [dort als Anl. 263 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]); paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 (1924), S. 419–439.

unter einer ganz starken Arbeitslosigkeit in Deutschland[9], unter einer Wirtschaftskrisis, die unzweifelhaft zu sehr starken Erregungen im Volke führen kann. Aber ich behaupte ebenfalls, daß es keine größere Umkehrung der Wahrheit ist, als diese Wirtschaftskrise auf diejenige Regelung der Reparationsfragen zurückzuführen, die jedenfalls gegenüber dem Zustand, der vor dieser Regelung bestanden hat, uns allein die Möglichkeit gibt, über diese Krisis einigermaßen hinwegzukommen.

(Stürmische Zustimmung bei den Regierungsparteien und den Sozialdemokraten.)

Die Tendenz dieser Darlegungen ging doch, kurz gefaßt, dahin, es so hinzustellen, als wenn diese Dawes-Lasten etwas wären, was erst durch die Zustimmung zu diesem Plane in die deutsche Finanzbelastung neu hineingekommen wäre, während verschwiegen wurde, daß, ehe wir diese Regelung hatten, ohne Rücksicht auf deutsche Wirtschaft und Währung diejenigen Goldmilliarden uns entzogen worden sind, die zum Zusammenbruch der deutschen Währung beigetragen haben.

(Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien und bei den Sozialdemokraten.)

Ich denke gar nicht daran, irgendwie die **Stabilisierung der Währung[10],** jenes große Werk, hier dem Ausland etwa als sein Verdienst hinstellen zu wollen. Aber, Herr Kollege Dr. Quaatz, Sie sind ebenfalls ein viel zu guter Kenner, als daß Sie nicht das eine wüßten, daß es nicht möglich gewesen wäre, diese Stabilisierung durchzusetzen, wenn nicht die Sicherheit bestanden hätte, daß diese Eingriffe in unser deutsches Volksvermögen, die früher ohne Rücksicht auf unsere Währung und Wirtschaft von seiten der Entente erfolgten, ein Ende gefunden hätten durch die Regelung, die uns davor schützte. Das ist gerade doch diejenige, von jedem objektiv Denkenden anzuerkennende Tatsache, daß in dem Dawes-Gutachten[11] diese Sicherheit für uns gegeben ist, daß unsere Leistungen unter dem Gesichtspunkte ste-

---

[9] Laut VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 118 (Morgenausgabe) vom 11. März 1926, waren zum 1. März 1926 in Deutschland „2 056 807 Hauptunterstützungsempfänger“ gezählt worden.

[10] Stresemann bezieht sich hier auf die Währungsreform von 1923/24, als mit der Verordnung über die Errichtung der Deutschen Rentenbank vom 15. Oktober 1923 (REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 963–966) die Voraussetzung für eine neue wertbeständige Währung geschaffen worden war und am 15. November 1923 mit der Ausgabe der Rentenmark begonnen wurde (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1070–1072). Nach den Londoner Abmachungen vom 30. August 1924 wurde sie sukzessive wieder durch die goldbasierte (neue) Reichsmark abgelöst.

[11] Gemeint ist das Gutachten, das am 9. April 1924 von dem durch die Reparationskommission eingesetzten Sachverständigen-Ausschuß unter dem Vorsitz des US-Amerikaners Charles Gates Dawes vorgelegt (gedruckt u. a. in SACHVERSTÄNDIGEN-GUTACHTEN) und auf der Londoner Konferenz zur Grundlage der deutschen Reparationen bestimmt wurde (vgl. oben mit Anm. 8).

hen, eine Erschütterung der deutschen Währung nicht wieder herbeizuführen[12]. Vergessen wird hierbei, daß diese Übergangszeit, die uns schon zwei Millionen Arbeitslose gebracht hat, in einer Zeit beginnender Leistungen und zum Teil eines Übergangsmoratoriums[13] stand – Sie werden diesen Ausdruck verstehen, ohne daß ich auf die Einzelheiten des Dawes-Gutachten eingehe –, so daß sich jedem die Frage aufdrängen mußte: was würde geschehen, wenn zur Zeit der Krise diese Erleichterungen nicht bestanden hätten? Wenn wir nun sehen, daß hier mit Mitteln, die weit größer sind als die wenigen Tausend Mark, die für unsere Flugblätter ausgegeben worden sind, die ganze deutsche Öffentlichkeit aufgereizt und in eine ganz falsche Richtung gedrängt wird, ja, meine Herren, dann habe ich das Recht und die Pflicht,

(stürmische Zustimmung bei den Deutschen Demokraten und den Sozialdemokraten)

als Außenminister dagegen einzuschreiten.

(Erneuter Beifall.)

Dieses Recht und diese Pflicht werde ich mir von niemand beschränken lassen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien und den Sozialdemokraten. – Erregte Zurufe von den Deutschnationalen. – Der Abgeordnete Dr. Quaatz beginnt zu sprechen.)[14]

---

[12] Das Sachverständigen-Gutachten (vgl. die vorige Anm.) und entsprechend das Londoner Abkommen sahen vor, daß die deutschen Reparationszahlungen zunächst an einen Agenten für Reparationszahlungen gehen sollten und deren Weiterleitung an die Gläubiger davon abhängig war, daß die Stabilität der deutschen Währung dadurch nicht gefährdet würde.

[13] Der Dawes-Plan sah ebenfalls vor, daß die jährlichen deutschen Zahlungen erst 1928 die volle Höhe von 2,5 Mrd. erreichen sollten.

[14] Nach einer Entgegnung von Quaatz (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 389, S. 6529–6530) werden in der folgenden Abstimmung die oben Anm. 1 genannten Anträge vom Reichstag abgelehnt (ebd., S. 6530).

Rede anläßlich einer Bismarckfeier in Annaberg vom 1. April 1926[1]

Nach SCHULTHESS 67 (1926), S. 82. – Teildrucke in KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 247 (Zweite Morgenausgabe) vom 2. April 1926; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 155 vom 2. April 1926, S. 4; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 155 (Morgenausgabe) vom 2. April 1926; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 156 (Morgenausgabe) vom 2. April 1926; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 156 (Morgenausgabe) vom 2. April 1926; FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 248 (Morgenausgabe) vom 3. April 1926, S. 3; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22109 (Morgenausgabe) vom 2. April 1926, S. 5; REICHSPOST, Nr. 92 vom 2. April 1926, S. 1; WIENER ZEITUNG, Nr. 78 vom 3. April 1926, S. 6; URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 497–498.

Deutschland muß mit diplomatischen Methoden seine Großmachtstellung zurückgewinnen und dafür daran mitwirken, die Weltwirtschaft wieder einzurenken; der Weg in den Völkerbund muß von den übrigen Locarnomächten freigemacht werden.

Die heutige Stellung Deutschlands ist mit keiner Lage zu vergleichen, die von Bismarck[2] gemeistert worden ist. Bismarck selbst würde über diejenigen lächeln, die da glauben, aus seinen Reden und Handlungen Rezepte für die heutige Lage formen zu können. Die Kritik der heutigen Politik hat ihre tiefste Ursache in dem großen Gegensatz einer Empfindung, mit welcher der Deutsche der gewaltigen geschichtlichen Größe seines Vaterlandes gedenkt und in der Unfreiheit und politisch geringen Bewegungsmöglichkeit, zu der wir auch heute noch verurteilt seien[3]. Wir müssen uns langsam unsere Großmachtstellung wieder neu erringen. Das Fehlen jeglicher Machtmittel bedingt, abgesehen von der friedlichen Einstellung Deutschlands, die Anwendung[4] diplomatischer Methoden und eine neue Einstellung in das Verhältnis der Mächte. Zwei Gesichtspunkte beherrschen die gegenwärtige weltpolitische Lage. Der eine ist die Friedenssehnsucht der Völker, die erkannt haben, daß der Weltkrieg selbst für die Siegerstaaten kein dauerndes Glück schuf, die Weltwirtschaft aber aus ihren festen Regeln beinahe in das Chaos geworfen hat. Daraus ergibt sich die zweite Aufgabe der Gegenwart, die aus den Fugen geratene Weltwirtschaft wieder einzu-

---

[1] In der Vorlage heißt es einleitend: „Anläßlich einer Bismarckfeier in Annaberg führt Min. Stresemann am Geburtstage des Reichsgründers in einer Festrede u. a. folgendes aus:“ – Die Vorlage, offenbar die gekürzte Fassung der Rede, stützt sich wohl auf eine WTB-Meldung, die in KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 247 (Zweite Morgenausgabe) vom 2. April 1926, als solche gekennzeichnet ist.

[2] Otto [seit 1871 Fürst] von Bismarck (1815–1898), Reichskanzler 1871–1890.

[3] So – in indirekter Rede – in der Vorlage.

[4] In der WTB-Meldung (vgl. oben Anm. 1) folgt hier „nur“.

renken, eine Aufgabe, die ohne Deutschlands Mitwirkung nicht zu lösen ist. Auf diesem Boden ergibt sich für Deutschland die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit auf der Grundlage gleichberechtigter Verständigung unter den Völkern. Diese Politik führte uns von London über Locarno nach Genf[5]. Die Vertrauenskrise der letzten Völkerbundstagung ist noch nicht überwunden und zittert noch nach. Ob wir nach Genf zurückfinden können, hängt davon ab, ob diejenigen, die das Friedenswerk von Locarno mit dem Gedanken des Völkerbundes verbanden[6], den Weg für einen Eintritt Deutschlands freizumachen verstehen, den Deutschland gehen kann.

[5] Mit den drei Etappen sind die Londoner Konferenz vom Sommer 1924, auf der der Dawes-Plan als Grundlage künftiger deutscher Reparationsleistungen vereinbart wurde (paraphrasierende Zusammenfassung der dortigen Vorgänge in SCHULTHESS 65 [1924], S. 419–439), die Konferenz von Locarno vom Oktober 1925, auf der am 16. Oktober 1925 die Verträge von Locarno paraphiert wurden (Text der Verträge in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215), und schließlich die außerordentliche Völkerbundstagung vom 8. bis 18. März 1926 (paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 67 [1926], S. 453–458), bei der der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund scheiterte, angesprochen.

[6] Das Inkrafttreten des Hauptvertrags von Locarno zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien war daran gebunden, daß Deutschland in den Völkerbund eintreten würde (vgl. Art. 10: LOCARNO-KONFERENZ S. 202).

Rede auf der Landesversammlung der DVP Württemberg in Stuttgart vom 18. April 1926[1]

Nach SCHWÄBISCHER MERKUR, Nr. 177 (Morgenausgabe) vom 19. April 1926, S. 1–2. – Teildrucke (teilweise mit Abweichungen und ergänzenden Passagen) in BADISCHE PRESSE, Nr. 180 vom 19. April 1926, S. 1; KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 288 (Morgenausgabe) vom 19. April 1926; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 180 (Abendausgabe) vom 19. April 1926; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 183 (Abendausgabe) vom 19. April 1926; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 183 (Abendausgabe) vom 19. April 1926; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 181 (Abendausgabe) vom 19. April 1926; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22125 (Abendausgabe) vom 19. April 1926, S. 2; LA SOCIÉTÉ DES NATIONS, Revue 8 (1926), S. 327–328; STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 444–445 u. 503–504; SCHULTHESS 67 (1926), S. 84–87.

Rekapituliert den Weg Deutschlands hin zum Völkerbund und weist die Kritik daran zurück. Deutschland muß im eigenen Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens mitarbeiten. Jetzt liegt es an den anderen, den Völkerbundsbeitritt zu ermöglichen. Der derzeit verhandelte Vertrag mit Rußland bedeutet keine Abkehr von Locarno, sondern zielt auf die Befriedung Europas.

Ihr Vorsitzender[2] hat vorhin freundliche Worte der Begrüßung an mich gerichtet. Und er hat geglaubt, mich loben zu müssen, wenn ich einen Tag meines Urlaubs[3] freigemacht hatte für Württemberg. Ich habe mir wohl überlegt, ob ich die wenigen Tage, in denen die Sonne von Locarno scheint – ich meine die natürliche Sonne, die politische ist durch die Wolken von Genf verdunkelt[4] – abkürzen solle. Gerade hierbei

---

[1] Die Vorlage, aus einem umfangreichen Artikel über die öffentliche Landesversammlung der DVP (die nach dem Bericht in BADISCHE PRESSE, Nr. 180 vom 19. April 1926, S. 1, im „Stuttgarter Stadtgarten“ stattfand), bietet im letzten Teil eine längere zusammenhängende Passage der Rede Stresemanns. Allerdings sind auch im ersten, eher kommentierenden Teil des Artikels einzelne Passagen mit höchstwahrscheinlich wörtlicher Rede Stresemanns zu finden, die hier – im Abgleich mit den anderen Teildruckorten – an entsprechender Stelle angehängt werden. – Umgekehrt werden einige Passagen, die sich nicht in der Vorlage, aber an anderen Teildruckorten finden, in den Anm. ergänzend hinzugefügt. – In der Vorlage findet sich (S. 5–6) ein weiterer umfangreicher Artikel über den Gesamtablauf der Landesversammlung.

[2] Theodor Bickes (1868–1933), Mitglied des Reichstags Mai 1924 – 1930 (für die DVP); Landesvorsitzender der württembergischen DVP 1919–1927.

[3] Stresemann hatte seinen Osterurlaub in Locarno verbracht (vgl. SCHWÄBISCHER MERKUR, Nr. 177 [Morgenausgabe] vom 19. April 1926, S. 1) und unterbrach die Rückfahrt nach Berlin in Stuttgart (vgl. KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 288 [Morgenausgabe] vom 19. April 1926).

[4] Mit der Metapher bezieht sich Stresemann auf die Konferenz von Locarno, auf der am 16. Oktober 1925 die Verträge von Locarno paraphiert wurden (Text der Verträge in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215), und die außerordentliche Völkerbundstagung vom 8. bis 18. März 1926 (paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 67 [1926], S. 453–458), bei der der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund scheiterte.

fand ich bei einem Mann, der in ihrer Partei fördernd lebt und wirkt, ein gutes Beispiel für politische Pflichterfüllung. Mir ist vor kurzem ein Blatt zugesandt worden[5], in dem ich las, daß unser verehrter Landtagsabgeordneter Dr. **Egelhaaf[6],** der schon das biblische Alter erreicht hat, in einem Ort Württembergs (Oehringen. Die Schriftleitung.)[7] eine Versammlung hielt und daß nach seinem Erscheinen dort eine Ortsgruppe gegründet wurde. Wenn man bedenkt, daß unser Freund in dieser Pflichterfüllung für seine Ideale und seine Partei wirkt, dann glaube ich, daß, wenn ein Lob auszusprechen ist, dies unserem verehrten Dr. Egelhaaf zukommt. (Lebhafter Beifall.)

Lassen Sie mich nun einige Worte zu der großen Fülle der Gedanken sagen, die in dem Vortrag unseres Freundes Rheinbaben[8] hier ausgesprochen worden sind. Rheinbaben sprach von Genf. Er hat selbst in den ersten Ausführungen, die er machte, auf einen Widerspruch hingewiesen in der Beurteilung der **deutschen öffentlichen Meinung gegenüber Genf,** den ich doch noch vertiefen möchte. Als die Reichsregierung und Führung der deutschen Außenpolitik zu dem Eintritt in den Völkerbund Stellung zu nehmen hatte, da war die Kritik, die sich gegen uns erhob, seltsamer Art. Ich darf das noch hier an einzelnen Momenten hervorheben. Ich war im August 1923 kaum Reichskanzler geworden[9], als das ganz dringende Begehren von links an mich gerichtet wurde, Deutschlands Eintritt in den Völkerbund zu vollziehen[10]. Deutschland hat den Wunsch seinerzeit schon in den **Friedenstagen von Versailles** geäußert. Unsere Friedensabordnung hat damals darum ersucht, dem Völkerbund anzugehören. Damals wurde es **abgelehnt[11].** Somit hatte nunmehr die **Anregung und der Wunsch vom Völkerbund** auszugehen. Aus diesem Grunde habe ich es **abgelehnt,** eine **erneute Initiative** zu ergreifen. Der Völkerbund hatte

---

[5] Das Betreffende konnte nicht ermittelt werden.

[6] Gottlob Egelhaaf (1848–1934), Mitglied des Württembergischen Landtags 1920–1926 (für die DVP; Leiter der dortigen DVP-Gruppe 1924–1926).

[7] So in der Vorlage.

[8] Werner Frhr. von Rheinbaben (1878–1975), Staatssekretär in der Reichskanzlei 13. August – 17. Oktober 1923; Mitglied des Reichstags 1920–1930 (für die DVP). – Rheinbaben hatte vor Stresemann über „Deutschlands weltpolitische Lage nach Genf“ gesprochen (vgl. SCHWÄBISCHER MERKUR, Nr. 177 [Morgenausgabe] vom 19. April 1926, S. 5 u. 6).

[9] Die Ernennung Stresemanns zum Reichskanzler durch Reichspräsident Ebert erfolgte am 13. August 1923 (Faksimile der Ernennungsurkunde in STRESEMANN, Vermächtnis I, nach S. 88). Gleichzeitig übernahm er das Amt des Außenministers.

[10] Zu Vorschlägen vom Sommer 1923 zum deutschen Völkerbundsbeitritt, u. a. von seiten der SPD, vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann I, S. 76, Anm. 6.

[11] In den deutschen Gegenvorschlägen vom 29. Mai 1919 zu den alliierten Friedensbedingungen hatte Deutschland seine Abrüstung angeboten unter der Voraussetzung, daß es gleichberechtigtes Völkerbundsmitglied werde; dies hatten die Siegermächte am 16. Juni 1919 zurückgewiesen (vgl. URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 467–469).

inzwischen den Wunsch nach Deutschlands Eintritt angeregt. Es war Herr Macdonald[12], der 1924 in Genf davon sprach, er sehe in dieser Versammlung einen leeren Stuhl und dieser müsse besetzt werden, wenn der Völkerbund ein Völkerbund sein soll. Damals nahm die deutsche Reichsregierung zu dieser nunmehr von der anderen Seite gegebenen Anregung Stellung[13]. Damals hat sie die Grundsätze festgelegt, von denen sie ausgehen müsse. Diese Grundsätze waren einmal die selbstverständliche **Anerkennung der deutschen Großmachtstellung durch einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat[14]** und zweitens die von uns verlangte Anerkennung unseres **Rechtes auf Verwaltung von Kolonien[15],** es war drittens die Festlegung des Grundsatzes, daß Deutschland, wenn es dem Völkerbund beitreten würde, damit **in keiner Weise etwas anerkannte, was ausgedeutet werden dürfe als eine Anerkennung irgend einer moralischen Schuld Deutschlands bei Ausbruch des Weltkrieges[16].** Diese Gedankengänge sind die Grundlagen gewesen unserer Verhandlungen mit dem Völkerbund. Sie bestanden und sie bestehen bis zur Gegenwart.

Und nun die Kritik. Die von der **Linken** sagten, ihr hättet das längst tun sollen, von der Rechten war die Kritik entweder ganz ablehnend und sie sagten, was wollt ihr in dieser Gemeinschaft, oder aber sie gingen so weit, daß sie behaupteten, Deutschland werde das **fünfte Rad am Wagen sein.** Es wird von jener Seite gesagt:

---

[12] Ramsay MacDonald (1866–1937), britischer Premierminister 23. Januar – 4. November 1924 (zugleich Außenminister) und 5. Juni 1929 – 1935. – MacDonald hatte in seiner Rede vor der Völkerbundsversammlung am 4. September 1924 auf die dringende Notwendigkeit der deutschen Mitgliedschaft im Völkerbund verwiesen (Text u. a. in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 421 [Abendausgabe] vom 4. September 1924; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21548 [Morgenausgabe] vom 5. September 1924, S. 3–4; Paraphrase in SCHULTHESS 65 [1924], S. 455–456, und Auszug in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 474–475).

[13] Die Entscheidung war im Ministerrat vom 23. September 1924 getroffen worden (zum Redebeitrag Stresemanns vgl. diese Edition); das Memorandum, in dem die nachfolgenden Bedingungen aufgeführt sind, war am 25. September 1924 in einer Ministerbesprechung genehmigt worden; am gleichen Tag gab Stresemann den Auftrag, den Text den Botschaftern bei den Mitgliedern des Völkerbundsrates zu übersenden mit der Weisung, es am 29. September 1924 zu überreichen (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1065 u. Anm. 2–3). – Text des Memorandums in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 476–478 (dort fälschlich auf den 24. September 1924 datiert); SCHULTHESS 65 (1924), S. 85–87.

[14] Die Satzung des Völkerbunds, die als Teil der Pariser Vorortverträge auch in den Versailler Vertrag integriert war (in dessen Artikeln 1–26; Text in VERTRAG VON VERSAILLES S. 9–20), sah in Art. 4 vor, daß die alliierten und assoziierten Hauptmächte ständige sowie vier weitere Bundesmitglieder befristet gewählte Mitglieder des Völkerbundsrates sein sollten; mit Mehrheit der Völkerbundsversammlung konnten jedoch weitere Staaten zu ständigen Ratsmitgliedern gewählt werden (ebd., S. 10).

[15] Die Satzung des Völkerbundes formulierte in Art. 22, daß die infolge der Pariser Vorortverträge abzutretenden Kolonien bisheriger Kolonialmächte, also auch diejenigen Deutschlands, den „fortgeschrittenen Nationen“ in Vormundschaft übertragen würden (ebd., S. 16).

[16] Gemeint ist eine erneute Anerkennung des „Kriegsschuldartikels“ 231 des Versailler Vertrags (Text ebd., S. 211).

Wir sind grundsätzlich gegen den Völkerbund, weil wir ihn nicht als ein Instrument des Friedens ansehen, weil er uns Unrecht über Unrecht zugefügt hat. Ich will mich an dieser Stelle mit dieser Kennzeichnung des Völkerbundes nicht auseinandersetzen, **aber was ist wichtiger: in einer Gemeinschaft von Freunden Mitglied zu sein oder in einer Vereinigung von Menschen, die mir Unglück zufügen können?!** Dann will ich lieber in der Vereinigung sein, damit ich in der Lage bin, mich wenigstens **wehren zu können** und dieses Unglück auf ein Mindestmaß zu beschränken. Wenn man sagt, er hat uns Unrecht auf Unrecht zugefügt, so bleibt abzuwarten, ob man das zu tun wagt, wenn Deutschland im Völkerbund ist. Gewiß es ist eine **Interessengemeinschaft der Mächte, in der es hart auf hart geht** und in der jeder einzelne versucht, seine eigenen Interessen zur Geltung zu bringen. Bei den Alliierten sind sie längst nicht einheitlich. Allianzen sind immer für gewisse Zeitumstände geschlossen worden. Alliierte, auch im Kriege, bedeuten nicht immer Freunde des Herzens, sondern meist doch nur Interessengemeinschaft für Zweck, Ziel und Zeit. Und wenn der Völkerbund seines Idealismuses [!] entkleidet selbst nichts anderes wäre, als die Interessenvertretung der großen Welt, dann haben wir **ein Interesse daran, selbst mitzutun.** Und wenn ich die Frage höre, ob wir stärker sind, wenn wir draußen oder drinnen sind, dann muß ich mit dem Reichskanzler[17] sagen, wir sind stärker, wenn wir in ihm sind. Wenn die Dinge hingehen nach einer Stabilisierung des Friedens, unsererseits werden wir an ihr tatkräftig mitwirken. Für mich steht das eine fest – und in der Beziehung bekenne ich mich zu denen, die den Wunsch haben, im Völkerbund ein **großes Friedensinstrument** zu sehen – daß die Erde und insbesondere Europa und in Europa **Deutschland den Frieden bitternotwendig hat,** und daß nur ganz verantwortungslose Leute in Deutschland mit diesem Gedanken der unbedingten Aufrechterhaltung des Friedens spielen können. Wir haben so unendlich viel aufzubauen nach dem Verlust des größten Krieges, den die Welt je gesehen hat, daß es ein Verbrechen wäre, wenn einer nicht an dem Werk des Friedens mitarbeitet, wenn er dazu in der Lage ist. Darauf hinaus geht auch das Bestreben der anderen Völker, denn **es gibt auch keine glücklichen Sieger.** Als Endergebnis des Krieges sehen wir ein Chaos ohnegleichen, von dem niemand

[17] Hans Luther (1879–1962), Reichsernährungsminister 1922 – 6. Oktober 1923; Reichsfinanzminister 6. Oktober 1923 – 15. Januar 1925; Reichskanzler 15. Januar 1925 – 13. Mai 1926; Reichsbankpräsident 1930–1933; Botschafter in den USA 1933–1937. Parteilos (1927–1930 Mitglied der DVP). – Im Folgenden bezieht sich Stresemann vermutlich auf Luthers Rede in Hamburg vom 2. März 1926, in der er sich etwa in diesem Sinne geäußert hatte (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 53–56; die betr. Passage: S. 55).

weiß, wie es enden wird. Heute kämpfen auch Siegerstaaten mit dem **Währungsverfall.**[18] Eine **Abrüstung** wird niemals die Zustimmung eines Generalstabs eines Landes finden, das nehme ich keinem übel.

Daß der Gedanke der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Friedens wenigstens in weite Kreise der Völker geht und auch heute bei Staatsmännern der Siegerstaaten zu finden ist, das steht für mich außer Zweifel.[19]

Dabei mitzuwirken ist unsere unbedingte Aufgabe.

Wenn ich mir **die Vorgänge in Genf** ansehe, wie sie sich abgespielt haben in den letzten Wochen[20], dann glaube ich kann man doch auch Genf unter einem anderen Gesichtspunkt, als wie es vielfach in der deutschen Oeffentlichkeit geschieht, betrachten. Man findet so oft die Darlegung, Deutschland habe **antichambriert** und sei dann nicht zugelassen worden. Um was ging denn der Kampf in Genf? Doch nur um die Stellung Deutschlands im Völkerbund! Und nun kamen die Kämpfe auch über die Zuwahl von **Polen** unter dem Gesichtspunkt, daß man glaubte, Deutschland könne sich im Völkerbund eine solche Stellung verschaffen, daß darunter die Stellung der anderen zu leiden hätte.

Das ist der Gesichtspunkt, der gar nicht vereinbar ist mit dem Gesichtspunkt, daß wir das fünfte Rad am Wagen sind.

Ein Zusammenhang besteht zwischen Locarno und der erfolgten Zusage des französischen Außenministers[21], für die Zuwahl Polens einzutreten. Aber ich wunde-

---

[18] In STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 444 (ganz ähnlich in SCHULTHESS 67 [1926], S. 85), folgt, offenbar im Anschluß an diese Stelle: „Die Zerrüttung der Währungen ist nur in der Zeitfolge verschieden. Leider lernen die Menschen nichts aus der Weltgeschichte. Jeder Finanzminister macht die Fehler der Finanzminister der Nachbarstaaten beinahe automatisch nach. Jede Regierung wartet, bis die Währung zerrüttet ist, ehe sie den moralischen Mut findet, ihrem Volke zu sagen, daß die Währung unter Verlust eines Teiles des Volksvermögens stabilisiert werden muß. Die Folge der Währungszerrüttung ist eine neue soziale Schichtung, die nicht zum Besten der Entwicklung der Völker dient. Diese Währungsentwicklung läßt die Völker aufrichtiger an der Aufrechterhaltung des Friedens arbeiten, als es nach außen vielfach den Anschein hat."

[19] In SCHULTHESS 67 (1926), S. 85, folgt hier: „Ich gebe zu, daß die virtuelle Macht das Entscheidende im Völkerleben ist und unsere Schwäche durch unsere Machtlosigkeit bedingt ist. Aber man kann auch Genf unter einem anderen Gesichtswinkel betrachten. Die Zulassung Deutschlands und seine Großmachtstellung unterlag keinem Zweifel. In dem Widerstand kam nicht ein antideutsches, sondern ein prosüdamerikanisches Prinzip zum Ausdruck. Zudem ist der Gedanke, ein Gegengewicht gegen Deutschland im Völkerbundsrat bilden zu müssen, nicht vereinbar mit einer Stellung als fünftes Rad."

[20] Vgl. oben mit Anm. 4.

[21] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918. – Bereits vor den Verhandlungen in Genf (vgl. oben mit Anm. 4) hatte Frankreich Deutschland zu verstehen gegeben, daß es die Bemühungen Polens um einen ständigen Völkerbundsratssitz unterstütze (vgl. etwa den telegraphischen Bericht Hoeschs vom 27. Februar 1926 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 313–314).

re mich sehr, daß nicht in einer objektiven Darstellung der Zusammenhänge auch einmal von der Seite der Kritik das eine anerkannt wird: wenn Graf Skrzynski[22] die Zuwahl Polens in den Völkerbundsrat als notwendig ansah, um das durch Locarno gestörte Prestige Polens wieder herzustellen, dann können doch **die Locarnoverträge keine Preisgabe der deutschen Ostinteressen** sein. Die heutige Situation nach diesen Genfer Verhandlungen ist gekennzeichnet durch die Einsetzung der Studienkommission und durch den Beschluß des Reichskabinetts, an ihr teilzunehmen unter gleichzeitiger Betonung des Gesichtspunktes, daß die Freiheit unserer Entschließung über den Eintritt in den Völkerbund dadurch nicht gehindert wird[23]. Nun lese ich auch hier vielfach die Kritik, der erste Schritt werde den zweiten nach sich ziehen, daß wir uns auch an einer Studienkommission nicht beteiligen dürfen. Ich darf darauf hinweisen, **daß Deutschland auch seine Bedingungen gestellt hat.** Die eine der Bedingungen war: Ihr dürft nicht vor unserem Eintritt die Konstitution[24] ändern. Im übrigen ist wohl Genf und der Rückschlag in Bezug auf den Völkerbund außenpolitisch keine Verschlechterung der deutschen Lage, da es jetzt die Aufgabe derjenigen ist, die den Locarnovertrag abhängig gemacht haben von dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund[25], auch die Voraussetzungen zu schaffen, daß der Vertrag in Kraft tritt. Ich lege sehr großes Gewicht darauf, die Tatsache auch hier zu betonen, daß nach Auffassung der an dem Rheinpakt beteiligten Mächte die Situation Deutschlands zwischen ihnen und uns so aufzufassen ist, als wenn Deutschland dem Völkerbund bereits angehörte[26]. Ich lege **deshalb** ein entschiedenes Gewicht darauf, als ja in jener Depesche des Herrn Briand an mich **die zugesagte Reduzie-**

---

[22] Aleksander Graf Skrzyński (1882–1931), polnischer Premierminister (und zugleich Außenminister) 20. November 1925 – 10. Mai 1926; Außenminister 1922–1923 u. 27. Juli 1924 – 10. Mai 1926.

[23] In der letzten Sitzung der Völkerbundsversammlung am 18. März 1926 war die Einsetzung eines Ausschusses unter dem Einschluß Deutschlands beschlossen worden, der einen Vorschlag für die künftige Zusammensetzung des Völkerbundsrates erarbeiten sollte (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 458) und künftig oft kurz „Studienkommisison“ genannt wurde. Am 13. April 1926 hatte Schubert das Konsulat in Genf telegraphisch angewiesen, dem Generalsekretär des Völkerbunds die Bereitschaft zur deutschen Teilnahme anzuzeigen (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 462–463), nachdem zuvor das Kabinett in zweifacher Beratung am 31. März und 12. April 1926 zunächst die grundsätzliche und später die tatsächliche Bereitschaft zur Teilnahme beschlossen hatte (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 1242–1245 u. 1258–1259).

[24] Gemeint ist die Satzung des Völkerbunds (vgl. oben mit Anm. 14).

[25] Auf Drängen insbesondere Frankreichs und Großbritanniens war das Inkrafttreten des Hauptvertrags von Locarno daran gebunden, daß Deutschland in den Völkerbund eintreten würde (vgl. Art. 10: LOCARNO-KONFERENZ S. 202).

[26] Bei einer Unterredung Luthers und Stresemanns mit Chamberlain und Briand vom 16. März 1926 in Genf (vgl. die Aufzeichnung ohne Unterschrift in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 406–408) hatten sich die Beteiligten auf ein Kommuniqué geeinigt, das die Fortwirkung der in Locarno erzielten Vereinbarungen erklärte (Text ebd., S. 720–721).

rung der Truppen im besetzten Gebiet fest zugesagt worden ist für den Zeitpunkt, an dem Deutschland dem Völkerbund angehören wird[27]. Dieser Zeitpunkt ist ohne unsere Schuld in die Länge hinausgeschoben worden, umsomehr muß uns daran liegen, diese Lage zu klären. Die drei Fragen, Aufhebung der Militärkontrolle, Reduzierung der Truppen im Rheinland und die Luftfahrtverhandlungen[28], die gegenwärtig in Paris schweben[29], müssen unter dem Gesichtspunkt bewertet werden.[30]

[31]Eine Bemerkung Dr. Stresemanns richtete sich zunächst gegen die Behauptung, als wäre die Meldung über die russischen Verhandlungen[32] von deutscher Seite aus

---

[27] Nach der Unterzeichnung des Locarno-Vertrages und der Ankündigung und schließlich vollzogenen Räumung der nördlichen („Kölner") Rheinland-Besatzungszone diskutierte Deutschland mit den Besatzungsmächten über die verbleibende Besatzungsstärke in der 2. und 3. Zone des Besatzungsgebietes. Zur hier angesprochenen Erklärung Briands vgl. den telegraphischen Bericht des Geschäftsträgers in Paris, Rieth, vom 22. März 1926 (ebd., S. 429–430).

[28] In FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 287 (Morgenausgabe) vom 19. April 1926, S. 1–2, in der die Rede lediglich indirekt und in Paraphrase wiedergegeben ist, folgt, wohl an diese Stelle gehörend: „Die moralische Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund müsse auch für die Pariser Luftfahrtverhandlungen ausschlaggebend sein. Leider trete immer wieder die Angst der fremden Militärs zu Tage, und es sei wirklich keine ernst zu nehmende Einstellung mehr, wenn man im Ausland glaubt, daß ein Dutzend im Fliegen ausgebildete Reichswehroffiziere eine Bedrohung des europäischen Friedens darstellen könnte. Wenn in Locarno in Wirklichkeit auf militärische Auseinandersetzungen verzichtet wurde und zwar gegenseitig, so sei damit die Aufrechterhaltung der Besetzung deutschen Landes nicht vereinbar. Der Außenminister ging sodann auf die deutsch-russischen Vertragsverhandlungen ein […]."

[29] Neben der Frage der Reduzierung der Besatzungstruppen im Rheinland verhandelte die Reichsregierung auch über die Beendigung der interalliierten Militärkontrolle in Deutschland und über die Frage der Luftfahrt, d. h. vor allem der Abgrenzung zwischen den Deutschland nach dem Versailler Vertrag verbotenen Militärflugzeugen und den erlaubten Zivilflugzeugen. Zum aktuellen Stand der Verhandlungen vgl. die Aufzeichnung Schuberts über ein Gespräch mit D´Abernon vom 3. April (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 455–456).

[30] In der Vorlage folgt als Einschub: „Zum Schluß seiner Rede ging der Außenminister auch auf die Frage der deutsch-russischen Verhandlungen ein und führte hierzu folgendes aus:" Die entsprechende Passage seiner Rede findet sich in der Vorlage auf S. 1. – Dagegen folgt in SCHULTHESS 67 (1926), S. 85-86 (und ähnlich in Teilen in STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 444–445), hier: „Locarno bedeutet die Anerkennung des dauernden Friedens. Wenn das für uns den Verzicht auf die abgetretenen Grenzgebiete mit sich bringt, so bedeutet es für Frankreich den Verzicht darauf, mit militärischer Macht seine Rheinpolitik fortzusetzen. Mit einer Friedenssicherungspolitik Englands und Frankreichs ist die Aufrechterhaltung der Besatzung von 82 000 Mann logisch nicht vereinbar. Die Souveränität Deutschlands auf deutschem Boden wiederzuerringen, muß unsere erste Aufgabe sein, hinter der alle anderen Aufgaben zurückzutreten haben. Dabei dürfen wir uns nicht darüber täuschen, daß den Persönlichkeiten bei unseren Vertragsgegnern, die den Frieden wollen, auch Persönlichkeiten gegenüberstehen, die anders gesinnt sind, und der Kampf zwischen diesen beiden Anschauungen gibt der gegenwärtigen Zeit ihr Gepräge. Es gibt einen Poincarismus. Durch die Bezeichnung ‚Sozialist' soll man sich nicht irrführen lassen. Es gibt manche Soz., die die allergrößten Nationalisten geworden sind. Deshalb war es notwendig, daß wir uns in Genf noch einmal ausdrücklich zu der Politik des Kampfes um die Freiheit des Rheins bekannt haben. Ist es mit dieser Politik vereinbar, wenn wir mit Rußland Verhandlungen führen über einen Vertrag, der noch einmal festsetzt, daß die Grundsätze von Rapallo nicht erschüttert seien, und der, wie ich Grund habe anzunehmen, vielleicht zum Ausdruck bringt, daß beide Staaten sich an aggressiven Maßnahmen gegen einen von beiden nicht beteiligen?"

[31] Der folgende Satz, vermutlich in einer Mischung aus direkter und indirekter Rede, so in der Vorlage.

[32] Zum aktuellen Stand der bereits seit längerem laufenden deutsch-sowjetischen Verhandlungen über einen Vertrag vgl. die telegraphische Weisung Schuberts an die Botschaft in Moskau vom 12.

in die „Times“[33] gelotst worden, während es doch nur in den französischen Kram paßte, die Dinge so darzustellen, als ob Deutschland mit der Bekanntgabe seiner Heimlichkeiten gleichsam einen Dolchstoß in den Rücken von Locarno verübt habe. Nichts ist falscher als das. Im Gegenteil ist gerade Deutschland es gewesen, daß mit vollkommener Aufrichtigkeit auf dem gegebenen diplomatischen Wege seine Vertragspartner von Locarno von den geplanten Abmachungen mit Rußland unterrichtete[34], ein Verfahren, das verdiente, auch den den andern uns gegenüber angewendet zu werden, sonst aber ein zwingender Beweis, daß es niemals Deutschlands Absicht gewesen sein konnte, Intrigen gegen seine Locarnopartner zu spinnen.

Der beabsichtigte Vertrag mit Rußland ist, das war im übrigen der Kern der Stresemannschen Ausführungen[35], **keine Abkehr von Locarno,** sondern dessen naturgemäße Ergänzung. Wer den Vertrag als Abkehr von Locarno betrachtet, der gehört zu denen, die in Locarno die „westliche Orientierung“ sehen. Das ist es aber nicht. Für uns bedeutet Locarno den Gedanken der **Friedenssicherung,** keine Bündnispolitik gegen irgend einen anderen Staat. Auch der Völkerbund ist für uns keine Kampforganisation gegen Rußland, nicht der vorbereitete „Kreuzzug“ gegen Rußland. Gerade der Austausch der Urkunden über den Art. 16 der Völkerbundsakte[36] beweist doch, daß Deutschland eine solche Politik wünscht. Dieser Gedanke ist schon lange zwischen Rußland und Deutschland zum Ausdruck gekommen. Was jetzt bekannt wurde, ist also gar keine Sensation. War aber für uns Locarno nicht die „westliche Orientierung“, dann konnten wir uns einer Anregung, auch nach Osten den Frieden zu sichern, nicht anders als positiv gegenüberstellen. Die innere Staats-

---

April 1926 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 2,1, S. 319–321) sowie die beiden Aufzeichnungen Dirksens vom 13. April 1926 (ebd., S. 322–323 u. 324–325).

[33] Die „Times“ hatte am 14. April 1926 unter der Überschrift „Germany and the Soviets. New Reinsurance Treaty“ gemeldet, daß die Unterzeichnung eines deutsch-sowjetischen Vertrages bevorstehe, mit dem der Vertrag von Rapallo den neuen Bedingungen nach den Verträgen von Locarno angepaßt werden solle (THE TIMES, Nr. 44245 vom 14. April 1926, S. 16).

[34] Schubert hatte durch eine streng geheime Weisung vom 1. April 1926 Botschafter Hoesch in Paris angewiesen, die französische Regierung über den geplanten Vertrag vertraulich zu unterrichten (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 2,1, S. 254–258), sowie am Tag zuvor den britischen Botschafter selbst informiert (ebd., S. 249–254).

[35] Dieser Einschub so als Paraphrase in der Vorlage.

[36] Art. 16 der Völkerbundssatzung verpflichtete im Falle eines Angriffs auf ein Völkerbundsmitglied die übrigen Mitglieder zur Unterstützung des Angegriffenen, insbesondere auch zum Abbruch aller Handels- und Finanzbeziehungen mit dem Angreifer, und dazu, Streitkräften dritter Staaten, die dem Angegriffenen zu Hilfe kommen wollten, den Durchmarsch zu erlauben (VERTRAG VON VERSAILLES S. 14–15). Im Ergebnis längerer Verhandlungen, zuletzt in Locarno, wurde Deutschland eine Kollektivnote zur Interpretation des Artikels übergeben, auf die man sich am 10. Oktober 1925 geeinigt hatte (vgl. LOCARNO-KONFERENZ S. 182–183), die dem Schlußprotokoll vom 16. Oktober 1925 angefügt wurde (ebd., S. 214–215) und Deutschland faktisch von den Verpflichtungen aus Art. 16 dispensierte.

verfassung Rußlands kam dabei gar nicht in Betracht, wir haben nur unsere Interessen zu wahren, uns Zeit und Frieden zu geben für eine ruhige Entwicklung nach innen und außen.[37]

[38]Zwischen Pazifismus und Draufgängertum müssen wir den richtigen Mittelweg finden. Dazu sollten wir die Zustimmung einer großen Mehrheit finden. Armee und Flotte haben wir verloren[39]. Der einheitliche Wille eines Sechzigmillionenvolkes ist unser einziger Ersatz. Es ist müßig zu fragen, was stärker wäre nach außen: eine Rechts- oder eine Linkspolitik. Es gibt nur eine starke Außenpolitik: Rechts- **und** Linkspolitik, eine Politik, hinter der das ganze Volk steht. Ohne einen gewissen Optimismus können wir nicht hochkommen. Es handelt sich für uns darum, aus dem Allerschlimmsten herauszufinden und wir sind auch aus einigem schon herausgekommen. Die Befreiung von Köln[40] hat doch mehr zu bedeuten, als den Abzug der englischen Besatzung. Dahinter lag doch die ganze französische Rheinpolitik, die

---

[37] In SCHULTHESS 67 (1926), S. 86–87 (teilweise auch in STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 504), schließt die Überlieferung der Rede mit einem Passus ab (vgl. oben mit Anm. 1), der vielleicht hierhin gehört: „Diese Entwicklung sehe ich nicht so blind verheißungsvoll an, wie der ‚Simplicissimus' sie mir unterstellt, indem er mich sagen läßt: ‚Die linden Lüfte sind erwacht.' Ich habe die Empfindung, daß wir noch sehr lange unter Herbstschauern zu leiden haben. Ein Außenminister, der aus der Gemütshitze heraus alles wieder in Ordnung bringen wollte, würde uns in Konflikte mit allen Mächten bringen. Es wäre gut, einmal ein Buch des mißverstandenen Bismarck zu schreiben, in dem dargestellt wird, wie er in der Fülle der Macht der Vorsichtigste im Gebrauch der Macht gewesen ist, wie er sich 1866 und 1870 denen gegenüber durchgesetzt hat, die nicht genug bekommen konnten. Er wollte Europa den Frieden erhalten. Das wäre ein besseres Bild von ihm als das, das die Legende von ihm sich macht, wenn sie ihn als den Mann mit den Kürassierstiefeln darstellt. Man spricht vom Zusammenschluß zu einer bürgerlichen Partei. Eine Utopie, die weder durchsetzbar noch wünschenswert wäre, weil dann die Kluft noch größer wäre zwischen dieser einen bürgerlichen Partei und den anderen, denen man damit das bürgerliche Empfinden absprechen würde. Man spricht den Wunsch nach Wiedermitarbeit der D[eutsch]nat[ionalen] in der Regg. aus. Ich bin der Meinung, daß es keine große Partei in Deutschland geben darf, die nicht einmal an der Verantwortlichkeit teilnimmt. Die Dnat. werden erkennen zu geben haben, ob sie bereit sind, die heutige Außenpolitik ehrlich und loyal unterstützen und tragen zu wollen, denn sie selbst haben erklärt, daß sie die Verträge von Locarno nicht als rechtsverbindlich ansehen, weil sie der Zweidrittelmehrheit bedurft hätten. Man kann nicht in die Regg. eintreten, wenn man die von ihr mit anderen Staaten geschlossenen Verträge nicht als rechtsverbindlich ansieht. Spätere Zeiten werden die innere und äußere Konsolidierung, die wir von 1919 bis jetzt erreicht haben, als ein geschichtlich außerordentlich wertvolles Kennzeichen für die innere Kraft des deutschen Volkes ansehen." – In STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 445, folgt ein abschließender Passus, der offenbar hier anschließt: „Als ich am 2. September 1923 als Reichskanzler in Stuttgart war, befanden wir uns im tiefsten Elend. Damals schien es, als ob das ganze Reich bersten wolle. Wenn wir damals keinen Optimismus gehabt hätten, wohin wären wir dann gekommen? Das Befreiungsglockengeläute in Köln bedeutete das Ende der ganzen französischen Rheinpolitik. Wir werden noch manchen Kampf zu führen haben. Wir müssen ihn aber durchfechten, um denen, die nach uns kommen, die Möglichkeit zu verschaffen, sich in einem freien Deutschland ihres Daseins zu erfreuen."

[38] Im einleitenden Teil der Vorlage finden sich als „Schluß der Rede" die folgenden Sätze, die vermutlich an diese Stelle gehören (vgl. oben mit Anm. 1).

[39] Stresemann bezieht sich hier auf die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrags für Deutschland (vgl. zu den Details dessen Art. 159–213: VERTRAG VON VERSAILLES S. 82–100).

[40] Am 31. Januar 1926 endete formal (nach dem Abzug der letzten Truppen am Vortag) die Räumung der nördlichen („Kölner") Zone durch die Besatzungstruppen; Köln und sein engeres Umland waren zuvor mit britischer Besatzung belegt gewesen.

überhaupt nicht aus dem Rheinland heraus wollte, und es hat doch etwas von geschichtlichem Klang, daß diese französische Rheinpolitik zuschanden geworden ist. Es wird nicht fehlen an Enttäuschungen und Rückschlägen, es wird immer nur Kampf sein. Aber wir müssen diesen Kampf auf uns nehmen für unsere Kinder und Enkel![41]

[41] In der Vorlage schließt an: „Die ganze große Versammlung nahm die Rede Dr. Stresemanns mit dem wärmsten Beifall auf, der ihre starke innere Ergriffenheit bewies." – An anderer Stelle der Vorlage (S. 6) heißt es in dem Artikel über den gesamten Ablauf der Versammlung abschließend: „Der Landesvorsitzende Abgeordneter Bickes dankte mit herzlichen Worten beiden Rednern [Rheinbaben und Stresemann] für die glänzenden Darlegungen und versichert den Reichsaußenminister Dr. Stresemann der unwandelbaren Treue der Partei. Er schließt mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf das deutsche Vaterland."

Rede vor der Presse in Berlin vom 26. April 1926[1]

Nach STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 504–511. – Teildrucke in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 648–649; QUELLEN ZU DEN DEUTSCH-SOWJETISCHEN BEZIEHUNGEN S. 149–150.

Rechtfertigung die Unterzeichnung des Berliner Vertrags. Geht auf die Entstehungsgeschichte des Vertrags ein. Der Vertrag ist mit der Locarno-Politik vereinbar, zumal die Westmächte rechtzeitig informiert wurden. Details und Erklärungen zum Inhalt des Vertrags und des Notenwechsel. Im Ergebnis hat der Vertrag denjenigen von Rapallo den neuen Bedingungen angepaßt.

Der Vertrag, der jetzt unterzeichnet ist[2], hat eine sehr lange Vorbereitung in den Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen erfahren. Diese Verhandlungen gehen zurück bis auf den Dezember 1924[3]. Die ersten Sondierungen über einen deutsch-russischen Vertrag sind ungefähr in der Zeit erfolgt, in der auch die erste Fühlungnahme diplomatischer Art über diejenige Politik erfolgte, die später über das deutsche Memorandum[4] zu dem Locarno-Vertrag[5] geführt hat.

Die Idee, den Rapallo-Vertrag[6] durch einen neuen Vertrag zu ersetzen, ging zunächst davon aus, ganz allgemeine Bindungen zwischen beiden Mächten zu schaffen. Späterhin ist insbesondere die Frage einer strikteren, uneingeschränkteren Neu-

---

[1] Ein unmittelbarer Niederschlag dieser Rede vor der Presse findet sich in keiner der herangezogenen Zeitungen; jedoch druckt die REICHSPOST, Nr. 116 vom 27. April 1926, S. 2, eine WTB-Meldung ab, die eingeleitet wird: „Von amtlicher Seite wird zum Abschluß des deutsch-russischen Vertrages mitgeteilt:“ und nachfolgend einige wesentliche Inhalte dessen enthält, was auch Stresemann hier in der „Rede vor der Presse“ verlautbart.

[2] Gemeint ist der „Berliner Vertrag“, ein Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion, der am 24. April 1926 in Berlin unterzeichnet wurde (Text des Vertrags einschließlich des zugehörigen Notenaustauschs vom gleichen Tag in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 2,1, S. 402–406).

[3] Vgl. etwa den Bericht Brockdorff-Rantzaus an Stresemann vom 29. Dezember 1924 (ebd., A 11, S. 646–650).

[4] Gemeint ist die deutsche Initiative vom Januar und Februar 1925; dabei war das Auswärtige Amt zunächst in London, dann in Paris in der Sicherheitsfrage sondierend aktiv geworden und hatte Deutschlands Bereitschaft bekundet, einen Pakt abzuschließen, der den „gegenwärtigen Besitzstand am Rhein“ garantiere (vgl. die betreffenden streng vertraulichen Memoranden vom 20. Januar u. 9. Februar 1925: LOCARNO-KONFERENZ S. 52–53 u. 61–62, sowie die betreffenden Erlasse Schuberts bzw. Stresemanns an Sthamer und Hoesch vom 19. Januar bzw. 5. Februar 1925: ebd., S. 47–51 u. 55–60).

[5] Gemeint sind die Verträge, die im Ergebnis der Konferenz von Locarno am 16. Oktober 1925 paraphiert wurden (Text der Verträge in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215).

[6] Text des deutsch-sowjetischen Vertrags von Rapallo vom 16. April 1922 u. a. in REICHSGESETZBLATT 1922 II, S. 677–678.

tralität Gegenstand der Verhandlungen gewesen. Die beiderseitigen Auffassungen über diese Bindung waren zunächst nicht auf einen Nenner zu bringen. Sie wissen, daß die russische Auffassung vor allem, nachdem die Russen erfuhren, daß Deutschland die Absicht hatte, mit den Westmächten ebenfalls einen Vertrag zu schließen, und nachdem die Westmächte keinen Zweifel darüber ließen, daß sie sich einen solchen Vertrag nur unter dem Dach des **Völkerbundes** denken könnten, dahin ging, daß Deutschland als Völkerbundsmitglied in die Gefolgschaft der führenden Mächte des Völkerbundes geraten würde und daß Deutschland damit in die Gefahr komme, zu einer feindseligen Politik gegenüber Rußland hinübergezogen zu werden. Wir haben niemals diese Auffassung von der Völkerbundspolitik gehabt. Sie werden sich erinnern, daß bei den Verhandlungen und den Kämpfen in Locarno einer der Hauptpunkte die Frage war, ob und inwieweit eine loyale deutsche Völkerbundspolitik vereinbar wäre mit einer freundschaftlichen Ausgestaltung der deutsch-russischen Beziehungen. Die Reichsregierung ist stets der Auffassung gewesen, daß beides sich nicht ausschlösse, sondern daß beides durchaus juristisch und formell **zusammengehen** könne und daß es vom deutschen Standpunkt durchaus notwendig wäre, daß eine solche friedensichernde Politik und möglichst freundschaftliche Beziehungen nach beiden Seiten hin von uns aus gepflegt werden müßten. Ich erinnere Sie nur an die Erklärungen, die sowohl der Herr Reichskanzler [Dr. Luther][7] wie ich wiederholt über die Wirkung der Völkerbundspolitik gegenüber Rußland abgegeben haben. Sie entsprachen nicht einem Bedürfnis der Tagespolitik oder irgendwelchen Gedanken der inneren Front allein, sondern sie waren vor allem eingegeben von dem Gedanken, mit dieser Locarno-Politik zugleich eine Festigung der Beziehungen zu Rußland, wenn irgend möglich, und zwar gleichzeitig, zu erreichen.

Solange **Locarno** nicht Tatsache war, stand aber das ganz starke Mißtrauen Rußlands gegenüber dem Völkerbund dieser deutschen Auffassung gegenüber, und die Verhandlungen konnten nur schwer weiterkommen. In Locarno ist diese Frage, die ich soeben berührt habe, Gegenstand mehrtägiger Beratungen gewesen[8]. Die deut-

[7] So in der Vorlage als Herausgeber-Ergänzung. – Hans Luther (1879–1962), Reichsernährungsminister 1922 – 6. Oktober 1923; Reichsfinanzminister 6. Oktober 1923 – 15. Januar 1925; Reichskanzler 15. Januar 1925 – 13. Mai 1926; Reichsbankpräsident 1930–1933; Botschafter in den USA 1933–1937. Parteilos (1927–1930 Mitglied der DVP). – Vgl. zu der im Folgenden angesprochenen Erklärung etwa die Reichstagsrede Luthers vom 23. November 1925 (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 388, S. 4475–4482; die betr. Passage: S. 4477–4478).

[8] Gemeint ist die Diskussion über Art. 16 der Völkerbundssatzung (Text in VERTRAG VON VERSAILLES S. 14–15) mit seiner Verpflichtung, im Falle eines Angriffs auf ein Bundesmitglied die Handels- und Finanzbeziehungen zum Angreifer abzubrechen sowie ggf. dem Angegriffenen zu Hilfe zu kommen und dafür ggf. auch Streitkräften dritter Staaten, die dem Angegriffenen zu Hilfe kommen wollen,

sche Regierung hat aus diesen Beratungen die Gewißheit geschöpft, daß ihre Auffassung von der Vereinbarkeit dieser Politik durchaus auch die Auffassung der übrigen Kontrahenten der Locarno-Politik, des Locarno-Vertrages und des Rheinlandpaktes[9] wäre. Sowohl von französischer wie von englischer Seite wurde mit aller Entschiedenheit der Gedanke zurückgewiesen, daß man Deutschland etwa in den Völkerbund hineinlocken wolle, um es damit zu einem Mitglied einer Koalition machen zu wollen, die aggressive Tendenzen gegen Rußland habe. Der russische Kommissar für die auswärtigen Angelegenheiten[10] ist kurz nach Locarno selbst in Paris gewesen und hat versucht, die Grundlage zu einem **französisch-russischen** Übereinkommen zu legen. Diese französisch-russischen Verhandlungen, die auf eine Regelung wirtschaftlicher und politischer Fragen gerichtet sind, **schweben gegenwärtig[11].** Jedenfalls hat der russische Volkskommissar des Auswärtigen in Paris den Eindruck empfangen, daß seine ursprüngliche Auffassung von der Völkerbundspolitik in der Haltung Frankreichs keine Stütze finden würde, und meine persönliche Auffassung ist die, daß sie auch keine Stütze finden würde in einem aggressiven Verhalten Englands.

Man hat gleichzeitig aus der Intensität der Beratungen über den Artikel 16[12] gesehen, daß es Deutschland darauf ankommt, sich die Freiheit guter und freundschaftlicher Beziehungen zu Rußland zu wahren. Man dürfte bestärkt worden sein in der Auffassung erstens durch Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrages[13] und zweitens durch die Bestrebungen Deutschlands, Rußland in seiner jetzigen wirtschaftlichen Lage diejenige Berücksichtigung und Unterstützung zuteil werden zu lassen, die sich aus dieser wirtschaftlichen und finanziellen Lage eben ergibt. Ich kann hierbei auf die letzten Entschließungen der Reichsregierung[14] verweisen, die

---

den Durchmarsch zu erlauben Vgl. dazu insbesondere die Niederschriften der 4. und 6. Konferenzsitzung von Locarno (LOCARNO-KONFERENZ S. 161–172 u. 176–182).

[9] Mit Rheinlandpakt (oder auch Rheinlandvertrag) ist der Hauptvertrag von Locarno über die Garantierung der deutschen Westgrenze gemeint (Text in LOCARNO-KONFERENZ S. 198–202).

[10] Georgij Vasil'evič Čičerin (1872–1936), sowjetischer Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten 1918–1930. – Zu seinem nachfolgend erwähnten Parisaufenthalt vgl. die Aufzeichnung Schuberts vom 19. Dezember 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 2,1, S. 38–45).

[11] In der Vorlage folgt als Herausgeber-Ergänzung: „[einen endgültigen Abschluß haben diese Verhandlungen damals nicht gefunden]".

[12] Vgl. oben mit Anm. 8.

[13] Gemeint ist der am 12. Oktober 1925 in Moskau unterzeichnete umfangreiche deutsch-sowjetische Vertrag (Text des Vertragswerkes mit seinen zahlreichen Anlagen in DEUTSCH-SOWJETISCHE BEZIEHUNGEN 1922–1925 II, S. 766–868).

[14] Vgl. dazu die Kabinettssitzungen vom 1. und 15. Februar 1926 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 1075–1076 u. 1125–1126).

einen bisher von uns nicht beschrittenen Weg wirtschaftlicher Abmachungen gehen insofern, als sie eine Reichs- und eine Ländergarantie langfristiger Kredite an ein anderes Land gewähren.

Die zunächst auf einem toten Punkt angelangten Verhandlungen sind nach Locarno mit glücklichem Erfolge fortgeführt worden. Ein deutscher Entwurf, der Rücksicht auf die in Locarno geführten Verhandlungen und auf die allgemeine Sicherung, auf die Fortführung der Beziehungen zu Rußland nahm, ist zunächst in privatem Austausch zwischen dem deutschen Auswärtigen Amt und dem russischen Volkskommissar des Auswärtigen im Dezember 1925 von uns überreicht worden[15].

Eine gewisse Wahrscheinlichkeit – ja man kann sagen eine gewisse Sicherheit, daß die Verhandlungen zum Abschluß kommen würden, ergab sich durch die letzten Mitteilungen der russischen Regierung wenige Tage vor Ostern[16]. In dieser Situation hat die deutsche Regierung es für wünschenswert erachtet, denjenigen Mächten, mit denen sie den Rheinlandvertrag abgeschlossen hat, von dem Abschluß eines solchen Vertrages, der bevorstehe, Kenntnis zu geben[17], nicht durch Überreichung des Wortlauts, an dessen einzelnen Wendungen noch bis in die letzten Tage gearbeitet worden ist, aber doch durch Kenntnisgabe des wesentlichsten Inhalts des Vertrags und seiner Anlagen in mündlicher Unterrichtung. Die deutsche Regierung ist dabei von der Auffassung ausgegangen, daß sie sich gegen jede Mißdeutung ihres Vorgehens sichern wollte, und vor allem, weil sie der völlig unrichtigen Auffassung entgegentreten wollte, als wenn etwa der Ausgang der Verhandlungen in Genf[18] für sie eine Veranlassung gewesen wäre, einen Kurswechsel der deutschen Politik vorzunehmen. Sie wünschte, sich davor zu sichern, daß etwa die Bekanntgabe des Vertrages die Welt, die diplomatische Welt, eines Tages überraschte, sondern daß sie diese vorbereitet fände, und sie hielt es angesichts der Zusammenhänge zwischen Locarno, Völkerbund und Russenvertrag, da ja das Verhältnis Deutschlands zu diesen Dingen den Mittelpunkt bildete, für nötig, in loyaler Weise die Vertragspartner von ihren Absichten zu unterrichten.

Bedauerlicherweise ist, trotzdem der Kreis derjenigen, die vertraulich von diesen

---

[15] Vgl. das Schreiben Stresemanns an Čičerin und den zugehörigen Protokollentwurf vom 29. Dezember 1925 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 2,1, S. 65–68.

[16] Vgl. die Aufzeichnung Stresemanns vom 25. März 1926 (ebd., S. 229–232).

[17] Vgl. die undatierte Aufzeichnung Dirksens zur Sprachregelung bei der Informierung der betreffenden Staaten (ebd., S. 226–227).

[18] Gemeint sind die Verhandlungen im Rahmen der Genfer außerordentlichen Völkerbundsversammlung vom 8. bis 17. März 1926, die mit dem Scheitern des deutschen Völkerbundsbeitritts endeten. Überblick über die dortigen Vorgänge: SCHULTHESS 67 (1926), S. 453–458.

Dingen unterrichtet worden waren, sehr eng war, doch die Kenntnis über diesen Kreis hinausgegangen[19], und durch Indiskretionen, die wir nicht auf den Kreis der von uns Eingeweihten, der von uns Unterrichteten zurückführen, wurde in vielfach entstellender Weise von diesen Dingen ein Bild entworfen, daß wir unsererseits den Wunsch hatten, nun möglichst bald der Weltöffentlichkeit den Text bekanntzugeben, ihn zu kommentieren und unsere Absicht kundzugeben. Deshalb lag uns daran, möglichst bald zu einem Abschluß zu kommen. Auf der anderen Seite hatte die russische Regierung die Absicht, vor dem Exekutivkomitee[20] den Vertrag bekanntzugeben. Dadurch erleichterten sich die letzten Verhandlungen erheblich, so daß am 22. April von russischer Seite die Genehmigung zur Zeichnung einlief[21], eine Tatsache, die von dem Standpunkt aus sehr begrüßt wurde, nun durch die Unterrichtung der Öffentlichkeit den Mißdeutungen ein Ende zu machen. Das war der Grund, weshalb der Auswärtige Ausschuß[22] erst nach Abschluß des Vertrages von dem Vertragsinhalt nähere Kenntnis erhalten konnte, aber wir hielten es nicht für möglich, die Dinge noch länger hinauszuschieben, und haben deshalb das Risiko, mitzulaufen, übernommen, den Ausschuß vor eine **vollendete Tatsache** zu stellen, zumal wir glaubten, daß dieser Vertrag eine prinzipielle Anfeindung nicht finden würde, was auch durch die Haltung der Fraktionen schließlich zum Ausdruck gekommen ist.

Die Grundlage unserer Beziehungen zu Rußland war der Vertrag von **Rapallo.** Er hat frühzeitig die amtliche Anerkennung Rußlands durch Deutschland ausgesprochen, ferner hatte der ausdrückliche Verzicht Rußlands auf Kriegsforderungen gegen Deutschland dem Verhältnis der beiden Staaten zueinander einen von dem Verhältnis zu anderen Staaten abweichenden Charakter gegeben. Wir konnten dement-

---

[19] So hatte etwa die „Times“ am 14. April 1926 unter der Überschrift „Germany and the Soviets. New Reinsurance Treaty“ gemeldet, daß die Unterzeichnung eines deutsch-sowjetischen Vertrages bevorstehe, mit dem der Vertrag von Rapallo den neuen Bedingungen nach den Verträgen von Locarno angepaßt werden solle (THE TIMES, Nr. 44245 vom 14. April 1926, S. 16). Zur Pressereaktion in England vgl. etwa BERLINER TAGEBLATT, Nr. 185 (Abendausgabe) vom 20. April 1926.

[20] Gemeint ist das Allrussische Zentrale Exekutivkomitee, die formal oberste Behörde der Sowjetunion. Litvinov hatte am 22. April 1926 gegenüber Brockdorff-Rantzau das Drängen auf die Vertragsunterzeichnung damit begründet, daß er sie im Exekutivkomitee mitteilen wolle (vgl. den telegraphischen Bericht Brockdorff-Rantzau vom 23. April 1926: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 2,1, S. 388–389).

[21] Tatsächlich ging sie wohl durch das in der vorangegangenen Anm. genannte Telegramm Brockdorff-Rantzaus erst am 23. April 1926 ein.

[22] Offenbar bezieht sich Stresemann auf die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vom 26. April 1926, bei dem alle Fraktionen der Annahme des Vertrages zustimmten (vgl. dazu VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 196 [Morgenausgabe] vom 27. April 1926).

sprechend im Artikel 1[23] von dieser Tatsache ausgehen, daß wir in der Fühlung bleiben wollten, in der wir als Nachbarländer aufeinander angewiesen sind. Es ist der normale Zustand zwischen zwei Völkern, die dieses Gefühl des Aufeinanderangewiesenseins haben, daß sie sich bemühen, nun auch im Wege der Verständigung ihre Verhältnisse gegenseitig zu regeln. Irgendwelche extensive Interpretation diesem Vertrage geben zu wollen, wie das in einzelnen Auslandsblättern versucht worden ist, diese Absicht liegt bei uns nicht vor, aber ebensowenig wollen wir uns diese Vorschrift verkleinern lassen, daß wir in engerer Fühlung mit Rußland verbleiben wollen.

Artikel 2[24] begründet die **Neutralität** und begrenzt sie. Er begrenzt sie darauf, daß sie nur eintritt, wenn einer der beiden in Betracht kommenden Staaten angegriffen wird. Inwieweit der Begriff „Angreifer" festgestellt wird, darüber ist in den Anlagen des Vertrages Näheres gesagt. Ich glaube nicht, daß man in dieser sogar begrenzten Neutralitätsklausel eine Aggression gegenüber irgendeiner anderen Macht sehen kann. Wenn der Vertrag, wie behauptet wird – authentisch ist nichts darüber festgestellt worden –, insbesondere die **tschechoslowakische** Republik erregt hat[25], so nimmt uns das um so mehr wunder, als diese selbst im Juni 1922 einen Vertrag mit Rußland[26] geschlossen hat, der sich auf wirtschaftliche Dinge bezieht, aber in der Präambel offen ausspricht, daß beide Mächte von der notwendigen Voraussetzung einer gegenseitigen Neutralität der beiden Vertragsteile im Falle eines Konfliktes eines der beiden mit einer dritten Macht ausgehen. Hier ist von einer Neutralität und einer dritten Macht ausdrücklich die Rede, und der Vertrag ist abgeschlossen von einem Völkerbundsstaat mit demselben Rußland, mit dem Deutschland diesen Vertrag schließt, so daß mindestens in bezug auf diese Klausel von der tschechoslowakischen Regierung am allerwenigsten die Führung einer Gegnerschaft in dieser Beziehung hätte erwartet werden dürfen.

Artikel 3[27] betrifft den wirtschaftlichen oder finanziellen **Boykott gegen Rußland**

---

[23] Zum Wortlaut des Art. 1, der den Vertrag von Rapallo bekräftigt und den Wunsch nach einer umfassenden politischen und wirtschaftlichen Verständigung ausdrückt, vgl. oben Anm. 2.

[24] Art. 2 bekundet die gegenseitige Neutralität für den Fall, daß einer der beiden Vertragspartner „trotz friedlichen Verhaltens" von einem Dritten angegriffen würde (zum Drucknachweis vgl. oben Anm. 2).

[25] Vgl. dazu die telegraphische Weisung Schuberts an die Gesandtschaft in Prag vom 23. April 1926 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 2,1, S. 391–393).

[26] Text des Provisorischen Vertrags zwischen der Tschechoslowakei und der Russischen Sozialistischen föderalen Sowjetrepublik vom 5. Juni 1922 in MARTENS III 18, S. 643–647.

[27] Art. 3 beinhaltet die gegenseitige Verpflichtung, sich keiner Koalition anzuschließen, die wirtschaftlichen oder finanziellen Boykott gegenüber dem Vertragspartner betreibe, wenn dies Folge eines aus

oder Deutschland. Dieser Artikel entspricht den Wünschen Rußlands, sich nicht irgendeiner wirtschaftlichen Koalition gegenübergestellt zu sehen, die durch einen solchen wirtschaftlichen Boykott versuchen könnte, Rußland seine Lebensbedingungen zu unterbinden. Wir erklären, daß wir an solchen Bemühungen nicht teilnehmen werden. Was Rußland betrifft, so erklären wir weiter: in Friedenszeiten lehnen wir jeden solchen Boykott ab. Wenn Rußland der Angreifer ist, kommen die Abmachungen und Erklärungen in Betracht, die in Locarno für diesen Fall festgestellt worden sind[28]. Ich glaube im übrigen nicht, daß diese Frage eine praktische Bedeutung hat, da meiner Überzeugung nach wohl die weitesten Kreise der Weltwirtschaft heute schon zu der wirtschaftlichen Überzeugung gelangt sind, daß angesichts der heutigen Notlage und des Rückgangs der Konsumkraft der Bevölkerung der gesamten Welt es die Aufgabe des Völkerbunds ist und sein muß, die Konsumkraft zu heben, und das wird sich besonders auch auf Rußland und Deutschland zu erstrecken haben. Denn der Gedanke, daß der Niedergang einer der beiden Mächte in wirtschaftlicher Beziehung einen anderen Staat reicher machte, dürfte durch die Verhältnisse der Nachkriegszeit ad absurdum geführt sein. Ich glaube wirklich, in Deutschland würde es niemanden geben, der da meinte, daß unser Interesse nicht ein Emporblühen des russischen Reiches fordert, daß wir, soweit wir überhaupt ein Interesse an diesen Dingen haben, uns nicht an der Förderung dieser Entwicklung beteiligen sollten. Ich halte eine solche Auffassung für ganz ausgeschlossen.

Der vierte Artikel[29] handelt von der **Dauer** des Vertrages. Diese ist auf fünf Jahre festgestellt; über die Verlängerung soll man sich rechtzeitig verständigen.

Wenn man einen Namen für den Vertrag suchen will, um den Vertrag kurz zu benennen – zumal die russische Regierung recht empfindlich dagegen ist und ich mehrfach von der russischen Presse zur Ordnung gerufen worden bin, weil ich den Ausdruck „Rußland“ zu oft gebraucht hätte – sie nennen sich bekanntlich Union der S.-S.-Republiken –, so möchte ich empfehlen, es einfach bei dem Namen „Berliner Vertrag“ bewenden zu lassen. Die Ratifikationsurkunden sind hier ausgetauscht, der Vertrag ist hier unterzeichnet, wir können also sehr wohl den Vertrag so nennen.

Art. 2 erwachsenen Konfliktes sei oder der Vertragspartner überhaupt nicht in einen Krieg verwikkelt sei (zum Drucknachweis vgl. oben Anm. 2).

[28] Stresemann bezieht sich hier auf Art. 16 der Völkerbundssatzung (vgl. oben mit Anm. 8) und die Deutschland in Locarno von den Vertragspartnern zugesicherte Interpretation dieses Artikels, die auf eine faktische Dispensierung Deutschlands von den entsprechenden Verpflichtungen hinauslief (Text dieser Interpretation als Anhang zum Vertrag von Locarno: LOCARNO-KONFERENZ S. 214–215).

[29] Zum Drucknachweis vgl. oben Anm. 2.

Der Notenwechsel[30] ist ein Teil des Vertrags und behandelt insonderheit die Frage „Völkerbund, Locarno und Russenvertrag“. Die Erklärungen, die die beiden Regierungen abgegeben haben, beziehen sich einmal darauf, daß die beiden Nationen sich leiten lassen von dem Gedanken der Erhaltung des allgemeinen Friedens, daß sie noch einmal abwehren, irgendwelche und irgendwie aggressive Tendenzen mit dem Abschluß des Vertrages zu verfolgen. In dem zweiten Absatz ist dann zum Ausdruck gebracht, worauf ich vorhin schon hinwies[31], als ich an die Erklärung des Reichskanzlers über den Völkerbund, sein Verhältnis zu Rußland und unsere Stellung zu der Frage erinnerte. Es ist das der Nachklang derjenigen Befürchtungen von russischer Seite, daß der Völkerbund dazu da sein könnte, eine **Koalition gegen Rußland** in die Wege zu leiten. Wir verweisen auf unsere Auffassung des Völkerbunds und erklären, daß wir uns aktiv an solchen Bestrebungen nicht beteiligen würden und daß wir, wenn, was wir nicht glauben, einseitige Tendenzen gegen Rußland sich im Völkerbund geltend machen würden, wir diesen Tendenzen entgegentreten würden.

Der dritte Absatz[32] bezieht sich auf die Artikel 16 und 17[33] der **Völkerbundssatzung.** Wir wiederholen zunächst, daß irgendein Engagement Deutschlands gegenüber Rußland nur in Frage kommt, wenn festgestellt ist, daß Rußland der Angreifer ist, daß aber dies unmöglich ohne unsere Zustimmung festgestellt werden könnte und daß deshalb nicht irgendein tendenziöses Bestreben von anderen Mächten Rußland gegenüber unterlaufen könnte, da ja ein solches für uns nicht maßgebend sein würde, sondern daß wir die Entscheidung so treffen würden, wie sie uns unsere Überzeugung eingäbe. Wenn uns Pflicht und Gewissen zwängen, auszusprechen, daß Rußland der Angreifer sei, würden wir dazu gezwungen sein, für uns die Erklärung als maßgebend zu betrachten, die in London überreicht[34] und die für uns dann dem Völkerbund eingereicht worden ist – ich lege Wert darauf, dies hier besonders

---

[30] Vgl. oben Anm. 2.

[31] Vgl. oben mit Anm. 7.

[32] Gemeint ist der dritte Absatz der Note Stresemanns an Botschafter Krestinski, die bei der Vertragsunterzeichnung überreicht wurde (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 2,1, S. 404–405).

[33] Neben Art. 16 (vgl. oben mit Anm. 8) behandelt Art. 17 das beim Völkerbund mögliche Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen zwei Staaten und die möglichen Sanktionen für den Fall, daß einer der am Streit Beteiligten die vom Völkerbundsrat vorgeschlagene Beilegung nicht akzeptiert (Text in VERTRAG VON VERSAILLES S. 15–16).

[34] Stresemann bezieht sich hier wohl auf die oben mit Anm. 28 erläuterte Interpretation des Art. 16, die bei der Unterzeichnung der Verträge von Locarno am 1. Dezember 1925 in London als Note überreicht wurde.

zu betonen –, als wir unser Eintrittsgesuch an den Völkerbund einreichten[35], die Erklärung, die damals von dem Völkerbund in seiner Totalität zur Kenntnis genommen worden ist und von der auch bei den Formalitäten zu Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund nicht irgendwie als von einem Gegenstand des Einwandes die Rede damals gewesen ist.

Der vierte Punkt[36] betrifft die Regelung der Fragen zwischen Rußland und Deutschland, die zunächst allgemein im Artikel 1 umschrieben worden sind, und stellt fest, daß wir sofort in neue Verhandlungen eintreten wollen, um hierfür bestimmte neue Regelungen zu schaffen für die Idee der **Schiedsverträge,** also zur friedlichen Lösung der zwischen beiden Teilen etwa entstehenden Konflikte, und zwar, wie wir das in den deutschen Verträgen immer gehalten haben[37], in den beiden Möglichkeiten eines Vergleichsverfahrens und eines schiedsgerichtlichen Verfahrens. Die russische Regierung bestätigt, daß diese Möglichkeiten berücksichtigt werden sollen.

Was nun die Wertung des Vertrages angeht, so möchte ich allgemein betonen, daß der Vertrag, rein politisch gesehen, sich so darstellt, daß der Vertrag von Rapallo über die darauf beruhenden Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland jetzt den durch Locarno und den Rheinlandpakt geschaffenen Verhältnissen angeglichen wird. Es war nötig, deshalb zu betonen, daß die traditionelle Politik, die wir gegenüber Rußland immer befolgt haben, mit diesem Vertrage weitergeführt werde. Die Angleichung war schwierig gegenüber der russischen Einstellung zu diesen Fragen. Es kann jedenfalls als eine objektive Würdigung der deutschen Behauptungen gegenüber diesen Dingen angesehen werden, daß die russische Regierung ohne Einspruch die Erklärungen Deutschlands annimmt, die in den Punkten 2 und 3 von uns ausgesprochen worden sind. Wir hoffen, daß die Feststellung der Notwendigkeit unveränderter freundnachbarlicher Fühlungnahme mit Rußland den an die konkreten Verpflichtungen geknüpften russischen Befürchtungen endgültig die Spitze abbricht. Im Grunde bringt also dieser Vertrag politisch nichts Neues, keinen neuen Zustand, wir legen nur noch einmal den Standpunkt vertraglich fest, den wir bis zum Überdruß

[35] Gemeint ist der deutsche Antrag auf Zulassung zum Völkerbund, der von Stresemann am 8. Februar 1926 an das Konsulat in Genf geschickt und von Generalkonsul Aschmann am 10. Februar 1926 dem Generalsekretär des Völkerbundes, u. a. zusammen mit der erwähnten Note zum Art. 16, überreicht wurde (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 219).

[36] Gemeint ist der vierte Absatz der Note Stresemanns (vgl. oben mit Anm. 32).

[37] Gemeint sind Schiedsverträge nach dem „System Gaus“, dem deutschen System der Schiedsverträge; vgl. dazu die undatierte Aufzeichnung ohne Unterschrift in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 34–45 u. insb. S. 37–41.

während der Sicherheitsverhandlungen[38] stets nach außen zum Ausdruck gebracht haben. Gegenüber denjenigen auf der extremen Seite links und rechts, die der Meinung waren, Locarno sei der Bruch mit Rußland, stand die Auffassung der Reichsregierung, daß Locarno nicht der Bruch mit Rußland zu sein brauche und nicht sein dürfe und daß die Intentionen der Reichsregierung nicht nach einseitiger Orientierung hingingen, sondern eine Vereinbarung der Ost- und Westpolitik anstrebten, daß ja Deutschland – wie das bei den Verhandlungen im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages mit Recht von einem Redner gesagt worden ist[39] – die gegebene **Brükke** sei, um in der europäischen Entwicklung den Ausgleich zwischen Osten und Westen zu schaffen.

Zweierlei wäre deshalb bei der Beurteilung des Vertrages völlig abwegig, nämlich die Auffassung, daß dieser Vertrag eine Schwenkung der deutschen Außenpolitik darstelle, oder die Auffassung, daß er auf einem Kausalzusammenhang mit dem Ausgang der Genfer Tagung fuße. Wir haben nach außen und nach innen mit aller Entschiedenheit zum Ausdruck gebracht, daß sich an der Einstellung der deutschen Regierung nichts ändere, nicht in bezug auf die Mächte, mit denen wir in Locarno verhandelt haben, daß sie von dem dringenden Wunsch beseelt sei, alle diese Verträge so bald als möglich in Kraft treten zu lassen, ein Wunsch, der praktisch allerdings ohne ihr Zutun verhindert worden ist, freilich durch die Bestimmung unserer Kontrahenten in Locarno, daß sie das Inkrafttreten des Sicherheitspaktes usw. von dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund abhängig gemacht haben[40].

Die Frage ist noch nicht entschieden, ob der Vertrag den Reichstag zu beschäftigen hat. Im Kabinett haben wir noch nicht darüber Beschluß gefaßt. Eine juristische Verpflichtung oder eine verfassungsmäßige Verpflichtung liegt dazu nicht vor, aber politisch wäre es vielleicht wünschenswert, von den Parteien den Vertrag auch gestützt zu sehen, sei es nun bei der parlamentarischen Erörterung, sei es, daß die Aufnahme des Vertrags in der Weltöffentlichkeit uns nötigt, irgendwelchen mißverständlichen Auffassungen entgegenzutreten, die ja mit großer Liebe von allen Gegnern der Locarno-Politik – freilich fast nur in anderen Ländern – hervorzurufen versucht werden und versucht werden auch von den Vertretern der einen und anderen

---

[38] Gemeint sind die Verhandlungen im Vorfeld und auf der Konferenz von Locarno.

[39] Gemeint ist wohl die Ausschußsitzung vom 26. April 1926 (vgl. oben mit Anm. 22); welches Ausschußmitglied Stresemann hier anspricht, konnte nicht ermittelt werden.

[40] Auf Drängen insbesondere Frankreichs und Großbritanniens war das Inkrafttreten des Hauptvertrags von Locarno daran gebunden, daß Deutschland in den Völkerbund eintreten würde (vgl. Art. 10: LOCARNO-KONFERENZ S. 202).

Macht, die nichts so ungern sieht wie eine Vereinbarung zwischen Rußland und dem Deutschen Reich. Ich wäre dankbar und würde neben der unzweifelhaften Entspannung, die dieser Vertrag in die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland bringt, es auch als einen wünschenswerten inneren Erfolg ansehen, wenn der einmütigen Zustimmung aller Fraktionen des Reichstages[41] – ich muß beinahe sagen: mir grauet vor der Götter Neide[42], bei einer derartigen Zustimmung wird ja über die Motive nicht abgestimmt, und bei der Kommunistischen Partei ist diese Zustimmung mit einem wütenden Angriff auf die Regierung des kapitalistischen Imperialismus der deutschen Bourgeoisie begleitet worden – auch die möglichste Einmütigkeit der deutschen Presse folgen würde. Das wäre die beste Antwort an diejenigen Diplomaten in der Welt, die sich abmühten, schon Gefahrenpunkte aufzuzeigen, ehe noch der Inhalt des Vertrages bekannt war.

[41] Stresemann bezieht sich offenbar auf die Zustimmung im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags (vgl. oben mit Anm. 22).

[42] Stresemann zitiert hier aus Friedrich Schillers 1798 veröffentlichter Ballade „Der Ring des Polykrates“ (vgl. Schillers Werke. Nationalausgabe. Bd. 1. Weimar 1943, S. 363–365; das Zitat: S. 364).

Rundfunkrede vom 1. Mai 1926[1]

Nach TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 202 vom 3. Mai 1926. – Druck auch in STRESEMANN, Reden und Schriften II, S. 250–260 [2. Aufl. S. 381–386]. – Teildrucke (teilweise mit kleineren Abweichungen) in FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 325 (Morgenausgabe) vom 3. Mai 1926, S. 5; KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 325 (2. Sonntagsausgabe) vom 2. Mai 1926; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 205/206 (Morgenausgabe) vom 3. Mai 1926; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 203 (Abendausgabe) vom 3. Mai 1926; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22138 (Abendausgabe) vom 3. Mai 1926, S. 3; REICHSPOST, Nr. 121 vom 3. Mai 1926, S. 1–2; STRESEMANN, Schriften S. 349–356; STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 539–542; SCHULTHESS 67 (1926), S. 93.

Mit dem deutsch-russischen Vertrag wird die Tradition der guten deutsch-russischen Beziehungen fortgeführt. Zeigt die Kontinuität der deutschen Politik seit dem Rapallo-Vertrag und über die Verständigung mit den Westmächten auf. Daher ist die Skepsis der Weltöffentlichkeit gegenüber dem jetzigen Vertrag unsinnig und insbesondere die Vermutung, er bedeute eine Abkehr von Locarno. Er dient dem Ausbau der Weltwirtschaft. Es ist Deutschlands selbstverständliches Recht, in einem Krieg selbst festzustellen, wer der Angreifer ist; dies widerspricht nicht der Völkerbundssatzung. Der Vertrag ist auch keine Revanche für den vorläufig gescheiterten deutschen Völkerbundsbeitritt.

Der Abschluß des Berliner Vertrages zwischen dem Deutschen Reich und Rußland[2] hat die Weltöffentlichkeit stark berührt. An sich lag dazu keinerlei Veranlassung vor. Es ist der Abschluß eines Vertrages zwischen zwei großen benachbarten Mächten und Völkern, aufgebaut auf der **Absicht, Frieden und Freundschaft zu bewah-**

[1] Eine Audiodatei der Rundfunkrede Stresemanns konnte nicht ermittelt werden. – In ihrer Berichterstattung über die Rede leitet die VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 205/206 (Morgenausgabe) vom 3. Mai 1926, den Artikel unter der Überschrift „Stresemann im Rundfunk. Was bedeutet der Berliner Vertrag?“ vor der Beschreibung bzw. der Wiedergabe des Inhalts ein: „Reichsaußenminister Stresemann hat seinen Kritikern aus dem Auslande wie den heimischen schnell geantwortet. Den Apparat einer großen politischen Sitzung des Reichstages mit seiner doch beschränkten Publizität wollte er nicht aufziehen. Rasch wurde ins Programm der Woche seine Rede eingeschoben. Am Sonnabend abend, 10 Minuten vor 8 Uhr, teilte der Ansager der Berliner Funkstunde auf vielen Wellen, für alle Sender des deutschen Ostens, von Königsberg bis Gleiwitz und von Berlin bis Leipzig, mit, daß der Reichsminister des Auswärtigen seinen Volksgenossen persönlich darlegen wolle, was seine Absicht war bei der Unterzeichnung des Berliner Vertrages. Die Rede Dr. Stresemanns nahm etwa 25 Minuten in Anspruch.“

[2] Text des „Berliner Vertrags“, eines Freundschaftsvertrags mit der Sowjetunion, der am 24. April 1926 in Berlin unterzeichnet worden war, einschließlich des zugehörigen Notenaustauschs vom gleichen Tag in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 2,1, S. 402–406.

ren und sich fern zu halten von der Unterstützung dritter Mächte, welche gegen eine von beiden aggressiv vorgehen. Der Vertrag ist **eher eine Selbstverständlichkeit als eine Sensation.** Zwischen Deutschland und Rußland besteht eine jahrhundertelange traditionelle Freundschaft. Die beiden Staaten und vordem Preußen und Rußland haben seit der Zeit Friedrichs des Großen[3] bis zum Weltkriege die Waffen nicht gegeneinander gekehrt. Sie waren wirtschaftlich aufeinander angewiesen, ja, sie bildeten einen [sich][4] ergänzenden Teil der europäischen Volkswirtschaft. Wir konnten damals nicht leben ohne die russischen Agrarprodukte, Rußland nicht ohne unsere Industrie. Der Erhaltung des Friedens und der Freundschaft mit Rußland war Bismarcks[5] Politik gewidmet. Der Bruch dieser Tradition durch Rußland seit den Zeiten der allslawischen Einstellung wurde von uns stark empfunden. Durch den **Vertrag von Rapallo[6]** erklärten Deutschland und Rußland trotz des Weltkrieges und seiner Erschütterungen, daß sie wieder auf die alte Grundlage guter Beziehungen zueinander treten wollten. Darin zeigt sich, wie stark die Tradition dieser Beziehungen war gegenüber allem, was ihr entgegenstand. Sie war auch stark gegenüber den innerpolitischen Umwälzungen in Rußland, die zu einer Staatsgewalt und Staatsordnung führten, die der unsrigen völlig entgegengesetzt ist. **Sollten die Ideen dieser Staatsordnung auf unser Land übergreifen, würden sie stärkste Bekämpfung durch die Regierungsgewalt erfahren.** Das aber hat nichts zu tun mit dem Verhältnis der Staaten zueinander. Wir haben früher gesehen, wie falsch es war, wenn ein Staat glaubte, dazu berufen zu sein, seine eigenen Gedanken über Staatsordnung und Kultur anderen aufzuzwingen. Das republikanisch-demokratische Frankreich hat vor dem Weltkriege keinen Anstoß daran genommen, ein Bündnis mit dem zaristisch-absolutistischen Rußland zu schließen[7], so wenig beide Staatsverfassungen miteinander übereinstimmten. Die französische Haltung war richtig vom Standpunkt der französischen eigenen Interessen. Ebensowenig aber kann das heutige Deutschland etwa deswegen getadelt werden, weil es mit Sowjet-Rußland gute wirtschaftliche und politische Beziehungen schaffen will.

---

[3] Friedrich II., der Große (1712–1786), König in bzw. von Preußen 1740–1786.

[4] In der Vorlage fehlt das „sich“. In STRESEMANN, Schriften S. 350, sowie STRESEMANN, Reden und Schriften II, S. 250, ist dieses „sich“ ergänzt, in KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 325 (2. Sonntagsausgabe) vom 2. Mai 1926, ein „einander“.

[5] Otto [seit 1871 Fürst] von Bismarck (1815–1898), Reichskanzler 1871–1890.

[6] Text des deutsch-sowjetischen Vertrags von Rapallo vom 16. April 1922 u. a. in REICHSGESETZBLATT 1922 II, S. 677–678.

[7] Text der russisch-französischen Militärkonvention vom 17. August 1892 sowie des beiderseitigen Briefwechsels von 1893, der ihr Vertragscharakter verlieh, in COLLIARD S. 415–417.

Die **Tendenz der Politik Deutschlands** hat sich seit jener früheren Zeit grundlegend geändert, an Stelle der Bündnispolitik trat die **Politik der Neutralität und der Schiedsgerichte,** geblieben **aber ist das elementare Bedürfnis nach freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland. Weshalb also die Unruhe,** die unzweifelhaft in den letzten Tagen in der öffentlichen Meinung verschiedener fremder Länder sich wachsend zeigt[8]? Wendet sie sich gegen Rußland, weil die Welt Rußland anders behandeln will als andere Staaten und Völker? Oder wendet sie sich gegen Deutschland, weil es [!] diese Politik für unvereinbar hält mit den sonstigen Grundlagen der deutschen Außenpolitik? Oder wendet sie sich gegen den Vertrag, weil sie in ihm nicht einen künftigen Frieden, sondern eine Bedrohung der Welt erblickt? Wir wollen versuchen, auf diese Fragen eine Antwort zu finden. Eine Frontstellung gegen Rußland dürfte bei den leitenden Staatsmännern kaum vorhanden sein. Das Verhältnis der Locarno-Mächte zu Rußland ist Gegenstand langer Diskussionen in Locarno gewesen[9]. **Die Staatsmänner der Locarno-Mächte haben sich entschieden dagegen gewandt, irgendwie einseitig gegen Rußland eingestellt zu sein.** Vielleicht hat Rußland früher selbst zu der heutigen öffentlichen Weltmeinung beigetragen, weil es eine Zeitlang den Gedanken vertrat, Locarno richte sich gegen Rußland. Inzwischen aber war nach Locarno Tschitscherin[10] bei Briand[11]. Inzwischen ist dauernd weiter über die Beteiligung europäischen Kapitals in Sowjetrußland verhandelt worden. Nach deutscher Auffassung sind alle Mächte interessiert an dem **Wiederaufstieg der russischen Volkswirtschaft.**

Wir sehen, daß Weltwirtschaftskonferenzen sich mit den Fragen der Wirkung des Weltkrieges auf die Wirtschaft aller Länder und Völker befassen[12]. Das letzte Übel der heutigen Zeit ist die Verringerung der Konsumptionskraft großer Völker. Die

---

[8] Zu ausländischen Pressereaktionen vgl. die Aufzeichnung Stresemanns vom 27. April 1926 in STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 537–539, sowie die Überblicke in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 197 (Abendausgabe) vom 27. April 1926, u. Nr. 198 (Morgenausgabe) vom 28. April 1926.

[9] Gemeint ist die Konferenz von Locarno vom 6. bis 16. Oktober 1925, bei der am 16. Oktober 1925 die entsprechenden Verträge paraphiert wurden (Text der Verträge in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215). – Zur Diskussion in Locarno über die Beziehungen zur Sowjetunion vgl. etwa die Niederschrift der 4. Konferenzsitzung vom 8. Oktober 1925 (ebd., S. 161–172).

[10] Georgij Vasil´evič Čičerin (1872–1936), sowjetischer Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten 1918–1930. – Zu seinem nachfolgend erwähnten Parisaufenthalt vgl. die Aufzeichnung Schuberts vom 19. Dezember 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 2,1, S. 38–45).

[11] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918.

[12] In Genf war am 26. April 1926 die vorbereitende Kommission für die Internationale Weltwirtschaftskonferenz zusammengetreten (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 459–460).

wachsende Produktion der Menschheit findet keinen Ausgleich in dem Verbrauch der Welt. Eine englische Wochenschrift sprach einst davon, daß jeder Engländer reicher würde, wenn Deutschland einmal unterginge[13]. Kein größerer Unfug wurde je geschrieben oder gesprochen. Deutschland ist nicht der Meinung, daß es gewinnt, wenn andere untergehen, sondern wenn alle zugleich mit ihm wieder aufsteigen. Wir wollen die Heilung der wirtschaftlichen Schäden der Welt. Darauf beruht unsere Kreditpolitik gegenüber Rußland, beruht unsere gesamte politische Einstellung.

Um den Berliner Vertrag zu diskreditieren, munkeln einige Leute von **Geheimabkommen,** die mit ihm verbunden seien. **Das war früher Unsinn und ist jetzt Unsinn.** Man fragt, warum der Rapallo-Vertrag als Basis für den Berliner Vertrag genannt sei[14]. Er sei eine zu schmale Basis für einen Vertrag von dieser Bedeutung und Ausdehnung. Nun, für uns war der Rapallo-Vertrag bedeutsam, weil Rußland ausschied aus dem Kreise der Länder, die Forderungen aus dem Kriege her gegen uns geltend machten[15]. Im übrigen war es logisch für uns, vom Rapallo-Vertrag auszugehen. Hätte man den Berliner Vertrag ohne Bezug auf Rapallo abgeschlossen, so würde man gefragt haben, was nun aus Rapallo würde. Beide Verträge hätten nebeneinander bestanden, aber es hätte das verbindende Glied gefehlt. **Im übrigen sind Verträge wichtiger durch den Geist, in dem sie geschlossen werden, als durch den Wortlaut.** Rapallo war der Sinn freundschaftlichen Nebeneinanderlebens beider Nationen in einer Zeit, in der Deutschland außenpolitisch von anderen fortgesetzt unterdrückt wurde. Die deutsche Politik ging eine bestimmte Linie, sie hat **das Ziel verfolgt, aus der Gewalt des Vertrages von Versailles[16] zu einem Nebeneinanderleben mit den Mächten des Versailler Friedens zu kommen.** Sie hat versucht, die Verständigung mit diesen Mächten auf dem Wege des Friedens und auf dem möglicher späterer Freundschaft, statt auf dem Wege neuer Gewalt und der Revanche herbeizuführen. Deshalb hat die deutsche Regierung jene Politik mit ge-

---

[13] Stresemann bezieht sich auf einen Artikel der „Saturday Review“ vom 11. September 1897 (in Auszügen wiederabgedruckt in: Quellen zu den deutsch-britischen Beziehungen 1815–1914. Hrsg. v. Reiner Pommerin u. Michael Fröhlich. Darmstadt 1997 [Quellen zu den Beziehungen Deutschlands zu seinen Nachbarn im. 19. und 20. Jahrhundert [...], Bd. 5], S. 78–79). In der Diskussion über die englisch-deutsche Auseinandersetzung im Vorfeld des Ersten Weltkriegs und in der Kriegsschulddiskussion nach dem Ersten Weltkrieg wurde er vielfach herangezogen.

[14] In Art. 1 des Berliner Vertrags (zum Drucknachweis vgl. oben Anm. 2) wird der Vertrag von Rapallo bekräftigt.

[15] In Art. 1 des Vertrags von Rapallo verzichteten die Vertragspartner gegenseitig auf Kriegskosten- und Kriegsschädenersatz (zum Drucknachweis vgl. oben Anm. 6).

[16] Text des Versailler Vertrags vom 28. Juni 1919 im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u. a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

führt, die vom Ruhreinbruch[17] und der Sanktionspolitik zu der Londoner Konferenz, zum Dawes-Abkommen[18] und zu Locarno führte.

Rußland hat seinerzeit diese deutsche Politik mit Mißtrauen angesehen. So unberechtigt, wie dieses Mißtrauen war, so unberechtigt sind heute die Aufregungen in der öffentlichen Meinung verschiedener Mächte. Man stellt die Frage, ob die Leiter der heutigen deutschen Regierungspolitik das Werk von Locarno aufgeben oder zerstören wollten. **Es gibt keine unsinnigere Frage als diese.** Der Name der deutschen Staatsmänner, welche die Locarno-Politik inaugurierten, ist mit diesem Werk mindestens so stark verbunden wie der Name irgendeines anderen Staatsmannes auf der Gegenseite. Die Initiative zu dieser Politik ist von Berlin ausgegangen[19] und nicht von irgendeiner anderen Macht inspiriert. Sie hat erst langsam zähe Widerstände in manchen Kreisen überwinden müssen, die uns heute imputieren, daß [w]ir[20] unser eigenes Werk gefährden wollten. Locarno und der Berliner Vertrag sind nicht Gegensätze, sondern gehören zusammen. Beide zusammen aber geben auch Europa die Gewähr friedlicher Entwicklung.

Was war Locarno? Es war die **Ersetzung der Methoden Poincarés[21] durch die Methoden friedlicher Verständigung,** war insbesondere der **Verzicht auf Kampf zwischen Frankreich und Deutschland.** Sein Sinn war, durch diesen Verzicht auf den Kampf den Frieden am Rhein zu schaffen. Seine zukünftige Ausgestaltung war aufgebaut nicht nur auf Verständigung, sondern auf Zusammenwirken der beteiligten

---

[17] Am 11. Januar 1923 besetzten französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet mit der Begründung, dem Schutz der entsandten Ingenieure zu dienen, die nun selbst die Beschaffung der ausstehenden Reparationsleistungen an Holz und Kohle vor Ort in die Wege leiten sollten (vgl. die betreffende Note der französischen Regierung vom 10. Januar 1923: URSACHEN UND FOLGEN V, S. 16–18); nach dem Einmarsch wurde der Belagerungszustand verkündet (ebd., S. 18–20), was zusammen mit dem passiven Widerstand von deutscher Seite zum nachfolgenden „Ruhrkampf“ führte.

[18] Auf der Londoner Konferenz vom 16. Juli bis 16. August 1924 wurde der „Dawes-Plan“ (das Sachverständigen-Gutachten vom 9. April 1924) als künftige Grundlage der deutschen Reparationszahlungen festgelegt; Protokolle der Konferenz in LONDONER KONFERENZ (vollständiger Wiederabdruck des betreffenden Weißbuchs auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 397 [dort als Anl. 263 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]); paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 (1924), S. 419–439.

[19] Gemeint ist die deutsche Initiative vom Januar und Februar 1925; dabei war das Auswärtige Amt zunächst in London, dann in Paris in der Sicherheitsfrage sondierend aktiv geworden und hatte Deutschlands Bereitschaft bekundet, einen Pakt abzuschließen, der den „gegenwärtigen Besitzstand am Rhein“ garantiere (vgl. die betreffenden streng vertraulichen Memoranden vom 20. Januar u. 9. Februar 1925: LOCARNO-KONFERENZ S. 52–53 u. 61–62, sowie die betreffenden Erlasse Schuberts bzw. Stresemanns an Sthamer und Hoesch vom 19. Januar bzw. 5. Februar 1925: ebd., S. 47–51 u. 55–60).

[20] In der Vorlage – wohl als Druckfehler – „mir“.

[21] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929.

Mächte, namentlich auch auf wirtschaftlichem Gebiet. Trotz Nichterfüllung und Hinziehung mancher zugesagter Erleichterungen, wie beispielsweise in der Frage der Truppenverminderung im besetzten Gebiet[22] haben sich schon bisher die Anfänge mancher Neuentwicklung in dem Verhältnis der Staaten gezeigt. Wenn kürzlich behauptet wurde, daß trotz Locarno die Verhältnisse in der Pfalz schlechter seien als früher, so wird das von Wortführern der Pfalz selbst energisch bestritten. Was das Verhältnis der deutschen öffentlichen Meinung zu Frankreich betrifft, so ist es im übrigen doch bezeichnend, daß rechtsstehende Kreise, wie der Jungdeutsche Orden[23], sich für den nationalen Frieden am Rhein einsetzen und die Meinung vertreten, daß jede Lösung, welche Deutschland und Frankreich nebeneinander gruppiert, für beide Länder das Ende ihres Niederganges bedeutet. **Das ist ein Zeichen, daß guter Wille vorhanden ist, der guten Willen auf der Gegenseite voraussetzt. Der voraussichtlich bald erfolgende Abschluß der Luftfahrtverhandlungen[24]** kann trotz mancher Bestimmungen, die aus der Hysterie gegenüber angeblichen militärischen Bedrohungen durch Deutschland entstehen, eine weitere Entspannung bringen. Jeder Deutsche, der in letzter Zeit in Frankreich war, betont die große Änderung der Stimmung gegenüber früher. Alles in allem: Der Weg, der nach Locarno führte, war richtig und kann in der Zukunft zu bedeutsamen Entscheidungen führen, die namentlich für das Zusammenleben mit unseren französischen Nachbarn von großer Bedeutung für beide Nationen sein können.

Aber ich höre in Gedanken den Zuruf: **Und Genf?** Dazu ist zu sagen: Die Schwierigkeiten, die auf dem Wege dieser Politik entstanden[25], lagen in konstruktiven Ideen,

---

[22] Nach der Unterzeichnung des Locarno-Vertrages und der Ankündigung und schließlich vollzogenen Räumung der nördlichen („Kölner") Rheinland-Besatzungszone diskutierte Deutschland mit den Besatzungsmächten und insbesondere mit Frankreich über die verbleibende Besatzungsstärke in der 2. und 3. Zone des Besatzungsgebietes. Zur Diskussion mit Frankreich vgl. zuletzt die telegraphische Weisung Stresemanns an die Botschaft Paris vom 30. April 1926 und den telegraphischen Bericht Hoeschs vom 1. April 1926 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 488–490 u. 491–492).

[23] Seit der Unterzeichnung der Verträge von Locarno vertrat der Jungdeutsche Orden eine Politik der deutsch-französischen Verständigung; vgl. zuletzt etwa die Aufzeichnung Stresemanns vom 24. April 1926 über ein Gespräch mit Mahraun, dem „Hochmeister" des Ordens, über die Absicht zur Zusammenarbeit mit französischen Organisationen (ebd., S. 475–476).

[24] Zu den Pariser Luftfahrtverhandlungen, d. h. den Verhandlungen vor allem über die Frage der Abgrenzung zwischen den Deutschland nach dem Versailler Vertrag verbotenen Militärflugzeugen und den erlaubten Zivilflugzeugen, vgl. zuletzt die Aufzeichnung Köpkes vom 24. April 1926 (ebd., S. 476–478) sowie den Bericht in BERLINER TAGEBLATT, Nr. 201 (Abendausgabe) vom 29. April 1926.

[25] Gemeint ist das Scheitern der Verhandlungen im Rahmen der Genfer außerordentlichen Völkerbundsversammlung vom 8. bis 17. März 1926 über den deutschen Völkerbundsbeitritt angesichts der Unvereinbarkeit, daß auch andere Stationen einen Völkerbundsratssitzung erhalten wollten, während Deutschland darauf beharrte, daß bei dieser Gelegenheit es alleine neu in den Rat aufge-

mit denen die Gegenseite Locarno erweiterte. Sie lagen aber weiter, wie die Diskussion der Gegenwart zeigt, in dem Geist des Mißtrauens, der noch immer nicht überwunden ist.

Die Erweiterung der deutschen Anregungen durch die Aufforderung zu Deutschlands Eintritt in den Völkerbund ging von der Gegenseite aus[26]. Das deutsche Memorandum[27] sah diesen Eintritt nicht vor. Es war die Gegenseite, die glaubte, nur unter dem Dach des Völkerbundes seien die Locarno-Verträge möglich. Die von der Gegenseite gewünschte Mitwirkung Deutschlands scheiterte an der unzureichenden Vorbereitung der Genfer Konferenz. Sie scheiterte weiter an Versprechungen, die Tor und Tür für völlige Umgestaltung des Völkerbundes öffneten und dadurch die Regelung des Eintritts Deutschlands, unabhängig von diesen Erweiterungen, unmöglich machten.

Dafür Deutschland verantwortlich machen zu wollen, ist absurd. Kein Geringerer als Briand hat mit Worten, die in Deutschland zu Angriffen gegen die deutschen Unterhändler führten, sogar von der seelischen Gelassenheit gesprochen, mit der diese trotz schwerster psychologischer Belastung auch diese Entscheidung hinnahmen[28]. Wenn jetzt ein gewisser Umschwung der Stimmung bemerkbar ist, so liegt das nicht an diesem Vertrag, sondern nur an dem wiedererwachenden Mißtrauen, zu dem ein Grund nicht vorhanden ist. Er liegt nicht im Vertrag, weil der Vertrag mit den Satzungen des Völkerbundes[29] und dem Locarno-Vertrag durchaus übereinstimmt.

Wir bedurften diesbezüglich keiner Gewißheit von außen. Das Auswärtige Amt und seine juristischen Sachwalter sind selbst in der Lage, darüber zu entscheiden. Man mußte schon zu **Fälschungen des Textes** greifen, um einen anderen Eindruck hervorrufen zu wollen, oder man muß sich auf den Standpunkt stellen, daß Deutschland nicht dieselben Rechte hat wie andere Länder.

Was soll die Kritik, die beanstandet, daß Deutschland selbst entscheiden wolle, ob

---

nommen würde (Überblick über die entsprechenden Verhandlungen in SCHULTHESS 67 [1926], S. 453–458).

[26] Auf das das deutsche Memorandum vom Januar und Februar 1925 (vgl. oben mit Anm. 19) hatte Briand mit einer Note vom 16. Juni 1925 – auch im Namen der Alliierten – geantwortet und darin u. a. den deutschen Völkerbundsbeitritt als Bedingung für ein Eingehen auf die deutschen Vorschläge formuliert (Druck der Note [in deutscher Übersetzung] u. a. in SCHULTHESS 66 [1925], S. 422–424; LOCARNO-KONFERENZ S. 100–103).

[27] Vgl. oben mit Anm. 19.

[28] Offenbar bezieht sich Stresemann auf Briands Äußerungen in der Sitzung der Völkerbundsversammlung vom 17. März 1926 (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 457–458).

[29] Text der Satzung des Völkerbundes, die als Art. 1–26 in die Pariser Vorortverträge integriert ist, u. a. in VERTRAG VON VERSAILLES S. 9–19.

im gegebenen Fall ein Staat Angreifer sei oder nicht[30]. Dieses freie Entscheidungsrecht ist seit Bestehen des Völkerbundes stets als zweifelloser Grundsatz anerkannt worden. **Dieses Recht besteht für alle im Völkerbund vertretenen Nationen, also selbstverständlich auch für Deutschland.** Jede Nation hat gewissenhaft zu prüfen, ob sie das folgenschwere Verdikt aussprechen kann, einen Staat als Angreifer zu bezeichnen. Niemand wird Deutschland zumuten, daß es anders als nach Wissen und Gewissen diese Entscheidung seinerseits trifft. **Keinerlei Versprechungen irgendwelcher anderen Art konnten und werden von Deutschland je irgendeinem Staat gegeben werden.**

Man hat die Veröffentlichung des Punktes 3 meiner Note[31] an Krestinski[32], der sich auf diese Frage bezieht, als Zynismus bezeichnet. Wenn man kritisieren will, könnte man diese Darlegung des Punktes 3 der Note höchstens als **übertriebene deutsche Ehrlichkeit** bezeichnen. Wollte Deutschland hinter dem Rücken anderer Mächte irgend etwas tun, was den Völkerbundssatzungen widersprach, so hätte es seine Stellungnahme nicht so frei und offen darlegen brauchen. Brasilien hat von seinem Recht des Vetos gegenüber anderen Mächten bei dem Eintritt Deutschlands Gebrauch gemacht[33]. Schweden hat vor der Genfer Tagung erklärt, daß es mit seiner Stimme sich gegen jede Veränderung des Rates wenden würde[34]. Daß Deutschland ebenso im gegebenen Fall von seinem Recht, sein Votum evtl. auch im Gegensatz zu anderen Mächten abzugeben, Gebrauch macht, ist das selbstverständliche Recht jeder im Völkerbundsrat vertretenen Macht. Deutschland wird dabei seine Entscheidung nicht nach Willkür und parteiisch, sondern nach pflichtgemäßem Ermessen treffen.

Oder richtet sich das Mißtrauen vielleicht gegen den Neutralitätsvertrag an sich?

Warum wurde das Mißtrauen dann nicht wach, als die Tschechoslowakei ihren

---

[30] Art. 2 des Berliner Vertrags (zum Drucknachweis vgl. oben Anm. 2) bekundet die gegenseitige Neutralität für den Fall, daß einer der beiden Vertragspartner „trotz friedlichen Verhaltens“ von einem Dritten angegriffen würde; da keine Instanz genannt ist, die festlegt, ob „friedliches Verhalten“ vorliegt, oblag es offenbar den Vertragspartnern, die betreffende Feststellung selbst zu treffen.

[31] Gemeint ist die oben mit Anm. 2 erwähnte und den Vertrag begleitende Note, in deren Punkt 3 Stresemann erläutert, daß die Feststellung, ob die Sowjetunion in einem Krieg Angreifer sei, auch vom Völkerbund nur mit der Zustimmung Deutschlands getroffen werden könne.

[32] Nikolaj Nikolaevič Krestinskij (1883–1938), sowjetischer Botschafter in Berlin 1922–1930.

[33] Die Diskussionen in der Völkerbundsversammlung über den deutschen Beitritt (vgl. oben mit Anm. 25) waren am 17. März 1926 endgültig daran gescheitert, daß Brasilien sein Veto gegen die Aufnahme Deutschlands für den Fall der Nichtberücksichtigung des brasilianischen Wunschs auf einen Völkerbundsratssitz erklärte (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 457).

[34] Vgl. den telegraphischen Bericht des Gesandten in Stockholm, Rosenberg, vom 20. Februar 1926 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 278–280).

Vertrag mit Rußland im Jahre 1922 im Gesetzesblatt der Tschechoslowakei veröffentlichte[35]? In diesem Vertrag ist Neutralität als Voraussetzung für das Verhältnis beider Mächte gegenüber dritten hingestellt worden. Warum hat man es denn nicht beanstandet, als Italien und Jugoslawien sich in ihrem Vertrage von 1923[36] genau die gleichen Neutralitätszusicherungen gaben, wie Deutschland sie jetzt Rußland gibt? Die Nichtunterstützung eines Angreifers, wie sie in unserem Vertrage steht, ist doch überhaupt die elementarste Grundlage jeder Friedensordnung wie auch die Grundlage der Völkerbundssatzung.

Letzten Endes erscheint es, als wenn manche Kritik im Auslande wesentlich ausgeht von der **Überraschung über die selbständige Politik, die Deutschland mit diesem Schritt offenbart.** Aber die Politik, die nach Locarno führte, war auch selbständige Politik. Man muß sich daran gewöhnen, daß Deutschland die Gestaltung des deutschen Geschickes selbst in die Hand nimmt und nicht unter Vormundschaft irgendwelcher Mächte oder Mächtegruppierungen, sei es im Osten oder im Westen.

Schließlich wird **der Zeitpunkt** bemängelt. Er sähe aus wie eine Antwort auf Genf, sei die Revanche für Genf, und daraus ergäbe sich der Geist des Gegensatzes zu Genf oder Locarno. Wenn diese Auffassung entstehen konnte, **so ist das nicht Deutschlands Schuld.** Deutschland rechnete mit voller Bestimmtheit darauf, von Genf als Völkerbundsmitglied zurückzukommen. Sollte Deutschland jetzt, nachdem Rußland sich bereit erklärte, den Vertrag, an dem 1 1/4 Jahr, von der ersten Sondierung an[37], gearbeitet worden war, zu schließen, Rußland darauf vertrösten, daß der Vertrag nach September[38] geschlossen würde? Dazu lag keinerlei sachliche Veranlassung vor. **Das würde bestenfalls doch nur möglich gewesen sein, wenn eine Sicherheit dafür bestanden hätte, daß die Völkerbundsschwierigkeiten im September wirklich bereinigt würden. Eine Garantie dafür kann aber bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge niemand übernehmen.** Außerdem würde ein übelwollender Kritiker wahrscheinlich noch weit mehr beanstandet haben, wenn Deutschland zunächst stillschweigend in den Völkerbund eingetreten und erst nachher

---

[35] Text des Provisorischen Vertrags zwischen der Tschechoslowakei und der Russischen Sozialistischen föderalen Sowjetrepublik vom 5. Juni 1922 (nach der Wiedergabe im tschechoslowakischen Gesetzblatt) in MARTENS III 18, S. 643–647.

[36] Vermutlich irrt sich Stresemann in der Datierung und meint den italienisch-jugoslawischen Freundschaftsvertrag, der am 27. Januar 1924 in Rom geschlossen wurde (Text ebd., III 12, S. 906–908).

[37] Vgl. zu diesen ersten Sondierungen etwa den Bericht Brockdorff-Rantzaus an Stresemann vom 29. Dezember 1924 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 646–650).

[38] Für September 1926 war die nächste Völkerbundsversammlung geplant, auf der der deutsche Beitritt vollzogen werden sollte.

überraschend mit dem Russenvertrag hervorgetreten wäre.

Lassen Sie mich die Situation kurz zusammenfassen: Die deutsche Initiative führte nach Locarno. Sinnbild dieser Politik war die Sicherung des europäischen Friedens unter Verzicht auf manche seelischen Empfindungen des deutschen Volkes, die, schmerzlich genug, aufgegeben werden mußten. **Niemals aber war es die deutsche Absicht, sich im Westen zu einer Kampfgemeinschaft gegen den Osten zu verbinden.** Unsere Politik war vielmehr, das System friedlicher Abmachungen auf ganz Europa zu erstrecken. Mit nahezu allen unseren Nachbarstaaten haben wir weitgehende Schiedsverträge abgeschlossen oder stehen in fortgeschrittenen Verhandlungen mit ihnen darüber. Welch eine andere europäische Großmacht kann ein gleiches Bekenntnis zur Schiedsidee aufweisen? Diese Idee ist **Basis unserer Friedenspolitik.** Darüber hinaus ist Deutschland kraft seiner geographischen Lage der gegebene große Mittler und die Brücke zwischen Ost und West. Man vergesse auch das eine nicht: gegenüber der früheren völlig aggressiven Haltung Rußlands gegenüber dem Völkerbund ist die Hinnahme der deutschen Erklärungen über seine friedensichernde Tendenz[39] auch ein Stück politischer Evolution und kann **Grundlage künftiger Entwicklung** sein. Wir haben ein ganz bestimmtes Ziel europäischer Entwicklung vor Augen. Wir verfolgen es gradlinig und ohne Schwanken. Wir wissen, daß wir Machtpolitik nicht treiben können, aber wir wollen in der Politik der Friedenssicherung unseren eigenen Weg gehen. Wer guten Willens in der Welt dasselbe Ziel verfolgt, kann und muß uns unterstützen. Er möge nur Verständnis dafür aufbringen, daß neben dem Wunsch der Friedenssicherung für alle Völker dieser Weg gekennzeichnet ist durch die Lebensinteressen Deutschlands.

[39] In der Präambel des Berliner Vertrags (zum Drucknachweis vgl. oben Anm. 2) wird die „Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens“ als eines der Vertragsziele formuliert.

Rede bei einem Festbankett zu Ehren amerikanischer Hoteliers in Berlin vom 3. Mai 1926[1]

Nach DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 204 (Morgenausgabe) vom 4. April 1926. – Druck auch in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 203 (Morgenausgabe) vom 4. Mai 1926; STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 445–446. – Teildruck in FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 329 (Abendausgabe) vom 4. Mai 1926, S. 3.

Frieden ist die Voraussetzung fürs Reisen, das die Hoteliers ermöglichen; hofft, daß dieser Frieden Bestand hat.

Es ist nicht meine Absicht, Ihren Aufenthalt in der Reichshauptstadt[2] zu benutzen, um an dieser Stelle eine außenpolitische Rede zu halten. Wir wollen nicht von den Streitpunkten sprechen, die es in der Welt gibt, sondern von dem, **worin wir einig sind,** um ein einheitliches Fühlen der Nationen herzustellen und zu sichern. Wir alle

---

[1] Die FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 329 (Abendausgabe) vom 4. Mai 1926, S. 3, leitet ihren Agenturbericht über das Bankett und die Rede folgendermaßen ein: „Das den amerikanischen Hoteliers von ihren Berliner Kollegen gegebene Festmahl nahm einen glänzenden Verlauf. In dem schön geschmückten Kaisersaal des Zoologischen Gartens waren etwa 600 Gedecke aufgelegt. Unter den Teilnehmern bemerkte man außer den gastgebenden Führern des Berliner Hotelgewerbes und ihren Damen Stresemann, den preußischen Handelsminister Schreiber, den amerikanischen Botschafter Schurmann [!] und Gemahlin […] u. a. Der Vorsitzende des Vereins Berliner Hotelbesitzer, Schüler, begrüßte in kurzen herzlichen Worten die amerikanischen Freunde und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Beziehungen von Volk zu Volk, in deren Pflege die Hotelbesitzer eine besondere Bedeutung und eine besondere Aufgabe hätten, auch durch diese, von den Berlinern herzlich begrüßte Zusammenkunft eine Festigung erfahren würden. Darauf ergriff, von stürmischem Beifall begrüßt, Stresemann das Wort und führte aus:“ – In BERLINER TAGEBLATT, Nr. 207 (Morgenausgabe) vom 4. Mai 1926, heißt es in einem Bericht über die Rede, der die Worte Stresemanns fast ausnahmslos nur paraphrasiert wiedergibt, nach einer kurzen Einleitung: „Als der Minister [Stresemann] seine Rede beginnen wollte, erhoben sie Amerikaner spontan von ihren Plätzen, winkten mit Taschentüchern und klatschten minutenlang dem Außenminister zu.“

[2] Ein längerer Artikel in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 205/206 (Morgenausgabe) vom 3. Mai 1926, erläutert, in welchem Kontext dieser Aufenthalt stattfand: „Dreihundert amerikanische Hotelbesitzer, die den Kongreß der Alliance International de l´Hôtelerie in Paris zum Anlaß nahmen, um einen fünfwöchigen Trip durch Deutschland zu machen, sind gestern mit Sonderzug von Hamburg nach Berlin gekommen.“ Im Folgenden werden weitere deutsche und europäische Stationen dieser Reise erläutert. In einem Bericht über das Festbankett, in dessen Rahmen Stresemann sprach (ebd., Nr. 208 [Morgenausgabe] vom 4. Mai 1926), heißt es im Hinblick auf die Reisedauer und das Reiseziel abweichend, aber wohl zutreffend: „Amerikaner sind immer, nach dem Krieg erst recht, etwas Besonderes für die Deutschen gewesen. Diesmal waren es die amerikanischen Hotelbesitzer, die in der ansehnlichen Stärke von mehr als 300 Mann, Herren und Damen, auf einem besonderen Dampfer nach Europa gekommen waren, und auf einer siebenwöchigen Rundreise durch Mitteleuropa zum ersten Male nach zwölf Jahren korporativ die deutschen Berufskollegen besuchten.“ – Zu früheren Stationen der Reise vgl. auch BERLINER TAGEBLATT, Nr. 202 (Morgenausgabe) vom 30. April 1926. – Eine Abordnung der Reisegruppe war am Vormittag von Reichspräsident Hindenburg empfangen worden (vgl. ebd., Nr. 206 [Abendausgabe] vom 3. Mai 1926).

sind einig in der Freude über Ihren Besuch. „Im Frieden[“], so hat Goethe[3] einmal gesagt, „sendet man die Tüchtigsten von einer Weltgegend zur anderen.“ Sie tragen den Ruhm der amerikanischen Tüchtigkeit in die Welt. Sie sind in der Welt führend in Ihrem Gewerbe. Man kann wohl fragen, worin sind die Amerikaner nicht führend? Ob es Stahl ist oder Eisen, Baumwolle, Film und ungemünztes Gold, überall steht Amerika an der Spitze.

Aber die Welt wird nicht nur von materiellen Fragen beherrscht. Man kann auch die Frage stellen, wer führend ist in den Freuden der Welt. Auch die Freude ist göttlichen Ursprungs. Gott hat die Erde und ihre Schönheiten nicht dazu geschaffen, daß wir sie verachten. Wer die Schönheiten der Erde kennen lernen will, der muß reisen und wandern. Wer reisen will, muß wohnen. Und da treten Sie in Funktion. Um den Menschen in ihren großen Gaststätten das zu ersetzen, was ihnen in der Heimat das eigene Haus, die eigene Wohnung gibt. Ich bin allerdings ketzerisch in meiner Anschauung darüber, ob die Freude so lärmend sein muß, wie die Gegenwart es verlangt. Ob neben dem Rhythmus des Tanzes nicht vielleicht die Musik für die Ohren eine größere Bedeutung in Ihrer Geselligkeit beanspruchen könnte. Ich sehe mit Freude **die internationale Verbindung** zwischen Ihnen und Ihren Kollegen. Aber ich hoffe, daß auch im Hotelwesen die Individualität sich erhält. Bauen Sie nicht dasselbe Hotel für die ganze Welt! Lassen Sie uns etwas zum wundern und etwas von der Eigenart der Staaten und Länder übrig. Wenn wir auf der Erde reisen sollen, dann muß Friede sein. Gebe Gott, daß in den Verhältnissen der Völker **der letzte große Krieg** nur als das letzte, große **furchtbare Märchen** weiter lebt, von dem es später heißt: Es war einmal. Kein Volk hat so viel durch diesen Krieg gelitten wie Deutschland. Einst waren wir reicher und konnten mehr ausruhen. Jetzt werden wir für lange Zeit nur **das Volk der Arbeit** sein. Aber wir wollen wieder in die Höhe kommen[4]. Bei aller Arbeit wollen wir alte Freundschaften nicht vergessen.

Als ich in den Vereinigten Staaten war[5], haben wir am Schluß eines großen Kon-

---

[3] Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832), deutscher Dichter. – Das Zitat ist aus Goethes 1821 erstmals veröffentlichtem Roman „Wilhelm Meisters Wanderjahre“ (Druck in Goethes Werke. [Hamburger Ausgabe in 14 Bden.] Bd. 8. 13. Aufl. München 1994, S. 7–460; das Zitat: S. 389).

[4] In STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 446, folgt hier: „und werden wieder in die Höhe kommen“.

[5] Stresemann war im September und Oktober 1912 als Teilnehmer einer Wirtschaftsdelegation zunächst zum Internationalen Handelskammerkongreß in Boston gereist und bereiste mit dieser Delegation anschließend Nordamerika. Berichte Stresemanns über seine Eindrücke von dieser Reise finden sich unter dem Titel „Amerikanisch-kanadische Reiseeindrücke. Vom amerikanischen Wirtschaftsleben“ in: Sächsische Industrie 9 (1912/13), S. 102–106; unter dem Titel „Vom Deutschtum in Amerika“ in: Leipziger Neueste Nachrichten, Nr. 325 vom 22. November 1912.

gresses das alte schottische Volkslied gesungen: Old Long Syne[6]. Möge es auch über unserer Beziehung stehen als das **Zeichen von Frieden und Freundschaft,** unter dem wir leben wollen. Grüßen Sie, wenn Sie zurückkommen, den großen Repräsentanten Ihres Volkes, den Präsidenten **Coolidge[7].** Sagen Sie ihm, wie sehr wir ihm auch dankbar dafür sind, daß er uns Persönlichkeiten von der Bedeutung und dem Charakter eines Houghton[8] und Schurmann [!][9] nach Berlin gesandt hat.

Bewahren Sie auch dem, was Sie in Deutschland gesehen und erlebt haben, eine gute Erinnerung in Ihrem Herzen, und lassen Sie uns so hoffen, daß Ihr Besuch in den Ländern des alten Erdteils mit eine Basis sein möge für Frieden und Freundschaft zwischen den Völkern der Erde.[10]

---

[6] „Old Long Syne“ (oder „Auld Lang Syne“) ist ein ursprünglich schottisches Lied, das im angelsächsischen Raum häufig bei Abschiedszeremonien gesungen wird.

[7] Calvin Coolidge (1872–1933), Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika 1923–1929.

[8] Alanson Bigelow Houghton (1863–1941), amerikanischer Botschafter in Berlin 1922 – Februar 1925; in London April 1925 – April 1929.

[9] Jacob Gould Schurman (1854–1942), amerikanischer Gesandter in China 1921–1925; Botschafter in Berlin Juni 1925 – 1930.

[10] Die FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 329 (Abendausgabe) vom 4. Mai 1926, S. 3, schließt ihren Agenturbericht folgendermaßen: „Unmittelbar darauf erhob sich, ebenfalls aufs freudigste begrüßt, der amerikanische Botschafter. Er dankte mit warmen Worten für den überaus herzlichen Empfang, der seinen Landsleuten in Deutschland und Berlin zuteil geworden sei, insbesondere für die Teilnahme der Regierung an dieser liebenswürdigen Aufnahme. Eine außerordentliche Ehre sei für seine Landsleute der Empfang durch den Reichspräsidenten gewesen. Diesen Mann, von dem man wie von George Washington sagen könnte, daß er der erste sei im Krieg, der erste im Frieden und der erste im Herzen seines Volkes. Der Botschafter schloß seine mit stürmischem Beifall aufgenommene Rede mit dem Wunsch auf Erneuerung und Festigung der alten Freundschaft zwischen den beiden Völkern und auf Frieden und Freundschaft in der Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen. Im Namen der amerikanischen Gäste sprach M. Ch. Gehring in launigen Worten von den Gefühlen der amerikanischen Gäste. Er habe von den Worten des Reichsministers wenig verstanden, aber er habe das Gefühlt gehabt, daß der Minister aus dem Herzen spreche, und in diesem Sinne möchte er seine Worte aus tiefster Seele erwidern. Im späteren Verlauf des Festmahls ergriffen noch einige amerikanische Herren das Wort, um ihrer Dankbarkeit für den liebenswürdigen Empfang in Berlin und ihrer Zuversicht für eine erfreuliche Entwicklung der Beziehungen der beiden Völker Ausdruck zu geben.“ –- Der Bericht über das Bankett in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 208 (Morgenausgabe) vom 4. Mai 1926, schließt: „Der Saal bot ein farbenprächtiges Bild, auf Fahnenschmuck hatten die politisch allzu zurückhaltenden Hoteliers verzichtet. Aber schöne Frauen, ernste bebrillte Wilsongesichter, deutsche Orden auf Fräcken gaben doch einen großen gesellschaftlichen Rahmen, in dem sich das Fest bis in späte Stunden ausdehnen und an Stimmung immer mehr zunehmen konnte.“

Rede auf einem Kommers zu Ehren des Männergesangvereins Saarbrücken in Berlin vom 25. Mai 1926[1]

Nach STRESEMANN, Reden und Schriften II, S. 260–262 [2. Aufl. S. 387–388]. – Teildrucke in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 238 (Abendausgabe) vom 26. Mai 1926; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 238 (Morgenausgabe) vom 27. Mai 1926.

Das Saargebiet ist Teil Deutschlands. Kein Teil davon wird aufgegeben werden; gegenteilige Gerüchte sind falsch.

Es ist mir eine große Freude, anläßlich Ihres Aufenthaltes in der Reichshauptstadt[2] die Grüße der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung zu überbringen. Ihr Herr Vorsitzender[3] hat mich angekündigt als Reichsminister des Auswärtigen. In dieser Eigenschaft spreche ich nicht zu Ihnen. Das Saarland ist kein ausländisches, sondern es ist deutsches Gebiet. Im September 1918 bin ich zuletzt bei Ihnen gewesen[4], und ich habe empfunden, daß anderwärts kaum je einmal die Idee der Volksgemeinschaft so durchgeführt war wie an der Saar in einem einmütigen Bekenntnis zum Deutschtum des Einzelnen. An diesem einheitlich deutschen Empfinden haben sich auch diejenigen die Zähne ausgebissen, die geglaubt haben, daß es möglich wäre, den Sinn des Saarlandes irgendwie nach einer anderen Front zu wenden. Sie haben schwere Zeiten durchzumachen gehabt. Auf Ihre Lippen wird sich oft

---

[1] Die TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 238 (Abendausgabe) vom 26. Mai 1926, leitet ihre Berichterstattung über Stresemanns Rede folgendermaßen ein: „Auf dem Kommers, der am Dienstag abend zu Ehren des Männergesangvereins Saarbrücken im Berliner Konzerthaus in der Mauerstraße stattfand […], ergriff noch in später Abendstunde auch Reichsaußenminister Dr. Stresemann das Wort." – Ein Artikel in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 245 (Abendausgabe) vom 26. Mai 1926, erläutert, daß der Kommers einem dort beschriebenen Konzert des Gesangvereins folgte und „vom Berliner Sängerbund und den ihm angeschlossenen Gesangvereinen" veranstaltet wurde. Zum Konzert vom 25. Mai vgl. auch BERLINER TAGEBLATT, Nr. 244 (Abendausgabe) vom 26. Mai 1926.

[2] Zum Aufenthalt des Saarbrücker Gesangvereins in Berlin vgl. die Berichterstattung in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 242 (Morgenausgabe) vom 25. Mai 1926.

[3] Gemeint ist offenbar Wilhelm Reichard (1871–1951), evangelischer Pfarrer von St. Johann in Saarbrücken 1904–1945. (In einem Bericht in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 238 [Abendausgabe] vom 26. Mai 1926, über einen Besuch des Gesangvereins bei Hindenburg wird „Pfarrer Reichard aus Saarbrücken" als „Sprecher der Abordnung" bezeichnet. Aus dem Bericht in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 242 [Morgenausgabe] vom 25. Mai 1926, wo er als „Führer" der Sänger tituliert wird, läßt sich erschließen, daß Stresemann wohl ihn meint.) – Reichard veröffentlichte im Saarkalender 5 (1927), S. 96–103, unter dem Titel „Eine Pfingstfahrt saardeutscher Sänger ins Reich" einen Reisebericht über die mehrtägige Fahrt des Gesangvereins u. a. nach Berlin. Das Konzert (vgl. oben Anm. 1) wird dort erwähnt; die Rede Stresemanns findet dagegen keine Erwähnung.

[4] Offenbar bezieht sich Stresemann auf seinen Aufenthalt in Saarbrücken anläßlich einer nationalliberalen Kundgebung vom 8. September 1918, bei der er als Redner auftrat (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 463 [Abendausgabe] vom 10. September 1918).

die Frage drängen, der Sie auch in Ihren Liedern Ausdruck geben: Wann die Zeit endet, bis Sie wieder als vollberechtigtes Glied des Deutschen Reiches in unserer eigenen Freiheit und Unabhängigkeit zu uns zurückkehren[5]. Lassen Sie mich, ehe diese Frage erörtert wird, Gelegenheit nehmen, mich namens der Reichsregierung mit aller Entschiedenheit gegen Ausstreuungen zu wenden, die gerade in der letzten Zeit mit Bezug auf die Saarpolitik des Deutschen Reiches ausgesprochen worden sind.

Ich habe es auf das tiefste bedauert, daß eine Zeitschrift wie der „Stahlhelm“ eine Zuschrift[6] wiederzugeben sich erdreistet hat, in der davon die Rede war, daß die deutsche Regierung die Absicht hätte, die Verkürzung der Besetzung des Saargebiets und einen billigeren Rückkauf der Saargruben[7] zu erkaufen durch die Abtretung deutscher Gemeinden an der Saar. Einmal verwahre ich mich dagegen, daß Menschen und deutsches Land irgendwie in Verbindung gebracht werden mit materiellen Dingen. Ich verwahre mich weiter dagegen, daß die Menschen an der Saar als Anhängsel der Saargruben betrachtet werden. Es ist selbstverständlich, daß die ganze Politik der deutschen Reichsregierung darauf eingestellt ist, – nicht nur für das Saargebiet, sondern für das ganze besetzte Gebiet, das alte deutsche Rheinland – die Zeit, in der es noch fremde Besatzung zu ertragen hat, auf das Mindestmaß herabzusetzen. Aber niemals ist irgendwo auch nur der Gedanke aufgetaucht, daß dabei ein Stückchen deutsches Land Kaufpreis für eine kürzere Besatzung sein könne! Es ist bedauerlich, daß durch solche falschen Ausstreuungen, deren Unrichtigkeit leicht durch eine Rückfrage im Auswärtigen Amt hätte nachgeprüft werden können, das Vertrauensverhältnis zwischen den Menschen im Saargebiet und den rechts-

---

[5] Das Saargebiet war durch den Versailler Vertrag auf 15 Jahre dem Völkerbund unterstellt worden; das Eigentum an den dortigen Kohlengruben ging an Frankreich über. Nach Ablauf dieser Frist sollte eine Volksabstimmung die weitere Souveränität über das Saargebiet entscheiden. Einzelheiten der Regierung und Verwaltung des Saargebiets („Saarstatut“) durch eine vom Völkerbund ernannte Regierungskommission waren ebenfalls im Vertrag geregelt (vgl. dessen Art. 45–50 und deren Anlagen: VERTRAG VON VERSAILLES S. 28–40).

[6] „Der Stahlhelm“ war die Wochenzeitschrift des gleichnamigen, der DNVP nahestehenden Wehrverbandes. – In einer Erläuterung zur Rede Stresemanns heißt es in DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 238 (Morgenausgabe) vom 27. Mai 1926, „Der Stahlhelm“ habe in seiner Ausgabe vom 16. Mai 1926 unter der Überschrift „Schacher um die Saar“ einen Artikel veröffentlicht, in dem unter Berufung auf eine Zuschrift aus dem Saargebiet behauptet werde, daß „die Reichsregierung bereit sei, verschiedene Gemeinden im Saargebiet an Frankreich fallen zu lassen, um dadurch eine Vorverlegung der Volksabstimmung zu erkaufen. Die Regierung hoffe weiter, durch die Preisgabe dieser sieben Gemeinden eine Preisermäßigung für die satzungsgemäß von der Reichsregierung zu kaufenden Saargruben zu erkaufen.“

[7] Die Regelungen des Versailler Vertrags für das Saargebiet (vgl. oben mit Anm. 5) mit ihrer Übertragung des Eigentums der Saarkohlegruben an Frankreich sahen vor, daß Deutschland bei einer Rückgliederung des Saargebiets diese Eigentumsrechte zurückkaufen und in Gold bezahlen mußte (Abschnitt IV, Anl., Art. 36: VERTRAG VON VERSAILLES S. 39).

rheinischen Menschen beeinträchtigt werden kann. Lassen Sie sich aber, deutsche Stammesbrüder von der Saar, durch solche Machinationen nicht beirren. Ich weiß sehr wohl, daß namentlich im früheren Geschichtsunterricht in Deutschland man etwas von oben herabgesehen hat auf die Zeit, in der man von deutscher Einheit sprach und sang, ehe sie auf den Schlachtfeldern erkämpft wurde. Wer so denkt, der sieht nur eine Seite der Entwicklung der deutschen Geschichte. Es ist gar kein Zweifel, daß die Einheit des Reiches auf den Schlachtfeldern errungen wurde, aber daß nach dem Siege die deutsche Einheit Frucht des Sieges war, das war das Ergebnis der Gedankenarbeit der Jahrzehnte vor dem Krieg. Das war die beste Art des Zusammenarbeitens. Gemeinschaft des Fühlens, Gemeinschaft des Blutes haben damals das einige Reich geschaffen.

Deshalb begrüße ich die Möglichkeit wie die heutige, um Ihnen zu sagen, was wir hier denken und fühlen: Ein einiges und freies Deutschland. Sie haben uns in Ihrem Trutzlied[8] Ihren Willen, Ihre Treue offenbart:

„Und bricht die Welt in Scherben,
Uns sollt ihr nit verderben,
Uns nit!“

Wir nehmen dieses Gelöbnis von Ihnen entgegen; nehmen Sie daher das Gelöbnis von uns:

Wir halten die Treue zum Saargebiet und harren des Tages, an dem wir wieder eines sind in jeder Beziehung. In diesem Sinne:

Deutsch die Saar jetzt und immerdar[9]!

[8] Offenbar hatte der Gesangverein in dem vorangegangenen Konzert (vgl. oben Anm. 1) dieses Lied gesungen, zu dem nichts Näheres ermittelt werden konnte.

[9] Stresemann zitiert hier offenbar (in leichter Abwandlung) den Beginn des 1920 von Hanns Maria Lux gedichteten und in der Folgezeit sehr populären „Saarliedes“.

Rede auf der DVP-Landesversammlung in Rostock vom 29. Mai 1926[1]

Nach VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 252 vom 30. Mai 1926. – Druck auch in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 245 vom 30. Mai 1926. – Teildrucke in FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 395 (2. Morgenausgabe) vom 30. Mai 1926, S. 1; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 246 (Morgenausgabe) vom 30. Mai 1926; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 251 (Morgenausgabe) vom 30. Mai 1926; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22164 (Morgenausgabe) vom 30. Mai 1926, S. 10; SCHULTHESS 67 (1926), S. 106–107.

Begründet, warum Westarp Unrecht hat, wenn er den Dawesplan als Ursache für die derzeitige Wirtschaftskrise und die hohe Arbeitslosigkeit darstellt. Wenn die DNVP die Fortführung des außenpolitischen Weges nicht mitträgt, versperrt sie sich selbst den Weg in die Regierung.

In den Erörterungen der Oeffentlichkeit, so in einer Rede, die Graf Westarp[2] in Schwerin gehalten hat, spielt die Frage des Dawesabkommens[3] eine besondere Rolle. Graf Westarp hat unter Bezugnahme auf die Wirkungen des Dawesabkommens erklärt, daß nur eine **kraftvolle Außenpolitik** die furchtbare Not der deutschen Wirtschaft beheben könne. Graf Westarp scheint zu meinen, daß die gegenwärtige schwierige Lage der deutschen Wirtschaft als eine Folgeerscheinung des Dawesabkommens hinzustellen sei. Diese Auffassung ist vollkommen unrichtig. Man kann nicht gegenüberstellen die Leistungen aus dem Dawesabkommen und die Lage, wie

---

[1] Die Vorlage, die Wiedergabe einer WTB-Meldung unter der Überschrift „Stresemann gegen Westarp. Für Fortsetzung der Locarnopolitik“, die den letzten Teil der Rede nur in indirekter Rede wiedergibt (vgl. unten Anm. 11), erläutert einleitend: „Die Landtagswahlen in Mecklenburg, die am 6. Juni stattfinden […], geben Anlaß zu Auseinandersetzungen großen Stils, die den Kampf um den künftigen Kurs der Reichspolitik widerspiegeln. Am Freitag hat der deutschnationale Führer Graf Westarp in Schwerin des Sturz des Reichskanzlers Luther auf die ‚Fehlschläge und Enttäuschungen der Locarno-Politik‘ zurückgeführt und gleichzeitig die Regierungsbeteiligung der Deutschnationalen gefordert, die unter diesen Umständen eine glatte Absage an den bisherigen Kurs der Außenpolitik bedeuten würde. Prompt hat darauf am Sonnabend in Rostock der Führer der Deutschen Volkspartei, Minister Dr. Stresemann, geantwortet. In einer Rede auf der Landesversammlung der Deutschen Volkspartei, die übrigens in Mecklenburg mit den Deutschnationalen weitgehend verbunden ist, erklärte er:“

[2] Kuno Graf von Westarp (1864–1945), Mitglied des Reichstags 1920–1932 (für die DNVP 1920–1930 [deren Parteivorsitzender 1926–1928; Fraktionsvorsitzender 1925–1929], für die Konservative Volkspartei 1930–1932). – Zu seiner Rede in Schwerin vom 28. Mai 1926 vgl. die vorangehende Anm.

[3] Auf der Londoner Konferenz vom 16. Juli bis 16. August 1924 wurde der „Dawes-Plan“ (das Sachverständigen-Gutachten vom 9. April 1924) als künftige Grundlage der deutschen Reparationszahlungen festgelegt; Protokolle der Konferenz in LONDONER KONFERENZ (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 397 [dort als Anl. 263 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]); paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 (1924), S. 419–439.

sie ohne derartige Leistungen sein würde, sondern man muß die Situation gegenüberstellen, die sich vor dem Abschluß des Dawesabkommens und nach diesem für die Gestaltung der deutschen finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse ergeben hat. Die Entwicklung der deutschen Wirtschaft seit dem verlorenen Krieg bis zum Dawesabkommen ist eine **Kette fortgesetzter Erschütterungen** gewesen, und diese Erschütterungen haben ihren tiefsten Ausdruck in dem vollkommenen Niedergang der deutschen Währung[4] gefunden, durch den ein großer Teil des deutschen Volkes um sein Vermögen und seine Ersparnisse gebracht worden ist.

Die Londoner Verhandlungen des Jahres 1924[5] waren der **erste Versuch,** eine Regelung der Reparationslasten herbeizuführen mit dem Ziel, solche Erschütterungen der deutschen Währung für die Zukunft zu verhindern und die deutsche wirtschaftliche Lage bei den Reparationsleistungen zu berücksichtigen. Die ersten beiden Jahre der Leistungen nach dem Dawesabkommen waren als **Atempause[6]** für die deutsche Wirtschaft gedacht. Gewiß haben die tatsächlichen Verhältnisse gezeigt, daß man die Entwicklung einer Wirtschaft nicht theoretisch vorausbestimmen kann. Denn gerade in dieser Zeit der Atempause ist die große Arbeitslosigkeit entstanden, unter der wir jetzt leiden[7], eine Arbeitslosigkeit, die auch nach dem Winterende nicht diejenige Erleichterung gebracht hat, die man in Deutschland selbst erhoffte. Aber man wird auch die Frage stellen müssen, wie Deutschland über diese große Krisis, die namentlich auch eine Kreditkrisis ist, hinweggekommen wäre, wenn an Stelle der für diese Uebergangszeit vorgesehenen Regelung der erst allmählich ansteigenden Leistungen jene Willkür Platz gegriffen hätte, die vor den Londoner Vereinbarungen sinnbildlich für die Beziehungen der Gläubigerstaaten gegenüber Deutschland gewesen war. Deshalb gilt es auch, diese Frage nüchtern zu beleuchten und sie nicht durch parteipolitische Einseitigkeit in einem falschen Licht erscheinen zu lassen.

Wenn sich im Lauf der Entwicklung herausstellen sollte, daß die Methoden und die Art der Dawesregelung nicht das bewirkten, was davon von beiden Seiten erwartet

---

[4] Gemeint sind die Inflation und dann vor allem die Hyperinflation des Jahres 1923; vgl. dazu die tabellarische Übersicht über die Entwicklung der Mark in den Monaten August – November 1923 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1000–1005.

[5] Vgl. oben Anm. 3.

[6] Der Dawes-Plan sah vor, daß die jährlichen deutschen Zahlungen erst 1928 die volle Höhe von 2,5 Mrd. erreichen sollten.

[7] Laut einer Meldung in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 246 (Morgenausgabe) vom 27. Mai 1926, war die „Zahl der unterstützten Erwerbslosen in der ersten Hälfte des Monats Mai […] von 1 782 000 auf 1 743 000, d. h. um etwas über 2 v. H. zurückgegangen."

worden ist, so wäre die Voraussetzung für eine Aenderung dieser Art und dieser Methoden jedenfalls eine **auf gegenseitiger Verständigung aufgebaute Außenpolitik** der beteiligten Mächte.

Das Wort „kraftvolle Außenpolitik“ klingt so angenehm in den Ohren, in Wirklichkeit läßt sich aber mit diesem Begriff sehr wenig anfangen. Wenn Graf Westarp diese kraftvolle Außenpolitik auch auf die Handelsvertragspolitik bezogen haben würde, so wüßte Graf Westarp jedenfalls sehr genau aus seiner eigenen Partei, wie sehr sich hier die Interessengegensätze geltend machen[8], und daß es noch nie in der Welt einen Handelsvertrag gegeben hat ohne Kompromisse, sowohl in bezug auf die Beziehungen der vertragschließenden Staaten gegeneinander, wie auch in bezug auf die Ausbalancierung der Wirtschaftsinteressen des eigenen Landes.

Graf Westarp hat weiter in seiner Rede in Schwerin zum Ausdruck gebracht, daß die deutsche Volkspartei sich dem Zentrum gegenüber verpflichtet habe, die neue Regierung[9] **nach links zur Großen Koalition zu erweitern.** Der Beschluß dieser beiden Fraktionen[10] besagt, daß die Erweiterung der Regierung nur erfolgen könne durch Parteien, die die Garantie böten für eine **Fortführung der bisherigen Außenpolitik und für Anerkennung der bestehenden internationalen Verträge.** Wenn Graf Westarp das als ein Bekenntnis zur Heranziehung der Sozialdemokratie ansieht, so müßte angenommen werden, daß er durch diese Ausführungen für die **Deutschnationale Volkspartei** die Garantie der Fortführung der bisherigen Außenpolitik und der Anerkennung der bestehenden internationalen Verträge ablehne.

Daß angesichts der bevorstehenden Entscheidungen auf dem Gebiete der auswärtigen Politik eine andere Politik als die der Fortführung der gegenwärtigen Außenpolitik gar nicht in Frage kommt, ist **allmählich Allgemeingut der Anschauun-**

---

[8] Stresemann bezieht sich hier vermutlich konkret auf die Reichstagsdebatte und die Abstimmung über Handelsverträge vom 18. Mai 1926, bei der ein deutschnationaler Redner am Beispiel des deutsch-spanischen Handelsvertrags auf die Spannung zwischen industriellen und agrarischen Interessen hinwies (vgl. zusammenfassend SCHULTHESS 67 [1926], S. 101–102).

[9] Infolge von Abstimmungsniederlagen im Reichstag in der Debatte über die Flaggenverordnung hatte die Regierung Luther am 12. Mai 1926 demissioniert. Da Luther das Amt des Reichskanzlers auch nicht geschäftsführend beibehalten wollte, wurde am 13. Mai 1926 Geßler mit der Stellvertretung des Reichskanzlers beauftragt (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 1369 mit Anm. 4; zusammenfassend zu den Ereignissen vom 11. bis 12 Mai 1926 auch SCHULTHESS 67 [1926], S. 97–100). Nach kurzen Verhandlungen war am 17. Mai 1926 unter Beibehaltung der Minister das neue Kabinett unter Reichskanzler Marx ernannt worden (vgl. ebd., S. 100).

[10] Die Fraktionen von Zentrum und DVP hatten sich im Vorfeld der Ernennung von Marx (vgl. die vorangehende Anm.) auf eine gemeinsame Erklärung geeinigt, wonach sie zwar zur Lösung der Regierungskrise in ein Minderheitskabinett eintreten, aber eine Erweiterung der Regierung im Sinne einer Reichstagsmehrheit anstreben würden; an diese Erweiterung wurde die von Stresemann im Folgenden paraphrasierte Bedingung geknüpft (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 100–101).

gen weitester Volkskreise bis tief in die Deutschnationale Partei hinein geworden. Graf Westarp erklärt, daß ohne die Deutschnationale Partei und die dahinter stehenden Kreise keinesfalls regiert werden könne. Er wird aber wohl selbst nicht erwarten, daß diejenigen Parteien, an die er mit diesen Worten appelliert, gewillt sind, sich ihrerseits aus den Bahnen der von ihnen als richtig anerkannten Außenpolitik verdrängen zu lassen, und er wird danach die Frage, **wer die Wege zur Mitarbeit der Deutschnationalen Partei verbaut, sich selbst beantworten müssen.**[11]

[11] Die Vorlage fährt in indirekter Rede fort: „Zur Frage der Fürstenabfindung bemerkte Dr. Stresemann, daß die Deutsche Volkspartei an ihre Anhänger im Lande einmütig den Appell richte, der Stimmabgabe fernzubleiben und sich damit gegen die entschädigungslose Enteignung der ehemals fürstlichen und landesherrlichen Familien zu wenden. Ein Sieg des Volksentscheids würde, so betonte Dr. Stresemann, von unübersehbaren Folgen für die innerstaatliche und innerpolitische Entwicklung sein. Eine solche Lösung des Problems wäre politisch nicht gerecht und rechtlich nicht zu begründen. Die Deutsche Volkspartei sei durchaus entschlossen, die staatlichen Rechte in den Auseinandersetzungen mit den Fürsten mit aller Entschiedenheit zu wahren. Es sei bedauerlich, daß das Bild dieser Auseinandersetzungen durch schamlose Ansprüche einzelner Personen, die nicht einmal die deutsche Staatsangehörigkeit besäßen, getrübt würde. Wenn das Volksentscheidgesetz, wie allgemein zu hoffen und zu erwarten sei, nicht zu einer Annahme der Enteignung führe, würde die Deutsche Volkspartei alles daran setzen, einer Kompromißentscheidung zur Annahme zu verhelfen, um eine solche reichsgesetzliche Regelung der jetzigen Unsicherheit der Verhältnisse auf diesem Gebiete ein Ende zu machen.“

Erklärung in einer Versammlung des Reichsausschusses für Handel und Industrie der DVP in Erfurt vom 3. Juni 1926[1]

Nach NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Nr. 96 vom 4. Juni 1926. – Druck auch in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 260 (Morgenausgabe) vom 4. Juni 1926; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 253 (Morgenausgabe) vom 4. Juni 1926; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 254 (Morgenausgabe) vom 4. Juni 1926; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 259 (Morgenausgabe) vom 4. Juni 1926; STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 402–403. – Teildruck in NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22169 (Morgenausgabe) vom 4. Juni 1926, S. 4.

Rechtfertigt seine anfängliche Stellungnahme zu dem angeblichen Putschplan.

Die Mitteilung von Ministerialdirektor Abegg[2] im Preußischen Landtag könnte für die Frage, ob das Vorgehen der preußischen Regierung berechtigt war, nur dann Bedeutung haben, wenn meine Aeußerung **nach** dem Bekanntwerden der Veröffentlichung der amtlichen Stellen erfolgt wäre[3]. In Wirklichkeit war der Vorgang folgender:

---

[1] Die Vorlage leitet unter der Überschrift „Abeggs ‚Beweise'" den betreffenden Artikel folgendermaßen ein: „Zu der Meldung des sozialdemokratischen Pressedienstes, der Reichsaußenminister Dr. Stresemann habe sich mit dem Vorgehen der Preußischen Regierung in Sachen der angeblichen Umsturzpläne von Rechts einverstanden erklärt und ein energisches Durchgreifen gefordert, nahm der Reichsaußenminister auf einer Versammlung des Reichsausschusses für Handel und Industrie der Deutschen Volkspartei in Erfurt Stellung und führte dazu folgendes aus:" – In der Vorlage ist die Rede nicht genau datiert; das Datum ergibt sich jedoch aus den anderen angeführten Druckorten. – Hintergrund waren Gerüchte über einen von rechter Seite geplanten Putsch mit dem Ziel einer Diktatur, die am 11. Mai 1926 zu Hausdurchsuchungen der preußischen Polizei bei Führern rechtsradikaler Verbände und auch bei einigen Industriellen geführt hatten; darüber wurde am 17. und 18. Mai 1926 im preußischen Landtag debattiert (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 29–31 u. insb. Anm. 1; SCHULTHESS 67 [1926], S. 103). – Zu Stresemanns eigener Haltung vgl. seine undatierte Niederschrift in STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 403–405. – Zur Tagung, in deren Rahmen Stresemann die hier wiedergegebene Erklärung abgab, vgl. den ausführlichen Bericht in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 253 (Morgenausgabe) vom 4. Juni 1926; laut diesem Bericht muß Stresemann in einer weiteren Äußerung (oder unmittelbar vor oder nach der hier wiedergegebenen Erklärung) „in längeren vertraulichen Ausführungen im Sinne seiner kürzlichen Rostocker Rede [vom 29. Mai 1926: vgl. diese Edition] zur Frage des Dawes-Abkommens unter lebhafter Zustimmung der Versammlung Stellung" genommen haben; dieser Teil konnte jedoch nicht im Wortlaut ermittelt werden.

[2] Wilhelm Abegg (1876–1951), Ministerialdirektor bzw. (ab 9. Oktober 1926) Staatssekretär im Preußischen Innenministerium 1923–1932. – Abegg hatte am 1. Juni 1926 im preußischen Landtag erklärt, daß die in der vorangegangenen Anm. genannte „Polizeiaktion unter anderm von einer prominenten Persönlichkeit der Rechtsparteien nicht nur begrüßt, es sei von ihr sogar schärfstes Zufassen empfohlen und auf eine Erweiterung des Kreises der betroffenen Persönlichkeiten hingewirkt, ja angeregt worden, auch vor der Immunität nicht haltzumachen" (KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 402 [1. Morgenausgabe] vom 2. Juni 1926). Laut TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 253 (Morgenausgabe) vom 4. Juni 1926, identifizierte der „Sozialdemokratie Pressedienst" diese „prominente Persönlichkeit" als Stresemann.

[3] Zu dieser Erklärung des Berliner Polizeipräsidenten vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 222 (Morgenausgabe) vom 12. Mai 1926.

An dem Tage, an dem der Abg. **Giesberts**[4] im Reichstage von diesen angeblichen Plänen sprach, **d. h. vor** irgendeiner Veröffentlichung der preußischen Regierung, habe ich bei dem stellvertretenden Polizeipräsidenten von Berlin[5] angefragt, was es eigentlich mit dieser Umsturzgefahr auf sich habe.

Dr. Friedensburg hat mir darauf telephonisch gesagt, daß es sich um einen **großangelegten Plan** zur Einrichtung eines Direktoriums im Reiche unter Beseitigung des **Reichspräsidenten**[6] und seiner Ersetzung durch einen **Reichsverweser** handelt, der gleichzeitig in allen deutschen Ländern **Landesverweser** einsetzen solle. Auf Grund dieser Mitteilungen des Herrn Dr. Friedensburg habe ich in unserer telephonischen Unterhaltung erklärt: **„Wenn die Dinge so liegen,** dann greifen Sie nur ordentlich durch."

Diese Aeußerung ist für **jeden** Anhänger der Verfassung[7] **selbstverständlich,** wenn er auf Grund von Mitteilungen von autoritativer Stelle unter dem Eindruck steht, daß solche Dinge tatsächlich beabsichtigt waren. Von dieser Unterredung habe ich auch der volksparteilichen Presse bei einer am nächsten Tage stattgehabten Zusammenkunft Kenntnis gegeben[8].

Mit der Kernfrage, ob die Voraussetzungen für ein solches Vorgehen tatsächlich gegeben waren, hat die unter diesen Umständen damals erfolgte Antwort gar nichts zu tun. Ich habe mich vielmehr aus den inzwischen bekanntgewordenen Veröffentlichungen **bisher nicht davon überzeugen können,** daß die Voraussetzungen für ein derartiges Vorgehen der Preußischen Regierung **tatsächlich** gegeben waren. Insbesondere bemerke ich nur, daß bei dieser Unterhaltung von bevorstehenden Haussuchungen bei den führenden Herren der rheinisch-westfälischen Industrie[9] in keiner Weise die Rede gewesen ist.

---

[4] Johann Giesberts (1865–1938), Reichspostminister 1919–1922; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1930 (für das Zentrum). – Zu seiner nachfolgend angesprochenen Reichstagsrede vom 11. Mai 1926 mit Andeutungen über bald bekanntwerdende Putschpläne vgl. VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 390, S. 7168–7171.

[5] Ferdinand Friedensburg (1886–1972), Polizeivizepräsident von Berlin 1925–1927. – Zum Telefonat Stresemanns mit Friedensburg vgl. die oben Anm. 1 genannte Niederschrift Stresemanns.

[6] Paul von Beneckendorf und von Hindenburg (1847–1934), Reichspräsident 26. April 1925 – 1934.

[7] Die Weimarer Reichsverfassung („Verfassung des Deutschen Reiches") vom 11. August 1919 ist u. a. veröffentlicht in REICHS-GESETZBLATT 1919, S. 1383–1418.

[8] Zu dieser Zusammenkunft konnte nichts ermittelt werden.

[9] In AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 29, Anm. 1, sind „prominente westdeutsche Wirtschaftsführer wie Vögler, Kirdorf, Wiskott, Winkhaus und Frhr. v. Lüninck" als Betroffene erwähnt; vgl. auch BERLINER TAGEBLATT, Nr. 222 (Abendausgabe) vom 12. Mai 1926.

Rede auf dem Empfangsabend des Deutschen Bühnenklubs anläßlich der 1. Internationalen Schauspielerkonferenz in Berlin vom 22. Juni 1926[1]

Nach DEUTSCHE STIMMEN 38 (1926), S. 297–302. – Teildrucke in STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 345–350; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 293 (Abendausgabe) vom 23. Juni 1926.

Die materielle und soziale Entwicklung der Gegenwart erschwert künstlerisches Arbeiten. Die Entwicklung des Films erschwert das Theaterspielen. Die Literatur der einzelnen Nationen verschmilzt mit der ganzen Menschheit. Geistig und kulturell mag daher bereits eine Weltordnung existieren.

Wenn Ihr Herr Vorsitzender[2] mich hier als Minister begrüßt hat, so ist das nicht richtig. Ich möchte zu Ihnen nicht sprechen in meiner Eigenschaft als Minister. Namens der Reichsregierung wird das Minister Dr. Külz[3] morgen bei der offiziellen Tagung tun. Aber gestatten Sie mir, zu Ihnen zu sprechen als eines jener Mitglieder des hiesigen Bühnenklubs[4], die sich so gern von der Politik hierher flüchten, weil sie in diesem Klub eine jener Organisationen der Republik des Geistes sehen, die sich von anderen Staatsformen dadurch so vorteilhaft unterscheiden, daß in ihr die politischen Parteien zum Schweigen verurteilt sind. Und wie wohl einem Minister ist, wenn die Stimmen der Parteien schweigen, können Sie sich vorstellen.

Sie sind hier zusammengekommen, um Fragen zu besprechen, die Ihren Beruf

---

[1] Die VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 292 (Morgenausgabe) vom 23. Juni 1926, berichtet unter der Überschrift „Stresemann vor den Schauspielern. Begrüßung im Bühnen-Klub“: „Der ersten Internationalen Schauspieler-Konferenz zu Ehren vereinigte der Deutsche Bühnen-Klub gestern zu später Stunde auf einem Begrüßungsabend die Delegierten mit den Vertretern des amtlichen, des diplomatischen und des künstlerischen Berlin. In den Klubräumen am Kurfürstendamm trafen die ausländischen Delegierten am Vorabend der Eröffnungssitzung mit einer Herrengesellschaft zusammen“. Nach der Aufzählung der Politiker, Diplomaten und Bühnenvertreter fährt der Artikel fort: „Nach den Begrüßungsworten des Vorsitzenden, Prof. Leopold Jessner, nahm Reichsminister Stresemann das Wort“, und gibt Stresemanns Rede in kurzer Zusammenfassung und indirekter Rede wieder. – Allgemein zu Zweck und Verlauf des Kongresses vgl. die mehrfache Berichterstattung ebd., in den Ausgaben vom 24. bis 27. Juni 1926.

[2] Leopold Jessner (1878–1945), deutscher Theater- und Filmregisseur; Intendant des Staatlichen Schauspielhauses in Berlin 1919–1928; Generalintendant der Schauspielbühnen des Staatlichen Schauspielhauses Berlin 1928–1930.

[3] Wilhelm Külz (1875–1948), Reichsinnenminister 20. Januar 1926 – 29. Januar 1927; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1920–1932 (für die DDP 1920–1930; für die Deutsche Staatspartei 1930–1932).

[4] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf den 1903 gegründeten „Deutschen Bühnen-Klub Berlin“, wohl ein Verein von Mitgliedern und Unterstützern der Berliner Theater im Rahmen des Deutschen Bühnenklubs.

angehen. Wir leben seit jener Zeit der großen Umwälzung unzweifelhaft in dem Zeitalter einer – das Wort richtig verstanden – immer noch revolutionären Entwickelung. Wenn das von den politischen Zuständen hier in Europa und in manchen anderen Erdteilen gilt, so gilt es unzweifelhaft auch von der geistigen Entwickelung. Wir sind mehr und mehr das Volk der Großstädter geworden, und von einem großen Teil aller Völker gilt das, was einmal – gewissermaßen als Protest gegen diese Entwickelung – Arno Holz[5] in seinen „Liedern der Zeit“ von dem modernen Menschen gesagt hat:

Denn nicht am Waldrand bin ich aufgewachsen,
und kein Naturkind gab mir das Geleit.
Ich seh die Welt sich drehn um ihre Achsen
als Kind der Großstadt und der neuen Zeit.
Tagaus, tagein umrollt vom Qualm der Essen,
wars oft mein Herz, das laut aufschlug und schrie.
Und dennoch, dennoch hab ich nie vergessen
das goldne Wort: Auch dies ist Poesie!

Allerdings können wir uns wohl auch fragen, ob diese Poesie des Großstädters nicht ganz andere Bahnen einschlägt, als Sie sie früher gewohnt waren und ob sich hier nicht ganz neue Entwicklungen anbahnen zum Besseren, zum Mannigfacheren, vielleicht aber auch Entwicklungen, die nicht mehr diejenige Vertiefung des geistigen Lebens gewährleisten, wie wir sie früher gekannt haben. Lassen Sie mich einen kurzen Blick auf diese Entwicklungen werfen.

Sie sehen einmal eine neue Generation heranwachsen, die in ganz anderer Art, als das früher der Fall war, Körperpflege, Ertüchtigung, Sport und Spiel als ihr Lebensideal ansieht. Mancher von uns mag es beklagen, daß er nicht selbst in einer solchen Zeit jung gewesen ist. Aber die Frage ist vollberechtigt, ob nicht in der Ueberschätzung des rein Körperlichen die Bewegung des Geistigen zurückgeht, ob wir nicht allmählich dahin kommen, die reine Ausbildung und Rekordleistung auf diesem Gebiet als das allein Gültige, als das die Sensation des Tages Bestimmende anzusehen und ernste Kunst, die Jahre und Jahrzehnte an ihrer Entwicklung arbeitet, demgegenüber zurücktreten zu sehen. Die heutige Zeit bietet dem Menschen der Großstadt unzweifelhaft eine weit größere Mannigfaltigkeit des Tatsachenmaterials, die ihm unterbreitet wird. Sie haben die Presse und ihre Suggestivkraft. Sie haben

[5] Arno Holz (1863–1929), deutscher Dichter. – Das folgende Zitat ist aus dem 1884 von Holz verfaßten Gedicht „Frühling“ (Druck in Arno Holz: Buch der Zeit. Lieder eines Modernen. Neue Ausg. München/Leipzig 1905, S. 33–39; das Zitat: S. 35).

heute die Uebertragung künstlerischer und anderer Darbietungen durch das Radio; Sie sehen, wie der menschliche Geist darauf gerichtet ist, immer neue Mittel zu erfinden, um die Entfernungen zu überwinden, die uns trennen von der Teilnahme an dem, was andere Völker, vielleicht auch einmal, was andere Erdteile uns zu übermitteln haben. Und doch kann ich hier ein Wort der Skepsis nicht unterdrücken: Ich glaube, daß die Quantität des Tatsachenmaterials beim modernen Menschen nicht immer gleichbedeutend ist mit der Qualität des Erkennens. Hast und Unruhe liegt auf dieser Welt. Nehmen Sie es bitte in der Uebertreibung, die darin liegt, aber ich möchte doch die Frage an Sie richten, ob Sie glauben, daß „Hamlet“[6] und „Faust“[7] jemals geschrieben worden wären, wenn seine Verfasser statt der Konzentration durch eine derartige Nachrichtenübermittelung erstickt worden wären, wie sie der moderne Mensch über sich ergehen lassen muß. Ob die Erfindung von Telephon und Telegraph gegenwärtig dazu beitragen, die Kultur zu fördern oder zu hemmen, oder ob sie nicht in mancher Beziehung einen Kulturrückschritt bedeuten, weil sie keine geistige Konzentration gestatten, ist eine Frage, die erst die Zukunft voll beantworten wird. Das Schönste aus der früheren Literatur war der Briefwechsel bedeutender Männer, die Niederschriften und Tagebücher, in denen die Menschen miteinander seelische Zwiesprache gehalten haben. Darin mehr lag [!] als in einem Telephongespräch und einer Ansichtskarte der Gegenwart.

Aber es gibt ein weiteres Hindernis für die Kunst gerade in unserer speziellen Gegenwart, das ist die Proletarisierung der Gentry in vielen Kulturstaaten, die die Nachwirkungen des Krieges mit sich gebracht haben. Diese Nachwirkungen des Krieges sind noch nicht überall zu Ende. Ich weiß nicht, ob ich darin vielleicht irre, ich spreche von all dem als Laie, aber ich habe die Empfindung gehabt, daß in der Zeit nach dem Kriege vielfach die Galerie ins Parkett hinuntergezogen ist, und dabei ändert es nichts am Begriff der Galerie, wenn sie reich geworden ist und Goldketten an sich trägt. Damit meine ich nicht diejenigen, die mit wenig Glücksgütern gesegnet, aber heiliger Begeisterung voll auf den billigsten Plätzen sitzen, wohl aber diejenigen, die am Lauten und Seichten Gefallen finden und an die man denkt, wenn man von jemandem sagt, er spiele für die Galerie. Es ist vielfach auch heute noch zu sehen, daß das Brutale ganz anders auf die Menschen einwirkt, als die feine Nuance, die

[6] Mit „Hamlet“ ist die von William Shakespeare 1601/1602 verfaßte Tragödie gemeint.

[7] Mit „Faust“ ist die in ihrem ersten Teil 1808 veröffentlichte Tragödie Johann Wolfgang von Goethes gemeint (Text u. a. in: Goethes Werke. [Hamburger Ausgabe in 14 Bden.] Bd. 3. 11. Aufl. München 1981, S. 9–145).

ungehört an vielen überhaupt vorübergeht und daß die feine Musik ersetzt wird durch den Schlager, sowie das, was einstmals die Menschen entzückte, die feine Partitur, selbst von dem, was man früher Operette nannte und was uns heute beinahe opernhaft erscheint zu dem, was uns heute geboten wird. Die Entwicklung ging von der höchsten Feinheit der musikalischen Entwicklung zu jener Primitivität, die sich heute in der Jazzmusik auswirkt, die ich nicht als etwas Kulturförderndes ansehen kann.

Neue Gebiete der Kunst treten an Sie und an uns als Publikum heran. Die große Auseinandersetzung zwischen Theater und Film hat sich vor unseren Augen vollzogen, erst in dem Kampf des Theaters gegen den Film, später unter einer gewissen Kapitulation, ich will nicht sagen des Theaters, mindestens aber der Theaterdirektoren. Nun lassen Sie mich auch heute hier in diesem Kreis etwas Skeptisches sagen, ich spreche ja nicht als Minister, sonst müßte ich lauter Höflichkeiten sagen, sondern ich spreche als Mitglied des Bühnenklubs; und möchte hier das Eine sagen: Daß dieses Miteinander-Verbundensein der Darstellung auf dem Theater mit der Darstellung im Film durch dieselbe Person so oft erfolgt, darin sehe ich sehr große Gefahren für die künstlerische Entwicklung. Einmal aus dem Grunde, weil damit der Schauspieler denselben Weg wie ein großer Teil, des modernen Volkes in den Großstädten überhaupt geht, nämlich den Weg der Ueberanstrengung, der geistigen Ueberreizung, der damit verbunden ist und verbunden sein muß. Diese beiden Darstellungsweisen sind meiner Meinung nach etwas Grundverschiedenes. Die eine, der Film, hat die Möglichkeit einer ganz anderen Ausnützung der Großartigkeit und Mannigfaltigkeit der Darstellung; ihm ist der schnelle Szenenwechsel leicht, der der Bühne unmöglich ist. Aber das Letzte und Tiefste, was seelisch gesagt werden kann, wird nie durch Mimik gesagt werden, sondern nur dadurch, daß die Gedanken derer, die die großen Werke der Menschheit schufen, von dem, der nun zum Ausdruck bringen kann, was im Worte klingt und zur Seele zurückkehrt, wiedergegeben werden. Jemehr [!] wir dazu kämen, daß wieder die ganze Hingabe des Einzelnen an die eine Aufgabe allein eingesetzt wird, um so besser wäre es für die Beseelung wie das Künstlerische auf beiden Gebieten.

Dann ist noch etwas anderes vor sich gegangen, was auch mit dem Charakter der Großstädter zusammenhängt: das ist die Neigung des Einzelnen, eine einzige Rolle zur höchsten Gestaltung zu bringen, darin zu brillieren und dann durch das ganze Land zu ziehen, so daß man denselben Menschen immer in derselben Maske sieht bis zur höchsten Virtuosität ausgebildet. Die einstige Möglichkeit des Zusammenwir-

kens von Menschen, bei denen in jahrzehntelangen gemeinschaftlichen Bemühungen jede Möglichkeit des Ensembles gegeben ist, tritt heute zurück gegenüber einem System, Einzelne herauszustellen, andere nur daneben erscheinen zu lassen, anstatt daß man, wie früher die Universität die Universitas des Wesens gelten läßt, auch im Theater das Theater für alle sieht und nicht das Spiel für den Einzelnen, das hundertmal heruntergespielt wird und dem Einzelnen auch gar nicht mehr jene seelische Befriedigung geben kann, als wenn er sich selbst auf all diesen Gebieten geltend machen kann. Von jenen Ensembles hat einmal Diderot[8] gesagt, daß es mit dem Theater sei wie mit einer gut geleiteten menschlichen Gemeinschaft, die nur dann prosperieren könne, wenn der Einzelne seinerseits auch Opfer bringt für die Gemeinschaft und das Ganze. Ich habe die Empfindung, als wenn diese Entwicklung, von der ich spreche, keine Entwicklung ist, die sich etwa auf Deutschland beschränkt. Ich glaube, daß auf diesem Gebiet sich Fragen ergeben, die alle angehen, wie vielleicht überhaupt kaum ein Gebiet so frei sein sollte von einer Absperrung durch Grenzen, wie das der Geisteskultur. Wir haben ja so oft nachgedacht und eine Formel zu finden gesucht über den Begriff Nation und Menschheit, und der Kampf geht da um die Begriffe des Nationalen und Internationalen, und man sieht in beiden Begriffen gern Gegensätze. Ich will nicht soweit gehen, wie Goethe[9] gegangen ist in seinen Abhandlungen Kunst und Altertum, als er kühn den Satz ausgesprochen hat, daß es eine patriotische Kunst überhaupt nicht gibt, sondern daß sie ihre Bedeutung nur empfinge in ihren Beziehungen zur Weltliteratur. Aber ich möchte sagen, daß derjenige, der mit seinen eigenen Blutströmen und seinen eigenen seelischen Empfindungen mit seinem Volke verwachsen ist, und der versteht, was ihm hier an Talent und Genie zuwächst, so ins allgemeine Menschliche zu erheben, daß die Sprache seiner Gedanken in der ganzen Welt verstanden wird. Höchstes nationales Empfinden mit höchstem Menschenempfinden verbunden. Sie werden die Größten der Literatur stets auf diesem Wege finden. Wenn Sie Shakespeares[10] Leben und Werke vor sich sehen, verstehen Sie vollkommen: all das konnte nur entstehen auf englischem Boden, in der englischen Seele; aber es wird mitverstanden in der ganzen Welt, und

[8] Denis Diderot (1713–1784), französischer Schriftsteller und Philosoph. – Das im Folgenden paraphrasierte Zitat konnte nicht ermittelt werden.

[9] Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832), deutscher Dichter. – Das nachfolgend Angesprochene konnte nicht in „Kunst und Altertum“ ermittelt werden, jedoch in Goethes erstmals 1821 veröffentlichtem Roman „Wilhelm Meisters Wanderjahre“ (Text in Goethes Werke. [Hamburger Ausgabe in 14 Bden.] Bd. 8. 13. Aufl. München 1994, S. 7–486; die betreffende Passage: S. 471).

[10] William Shakespeare (1564–1616), englischer Schriftsteller.

dasselbe gilt von Dante[11], Goethe und den großen Franzosen. Und wenn wir hier anfangen wollten, uns irgendwie abzuschließen und nicht das Große zu sehen, das durch die ganze Weltliteratur hindurchgeht, würden wir an allen Völkern sündigen, die ein Recht darauf haben, daß diese höchste Geistesarbeit ihnen allen zugute komme. Das ist ja das Schöne im geschichtlichen Drama, daß das Geschichtliche der Jahrhunderte und Jahrtausende im Leben der Völker verschmilzt in dem Gedanken des großen Menschenschicksals. Wenn Sie morgen hier eine Aufführung sehen von Herodes und Mariane [!][12], so mag das Bühnenbild, so mag die Erinnerung an die Geschichte Ihnen irgendein anderes Jahrtausend vor Augen führen. Aber schließlich, was Sie dort sehen, sind Menschen, die gerungen, gelitten, mit sich gekämpft haben, niedergesunken sind oder gesiegt haben; damals war es wie heute und wie es in aller Zukunft weiter sein wird. Und ob Sie von Hannibal[13] sprechen, von Cäsar[14] oder von Napoleon[15], neben all dem steht doch nur als Beiwerk ihr geschichtliches Zeitalter. Ueber dem Ganzen steht ihr Ringen, ihr Menschsein, steht Größe und Fall; steht hoher Charakter und Niedergang, steht das, was wir im Menschen den Kampf zwischen Gut und Böse heißen. So, wie nie ein Goethe daran gedacht hat, den Faust zu zeichnen als Sinnbild etwa seiner Seele und den Mephisto[16] als die Seele eines anderen, sondern Faust und Mephisto sind jedermanns Seele und kämpfen den menschlichen Kampf, der der Kampf der Menschheit in allen Zeiten sein wird. Gerade für unsere Zeit, die ja auch eine Zeit ist, der große Erschütterungen vorangegangen sind, gilt vielleicht auch für die Wiederbelebung des großen geschichtlichen Dramas, was einst Goethe gesagt hat in der Zeit nach der Französischen Revolution, als er in einem Aufsatz über das französische Haupttheater[17] sagte, daß, wer die Revolution überlebt hat, sich in die Geschichte hineingetrieben fühlt, im Gegenwärtigen das Vergangene erblickt. Was damals anläßlich eines Schauspiels eines französischen Theaters in Berlin Goethe in „Kunst und Altertum“[18] nie-

[11] Dante Alighieri (1265–1321), italienischer Dichter.

[12] Vermutlich war für den nächsten Tag eine Aufführung von Friedrich Hebbels Tragödie „Herodes und Marianne“ geplant. Ein Nachweis dafür konnte nicht ermittelt werden.

[13] Hannibal (ca. 247 – 183 v. Chr.), karthagischer Feldherr.

[14] Gaius Iulius Caesar (100 – 44 v. Chr.), römischer Staatsmann und Feldherr.

[15] Napoleon I. (1769–1821), Kaiser der Franzosen 1804–1814/15.

[16] Faust und Mephisto sind die Hauptfiguren in Goethes 1808 veröffentlichter Tragödie „Faust“.

[17] Goethes Aufsatz „Französisches Haupttheater“ von 1828 ist veröffentlicht in: Johann Wolfgang Goethe. Sämtliche Werke. [Frankfurter Ausgabe.] Bd. 22. Frankfurt a. M. 1999, S. 482–485; das nachfolgend paraphrasierte Zitat: S. 484.

[18] Vgl. oben mit Anm. 9.

derschrieb, darf ich Ihnen hier zum Schluß bringen. Er sagte: „Die sämtlichen Nationen, in den fürchterlichen Kriegen durcheinandergeschüttelt, fanden wieder auf sich selbst einzeln zurück, wurden manches Fremde gewahr, das sie in sich aufnahmen, empfanden ein bisher unbekanntes geistiges Bedürfnis. Daraus entstand das Bedürfnis des nachbarlichen Verhältnisses. Anstatt, daß man sich, wie bisher, zugeschlossen hätte, kam man zu dem Verlangen, in den geistigen Handelsverkehr mit aufgenommen zu werden.“ Das, was damals nach den großen Umwälzungen, nach einer Periode europäischer Wirrnisse der Mann sprach, der uns als der Weise von Weimar gilt, ist ein Wort, das man auch dieser Tagung entgegenrufen könnte, für die auch gilt, was Goethe von der damaligen Zeit sagte[19]: „Die Nationen in den fürchterlichsten Kriegen miteinander zerrissen, dann zunächst auf sich selbst angewiesen und schließlich doch das geistige Verlangen, nachbarliche Beziehungen wieder herzustellen, alles überwachsend, was an Erinnerungen an diese fürchterlichen Zeiten die Menschen trennte.“ Ich habe neulich im „Temps“[20] eine Abhandlung gelesen über die Entwicklung Europas in unserem Zeitalter. Von drei Perioden und drei Phasen der europäischen Entwicklung sprach der Artikel: Die Phase des Krieges, dann die Phase des Friedens und schließlich die Phase der Weltordnung. In der Politik würde es ein zu großer Optimismus sein, davon zu sprechen, daß wir bereits in der Phase der Weltordnung uns befinden. Aber ich glaube, geistig und kulturell können wir soweit sein, daß wir das dringende Verlangen und Bedürfnis empfinden, mindestens die geistige Weltordnung, das Anerkennen alles Großen in der Welt und bei allen Völkern, wieder zur Basis unseres eigenen Denkens zu machen und uns zum Schluß die Worte zurufen: „Soyons amis, Cinna!“[21] Lassen Sie mich hoffen, daß Ihre Tagung unter diesem Zeichen stehe und lassen Sie mich in diesem Sinne Ihrer Tagung glücklichen Verlauf wünschen.

[19] Das folgende, von Stresemann leicht veränderte Zitat findet sich in Goethes 1830 verfaßtem „Vorwort zu Carlyles ‚Leben Schillers‘“; (Druck in: Johann Wolfgang Goethe. Sämtliche Werke. [Frankfurter Ausgabe.] Bd. 22. Frankfurt a. M. 1999, S. 869–882; das Zitat: S. 870).

[20] Der betreffende Artikel in der Pariser Tageszeitung „Le Temps“ konnte nicht ermittelt werden.

[21] Stresemann zitiert hier aus der 1641 verfaßten Tragödie „Cinna, ou la clémence d’Auguste“ des französischen Autors Pierre Corneille, die mit der Versöhnung des Augustus mit dem zuvor verschwörerischen Cinna endet.

Rede beim Stiftungsfest des Vereins der Auslandspresse in Berlin vom 26. Juni 1926[1]

Nach DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 295 (Abendausgabe) vom 28. Juni 1926. – Druck auch in LA SOCIÉTÉ DES NATIONS, Revue 8 (1926), S. 619–622. – Teildrucke (mit Abweichungen) in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 301 (Abendausgabe) vom 28. Juni 1926[2]; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 294 (Abendausgabe) vom 28. Juni 1926; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 300 (Abendausgabe) vom 28. Juni 1926; KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 472 (Morgenausgabe) vom 28. Juni 1926; STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 449–451; URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 446–448; QUELLEN ZUR AUSSENPOLITIK DER WEIMARER REPUBLIK S. 137–138.

Fortschritt gibt es nicht ohne Rückschläge. Auch auf Locarno sind Rückschläge gefolgt, aber für Europa gibt es keine Alternative zur Idee der friedlichen Entwicklung. Der Weltkrieg war für alle Beteiligten ein Unglück.

[3]Ich habe einmal – es sind wohl beinahe zwei Jahre her – in der Hoffnung, daß

---

[1] In der Vorlage ist die Rede, offenbar nur eine Teilwiedergabe des Redetextes, gar nicht und in einigen anderen der genannten Druckorte falsch (28. Juni 1926) datiert. Aus der Berichterstattung in KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 472 (Morgenausgabe) vom 28. Juni 1926 (und ähnlich in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 294 [Abendausgabe] vom 28. Juni 1926), unter der Überschrift „Stresemann über die Friedenspolitik. Für die Zusammenarbeit der Völker“ geht jedoch eindeutig der 26. Juni als Datum (und das Hotel Adlon als Ort) der Veranstaltung hervor. – Die VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 301 (Abendausgabe) vom 28. Juni 1926, die Stresemanns Rede in einer Mischung aus direkter und indirekter Rede wiedergibt, leitet ihre Berichterstattung über das Stiftungsfest unter der Überschrift „Stresemann vor der Auslandspresse. Kundgebung für den Frieden“ folgendermaßen ein: „Das 20. Stiftungsfest des Berliner Vereins der Ausländischen Presse gestaltete sich unter Assistenz der Spitzen der Reichs- und Staatsbehörden sowie einer Elite des diplomatischen Korps zu einer eindrucksvollen Kundgebung für den Frieden.“ Nach der paraphrasierenden Wiedergabe der Begrüßung durch den Vereinsvorsitzenden und der Tischrede des Nuntius als Doyens des diplomatischen Korps liefert sie – teilweise in wörtlicher Rede – die Eingangspassage von Stresemanns Rede, die in der Vorlage fehlt (vgl. unten Anm. 3).

[2] Vgl. die vorangehende und die folgende Anm.

[3] In VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 301 (Abendausgabe) vom 28. Juni 1926 (und ganz ähnlich in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 294 [Abendausgabe] vom 28. Juni 1926; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 300 [Abendausgabe] vom 28. Juni 1926), wird die in der Vorlage offenbar fehlende Eingangspassage von Stresemanns Rede wiedergegeben: „Die Rede des Außenministers Stresemann galt den Beziehungen zwischen Politik und öffentlicher Meinung. Manchmal sei der Begriff ‚öffentliche Meinung‘ für einen Minister nicht der erfreulichste, und manche ‚Liebesgaben‘ der Presse glichen vergifteten Speeren von verlorenen Inseln der Südsee. Die Vertreter der ausländischen Presse in Berlin seien Zeugen des Elends gewesen, in dem das deutsche Volk unmittelbar nach dem Kriege sich befunden habe. ‚Aber, um von dem Materiellen auf das Ideelle zu kommen, bitte ich Sie, versuchen Sie, sich einzufühlen und zu verstehen, was seelisch in diesem Volke vor sich gegangen ist. Wer als Deutscher den Weltkrieg mit seinen Wechselwirkungen und Nachwirkungen kennen gelernt hat, wie Millionen proletarisiert worden sind, wo Hunderttausende aus einer Bahn gerissen worden sind, von der sie glaubten, daß es ihre Lebensbahn sein würde, – Nachwirkungen, die naturgemäß eine divergierende Strömung in das Herz eines Einzelnen bringen müssen – wer all dies mit wachen Sinnen auf sich wirken läßt, der wird auch verstehen, daß ein Volk, das so unendlich viel in sich geistig verarbeiten mußte, seelisch den Prozeß internationaler Annäherung sehr viel schwieriger durchzumachen ver-

das internationale Verständnis einen anderen Weg für die Weltpolitik finden wird als den der Bedrohung und Gewalt, gesprochen von einem **Silberblick [!] am Horizont[4].** Ich habe nie einen solchen Kübel von ironischen Betrachtungen über mich ergehen lassen müssen als damals nach dieser meiner Rede. Die Wolken mögen oft diesen beginnenden Sonnenstrahl verdunkeln, aber ich bekenne mich auch heute noch zu dem vorausschauenden Optimismus, der in jenen Worten lag, und ich bekenne mich als Optimist aus Ueberzeugung, weil ich glaube, daß, wer da nicht an den Fortschritt der Dinge glaubt, auch nicht mit der Kraft der Ueberzeugung für sie eintreten kann, die nötig ist, um die Widerstände zu überwinden, die vorher unüberwindbar erscheinen. Das ist – wenn ich von einem gewissen weiteren Fortschreiten, von Erfolgen spreche, – die Voraussetzung, daß man an ihre Möglichkeit überhaupt glaubt.

Aber ich bin der Ueberzeugung, daß wir noch längst nicht den Kampf der Meinungen ausgekämpft haben, und daß sich überhaupt niemals ein Fortschritt erzielen läßt ohne Rückschläge, und vielleicht ist es eben so, daß das ganze Leben des Menschen und der Kampf der Ideen aus Fortschritten und Rückschritten besteht. Wem das Leben nur als ein schön geebneter, weicher Teppich entgegenleuchtet, auf dem er gleichmäßig die Lebensbahn fortschreiten kann, der wird nicht die Energie aufbringen, um Widerstände zu überwinden. Ebenso ist es im Völkerleben. Aber wir Deutschen, glaube ich, haben uns nicht zu beklagen, daß die Entwicklung der deutschen Politik ein solcher gerader Fortschritt gewesen wäre, und manche Wünsche und manche berechtigten Forderungen auf Grund gegebener Zusagen erfüllen sich seitens der beteiligten Mächte, die beispielsweise **noch immer Besatzungen in Deutschland** unterhalten[5], durchaus in einem Tempo, daß der deutsche Minister des

---

mochte als andere Nationen, denen das Glück mehr leuchtet als ihm in dieser Zeit, der wird verstehen, daß es auch heute die großen Erlebnisse mit einen letzten Endkonsequenzen seelisch noch nicht durchgearbeitet hat. Und weil das so ist, deshalb war auch der Weg der deutschen Außenpolitik ein so unendlich schwerer und dornenvoller und wird es weiter bleiben; er war es für alle Minister des Auswärtigen und er wird es für alle Minister des Auswärtigen sein."

[4] So in der Vorlage. Tatsächlich hat Stresemann, vermutlich erstmals in seiner Rede in einer Wahlkampfveranstaltung der DVP in Elberfeld vom 17. Februar 1924 (vgl. diese Edition), das Bild vom „Silberstreifen am Horizont" gebraucht.

[5] Gemeint sind die Siegermächte Frankreich, Belgien und Großbritannien, die noch die 2. und 3. Zone des linksrheinischen Gebietes besetzt hielten. Nach der Unterzeichnung des Locarno-Vertrages und der Ankündigung der Räumung der nördlichen („Kölner") Rheinland-Besatzungszone diskutierte Deutschland mit den Besatzungsmächten zum einen über die verbleibende Besatzungsstärke in der 2. und 3. Zone des Besatzungsgebietes (vgl. dazu zuletzt die Weisung Schuberts an die Botschaft in Paris vom 19. Juni 1926: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 593–595). Zum anderen wurde von deutscher Seite wiederholt der Standpunkt geäußert, nach Locarno sei an sich jede Besatzung obsolet (vgl. etwa in dieser Edition die Reichstagsrede Stresemanns vom 22. März 1926).

Auswärtigen auf den Gedanken, ein Polykrates[6] zu sein, niemals kommen kann. Aber er wird nicht den Gedanken daran aufgeben, die Hoffnung darauf verlieren, daß die großen bewegenden Gedanken, die mit dem Namen **Locarno[7]** verbunden sind, sich schließlich durchsetzen werden trotz aller Widerstände, die dagegen sich geltend machen.

Auch für Locarno gilt das eine, daß einem Sonnenschein in diesem wirklich paradiesisch schönen Fleckchen Erde sehr schwere Tage gefolgt sind in allen Ländern. Ueberall hat sich das eine gezeigt, daß der kühnen Initiative und der Mitwirkung von leitenden Männern eine große Skepsis, ein großer Zweifel der Völker wie ihrer Vertretungen gefolgt ist. Unwillkürlich habe ich, als wir von Locarno fortfuhren – und in Genf[8] war es ähnlich – an Schillers[9] Verse mich erinnert:

„Alle nicht, die wiederkehren, werden sich der Heimkehr freu´n, an den heimischen Altären kann der Mord bereitet sein."

Der Kampf im eigenen Lande ist weiß Gott schwer, aber ich habe die eine Ueberzeugung, und die berechtigt mich zu dem Vertrauen, daß der Fortschritt der Menschheit nur basiert sein kann auf der Idee des Friedens, daß nur sie die Herzen der Menschheit erobern kann, und diese Ueberzeugung habe ich auf Grund meiner persönlichen Bekanntschaft und meiner Kenntnis der europäischen Politik. Ich habe auch die Ueberzeugung, daß die Männer, die damals an der Spitze ihrer Völker die Politik von Locarno guthießen, es auch noch heute tun, und daß das Werk von Locarno die Basis sein muß für die weitere Außenpolitik, das Werk von Locarno und alle die Verträge, die sich daran anschließen wie die verschiedenen Schiedsverträge – Wege, die wir mit Bewußtsein betreten in der Ueberzeugung, daß der Erdteil, in dem wir nun einmal leben, zur Sterilität verurteilt ist, wenn er nicht den Weg zur Verständigung und zu der Politik des Friedens findet, zur Idee der Freundschaft, die ver-

---

[6] Polykrates war ca. 538 – 522 v. Chr. Tyrann von Samos. Er galt – so auch in Friedrich Schillers Ballade „Der Ring des Polykrates", auf die sich Stresemann vermutlich bezieht – als außerordentlich erfolgreich und vom Glück begünstigt, ehe er von einem persischen Statthalter in einen Hinterhalt gelockt wurde und ein tragisches Ende fand.

[7] Gemeint sind die Konferenz von Locarno vom 5. bis 16. Oktober 1925 und die dort am 16. Oktober 1925 paraphierten Verträge. Die deutschen Sitzungsmitschriften (es wurde kein gemeinsames Protokoll geführt) sind veröffentlicht u. a. in LOCARNO-KONFERENZ S. 144–196. Das Schlußprotokoll mit den Verträgen ebd., S. 197–215.

[8] Gemeint ist: nach dem Scheitern des deutschen Beitritts zum Völkerbund im März 1926; vgl. dazu etwa in dieser Edition die Rede Stresemanns vor Vertretern der ausländischen Presse in Genf vom 17. März 1926.

[9] Friedrich Schiller (1759–1805), deutscher Dichter. – Das Nachfolgende ist ein etwas ungenau wiedergegebenes Zitat aus Schillers 1803 geschriebenem Gedicht „Das Siegesfest" über eine Siegesfeier der Griechen nach dem Fall von Troja (vgl. Schillers Werke. Nationalausgabe. Bd. 2. Weimar 1983, S. 189–193; das Zitat: S. 190).

steht, daß Menschenschicksal nicht endet an den Grenzen der Länder und der verschiedenen Nationen. Ich bin der Meinung, daß es viel weniger auf die Paragraphen ankommt als auf den **Geist der Verträge.** Wenn der Geist nicht dahintersteht, werden die Paragraphen einmal so und das andere Mal so ausgelegt. Solange die tragende Idee fehlt, wird man sich über die **Auslegung der Paragraphen** schwer verständigen; bleibt sie aber tragend, so ist die Verständigung leicht. Siegen die Ideen, dann werden die Paragraphen die Völker nicht mehr trennen und ihnen keine Schwierigkeiten mehr bereiten. Und deshalb ist nichts so falsch als die Annahme, als ob **der Geist von Locarno** nur in der Erfüllung gewisser Bestimmungen bestünde.

Die inneren Staatsumwälzungen in vielen Staaten sind noch nicht abgeschlossen, weil unendlich Vieles miteinander ringt in der Gegenwart der Dinge. Aber wenn ich versuche, das, was hier nach Gestaltung miteinander ringt, in eine Einheit zusammenzufassen, dann muß ich doch das eine sagen, die Idee, die sich heute der Menschheit empfiehlt, ist, daß **das Gesamtresumee des Weltkrieges,** der großen äußeren Veränderungen, der ganzen Verhältnisse letzten Endes ein **Elend und ein Unglück für alle** gewesen ist, die am Weltkriege teilgenommen haben. Ich sehe nicht mehr Sieger und Besiegte, sondern nur noch ringende Völker, die sich bemühen, aus dem Chaos, das sich vor Ihnen [!] allen aufgetan hat, wieder in die Vernunft zurückzukommen. Sie sehen eine **Weltwirtschaft,** die nicht getragen ist von dem großen Gedanken des Ausgleichs der Güter, einem Gedanken, der größer war als alle Paragraphen der internationalen Verträge. Sie sehen daß der Austausch gerade zwischen den **Rohstoffländern** und den **verarbeitenden Ländern** überall unterbunden ist, daß alle Grundgesetze, alle Fundamente, die man als sicher ansah, beseitigt erscheinen, wir sehen einen Zustand, wie er in dem letzten Gesange von „Hermann und Dorothea“[10] so wundervoll geschildert worden ist:

„Grundgesetze lösen sich auf der festesten Staaten, und es löst der Besitz sich los vom alten Besitzer, Freund sich los vom Freund.“

Und in dieser großen Umwälzung sinkt in die Proletarisierung gerade der Teil des Volkes nieder, der bisher als staatserhaltendster galt. Die **Interessengemeinschaft der Völker und Staaten** ist so groß geworden und das Bedürfnis nach Geistesgemeinschaften, wie das Beispiel zeigt: daß im Augenblick, wo ein Land, das eben noch glücküberströmt sich als Sieger fühlte, nun **im heftigsten Kampfe um die Sta-**

[10] „Hermann und Dorothea“ ist ein 1796/1797 verfaßtes Epos Johann Wolfgang von Goethes (Druck in Goethes Werke. [Hamburger Ausgabe in 14 Bden.] Bd. 2. 15. Aufl. München 1994, S. 437–514; das Zitat: S. 512–513).

bilisierung seiner Währung steht[11], niemand bei uns ist, der nicht den Wunsch nach Konsolidierung dieses Landes hat, zumal meiner Ansicht nach **Frankreich auch Interesse daran hat, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht zu einer destruktiven Lage für Deutschland führen.**

Ich habe nur das eine Gefühl: Wenn die Vergangenheit als Tatsache für sich steht, können wir mindestens das eine tun, wir können **aus der Vergangenheit für die Gegenwart und Zukunft lernen.** Die Zukunft kann nur basiert werden auf dem alten kulturell hochstehenden Europa, das der Welt unendlich viel gegeben hat, auf dem Gedanken des Friedens, der Solidarität, der Zusammenarbeit der Völker, kann nur basiert werden auf einem Vertrauen in die Zukunft, daß wir uns verstehen lernen und verstehen, daß schließlich uns alle zusammen ein einiges Schicksal bindet, daß wir zu einer glücklichen Entfaltung nicht gelangen, wenn wir mit den Waffen – ich spreche hier nicht von den Waffen des Krieges –, wenn wir mit den Waffen des Geistes und diplomatischer Uebung gegeneinander kämpfen, sondern in gemeinsamem Wirken zusammen dafür arbeiten, daß der Vergangenheit eine bessere Zukunft folge. Daß Sie mit Ihrer Großmacht dazu mitwirken, daß dieser Zeitpunkt nicht mehr fern liegt, ist mein Wunsch und meine Hoffnung, und daß Sie bisher daran mitgewirkt haben, dafür bitte ich Sie, meinen Dank und den Dank der Reichsregierung entgegenzunehmen.

[11] Gemeint ist offenbar Frankreich, das sich seit längerer Zeit in einer tiefen Finanz- und Währungskrise befand; am 15. Juni 1926 waren wegen dieser Krise Finanzminister Péret und unmittelbar danach das gesamte Kabinett Briand zurückgetreten; allerdings war es Briand am 23. Juni 1926 gelungen, ein neues Kabinett zu bilden (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 272–274).

Rede vor dem Verein Deutscher Studenten in Berlin vom 6. Juli 1926[1]

Nach DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 378 (Morgenausgabe) vom 15. August 1926. – Druck auch in STRESEMANN, Reden und Schriften II, S. 262–302 [2. Aufl. S. 389–411]. – Leicht überarbeitete Fassung auch in STRESEMANN, Student und Staat. – Teildruck in STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 335–345.

Schildert im Rückblick die Entwicklung des Parlamentarismus und des Liberalismus in Preußen und im Kaiserreich, vergangene Größe und Fehler, wozu insbesondere das Auseinanderfallen zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft gehört, das zur Revolution von 1918 beitrug. In einer Zeit, in der politische Führung, wie sie Bismarck gezeigt hat, so notwendig ist wie jetzt, trägt die akademische Jugend große Verantwortung und darf sich nicht vom Staat abwenden. Die Verdienste Eberts und der Sozialdemokratie nach dem Weltkrieg. Verfassung und Staatsform in Deutschland sind derzeit nachrangig; es geht um die Zukunft Deutschlands, die nur im Frieden liegen kann und in seiner wirtschaftlichen Gesundung.

Meine verehrten Anwesenden!

Der Aufforderung des Vereins Deutscher Studenten[2], vor Ihnen heute über das Thema: **„Student und Staat“** zu sprechen, bin ich gern gefolgt. Ich bin der Meinung, daß die Stellung der Studentenschaft zum öffentlichen Leben, ihre Einstellung gegenüber dem Staat gerade in dem neuen Deutschland von einer ganz besonderen Bedeutung ist.

Sie wissen, daß wir die Zeit, in der wir leben, oft bezeichnen als „das Zeitalter der Demokratie“. Gerade in einem solchen Zeitalter steht das Problem „Führer und Masse“ im Mittelpunkt der Dinge.

Lassen Sie mich einen kurzen Blick werfen auf die Entwicklung, die die Verhältnisse bei uns in Deutschland genommen haben, in bezug zunächst auf die Anteilnahme des deutschen Volkes an politischer Selbstverantwortlichkeit, dann insbe-

---

[1] In der Vorlage, einem Artikel unter der Überschrift „Student und Staat. Stresemanns Rede vor dem Verein Deutscher Studenten“, fehlt die Datierung der Rede. Diese kann ebenso wie der Ort (das Auditorium maximum der Berliner Universität) dem Teildruck in STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 335, entnommen werden. – Eine Erklärung für die späte vollständige Veröffentlichung des Textes in der Vorlage bietet die Schilderung in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 320 (Abendausgabe) vom 13. Juli 1926, daß zuvor entstellende und teilweise falsche Auszüge der Rede veröffentlicht worden seien.

[2] Der Berliner „Verein deutscher Studenten“ war eine der Korporationen im „Verband der Vereine Deutscher Studenten“, der sich auch Kyffhäuserverband nannte.

sondere auf die Anteilnahme der Studentenschaft an dieser Entwicklung.

Ich rufe in Ihre Erinnerung zurück jene Zeit, in die Bismarcks[3] parlamentarisches Auftreten als Minister fiel. Es war die Zeit, in die die ersten Anfänge dessen fielen, was wir – nicht „parlamentarisches System", wohl aber „Zusammenarbeit der Krone mit dem Parlament" und des Kabinetts mit dem Parlament nennen können. Ich sage: es war die Zeit, in der diese Entwicklung in dem führenden deutschen Staat, in Preußen, begann.

Damals war der ganz in konservativen Ideen aufgewachsene König[4] – als Prinz Wilhelm maßlos als „reaktionär" verschrieen – wohl gewillt, mit dem Parlament und mit einem Kabinett, das sich auf dessen Mehrheit stützte, zu regieren. Dann kam der große Konflikt, der das spätere Schicksal dieser Entwicklung bestimmte – der **Konflikt zwischen Bismarck und dem Parlament.** Niemals wohl ist Bismarck größer gewesen an Entschlußwillen und Tatkraft als in jener Zeit, einer Zeit, in der kaum irgendwelche Splitter dieses Parlaments seinen Gedankengängen zu folgen vermochten. Ich glaube, es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß er aus innerer Einstellung, **antiparlamentarisch denkend,** gewillt gewesen wäre, **grundsätzlich** den Kampf gegen das Parlament zu führen. – Er hat geworben um die Zustimmung dieser Volksvertretung; ja, er hat ihr noch, als er als Sieger aus diesem Kampf hervorgegangen war, als der Sieg bei Königgrätz[5] die Richtigkeit seiner Politik unzweifelhaft unterstrichen hatte, eine moralische Verbeugung gemacht, indem er ihr dem Sinne nach sagte[6]: „Ich nehme es Ihnen nicht übel, daß Sie mir die Gefolgschaft in der Außenpolitik verweigert haben. Denn Sie konnten nicht wissen, worauf ich hinauswollte, und ich war nicht berechtigt, Ihnen zu sagen, welches meine endgültigen Pläne wären!" Als damals jene Kreise, die antiparlamentarisch eingestellt waren, speziell Bismarck veranlassen wollten, das, was er ohne Zustimmung des Parlaments an Militärreformen und an der Aufbringung der Mittel dafür durchgebracht hatte, nun festzuhal-

---

[3] Otto [seit 1871 Fürst] von Bismarck (1815–1898), Preußischer Ministerpräsident 1862–1872 u. 1873–1890 u. Außenminister 1862–1890; Reichskanzler 1871–1890.

[4] Wilhelm I. (1797–1888), König von Preußen 1861–1888 u. Deutscher Kaiser 1871–1888; zuvor als „Prinz von Preußen" Thronfolger 1840–1858 bzw. Regent 1858–1861.

[5] Stresemann bezieht sich auf die entscheidende Schlacht im Krieg Preußens gegen Österreich und die meisten Mittelstaaten, die am 3. Juli 1866 bei Königgrätz in Böhmen stattfand.

[6] Bismarck hatte sich und seiner Regierung im September 1866 nach dem Sieg im vorangegangenen Krieg vom preußischen Abgeordnetenhaus Indemnität gewähren lassen für die zurückliegenden Jahre, in denen infolge des Verfassungskonflikts mit der Kammer ohne gültig zustande gekommenen Haushalt regiert worden war. – Die im Folgenden zitierten Bismarck-Worte konnten in dieser Form nicht ermittelt werden. Vgl. jedoch seine Rede im Preußischen Abgeordnetenhaus vom 1. September 1866 zur Begründung der Indemnitätsvorlage ([Otto von] Bismarck: Gesammelte Werke. Bd. 10: Reden 1847 bis 1869. Bearb. v. Wilhelm Schüßler. Berlin 1928, S. 278–279).

ten und unbeschadet dessen, daß es ungesetzlich war, diese Ungesetzlichkeit bestehen zu lassen – da weigerte sich Bismarck, diesen Weg zu gehen, und brachte bekanntlich jene Indemnitätsvorlage ein, in der er das Parlament ersuchte, nachträglich diese Maßnahme zu legalisieren[7]. Sie wissen, was nun weiter eintraf: jener große Prozeß der Neubildung des Liberalismus, als die Nationalliberale Partei unter Bennigsen[8] auf Bismarcks Seite trat, die alten Fortschrittler in der Opposition verharrten und daß seit dieser Zeit, seit 1867, die Neuentwicklung in Deutschland einsetzte. Nun kam eines, und das kam naturgemäß mit noch viel größerer Gewalt nach den Kriegen und Siegen von 1870/71 – es kam die berechtigte Empfindung des deutschen Volkes, daß sein Geschick in der Hand dieses genialen Staatsmannes ruhig gebettet sei. Wer namentlich in den Fragen der großen Außenpolitik Deutschlands etwa im Parlament hätte das Wort nehmen wollen, um Bismarck zu kritisieren, der wäre der Lächerlichkeit verfallen. Bismarcks Gestalt wuchs ins Riesenhafte, und auf ihm ruhte die Führung des Reiches. Und dadurch wurde naturgemäß in dem Kampfe nicht um das formelle Recht des Parlaments – denn ich glaube, das formelle Recht wird von uns weit überschätzt in seiner tatsächlichen Wirkung! –, sondern in dem **tatsächlichen** Kampf zwischen Parlamentseinfluß und Staatsmannseinfluß der Einfluß des führenden Staatsmannes derartig fundiert, daß damit das Parlament, selbst in großen und entscheidenden Fragen, eine Art von Schattendasein führte.

Und nun ist das Hochinteressante in der Entwicklung der deutschen Verhältnisse, daß kein anderer als Otto v. Bismarck selbst sich dagegen gewandt und gewarnt hat vor dem, was später eingetreten ist, nämlich davor gewarnt hat: jenes unbegrenzte Vertrauen, das ihm zuteil wurde, etwa einfach auf die Epigonen nach ihm zu übertragen. Es ist außerordentlich interessant, daß Bismarck diese Mahnung, diese Warnung, das deutsche Volk möge sich mehr kümmern um seine eigenen Geschicke und solle nicht **alles** von der Autorität von „oben“ hinnehmen, ausgesprochen hat in einer Rede an die Studentenschaft, in jener berühmten Rede auf dem Marktplatz zu Jena[9]. Als ich diese Rede einmal im Museum von Jena nach dem Zusammenbruch des alten Kaiserreichs erneut las, ist mir erst die Bedeutung dieser Mahnung richtig

[7] Vgl. die vorangehende Anm.

[8] Rudolf von Bennigsen (1824–1902), Mitglied im Reichstag des Norddeutschen Bundes bzw. des Deutschen Reichstags 1867–1883 u. 1887–1898 (für die Nationalliberale Partei).

[9] Auf dem Marktplatz von Jena hielt Bismarck am 31. Juli 1892 eine Ansprache (Druck in [Otto von] Bismarck. Die gesammelten Werke. Bd. 13. Reden. 1885 bis 1897. Bearb. v. Wilhelm Schüßler. Berlin 1930, S. 471–476); in der Sache bezieht sich Stresemann aber wohl eher auf die Ansprache Bismarcks an die Abordnung der Universität Jena vom vorangehenden Tag, dem 30. Juli 1892 (Druck ebd., S. 467–470).

vor Augen gekommen. Ich hatte die Empfindung, daß gerade der **genius loci** Bismarck diesen Gedanken eingegeben hatte. Mit der divinatorischen Gabe, die ihm eigen war, empfand er vielleicht, daß eine geschichtliche Parallele bestehen könnte zu einem Jena, das ja **auch** der Zusammenbruch eines alten Systems war[10], das auf zwei Augen stand und das nicht aufrechterhalten werden konnte, als das Genie eines Friedrich des Großen[11] nicht mehr den Staat zusammenhielt. So kamen ihm hier, in der Nähe des Schlachtfeldes von Jena, die Gedanken, daß vielleicht das System, das auf ihm aufgebaut war, auf seiner überragenden Persönlichkeit, sich nicht würde halten können und einmal zusammenbrechen könnte und daß deshalb **die Teilnahme des Volksganzen an den Geschicken der Nation** in der Entwicklung der Verhältnisse notwendig wäre, so wie einst die Erhebung Preußens in der Zeit von 1807 bis um das Ende von 1812 ja doch **auch** nur möglich war durch ein vollkommenes Verlassen der alten Gleise. Was damals geschehen ist, in den Reformideen eines **Stein[12]** und eines **Hardenberg[13];** was damals in wenigen Jahren, ja zum Teil in wenigen Monaten geschaffen worden ist in der Selbstverwaltung der Städte, in der neuen Stellung des Bauerntums, und vor allen Dingen in der im besten Sinne großen demokratischen Maßnahme der allgemeinen Wehrpflicht, gegenüber einem alten System, der Zeit, in der ein König von Preußen sagen konnte: „Der ruhige Bürger soll nicht merken, wenn die Armee sich schlägt!“[14] – ich sage: alle diese Maßnahmen waren, gesehen vom Standpunkt des Preußen Friedrich des Großen, die größte innerpolitische Revolution, die jemals in so kurzer Zeit vorgegangen ist!

Sie wissen aus Ihrer geschichtlichen Erinnerung auch, mit welcher Gegnerschaft, mit welcher persönlichen Diffamierung diejenigen Männer zu kämpfen hatten, die damals glaubten, daß nur ein vollkommen vom neuen Geiste erfülltes Preußen in der Lage sein würde, den Weg zu gehen, der ihnen vorschwebte.

Für uns aber – um bei der Entwicklung zu bleiben, von der ich sprach – kam nun

---

[10] In der Doppelschlacht bei Jena und Auerstedt erlitt Preußen am 14. Oktober 1806 zwei Niederlagen gegen die französischen Truppen Napoleons, die zur wenige Wochen später folgenden Kapitulation Preußens führten.

[11] Friedrich II., der Große (1712–1786), König in bzw. von Preußen 1740–1786.

[12] Karl Freiherr vom und zum Stein (1757–1831), preußischer Politiker und Reformer; Finanz- und Wirtschaftsminister 1804–1807; Staatsminister 1807–1808.

[13] Karl August Fürst von Hardenberg (1750–1822), preußischer Außenminister 1804–1806; leitender Minister 1807 und Staatskanzler 1810–1822.

[14] Stresemann verwendet hier in recht freier Wiedergabe ein Zitat aus dem (Zweiten) „Politischen Testament“ Friedrichs II. von 1768 (Text in: Die politischen Testamente der Hohenzollern. Bearb. v. Richard Dietrich. Köln/Wien 1986 [Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz, Bd. 20], S. 42–697; das Zitat: S. 482 [im französischen Original] bzw. S. 483 [in deutscher Übersetzung]).

für das Volksganze jene Uebertragung des großen, des unbegrenzten Vertrauens auf den Mann, der das Reich geschaffen hatte, auf seine Nachfolger, und das in einer Zeit, in der es klar wurde, daß dieses wachsende Deutschland, dieses mit Siebenmeilenstiefeln in die Weltwirtschaft hineinstürmende Deutschland mit Gegnerschaften zu rechnen haben würde, die einmal eine letzte Entscheidung notwendig machen würden. Und ich entsinne mich aus der jüngsten Zeit – ich meine, der Zeit, in der ich als junger Mensch für politische Dinge mich interessierte –, welchen Angriffen ein Mann wie beispielsweise **Bassermann**[15] ausgesetzt war, weil er speziell jedesmal zum Etat des Auswärtigen Amts das Wort nahm, und wie man damals eben jenes alte, große, beinahe blinde Vertrauen weiter übertrug, bis einmal jene Zweifel nach Ausdruck rangen, die in den wilden Debatten über das „Daily Telegraph"-Interview[16] zum ersten Male die Sorge, die Angst um Deutschlands Zukunftsgeschikke zum Ausdrucke brachten.

Aber im wesentlichen blieb doch der Anteil des Volkes selbst an seinen Geschikken beschränkt; wenigstens an den großen Weltgeschicken. Denn das ist meiner Meinung nach ja das Sinnbild des deutschen Philisters, daß der furor teutonicus wohl bei ihm zu entfachen ist an kleinen und manchmal kleinsten Sachen, daß er aber sehr gern gewillt ist, hinwegzusehen über die großen Lebensfragen seiner Nation!

Wir haben sehr oft die Frage der Schuld am Kriege aufgeworfen. Nicht von der Schuldbehauptung will ich jetzt sprechen, die man aus erkennbaren Gründen in den Versailler Vertrag[17] geschrieben hat. Aber lassen Sie mich einmal zurückblickend das eine sagen: Wenn wir uns fragen, ob wir selbst, als deutsches Volk – nicht moralisch gegenüber anderen Völkern –, aber ob wir selbst als deutsches Volk nicht eine Schuld an unserem Geschick tragen, so werden wir diese Frage doch dahin bejahen müssen, daß wir in einer Zeit größter Entwicklung des Deutschen Reiches in einer Philisterengherzigkeit befangen waren in bezug auf die Bewilligung von Mitteln für Armee und Flotte, deren kein anderes Volk in dieser Lage, wie Deutschland damals war, fähig gewesen wäre! Als es sich darum handelte, die letzte große Militärvorla-

---

[15] Ernst Bassermann (1854–1917), Mitglied des Reichstags 1893–1917 (mit kurzer Unterbrechung 1903; für die Nationalliberale Partei; deren Vorsitzender des Zentralvorstandes 1905–1917).

[16] Ein Interview Wilhelms II. mit der englischen Zeitung „Daily Telegraph", das am 28. Oktober 1908 veröffentlicht wurde, führte am 10. und 11. November 1908 zu einer Reichstagsdebatte, in deren Verlauf der undiplomatische Ton des Kaisers scharf verurteilt und über die Verantwortlichkeit der Regierung diskutiert wurde (vgl. VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 233, S. 5373–5437).

[17] Text des Versailler Vertrages vom 28. Juni 1919 im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u. a. in VERTRAG VON VERSAILLES. – Mit der Schuldbehauptung ist dessen „Kriegsschuldartikel" 231 gemeint (ebd., S. 211).

ge[18] durchzubringen – dieses Feilschen, diese Engherzigkeit, diese Idee des deutschen Philisters, daß derjenige Abgeordnete der „große Mann“ sei, der nach Hause kam und sagte, daß er von Hunderten von Millionen, die gefordert waren, 50 Millionen abgestrichen habe. Jene Verweigerung dessen, was der Große Generalstab forderte in bezug auf die **tatsächliche Wehrfähigkeit des Volkes,** jene zwei Armeekorps, die an der Marne **nicht** waren und die den Marnesieg entschieden hätten[19], sie sind doch schließlich ein Verdammungsurteil dagegen, daß ein Volk so groß in der Welt und so klein war in bezug auf das, was es aufzubringen hatte für die **Erhaltung** seiner Weltstellung. Denn es ist eine ganz falsche Auffassung, die so oft uns in der Gegenwart entgegentritt, als wenn diese Idee des deutschen „Militarismus“ etwas zu tun gehabt hätte mit dem Ausbruch des Weltkrieges. Wäre Deutschland den Weg einer Politik gegangen, die man als imperialistisch verurteilt, d. h. entweder den Weg einer zielbewußten Bündnispolitik mit anderen großen Mächten, sei es mit England, sei es mit Rußland; oder wäre man daran gegangen, unter Aufbietung der letzten pekuniären Mittel des Volkes – und das wäre nur ein kleiner Teil von dem gewesen, was das Volk **heute** aufzubringen hat! – die Armee aufzubauen auf der Größe der tatsächlichen Volksleistungskraft –, dann wäre wahrscheinlich ein Weltkrieg überhaupt nicht gekommen, weil niemand gewagt hätte, diesen Krieg gegen Deutschland zu führen. So sind wir in dieser Zeit, weil lediglich kleine Gesichtspunkte im Innern galten, in einer angesichts unserer tatsächlichen Kraft **ungenügenden** Rüstung in eine Entscheidung hineingegangen, die entschieden hat über unsere Weltgeltung.

Nun traf dieses Volk, nach vier Jahren Krieg an der Front und vier Jahren der Entbehrung in der Heimat, der Zusammenbruch.

Und nach dem Zusammenbruch kamen die Ideen der Adoption der Grundsätze der westlichen Demokratien.

Dabei möchte ich eines bemerken: In dieser Annahme der Grundsätze der westlichen Demokratie ist Deutschland weit hinausgegangen über das Vorbild, das angeb-

---

[18] Stresemann bezieht sich offenbar auf die Militärvorlage von 1913 und die damit verbundene Frage der Präsenzstärke des Heeres und deren Finanzierung; zur nachfolgend angesprochenen Reichstagsdebatte vom 7. bis 9. April 1913 vgl. VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 289, S. 4511–4616.

[19] Stresemann bezieht sich auf die Marne-Schlacht vom September 1914, bei der – nach seiner Interpretation – zwei Armeekorps (die der Generalstabschef an die Ostfront befehligt hatte) fehlten, um einen deutschen Sieg herbeizuführen.

lich denjenigen, die die Verfassung[20] schufen, vor Augen stand. Denn selbst da, wo dieses System der westlichen Demokratie bestand, war doch fast überall zum mindesten das Zweikammern-System durchgeführt, wenn auch die Bedeutung des House of Lords in England vielleicht nicht mehr die alte war, so lag doch in dieser Schaffung der Ersten Kammer die ganz richtige Lebenserfahrung, daß dem ungehemmten Fortschreiten der Idee, das zu tun, was „das Volk" verlangte (das über die Zusammensetzung der Zweiten Kammer entschied), bewußt ein Hemmschuh derer entgegenstehen mußte, die auf Grund ihrer Erfahrung diese Schnelligkeit der Entwicklung bewußt verlangsamten. Wir haben das nicht getan. Wir haben andererseits große Rechte an das Gesamtvolk gegeben in der Form beispielsweise des Volksentscheides[21].

Es kam hinzu, daß diese Entwicklung in einen Zeitpunkt fiel, in dem wir, im Zusammenhang mit dem Rückgang der Agrarkultur, im Zusammenhang mit der ganzen industriellen Entwicklung, ein Volk der **„Großstädter"** geworden war[en] – ein Volk der Großstädter, das einer Suggestion der Presse unendlich unterliegt und deshalb in einem Wirbelsturm der öffentlichen Meinung sich befindet, während beispielsweise in Frankreich bis heute die kleine Stadt, das Land eine ganz andere Bedeutung hat als bei uns. Wenn Sie einmal nachlesen, was **Goethe[22]** einst zu Eckermann[23] in seinen Gesprächen gesagt hat über die Zeit, vor der ihm graute, nämlich vor der Zeit, in der es „täglich erscheinende Gazetten" geben würde, so finden Sie auch darin eine divinatorische Voraussage dessen, daß die Bildung des einzelnen Willens, der einzelnen Ansicht in einem Volk der Großstädte stets zurücktreten wird gegenüber der Suggestion des Schlagwortes, mit dem der eine, mit dem der andere das Volk hin und her, hierhin und dorthin zu ziehen versucht.

Wenn man sich vergegenwärtigt, daß das alles auf Deutschland einstürmte, nicht in einer Evolution der Entwicklung, daß hier nicht, wie in England, eine vielhundert-

---

[20] Die Weimarer Reichsverfassung („Verfassung des Deutschen Reiches"), die am 31. Juli 1919 von der Nationalversammlung in Weimar beschlossen und am 11. August 1919 ausgefertigt wurde, ist u. a. veröffentlicht in REICHS-GESETZBLATT 1919, S. 1383–1418.

[21] Die Möglichkeit und die Bedingungen eines Volksentscheids waren in Art. 73 der Weimarer Reichsverfassung geregelt (Text ebd., S. 1396).

[22] Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832), deutscher Dichter.

[23] Johann Peter Eckermann (1792–1854), deutscher Dichter und Vertrauter Goethes. – Das nachfolgende Zitat konnte nicht sicher ermittelt werden. – Vermutlich bezieht sich Stresemann auf die Stelle, in der Eckermann Goethe folgendermaßen wiedergibt: „Die täglich an fünfzig verschiedenen Orten erscheinenden kritischen Blätter und der dadurch im Publikum bewirkte Klatsch lassen nichts Gesundes aufkommen." (Johann Wolfgang Goethe. Sämtliche Werke [...]. [Frankfurter Ausgabe.] Bd. 39. Frankfurt a. M. 1999, S. 527.)

jährige Tradition des parlamentarischen Lebens ausgleichend davorstand – in dem England, in dem die geschriebene Verfassung wenig, die ungeschriebene Tradition alles gilt – ich sage: wenn Sie das alles sich vor Augen führen, dann müssen Sie sich eigentlich vom geschichtlichen Standpunkt mehr wundern, daß alles noch bis heute hielt, als daß nicht alles bei **diesem** Experiment in Trümmer gegangen ist!

Ich mache diese Ausführungen, um darauf zurückzukommen, daß in einer solchen Zeit die **geistige Führung von entscheidender Bedeutung** für ein Volk ist. Wir unterliegen in der Beurteilung der Dinge, namentlich auch beispielsweise in der Frage des Parlamentarismus, oft der **Ueberschätzung der Arithmetik!** Es kommt nicht darauf an, welche Fraktionsstärke irgendeine Fraktion nach einer Wahl hat, sondern es kommt darauf an, welche Persönlichkeiten in ihr die Führung haben und ihr den Stempel ihres Wesens aufdrücken. Heute geht überhaupt gar nicht die Scheidung des Volks parallel mit der Scheidung der „Parteien". Die Unterschiede der Anschauungen in einem so unfertigen neuen Werden gehen mitten durch die Parteien hindurch. Ob jemand, der in seiner ganzen Einstellung, um ein Schlagwort zu gebrauchen, „nach links drängt", oder ob jemand, der den Anschluß an die Rechte für richtiger hält, die Zügel in der Hand hat – **danach** entscheidet sich die Entwicklung, aber nicht danach, daß man zusammenzählt, wie in bezug auf die einzelnen Parteien die zahlenmäßige Entscheidung in der Wahl gefallen ist. Die Parteien sind überhaupt nicht der alleinige Ausdruck der öffentlichen Meinung der Nation, das Empfinden der Menschen in bezug auf den Beruf, in bezug auf bestimmte Fragen, in bezug auf die Zugehörigkeit zu bestimmten Organisationen außerhalb der Parteien bestimmen dasjenige, was man „öffentliche Meinung des Volkes" nennt, und was heute ein Instrument in der Hand derjenigen ist, die sie zu gebrauchen wissen, sei es zum Wohl, sei es zum Verderben.

In dieser Situation fällt speziell der studentischen Jugend besondere Verantwortung zu.

Sie war einst, in Zeiten, in denen man den Begriff „Deutschland" in der Welt noch nicht kannte, Trägerin des Nationalgefühls. Ihre Landsmannschaften im Auslande – die sich nicht geographisch voneinander abgrenzten – waren der erste Zusammenschluß des geistigen Deutschlands draußen. Sie haben in der Entwicklung der deutschen Verhältnisse eine bedeutsame Rolle gespielt, einmal in den Freiheitskriegen[24],

[24] Gemeint sind die „Befreiungskriege", die in Deutschland ab 1813 gegen Napoleon geführt wurden und bei denen Freikorps unter starker studentischer Beteiligung mitwirkten.

weiter in all dem, was mit dem Gedanken „Burschenschaft“ zusammenhängt – in diesem – heute würde man sagen – **Frontgeiste,** der das Ziel dieses Kampfes nicht erfüllt sah in einem weiter zerrissen bleibenden Deutschland; in diesem Gefühl der Menschen, die zusammenlagen dort in den Kämpfen und sich nicht fragten, ob sie Hessen oder Ostpreußen, Braunschweiger oder anderen deutschen Blutes seien, und die deshalb zunächst den Gedanken deutscher Einheit in einer Zeit in die Oeffentlichkeit warfen, als es noch verboten war, davon zu sprechen, und als ein Fritz **Reuter**[25] das mit seiner Festungshaft bezahlte.

Sie waren weiter, später, als sie, um im studentischen Ausdruck zu bleiben, A. H.[26] geworden waren, wohl die Männer mit, die in der **Paulskirche**[27] mitwirkten für den Gedanken der Einigung, für den Gedanken „Großdeutschland“! Ich bedauere so oft, daß in den Anschauungen der heutigen Jugend diese ganze Periode der Paulskirche vielfach so falsch beurteilt wird! Was damals zusammen war in dieser **Frankfurter Paulskirche,** das war zunächst einmal ein Parlament von so überwiegend geistiger Bedeutung, daß viele, glaube ich, dankbar wären, wenn auch nur ein **Bruchteil** davon für die heutige Gegenwart uns noch geblieben wäre! Wenn weiter so oft gesprochen wird von den „48er Demokraten“ mit einem gewissen Beigeschmack der Kritik, des Hohnes, so vergessen Sie nicht, daß die Männer, die damals sich so nannten oder so genannt wurden, dieselben waren, die für die deutsche Flotte eintraten, dieselben Leute waren, die diesem Großdeutschland gleichzeitig auch die **Machtmittel** geben wollten, um sich durchzusetzen; die den Krieg verlangten für die Befreiung Schleswig-Holsteins[28]. Niemand hat das stärker zum Ausdruck gebracht als Rudolf v. **Bennigsen** in einer großen Rede im Reichstage[29], in der er den Gedanken vertrat, der unzweifelhaft Sinnbild dieser ganzen Entwicklung ist: daß,

---

[25] Fritz Reuter (1810–1873), deutscher Dichter. – Die nachfolgend genannte Festungshaft (bzw. anfängliche Internierung) verbüßte Reuter 1833 bis 1840 wegen seiner Mitgliedschaft und Betätigung in einer der verbotenen studentischen Burschenschaften.

[26] Die Abkürzung meint „Alte Herren“, die Bezeichnung für die Mitglieder einer Burschenschaft nach Abschluß ihres Studiums.

[27] Gemeint ist die Deutsche Nationalversammlung, die 1848/49 in der Frankfurter Paulskirche tagte.

[28] Einer der ersten Beschlüsse der Nationalversammlung von 1848 betraf die Aufstellung einer deutschen Flotte, die insbesondere im Krieg gegen Dänemark um Schleswig-Holstein eingesetzt werden sollte.

[29] Stresemann bezieht sich vermutlich auf die Rede Bennigsens im Reichstag 1882, in der sich der Redner zwar nicht nach dem Wortlaut, aber der Sache nach in dem von Stresemann angeführten Sinn äußerte (vgl. VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS V 2,1, S. 470–482; die betr. Passage: S. 481).

wenn nach der Schlacht bei Sedan[30] schließlich das einige Deutsche Reich das Ergebnis dieser Kämpfe war und unzweifelhaft herrührt aus diesen Kämpfen, Kriegen und Siegen – doch trotzdem dieses Ergebnis für uns, in unserer inneren Entwicklung, nie hätte erzielt werden können, wenn nicht die geistige Arbeit derjenigen davor gestanden hätte, die den Gedanken der Einheit in die Herzen und Hirne der Deutschen hineinhämmerten, als die Fürsten sich noch gegen diese Einheit wandten!

So hat dieser alte Gedanke, ausgehend von dem ersten starken Frontkämpfergedanken nach den Freiheitskriegen, sich schließlich verbunden mit dieser Bismarckschen Realpolitik, und nie ist dieser Geist des Idealismus, ja der Illusionen der Paulskirche eine so glückliche Ehe eingegangen mit zielbewußter Realpolitik als in dem Ergebnis der Kämpfe, die zum Versailles[31] von 1871 und somit zur deutschen Einheit führten. Ich bitte, mir dabei eine Anmerkung mit zu gestatten: Ich bedauere es so sehr, daß oft in unserem Geschichtsunterricht (ich spreche vielleicht von einer vergangenen Zeit, ich spreche aber aus **meinen** Erfahrungen) die Entwicklung dieser deutschen Geschichte und die Durchsetzung der Gedanken großer Persönlichkeiten wie in der Bismarckschen Epoche so oft als etwas Selbstverständliches dargestellt wird. Das reiht sich so logisch aneinander wie irgendeine Ausrechnung einer Logarithmen-Tafel. Das wird alles so dargestellt, als sei das jenen Männern einfach in den Schoß gefallen. Wir haben in der Schule noch gehört: wie der Bayernkönig[32] begeistert an Bismarck schrieb und den König von Preußen bat, sich die Kaiserkrone aufs Haupt zu setzen! Ach Gott! Die Dinge sind ganz anders gewesen! Und ich glaube, die Menschen der Gegenwart würden diese Einheit viel mehr schätzen, wenn sie wüßten, unter wieviel Tränen sie geboren worden ist und wieviele Anstrengungen haben daran gesetzt werden müssen, um dieses Ziel zu erreichen! Was schadete es denn, wenn wir die Wahrheit erführen, daß am 17. Januar der König von Preußen gewillt war, eher auf die Krone zu verzichten, als Deutscher Kaiser zu werden! Was schadete es, wenn wir wüßten, daß am 18. Januar der Großherzog von Baden[33]

---

[30] Die Schlacht von Sedan am 1. und 2. September 1870 war mit dem Sieg der deutschen Truppen und der Gefangennahme Kaiser Napoleons III. vorentscheidend für den Ausgang des Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71.

[31] Gemeint sind die Proklamierung des Deutschen Reiches und die Krönung des preußischen Königs Wilhelms I. zum Deutschen Kaiser im Spiegelsaal von Versailles am 18. Januar 1871.

[32] Ludwig II. (1845–1886), König von Bayern. – Zur Entstehung des nachfolgend angesprochenen „Kaiserbriefes“ vgl. [Otto von] Bismarck: Gesammelte Werke. Bd. 6 b: Politische Schriften. 1869 bis 1871. Bearb. v. Friedrich Thimme. Berlin 1931, S. 601–602. Zu Bismarcks eigener Darstellung für das Zustandekommen der Kaiserproklamation: ebd., Bd. 15: Erinnerung und Gedanke. [Hrsg. v.] Gerhard Ritter [...]. Berlin 1932, S. 324–329.

[33] Friedrich I. (1826–1907), Großherzog von Baden 1856–1907.

nicht wußte, wie er im Spiegelsaal von Versailles das Hoch ausbringen solle, da der König von Preußen gesagt hatte: „Kaiser von Deutschland? Ich verzichte auf diesen Charakter-Major!“ und da die Fürsten den Titel „Deutscher Kaiser“ ablehnten, so daß der Großherzog von Baden das Hoch schließlich ausbrachte auf „Kaiser Wilhelm“. Was schadete es denn, wenn wir wüßten, daß der Kaiser so erregt war auf Bismarck, daß er ihm die Hand nicht geben wollte, nachdem er in Versailles zum Kaiser ausgerufen war? Es würde das doch nur das eine zeigen: wie groß die Leistung dieses Mannes gewesen! Was schadete es denn, wenn ich zeigte, daß letzten Endes **die große Persönlichkeit** es gewesen, die sich durchgesetzt hatte? Es wäre viel besser, die Wirklichkeit zu lehren, als uns eine Bonbontüte von Legenden vorzusetzen.

So ist damals das Reich gegründet worden in allerschwersten Kämpfen. Und wie Humor shakespearischer[34] Färbung, wie der Humor, der nur den ganz Großen eigen ist, so schallt an unser Ohr jene wundervolle Anekdote aus der damaligen Zeit: Jemand, der **auch** annahm, daß nun als Wichtigstes die Frage zu entscheiden wäre, ob der Herrscher „Kaiser von Deutschland“ oder „Deutscher Kaiser“ hieße (wenn es sich um so etwas handelt, blitzt der furor teutonicus hervor aus allen Seelen!), fragte Bismarck, wofür **er** sich entscheide und erhielt die wundervolle Gegenfrage: ob er wisse, was „Wurst“ auf lateinisch hieße. Und als er immer noch nicht begriff und ernsthaft „Farcimentum“ sagte, erwiderte Bismarck: „nescio, quid mihi magis farcimentum sit.“[35]

Das ist eben das Zustandekommen einer großen Idee in einer großen Zeit: die **Persönlichkeit** als das Dominierende anzusehen und alles ihr unterzuordnen. Und wenn viele geklagt haben, daß damals der Geist des Unitarismus sich durchgesetzt hätte, es sei für Preußen nicht erträglich gewesen, sich mit so wenig Stimmen im Bundesrat zu begnügen, wenn es Leute gab, die glaubten, nicht ertragen zu können, daß die Bayern ihren „Raupenhelm“ bei der Armee trugen und eine eigene Postverwaltung hatten[36] – so glaube ich, daß jene geniale Idee des **Kompromisses** zwischen Reichsgewalt und bundesstaatlicher Selbstverwaltung, die Bismarck damals geschaffen hat, gerade gezeigt hat, wie wundervoll er selber von dem Wort Ge-

[34] Gemeint ist Humor im Sinne des englischen Schriftsteller William Shakespeare (1564–1616).

[35] Die betreffende Aussage Bismarcks konnte nicht ermittelt werden.

[36] Nach der Reichsverfassung von 1871 (Text u. a. in DOKUMENTE ZUR DEUTSCHEN VERFASSUNGSGESCHICHTE II, S. 384–402) standen einzelnen Bundesstaaten und insbesondere Bayern einige Sonderrechte, etwa im Bereich des Eisenbahn- und Postwesens, zu.

brauch machte in seinen Taten, das er ausgesprochen hat als Reflex seiner Gedanken: daß man nie die **Imponderabilien der Volksseele** vergessen sollte[37]. Es war hier der Gedanke des Kompromisses zwischen den beiden großen Ideen: Zentralgewalt und bundesstaatliches Eigenleben, statt der Majorisierung und Vergewaltigung irgendeines Teiles des deutschen Volkes.

So ist damals bis zu jener Zeit eine große leitende Idee durchgeführt worden wie ein mächtiges Tonwerk in der Geschichte mit seiner Ouvertüre, mit seinem Kampf und schließlich mit den gewaltigen Schlußakkorden, die für uns einstmals der Name „Versailles“ in sich barg.

Dann kam die **Zeit nach der Reichsgründung,** und es ist so seltsam, feststellen zu müssen, daß der Zeit des größten Aufschwunges doch in vieler Beziehung eine Zeit des Niederganges im Geistigen und auch auf anderen Gebieten gefolgt ist. Es klingt so seltsam, einst für die Vergangenheit und jetzt wieder für die Gegenwart, es klingen so seltsam die Worte an unser Ohr, die Sie in dem skurrilen, aber auch vielfach so tiefsinnigen Roman **Vischers[38]:** „Auch Einer“ finden: „Die Deutschen können das Glück nicht ertragen!“ jene Worte, in denen Vischer davon spricht, daß diesem Glück ein großer Zusammenbruch einmal folgen würde, und daß erst nach diesem Zusammenbruch sich zeigen würde, welche Kräfte in diesem Volke vorhanden sind. Tatsächlich ist jene Zeit, die „Gründer-Zeit“, die Zeit der ersten Entwicklung zum industriellen Werden, doch eine Zeit sehr starken geistigen Niedergangs in der Literatur und auch auf anderen Gebieten gewesen. Was einstmals deutsche Städte uns boten in der wundervollen Architektur ihrer Märkte, das ist durch den Mietskasernenstil jener Zeit vernichtet worden. Was jemals an nichtsozialen Gedankengängen vorhanden war, wirkte sich damals praktisch aus. Die großen Gedanken des Heimatschutzes sowie der Wertzuwachssteuer – ein Gedanke, den übrigens meines Wissens **Napoleon I.[39]** zuerst gehabt hat, als er sagte, er verstehe nicht, daß seine Soldaten ihr Blut vergössen und die Hausbesitzer von Paris die Nutznießer der dadurch bewirkten Entwicklung sein sollten! – alle diese Gedanken der Erhaltung des

---

[37] Das Wort „Imponderabilien“ hat Bismarck häufig benutzt (etwa in seiner Reichstagsrede vom 6. Februar 1888 in Verbindung mit dem „Volkswillen“: [Otto von] Bismarck. Die gesammelten Werke. Bd. 13. Reden. 1885–1897. Bearb. v. Wilhelm Schüßler. Berlin 1930, S. 326–348; Zitat S. 344). Im Zusammenhang mit „Volksseele“ konnte es nicht ermittelt werden.

[38] Friedrich Theodor Vischer (1807–1887), deutscher Literaturwissenschaftler und Schriftsteller. – Der nachfolgend genannte Roman „Auch Einer. Eine Reisebekanntschaft“ erschien in zwei Bänden erstmals Stuttgart 1879.

[39] Napoleon I. (1769–1821), Kaiser der Franzosen 1804–1814/15. – Das folgende Zitat konnte nicht ermittelt werden; möglicherweise bezieht sich Stresemann auf die 1798 in Frankreich eingeführte Fenstersteuer.

geschichtlich Gewordenen, des Staatsinteresses gegenüber dieser rein individuellen materialistischen Einstellung haben erst viel später eingesetzt. Aber damals versank die große innere Entwicklung wieder in Schlaf – wie nach dem Wiener Kongreß[40], als Metternich[41] vorgehen konnte gegen deutsche Studenten und das Eintreten für das eigene Volk als Hochverrat stempeln konnte. Und dieser Mehltau auf die vorwärtsdrängende Entwicklung der Vergangenheit, er senkte sich auch auf das deutsche Akademikertum.

Ich habe nicht die Absicht, zu vergessen – und Sie seitens des einladenden Vereins würden mich am ehesten daran erinnern können –, daß der Verein Deutscher Studenten das Interesse besonders auf die sozialen Fragen gelenkt hat. Aber ich stehe unter dem Eindruck in bezug auf die Entwicklung der ersten Jahre und der späteren Jahrzehnte, die ich miterlebt habe, daß gegenüber der gewaltigen geistigen Bewegung des Sozialismus eine entgegengesetzte **geistige Bewegung des deutschen Akademikertums** nicht vorhanden war. Es war das Tiefbedauerliche für unsere Entwicklung, daß man sich auch hier ganz auf den **Staat** verließ und ruhig mit zusah, wie die Zahl der Menschen, die allmählich in diese Gedankengänge hineinkamen, die sie als ein neues Dogma, als eine Art von Religion ansahen, von Hunderttausenden in die Millionen stieg – ohne daß die Akademikerschaft den Kampf dagegen bewußt unternommen hätte. Man kam in ein Philisterdasein hinein, und wie oft habe ich erlebt im Kampf in kleinen Orten, daß schließlich der, wenn auch nur irgendwie angelernte, sozialdemokratische Diskussionsredner, der über politische Fragen sprach und sein Sprüchlein hersagte, in vieler Richtung gewandter war als etwa der Amtsrichter, der gezwungen war, in die Debatte einzugreifen. Ueberall war der Gedanke, daß das politische Lied ein garstig Lied wäre[42].

Und dazu kam etwas anderes, etwas, dem ich in bezug auf die Entfremdung zwischen sozialisierter Arbeiterschaft und einem nicht sozialisierten Bürgertum einen sehr großen Anteil der Schuld beimesse: das war die ganz falsche Einstellung, zu

---

[40] Auf dem Wiener Kongreß tagten 1814/15 die Vertreter zahlreicher Staaten Europas, um nach den Revolutions- und Napoleonischen Kriegen die Neuordnung der Grenzen in Europa und die Errichtung einer Friedensordnung zu beraten und beschließen.

[41] Klemens Wenzel Lothar Graf [seit 1813 Fürst] von Metternich-Winneburg [seit 1818 Herzog von Portella] (1773–1859), österreichischer Außenminister 1809–1848 u. Staatskanzler 1821–1848. – Mit den nachfolgend angesprochenen Unterdrückungsmaßnahmen sind in erster Linie die wesentlich von Metternich initiierten Karlsbader Beschlüsse von 1819 und deren Umsetzung gemeint, die sich gegen liberale und nationale Tendenzen in Deutschland wandten und in dieser Hinsicht insbesondere gegen studentische Aktivitäten zielten.

[42] Stresemann verwendet hier ein leicht abgewandeltes Zitat aus Goethes 1808 veröffentlichter Tragödie „Faust“ (Text u. a. in: Goethes Werke. [Hamburger Ausgabe in 14 Bden.] Bd. 3. 11. Aufl. München 1981, S. 9–145; das Zitat: S. 69).

den sogenannten **gehobenen Ständen** zu gehören und sich in einer Weise zu distanzieren von all dem, was mit dieser Bewegung zusammenhing, daß schließlich diese Bewegung ihre weit stärkeren Wurzeln zog aus dem Klassencharakter des nicht gesellschaftlich gleich Angesehenen als aus den Dogmen, die so **undeutsch** waren wie nur irgend etwas in unserem Empfinden. Ich weiß sehr wohl, daß in manchen Fällen, wie bei der Flottenvorlage, den Vorträgen von Wagner[43], die Studentenschaft sich aufrühren ließ und denen zur Seite stand, die für die Erweiterung des neuen Deutschland eintraten. Aber es blieb doch so, wie Walter **Flex[44]** in seinem nicht vollendeten Roman im ersten Kapitel es darstellt: wie der Student in der Begeisterung seines akademischen Empfindens in den Krieg geht, die letzten begeisternden Weisen seiner Studentenlieder noch in den Ohren, wie er am frühen Morgen dem Arbeiter begegnet, der in die Werkstatt geht und die Empfindung hat: du und ich, wir stehen uns fremd gegenüber, wir sind nicht miteinander verbunden. Ich glaube, daß diese Unsicherheit, zum mindesten diese mangelnde Fühlung, dieser Gegensatz, der durch die Menschen klassenmäßig ging, mit der größte Faktor für die Möglichkeit der Umwälzung in Deutschland gewesen ist.

Ich erwähne als Gegenteil das eine, daß in einem Lande, das mehr industrialisiert ist als wir, in **England,** eine Partei, die ganz ausgesprochen antisozialistisch ist, wie die dortige Unionistische Partei[45], eine, wenn ich nicht irre, Zweidrittelmehrheit bei den Wahlen gewinnen konnte, weil zwar die Gegensätze, die Anschauungskämpfe zwischen Baldwin[46] und Chamberlain[47] hier und Mac Donald[48] dort, vorhanden sind, aber doch die Kluft: hier soziale Herrenschicht, dort unterdrückte Schicht, nicht in dem Maße besteht, wie es in dem Vorkriegsdeutschland gewesen ist.

Dann kam im November 1918 der große Bruch in unserer Entwicklung und wohl

---

[43] Vermutlich ist gemeint Adolph Wagner (1835–1917), Professor für Nationalökonomie Berlin 1870–1917. – Stresemann hatte selbst als Student bei ihm Vorlesungen besucht. Wagner engagierte sich wiederholt als Befürworter der deutschen Flottenbaupläne der Vorkriegszeit (vgl. etwa Adolph Wagner: Briefe, Dokumente, Augenzeugenberichte 1851–1917. Ausgew. u. hrsg. v. Heinrich Rubner, Berlin 1978, S. 335 u. 349).

[44] Walter Flex (1887–1917), deutscher Schriftsteller. – Sein im Folgenden angesprochener (durchaus vollendeter) Kriegsroman „Der Wanderer zwischen beiden Welten“ erschien zuerst 1916 und danach in zahlreichen Neuauflagen.

[45] Gemeint ist die aus Unionisten und Konservativen vereinte „Conservative and Unionist Party“, wie die Konservative Partei sich seit 1912 offiziell nennt. Sie hatte bei der Unterhauswahl 1924 eine Zweidrittelmehrheit der Sitze erreicht.

[46] Stanley Baldwin (1867–1947), britischer Premierminister 22. Mai 1923 – 22. Januar 1924, 4. November 1924 – 5. Juni 1929, 1935–1937; Schatzkanzler 1922–1923.

[47] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929.

[48] Ramsay MacDonald (1866–1937), britischer Premierminister 23. Januar – 4. November 1924 (zugleich Außenminister) und 5. Juni 1929 – 1935.

im Leben jedes einzelnen. Die Studentenschaft war an dieser „Revolution“ nicht beteiligt. Es ist wohl der erste Vorgang in der Geschichte eines Volkes, daß die Umwälzung eines Staates ohne die Führung oder die Mitwirkung der geistig führenden Schichten vor sich ging. Darin liegt einmal die Schwäche der „Revolution“ – wenn man dieses Wort überhaupt gebrauchen kann. Aber es liegt darin vor allen Dingen die Schwäche des alten Systems. Es wurde ja nicht etwas Neues aus einem Kampfe heraus gewonnen, sondern das, was vor sich ging, war doch, **daß das Alte zusammenbrach** und neue Kräfte die Führung übernahmen. Im Zusammenhang mit dem, was ich vorhin ausführte, sehe ich darin die tragische Konsequenz des unpolitischen Deutschland jener Vergangenheit. Nur an Autorität gewöhnt, von Selbstverantwortlichkeit in wesentlichen, großen Fragen ausgeschlossen, gehorchte es dem letzten autoritativen Befehl, der noch an sein Ohr drang. Die beiden letzten autoritativen Befehle waren der Uebergang des Reichskanzleramtes von dem Prinzen Max von Baden[49] an Friedrich Ebert[50], war weiter der Befehl, keine Gewalt gegen die Neuordnung anzuwenden[51].

Nichts spricht **mehr** gegen diese unpolitische Einstellung des deutschen Bürgertums der Vergangenheit als die Hilflosigkeit und Ratlosigkeit seiner geistigen Schichten bei diesem Zusammenbruch. Erst allmählich kam überhaupt das Erwachen. Nun kam ein Tasten und Suchen, um sich in die neue Situation hineinzufinden. Und wenn ich von dieser neuen Situation spreche und von der Stellung des Akademikertums gegenüber dieser neuen Situation, so bestand sie zunächst in der Negation, der **Opposition gegen das Neugewordene.** Diese Negation und diese Opposition war nach all dem, was vorangegangen war, in jener Zeit verständlich. Es ist töricht, zu glauben, daß eine Umwälzung, die sich so vollzog, wie die bei uns vorgegangene, mit einem Male das fortschwemmen könnte, was an hundertjähriger Tradition in diesem Volke und seinen geistig führenden Schichten gelebt hatte. Hier zeigte sich, wie man das Bismarck-Wort verachtete, daß man die Imponderabilien der Volksseele beachten sollte. Vielleicht war es nicht allein, vielleicht bei manchen nicht in erster Linie der Zusammenbruch der Monarchie als solcher, der zu dieser Ablehnung führ-

[49] Prinz Max von Baden (1867–1929), deutscher Reichskanzler 1918.

[50] Friedrich Ebert (1871–1925), Reichspräsident 11. Februar 1919 – 28. Februar 1925. – Am 9. November 1918 übertrug Max von Baden die Reichskanzlerschaft – ohne Legitimation aus der Verfassung, die er als hinfällig ansah – Ebert die Reichskanzlerschaft.

[51] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf Aufrufe des SPD-Vorstandes und des Arbeits- und Soldatenrats sowie Eberts vom 9. November 1918, Ruhe und Ordnung zu bewahren (Druck in URSACHEN UND FOLGEN II, S. 575–576).

te, sondern es war jene in der Nachkriegszeit entstandene Art, überhaupt das Vergangene hinzustellen als etwas, dessen das deutsche Volk sich zu schämen hätte. Wir sprechen so oft von der Achtung, die ein Volk erringen soll und muß in der Welt, bei anderen Völkern. Kein Volk kann Achtung für sich verlangen, das nicht zunächst die Selbstachtung hat vor seiner Geschichte und seinen geschichtlichen Taten!

Es ist töricht, geradezu töricht auch vom Standpunkt der Demokratie, vorüberzugehen an der Größe von Persönlichkeiten, wenn sie fürstlichen Blutes waren. Und wenn Friedrich der Große niemals fürstlichen Blutes gewesen wäre, würde sein Name in der Weltgeschichte stehen, weil er vor uns steht in seinem ganzen Ringen, in seinem ganzen Werdegang, in dieser schlechthin zur Versinnbildlichung der Pflichterfüllung gewordenen Persönlichkeit, die den großen Gedanken hatte, sein ganzes Selbst in den Staat einzustellen und es ihm hinzugeben – und wenn ein Mensch im Krieg, umbrandet von Gefahr, fast schon auf die letzte Insel seines Landes zurückgewiesen im Kampf mit ganz überlegenen Mächten, die Ruhe sich bewahrt, die **er** sich bewahrt hatte, würde das **allein** genügen, um sein Bild aufrechtzuerhalten.

Hier war, wie in vielen anderen Dingen – wie in der Flaggenfrage[52] –, ein vollkommenes Mißverstehen dessen, was selbstverständlich war in den Menschen – unbeschadet, ob sie sich dieser oder jener Partei angeschlossen hatten.

Gewiß ringt sich in dem deutschen Volke die Empfindung durch, daß es vielleicht seine Kräfte überschätzt hatte, daß es vielleicht und wahrscheinlich diplomatische Fehler gemacht hatte bei jener vorbereitenden Aktion für die Frage „Krieg oder Frieden?“; daß es vielleicht große Fehler gemacht hatte gegenüber den auf alten Erfahrungen beruhenden Mächten, die psychologisch besser bei internationalen Verhandlungen vorzugehen wußten; daß vielleicht manches vorgekommen war im Kriege, was es mit sich selbst auszumachen hatte an grandiosen Fehlern, wie in dem Rückzugsbefehl der Marne-Schlacht[53]; daß aber alle diese Dinge, ja selbst der Verlust des Krieges und der Weltmachtstellung, daran nichts ändern konnte, daß hier ein Volk gekämpft hatte für seine Freiheit und Unabhängigkeit in einem Maße, wie es ohne-

[52] Die Reichsregierung hatte durch eine Verordnung vom 5. Mai 1926 den Gesandtschafts- und Konsularbehörden in europäischen Hafenstädten und außereuropäischen Niederlassungen aufgetragen, neben der Reichsflagge auch die Handelsflagge (schwarz-weiß-rot mit Reichsfarben in der Ecke) aufzuziehen (Text der Verordnung in REICHSGESETZBLATT 1926 I, S. 217). Die Annahme eines über diese Frage im Reichstag angenommenen Mißbilligungsantrags führte am 12. Mai 1926 zum Rücktritt des Kabinetts Luther (vgl. STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 387–392; AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 1367–1369).

[53] Dem Befehl zum Rückzug der deutschen 1. Armee am 9. September 1914 wurde in den Jahren nach 1918 vielfach die Verantwortung für das Scheitern der deutschen Offensive und des geplanten Durchstoßes bis Paris zugeschrieben.

gleichen in der Weltgeschichte ist! Daß man hier mit den alten Gedanken des „Militarismus“ kam, hier die alte Armee schmähte, während man aus Feindesmund den Ruhm dieser alten Armee hörte, während aus neutralen Ländern die Worte zu uns drangen: „Das Haupt wund von Lorbeer, ist Deutschland dahingesunken im Kampf gegen eine Welt. Aber das Gedächtnis seiner Taten wird die Jahrhunderte überstehen!"[54] – Dieses Mißverstehen, das gerade vom demokratischen Standpunkte aus unverständlich ist, weil das **Volk** es war, das diese Taten getan hatte, nicht eine Söldnerarmee, sondern ein Volksganzes, wie kein anderes, das alles brachte es dahin, zu glauben, daß zwischen dem Alten und dem Neuen eine Verbindung nicht möglich war.

Es kamen die **sozialen Gründe,** die die Menschen aus der Bahn trieben, nicht nur aus der Bahn des familiär Gewordenen, sondern auch aus der Bahn des geistigen Denkens. Wenn man sich einmal fragen wird, was denn die tiefsten Folgen des Weltkrieges gewesen sind für Deutschland, insbesondere für seine ganze künftige Entwicklung, dann weiß ich nicht, ob man, ins Große gesehen, allein und in erster Linie den Verlust von **Land** dabei buchen wird, ob nicht jemand, der die ganze Volksentwicklung gesehen hat, den größeren Verlust darin erblicken wird, daß unter den Folgen der Nachkriegszeit das, was ich nennen möchte die **geistige Gentry in einer Weise proletarisiert** wurde, daß sie aufhörte, dasjenige Fundament zu sein, auf dem der Staat bis dahin aufgebaut war. Hier ging unendlich viel unter von jahrzehnte-, von jahrhundertelangem Familienleben und -streben, das materiell in einem, wenn auch begrenzten Vermögen zum Ausdruck kam; das jene großen Schichten schuf, die dem alten Preußen und dem alten Deutschland im wesentlichen Beamtentum, Militär und Geistlichkeit gestellt haben. Und es kam das Aufbegehren der Seele dagegen, das Hadern schließlich mit dem Schicksal und mit Gott: kann das eine „sittliche Weltordnung“ sein, das denjenigen, der seine Pflicht erfüllt gegen den Staat, zum Bettler macht und andere an die Oberfläche kommen läßt, die das weitere Gewissen gehabt haben?!

Alle diese Dinge haben dazu geführt, daß die **Extreme** sich entwickelten, daß die Menschen, die so vollkommen aus ihrer Bahn gerissen waren, naturgemäß auch

[54] Urheber und Anlaß des Zitats konnten nicht ermittelt werden. Bei anderer Gelegenheit (in seiner Reichstagsrede vom 28. April 1921, in der er das Zitat ebenfalls und leicht abgewandelt verwendete) benannte Stresemann etwas konkreter als Anlaß und Urheber „die Ansprache des Vertreters der argentinischen Regierung, der bei einem Zusammensein der Deutschen in Buenos Aires in einer offiziellen Rede an unsere Vertreter davon sprach, das Haupt wund von Lorbeer, so sei die deutsche Armee zusammengesunken im Kampfe gegen eine Welt von Feinden“ (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 349, S. 3462–3471; Zitat: S. 3465).

nicht den Anschluß fanden an die Zeit, die ihnen, mit diesem Stigma belastet, vor Augen stand. Dann ein Drittes. Als der Sozialdemokratie die Macht zufiel, rächte sich an ihr, daß sie niemals zu der deutschen Studentenschaft in einem starken Verhältnis gestanden hatte. Sie hatte nicht die Menschen, um diejenigen Aemter zu besetzen, die sie für sich in Anspruch nahm. Es kam jetzt die Reaktion: früher die Empörung über den Bevorzugten aus der geistigen Klasse, jetzt auf anderer Seite die Empörung, daß ohne Berücksichtigung auch nur der allgemeinen geistigen Einstellung und Vorbildung Männer an Posten kamen, denen sie augenscheinlich nicht gewachsen waren – eine Folge davon, daß es eben ein Umsturz ohne geistig führende Schicht, eine Revolution ohne Studenten war.

Wenn man einmal eine Geschichte der Studenten schriebe, wird man nicht mehr sagen (wie es geschehen ist): die Studenten haben sich im Kaiserreich dem Sozialismus nicht zugewandt, weil sie „Karriere“ machen wollten. Nach den Novembertagen kam eine Zeit, in der der Student durch seine Zugehörigkeit zum Sozialismus hätte Karriere machen können – und diese Zeit hat an seiner Einstellung nichts geändert.

Diese Situation, die damals zum Ausdruck kam: Negation, Opposition, stärkster Kampf mit den Linksschichten, die einen das Neue in den Himmel hebend, die anderen in vollkommener Ablehnung – und das alles in der Zeit, in der deutsches Land besetzt war und man drüben eifrig danach ausspähte, ob hier nicht Keime eines Bürgerkrieges sich entwickelten, die es möglich machten, von irgendwoher zuzustoßen, um noch vielleicht das und jenes zu vervollkommnen, was der Vertrag von Versailles übriggelassen hätte – das ist die Zeit, wie ich sie sehe in meiner Erinnerung aus den ersten Jahren des neuen Werdens.

Lassen Sie [m]ich[55] demgegenüber von der **Lage der Gegenwart** sprechen.

In der Oeffentlichkeit wird mir nichts mehr vorgeworfen als das eine: daß ich grundsätzlich zum Optimismus eingestellt sei, und daraus wird dann sehr leicht in den Worten der Parteikritik der Gedanke der rosenroten Brille, hinter der mir die Dinge erschienen.

Dazu zunächst einmal folgendes: Ich bekenne mich dazu, daß ich grundsätzlich Optimist bin. Optimist wird ein Mensch einmal sein müssen gegenüber den Aufgaben, die im Leben an ihn herantreten, und besonders der Politiker und Staatsmann wird es sein müssen.

---

[55] In der Vorlage (offenbar falsch) „sich“.

Die Dinge waren, und vielleicht namentlich in der Zeit, in der ich als Kanzler an der Spitze des Reiches stand[56], derartig zum Zusammenbruch reif, daß, wenn nicht zunächst in denjenigen, die versuchen wollten, die Dinge zu meistern, der Glaube gelebt hätte, **daß** sie zu meistern wären, die sittliche Kraft nicht in den einzelnen gewesen wäre, um vorwärtszuschreiten. Gerade in den Zeiten, in denen wir leben, muß es einen Glauben geben, der Berge versetzt, und eine Einstellung, die die Geschehnisse der Gegenwart nicht mißt mit der Dauer eines Menschenlebens. Darauf kommt es nicht an, ob der einzelne das und jenes noch erlebt, was aus Deutschland wird. Für die Wertung der tatsächlichen Entwicklung bedeutet das Einzelschicksal so wenig wie der Tropfen im Meer. Nein, ob, **geschichtlich** gemessen, das deutsche Volk wieder in die Höhe kommt, **das** ist das Entscheidende! Und da verwechseln wir vielleicht die Maßstäbe, indem wir wenige Jahre als großes Geschehen ansehen und nicht daran denken, wie wenig sie bedeuten in den Jahrhunderten, in denen Völkerschicksale geschmiedet werden!

Wenn ich von diesem geschichtlichen Sehen ausgehe, dann muß ich eines sagen: Wohl selten ist ein Volk in seiner inneren Entwicklung den **Weg der Konsolidierung** so zielbewußt und schnell gegangen wie das deutsche Volk seit der Revolution. Wenn jemand in den Januartagen von 1919, als hier an den Litfassäulen die Plakate hingen, in denen die Deserteure aufgefordert wurden, sich zu Organisationen zusammenzuschließen, um ihre Ansprüche gegen ihr Vaterland geltend zu machen, ihnen jemand gesagt hätte, daß 1926 **Hindenburg[57]** Reichspräsident sein würde, hätten sie ihn Narr und Illusionist gescholten! Wir haben schließlich in derselben Situation gestanden wie in Rußland, als sich niemand erhob zur Verteidigung des Alten. Die sechs Volksbeauftragten[58] hatten die ganze Gewalt in der Hand, und das deutsche zivile Bürgertum hat kein Verdienst daran, daß der Bolschewismus nicht kam – es schwieg in jenen Novembertagen von Königsberg bis zum Bodensee!

Was sich dann durchsetzte gegenüber den Vorgängen im Osten – und das soll auch der prinzipielle Gegner dem Sozialismus nicht vergessen –, war doch der Sieg

---

[56] Stresemann leitete als Reichskanzler (und zugleich Außenminister) die Reichsregierung vom 13. August bis zum 23. November 1923; bis zum 30. November 1923 blieb er mit seinem Kabinett geschäftsführend im Amt. Danach behielt er das Amt des Außenministers.

[57] Paul von Beneckendorf und von Hindenburg (1847–1934), Chef der Obersten Heeresleitung 1916–1919; Reichspräsident 26. April 1925 – 1934.

[58] Nach der Übertragung der Kanzlerschaft an Ebert (vgl. oben mit Anm. 50) konstituierte sich am 10. November 1918 der „Rat der Volksbeauftragten“ aus je drei Mitgliedern von MSPD und USPD als revolutionäre Reichsregierung. Sie wurde durch die Wahl Eberts zum Reichspräsidenten am 11. Februar 1919 bzw. die Ernennung Scheidemanns zum Reichsministerpräsidenten am 13. Februar 1919 als Regierung abgelöst.

des Gedankens der Verfassungsmäßigkeit gegenüber dem Gedanken des Bolschewismus. Das Proletariat hatte die Gewalt in der Hand, und die Führer, wie Ebert, drängten dazu, dieses Unrecht aus der Hand zu geben und die Mehrheit des Volkes darüber entscheiden zu lassen, wie es seine Geschicke gestalten wolle. Und so kamen wir von jener Zeit der „Volksbeauftragten", einer Zeit übrigens, in der ein Mann, wie Friedrich Ebert, für das Privateigentum eingetreten ist mit aller Entschiedenheit, mit aller Energie gegenüber den Suggestionen, die damals naturgemäß den Menschen vor Augen standen: sich hier einmal zu rächen an dem von ihnen bekämpften „Kapitalismus" – so kamen wir von jener Periode der proletarischen Diktatur zunächst **zur Weimarer Verfassung.** Wir kamen von der Weimarer Verfassung mit ihrer nach den ersten Wahlen zur Nationalversammlung[59] weit links eingestellten Mehrheit und mit all den Experimenten, von denen ich vorhin sprach: das Neue an die Stelle des Alten zu setzen, doch zu einer starken Konsolidierung im Innern, weil schließlich in dem Kampfe um Partei und um Sachlichkeit im deutschen Volke letzten Endes die Sachlichkeit sich durchsetzt. Es gab eine Zeit, in der es schien, als wenn der Gesichtspunkt: „Der Mehrheit gehört die Beute" schließlich Gesichtspunkt sein sollte der deutschen politischen Entwicklung. Das hat sich wohl dahin ausgeprägt, daß Parteipolitik heute mehr bedeutet als früher, im Beamtenleben und anderwärts. Aber es hat doch nicht verhindern können, daß die große Mehrheit des deutschen Beamtentums, daß der Kern des deutschen Beamtentums integer (im Sinne der alten Beamtenpolitik) geblieben ist.

Ich weiß sehr wohl, wie schwer es ist, gegenüber populären Strömungen eine andere Stellung einzunehmen. Ich weiß sehr wohl, welche Kämpfe die Partei, die ich führe, selbst mit Persönlichkeiten der Linken gehabt hat. Ich möchte aber auf das eine hinweisen, daß ein Mann, der von akademischer Seite vielfach am meisten bekämpft wird, daß der preußische Minister **Severing**[60] sich mehr als ein dutzendmal vor Beamte der alten Schule gestellt hat gegenüber dem Begehren, sie zu entfernen. Wenn überall der Gedanke durchdringt, daß die Partei zurücktritt gegenüber dem Gedanken der Sachlichkeit, so ist es das im wesentlichen, was ich unter Konsolidierung auch im Innern verstehe.

Und schließlich sehe ich auch beispielsweise die Stimmenzahl des letzten Volks-

[59] Zu den Ergebnissen der Wahl zur Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung vom 19. Januar 1919 vgl. etwa URSACHEN UND FOLGEN III, S. 245.

[60] Carl Severing (1875–1952), preußischer Innenminister 1920 – 7. Oktober 1926 (mit Unterbrechung 1921) u. 1930–1932; Reichsinnenminister 28. Juni 1928 – 1930; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für die SPD).

entscheids[61] nun nicht als so verheerend an, wie es vielfach geschieht. Man muß doch das eine bedenken, daß schließlich hier mit den allergröbsten Instinkten gearbeitet wurde – wie ja bei einer solchen Befragung von Millionen doch schließlich nicht sachliche Einstellung zur geschichtlichen Entwicklung und ihre Erkenntnis verlangt werden kann. Man muß dabei weiter bedenken, daß schließlich diese Frage gestellt wurde an ein Volk der Depossedierten und Proletarisierten. Daß bei dieser Entscheidung und schließlich doch – lassen Sie mich das offen sagen – auch bei mancher Kritik, die denen gegenüber zu führen ist, die wohl in der Lage gewesen wären, früher zum Ausdruck zu bringen, daß auch sie dem verarmten Staat gegenüber sich ihrer Pflicht bewußt wären – **nicht** eine Mehrheit sich fand, die den Gedanken des Privateigentums aufgab, ist für mich ein Zeichen dessen, daß, trotzdem man dem Volk, das noch nicht in der Reife der politischen Entwicklung war, Machtmittel in die Hand gab, die man ihm nie hätte geben sollen, schließlich der gesunde Sinn des Volkes sich gegen den Appell an den Eigennutz gewehrt hat.

Und wenn Sie heute das Gesamtbild sehen, wie es sich in Deutschland gestaltet hat, schließlich auch mit jenem Ausgang des großen Ringens um die Stabilisierung der Währung[62], mit jenem Wiederbeginn des Sparsinns, der sich zeigt mit dem Ansteigen der Sparkasseneinlagen in Deutschland – nehmen Sie alles in allem nach dem, was dieses Volk drinnen und draußen im Kriege erlebt hat, nach dem, was es seelisch erlebte: von der Höhe des größten Sieges zur tiefsten Verzweiflung und schmählicher Demütigung – dann hat, nach all den Stürmen auf die deutsche Volksseele, das deutsche Volk die Feuerprobe nicht schlecht bestanden!

Lassen Sie mich zu dem **Kernpunkt** kommen: ob die Studentenschaft diesem Staat und den Kräften, die ihn tragen, sich versagen soll, oder bewußt zu ihm sich bekennen und ihm dienen soll. Ich gehe nicht ein in sachliche Kritik etwa der Frage: Monarchie oder Republik, parlamentarisches System oder konstitutionelles System nach Art der Vereinigten Staaten von Amerika. Ich will für meine Beweisführung für meine Auffassung theoretisch davon ausgehen, daß alle Kritik an Staatsform und

---

[61] Beim Volksentscheid vom 20. Juni 1926 über den Gesetzentwurf betreffend die Enteignung der Fürstenvermögen waren die erforderlichen ca. 20 Mio. Ja-Stimmen zur Annahme des Gesetzentwurfs deutlich verfehlt worden (zum Abstimmungsergebnis vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 119).

[62] Stresemann bezieht sich hier auf die Währungsreform von 1923/24, als mit der Verordnung über die Errichtung der Deutschen Rentenbank vom 15. Oktober 1923 (REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 963–966) nach der Hyperinflation vom Spätsommer 1923 die Voraussetzung für eine neue wertbeständige Währung geschaffen worden war und am 15. November 1923 mit der Ausgabe der neuen Rentenmark begonnen wurde (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1070–1072). Nach den Londoner Abmachungen vom 30. August 1924 wurde sie sukzessive durch die goldbasierte (neue) Reichsmark abgelöst.

Verfassung von vornherein als berechtigt zugegeben sei. Dann aber muß ich, auch wenn diese Situation gegeben wäre, an die Spitze meiner Betrachtungen das eine stellen: **Die Aufgabe dieses gegenwärtigen Geschlechtes ist es, das Reich zu erhalten!**

Es mag Ihnen das klingen wie eine Selbstverständlichkeit. Ach nein! Eine Selbstverständlichkeit ist das durchaus nicht gewesen. Und es ist nur eine geringe Zahl von Jahren her, wo selbst die größten Optimisten bezweifelten, ob es uns möglich sein würde, im Reich zusammenzubleiben. Ich spreche von jener Zeit, in der ich Reichskanzler war (1923)[63], jener Zeit, in der der Kommunismus in Sachsen und Thüringen, wie Herr **Sinowjew**[64] auf einer internationalen Tagung fröhlich mitteilte, ausholte zum Schlage, um das entkräftete Volk, das sein letztes Vermögen dahinschwinden sah, heranzuziehen zu dem Gedanken der proletarischen Diktatur in der Form des Bolschewismus. Es war dieselbe Zeit, in der diese Gefahr bestand, in der törichte und verbrecherische Leute von dem Marsch von München nach Berlin sprachen[65]. Anstatt dem Staat die Möglichkeit zu geben, seine Kräfte auf die Bekämpfung des Bolschewismus zu konzentrieren, wollten sie ihn in einen zweiten Bürgerkrieg stürzen. Ein solcher Marsch von München nach Berlin hätte gleichbedeutend sein können mit dem Zerfall des Reiches, denn andere Nachbarmächte hätten nur darauf gewartet, einzubrechen und „die Ordnung wiederherzustellen“. Daß man das alles nicht erkannte, und wenn man es erkannte, trotzdem mit diesem Feuer spielte, das halte ich für das Verbrecherischste in den Vorgängen, die wir damals erlebt haben!

Es kam eine weitere große Gefahrenquelle, die des **Separatismus** im Rheinland[66]. Ich meine damit nicht jene bezahlten Schurken, die irgendwo Rathäuser stürmten und Fahnen aufsetzten. Wenn man einige tausend Mark hat, wird man in jeder Stadt solche Leute gewinnen können. Mit **dieser** Gefahr wurden wir fertig. Die

---

[63] So – wohl als Herausgeber-Ergänzung – in der Vorlage.

[64] Grigorij Evseevič Zinov’ev (1883–1936), Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU 1921–1926; Vorsitzender des Exekutivkomitees der Komintern bis November 1926. – Auf welche Rede Zinov’evs Stresemann sich im Folgenden konkret bezieht, konnte nicht ermittelt werden. Vgl. jedoch seine „Instruktion an die Zentrale der KPD zum Eintritt in die sächsische Landesregierung“ vom 1. Oktober 1923 in DEUTSCHER OKTOBER S. 187.

[65] Zu den Vorgängen in München im Herbst 1923, die im Hitlerputsch vom 8./9. November 1923 kulminierten, vgl. die Dokumentation HITLER-PUTSCH.

[66] Im gesamten linksrheinischen Gebiet waren im Herbst 1923 separatistische Bewegungen vorübergehend erfolgreich mit dem Versuch, öffentliche Gebäude zu besetzen, die Verwaltung der betreffenden Gebiete an sich zu reißen und die jeweilige Region für unabhängig zu erklären. Die Reichsregierung monierte gegenüber Frankreich von Anfang an die Verwicklung französischer Stellen in die Separatistenbewegung (vgl. dazu das Weißbuch NOTENWECHSEL ZWISCHEN DER DEUTSCHEN UND DER FRANZÖSISCHEN REGIERUNG).

größere Gefahr war die, daß in ganz anderen Kreisen die Frage auftauchte: „Kann uns das Reich noch helfen?“ Damals standen die Franzosen an der Ruhr. Unsere Kohlen- und Eisenproduktion ging unbezahlt nach Frankreich. Die chemischen Fabriken wurden ausgeplündert. Die Leute arbeiteten, ohne daß sie wußten, ob ihnen jemand das entgelten würde. Von Paris hörte man das höhnende Wort: „Die Besatzungsfrist hat noch nicht zu laufen begonnen!“[67] Den Menschen, die unter dem Druck der „Sanktionen“ standen und nun drängten und fragten: „Womit kannst du uns helfen?! Wir halten die Bedrückung nicht mehr aus!“ konnte man nur das eine sagen: „Harret aus! Es wird besser!“ Damals tauchte am Rhein zuerst der Gedanke der rheinischen Goldbank auf[68]. Der wirtschaftlichen Verselbständigung hätte die politische folgen können. Und es gab genug Leute in Frankreich, die bereit gewesen wären, einem Teil Deutschlands, der sich vom übrigen trennte, ganz andere Lebensbedingungen zu geben, dem übrigen Teil aber das Lebenslicht auszublasen.

Wenn wir damals dieses Drängen verstanden und zähneknirschend den **zweiten** verlorenen Krieg, den Ruhrkrieg, abbrachen[69], weil wir die Einheit des Reiches sonst gefährdeten, dann lassen Sie mich auch persönlich das eine sagen: Wer, sehend, daß eine Schlacht verloren ist, um den Rückzug zu decken, die Schlacht abbricht, der verdient nicht die Angriffe, unnational gedacht oder unnational gehandelt zu haben! Wer verantwortlich führt, steht vor der Verantwortung, zu handeln – so handeln zu müssen, wie er vor seinem Gewissen verpflichtet ist, es zu tun – unbeschadet, ob er von der öffentlichen Meinung gekreuzigt wird. **Das** ist **wahre** Demokratie: Den Demos zu führen und nicht zu sagen: „Ich bin euer Führer – deshalb folge ich euch!“ Byzantinismus ist genau so verderblich in Kaiserzeiten, wie er heute gegenüber der Masse sein würde!

Damals waren die Dinge so, daß wir uns fragen mußten: „Hält denn das alles? Wird das alles halten?“ Es hat gehalten. Wir sind (ich will nicht über diese Einzelheiten sprechen) über internationale Vereinbarungen zur Räumung der Ruhr gekom-

---

[67] Stresemann bezieht sich hier in erster Linie auf eine Rede des damaligen französischen Ministerpräsidenten Poincaré in der französischen Abgeordnetenkammer vom 23. November 1923, die in der Übersetzung des französischen Gelbbuches DIE FRANZÖSISCHEN DOKUMENTE ZUR SICHERHEITSFRAGE in ihren wesentlichen Passagen abgedruckt ist (S. 278–303).

[68] Über einige Wochen hinweg war im Oktober und November zwischen Reichsregierung und Vertretern des besetzten Gebiets die Errichtung einer eigenen („rheinischen“) Goldnotenbank in Köln kontrovers diskutiert worden; vgl. dazu die einschlägigen Aktenstücke in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II.

[69] Zum Abbruch des passiven Widerstands, der mit einer Proklamation von Reichspräsident und Reichsregierung am 26. September 1923 bekanntgegeben wurde, vgl. zusammenfassend STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 133–135.

men[70], zur Räumung von Düsseldorf und Duisburg[71], Beginn der Räumung des Rheinlandes[72]. Wir sind vor allem aber, was notwendig war, zu einer **inneren Konsolidierung** gekommen; dazu, daß wir eine stabile Währung in der Zeit haben, in der ein früherer französischer Ministerpräsident[73] die Frage aufgeworfen hat, ob man in Frankreich nicht zwei fleischlose Tage in der Woche und das Backen von Roggenbrot einführen sollte – ein Zeichen dafür, wie sehr diejenigen sich geirrt haben, die geglaubt hatten, daß eine bewußt auf Vernichtung Deutschlands hinzielende Politik etwa den Aufstieg des Nachbarvolkes zur Folge haben würde.

Sehen Sie sich heute die Dinge an, wie sie sind, so ist es gar kein Zweifel, daß wir hier nach außen und nach innen eine Konsolidierung der Verhältnisse haben, die viel, unendlich viel zu wünschen übrig läßt, wie überhaupt in der Außenpolitik jeder „Erfolg" gar nichts anderes sein **kann** als eine Verminderung des Negativen, d. h. also Verminderung der Fesseln, die wir tragen und deshalb nur relativ gewertet werden kann. Aber wenn Sie heute bei diesem beginnenden Gesundungsprozesse – ich sagte: alle Kritik der Staatsform und Verfassung zugegeben – versuchen würden, die Hauptkräfte nach **innen** und auf die Aenderung dieser inneren Verhältnisse anzusetzen, dann müssen Sie sich klar darüber sein, daß das ohne Bürgerkrieg und ohne Zerreißung des Reiches nicht möglich ist!

Und darf ich hier vor Ihnen einen Satz offen aussprechen, der ich den Niedergang und Untergang des deutschen Kaiserreichs so schmerzlich empfunden habe, wie nur irgendeiner empfinden kann: Jetzt, wo die Dinge so stehen und wir um unsere Wiedergeltung in der Welt kämpfen: **da kommt für mich vom ersten bis zum letzten das deutsche Volk und sein Aufstieg und dann erst die Staatsform.** Wir haben dafür zu sorgen, daß Volk und Reich nicht zugrunde gehen, sondern einen Wieder-

---

[70] Auf deutsches Drängen hin hatte am Rande der Londoner Konferenz der französische Ministerpräsident Herriot im August 1924 die Räumung des Ruhrgebiets, der 1921 wegen Nichtbefolgung des Londoner Ultimatums von den Alliierten besetzten „Sanktionsstädte" (Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort) und der im Rahmen der Ruhrbesetzung vollzogenen Besetzung weiterer Orte an der Grenze zum unbesetzten Gebiet innerhalb eines Jahres zugesichert, wobei die Jahresfrist mit dem Ende der Londoner Konferenz am 16. August 1924 beginnen sollte (vgl. LONDONER KONFERENZ S. 73 u. 255–257). Am 25. August 1925 wurde mit dem Abzug französischer bzw. belgischer Soldaten aus Düsseldorf und Duisburg das letzte über die Bestimmungen des Versailler Vertrags hinausgehende besetzte Gebiet geräumt (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 114; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 401 [Abendausgabe] vom 25. August 1925). Zuvor war am 31. Juli 1925 die Räumung des Ruhrgebiets durch die alliierten Besatzungstruppen abgeschlossen worden (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 134).

[71] Zur Räumung der „Sanktionsstädte" Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort vgl. die vorangehende Anm.

[72] Am 31. Januar 1926 endete formal (nach dem Abzug der letzten Truppen am Vortag) die Räumung der nördlichen („Kölner") Zone durch die Besatzungstruppen (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 23).

[73] Welcher frühere Ministerpräsident gemeint ist und wann und wo er den nachfolgend angeführten Vorschlag (offenbar zur Bekämpfung der schweren Währungs- und Wirtschaftskrise in Frankreich) unterbreitete, konnte nicht ermittelt werden.

aufstieg nehmen. **Das** ist unsere Aufgabe und die der kommenden Generation. Und solange wir Freiheit und Unabhängigkeit nicht besitzen – und wir besitzen sie nicht! – , so lange müssen wir alle Kräfte daran setzen, erst einmal dieses Ziel zu erreichen und das, was uns trennt in grundsätzlichen Auffassungen, zurückzustellen gegenüber einem möglichst einheitlichen Willen, an diesem Wiederaufbau mitzuarbeiten.

Mir steht unter den Männern des Reichstags, und Ihnen wohl auch in der Berliner Universität, ein Name sehr hoch, gerade weil ich in dem Träger dieses Namens, in seiner Persönlichkeit eine Versinnbildlichung deutschen Idealismus sehe, das ist der alte und ehrwürdige Professor **Kahl**[74]**.** Er hat einst davon gesprochen, in der Nationalversammlung in Weimar, wie es ihn berühren müsse, diese Monarchie zu Grabe zu tragen, ihn, der den 18. Januar 1871 im Spiegelsaal von Versailles[75] noch erlebt habe. Und derselbe Mann hat mit vollem Recht und ohne, daß ein Widerspruch darin liegt, davon gesprochen, daß er heute die Republik mit seinem Leibe verteidigen würde, weil er der Meinung sei, daß ein Angriff auf die Republik der Untergang der Einheit des Deutschen Reiches sein würde.

Nehmen Sie eine andere Persönlichkeit, die doch eigentlich Sinnbild dieser Zeit ist und die ich in dieser Beziehung gerade speziell geschichtlich werte: das ist die Persönlichkeit des Reichspräsidenten! Sehen Sie seinen Werdegang an. Er ist doch sicher vollkommen aufgewachsen in altkonservativ-preußischen Traditionen. Er läßt sich, und mit Recht, von niemand verbieten, jederzeit auch vor dem ganzen Volke auszusprechen, davon zu sprechen, daß er den größten Teil seines Lebens im Dienst der Hohenzollern verbracht hätte, und er wird nie von dem alten Herrscher[76] anders als von seinem allergnädigsten Kaiser sprechen. Und derselbe Mann, der so mit den letzten Verästelungen seines seelischen Seins im alten kaiserlichen Deutschland wurzelt, hat, als der Ruf an ihn erging, Präsident der Republik zu werden, diesen Ruf angenommen und den Eid auf die Verfassung geleistet; und ich glaube, es gibt **niemand,** der so verworfen wäre, um irgendwie zu glauben, daß Hindenburg sich der Bedeutung dieses Eides nicht bewußt wäre und nicht bis zum letzten die Folgerungen daraus ziehen würde.

Schließlich ist doch das, was den Menschen als offener Widerspruch erscheint,

---

[74] Wilhelm Kahl (1849–1932), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1932 (für die DVP). – Auf welche seiner Reden in der Nationalversammlung Stresemann sich im Folgenden bezieht, konnte nicht ermittelt werden.

[75] Vgl. oben mit Anm. 31.

[76] Gemeint ist Wilhelm II. (1859–1941), Deutscher Kaiser und König von Preußen 1888–1918.

die Synthese des alten und neuen Deutschland. Es ist der Ruf, daß die guten Kräfte, die im alten Deutschland sich zur Verfügung stellten, in Zeiten des Glückes, sich zur Verfügung stellen sollen und müssen in den heutigen Zeiten der Not. Tun sie es nicht, dann haben sie kein Recht, über diejenigen sich zu beklagen, von denen sie regiert werden.

Und ein Zweites. Es ist kein Zweifel: so, wie die Dinge heute liegen, ist auch **diese** Verfassung mit allen ihren Schwächen doch ein Reif, der das deutsche Volk zusammenhält. Sie müssen bedenken, daß die anderen Reifen gesprungen sind. Einst war das Deutsche Reich, in seiner alten Verfassung[77], ein Bund der Fürsten, und stärker als die Verfassung waren die Kräfte, die sie trugen – die Armee nach außen, das Beamtentum nach innen. Negieren wir den Staat und zerrütten wir ihn heute, wo andere Reifen ihn nicht tragen als das Bekenntnis einer großen Mehrheit des deutschen Volkes zu der Verfassung, die heute besteht, dann fällt auch dieser Reifen auseinander, und Sie können dabei die Einheit des deutschen Volkes aufs Spiel setzen.

Das bedeutet nicht die **Starrheit** der heutigen Verfassung in allen Einzelheiten. Töricht wäre das. Ich glaube, es war Herr Wolfgang **Heine[78],** der, als sozialistischer Minister in Preußen, einmal gesagt hat, daß man in Zeiten, wie den heutigen, Verfassungen überhaupt nicht für eine Ewigkeit, sondern nur für Jahre macht. Ihre Fortbildung, ihre Ausbildung ist jederzeit möglich. Das Recht, für ihre Ausbildung einzutreten, ist ein Recht, das die Reichsverfassung jedem einzelnen gibt, der mit dem, was damals der Augenblick gebar, in Einzelheiten nicht einverstanden ist, z. B. in dem für mich unerträglichen Artikel der Reichsverfassung[79], der einzelnen Landesteilen das Recht gibt, sich selbständig zu machen und einfach das, was groß geworden ist in geschichtlicher Entwicklung, wieder aufzulösen. – Das alles hat nicht Ewigkeitswert. Und je mehr die geistigen Kräfte des Bürgertums, die auch im Alten wurzeln, Träger der Staatsgewalt sind, aber auch bewußte Verfechter der heutigen Verfassung, um so eher wird es möglich sein, innerhalb der republikanischen Staatsform die Verfassung auf denjenigen Grund zu bringen, den wir selber gegenüber dem

---

[77] Zum Text der Reichsverfassung von 1871 vgl. oben Anm. 36.

[78] Wolfgang Heine (1861–1944), Mitglied der Nationalversammlung 1919 (für die SPD); Preußischer Justizminister 1918–1919 u. Innenminister 1919–1920. – Das nachfolgende, ihm zugeschriebene Zitat konnte nicht ermittelt werden.

[79] Gemeint ist Art. 18 der Weimarer Reichsverfassung, der die mögliche Neugliederung der Länder und damit auch die mögliche Trennung innerhalb eines Landes des Deutschen Reiches regelte (REICHS-GESETZBLATT 1919, S. 1387).

Werk von Weimar einnehmen.

Daraus ziehe ich die Konsequenz, daß Staatsbejahung gerade die Aufgabe der werdenden Generation ist, daß Staatsbejahung aber auch die **Anerkennung der Staatsautorität** verlangt.

Dabei will ich auf einen sehr heiklen, manchmal sehr wunden Punkt in dem Dissensus der Meinungen eingehen, das ist die Frage, ob man dem heutigen Staat mit Recht vorwerfen kann, daß er nationale Interessen nicht genügend schütze, selber nicht von nationalem Lebenswillen, nationalem Zukunftswillen eingegeben sei bei seiner Politik.

Wäre das richtig – wenn ich zunächst diese Theorie hier stelle –, dann wäre es um so mehr Aufgabe des Studententums, seine Auffassung nationalen Denkens in den deutschen republikanischen Staat hineinzutragen. Aber lassen Sie mich einmal über die Frage offen sprechen, ob nicht mit dem Wort „national“ in der Gegenwart vielfach ein unrechtmäßiger Gebrauch getrieben wird. Ich spreche dabei auch gewissermaßen in eigener Sache; aber schließlich ist das mein gutes Recht, wenn ich so viel Pfeile gegen mich abgesendet sehe, habe ich das Recht, zurückzuschlagen, und das ist recht guter studentischer Brauch.

Ich höre das eine so oft: daß namentlich in der deutschen Außenpolitik sich eine **Schlappheit des nationalen Empfindens** zeige, daß diese ganze Art internationaler Verständigung, diese ganzen Kompromisse dafür zeugen, daß den Männern, welche die deutsche Außenpolitik führten, nicht das Blut gegeben sei, das zum Ausdruck komme in flammenden Resolutionen, in vaterländischen Kundgebungen und anderem.

Lassen Sie mich dazu eines sagen: Wenn ich annehmen kann, daß der größte Teil der deutschen Studentenschaft zu Bismarck steht als dem Manne, dessen Autorität bei ihnen unerschüttert ist, so darf ich als meine Ueberzeugung ausführen: daß Bismarck nach einem verlorenen Kriege, bei dieser Schwächung des Reiches, der Fremde auf deutschem Boden stehend, sich den Unfug mancher Kundgebungen vaterländischer Verbände **verbeten** und ganz anders durchgegriffen hätte, als hier geschehen ist. Denn nicht darauf kommt es an, daß eine Resolution zum Ausdruck bringt, daß man „zum zweiten Gang bereit stehe“[80], sondern darauf, ob dadurch dem heutigen Reich genutzt oder geschadet wird!

[80] Auf welche Resolution der Vaterländischen Verbände Stresemann sich hier bezieht, konnte nicht ermittelt werden.

Dabei darf ich Ihnen ein anderes ins Gedächtnis zurückrufen: Es ist tief bedauerlich, daß von jener aktenmäßigen Darstellung vom Frieden zu Tilsit[81] bis zu den Freiheitskriegen, die das Preußische Archiv herausgegeben hat, nur der erste Band erschienen ist[82]. Ich muß gestehen, daß mir, gemessen an unserem heutigen allgemeinen, berechtigten Nationalempfinden, manche Maßnahme der damaligen Staatsmänner für mein Empfinden überhaupt kaum erträglich erscheint, daß sie aber zeigt, mit welcher kühnen Realpolitik ein Mann wie **Stein** sich gegen jedes Aufbäumen des Gefühls gewehrt hat in der Zeit, in der er glaubte, daß ihm dadurch seine Diplomatie gestört würde. Vielleicht lesen Sie einmal nach, daß jener Monsieur **Daru[83],** der über eine Milliarde aus Preußen herausgeholt hat, auf Veranlassung des Königs[84] Ehrenmitglied der Akademie der Wissenschaft geworden ist! Vielleicht lesen Sie einmal nach, daß es der Freiherr **von Stein** war, der dem König den Vorschlag[85] machte, Napoleon zu bitten, die Patenschaft anzunehmen bei dem Kinde der Königin Luise[86]. Vielleicht lesen Sie einmal die Instruktion des Prinzen Wilhelm[87] nach, der nach Paris geschickt wurde, damit die „Reparationen“, wie wir heute sagen würden, vermindert würden, er sollte Napoleon anbieten, daß Preußen bereit wäre, ihm ein Heer von 10 000 Mann für seine Kriege zur Verfügung zu stellen; er sollte das Recht haben, dieses Kontingent bis auf 40 000 Mann zu erhöhen, er sollte eventuell zugeben, daß diese Truppen auch außerhalb Preußens gebraucht werden könnten, und letzten Endes anbieten: daß Preußen seine Selbständigkeit aufgeben und in den

---

[81] Der französisch-preußische Friedensvertrag von Tilsit vom 9. Juli 1807 am Ende des Vierten Koalitionskriegs hatte den Charakter eines Diktatfriedens und stufte Preußen zur Mittelmacht zurück. U. a. sah er hohe Kriegskontributionen und eine vorübergehende französische Besatzung in Preußen vor. Text des Vertrags in CONSOLIDATED TREATY SERIES, Bd. 59, S. 255–263.

[82] Offenbar bezieht sich Stresemann auf Paul Hassel: Geschichte der Preußischen Politik. 1807 bis 1815. Bd. 1. 1807, 1808. Leipzig 1881 (Publikationen aus den K. Preußischen Staatsarchiven, 6), wovon nicht mehr als dieser erste Band erschien.

[83] Pierre, conte Daru (1767–1829), französischer Schriftsteller; er fungierte als französischer Bevollmächtigter u. a. beim Friedensschluß von Tilsit 1807 und anschließend als Generalintendant in Preußen. 1808–1812 war er Auswärtiges Mitglied und ab 1812 Ehrenmitglied der Königlich Preußischen Akademie der Wissenschaften.

[84] Friedrich Wilhelm III. (1770–1840), König von Preußen 1797–1840.

[85] Vgl. dazu in der oben Anm. 82 genannten Publikation Hassels das „Votum Steins“ (S. 440–441) vom 20. Januar 1808, dem der König allerdings nicht folgte.

[86] Luise, geb. Prinzessin zu Mecklenburg-Strelitz (1776–1810), seit 1793 verheiratet mit Kronprinz Friedrich Wilhelm; Königin von Preußen 1797–1810. – Steins Vorschlag (vgl. die vorangehende Anm.) bezog sich auf das zu diesem Zeitpunkt noch ungeborene Kind, die am 1. Februar 1808 geborene Prinzessin Luise (1808–1870), die 1825 durch Heirat Prinzessin der Niederlande wurde.

[87] Prinz Wilhelm von Preußen (1783–1851), jüngerer Bruder Friedrich Wilhelms III. Er führte von Januar bis September 1808 Verhandlungen mit Napoleon in Paris. Seine Instruktion vom 5. November 1807 ist veröffentlicht in der oben Anm. 82 genannten Publikation von Hassel (dort S. 423–429).

Rheinbund[88] eintreten würde!! In der Instruktion an den Prinzen Wilhelm heißt es dem Sinne nach: „Eure Königliche Hoheit haben alles dem Gesichtspunkt unterzuordnen, daß es nur darauf ankommt, Sr. Majestät dem König die Provinzen zu lassen, die er noch besitzt, und die Besatzung der besetzten Provinzen sobald als möglich zu beenden.[“]

Wenn Sie lesen, daß Stein – glücklicher Staatsmann! – in der Lage war, die Presse unter Vorzensur zu stellen für alle außenpolitischen Artikel und ihnen [!] verbot, irgendein Wort gegen Frankreich zu schreiben –, dann sehen Sie, wie Preußen damals Außenpolitik gemacht hat, weil man sich sagte: Wenn man einen Krieg verloren hat und um seine Existenz kämpft, dann **hat** nicht jeder einzelne das Recht, zu sagen, was er denkt, sondern dann ist auch das **Maulhalten mehr vaterländische Pflicht** als das Hinaustragen großer Schlagworte!

Und wenn die landläufige Auffassung stets davon spricht, diese Politik von Stein und Hardenberg unterscheide sich von der heutigen dadurch, daß sie im Innern stets bewußt auf den Befreiungskrieg hingearbeitet habe, während die heutige Politik das Geschehen von Versailles hinnähme, so darf billig bezweifelt werden, ob damals irgend jemand in Preußen ernsthaft an etwas anderes als an die Erhaltung des Staates selbst gedacht hat. Daß im übrigen die heutige Lage Deutschlands machtpolitisch viel ungünstiger ist als selbst die Preußens nach dem Frieden von Tilsit, liegt wohl jedem klar vor Augen. Damals konnte Preußen bei einer Bevölkerungszahl von etwa fünfeinhalb Millionen Menschen ein stehendes Heer von 40 000 Mann halten und war in seiner Waffenrüstung nicht beschränkt, während das heutige 64-Millionen-Volk der Deutschen bei dem Stande der uns aufgezwungenen Abrüstung[89] nicht einmal in der Lage ist, seine Grenzen auch nur gegen eine der mittleren Mächte Europas zu verteidigen.

Im übrigen liegen heute die Verhältnisse für die deutsche Außenpolitik auch ganz anders, als sie den damaligen Staatsmännern erschienen sein mögen. Ein Krieg Deutschlands gegen andere Mächte ist eine Utopie. Aber selbst wenn man von der praktischen Unmöglichkeit jeder deutschen Kriegführung absieht, so hätten wir bei

---

[88] Der Rheinbund von 1806 war ein (später erweiterter) Staatenbund sechzehn deutscher Fürsten, deren Territorien mit seiner Gründung aus dem Reich ausschieden und der durch die Rheinbundakte als Militärallianz mit dem napoleonischen Frankreich verbunden war; bei den weiteren Feldzügen Napoleons stellten die Rheinbundstaaten militärische Kontingente zur Verfügung (Text der Rheinbundakte vom 12. Juli 1806 in CONSOLIDATED TREATY SERIES, Bd. 58, S. 459–492).

[89] Stresemann bezieht sich hier auf die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrags für Deutschland (vgl. zu den Details dessen Art. 159–213: VERTRAG VON VERSAILLES S. 82–100).

dem Stand der europäischen Verhältnisse selbst von einem etwa glücklich verlaufenden neuen Krieg keine Stabilisierung unserer Verhältnisse zu erwarten. Unsere Aufgabe liegt darin, mit allen unseren Kräften dafür zu sorgen, daß der Frieden in Europa erhalten bleibt und daß innerhalb einer solchen Friedensära Deutschland die Möglichkeit erhält, die Wunden zu heilen, die der Krieg ihm geschlagen hat. Zwar zeigen sich die Auswirkungen des Weltkrieges bei allen Nationen, die in ihn hineingezogen worden sind, und glückliche Sieger gibt es überhaupt nicht. Wenn aber irgendein Staat ein ureigenstes Interesse an der Verhinderung jeder neuen kriegerischen Auseinandersetzung in Europa hat, so ist es Deutschland. Unsere Aufgabe ist deshalb dahin vorgezeichnet, die Stärkung unseres eigenen volklichen Lebens durch die Förderung friedlicher Verständigung herbeizuführen. Dabei stehen Wirtschaft und Politik in engstem Zusammenhang.

Wenn Sie für Deutschlands Außenpolitik heute eine allgemeine Formel finden werden, so sehen Sie die Verschlingung in alle möglichen internationalen Verbindungen. Sie sehen wohl die Aufgabe namentlich materieller Staatsrechte, aber auch, Hand in Hand damit, wie mit dieser Politik, doch wohl für jeden sichtbar, die Idee verfolgt wird, durch Interessierung des Auslandes an den Aufgaben der deutschen Wirtschaft dieses Ausland auch für Deutschland und seine Wirtschaft selbst zu interessieren. Sie können weiter erkennen, daß alle diese vielgeschmähten Abkommen immer verbunden waren mit Forderungen Deutschlands auf Erleichterung seiner politischen Unabhängigkeit. Gewiß, einen Plan wie den Dawes-Plan[90] unterschätzt[91] ein Volk nur in höchster Not. Aber Tatsache ist doch, daß vor Inkrafttreten des Dawes-Planes Deutschland jährlich mehr zu zahlen hatte als gegenwärtig, und sicher ist eines, daß ohne die wirtschaftliche Verständigung über den Dawes-Plan die Ruhrbesetzung auf unbestimmte Zeit fortgesetzt wurde, daß das Rheinland zur Trägerin der Reparationslasten gemacht wurde mit allen den Folgerungen und politischen Gefahren, die sich daraus ergaben. Noch vor weniger als zwei Jahren haben sich auch linksstehende französische Staatsmänner auf den Standpunkt gestellt, daß die Fristen für die Besatzung des Rheinlandes noch nicht angefangen hätten zu lau-

[90] Auf der Londoner Konferenz vom 16. Juli bis 16. August 1924 wurde der „Dawes-Plan“ (das Sachverständigen-Gutachten vom 9. April 1924) als künftige Grundlage der deutschen Reparationszahlungen festgelegt; Protokolle der Konferenz in LONDONER KONFERENZ (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 397 [dort als Anl. 263 mit der Seitenzählung des Weißbuchs]); paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 (1924), S. 419–439.

[91] So in der Vorlage. In STRESEMANN, Reden und Schriften II, S. 298, – wohl zutreffend – „unterschreibt“.

fen[92]. Von einer Befreiung von Düsseldorf und Duisburg, von einer Nutzbarmachung der Kräfte des Ruhrgebietes für Deutschland war keine Rede. Wenn Sie demgegenüber die Entwicklung ansehen, die nach dem Dawes-Abkommen eingesetzt hat, werden Sie das eine erkennen: daß hier bewußt eine Politik der internationalen Verständigung getrieben wird, aber mit dem Sinne und Endzwecke, durch diese internationalen Verbindungen **national unabhängig und frei** zu werden. Ich darf auf ein Beispiel hinweisen, das Ihnen vielleicht zeigt, was mir vor Augen steht. Man spricht davon, daß Deutschland der amerikanischen internationalen „Dollarversklavung" entgegengeführt würde[93]: nun, einer der schwerwiegendsten Fehler im Weltkriege war es, die deutsche Kriegsanleihe allein in Deutschland zu zeichnen[94]! Wenn wir selbst unter Zahlung der größten, unberechtigtsten Provisionen, und wenn sie in die Hunderte von Millionen gegangen wären, das Ausland an unserem Schicksal mit Milliarden von Dollars oder anderen Währungen interessiert hätten, dann hätte auch vielleicht der Weltkrieg einen anderen Ausgang genommen oder wir hätten zum mindesten in Versailles nicht völlig allein dagestanden in der Welt!

Heute handelt es sich nicht um Sieg, sondern um Wiederaufbau! Daß wir heute bei anderen um Mittel suchen, um die Betriebs- und Kreditmittel für die Volkswirtschaft eines 64-Millionenvolks zu erhalten, daß wir dabei davon ausgehen, andere mit unserem Schicksal mit zu verknüpfen – diese Politik kann man von dem Gesichtspunkt aus bedauern, daß wir gezwungen sind, sie zu treiben, aber nicht mit dem Stigma behaften irgendwie nichtnationaler Gesinnung!

Ein letztes Beispiel: unsere großen Schiffahrtsgesellschaften. Unsere Schiffahrt war die größte der Welt, wie wir eines der größten Völker der Welt waren. Sie sank zusammen ins Nichts, wie wir zusammensanken nach dem verlorenen Kriege. Wir hatten ja nur noch das Recht, ganz kleine Schiffe zu behalten, 1200-Tonnen-Schiffe[95], mit denen man keinen Verkehr nach der Welt betreiben kann. Da wandten sich unsere Schiffahrtsgesellschaften an amerikanische Linien; die eine verhandelte

---

[92] Stresemann bezieht sich hier auf den damaligen Ministerpräsidenten Herriot, der sich im ähnlichen Sinne wie Poincaré (vgl. oben mit Anm. 67) geäußert haben soll. Wann und wo Herriot die ihm zugeschriebene Aussage, die Stresemann ihm häufiger nachsagte, gemacht haben soll, ließ sich nicht ermitteln; in der französischen Kammerdebatte vom 29. Dezember 1924 wurde er allerdings von einem Abgeordneten entsprechend zitiert (vgl. ebd., 65 [1924], S. 257).

[93] Ein konkreter Nachweis konnte nicht ermittelt werden.

[94] Deutschland hatte einen Großteil der Kosten des Ersten Weltkriegs durch neun (Inlands-)Kriegsanleihen aufgebracht.

[95] Anl. III, Art. 1 zu den Reparationsbestimmungen des Versailler Vertrags schrieb Deutschland u. a. die Abtretung aller Handelsschiffe über 1600 Brutotonnen und die Hälfte aller Schiffe zwischen 1000 und 1600 Brutotonnen vor (VERTRAG VON VERSAILLES 118).

mit dem Harriman-Konzern, die andere mit der „United States“ auf der Basis: Du hast die Schiffe, wir haben die Erfahrungen und die Mannschaft[96]. So wurde, wenn auch zunächst unter fremder Flagge, ein bester Teil des deutschen Volkes erhalten, der Seefahrt leistet. Und mit dem Wiederaufbau der deutschen Flotte zieht sich die fremde Flagge allmählich immer mehr zurück aus dem Hamburger Hafen, und Jahr für Jahr sieht man, wie unsere deutschen Schiffahrtsgesellschaften der Selbständigkeit näher kommen, bis die Zeit kommt, wo sie diesen Vertrag nicht mehr brauchen und wieder selbständig sind.

So müssen wir, zusammengebrochen durch den Krieg, der uns Hunderte von Milliarden genommen hat, manches auf uns nehmen und uns sagen: Es ist unsere verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, uns so anzustrengen, bis wir im Laufe der Zeit die alte Selbständigkeit wieder haben. Das ist internationale Verbindung zu nationalem Aufbau – und sollte, glaube ich, von **anderen** Gesichtspunkten gewertet werden, als das vielfach geschieht.

Wenn ich gesprochen habe vom nationalen Denken in bezug auf die großen Weltzusammenhänge, so lassen Sie mich auch das eine sagen: Ich halte es nicht für richtig, mit dem Wort „national“ nach der Richtung hin einen unberechtigten Gebrauch zu machen, daß man das Zusammenwirken beispielsweise mit der Sozialdemokratie in praktisch-politischen Arbeiten als nicht national hinstellt. Sie, meine Herren vom Verein Deutscher Studenten, möchte ich darauf hinweisen, daß es Zeiten gegeben hat, in denen man auch schon „verdächtig“ war, wenn man bei Schmoller[97] und Wagner[98] Kollegs hörte über Nationalökonomie, und daß damals scharfe Worte im Herrenhaus gegen die „Kathedersozialisten“ gefallen sind. Ich komme über das Empfinden nicht hinweg, daß, wenn wir im alten Kaiserreich die Sozialdemokratie zur bewußten Verantwortung an dem Staat rechtzeitig herangezogen hätten, man vielleicht die Revolution hätte vermeiden können, denn wenn in damaliger Zeit eine solche Geste vom Kaiser ausgegangen wäre, hätte sie vielleicht mehr gewirkt als in späteren Zeiten, als die Sozialdemokratie schon glaubte, die Gebende und nicht die

---

[96] Die HAPAG (Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft) hatte im Mai 1920 mit dem amerikanischen Harriman-Konzern ein Abkommen über die gemeinsame Bedienung des Fracht- und Passagierdienstes auf verschiedenen überseeischen Linien abgeschlossen, wobei u. a. beschlagnahmte deutsche Schiffe an den amerikanischen Konzern gingen, aber die Hapag per Verrechnung Gebühren vereinnahmte; zu Einzelheiten vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 285 (Morgenausgabe) vom 8. Juni 1920. Einen ähnlichen Vertrag schloß im August 1920 der Norddeutsche Lloyd mit der „United States Mail Steamship Company“.

[97] Gustav von Schmoller (1838–1917), Professor für Nationalökonomie 1882–1917.

[98] Offenbar ist der oben mit Anm. 43 erwähnte Adolph Wagner gemeint.

Nehmende zu sein.

Einstmals hat der Geist des Krieges im Schützengraben kein „Rechts“ und „Links“ gekannt. In anderen Völkern sehe ich immer das eine: daß zunächst **das Nationale als etwas ganz Selbstverständliches** gilt, und daß der Kampf darauf ausgeht, auf welchem Wege man die verschiedenen Ziele am besten erreicht. Und dadurch, daß man auf dieser Basis sich zusammenfindet, haben Sie im Auslande Sozialisten aufsteigen sehen, die – weiß Gott – von einem Denken, das der **„Vorwärts“**[99] „nationalistisch“ nennt, nicht zu unterscheiden sind. Die großen Kämpfe gehen wohl um die sozialen und wirtschaftlichen Fragen, wir sehen die Klassengegensätze und den großen Kampf der Produzenten und Konsumenten, den Kampf der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, aber wir sehen in den großen politischen Fragen eine Einheit der Nation, die sich über die Grenzen der Parteien hinweg einmütig gegen diejenige[n] wendet, die nationale Interessen des Volkes gefährden. Dieses Gefühl, das Nationale als das selbstverständlich Gegebene anzusehen, die nationale Gesinnung niemandem abzusprechen, der strebend sich bemüht, den Weg zu finden, um seinem Volk zu dienen, mögen seine Grundanschauungen auch in einzelnen Fragen aufs schärfste denen anderer Volksgenossen entgegenstehen, ist eine Grundauffassung, die Gemeingut des deutschen Volkes werden muß.

Heute ist das geistige Deutschland nicht mehr die gehobene Schicht. Sie ist, glaube ich, in manchem viel weiter gesunken als der gewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Aber es kann und muß wieder in Deutschland die führende Schicht werden. Das hat nichts zu tun mit „Parteieinstellung“, nur mit der Empfindung, daß, je mehr die große Masse des Volkes ausschlaggebend wird, die Geistigen in der Nation die Führung dieser Masse in die Hand nehmen müssen.

Wenn das Studententum in Negation und Opposition verharrt gegenüber dem Staat, dann gilt ihm gegenüber das Wort: „Wenn nun das Salz dumpf wird, womit soll man salzen?“[100] Einstmals hat der Verein Deutscher Studenten mit seinem Bekenntnis zum sozialen Empfinden[101] einen großen Schritt getan, der, weiter gefördert, uns hätte zu einem Frieden führen können, dessen Abschluß bitter notwendig gewesen

---

[99] Ob sich Stresemann hier auf einen konkreten Artikel des „Vorwärts“, der Parteizeitung der SPD, bezieht, konnte nicht ermittelt werden.

[100] Stresemann zitiert hier aus der Bibel (Matheus 5,13) in Anlehnung an die Übersetzung Martin Luthers.

[101] Der Verein Deutscher Studenten hatte sich die Sozialbotschaft Wilhelms I. von 1881 zu eigen gemacht und 1896 am Kyffhäuser einen „Botschaftsgedenkstein“ errichtet. Vermutlich bezieht sich Stresemann auf diese Vorgänge.

wäre, als wir um das Bestehen als Nation zu ringen hatten. Geben Sie heute der Studentenschaft, Sie, die Sie hier zusammengekommen sind aus den verschiedensten Korporationen und Nichtkorporierten, die Parole der Staatsbejahung! Denn ich sehe in dieser Bejahung auch die Bejahung einer guten Zukunft für Volk und Reich![102]

[102] Die VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 318 (Morgenausgabe) vom 8. Juli 1926, kommentierte im Artikel „Stresemann spricht vor völkischen Studenten. Sein Bekenntnis zur Politik" Stresemanns Rede: „Der Verein deutscher Studenten hat eine doppelte Tradition: als völkisch-antisemitischer Verband und als politische Bildungsorganisation. Ist es ein Anzeichen, daß das zweite Element seiner Tradition in ihm wieder lebendig wird, wenn er Dr. Stresemann zu einem Vortrag über ‚Student und Staat' auffordert und so einem der führenden Vertreter des gegenwärtigen Staates die Gelegenheit zu einer politischen Predigt gibt? Der Außenminister hat jedenfalls die Aufforderung der völkischen Studenten benutzt, um sich vor einem Auditorium, das der Republik gewiß alles andere als freundlich gegenübersteht, ganz eindeutig und klar zur Republik, zum Volksstaat zu bekennen. Er hat darüber hinaus für die Wirksamkeit des in Rechtskreisen am meisten gehaßten preußischen Innenministers Servering eine Lanze gebrochen und die Lauterkeit und Sachlichkeit von Severings Persönlichkeit scharf betont. […]"

Vortrag in Heidelberg vom 19. August 1926[1]

Nach DEUTSCHE STIMMEN 39 (1927), S. 529–541. – Druck auch in NORD UND SÜD 50 (1927), S. 385–397. – Teildruck (mit leichten Kürzungen) in STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 352–362. – Weiterer Teildruck in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 420 (Morgenausgabe) vom 6. September 1927 (Morgenausgabe); BADISCHE PRESSE, Nr. 414 (Abendausgabe) vom 7. September 1927.

Goethes Haltung zu Napoleon und zu Deutschland: Angesichts der Zersplitterung Deutschland und der Unterwürdigkeit Friedrich Wilhelms III. nach Jena und Auerstedt ist Goethes Bewunderung des Kaisers verständlich, die sich auch vor dem Hintergrund seiner Bewunderung für französische Kultur erklärt. Goethe teilte diese Bewunderung für das Genie mit vielen anderen deutschen Schriftstellern. Zudem fühlte sich Goethe von Napoleon anerkannt. Auch wenn Goethe Politik und Poesie nicht vermischen wollte, kritisierte er doch auch die Ungerechtigkeit Frankreichs gegenüber dem weimarischen Herzog.

Die Stellung Goethes[2] zu den Freiheitskriegen gehört zu den Dingen, von denen man in Deutschland im allgemeinen sagte: „von ihnen sprechen, ist Verlegenheit." Vor unserem geistigen Auge ersteht die Zusammenkunft Goethes mit Napoleon[3] in Erfurt, der große Eindruck des Korsen auf Deutschlands Dichter, die in Gegenwart

---

[1] Stresemann hielt wiederholt Vorträge über Goethe und vermutlich mehrfach Vorträge zum Thema „Goethe und die Freiheitskriege" bzw. „Goethe und Napoleon". In WALSDORFF S. 91 werden diese Vorträge zu den beiden letztgenannten Themen ohne genauere Tages- und Monatsangabe auf den Spätsommer 1927 datiert. Tatsächlich ist allerdings nachweisbar, daß Stresemann am 19. August 1926 in Heidelberg einen Vortrag zu „Goethe und die Freiheitskriege" hielt, denn in HEIDELBERGER NEUESTE NACHRICHTEN, 20. August 1926, S. 3, heißt es: „Reichsminister Dr. Stresemann traf gestern vormittag hier ein, um seine schon früher gegebene Zusage zu einem Vortrage über das Thema ‚Goethe und die Freiheitskriege' vor der Goethegesellschaft Heidelberg und einem kleinen Kreis geladener Gäste einzulösen." Möglicherweise ist Walsdorff zu der genannten Datierung gekommen, weil im Spätsommer 1927 eine Veröffentlichung in „Deutsche Stimmen" und „Nord und Süd" unter dem Titel „Goethe und Napoleon" erfolgte, wobei es sich möglicherweise um eine leicht überarbeitete Fassung des Vortrags handelt. Daß jedoch zumindest im Kern der Vortrag von 1926 die Grundlage für die hier herangezogene Veröffentlichung bildete, legt die Teilveröffentlichung in STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 352–362, nahe. – Eine Ausarbeitung, möglicherweise auch ein weiterer undatierter Vortrag, zum Thema „Goethe und Napoleon", die sich mit dem hier wiedergegebenen Vortrag teilweise inhaltlich überschneidet, in Stresemann, Reden und Schriften II, S. 350–367 [2.Aufl.: S. 442–451].

[2] Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832), deutscher Dichter.

[3] Napoleon I. (1769–1821), Kaiser der Franzosen 1804–1814/15. – Zu seiner nachfolgend angesprochenen Begegnung mit Goethe in Erfurt am 2. Oktober 1808 vgl. die beiden Aufzeichnungen Müllers bzw. Talleyrands in: Goethes Gespräche. Hrsg. v. Wolfgang Herwig. Bd. 2. Zürich/Stuttgart 1969, S. 333–338.

des jungen Theodor Koerner[4] ausgesprochenen Worte: „Schüttelt immer an euren Ketten; der Mann ist euch zu groß“, die Karlsbader Gedichte[5], die Ehrenlegion auf der Promenade in den böhmischen Bädern[6], die kleine Napoleon-Büste in seinem sonst schmucklosen Arbeitszimmer in Weimar[7]. Gewiß hatte dieser Goethe auf Veranlassung des Königlichen Berliner Schauspielhauses auch jenes Festspiel geschrieben, das den Sieg über Napoleon feiern sollte. „Des Epimenides Erwachen“[8], so hieß es, ging in griechischem Gewande einher und sprach zu der Hauptstadt Preußens in von vielen unverstandenen Symbolen. Wenn Goethe seine bekannten Worte von der Begeisterung, die keine Heringsware sei, die man einpökeln könne[9], gerade mit Bezug auf das lange Hinzögern der Aufführung seines Festspieles ausgesprochen hatte, so zeigt es sich, daß auch nur von einer Spur von Begeisterung nicht die Rede war. Man kann wohl sagen, daß das Berlin in der damaligen Zeit seinem Festspiel etwa so kritisch gegenüberstand, wie das Breslau des Jahres 1913 dem Festspiel Gerhart Hauptmanns[10].

So hat man sich damit abgefunden, in der landläufigen Darstellung der Stellung Goethes zu den Freiheitskriegen schließlich von dem von Napoleon ergriffenen Goe-

---

[4] Theodor Körner (1791–1813), deutscher Dichter. – Die Worte Goethes in Gegenwart Körners von 1813 sind (leicht abweichend) von Ernst Moritz Arndt überliefert (vgl. ebd., S. 794–795).

[5] Gemeint ist offenbar in erster Linie das Gedicht „Ihro der Kaiserin von Frankreich Majestät“, das Goethe im Juli 1812 in Karlsbad verfaßte und an die dort eintreffende Frau Napoleons, Kaiserin Marie-Louise, richtete; in ihm kam auch seine Verehrung für Napoleon zum Ausdruck (Druck in Johann Wolfgang Goethe. Sämtliche Werke [...]. [Frankfurter Ausgabe.] Bd. 2. Frankfurt a. M. 1988, S. 439–441).

[6] Das Kreuz der Ehrenlegion hatte Napoleon Goethe am 14. Oktober 1808 verliehen. Der österreichische Feldzeugmeister Colloredo hatte sich Ende Oktober 1813 in Weimar gegenüber Goethe mokiert, daß er diesen Orden immer noch trage (vgl. den Brief Wilhelm von Humboldts an seine Frau vom 27. Oktober 1813: Goethes Gespräche. Hrsg. v. Wolfgang Herwig. Bd. 2. Zürich/Stuttgart 1969, S. 843). Ein Beleg für das Tragen des Ordens „in den böhmischen Bädern“ konnte nicht ermittelt werden.

[7] Nach dem anonymen veröffentlichten Bericht „Ein Besuch in Goethe’s Wohnhaus zu Weimar“ (In: Gartenlaube 16 [1856], S. 212–215) befand sich in Goethes Arbeitszimmer „eine kleine Napoleonsbüste aus Milchglas“.

[8] Die anläßlich des Sieges in den Befreiungskriegen geschriebene Festdichtung „Des Epimenides Erwachen“ wurde 1815 uraufgeführt (Text in Goethes Werke. [Hamburger Ausgabe in 14 Bden.] Bd. 5. 9. Aufl. München 1981, S. 366–399).

[9] Stresemann paraphrasiert hier aus Goethes 1815 veröffentlichtem Gedicht „Frisches Ei, gutes Ei“ (Text in Johann Wolfgang Goethe. Sämtliche Werke. [Frankfurter Ausgabe.] Bd. 2. Frankfurt a. M. 1988, S. 423).

[10] Gerhart Hauptmann (1862–1946), deutscher Schriftsteller. – Hauptmanns „Festspiel in deutschen Reimen“, ein Auftragswerk anläßlich der Hundertjahrfeier der Befreiungskriege, das 1913 in Breslau uraufgeführt wurde, wurde auf Drängen des Kronprinzen Wilhelm nach elf von 15 geplanten Aufführungen abgesetzt. Der Text des Festspiels: Gerhart Hauptmann: Festspiel in deutschen Reimen. Zur Erinnerung an den Geist der Freiheitskriege der Jahre achtzehnhundertdreizehn, -vierzehn, -fünfzehn. Aufgeführt bei der Jahrhundertfeier in Breslau 1913, Berlin 1913.

the an den Dichter des „Faust“[11] zu appellieren und zu sagen, daß er dem deutschen Volke durch seine nach dem Niederbruch Preußens entstandene Dichtung das Bewußtsein gab, geistig zu den größten Völkern der Erde zu gehören, und daß er dadurch für den Geist der Freiheitskriege mehr getan habe als andere. Aber gestehen wir uns, daß das doch nur ein sehr hilfloser Ausweg ist, und versuchen wir, den Dingen näher auf den Grund zu gehen:

Sehen wir zunächst das Bild des damaligen Deutschland unverzerrt und in objektivem Lichte? Namentlich in Norddeutschland sehen wir die Dinge doch vielfach im Spiegel der konventionellen preußischen Geschichtsauffassung. Es gab zwei Deutschland: Das eine war das nach dem Frieden von Tilsit[12] zusammengebrochene Preußen, das andere die im Rheinbund vereinigten Fürsten und Staaten[13]. Vor dem Untergang Napoleons in Rußland bestand wohl kaum die Idee von Preußens Sendung im Kampf gegen welsche Unterdrückung. Preußen war unrühmlich untergegangen. Es berührt uns seltsam, wenn wir lesen, daß der König[14] nach der Schlacht von Jena[15] das Berliner Schloß in Ordnung bringen und Napoleon sagen ließ, daß er hoffe, er werde sich in diesen Räumen wohlfühlen. Wie das auf andere Völker wirkte, kann man bei Tolstoi[16] nachlesen, der russische Offiziere die Frage aufwerfen ließ, ob es sich lohne, mit einem Preußen verbunden zu sein, das derartig unterwürfig gegenüber dem Sieger sich zeige. Wir brauchen nur an die Sendung des Prinzen Wil-

---

[11] Mit „Faust“ ist die in ihrem ersten Teil 1808 veröffentlichte Tragödie Johann Wolfgang von Goethes gemeint (Text u. a. in: Goethes Werke. [Hamburger Ausgabe in 14 Bden.] Bd. 3. 11. Aufl. München 1981, S. 9–145).

[12] Der französisch-preußische Friedensvertrag von Tilsit vom 9. Juli 1807 am Ende des Vierten Koalitionskriegs hatte den Charakter eines Diktatfriedens und stufte Preußen zur Mittelmacht zurück. U. a. sah er hohe Kriegskontributionen und eine vorübergehende französische Besatzung in Preußen vor. Text des Vertrags in CONSOLIDATED TREATY SERIES, Bd. 59, S. 255–263.

[13] Der Rheinbund von 1806 war ein (später erweiterter) Staatenbund sechzehn deutscher Fürsten, deren Territorien mit seiner Gründung aus dem Reich ausschieden und der durch die Rheinbundakte als Militärallianz mit dem napoleonischen Frankreich verbunden war; bei den weiteren Feldzügen Napoleons stellten die Rheinbundstaaten militärische Kontingente zur Verfügung (Text der Rheinbundakte vom 12. Juli 1806 ebd., Bd. 58, S. 459–492).

[14] Friedrich Wilhelm III. (1770–1840), König von Preußen 1797–1840. – Er war nach der preußischen Niederlage von Jena und Auerstedt nach Memel geflohen, während Napoleon am 27. Oktober 1806 mit seinen Truppen in Berlin einzog und Unterkunft im Stadtschloß nahm. – Der nachfolgend angesprochene Brief Friedrich Wilhelms III. an Napoleon vom 7. November 1806 ist gedruckt in: Eduard v. Höpfner: Der Krieg von 1806 und 1807. [...] T. 1, Bd. 2. Berlin 1850, S. 389–390.

[15] Gemeint ist die Doppelschlacht von Jena und Auerstedt vom 14. Oktober 1806, die mit einer verheerenden Niederlage der preußischen Truppen gegen die französischen Truppen Napoleons endete.

[16] Lev Nikolaevič Tolstoj (1828–1910), russischer Schriftsteller. – Auf welche Stelle bei Tolstoj Stresemann sich bezieht, konnte nicht sicher ermittelt werden. In seinem berühmtesten Roman, Krieg und Frieden, läßt Tolstoj den russischen Diplomaten Bilibin sich eher verächtlich über die preußischen Generäle äußern (Leo N. Tolstoi: Krieg und Frieden. Darmstadt 1966, S. 500). Möglicherweise bezieht sich Stresemann darauf.

helm von Preußen[17] nach Paris zu erinnern, um uns vor Augen zu führen, daß die preußische Politik nach dem Frieden von Tilsit ein Bündnis mit Napoleon suchte, das von Napoleon mit der Begründung abgewiesen wurde, daß Preußens Mittel zu schwach seien, um als bündnisfähiger Staat gegenüber Frankreich zu erscheinen. Daß in den Staatsmännern, die Preußen regierten und deren größter[18] nicht aus Preußen kam, der Gedanke lebendig war, die Fesseln so bald als möglich abzuschütteln und den Freiheitskampf an der Seite Oesterreichs oder Rußlands zu beginnen, war nur wenigen bekannt, und zudem ist sehr zu bezweifeln, ob bei denjenigen Staaten, die durch den Reichsdeputationshauptschluß[19] oder durch die späteren Kriege Napoleons größer geworden waren, der Begriff eines Freiheitssehnens überhaupt existierte, zumal Napoleon sich bemühte, als der Bringer innerer Freiheit zu erscheinen, und damit diejenige psychologische Politik in Deutschland begann, die bekanntlich Bismarck[20] so oft in seinen Dienst gestellt hatte, wenn es sich um große Entscheidungen in Europa handelte. Demgegenüber begann doch Preußen erst zu erwachen und einer neuen Entwicklung Raum zu schaffen.

So standen zwei Deutschland sich gegenüber. Der deutsche Begriff als solcher existierte kaum: „Zur Nation Euch zu bilden, Ihr sucht es, o Deutsche, vergebens.“[21]

Weimar selbst stand nach dem Tilsiter Frieden auf Seiten Napoleons, und außer dem jungen Herzog[22], der wohl seinen eigenen Weg ging, sich darin auch von Goethe nicht beeinflussen ließ und sich innerlich zu Preußen hingezogen fühlte, war das Ländchen in Thüringen selbst rheinbündisch eingesponnen. Man denke an den Besuch Napoleons in Weimar im Anschluß an den Erfurter Kongreß[23]. Man denke an

---

[17] Prinz Wilhelm von Preußen (1783–1851), jüngerer Bruder Friedrich Wilhelms III. Er führte von Januar bis September 1808 Verhandlungen mit Napoleon in Paris. Seine Instruktion vom 5. November 1807 ist veröffentlicht in Paul Hassel: Geschichte der Preußischen Politik. 1807 bis 1815. Bd. 1. 1807, 1808. Leipzig 1881 (Publikationen aus den K. Preußischen Staatsarchiven, 6), S. 423–429.

[18] Gemeint ist wohl Karl Freiherr vom und zum Stein (1757–1831), preußischer Politiker und Reformer; Finanz- und Wirtschaftsminister 1804–1807, Staatsminister 1807–1808.

[19] Durch den Reichsdeputationshauptschluß, ein Reichsgesetz von 1803, wurden die infolge der vorherigen linksrheinischen Eroberungen Frankreichs geschädigten weltlichen Fürsten dadurch entschädigt, daß zu ihren Gunsten kirchlicher Besitz säkularisiert und kleinere Herrschaften mediatisiert wurden.

[20] Otto [seit 1871 Fürst] von Bismarck (1815–1898), Reichskanzler 1871–1890.

[21] Stresemann zitiert hier eine der im Briefwechsel zwischen Goethe und Schiller entstandenen epigrammatischen „Xenien“ Schillers (Text in: Schillers Werke. Nationalausgabe. Bd. 1. Weimar 1943, S. 309–360; das Zitat: 321).

[22] Carl August (1757–1828), Herzog, seit 1815 Großherzog von Sachsen-Weimar-Eisenach (anfangs unter Regentschaft) 1757–1828.

[23] Auf dem Erfurter Kongreß (oder Erfurter Fürstenkongreß) vom 27. September bis 14. Oktober 1808, der zahlreiche Fürsten, u. a. diejenigen der Rheinbundstaaten, zusammenführte, traf Napoleon auch mit Zar Alexander zusammen. Am Rande des Kongresses kam es zum Zusammentreffen mit

die unerhörten Huldigungen, die dem Kaiser der Franzosen in Erfurt selbst zuteil wurden. Die Auffassung, daß damals die deutsche Seele unter der Herrschaft Napoleons knirschte und sich nach Freiheit sehnte und im Augenblick der Freiheitskriege aufgeflammt wäre wie ein Pulverfaß, hält geschichtlicher Forschung nicht stand. In den ersten Kämpfen, die Preußen führte und in denen sich zeigte, wie ganz anders die Armee sich schlug als in dem unglückseligen ersten Kriege[24], standen ja nicht Deutsche gegen Franzosen, sondern Preußen gegen andere Deutsche. Und wie so oft in den Zeiten der Geschichte wurde deutsches Blut auf deutschem Boden zum Teil im Dienste fremder Interessen vergossen. Aber auch die preußische Bewegung ging unter dem Blitz und Donner innerer Kämpfe und persönlichen Hasses und Mißtrauens vor sich. Man denke nur an die Art und Weise, wie in Wirklichkeit die Huldigung der Stände in Königsberg[25] zustande gekommen ist, an die Schwierigkeiten, die Stein gemacht wurden, und an das Gegeneinander der Fürsten später, das schlimmer war, als man es in solchen schweren Zeiten überhaupt für möglich hält.

Goethe hat das **Fehlen der deutschen Einheit** schwer empfunden. **Er sah sie kommen.**

„Mir ist nicht bange, daß Deutschland nicht eins werde; unsere guten Chausseen und künftigen Eisenbahnen werden schon das ihrige tun. Vor allem aber sei es eins in Liebe untereinander! Es sei eins, daß der deutsche Taler und Groschen im ganzen Reich gleichen Wert habe; eins, daß mein Reisekoffer durch alle 36 Staaten ungeöffnet passieren könne. Es sei eins, daß der städtische Reisepaß eines Weimarischen Bürgers von dem Grenzbeamten eines großen Nachbarstaates nicht für unzulänglicher gehalten werde, als der Paß eines Ausländers. Es sei von Inland und Ausland unter deutschen Staaten überall keine Rede mehr. Deutschland sei ferner eins in Maß und Gewicht, in Handel und Wandel und hundert ähnlichen Dingen, die ich nicht alle nennen mag und kann.

Wenn man aber bedenkt, die Einheit Deutschlands bestehe darin, daß das sehr große Reich eine einzige große Residenz habe, und daß diese eine große Residenz wie zum Wohl der Entwicklung einzelner großer Talente, so auch zum Wohl der gro-

---

Goethe (vgl. oben mit Anm. 3) sowie zu einem Aufenthalt Napoleons, dem Besuch einer Theateraufführung und eines Hofballs in Weimar.

[24] Gemeint sind mit den „ersten Kämpfen“ offenbar die Anfänge der „Befreiungskriege“ seit 1813 im Vergleich zum vorangegangen Krieg mit der Niederlage von Jena und Auerstedt im Rahmen der 4. Koalition oder zum 1. Koalitionskrieg 1792–1795.

[25] Ob sich Stresemann hier auf die Huldigung der ostpreußischen Stände vom Sommer 1798 (nach der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms III.) bezieht, in deren Vorfeld es strittige Verhandlungen gegeben hatte, ist unklar.

ßen Masse des Volkes gereiche, so ist man im Irrtum.“[26]

Was er damals sagte über die Idee einer vorausgeschauten deutschen Zolleinheit mutet an, als wenn diese Worte nicht von Deutschlands Dichter, sondern von Friedrich List[27] geschrieben wären. Gewiß erscheint es uns heute selbstverständlich, daß der Koffer eines Deutschen ohne Zollschwierigkeiten durch Deutschland kommt. Aber für die damalige Zeit mit ihren mehr als dreißig selbständigen Staaten klangen die Worte Goethes so visionär, als wenn heute jemand von der Zolleinheit Europas als einer kommenden Tatsache sprechen wollte. Daß dieses einige Deutschland nicht bestand, schmerzte ihn tief. Im Jahre 1830 stößt er die Klage aus: „Wo ist Deutschland?“[28]

„Wir haben keine Stadt, ja, wir haben nicht einmal ein Land, von dem wir entschieden sagen könnten, hier ist Deutschland! Fragen wir in Wien, so heißt es: hier ist Oesterreich! und fragen wir in Berlin, so heißt es: hier ist Preußen! Blos vor sechzehn Jahren, als wir endlich die Franzosen los sein wollten, war Deutschland überall. Hier hätte ein politischer Dichter allgemein wirken können; allein es bedurfte seiner nicht. Die allgemeine Not und das allgemeine Gefühl der Schmach hatte die Nation als etwas Dämonisches ergriffen; das begeisternde Feuer, das der Dichter hätte entzünden können, brannte bereits überall von selber. Doch will ich nicht leugnen, daß Arndt[29], Körner und Rückert[30] einiges gewirkt haben.“[31]

Auf den Vorwurf, daß er nicht auch die Waffen ergriffen oder wenigstens als Dichter eingewirkt habe:

„Wie hätte ich die Waffen ergreifen können ohne Haß und wie hätte ich hassen können ohne Jugend! Hätte jenes Ereignis mich als einen Zwanzigjährigen getroffen, so wäre ich sicher nicht der letzte geblieben; allein es fand mich als einen, der bereits über die ersten sechzig hinaus war.

Auch können wir dem Vaterlande nicht alle auf gleiche Weise dienen, sondern je-

---

[26] Die Worte Goethes (die Stresemann hier mit einer Auslassung zitiert: „und immer sei es eins gegen den auswärtigen Feind“) sind von seinem Gesprächspartner Eckermann für den 23. Oktober 1828 überliefert (Druck in Johann Wolfgang Goethe. Sämtliche Werke. Münchner Ausgabe. Bd. 19. München 1986, S. 632–633).

[27] Friedrich List (1789–1846), Wirtschaftstheoretiker und Unternehmer. Er war ein Vorkämpfer für den 1833/34 gegründeten Deutschen Zollverein.

[28] Vermutlich ist dies eine Formulierung Stresemanns (und nicht ein Zitat Goethes), die das folgende Zitat motivieren soll.

[29] Ernst Moritz Arndt (1769–1860), deutscher Schriftsteller und Politiker.

[30] Friedrich Rückert (1788–1866), deutscher Dichter.

[31] Goethe äußerte sich entsprechend im Gespräch mit Eckermann am 14. März 1830 (zum Druckort vgl. oben Anm. 26; das Zitat: S. 658).

der tut sein Bestes, je nachdem Gott es ihm gegeben. Ich habe es mir ein halbes Jahrhundert lang sauer genug werden lassen. Ich kann sagen, ich habe in den Dingen, die die Natur mir zum Tagewerk bestimmt, mir Tag und Nacht keine Ruhe gelassen und mit keine Erholung gegönnt, sondern immer gestrebt, geforscht und getan so gut und so viel ich konnte. Wenn jeder von sich dasselbe sagen kann, so wird es um alles gut stehen.

Es versteckt sich hinter jenem Gerede mehr böser Wille gegen mich, als Sie wissen. Ich fühle darin eine neue Form des alten Hasses, mit dem man mich seit Jahren verfolgt und mit im stillen beizukommen sucht. Ich weiß recht gut, ich bin vielen ein Dorn im Auge, sie wären mich alle sehr gerne los; und da man nun an meinem Talent nicht rühren kann, so will man meinen Charakter. Bald soll ich stolz sein, bald egoistisch, bald voller Neid gegen junge Talente, bald in Sinnenlust versunken, bald ohne Christentum, und nun endlich gar ohne Liebe zu meinem Vaterlande und meinen lieben Deutschen. – Sie kennen mich nun seit Jahren hinlänglich und fühlen, was an alle dem Gerede ist. Wollen Sie aber wissen, was ich gelitten habe, so lesen Sie meine Xenien[32], und es wird Ihnen aus meinen Gegenwirkungen klar werden, somit man mir abwechselnd das Leben zu verbittern sucht.“[33]

„Haben wir ein deutsches Nationalgefühl, das einen Dichter emportragen könnte“[34], so fragt er und verneint diese Frage.

„Bei uns Deutschen stehen die Lieder von Bürger[35] und Voß[36] in den Bibliotheken. Von meinen eigenen Liedern, was lebt denn? Es wird wohl eines und das andere einmal von einem hübschen Mädchen am Klaviere gesungen, allein im eigentlichen Volke ist alles stille. Mit welchen Empfindungen muß ich der Zeit gedenken, wo italienische Fischer mir Stellen des ‚Tasso‘[37] sangen!“[38]

Demgegenüber steht vor seinem Auge Frankreich und England. Vor allem Frankreich. Faszinierend wirkt Paris auf ihn ein. Er sieht eine Nation und sieht einen gro-

---

[32] Zu den „Xenien“ vgl. oben Anm. 21.

[33] Es handelt sich bei dem Zitat um die (leicht veränderte) Wiedergabe der Fortsetzung des Gesprächs mit Eckermann vom 14. März 1830 (vgl. oben mit Anm. 31).

[34] Ein wörtliches Zitat Goethes mit diesem Wortlaut konnte nicht ermittelt werden; vermutlich zitiert Stresemann der Sache nach, um die folgende Passage einzuleiten.

[35] Gottfried August Bürger (1747–1794), deutscher Dichter.

[36] Johann Heinrich Voß (1751–1826), deutscher Dichter und Übersetzer.

[37] „Torquato Tasso“ ist ein von Goethe 1790 veröffentlichtes und 1807 uraufgeführtes Schauspiel. Text in Goethes Werke. (Hamburger Ausgabe in 14 Bden.) Bd. 5. 9. Aufl. München 1981, S. 73–167.

[38] Dieses sowie die beiden folgenden Zitate sind von Goethes Gesprächspartner Eckermann für den 3. Mai 1827 überliefert (zum Druckort vgl. oben Anm. 26 die Zitate: S. 567–568 u. 566).

ßen geistigen Wirkungskreis, der die Dichter emporträgt und sie davor bewahrt, sich selbst emportragen zu müssen zu einer Höhe, die der Einzelmensch erklimmen kann, wenn er sich die Idee eines Volkes vor Augen führt, während dort die Tatsache der großen Nation auch den kleinen Geist erhöht.

„Béranger[39]“, so sagt Goethe, „ist der Sohn armer Eltern, der Abkömmling eines armen Schneiders, dann armer Buchdruckerlehrling, dann mit kleinem Gehalt angestellt in irgend einem Büro, er hat nie gelehrte Schule, nie eine Universität besucht, und doch sind seine Lieder so voll reifer Bildung, so voll Grazie, so voll Geist und feinster Ironie und von einer solchen Kunstvollendung und meisterhaften Behandlung der Sprache, daß er nicht bloß die Verwunderung von Frankreich, sondern von dem ganzen gebildeten Europa ist.

Denken sie sich aber diesen selben Béranger, anstatt in Paris geboren, als Sohn eines armen Schneiders zu Jena oder Weimar, und lassen Sie ihn seine Laufbahn an gedachten kleinen Orten gleich kümmerlich fortsetzen, und fragen Sie sich, welche Früchte dieser selbe Baum, in einem solchen Boden und in einer solchen Atmosphäre aufgewachsen, wohl würde getragen haben.

Also mein Guter, ich wiederhole: es kommt darauf an, daß in einer Nation viel Geist und tüchtige Bildung im Kurs sei, wenn ein Talent sich schnell und freudig entwickeln soll.“

Noch einmal bricht an anderer Stelle derselbe Gedanke durch:

„Denken Sie sich eine Stadt wie Paris, wo die vorzüglichsten Köpfe eines großen Reiches auf einem einzigen Fleck beisammen sind und in täglichem Verkehr, Kampf und Wetteifer sich gegenseitig belehren und steigern, wo das Beste aus allen Reichen der Natur und Kunst des ganzen Erdbodens der täglichen Anschauung offen steht; diese Weltstadt denken Sie sich, wo sich jeder Gang über eine Brücke oder einen Platz an eine große Vergangenheit erinnert, und wo an jeder Straßenecke ein Stück Geschichte sich entwickelt hat. Und zu diesem allen denken Sie sich nicht das Paris einer dumpfen geistlosen Zeit, sondern das Paris des neunzehnten Jahrhunderts, in welchem seit drei Menschenaltern durch Männer wie Molière[40], Voltaire[41], Diderot[42] und ihresgleichen eine solche Fülle von Geist in Kurs gesetzt ist, wie sie sich auf der ganzen Erde auf einem einzigen Fleck nicht noch einmal findet, und Sie

[39] Pierre-Jean de Béranger (1770–1857), französischer Lyriker und Liederdichter.

[40] Molière (1622–1683), französischer Schauspieler und Dichter.

[41] Voltaire (1694–1778), französischer Schriftsteller und Philosoph.

[42] Denis Diderot (1713–1784), französischer Schriftsteller und Philosoph.

werden begreifen, daß ein guter Kopf wie Ampère[43], in solcher Fülle aufgewachsen, in seinem vierundzwanzigsten Jahre etwas sein kann."

Sind diese Ausbrüche etwa ein Nachklang der Erfurter Unterredung[44], jener Unterredung, in der Napoleon Goethe aufforderte, nach Paris zu kommen und dort das seiner würdige Werk von „Caesars Tod" zu schreiben, jenes Werk, in dem allerdings nicht Brutus[45], sondern Caesar[46] der Held sein müßte? Wie Goethe innerlich dachte, zeigt die eine Tatsache, daß er trotz der verschwenderischen Lockungen des damaligen Imperators der Welt das städtische Dorf Weimar nicht verlassen hat und den großen Zustrom seiner Seele empfangen hat aus der dörflichen Enge und der Kleinheit jenes deutschen Ortes, der ihm mehr gab als ihm die Lichtstadt, die damals deutsche Großstädte weit überstrahlte, jemals zu geben vermocht hätte.

Was für die Zeit galt, in der Napoleons Name Europa überstrahlte, galt auch weiter nach seinem Untergang. Napoleons Stern erlosch, aber die deutsche Nation blieb ohne Einheit und Größe. Welch seltsame Harmonie umschlingt die beiden Aussprüche Schillers[47] und Goethes: Der eine mit seinem Zweifel an die Fähigkeit der Deutschen, sich zur Nation zu bilden[48], und Goethe „Ich habe oft einen bitteren Schmerz empfunden bei dem Gedanken an das deutsche Volk, das so achtbar im einzelnen und so miserabel im ganzen ist."[49] Sein bedeutsamstes Glaubensbekenntnis erfolgt gegenüber Luden[50]:

„Glauben Sie ja nicht, daß ich gleichgültig wäre gegen die großen Ideen Freiheit, Volk, Vaterland. Nein, diese Ideen sind in uns; sie sind ein Teil unseres Wesens, und niemand vermag sie von sich zu werfen. Auch liegt mir Deutschland warm am Herzen. Eine Vergleichung des deutschen Volkes mit anderen Völkern erregt uns peinliche Gefühle, über welche ich auf jegliche Weise hinwegzukommen suche, und in der Wissenschaft und in der Kunst habe ich die Schwingen gefunden, durch welche man sich darüber hinwegzuheben vermag: denn **Wissenschaft und Kunst gehören der Welt an, und vor ihnen verschwinden die Schranken der Nationalität; aber der**

---

[43] Jean-Jacques Ampère (1800–1864), französischer Historiker und Schriftsteller.

[44] Vgl. oben mit Anm. 3.

[45] Marcus Iunius Brutus Caepio (85 – 42 v. Chr.), römischer Politiker; einer der Mörder Cäsars.

[46] Gaius Iulius Caesar (100 – 44 v. Chr.), römischer Staatsmann und Feldherr.

[47] Friedrich Schiller (1759–1805), deutscher Dichter.

[48] Vgl. oben mit Anm. 21.

[49] Dieses und das folgende Zitat sind von Goethes Gesprächspartner Heinrich Luden für den November 1813 überliefert (Johann Wolfgang Goethe. Sämtliche Werke. [Frankfurter Ausgabe.] Bd. 34. Frankfurt a. M. 1994, S. 288–289).

[50] Heinrich Luden (1778–1847), deutscher Historiker.

Trost, den sie gewähren, ist doch nur ein leidiger Trost und ersetzt das stolze Bewußtsein nicht, einem großen, starken, geachteten und gefürchteten Volke anzugehören. In derselben Weise tröstet auch nur der Gedanke an Deutschlands Zukunft. Ich halte ihn so fest als Sie, diesen Glauben. Ja, das deutsche Volk verspricht eine Zukunft, hat eine Zukunft. Das Schicksal der Deutschen ist, mit Napoleon zu reden, noch nicht erfüllt. Hätten Sie keine andere Aufgabe zu erfüllen gehabt als das Römische Reich zu zerbrechen und eine neue Welt zu schaffen und sie zu ordnen, sie würden längst zugrunde gegangen sein. Da sie aber fortbestanden sind und in solcher Kraft und Tüchtigkeit, so müssen sie nach meinem Glauben noch eine große Zukunft haben, eine Bestimmung, welche um soviel größer sein wird, denn jenes gewaltige Werk der Zerstörung des Römischen Reiches und der Gestaltung des Mittelalters, als ihre Bildung jetzt höher steht. Aber die Zeit, die Gelegenheit, vermag ein menschliches Auge nicht vorauszusehen und menschliche Kraft nicht zu beschleunigen oder herbeizuführen. Uns einzelnen bleibt inzwischen nur übrig, einem jeden nach seinen Talenten, seiner Neigung und seiner Stellung, die Bildung des Volkes zu mehren, zu stärken und durch dasselbe zu verbreiten nach allen Seiten, und wie nach unten, so auch, und vorzugsweise nach oben, damit es nicht zurückbleibe hinter den anderen Völkern, sondern wenigstens hierin voraufstehe, damit der Geist nicht verkümmere, sondern frisch und heiter bleibe, damit es nicht verzage, nicht kleinmütig werde, sondern fähig bleibe zu jeglicher großen Tat, wenn der Tag des Ruhmes anbricht. – Aber wir haben es jetzt nicht mit der Zukunft zu tun, nicht mit unseren Wünschen, unseren Hoffnungen, unserem Glauben, und auch nicht mit den Schicksalen, die uns und unserem Vaterlande bevorstehen mögen, sondern wir sprechen von der Gegenwart, von den Verhältnissen, unter welchen Sie Ihre Zeitschrift[51] beginnen wollen. Nun sagen Sie zwar, die Entscheidung ist gefallen. Freilich. Aber die Entscheidung ist doch im besten Falle erst der Anfang vom Ende. Noch zwei Fälle sind möglich: Entweder der Gewaltige besiegt seine Feinde allesamt noch einmal, oder er wird von ihnen besiegt. Ein Abkommen halte ich kaum für möglich, und wüßte man, es auch zustande zu bringen, so würde es nicht helfen: wir wären auf der alten Stelle. Setzen wir nun den ersten Fall: Napoleon besiegt seine Feinde; – unmöglich! sagen Sie? So sicher sind wir nicht. Indes halte ich es selbst nicht für wahrscheinlich. Wir wollen also den Fall fallen lassen und ihn für unmöglich erklären.

[51] Luden war später Herausgeber bzw. Redakteur verschiedener Zeitschriften, so etwa 1814–1818 der anfangs antinapoleonischen „Nemesis. Zeitschrift für Politik und Geschichte“.

Es bliebe mithin nur der Fall übrig, daß Napoleon besiegt würde, gänzlich besiegt. Nun? und was soll nun werden? Sie sprachen von dem Erwachen, von der Erhebung des deutschen Volkes und meinen, dieses Volk werde sich nicht wieder entreißen lassen, was es errungen und mit Gut und Blut teuer erkauft hat, nämlich die Freiheit. **Ist denn wirklich das Volk erwacht? Weiß es, was es will?** Haben Sie das prächtige Wort vergessen, was der ehrliche Philister in Jena[52] seinem Nachbar in seiner Freude zurief, als er seine Stuben gescheuert sah und nach dem Abzuge der Franzosen die Russen bequemlich empfangen konnte? Der Schlaf ist zu tief gewesen, als daß auch die stärkste Rüttelung so schnell zur Besinnung zurückführen vermöchte. **Und ist denn jede Bewegung eine Erhebung? Erhebt sich, wer gewaltsam aufgestöbert wird?** Wir sprechen nicht von den Tausenden gebildeter Jünglinge und Männer, wir sprechen von der Menge, den Millionen. Und was ist denn errungen oder gewonnen worden? Sie sagen: die Freiheit; vielleicht würden wir es aber Befreiung nennen, nämlich Befreiung nicht vom Joche der Fremden, sondern von einem fremden Joche. Es ist wahr: Franzosen sehe ich nicht mehr und nicht mehr Italiener, dafür sehe ich Kosaken, Baschkiren, Kroaten, Magyaren, Kassuben, Samländer, braune und andere Husaren. Wir haben uns seit einer langen Zeit gewöhnt, unseren Blick nur nach Westen zu richten und alle Gefahr nur von dorther zu erwarten, aber die Erde dehnt sich auch noch weithin nach Morgen aus. Selbst wenn wir all das Volk vor unseren Augen sehen, fällt uns keine Besorgnis ein, und schöne Frauen haben Roß und Mann umarmt.“

Zwei Gedankengänge kommen in diesen Sätzen immer wieder zum Ausdruck: Einmal die Hinneigung zu Napoleon als dem Sinnbild der Größe und der Gewalt und weiter die Option für die westliche Kultur. Der Eindruck, den damals die französische kulturelle Entwicklung auf ihn machte und ihn einem an der Seite Rußlands erfochtenen Sieg skeptisch gegenüberstehen ließ, ist genügend bekannt. Es erübrigt sich, es hier im einzelnen zu belegen. Nur die Frage entsteht: „War solche Gesinnung Frevel angesichts des Kampfes gegen Frankreich?“

Wenn hierin eine Diskrepanz des Denkens und Empfindens entstehen sollte, dann war doch wohl die größere Diskrepanz zwischen dem Sieger von Roßbach und dem-

[52] Auf welche Aussage Goethe sich hier bezieht, wenn er einen „Philister“ (für Goethe ein Schimpfwort für einen konformistischen Menschen) offenbar den Abzug der französischen und das Einrücken der russischen Truppen in Jena im Jahr 1813 kommentieren läßt, konnte nicht ermittelt werden.

selben Preußenkönig[53], der aufging in der Anerkennung französischen geistigen Schaffens. Bei Goethe löst ein Wort die Spannung über seine Stellung. Über die Zeit Friedrichs des Großen schreibt er in Dichtung und Wahrheit[54]: „Ich war fritzisch gesinnt, denn was ging mich Preußen an?“ Diese rein individuelle Einstellung kennzeichnet auch sein Verhalten in dieser Zeit: „Ich war napoleonisch gesinnt, denn was ging mich Frankreich an.“[55]

Die Einwirkung der Persönlichkeit Napoleons auf Goethe kann gar nicht stark genug angesehen werden. Aber auch darin lag keine Anomalie zu dem allgemeinen deutschen Empfinden. Wer, der irgendwie dichterische Glut und Phantasie in seinem Leben empfunden hat, kann sich der Einwirkung dieser Persönlichkeit entziehen! Der preußische Patriot Heinrich von Kleist[56] schreibt einen „Katechismus der Deutschen“, und was er schreibt, ist der Schrei nach Napoleons Vernichtung. Aber in der „Unterredung eines deutschen Vaters mit einem deutschen Knaben“[57] gibt er auf die Frage: „Dürfen wir ihn bewundern“ die Antwort: „Ja, wenn er vernichtet ist.“ Selbst dieser Kleist wäre also eines Epilogs auf Napoleon nach Leipzig und Belle-Alliance[58] fähig gewesen. Und ob wir blättern bei Platen[59], bei Immermann[60], bei Grabbe[61], Heine[62], Conrad Ferdinand Meyer[63] oder den Großen unserer Tage – immer wieder finden wir die Wirkung seiner Persönlichkeit, seines Namens, seines Lebens auf die Naturen, die das Visionäre in der Entwicklung der Völker und Menschen schauen.

Zu Goethes Zeiten wurden in einem Jahre 150 Bücher veröffentlicht, die Napoleon gewidmet waren. Davon waren neunzig deutscher und nur fünfzig französischer Her-

---

[53] Gemeint ist Friedrich II., der Große (1712–1786), König in bzw. von Preußen 1740–1786. – Er besiegte mit seinen Truppen 1757 in der Schlacht von Roßbach im Siebenjährigen Krieg die französische und die Reichsexekutionsarmee.

[54] „Aus meinem Leben. Dichtung und Wahrheit“ ist die 1808–1831 verfaßte Autobiographie Goethes über die Jahre 1749–1775. Text in Goethes Werke. [Hamburger Ausgabe in 14 Bden.] Bd. 9. 9. Aufl. München 1981, S. 7–598; das folgende, leicht abgewandelte Zitat: S. 47).

[55] Ein entsprechendes Zitat für Goethe konnte nicht ermittelt werden. Vermutlich faßt Stresemann hier in Analogie zu dem vorherigen Zitat die Haltung Goethes mit eigenen Worten zusammen.

[56] Heinrich von Kleist (1777–1811), deutscher Dichter.

[57] Stresemann bezieht sich auf Kleists 1809 verfaßten und zeitgenössisch nicht veröffentlichten patriotisch-propagandistischen „Katechismus der Deutschen“ in Form eines Gesprächs zwischen einem Vater und seinem Sohn (Text in: Heinrich von Kleist: Sämtliche Werke. Bd. II,9. Frankfurt a. M./Basel 2007, S. 130–154; das folgende, leicht abgewandelte Zitat: S. 145).

[58] Gemeint sind die Völkerschlacht bei Leipzig vom Oktober 1813 und die Schlacht bei Waterloo (oder Belle-Alliance, wie sie alternativ genannt wurde) vom Juni 1815.

[59] August Graf von Platen (1796–1835), deutscher Dichter.

[60] Karl Immermann (1796–1840), deutscher Schriftsteller.

[61] Christian Dietrich Grabbe (1801–1836), deutscher Dramatiker.

[62] Heinrich Heine (1797–1856), deutscher Schriftsteller.

[63] Conrad Ferdinand Meyer (1825–1898), schweizerischer Dichter.

kunft. Nie war die Phantasie der Menschen so durch eine Persönlichkeit angeregt worden, wie der Menschen des damaligen Zeitalters durch Napoleon, und diese Anziehungskraft seiner Persönlichkeit hielt weit über seinen Tod hinaus an. In der faszinierenden Art, die ihm eigen war, hat Heinrich Heine dem Ausdruck verliehen, wenn er von dem Eindruck sprach, den das Vorbeiführen der Leiche Napoleons machte, als Englands geniale Staatskunst nach der Vernichtung Napoleons die große Geste machte, seinen Leichnam der französischen Nation zurückzugeben[64]:

„Die Menschen schauten so geisterhaft
In alter Erinnrung verloren,
Der imperiale Märchentraum
War wieder heraufbeschworen.
Ich weinte an jenem Tag – mir sind
Die Tränen ins Auge gekommen,
Als sie den verschollenen Liebesruf,
Das ‚Vive l'empereur' vernommen."

Vor Goethes geistiges Auge war Napoleon lange vor der persönlichen Zusammenkunft in Erfurt getreten. Ihm stand er vor Augen vor allem als der Bändiger der französischen Revolution. Wollen wir uns diesen Eindruck vergegenwärtigen, so müßten wir uns vorstellen, daß heute jemand in Rußland auferstände, der den Bolschewismus beseitigte, die Ordnung wiederherstellte, durch glänzende Siege Rußlands Waffenruhm erneuerte und plötzlich das Rußland von heute in wenigen Jahren zur beherrschenden Macht in Europa machte. Dazu kommt, daß jene Zeit, die weniger reich war an Sensationen als die heutige, den Eindruck des Geschehnisses auch mehr auf sich wirken ließ. Man denke an die Worte, mit denen der junge Goethe von der Erschütterung sprach, die die Kunde von dem Erdbeben in Lissabon auf ihn gemacht hatte[65], und man denkt daran, wie viel schneller der Eindruck verloren ging, den etwa das Erdbeben in Japan[66] auf die Menschen von heute machte. Mit staunender Ehrfurcht und mit folgendem Grauen hatte diese Gegenwart die französische

[64] 1840 erlaubte Großbritannien die Überführung des zunächst auf St. Helena begrabenen Leichnams Napoleons nach Paris. Heine verarbeitete dies (mit dem folgenden Zitat) in seinem 1844 verfaßten satirischen Gedicht „Deutschland. Ein Wintermährchen" (Text in: Heinrich Heine. Säkularausgabe. Bd. 2. Berlin/Paris 1979, S. 297–356; das folgende Zitat: S. 315).

[65] Auf das Erdbeben von Lissabon von 1755 ging Goethe in „Aus meinem Leben" ein (zum Druckort vgl. oben Anm. 54; die betreffende Passage: S. 29–31).

[66] In Japan waren am 1. September 1923 einem Erdbeben in der Gegend von Tokio und Yokohama über hunderttausend Menschen zum Opfer gefallen (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 398–399).

Revolution in ihren Ereignissen an sich vorüberziehen sehen. Von Mirabeau[67] bis Marat[68], vom konstitutionellen Liberalismus bis zum wildesten Jakobinertum. Dann „ER“. An die Stelle der Assignaten[69] tritt die solide Währung. An die Stelle der Anarchie tritt nicht nur die Ordnung, sondern das Frankreich der Siege und der Größe. Sollte man nicht annehmen, daß eine solche Persönlichkeit auch auf die führenden geistigen Männer des heutigen Deutschland in anziehendem Maße wirkte?

Man muß sich vor Augen führen, daß Goethe in seinem staatlichen Denken konservativer Natur war. Er fragte nicht viel nach dem Rechte, aus dem die Regierung stammte: „Welches Recht wir zum Regiment haben, darnach fragen wir nicht; wir regieren.“[70] Aber er verlangte, daß gut regiert würde. Er trat nicht einfach für das Bestehende ein, sondern verlangte die Fortentwicklung. Er verlangte ebenso das Kämpfen für einen Posten, an den man gestellt war. Er tadelte nicht die Revolution, weil sie sich gegen das Bestehende wandte, sondern das Bestehende, wenn es nicht verstand, durch Autorität sich selbst zu behaupten.

„Warum denn wie mit einem Besen
Wird so ein König hinausgekehrt?
Wären es Könige gewesen,
Sie ständen alle noch unversehrt.“[71]

Napoleon wirkte aber nicht nur als Staatsmann, sondern auch als geistige Persönlichkeit. Seine Gespräche sind eminent anregend. Der Geschichtsforscher und der Geschichtsschreiber sind in ihm vereinigt. Der „Code Napoleon“[72] zeugt von seinem Geiste, seine Briefe an seinen Bruder[73] atmen tiefe Psychologie. Sein Gespräch mit

---

[67] Honoré Gabriel de Riqueti, Marquis de Mirabeau (1749–1791), französischer Politiker; Präsident des Jakobinerklubs 1790.

[68] Jean Paul Marat (1743–1793), französischer Politiker; Vorsitzender der Jakobiner 1793.

[69] Assignaten waren die ursprünglich als Anleihekupons auf die eingezogenen Kirchengüter 1789 ausgegebenen Scheine, die bald wie Geldscheine behandelt wurden, aber in der Folgezeit einer starken Inflation unterlagen und praktisch wertlos wurden; 1796/97 (und somit nicht erst unter Napoleon) wurden sie schrittweise von der neuen Franc-Münzwährung abgelöst.

[70] Stresemann zitiert hier aus Goethes erstmals 1821 veröffentlichtem Roman „Wilhelm Meisters Wanderjahre“ (Text in Goethes Werke. [Hamburger Ausgabe in 14 Bden.] Bd. 8. 13. Aufl. München 1994, S. 7–486; das Zitat: S. 470).

[71] Das leicht abgewandelte Zitat entstammt Goethes „Zahmen Xenien“ (Druck in Johann Wolfgang Goethe. Sämtliche Werke. [Frankfurter Ausgabe.]. Bd. 2. Frankfurt a. M. 1988, S. 746).

[72] Der „Code Napoléon“ sind die unter Napoleon und unter seiner Mitwirkung entstandenen und 1804–1810 in Frankreich samt dessen annektierten Gebieten eingeführten Gesetzbücher zum Zivil- und Strafrecht.

[73] Gemeint ist Joseph Bonaparte (1768–1844), Bruder Napoleons I.; als Joseph I. König von Neapel 1806–1808 und König von Spanien 1808–1813. – Seine Korrespondenz mit Napoleon ist (erneut) veröffentlicht in: Napoléon et Joseph Bonaparte. Correspondance intégrale 1784–1818. [Hrsg. v.] Vincent Haegele. Paris 2007 (Bibliothèque napoléonienne).

Goethe über die Denkfehler im Werther[74], über den „Caesar“, in dem nicht der ehrenwerte Brutus, sondern jener Caesar emporgehoben wird, dessen Ermordung Goethe die geschmackloseste Tat der Weltgeschichte nannte[75], stehen turmhoch über der Geistigkeit der uns sonst bekannten Monarchen jener Zeit. Es gibt kein törichteres Wort als das Wilhelms II.[76] von dem korsischen Parvenu. Vor einem genialen Schlachtenführer und genialen Menschen zu erliegen, ist keine Schande. Vor einem korsischen Parvenu bei Jena[77] die Waffen zu strecken, wäre dagegen ewiger Makel in Preußens Geschichte gewesen.

Goethe und Napoleon haben sich gegenseitig angezogen. In ihrer Auffassung über den Diktator, der besser geeignet wäre, das Reich zu regieren als die Epigonen, die mit der Macht nichts anzufangen wüßten, fanden sich beide zusammen. „Sie gönnten Caesaren das Reich nicht und wußten's nicht zu regieren.“[78] So Goethe, der dabei gewiß nicht nur an das Altertum gedacht hat. Auf der anderen Seite Napoleon, nachdem er mit Goethe gesprochen hat, die drei bedeutsamen Worte: „Voilà un homme.“[79] Goethe hat später das, was die Unterhaltung in Erfurt für ihn bedeutete, in die Worte gefaßt: „Daß ein Großer der Erde mich sozusagen mit besonderem Zutrauen gleichsam gelten ließ und ausdrückte, daß mein Wesen ihm gemäß war.“[80] War das Byzantinismus? Nein. Wenn irgend einer nicht byzantinisch war, war es Goethe. Siehe sein Verhältnis zu Karl August, zu den Prinzen der benachbarten Höfe, sein scharfes Urteil über Persönlichkeiten, Rang und Stand. Man komme nicht damit, daß er im äußeren Verkehr alle Höflichkeitsattribute gelten ließ, die es überhaupt gab. Das hatte er im Verkehr mit den Freien Städten und Republiken genau so

---

[74] Gemeint ist der 1774 erstmals veröffentlichte Briefroman Goethes „Die Leiden des jungen Werther“ (Text in Goethes Werke. [Hamburger Ausgabe in 14 Bden.] Bd. 6. 10. Aufl. München 1981, S. 7–124). Beim Gespräch Napoleons mit Goethe in Erfurt (vgl. oben mit Anm. 3) wurde er (wie auch der nachfolgend erwähnte Caesar) thematisiert.

[75] Stresemann zitiert hier – leicht abgewandelt – aus Goethes 1810 erstmals veröffentlichten „Materialien zur Geschichte der Farbenlehre“ (Text in Goethes Werke. [Hamburger Ausgabe in 14 Bden.] Bd. 14. 6. Aufl. München 1981, S. 7–269; das Zitat: S. 45).

[76] Wilhelm II. (1859–1941), Deutscher Kaiser und König von Preußen 1888–1918. – Seine nachfolgend zitierte Titulatur Napoleons verwendete er 1891 in Erfurt bei einem Festmahl eines Armeekorps; dies wurde von Maximilian Harden zunächst in einer Zeitungskolumne und im Jahr darauf in seiner Schrift „Apostata“ (S. 104–112) aufgespießt.

[77] Vgl. oben mit Anm. 15.

[78] Stresemann zitiert hier aus den „Zahmen Xenien“ (zum Druckort vgl. oben Anm. 71 das Zitat: S. 653). – Richtig heißt es dort allerdings „Caesarn“ (als Dativ).

[79] Nach Müllers Überlieferung des Zusammentreffens Goethes mit Napoleon in Erfurt (vgl. oben mit Anm. 3) lautete so das abschließende Urteil des Kaisers über den Dichter.

[80] Stresemann zitiert hier frei aus einem Brief Goethes an Cotta vom 2. Dezember 1808 (Druck in Johann Wolfgang Goethes. Sämtliche Werke. [Frankfurter Ausgabe.] Bd. 33. Frankfurt a. M. 1993, S. 414)

getan wie mit den Fürsten. Es war die Persönlichkeit, die auf ihn wirkte. Wer hatte denn vorher von den Großen der Welt seine Werke gewürdigt? Wer hatte ihn eingeladen, in seine Hauptstadt zu kommen, um dort zu wirken. Etwa der gute Franzl[81] in Wien? Etwa der Preußenkönig[82]? Etwa die Rheinbundfürsten? Karl August, in staatlicher Politik gewiß ein Führer und charakterlich einer der prächtigsten Menschen, hatte doch das Interesse für die literarischen Dinge längst überwunden, und sein Konflikt mit dem Theaterdirektor Goethe, der zur Niederlegung dieses Amtes durch Goethe führte[83], zeigt doch auch die Schwächen, welcher er fähig war.

Zweimal begegnen sich die Beiden noch im geistigen Gedenken. Als Napoleon 1813 auf der Flucht von Moskau die Pferde wechseln läßt und irgendwo im Morgengrauen fragen läßt, wo man sei und die Antwort erhält: „In Weimar“, schickt er einen Adjutanten mit einem Gruß an Goethe[84]. Er entsinnt sich, daß hier ein Mann wohnt, der einst Deutschlands geistige Größe ihm gegenüber zum Ausdruck brachte. Und dieser Mann selbst hört in der Nacht zum 18. Oktober den Kanonendonner von dem benachbarten Leipzig[85], und in dem Epilog zu „Essex“[86] schreibt er die Worte nieder, die so klingen, als empfände er suggestiv, daß dort der Stern des großen Mannes sänke: „Der Mensch erfährt, er sei auch wer er mag, ein letztes Glück und einen letzten Tag.“

Aber war Napoleon nicht der Teufel, der Dämon, der grausame Korse und all das, was in den Karikaturen der damaligen Zeit gegen ihn zum Ausdruck kam. Nun denn, was in Napoleon steckte und das Volk erschreckte, Goethe war gewiß der letzte, der sich dadurch abschrecken ließ. Der den Faust geschrieben, hat zum Ausdruck gebracht, daß ihn die Gewalt des Mephistopheles nicht weniger anzieht als die des Faust[87] selbst, wie alles Grause und Bizarre die Menschen der Phantasie stets am

---

[81] Franz (1768–1835), als Franz II. Kaiser des Heiligen Römischen Reiches 1792–1806; als Franz I. Kaiser von Österreich 1806–1835.

[82] Gemeint ist Friedrich Wilhelm III. (vgl. oben mit Anm. 14).

[83] Goethe legte 1817 nach längeren Streitigkeiten den Posten des Theaterdirektors des Weimarer Hoftheaters nieder, den er seit 1791 innegehabt hatte.

[84] Vgl. die Tagebucheintragung Goethes vom 15. Dezember 1812 [!] (Goethes Werke. [Weimarer Ausgabe.] Abt. 3. Bd. 4. Weimar 1891, S. 353).

[85] Gemeint ist der Kanonendonner der Völkerschlacht bei Leipzig, die vom 16. bis 19. Oktober 1813 dauerte. Im Tagebuch Goethes findet sich allerdings erst unterm 21. Oktober 1813 eine Eintragung „Canonade deutlich zu hören“ (ebd., Bd. 5. Weimar 1893, S. 79).

[86] Gemeint ist der 1813 verfaßte „Epilog zum Trauerspiele Essex“, den Goethe anläßlich der Aufführung des „Graf von Essex“ von John A. Banks in Weimar verfaßte. – Text in Goethe. Gesamtausgabe der Werke und Schriften in 22 Bänden. Bd. 3. Stuttgart 1969, S. 1263–1257; das folgende Zitat: S. 1255.

[87] Mephisto(pheles) und Faust sind die Hauptfiguren in Goethes Tragödie „Faust“ (vgl. oben mit Anm. 11).

meisten innerlich mitgerissen hat. Deshalb Goethes Abwehr gegen diejenigen, die ihn vielleicht auf den Haß hinwiesen, der Napoleon damals entgegenbrüllte: „Ich will mich nicht bereden lassen, macht mir den Teufel nur nicht klein, ein Kerl, den alle Menschen hassen, der muß was sein.“[88] Das ist dieselbe Empfindung, die er auch im „Epimenides“[89] auf Napoleon bezüglich mit den Worten ausgesprochen hat:

„Doch was dem Abgrund kühn entstiegen,
Kann durch ein ehernes Geschick
Den halben Weltkreis übersiegen,
Zum Abgrund muß es doch zurück.“

Aber auch dieses Urteil änderte nichts an Goethes Gesamteindruck. „Da war Napoleon ein Kerl, sein Leben das Schreiten eines Halbgottes von Schlacht zu Schlacht, von Sieg zu Sieg.“[90] Und als Eckermann[91] einmal entgegnet, später sei es Napoleon auch nicht mehr gelungen, von Sieg zu Sieg zu eilen, da weist ihn Goethe zurück. „Ich habe auch meine Liebeslieder und meinen Werther[92] nicht zum zweiten Male gemacht. Jene göttliche Erleuchtung, wodurch das Außerordentliche entsteht, werden wir immer mit der Jugend und der Produktivität im Bunde finden.“ Dieses „auch“ ist bezeichnend. Der Ausdruck des Kongenialen in der Persönlichkeit des Menschen, der sich den Großen der Erde gleich fühlte, der, wie einmal einer seiner Biographen[93] gesagt hat, sich nicht im geringsten gewundert hätte, wenn man ihm eines Tages den Titel „Fürst“ angeboten hätte, da er sich stets als Fürst gefühlt hat. Allein auf einsamer Höhe stand er in der Zeit nach Schillers Tode. Nur Byron[94] wollte er nach seinen eigenen Worten vielleicht neben sich gelten lassen. Kein Wunder also, daß er den großen Staatslenkern sich gleich fühlte.

Mit seiner Anschauung und aus seiner Empfindung heraus konnte Goethe keine Hasseslieder gegen Napoleon schreiben. Dazu trat seine Einstellung zu der Frage

---

[88] Stresemann zitiert hier (in leichter Abwandlung) aus Goethes „Zahmen Xenien“ (zum Druckort vgl. oben Anm. 71; das Zitat: S. 741).

[89] Zur Festdichtung „Des Epimenides Erwachen“ und zu deren Druckort vgl. oben mit Anm. 8 (das nachfolgende Zitat: S. 388).

[90] Die Worte Goethes (die Stresemann hier leicht gekürzt zitiert) sind von seinem Gesprächspartner Eckermann für den 11. März 1828 überliefert (zum Druckort vgl. oben Anm. 26; das Zitat: S. 605).

[91] Johann Peter Eckermann (1792–1854), deutscher Dichter und Vertrauter Goethes. – Die folgende Wiedergabe des Gesprächs, die Stresemann anführt, bezieht sich ebenfalls auf den 11. März 1828 (vgl. die vorangehende Anm.).

[92] Vgl. oben mit Anm. 74.

[93] Er konnte nicht ermittelt werden.

[94] George Gordon, Baron Byron (1788–1824), englischer Dichter. – Das positive Urteil Goethes über ihn bezieht sich vermutlich auf ein Gespräch vom 24. Februar 1825, das sein Gesprächspartner Eckermann wiedergibt (zum Druckort vgl. oben Anm. 26; die betreffende Passage: S. 132).

Poesie und Politik. Man vergleiche seine Aeußerung über Uhland[95], eine der letzten seines Lebens:

„Geben Sie acht, der Politiker wird den Poeten aufzehren. Mitglied der Stände sein und in täglichen Reibungen und Aufregungen leben, ist keine Sache für die zarte Natur eines Dichters. Mit seinem Gedankengange wird es aus sein, und das ist gewissermaßen zu bedauern. Schwaben besitzt Männer genug, die hinlänglich unterrichtet, wohlmeinend, tüchtig und beredt sind, um Mitglied der Stände zu sein, aber es hat nur einen Dichter der Art wie Uhland."

Oder jene andere Aeußerung:

„So wie ein Dichter politisch wirken will, muß er sich einer Partei hingeben, und sowie er dieses tut, ist er als Poet verloren."

Man halte hierzu seine bekannte Aeußerung über Theodor Körner[96]. Goethe dichtete nur, was er erlebte. Er erlebte diesen Krieg nicht. Einmal war er hineingestellt in kriegerisches Treiben, und daß er damals verstand, was der Donner der Kanonen bedeutete, zeigte seine weltgeschichtliche Aeußerung über Valmy[97]. Aber am Kamin sitzen und Kriegslieder schreiben, das wäre, abgesehen von allem andern, seiner ganzen Auffassung der Poesie zuwider gewesen.

Daß es ihm dabei an Empörung über Ungerechtigkeiten Napoleons nicht fehlte, zeigt sein Gespräch mit Falk[98].

Goethe: „Genug, was wollen sie denn, diese Franzosen? Sind sie Menschen? Warum verlangen sie geradewegs das Unmenschliche? Was hat der Herzog[99] getan, was nicht lobens- und rühmenswert ist. Seit wann ist es denn ein Verbrechen, seinen Freunden und alten Waffenkameraden im Unglück treu zu bleiben? Ist denn eines edlen Mannes Gedächtnis so gar nichts in euren Augen? Warum mutet man dem

---

[95] Johann Ludwig Uhland (1787–1862), deutscher Dichter. – Offenbar beziehen sich Goethes nachfolgend wiedergegebene zwei Äußerungen auf die Landtagskandidatur Uhlands 1832. Überliefert sind sie im nicht genau datierten Gespräch mit Eckermann vom März 1832, also kurz vor Goethes Tod (zum Druckort vgl. oben mit Anm. 26; die Zitate: S. 461).

[96] Vgl. oben mit Anm. 31.

[97] In seiner 1822 erstmals veröffentlichten autobiographischen Schrift „Campagne in Frankreich 1792" schilderte Goethe auch seine Teilnahme am Feldzug preußischer und österreichischer Truppen gegen die französische Revolutionsarmee und seine Beobachtung der Kanonade von Valmy, die den Sieg der französischen Armee herbeiführte; er erinnerte sich dabei auch an den (angeblich) nach der Schlacht von ihm geprägten Ausspruch „Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus, und ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen" (Text in Goethes Werke. [Hamburger Ausgabe in 14 Bden.] Bd. 10. 7. Aufl. München 1981, S. 188–363; das Zitat: S. 235).

[98] Johannes Daniel Falk (1768–1826), Theologe und Schriftsteller. – Sein nachfolgend auszugsweise zitiertes Gespräch mit Goethe vom 9. Mai 1808 ist wiedergegeben in: Johann Wolfgang Goethe. Sämtliche Werke. [Frankfurter Ausgabe.] Bd. 33. Frankfurt a. M. 1993, S. 302–303.

[99] Gemeint ist Herzog Carl August (vgl. oben mit Anm. 22), der allerdings beim Ausbruch des nachfolgend erwähnten Siebenjährigen Krieges noch nicht geboren war.

Herzoge zu, die schönsten Erinnerungen seines Lebens, den Siebenjährigen Krieg, das Andenken an Friedrich den Großen, der sein Oheim war[100], kurz alles Ruhmwürdige des uralten deutschen Zustandes, woran er selbst so tätig Anteil nahm, und wofür er noch zuletzt Krone und Szepter aufs Spiel setzte, wie ein verrechnetes Exempel plötzlich über Nacht mit einem nassen Schwamme von der Tafel seines Gedächtnisses hinwegzustreichen? Steht denn euer Kaisertum von gestern schon auf so festen Füßen, daß ihr keinen, gar keinen Wechsel des menschlichen Schicksals in Zukunft zu befürchten habt? Von Natur zu gelassener Betrachtung der Dinge aufgelegt, werde ich doch grimmig, sobald ich sehe, daß man den Menschen das Unmögliche abfordert. Daß der Herzog verwundete, ihres Soldes beraubte preußische Offiziere unterstützt, daß er dem heldenmütigen Blücher[101] nach dem Gefecht von Lübeck einen Vorschuß von 4000 Talern machte, das wollt ihr eine Verschwörung nennen? das gedenkt ihr ihm übel auszulegen? Setzen wir den Fall, daß heute oder morgen Unglück bei eurer großen Armee einträte: was würde wohl ein General oder Feldmarschall in den Augen des Kaisers wert sein, der gerade so handelte, wie unser Herzog in dem vorliegenden Falle wirklich gehandelt hat? Ich sage euch, der Herzog soll so handeln, wie er handelt! Er muß so handeln! Er täte sehr unrecht, wenn er je anders handelte! Ja, und müßte er darüber Land und Leute, Krone und Szepter verlieren, wie sein Vorfahr, der unglückliche Johann[102], so soll und darf er doch um keine Hand breit von dieser edlen Sinnesart und dem, was ihm Menschen- und Fürstenpflicht in solchen Fällen vorschreibt, abweichen. Unglück. Was ist Unglück? Das ist ein Unglück, wenn sich ein Fürst dergleichen von Fremden in seinem eigenen Hause muß gefallen lassen. Und wenn es auch dahin mit ihm käme, wohin es mit einem Johann gekommen, daß beides, sein Fall und sein Unglück, gewiß wäre, so soll uns auch das nicht irre machen, sondern mit einem Stecken in der Hand wollen wir unseren Herrn, wie jener Lucas Cranach[103] den seinigen, ins Elend begleiten und treu an seiner Seite aushalten. Die Kinder und Frauen, wenn sie uns in den Dörfern begegnen, werden weinend die Augen aufschlagen und zueinander spre-

[100] Carl Augusts Großmutter mütterlicherseits war die Schwester Friedrichs II., des Großen.

[101] Gebhard Leberecht von Blücher, [seit 1814:] Fürst von Wahlstatt (1742–1819), preußischer Generalfeldmarschall. – Falk schildert in der Passage, die dem Gespräch mit Goethe vorausging (vgl. oben mit Anm. 98), daß Carl August nach der Niederlage gegen die französischen Truppen in der Schlacht bei Lübeck vom 6. November 1806 Blücher 4000 Taler vorgeschossen habe.

[102] Gemeint ist Johann Friedrich I., der Großmütige (1503–1554), Kurfüst von Sachsen 1532–1547; nach der Niederlage in der Schlacht bei Mühlberg geriet er in kaiserliche Gefangenschaft und verlor seine Kurwürde; danach regierte er nur noch im ernestinischen Landesteil.

[103] Lucas Cranach der Ältere (ca. 1472–1553), Maler und Grafiker. Er begleitete seinen Landesherren Johann Friedrich I. zeitweilig in die Gefangenschaft.

chen: das ist der alte Goethe und der ehemalige Herzog von Weimar, den der französische Kaiser seines Thrones entsetzt hat, weil er seinen Freunden so treu im Unglück war; weil er den Herzog von Braunschweig[104], seinen Oheim, auf dem Todbette besuchte; weil er seine alten Waffenkameraden und Zeltbrüder nicht wollte hungern lassen!“

Man könnte einen Gegensatz zu den vorangegangenen Ausführungen darin finden, daß Goethe, der es ablehnte, Poesie und Politik zu verbinden, es angenommen hat, das Festspiel für das Königliche Schauspielhaus in Berlin zu schreiben. Aber es ist auch interessant zu sehen, wie Goethe sich mit dieser Aufforderung abgefunden hat. Das Festspiel selbst „Des Epimenides Erwachen“[105] gilt heute als vergessen, nur von Wert für Literaturhistoriker. Ich kann mich diesem Urteil nicht anschließen. Ich finde es lebendig wie kaum ein anderes gerade nach den Jahren des Weltkrieges, die wir erlebt haben.

Freilich hat es nicht den Charakter eines der üblichen Festspiele, die sich in der Glorifizierung geschehener Taten und in der Herabsetzung des überwundenen Gegners hervortun. Wie sehr oft, flüchtet der Dichter in ein fremdes Land und läßt Symbole sprechen statt lebendiger Menschen. Aber auch sein eigenes Verhältnis zu den großen Ereignissen tritt in ihm zutage, wenn man wohl mit Recht annimmt, daß er sich selbst in der Maske des Epimenides sieht, der in Träume versunken ist, während Großes um ihn vorgeht und der sein von den Ereignissen abgewandtes Denken zwar seiner Natur gemäß findet, aber denen, die während dieser Zeit ein neues Deutschland formten, die höhere Anerkennung zollt, wenn er das Wort ausspricht:

„Doch schäm ich mich der Feierstunde,
Mit Euch zu leiden, war Gewinn,
Und für den Schmerz, den ihr empfunden,
Seid Ihr auch größer, als ich bin.“

In seiner Symbolik ist es von Tiefe und Schönheit. Es ist nicht mehr die stürmende Jugend, die daraus spricht, sondern die abgeklärte Weisheit des Alters.

„Der Jugend Nachtgefährt ist Leidenschaft,
Ein wildes Feuer leuchtet ihrem Pfad.
Der Greis hingegen wacht mit hellem Sinn,

[104] Gemeint ist Karl Wilhelm Ferdinand, Herzog zu Braunschweig-Wolfenbüttel (1735–1807). Als Oberbefehlshaber der preußischen Armee wurde er in der Schlacht von Auerstedt schwer verwundet und starb einige Monate später an den Folgen. – Seine Schwester Anna Amalia war die Mutter Carl Augusts.

[105] Vgl. oben mit Anm. 8. Die drei folgenden Zitate: S. 395, 368 u. 398.

Und sein Gemüt umschließt das Ewige.“

Die Schlußsätze sind von prägnanter Wucht:

„So rissen wir uns ringsherum
Von fremden Banden los,
Nun sind wir Deutsche wiederum
Nun sind wir wieder groß.“

Sie sind ebenso prägnant wie die Worte für Blücher, den Dichter heutiger Zeit als einen geistlosen Trottel hinstellen, jene Worte für das Rostocker Blücher-Denkmal[106]:

„In Harren und Krieg
In Sturz und Sie[g]
Bewußt und groß
So riß er uns vom Feinde los.“

Lassen Sie uns das Resumee des Ganzen ziehen: Goethe war nicht der Herold der Freiheitskriege. Sein Vaterland war nicht Preußen und Sachsen-Weimar, sondern Deutschland, und darüber hinaus jenes vaterländische Empfinden, das in Menschheitsempfinden aufging und die Emporentwicklung der Kultur als das Erstrebenswerteste menschlichen Schaffens ansah. Er anerkannte das Genie Napoleons, aber er begrüßte es, daß der Dämon von der Höhe zur Tiefe sank, als seine Unterdrückung zu stark wirkte. Er gab uns in seinem „Epimenides“ tiefstes Empfinden über jene Zeit, in Blüchers Nachruf das Beste, was über die Freiheitskriege gesagt ist. Setzen wir statt der Legende jener Zeit, die uns in den Schulen erzählt wurde, den tatsächlichen Hergang der Geschichte, dann werden wir auch sein im höchsten Sinne erfaßtes Deutschtum verstehen. Gerade unsere Zeit läßt uns die Stimmung des „Epimenides“ verstehen. Gerade für das Deutschtum gelten die Worte Goethes[107]: „Komm, wir wollen dir versprechen Rettung aus dem tiefsten Schmerz – Pfeiler, Säulen kann man brechen, aber nicht ein freies Herz.“ Das freie Herz Goethes kann uns in diesem Sinne auch Führer in die Zukunft sein.

[106] Das Blücherdenkmal in Rostock wurde 1819 eingeweiht. Auf seinem Sockel wurde der nachfolgend zitierte Spruch Goethes eingraviert.

[107] Vgl. oben mit Anm. 8; das folgende Zitat: S. 392.

Rede im Auswärtigen Ausschuß vom 26. August 1926[1]

Nach NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22252 (Abendausgabe) vom 26. August 1926, S. 2.

Er hofft, daß sich die Frage des deutschen Völkerbundsratssitzes klären wird.

Die **Zusicherungen,** die noch letzthin im diplomatischen Verkehr der deutschen Regierung über die Lösung der Ratsfrage gegeben worden sind[2] – sagte Stresemann[3] – gestatten die **Hoffnung,** daß die Entwicklung in Genf sich nunmehr reibungslos vollzieht. Das verstärkte **Interesse,** das **Spanien** gerade jetzt wieder für **Tanger** bekundet, dürfte es der spanischen Regierung gestatten, ihre Ansprüche auf einen ständigen Ratssitz liberaler aufzufassen[4]. Wenn aber **Spanien** die erwartete

---

[1] Die Vorlage, die lediglich einen Absatz direkter Rede (und damit sicher nur deren geringeren Teil: vgl. unten Anm. 6) wiedergibt, berichtet unter der Überschrift „Der Außenausschuß des Reichstages über Genf. Stresemanns Optimismus. Telegramm unseres Korrespondenten“: „Im Reichstag wurde heute um 1/4 11 Uhr eine Sitzung des Ausschusses für äußere Angelegenheiten abgehalten, die sich mit den Ansichten und Vorbereitungen für die Genfer Völkerbundtagung beschäftigte. Es wurden besondere Informationen des Außenministers Stresemann erwartet. Aber Stresemann, der von zahlreichen Abgeordneten schon vor seinem Eintreten in den Saal mit Fragen bestürmt wurde, sagte, daß sensationelle Mitteilungen von ihm nicht zu erwarten seien. Der Eintritt in die eigentlichen Verhandlungen verzögerte sich etwas, da es zunächst eine Geschäftsordnungsdebatte gab. Die Kommunisten verlangten, daß die Vertraulichkeit der Besprechungen des Ausschusses aufgehoben und die Verhandlung öffentlich geführt werde. Dieser Antrag wurde aber abgelehnt und die Verhandlung für streng vertraulich erklärt. Außenminister Doktor Stresemann nahm dann das Wort über die Besprechungen, die wegen der Kreise Eupen und Malmedy mit belgischen Persönlichkeiten geführt wurden, und über die damit zusammenhängenden Fragen. Das größte Interesse dürften die Mitteilungen Stresemanns über den Stand der Völkerbundfrage beanspruchen. Dabei ist der Optimismus, mit dem Stresemann die bisherige Entwicklung betrachtet, von ausschlaggebender Bedeutung.“ Der Artikel fährt dann vorübergehend in direkter Rede fort. – Wie der Korrespondent angesichts der vereinbarten Vertraulichkeit zum Wortlaut eines Teils der Rede gekommen ist oder sein will, läßt sich nicht erschließen. – Berichte über die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses ohne Wiedergabe direkter Rede auch in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 403 (Abendausgabe) vom 26. August 1926, u. Nr. 404 (Morgenausgabe) vom 27. August 1926; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 402 (Abendausgabe) vom 26. August 1926, u. Nr. 403 (Morgenausgabe) vom 27. August 1926; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 398 (Morgenausgabe) vom 27. August 1926.

[2] Zum aktuellen Stand der Frage der künftigen Zusammensetzung des Völkerbundsrats, wozu im Mai 1926 die dafür eingesetzte Studienkommission einen Vorschlag entwickelt hatte (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 460–463), der zwischenzeitlich von Spanien in Frage gestellt wurde, und zur Haltung der Reichsregierung zu den letzten Gesprächen, die in diesen Tagen Fromageot, der Rechtsberater des französischen Außenministeriums, mit Gaus, dem Leiter der Rechtsabteilung des deutschen Auswärtigen Amtes, über einen von ihm entwickelten Lösungsvorschlag in Berlin geführt hatte, vgl. die telegraphische Weisung Stresemanns an die Botschaft in Paris vom 24. August 1926 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 124–127). Für den 30. August 1926 war die zweite und letzte Session der Beratung der Studienkommission nach Genf einberufen (vgl. BERLINER TAGEBLATT, Nr. 391 [Morgenausgabe] vom 20. August 1926).

[3] So – als Einschub – in der Vorlage.

Nachgiebigkeit zeigt, wird auch **Polen** sich in seinen Ansprüchen[5] nicht so festlegen, daß die Ratsfrage daran zu scheitern drohen müßte.[6]

[4] Die Internationale Zone von Tanger war ein selbstverwaltetes Gebiet, dessen Statut zuletzt 1923 fixiert worden war. Spanien hatte wiederholt und zuletzt am 26. August 1926 mit der Übergabe einer Note in Vorschlag gebracht, daß Tanger samt dem Umland unter Beibehaltung seiner militärischen Neutralisierung der spanischen Zone in Marokko zugeschlagen oder als Völkerbundsmandat Spanien übertragen werde; im Gegenzug könne Spanien vielleicht seinen Anspruch auf einen ständigen Völkerbundsratssitz fallenlassen (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 404 [Morgenausgabe] vom 27. August 1926). Stresemann unterstützte den Vorschlag Spaniens auf dessen Wunsch hin gegenüber der niederländischen und der schwedischen Regierung (vgl. seine telegraphische Weisung an die Botschaft in Madrid: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 129–132).

[5] Rauscher, der Gesandte in Warschau, hatte am 19. August 1926 telegraphisch berichtet, daß die polnische Regierung ihre Forderung nach einem ständigen Ratssitz zwar formal aufrechterhalten wolle, eventuell sich aber mit der Wiederwählbarkeit als Ratsmitglied zufriedengeben werde (ebd., S. 98). Inzwischen war Rauscher in Berlin eingetroffen (vgl. BERLINER TAGEBLATT, Nr. 400 [Abendausgabe] vom 25. August 1926) und dürfte diese Einschätzung auch mündlich gegeben haben.

[6] Die Berichterstattung in der Vorlage schließt: „Stresemann sprach siebzig Minuten. An seine Rede schloß sich eine ausführliche Diskussion. [...] Die Verhandlung dauert fort."

Rede vor der Presse in Berlin vom 26. August 1926[1]

Nach STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 586–589.

Erörtert die Aussichten einer Regelung der Frage der Sitze im Völkerbundsrat; äußert sich über die deutsche Delegation für die nächste Völkerbundstagung.

Das Kabinett wird in den nächsten Tagen zusammentreten und sich dann zu der Frage zu äußern haben, welche Haltung Deutschland bei der Tagung einnehmen soll, die am 30. August in Genf stattfindet[2]. Botschafter v. Hoesch[3] dürfte auf dem Wege nach Berlin sein. Er wird wohl im Laufe des morgigen Tages oder am Sonnabend in Berlin eintreffen. Wir haben dann Gelegenheit, hier mit ihm über diese Fragen Rücksprache zu nehmen. Nach dem Ergebnis der Studienkommission[4] wird dann das Kabinett über die Frage der Zusammensetzung der deutschen Delegation sich endgültig entscheiden.

In bezug auf die Fragen, die in Genf erledigt werden sollen, wenn die Studienkommission erneut zusammentritt, was, wie Sie wissen, auch auf Spaniens Antrag geschehen soll[5], hat in der Öffentlichkeit eine sehr große Rolle der Besuch des Herrn **Fromageot[6]** in Berlin gespielt. Bei der Konferenz hat in Genf[7] nichts so sehr gescha-

---

[1] Vermutlich trat Stresemann im Anschluß an die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags vom gleichen Tag (vgl. n dieser Edition seine dortige Rede) vor die Presse. Eine unmittelbare Wiedergabe der Äußerungen Stresemanns konnte in Zeitungen jedoch nicht ermittelt werden.

[2] Für den 30. August 1926 war die zweite und letzte Session der Beratung der Studienkommission nach Genf einberufen, die einen Vorschlag über die künftige Gestaltung des Völkerbundsrates ausarbeiten sollte (vgl. BERLINER TAGEBLATT, Nr. 391 [Morgenausgabe] vom 20. August 1926; zur Notwendigkeit dieser zweiten Session vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 379 [Abendausgabe] vom 12. August 1926).

[3] Leopold von Hoesch (1881–1936), deutscher Botschaftsrat in Paris 1921 – 1. Februar 1924 (seit Januar 1923 als Geschäftsträger); Botschafter in Paris 2. Februar 1924 – 1932. – Hoesch sollte Deutschland auf der Tagung der Studienkommission vertreten (vgl. die vorangehende Anm.) und zu diesem Zweck über Berlin reisen, um dort Instruktionen einzuholen (vgl. BERLINER TAGEBLATT, Nr. 403 [Morgenausgabe] vom 27. August 1926; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22253 [Morgenausgabe] vom 27. August 1926, S. 4).

[4] Vgl. oben mit Anm. 2.

[5] Vgl. den telegraphischen Bericht Hoeschs vom 7. August 1926 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 33–35 u. Anm. 1. – Spanien war mit den Ergebnissen der ersten Session der Studienkommission zur künftigen Zusammensetzung des Völkerbundsrates vom Mai 1926 (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 460–463) insofern unzufrieden, als seine Forderung, ebenfalls einen ständigen Ratssitz zu erhalten, dort keine Berücksichtigung gefunden hatte.

[6] Henri Fromageot (1864–1949), Rechtsberater des französischen Außenministeriums. – Zur Haltung der Reichsregierung zu den letzten Gesprächen, die in diesen Tagen Fromageot mit Gaus, dem Leiter der Rechtsabteilung des deutschen Auswärtigen Amtes, über einem von ihm entwickelten Lösungsvorschlag in Berlin geführt hatte, vgl. die telegraphische Weisung Stresemanns an die Bot-

det wie, daß die Großmächte verhandelten, als wenn sie allein auf der Welt wären und die anderen nicht vorhanden wären, was zu den Protesten geführt hat: „Wir sind Völkerbunds-Mächte und keine Locarno-Mächte!“ Wenn die drei Mächte England, Frankreich und Deutschland eine Erörterung über ihre gemeinsame Haltung in Genf hielten, so war mir klar, daß das nur bei den anderen verstimmen konnte, wenn es so aufgezogen würde, wie es leider seinerzeit aufgezogen worden ist: als eine Vorinstanz, die die anderen vor vollendete Tatsachen stellt. Aus diesen Gründen, da bis dahin die Reise Fromageots nach London[8] nicht bekannt war, haben wir mit Paris vereinbart, daß wir von der Sache keine Kenntnis geben wollten. Dann ist das „Echo de Paris“ gekommen und hat davon Mitteilung gemacht[9]. An sich war uns diese Fühlungnahme mit Frankreich natürlich erwünscht, damit wir nicht vor der Situation standen wie im März, daß man alles an dem runden Tisch macht, an dem die Dinge geregelt werden, während man sonst völlig unvorbereitet in die Situation hineintritt.

Ich glaube, daß eine gewisse Übersicht gewonnen werden kann über das, was in der Studienkommission vor sich gehen wird.

Spanien betreibt den Wiederzusammentritt der Studienkommission und wird grundsätzlich seinen Anspruch auf einen ständigen Ratssitz anmelden. Ich glaube, daß für Spanien ebenso wie für Polen gilt, daß das nur der letzte Kampf für das Prestige ist, daß keine der Mächte aus der Frage des ständigen Vertreters eine grundsätzliche Folgerung zu ziehen gewillt ist in dem Sinne: Entweder bekomme ich den ständigen Ratssitz, oder ich kümmere mich um nichts mehr. Spanien hat das zum Ausdruck gebracht, indem es erklärt hat, es sei bereit, eine Kompensation in der Regelung der **Tanger-Frage** entgegenzunehmen[10]. Wir sind mit der Tanger-Frage nicht

---

schaft in Paris vom 24. August 1926 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 124–127).

[7] Offenbar bezieht sich Stresemann hier auf die Tagung von Völkerbundsversammlung und -rat im März 1926, bei der der deutsche Eintritt in den Völkerbund an der Frage der künftigen Zusammensetzung des Völkerbundsrates gescheitert war.

[8] Nachdem gegen die Beschlüsse der Studienkommission vom Mai 1926 (vgl. oben mit 5) Widerstände von seiten Spaniens und Polens erkennbar geworden waren, reiste Fromageot Mitte August 1926 nach London, um sich dort mit seinem britischen Kollegen Hurst und mit der Londoner Regierung über eine Lösungsmöglichkeit zu verständigen (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 56).

[9] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf einen Artikel in L'ECHO DE PARIS, Nr. 16245 vom 25. August 1926, S. 3, in dem über Beratungen zwischen Fromageot, Hurst und Gaus und deren möglichen Inhalt berichtet wurde. – Das Auswärtige Amt hatte dies (formal zu Recht, da ein solches Dreiertreffen nicht stattfand) dementiert (vgl. NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22251 [Abendausgabe] vom 25. August 1926, S. 2; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 403 [Abendausgabe] vom 26. August 1926).

[10] Die Internationale Zone von Tanger war ein selbstverwaltetes Gebiet, dessen Statut zuletzt 1923 fixiert worden war. Spanien hatte wiederholt und zuletzt am 26. August 1926 mit der Übergabe einer Note in Vorschlag gebracht, daß Tanger samt dem Umland unter Beibehaltung seiner militäri-

befaßt, wir sind ausgeschlossen von der Regelung dieser Frage und haben infolgedessen keine Berechtigung, uns irgendwie in diese Frage zu mischen. Für uns steht nur das eine fest, daß wir alles tun, was mittelbar oder unmittelbar in unseren Kräften steht, um Spanien beim Rate zu halten, und ich kann Sie nur bitten, an sich allen Bestrebungen Spaniens besten Erfolg zu wünschen.

Die polnische Regierung läßt verschiedentlich erklären, daß auch sie auf den ständigen Ratssitz zurückkommen würde, aber sie gibt wohl in der letzten Erklärung[11] schon zu erkennen, daß sie das nicht zu einer endgültigen Entscheidung auf der diesjährigen Tagung bringen will.

Ich glaube, die Situation liegt so, daß die Frage der Schaffung neuer ständiger Ratssitze außer der des deutschen Sitzes vollkommen erledigt ist. Was nicht erledigt ist, ist die Frage, die Herr **Vandervelde[12]** in die Worte gekleidet hat, er sei bereit, sich mit gewissen Retuschierungen der Mai-Beschlüsse einverstanden zu erklären, wenn damit Polen und Spanien befriedigt würden. Diese Retuschierungen werden aber nicht darin bestehen, daß die Dauer der Wählbarkeit verlängert wird, sie werden auch nicht darin bestehen, daß die Wiederwählbarkeit, die jetzt an eine qualifizierte Mehrheit gebunden ist, erleichtert wird. Sie können vielleicht darin bestehen, daß dem Wunsche einzelner Mächte, die Wiederwählbarkeit bereits auf dieser Septembertagung vorzunehmen, nachgegeben wird, ebenso wie die sogenannte Kassationsklausel, die auf der Maitagung beschlossen worden ist[13], voraussichtlich oder wahrscheinlich aufgegeben werden wird, weil das Statut des Völkerbundes bereits die Möglichkeit gibt, die in diesem Beschlusse vorhanden war.

Die Wiederwählbarkeit bedingt nicht die Wiederwahl. Hier sind die Dinge immer so

---

schen Neutralisierung der spanischen Zone in Marokko zugeschlagen oder als Völkerbundsmandat Spanien übertragen werde; im Gegenzug könne Spanien vielleicht seinen Anspruch auf einen ständigen Völkerbundsratssitz fallenlassen (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 404 [Morgenausgabe] vom 27. August 1926). Stresemann unterstützte den Vorschlag Spaniens auf dessen Wunsch hin gegenüber der niederländischen und der schwedischen Regierung (vgl. seine telegraphische Weisung an die Botschaft in Madrid: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 129–132).

[11] Auf welche Erklärung Stresemann sich hier bezieht, konnte nicht ermittelt werden. Der Gesandte in Warschau hatte jedoch am 19. August 1926 telegraphisch über ihm zugegangene Informationen berichtet, daß die polnische Regierung ihre Forderung nach einem ständigen Ratssitz zwar formal aufrechterhalten wolle, eventuell sich aber mit der Wiederwählbarkeit als Ratsmitglied zufriedengegeben werde (ebd., S. 98).

[12] Émile Vandervelde (1866–1938), belgischer Außenminister 17. Juni 1925 – 21. November 1927. – Die nachfolgend angesprochene Erklärung hatte Vandervelde am 25. August 1926 abgegeben (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 402 [Morgenausgabe] vom 26. August 1926).

[13] Unter „Kassationsklausel“ wurde einer der Beschlüsse der Studienkommission vom Mai gefaßt, der vorsah, daß die Völkerbundsversammlung mit Zweitdrittelmehrheit jederzeit die gesamten nichtständigen Mitglieder des Rates absetzen und zur Neuwahl schreiten könnte (zu diesem Sprachgebrauch vgl. die Aufzeichnung Bülows vom 9. August 1926: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 35–38; insb. S. 36).

hingestellt worden, als wenn diese ganze Frage lediglich der Befriedigung der Ansprüche von Polen und Spanien diene. Darüber entscheidet die Bundesversammlung. Für die Wiederwahl ist die Zweidrittelmehrheit notwendig und innerhalb derjenigen Mächte, die zwei Drittel der Stimmen auf sich vereinigen, die höchste Stimmenzahl. Es ist durchaus möglich und wahrscheinlich, daß alle Mächte die Wiederwahl beantragen werden und daß dann zwischen diesen Mächten die Entscheidung fällt. Sie sehen das aus den Ausführungen, die Vandervelde gemacht hat und bei denen er sich bezogen hat auf Unterhaltungen, die in Genf stattfanden, als Schweden seinen Ratssitz zur Verfügung stellte und wir forderten, daß ein anderes Land ausscheiden sollte, und Vandervelde fragte, ob wir wünschten, daß Belgien ausscheide, worauf wir sagten: „Wir legen keinen Wert darauf, daß **Belgien** ausscheidet."[14] Sie sehen, daß Belgien schon seinen Anspruch anmeldet. Die **Tschechoslowakei** wird das auch tun, und ich halte es für ganz ausgeschlossen, daß Südamerika nicht berücksichtigt wird. Es wird darauf ankommen, wer im gegebenen Moment gewählt wird. Der Entscheidung der Bundesversammlung wird sich jeder zu fügen haben.

Sodann ist die Zusammensetzung der **deutschen** Delegation erörtert worden. Sie wird im Kabinett erst beschlossen werden, wenn wir über Genf Nachricht haben. Es ist ja allgemein bekannt, welche Stellung der Herr Reichskanzler [Dr. Marx][15] einnimmt, der sie dahin formuliert hat: Ich gehe nach Genf, wenn die anderen Ministerpräsidenten da sind. Ich werde nicht nach Genf gehen, wenn das nicht der Fall ist. Bisher sind wir darüber, ob die anderen Regierungschefs nach Genf gehen, nicht orientiert. Weiter ist die Frage erörtert worden, ob es wünschenswert sei, daß **Parlamentarier,** die sich besonders mit Außenpolitik beschäftigt haben, in Genf mitanwesend sein sollen[16]. Ich habe Wert darauf gelegt, daß selbstverständlich das Recht der Regierung, Mitglieder der Delegation zu wählen, nicht an die Fraktionen übertra-

---

[14] Zur Frage Vanderveldes vom März 1926 bei den Verhandlungen in Genf vgl. u. a. die undatierte Aufzeichnung ohne Unterschrift über Gespräche Luthers und Stresemann ebd., B 1,1, S. 381–384, insb. S. 381).

[15] So (in eckigen Klammern) in der Vorlage. – Wilhelm Marx (1863–1946), Reichskanzler 30. November 1923 – 15. Januar 1925 und 17. Mai 1926 – 29. Juni 1928; Reichsjustizminister (und beauftragt mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete) 20. Januar – 17. Mai 1926; Preußischer Ministerpräsident Februar – März 1925; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1932 (für das Zentrum; dessen Parteivorsitzender 1922–1928; Fraktionsvorsitzender 1921–1924, 1926). – Ob, wo und wann Marx die nachfolgend angesprochene Formulierung explizit geäußert hat, konnte nicht ermittelt werden; sie findet sich als Wiedergabe seiner Haltung jedoch wiederholt in Zeitungsberichten (vgl. etwa BERLINER TAGEBLATT, Nr. 403 [Morgenausgabe] vom 27. August 1926; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22251 [Morgenausgabe] vom 25. August 1926, S. 1).

[16] Vgl. dazu etwa die Artikel in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 401 (Abendausgabe) vom 25. August 1926; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22252 (Morgenausgabe) vom 26. August 1926, S. 3.

gen werden kann. Ich habe es so formuliert: Vertreter des Parlaments, die in der Lage sind, bei solchen internationalen Konferenzen Deutschland mitzuvertreten, wobei ich es als selbstverständlich, ja als einen Beweis für die Sache ansähe, daß sich diese Auswahl der Persönlichkeit nicht durch Zugehörigkeit zu den Regierungsparteien begrenzt. Gerade die Mitwirkung von Mitgliedern von Parteien, die der Regierung nicht angehören, wäre deshalb so wichtig und wünschenswert, weil wir damit zum ersten Male nach außen dokumentieren würden und könnten, daß es in außenpolitischen Fragen eine geschlossene deutsche Front gibt.

Erledigt ist die Tagung der Aufnahmekommission: Die Aufnahmekommission hat den Eintritt Deutschlands empfohlen[17]. Jetzt muß erstens die Bundesversammlung unseren Eintritt beschließen, dann muß der Völkerbundsrat, nachdem wir eingetreten sind, den einstimmigen Beschluß fassen über den ständigen Ratssitz, und dann muß drittens die Bundesversammlung diesen Beschluß genehmigen. Man wünscht diese drei Entscheidungen sehr nahe aneinanderzurücken und glaubt das in den ersten drei Tagen erledigen zu können. Wir würden am nächsten Abend in Genf eintreffen und am übernächsten Tage bereitstehen für die Formalitäten der Feierlichkeiten der Aufnahme und der Begrüßungen und Erwiderungen und zweitens für die Teilnahme an den sachlichen Arbeiten.

[17] Vgl. dazu den Bericht Chamberlains in der Sitzung der Völkerbundsversammlung vom 17. März 1926 über die Arbeit dieser Unterkommission (SCHULTHESS 67 [1926], S. 457).

Rede vor der ausländischen Presse in Genf vom 9. September 1926[1]

Nach NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22267 (Morgenausgabe) vom 10. September 1926, S. 3. – Druck auch in WIENER ZEITUNG, Nr. 210 vom 11. September 1926.

Sieht sich in seinen Hoffnungen vom März bestätigt. Gemeinsam wird man die Kriegsfolgen überwinden.

Als ich im **März** das letzte Mal hier war[2], standen wir **vor dem Zusammenbruche der Hoffnungen,** die auf Locarno[3] gegründet waren.

Ich habe Ihnen schon damals gesagt[4], daß es nicht richtig wäre, auf die Ideen von Locarno zu verzichten, daß wir an dem[5] gemeinsamen Erfolg mitarbeiten wollen. Gestatten Sie mir, meine Freude darüber auszusprechen, daß mir die Tatsachen recht gaben[6]. Locarno und der damit verbundene Universalitätsbegriff der europäischen Politik haben den Sieg davongetragen. **Morgen werden die Locarnopakte in Wirksamkeit treten[7]** und ratifiziert werden. Das Gefühl, daß es nach dem schrecklichen Kriege zwischen Sieger und Besiegten zu einer friedliebenden Politik aller Leute gu-

---

[1] Die Vorlage unter der Überschrift „Erklärungen Stresemanns bei einem Presseempfang“ erläutert einleitend: „Die deutschen Delegierten empfingen heute abend zuerst die deutschen und dann die ausländischen Pressevertreter, um dem allgemeinen Bedürfnis und dem großen Interesse an einer sofortigen Fühlungnahme mit den deutschen Delegierten zu entsprechen. Bei diesem Empfang erklärte Dr. Stresemann unter anderem:“ – Offenbar handelt es sich bei dem Folgenden also um einen Auszug; der Text – insbesondere in seinem Schlußteil (vgl. unten Anm. 8) – legt nahe, daß es sich um die Erklärung vor der ausländischen Presse handelt. Auch die lediglich paraphrasierende Berichterstattung in KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 674 (2. Morgenausgabe) vom 10. September 1926, bestätigt diese Einschätzung.

[2] Stresemann bezieht sich allgemein auf das Scheitern des deutschen Beitritts zum Völkerbund im März 1926 und möglicherweise auch konkret auf seine Rede vor der ausländischen Presse vom 13. März 1926 (vgl. in dieser Edition).

[3] Gemeint sind die Konferenz von Locarno vom 5. bis 16. Oktober 1925 und die als deren Ergebnis am 16. Oktober 1925 paraphierten Verträge (Text der Verträge in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215).

[4] Vgl. die oben in Anm. 2 genannte Rede Stresemanns vor der ausländischen Presse vom 13. März 1926.

[5] In der Vorlage (wohl als Druckfehler): „den“.

[6] Nachdem am 4. September der Völkerbundsrat und am 8. September 1926 die Völkerbundsversammlung die Aufnahme Deutschlands, dessen Anspruch auf einen ständigen Ratssitz und die Regelung des Wahlmodus für die übrigen Ratssitze beschlossen hatten, erfolgte unmittelbar danach die Einladung des Generalsekretärs des Völkerbundes an die Reichsregierung; die deutsche Delegation traf am 9. September 1926 in Genf ein (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 173, Anm. 3; SCHULTHESS 67 [1926], S. 470–474); eine atmosphärische Schilderung dieser Ankunft auch in FEDER S. 74).

[7] Auf Drängen insbesondere Frankreichs und Großbritanniens war das Inkrafttreten des Hauptvertrags von Locarno daran gebunden, daß Deutschland in den Völkerbund eintreten würde (vgl. Art. 10: LOCARNO-KONFERENZ S. 202).

ten Willens kommt, ist erhebend.

Es kommt nicht auf die Form an, ob der Völkerbund aus so und so vielen Mitgliedern besteht, sondern auf die friedliebende praktische Zusammenarbeit. Nicht die Form, sondern das Ergebnis ist entscheidend. **Sicherlich wird diese Zusammenarbeit nicht ohne Mißverständnis und Kämpfe abgehen.** Aber – davon bin ich überzeugt – schließlich wird sie über die destruktiven politischen, wirtschaftlichen und sozialen Tendenzen unserer Zeit siegen.[8]

[8] Die Vorlage schließt den Artikel: „Der Minister ersuchte schließlich um eine freundschaftliche Zusammenarbeit der ausländischen Presse und um eine objektive Kritik. (Beifall.) Anfragen wurden an Dr. Stresemann nicht gestellt."

Rede vor der Völkerbundsversammlung in Genf vom 10. September 1926[1]

Nach STRESEMANN, Reden und Schriften II S. 302–309 [2. Aufl. S. 412–415]. – Drucke auch in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 429 (Abendausgabe) vom 10. September 1926; KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 675 (Abendausgabe) vom 10. September 1926; POLITISCHE REDEN III, S. 466–471; VÖLKERBUND-FRAGEN 3 (1926), S. 196–210; – Drucke (mit leichten Abweichungen) in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 422/423 vom 11. September 1926; FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 675 (Abendausgabe) vom 10. September 1926, S. 1–2; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 423 (Abendausgabe) vom 10. September 1926; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 428 (Abendausgabe) vom 10. September 1926; WIENER ZEITUNG, Nr. 210 vom 11. September 1926, S. 1–2; DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 42 B 2 (1926), S. 12–15; STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 591–595. – Teildrucke in NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22267 (Abendausgabe) vom 10. September 1926, S. 2; REICHSPOST, Nr. 251 vom 11. September 1926, S. 2–3; SCHULTHESS 67 (1926), S. 474–477; URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 498–500; STRESEMANN, hrsg. v. Ostwald, S. 17–19 (mit falschem Datum: 9. September 1926). – Offizielle Veröffentlichung in französischer und englischer Übersetzung in JOURNAL DE LA SEPTIÈME ASSEMBLÉE, No. 6, 11. September 1926, S. 60–63; auch in SOCIÉTÉ DES NATIONS, Journal officiel. Suppl. No. 44, S. 51–52. – Veröffentlichung (mit quellenkritischen Einzelheiten zur Entstehung des Redemanuskripts und dessen Faksimile) auch in 100(0) SCHLÜSSELDOKUMENTE.

Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist ein gutes Zeichen. Die Aufgaben des Völkerbundes bestehen in der Verbesserung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und der friedlichen Zusammenarbeit der Nationen untereinander. Deutschland ist zur Mitwirkung dabei bereit. Ein internationales Rechtswesen und Abrüstung stehen dabei im Vordergrund.

Herr Präsident[2]! Meine Damen und Herren! Der Herr Vorsitzende dieser Hohen Versammlung hat ebenso wie der Herr Vorsitzende des Völkerbundsrates[3] die Güte gehabt, mit Worten der Freude und Genugtuung den Eintritt Deutschlands in den

---

[1] In VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 428 (Morgenausgabe) vom 10. September 1926, findet sich die Ankündigung und ebd., Nr. 429 (Abendausgabe) vom 10. September 1926, der Bericht, wonach die offiziellen Reden dieses Tages auch im Rundfunk übertragen wurden. Eine Audio-Überlieferung der Rede konnte jedoch nicht ermittelt werden.

[2] Momčilo Ninčić (1876–1949), jugoslawischer Außenminister 1922 – 27. Juli 1924 u. 6. November 1924 – 6. Dezember 1926; Präsident der Völkerbundsversammlung 1926–1927. – Seine nachfolgend angesprochene Begrüßungsrede u. a. in SCHULTHESS 67 (1926), S. 474.

[3] Edvard Beneš (1884–1946), tschechoslowakischer Außenminister 1918–1935; Vorsitzender des Völkerbundsrates September 1926. – Vermutlich bezieht Stresemann sich nachfolgend auf eine Rede, die Beneš am 6. September 1926 in der Eröffnungssitzung der Völkerbundsversammlung gehalten und bei der er den Beitritt Deutschlands begrüßt hatte (Text in SCHULTHESS 67 [1926], S. 471–472).

Völkerbund[4] zu begrüßen. Wir sind sehr bewegt durch die Worte, die wir am heutigen Tage wieder gehört haben, und es ist mir eine angenehme Pflicht, meine erste Pflicht, von dieser Stelle aus, wo ich die Ehre habe zu stehen, den beiden Herren den Dank Deutschlands zum Ausdruck zu bringen und diesen Dank auszudehnen auf die hohe Versammlung. Ich verbinde damit zugleich den Dank an die Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, die in traditioneller Weise die großzügige Gastfreundschaft ihres schönen Landes nun auch Deutschland als Mitglied des Völkerbundes erweist.

Seit der Begründung des Völkerbundes[5] ist ein Zeitraum von mehr als sechs Jahren verstrichen. Es hat somit einer längeren Entwicklung bedurft, bis die politische Gesamtlage so gestaltet war, daß die deutsche Mitgliedschaft im Völkerbund möglich wurde. Noch in diesem Jahre sind große Schwierigkeiten zu überwinden gewesen[6], ehe dem Entschluß Deutschlands der einmütige Beschluß des Völkerbundes folgte. Fern liegt es mir, über diese Dinge der Vergangenheit zu sprechen. Die Aufgabe der lebenden Generation ist es, den Blick auf die Gegenwart und auf die Zukunft zu richten. Nur eines lassen Sie mich sagen: Wenn ein Geschehnis wie der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erst in einer so langen Entwicklung herangereift ist, so trägt vielleicht dieses Geschehnis gerade deshalb eine besondere Gewähr in sich für seine innere Beständigkeit und seine fruchtbare Auswirkung.

Deutschland tritt mit dem heutigen Tage in die Mitte von Staaten, mit denen es zum Teil seit langen Jahrzehnten in ungetrübter Freundschaft verbunden ist, die zum anderen Teil im letzten Weltkrieg gegen Deutschland verbündet waren. Es ist von geschichtlicher Bedeutung, daß Deutschland und diese letzteren Staaten sich jetzt

---

[4] Nachdem am 4. September der Völkerbundsrat und am 8. September 1926 die Völkerbundsversammlung die Aufnahme Deutschlands, dessen Anspruch auf einen ständigen Ratssitz und die Regelung des Wahlmodus für die übrigen Ratssitze beschlossen hatten, erfolgte unmittelbar danach die Einladung des Generalsekretärs des Völkerbundes an die Reichsregierung; die deutsche Delegation traf am 9. September 1926 in Genf ein (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 173, Anm. 3; SCHULTHESS 67 [1926], S. 470–474). Der Akt der Aufnahme vollzog sich im Reformationssaal in Genf, in dem die Völkerbundsversammlung tagte. Für eine Beschreibung dieses Saals vgl. BERLINER TAGEBLATT, Nr. 114 (Morgenausgabe) vom 14. März 1926.

[5] Von den Organen des Völkerbundes, dessen Satzung bereits in Art. 1–26 des Versailler Vertrags vom 28. Juni 1919 formuliert war (VERTRAG VON VERSAILLES S. 9–19), war im Januar 1920 erstmals der Völkerbundsrat in Paris und im November 1920 die Völkerbundsversammlung in Genf zusammengetreten.

[6] Offenbar bezieht sich Stresemann hier auf die Tagung von Völkerbundsversammlung und -rat im März 1926, bei der der deutsche Eintritt in den Völkerbund an der Frage der künftigen Zusammensetzung des Völkerbundsrates gescheitert war (vgl. etwa in dieser Edition seine Rede vor der ausländischen Presse vom 13. März 1926), sowie auf die Arbeit der dort eingesetzten „Studienkommission“ zur künftigen Zusammensetzung des Völkerbundsrates, die zunächst im Mai 1926 (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 460–463) und dann auf den Einspruch Spaniens hin nochmals vom 30. August bis 3. September 1926 (vgl. ebd., S. 468–470) getagt hatte.

im Völkerbund zu dauernder, friedlicher Zusammenarbeit zusammenfinden. Diese Tatsache zeigt deutlicher, als Worte und Programme es können, daß der Völkerbund berufen sein kann, dem politischen Entwicklungsgang der Menschheit eine neue Richtung zu geben. Gerade in der gegenwärtigen Epoche würde die Kultur der Menschheit auf das schwerste bedroht sein, wenn es nicht gelänge, den einzelnen Völkern die Gewähr zu verschaffen, in ungestörtem friedlichen Wettbewerb die ihnen vom Schicksal zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen. Die grundstürzenden Ereignisse eines furchtbaren Krieges haben die Menschheit zur Besinnung über die den Völkern zugewiesenen Aufgaben gebracht. Wir sehen in vielen Staaten den Niederbruch wertvollster, für den Staat unentbehrlicher geistiger und wirtschaftlicher Schichten. Wir erleben die Bildung von neuen und das Hinsinken von alten Formen der Wirtschaft. Wir sehen, wie die Wirtschaft die alten Grenzen der Länder sprengt und neue Formen internationaler Zusammenarbeit erstrebt. Die alte Weltwirtschaft hatte für ihre Zusammenarbeit keine Satzungen und Programme, aber sie beruhte auf dem ungeschriebenen Gesetz des traditionellen Güteraustausches zwischen den Erdteilen. Ihn wiederherzustellen ist unsere Aufgabe. Wollen wir eine ungestörte weltwirtschaftliche Entwicklung, dann wird das nicht geschehen durch Abschließung der Gebiete voneinander, sondern durch Überbrückung dessen, was bisher die Wirtschaft der Völker trennte.

Wichtiger aber als alles materielle Geschehen ist das seelische Leben der Nationen. Eine starke Gärung der Gedanken kämpft unter den Völkern der Erde. Die einen vertreten das Prinzip der nationalen Geschlossenheit und verwerfen die internationale Verständigung, weil sie das national Gewordene nicht durch den allgemeinen Begriff der Menschheit ersetzen wollen. Ich bin der Meinung, daß keine Nation, die dem Völkerbund angehört, dadurch ihr nationales Eigenleben irgendwie aufgibt. Der göttliche Baumeister der Erde hat die Menschheit nicht geschaffen als ein gleichförmiges Ganzes. Er gab den Völkern verschiedene Blutströme, er gab ihnen als Heiligtum ihrer Seele ihre Muttersprache, er gab ihnen als Heimat Länder verschiedener Natur. Aber es kann nicht der Sinn einer göttlichen Weltordnung sein, daß die Menschen ihre nationalen Höchstleistungen gegeneinander kehren und damit die allgemeine Kulturentwicklung immer wieder zurückwerfen. Der wird der Menschheit am meisten dienen, der, wurzelnd im eigenen Volke, das ihm seelisch und geistig Gegebene zur höchsten Bedeutung entwickelt und damit, über die Grenze des eigenen Volkes hinauswachsend, der gesamten Menschheit etwas zu geben vermag, wie es

die Großen aller Nationen getan haben, deren Namen in der Menschheitsgeschichte niedergeschrieben sind. So verbindet sich Nation und Menschheit auf geistigem Gebiete, so kann sie sich auch verbinden in politischem Streben, wenn der Wille da ist, in diesem Sinne der Gesamtentwicklung zu dienen.

Die politische Auswirkung dieser Gedanken liegt in einer inneren Verpflichtung der Staaten zu gemeinsamem, friedlichem Zusammenwirken. Diese innere Verpflichtung zu friedlichem Zusammenwirken besteht auch für die großen moralischen Menschheitsfragen. Kein anderes Gesetz darf für sie gelten als das Gesetz der Gerechtigkeit. Das Zusammenarbeiten der Nationen im Völkerbunde muß und wird dazu führen, auch auf diese moralischen Fragen im Völkerleben die gleiche Antwort zu geben. Denn das sicherste Fundament für den Frieden ist eine Politik, die getragen wird von gegenseitigem Verstehen und gegenseitiger Achtung der Völker.

Deutschland hat sich schon vor seinem Eintritt in den Völkerbund bemüht, im Sinne friedlichen Zusammenwirkens zu arbeiten, davon zeugt die deutsche Initiative, die zu dem Pakt von Locarno[7] führte. Davon zeugen die jetzt nahezu mit allen Nachbarstaaten abgeschlossenen deutschen Schiedsverträge. Die deutsche Regierung ist entschlossen, diese Politik mit aller Entschiedenheit weiter zu verfolgen. Sie kann mit Genugtuung feststellen, daß diese Gedanken – anfangs in Deutschland heftig umkämpft – sich allmählich immer mehr das deutsche Volksbewußtsein erobert haben, so daß die deutsche Regierung auch für die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes spricht, wenn sie erklärt, daß sie sich an den Aufgaben des Völkerbundes mit voller Hingebung beteiligen wird.

Von diesen Aufgaben hat der Völkerbund in sechsjähriger Tätigkeit bereits einen wesentlichen Teil in Angriff genommen und in ernster Arbeit gefördert. Die deutsche Delegation[8] verfügt nicht über die Erfahrungen, die den übrigen hier versammelten Mitgliedern zur Seite stehen. Gleichwohl glaubt sie die Ansicht zum Ausdruck brin-

---

[7] Gemeint sind die deutsche Initiative vom Januar und Februar 1925, mit der das Auswärtige Amt zunächst in London, dann in Paris in der Sicherheitsfrage sondierend aktiv geworden war und Deutschlands Bereitschaft bekundet hatte, einen Pakt abzuschließen, der den „gegenwärtigen Besitzstand am Rhein“ garantiere (vgl. die betreffenden streng vertraulichen Memoranden vom 20. Januar u. 9. Februar 1925: LOCARNO-KONFERENZ S. 52–53 u. 61–62, sowie die betreffenden Erlasse Schuberts bzw. Stresemanns an Sthamer und Hoesch vom 19. Januar bzw. 5. Februar 1925: ebd., S. 47–51 u. 55–60) sowie die nach längeren Verhandlungen daraus hervorgegangene Konferenz von Locarno vom 5. bis 16. Oktober 1925 und die als deren Ergebnis am 16. Oktober 1925 paraphierten Verträge (Text der Verträge ebd., S. 197–215).

[8] Als bevollmächtigte Mitglieder gehörten der Delegation neben Stresemann noch Carl von Schubert, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, und Friedrich Gaus, Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, an. Die Delegation umfaßte darüber hinaus Reichstagsabgeordnete sowie weitere Staatssekretäre und Ministerialbeamte (zu deren Auflistung vgl. BERLINER TAGEBLATT, Nr. 425 [Morgenausgabe] vom 25. September 1926).

gen zu können, daß bei den weiteren Arbeiten zunächst jene Gebiete besondere Beachtung verdienen, bei denen die einzelnen Völker durch Einordnung in gemeinsame Einrichtungen die eigene Leistungsfähigkeit zu steigern vermögen. Neben mancher anderen Schöpfung des Völkerbundes kommt hier vor allem das Streben nach einer internationalen Rechtsordnung in Betracht, das in der Gründung des Weltgerichtshofes[9] sichtbaren Ausdruck gewonnen hat.

Von besonderer Bedeutung für die Festigung einer Friedensordnung zwischen den Völkern sind ferner die Bestrebungen, die sich auf die Abrüstung beziehen. Die völlige Abrüstung Deutschlands ist durch den Vertrag von Versailles als Beginn der allgemeinen Abrüstung festgesetzt worden[10]. Möge es gelingen, einer allgemeinen Abrüstung in praktischer Arbeit näherzukommen und damit den Beweis zu erbringen, daß eine starke positive Kraft den großen Idealen des Völkerbundes schon jetzt innewohnt.

Deutschlands Beziehungen zum Völkerbund werden freilich nicht ausschließlich durch die jetzt gegebene Möglichkeit der Mitarbeit an den großen allgemeinen Zielen bestimmt. Der Völkerbund ist vielmehr in mancher Beziehung auch Erbe und Vollstrecker der Verträge von 1919[11]. Daraus haben sich, wie ich offen ausspreche, in der Vergangenheit vielfach Gegensätze zwischen dem Völkerbund und Deutschland ergeben. Ich hoffe, daß sich die Behandlung der hierbei in Betracht kommenden Fragen infolge unserer künftigen Mitarbeit im Völkerbunde leichter gestalten wird. Auch hier wird gegenseitiges Vertrauen eine größere politische Schöpferkraft besitzen als andere Methoden. Dem Völkerbundsgedanken widerspricht es, die im Bunde mitarbeitenden Nationen zu trennen in solche, mit denen Sympathien oder Antipathien die einzelnen Mitarbeitenden verbinden. Ich lehne in diesem Zusammenhang

---

[9] Gemeint ist der Ständige Internationale Gerichtshof, den der Völkerbund 1920 auf der Grundlage von Art. 14 seiner Satzung errichtet hatte und der seit Anfang 1922 in Den Haag seine Sitzungen abhielt.

[10] Stresemann bezieht sich hier auf die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrags für Deutschland (vgl. zu den Details dessen Art. 159–213: VERTRAG VON VERSAILLES S. 82–100). In der Einleitung zu den betreffenden Bestimmungen heißt es, daß Deutschland sich zu deren Einhaltung verpflichte, „[u]m die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen“ (ebd., S. 82). – Zwischenzeitlich, im Dezember 1925, hatte der Völkerbundsrat die Einberufung einer „Vorbereitenden Abrüstungskonferenz“ beschlossen, zu deren Arbeit auch Deutschland eingeladen wurde (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 455–456); sie tagte erstmals im Mai 1926 und delegierte zum Abschluß dieser ersten Beratung die weitere Bearbeitung spezieller Fragen in Unterkommissionen (vgl. ebd., 67 [1926], S. 463–466).

[11] In erster Linie bezieht sich Stresemann auf den Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 (Text des Vertrags im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u. a. ebd.) und daneben auf die weiteren „Vorortverträge“ von 1919/20 zwischen den Siegern und den Verlieren des Ersten Weltkriegs.

auch ganz entschieden die Auffassung ab, als wenn die Stellung, die Deutschland bisher in Angelegenheiten des Völkerbundes eingenommen hat, von solchen Sympathien oder Antipathien eingegeben worden wäre. Deutschland wünscht mit allen Nationen, die im Völkerbunde und im Rate des Völkerbundes vertreten sind, auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens zusammen zu arbeiten.

Noch hat der Völkerbund sein Ziel nicht erreicht, alle Weltmächte in sich zu umfassen. Wenn der Eintritt Deutschlands auch einen wichtigen Schritt zur Universalität des Bundes bedeutet, so müssen wir doch unserem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck geben, daß Brasilien die Absicht kundgetan hat, sich aus dem Völkerbund zurückzuziehen[12]. Dieses Bedauern ist um so lebhafter, als Deutschland auf dem Standpunkt steht, daß zum Begriff der Universalität des Völkerbundes auch der Gedanke gehört, nicht einem Erdteil die maßgebende Bedeutung gegenüber anderen Erdteilen einzuräumen. Wir fühlen uns ferner eins mit den im Bunde vereinigten Nationen in der bestimmten Hoffnung, daß die wertvolle Mitarbeit Spaniens dem Völkerbunde erhalten bleiben möge[13].

Wir sind überzeugt, daß der von allen Mächten an Spanien gerichtete Appell[14] dieses große Land und das spanische Volk überzeugen wird, wie sehr es den von Spanien selbst vertretenen großen Gedanken abträglich sein würde, wenn es hier in Genf auf längere Zeit fehlen würde.

Erst durch die Universalität wird der Bund vor jeder Gefahr geschützt, seine politische Kraft zu anderen Diensten als zu reinen Friedensdiensten einzusetzen. Nur auf der Grundlage einer Gemeinschaft, die alle Staaten ohne Unterschied in voller Gleichberechtigung umspannt, können Hilfsbereitschaft und Gerechtigkeit die wahren Leitsterne des Menschenschicksals werden.

Nur auf dieser Grundlage läßt sich der Grundsatz der Freiheit aufbauen, um den jedes Volk ringt wie jedes Menschenwesen. Deutschland ist entschlossen, sich in seiner Politik auf den Boden dieser erhabenen Ziele zu stellen. Für alle hier versam-

---

[12] Am 12. Juni 1926 hatte Brasilien in Reaktion auf die Nichtgewährung des von ihm geforderten ständigen Ratssitzes seinen Austritt aus dem Völkerbund erklärt (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 415–416).

[13] Spanien hatte in Reaktion auf die Beschlüsse der „Studienkommission“ (vgl. oben Anm. 6) angekündigt, sich aus dem Völkerbund zurückzuziehen.

[14] Die „Studienkommission“ (vgl. oben Anm. 6) hatte am 3. September 1926 eine Resolution mit einem Appell an Spanien angenommen, in dem dieses aufgefordert wurde, im Völkerbund zu verbleiben (vgl. den telegraphischen Bericht Hoeschs vom 3. September 1926: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 158–159). Der Völkerbundsrat hatte sich diese Resolution am 4. September 1926 zu eigen gemacht (vgl. Berliner Tageblatt, Nr. 418 [Abendausgabe] vom 4. September 1926).

melten Völker gilt das Wort eines großen Denkers[15], daß wir Menschen uns zu dem Geschlecht bekennen, das aus dem Dunkel ins Helle strebt. Möge die Arbeit des Völkerbundes sich auf der Grundlage der großen Begriffe: Friede, Freiheit und Einigkeit vollziehen, dann werden wir dem von uns allen erstrebten Ziele näherkommen. Daran freudig mitzuarbeiten, ist Deutschlands fester Wille.[16]

[15] Gemeint ist Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832), deutscher Dichter. – Die nachfolgend paraphrasierte Textpassage findet sich in einer 1826 veröffentlichten Besprechung Goethes zu Schlossers „Universalhistorische Übersicht der Geschichte [...]“ (Johann Wolfgang Goethe. Sämtliche Werke. [Frankfurter Ausgabe.] Bd. 22. Frankfurt a. M. 1999, S. 283).

[16] Laut einem Stimmungsbericht über das Aufnahmezeremoniell und die Rede Stresemanns in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 429 (Abendausgabe) vom 10. September 1926, fand die Rede „am Schlusse den begeisterten Applaus der ganzen Versammlung, in den sich auch die Tribünenbesucher mischten, ohne daß der Präsident auch nur mit einem Worte eingegriffen hätte.“ – Eine atmosphärische Schilderung der Beitrittszeremonie und der Aufnahme der Rede auch in BERLINER TAGEBLATT, Nr. 428 (Abendausgabe) vom 10. September 1926. – Nach der Übersetzung der Rede Stresemanns ins Französische und Englische ergriff Briand das Wort für eine Antwortrede (deren Text u. a. in SCHULTHESS 67 [1926], S. 477–481).

Rede bei dem Pressefrühstück der Vereinigung der internationalen Journalisten beim Völkerbund in Genf vom 10. September 1926[1]

Nach NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22268 (Morgenausgabe) vom 11. September 1926, S. 3.

Der Geist von Locarno hat zum heutigen Festtag geführt, dem aber auch Werktage folgen werden. Lobt die Rede Briands vom Vormittag, mit dem er das Glas auf Freundschaft und Einigkeit im Völkerbund anstößt.

Die Presse werde[2] von den Staatsmännern als **Mithelferin** hoch geschätzt, sie ist aber auch sehr gefährlich, wenn sie etwa von Nachrichten erfährt, die sich gar nicht ereignet haben, oder Nachrichten, die sich anders ereignet haben. Am gefährlichsten aber ist eine Presse, wenn sie die Ereignisse so darstellt, wie sie sich wirklich ereignet haben. Man sollte im Völkerbund ein Amt schaffen, das genau feststellt, wann und zu welcher Zeit Nachrichten veröffentlicht werden können. Man muß den **Ereignissen Zeit zur Reife lassen** und es ist doch schön, wenn man die reifgewordenen Ereignisse begrüßen kann wie am heutigen Tag[3]. Ich erinnere mich an mein erstes Pressefrühstück in **Locarno[4].** Damals haben mich Karikaturisten[5] auf der Menükarte

---

[1] Den Anlaß der Rede bot das im „Terminkalender des Ministers des Auswärtigen Stresemann anläßlich der Völkerbundsversammlung“ (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 661) vermerkte „Presse-Frühstück“ um „1 Uhr 30“, also im Anschluß an das Aufnahmezeremoniell, das um „10 Uhr 30“ stattgefunden hatte (vgl. dazu in dieser Edition die Rede Stresemanns in der Völkerbundsversammlung). – In TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 422/423 vom 11. September 1926, die Stresemanns Worte nur in indirekter Rede wiedergibt, heißt es in dem betreffenden Artikel unter der Überschrift „Das Festbankett der Journalisten. Eine zweite Rede des deutschen Reichsaußenministers in Genf“ einleitend u. a.: „Das Festbankett der Vereinigung der internationalen Journalisten beim Völkerbund, das 1,30 Uhr begann, nahm einen festlichen Verlauf. 300 Gästen hatten im Kuppelsaal des Hotels de Bergue an vier langen Tischen Platz genommen. Die Tischkarten zeigten die Mitglieder des Rats an einem reich gedeckten Tisch versammelt, in dessen Mitte Sir Austen Chamberlain sitzt. Die Reihe der Festredner wurde durch den Vorsitzenden der Vereinigung der Journalisten eröffnet, der die Gäste, insbesondere Dr. Stresemann, herzlich willkommen hieß. Nach kurzen Ansprachen von Nintschitsch und Dr. Benesch, die beide die historische Bedeutung des Tages würdigten, hielt Dr. Stresemann eine längere Ansprache, die sehr lebhaften Anklang fand und häufig von Beifallsbekundungen unterbrochen wurde.“ – Die anschließend folgende Wiedergabe der Worte Stresemanns in indirekter Rede legt nahe, dass es sich bei der Vorlage um eine gekürzte Fassung handelt.

[2] So – im Übergang von indirekter zu direkter Rede – in der Vorlage.

[3] Stresemann bezieht sich hier auf den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, der wenige Stunden zuvor vollzogen worden war (vgl. in dieser Edition die von Stresemann bei diesem Anlaß gehaltene Rede).

[4] Zum Pressefrühstück vom 15. Oktober 1925 anläßlich der Konferenz von Locarno vgl. Stresemanns Aufzeichnung vom gleichen Tag (STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 199) sowie das Faksimile der im Folgenden erwähnten Menükarte (ebd., nach S. 271).

mit einer Ente in der Hand dargestellt. Die Vertreter der Presse müssen zugestehen, daß sie damals den Staatsmännern bitter unrecht getan haben. In Deutschland hat ein Parteiführer[6], wie ich soeben erfahre, jetzt über den Geist von Locarno in ironischer Weise gesprochen. Ich muß dies mit Festigkeit zurückweisen. Der **Geist von Locarno verdient keine Ironie.** Er hat sich bewährt und zu den festlichen Ereignissen des heutigen Tages geführt. Gewiß kann es nicht immer Sonntage geben, den Sonntagen und Feiertagen müssen Wochentage folgen. Kämpfe sind unvermeidlich. Arbeit ist notwendig, aber jedermann kann sich glücklich preisen, wenn er nach der Stimmungsfreudigkeit, nach dem festlichen Gefühl des Sonntages und nach der Arbeit und dem Kampfe der Wochentage am Ende seines Lebens sich sagen kann, daß er das Werk seines Lebens vorwärtsgebracht hat. Außerdem tut jeder Mensch unrecht, wenn er das Weltsystem nach seiner eigenen Spanne Lebens bemißt. Der **Einzelne gilt nichts** und unser kleines Leben ist zu kurz. Wir müssen an die großen Ideen denken, die auf jene wirken, die nach uns kommen, die ihre Wirkung auf die fernen Geschlechter ausüben. Der Geist von Locarno ist ein sehr ernster. Wenn man an den Geist von 1919[7] denkt und an den Geist, der zu der heutigen Sitzung geführt hat, so sieht man, welch ungeheurer Weg zurückgelegt worden ist.

Die **Rede Briands[8]** hat auf mich eine **tiefe Wirkung** ausgeübt. Am stärksten hat mich die Stelle in der Rede gepackt, in der Briand sagte, Frankreich und Deutschland hätten sich, was Heroismus und Beweise persönlichen Mutes anbelangt, so sehr mit Ruhm bedeckt, daß sie sich künftighin auf allen Feldern messen könnten, um sich in segensreichen Friedenswerken künftighin Ruhm zu holen. Ich begrüße es, daß Chamberlain[9] beantragt hat, die heute gehaltenen Reden Briands und meiner We-

---

[5] Gemeint sind die beiden ungarischen Grafiker und Karikaturisten Emery Kelen (1896–1978) und Alois Derso (1888–1964).

[6] Offenbar bezieht sich Stresemann auf Kuno Graf von Westarp (1864–1945), Mitglied des Reichstags 1920–1932 (für die DNVP 1920–1930 [deren Parteivorsitzender 1926–1928; Fraktionsvorsitzender 1925–1929], für die Konservative Volkspartei 1930–1932). – Er hatte am Vortag in seiner Rede zur Eröffnung des DNVP-Parteitags in Köln gesagt, „die besetzten Gebiete und das ganze Volk empfänden das Schlagwort des ‚Geistes von Locarno' nachgerade als Hohn" (VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 428 [Morgenausgabe] vom 10. September 1926).

[7] Gemeint ist offenbar der Geist, in dem der am 28. Juni 1919 unterzeichnete Vertrag von Versailles zustande kam (Text des Vertrags im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u. a. in VERTRAG VON VERSAILLES).

[8] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918. – Zu seiner Rede vom Vormittag in der Völkerbundsversammlung anläßlich des Beitritts Deutschlands vgl. SCHULTHESS 67 (1926), S. 477–481.

[9] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929. – Chamberlain hatte am Vormittag in der Völkerbundsversammlung nach den Reden Stresemanns

nigkeit im Sitzungsprotokoll im Wortlaut festzuhalten, und so darzutun, daß die heute gesprochenen Worte nicht vorübergehend sind, sondern etwas Dauerndes begründen, etwas, das nicht nur Frankreich und Deutschland betrifft, sondern alle Völker. Ich bekenne mich zum Optimismus. Wer keinen Optimismus hat, wer also nicht an die Möglichkeit glaubt, daß sich die Dinge in der Welt bessern können, der ist auch nicht in der Lage, dazu beizutragen, daß sich die Dinge wirklich bessern. Ich aber glaube an eine glückliche Zukunft.

Die Presse hat sich bei dieser letzten Genfer Tagung[10] als in die Zukunft blickend erwiesen. Während die Karikaturen von Locarno die Staatsmänner mit Enten in der Hand darstellten, zeigt die Menükarte des heutigen Tages[11] mich, wie ich mein Glas an das Briands stoße und Chamberlain vergnügt diesem Schauspiel folgt. Die Presse hat die Rede Briands nicht gekannt, denn gewöhnlich bereitet Briand seine Reden nicht vor und seine besten und zündendsten Reden sind die ihm von den augenblicklichen Empfindungen eingegebenen. Man habe[12] auch meine Rede nicht gekannt und man hat schon von allen Seiten besorgt, was für schreckliche Sätze in der Rede dieses deutschen Außenministers stehen würden. Und doch ist richtig vermutet worden: ich wünsche mit Briand anzustoßen und lächelnd hat auch Chamberlain sein Glas gehoben. Ich wünsche mit Briand anzustoßen auf eine **Freundschaft,** der **alle anderen Mitglieder des Völkerbundes** folgen mögen, auf eine **Einigkeit,** die **innerhalb des Völkerbundes** so reiche Früchte tragen soll.[13]

---

und Briands beantragt, diese im Volltext zu veröffentlichen (JOURNAL DE LA SEPTIÈME ASSEMBLÉE, No. 6, 11. September 1926, S. 66).

[10] Der Sinn des „letzten“ erschließt sich nicht; gemeint ist aber offenbar die aktuelle Tagung.

[11] In einem Bericht in KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 676 (1. Morgenausgabe) vom 11. September 1926, heißt es: „Vor ihm [Stresemann] lag eine von den ausgezeichneten ungarischen Karikaturisten Derso und Kelen gezeichnete Tischkarte, die sämtliche Mitglieder des Völkerbundrats um einen gut besetzten Tisch herum zeigt, in der Mitte Chamberlain und rechts von ihm, die Gläser anstoßend, Stresemann und Briand.“

[12] So – in indirekter Rede – in der Vorlage.

[13] Die Vorlage schließt ihren Bericht: „Unter stürmischem Beifall aller Anwesenden trat Doktor Stresemann auf Briand zu, der ihm auf halbem Wege entgegenkam, und stößt [!] mit ihm an. Alle anderen Staatsmänner erhoben sich ebenfalls von ihren Plätzen und traten auf Dr. Stresemann zu.“

Rede vor Vertretern der englischen Presse in Genf vom 14. September 1926[1]

Nach KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 687 (2. Morgenausgabe) vom 15. September 1926. – Teildrucke (mit Abweichungen) in NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22272 (Morgenausgabe) vom 15. September 1926, S. 3–4; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 436 (Abendausgabe) vom 15. September 1926.

Anläßlich der Ratifikation der Locarno-Verträge resümiert er die Bedeutung der Politik von Locarno, die jetzt in die Völkerbundspolitik mündet. Betont den Anteil Chamberlains. Der absehbare Abschluß des Eisenpakts richtet sich nicht gegen England.

Sie wissen, daß heute im Sekretariat des Völkerbunds der Austausch der Ratifikationsurkunden zum Locarnovertrag erfolgt ist[2]. Ebenso wie bei den Sitzungen in Locarno hat auch hier der Minister des Äußern Sir Austen Chamberlain[3] die Präsidentschaft bei diesem, wenn auch nur formalen Akt geführt. Sie werden verstehen und begreiflich finden, daß wir nicht die Absicht haben, das Inkrafttreten der Locarnoverträge irgendwie hier feierlich zu begehen. Das, was an Feierlichkeit in diesen Tagen vor sich gehen konnte, ist ausgeschöpft durch den Tag, an dem in der Vollversammlung des Völkerbunds die Aufnahme Deutschlands erfolgte[4]. Aber es liegt mir doch daran, in dem Augenblick, in dem formell der **Abschluß der Locarnopolitik** erfolgt ist, auch speziell vor Ihnen über diese Politik zu sprechen. Eines darf ich dabei vor-

---

[1] Die Vorlage, ein Artikel mit der Überschrift „Dr. Stresemann spricht vor der englischen Presse. Zweck und Ziele des Vertrags von Locarno. – Dank an Chamberlain. – Vor dem Abschluß des großen Eisenpaktes. Eine bedeutungsvolle Rede“, führt einleitend aus: „Nach dem Inkrafttreten der Locarnoverträge durch die heutige Niederlegung der Ratifikationsurkunden im Völkerbundsekretariat empfing Reichsminister Dr. Stresemann heute die englischen Pressevertreter so, wie Herr Chamberlain nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund die deutschen Pressevertreter empfangen hatte. Dr. Stresemann führte dabei folgendes aus:“ – Die Teilwiedergabe in BERLINER TAGEBLATT, Nr. 436 (Abendausgabe) vom 15. September 1926, die allerdings stark von der Vorlage abweicht, sich aber wahrscheinlich auf die gleiche Rede bezieht, konkretisiert hinsichtlich der Adressaten einleitend: „Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat den Genfer Sonderberichterstatter des ‚Excelsior‘ sowie einige englische Korrespondenten empfangen und ihnen Erklärungen über die Bedeutung der Ratifizierung der Locarno-Verträge abgegeben.“

[2] Zur Niederlegung der Ratifikationsurkunden zu den in Locarno am 16. Oktober 1925 geschlossenen Verträgen im Sekretariat des Völkerbundes am Vormittag vgl. etwa die Berichte in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 435 (Abendausgabe) vom 14. September 1926; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 434 (Abendausgabe) vom 14. September 1926.

[3] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929. – Auf der Konferenz von Locarno hatte es formal keinen Vorsitzenden gegeben (vgl. die entsprechende Regelung zu Beginn der 1. Konferenzsitzung vom 5. Oktober 1925 in LOCARNO-KONFERENZ S. 144), so daß Chamberlains „Präsidentschaft“ allenfalls informell verstanden werden kann.

[4] Gemeint ist der 10. September 1926; zur Rede Stresemanns vor der Völkerbundsversammlung anläßlich der Aufnahme Deutschlands vgl. diese Edition.

ausschicken. **Nirgend** bestand oder besteht **die Absicht,** innerhalb des Völkerbunds **irgendeine Locarnovereinigung** etwa bestehen zu lassen. Die Verbindung des Eintritt[s] Deutschlands in den Völkerbund mit der Locarnopolitik war zunächst auch nur formal[5]. Das Inkrafttreten der Verträge wurde von dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund abhängig gemacht. Aber in dieser Formalität lag doch gleichzeitig eine **größere politische Idee.** So, wie die Locarnoverträge das Ende bedeuten müssen der gegeneinander gerichteten Politik der beteiligten Mächte und den Anfang bedeuten müssen einer Annäherung, die sich zur Zusammenarbeit steigert, so sind diese Ideen und diese Prinzipien, von dem Gremium der Locarnomächte übertragen auf die große Völkerversammlung, letzten Endes die **Grundgedanken des Völkerbunds** selbst. Und deshalb wäre ein Locarnopakt außerhalb des Völkerbunds ein andrer, kleinerer Völkerbund gewesen. Und wie auch die größten Ströme schließlich in das Meer einmünden, so mußte die Locarnopolitik einmünden in die Völkerbundpolitik.

Alle großen Dinge und Entwicklungen in der Welt werden nur erreicht durch **Kämpfe,** und es gibt kaum irgendeine große Sache in der Welt, die nicht unterbrochen wird durch Rückschläge und Mißverständnisse. Daran hat es auch bei dem Entwicklungsgang der **Locarnopolitik** nicht gefehlt. Sie war **umstritten** in den einzelnen Ländern. Diejenigen, die ihre Führer waren, mußten in ihrem eignen Lande erst dafür sorgen, daß die kleine Schar, die ihnen folgte, sich in eine Mehrheit des Volkes verwandelte.

Am schwersten war diese Aufgabe vielleicht in Deutschland, wo ich aber annehmen kann, daß sie **gelöst** ist. Umstritten war die Methode des Vorgehens, und ich entsinne mich sehr wohl der lebhaften Auseinandersetzungen, die auch in der englischen Presse, namentlich während der Märztagung des Völkerbunds in Genf[6], über die Methode der Locarnopolitik erfolgt sind. Dasselbe ist in meinem Vaterlande der Fall gewesen, wo man die Art und Weise, in der wir versuchten, zum Ergebnis zu kommen, vielfach nicht für richtig angesehen hat. Teilweise drückt sich ja das noch heute in der Öffentlichkeit aus. Es ist seltsam, daß der Staatsmann gewöhnlich mit den Staatsmännern andrer Länder der Welt eher auskommt, als mit der öffentlichen Meinung seines eignen Landes. Aber ich möchte doch das eine hier in den Vorder-

[5] Auf Drängen insbesondere Frankreichs und Großbritanniens war das Inkrafttreten des Hauptvertrags von Locarno daran gebunden, daß Deutschland in den Völkerbund eintreten würde (vgl. Art. 10: LOCARNO-KONFERENZ S. 202).

[6] Im März 1926 war der geplante deutsche Beitritt zum Völkerbund gescheitert; vgl. dazu in dieser Edition Stresemanns Rede vor der ausländischen Presse vom 13. März 1926.

grund stellen: Die **beste Methode der Politik** ist schließlich die, **die zum Ziele führt.** Sie selber haben in ihrer englischen Sprache ein Sprichwort, daß nichts erfolgreicher ist als der Erfolg[7]. Und schließlich ist nun in dieser Ratifikation der Locarnourkunden der **Schlußstein** gelegt für eine Entwicklung, von der ich glaube, daß man Gutes und Größeres von ihr erhoffen kann. An dieser Entwicklung hat **Ihr Herr Minister des Äußern** den lebhaftesten, innersten Anteil genommen. Ich habe mir sagen lassen, daß bereits in der Stunde, als in unsrer Abwesenheit verkündet wurde, daß Deutschland einstimmig in den Völkerbund aufgenommen sei, er seiner **Genugtuung besonders Ausdruck** gegeben hätte[8].

Ich nehme an, daß wir in wenigen Tagen **vor dem Abschluß des großen Eisenpaktes** stehen[9], der zwischen Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg geschlossen wird, vielleicht **das größte wirtschaftliche Ereignis der Neuzeit,** das zeigt, in welcher Weise die Wirtschaft die Grenzen der Länder bezwingt und zu ganz neuen Bildungen übergeht. Soweit ich unterrichtet bin, war der Gedanke dieses Eisenpakts ein größerer. Es war **beabsichtigt, England mit einzubeziehen;** aber man hat in der englischen Industrie geglaubt, davon im gegenwärtigen Zeitpunkt Abstand nehmen zu sollen. Das liegt in der freien Entscheidung der englischen Industrie. Ich lege jedenfalls Wert darauf, zu betonen, daß diese Abmachungen sich **nicht gegen irgendeine Macht** richten können und richten sollen. Sie sind hervorgegangen dadurch, daß die neuen politischen Grenzen den Zusammenhang der Wirtschaft gelöst haben[10]. Man hat Deutschland die Erzbasis genommen. Man hat den Franzosen eine Erzbasis gegeben, die des Absatzes mangelte an diejenigen Industrien, die von ihr lebten. Diese **politischen Grenzen** waren wirtschaftlich eine **Naturwidrigkeit.** Daß diese Naturwidrigkeit durch gegenseitiges Einvernehmen gelöst werden kann, zeigt, daß **Wirtschaft und Industrie die Schrittmacher der Politik** sein können, wenn auch in dem Verhältnis zwischen beiden das **Primat** bei der **Politik** liegen muß. Was hier zum Ausdruck kommt, war eine Verständigung der Wirtschaft mehre-

---

[7] Stresemann bezieht sich auf das englische Sprichwort „nothing succeeds like success".

[8] Offenbar bezieht sich Stresemann auf die Sitzung der Völkerbundsversammlung vom 8. September 1926, in der der endgültige Beschluß gefaßt wurde; der Wortlaut der entsprechenden Äußerung Chamberlains konnte nicht ermittelt werden.

[9] Zum Stand der Verhandlungen über das Eisenkartell und dessen wichtigsten Teil, die künftige „Internationale Rohstahlgemeinschaft" der deutschen, französischen, belgischen und luxemburgischen Industrien, vgl. die Aufzeichnung Eisenlohrs vom 17. August 1926 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 82–84).

[10] Stresemann bezieht sich wohl insbesondere auf die Trennung durch Staatsgrenzen zwischen Ruhrkohle und lothringischer Minette, die durch die Rückübertragung der betreffenden lothringischen Gebiete als Teil des Versailler Vertrags vollzogen wurde.

rer Nationen, war aber nicht irgendein Bündnis mit der Spitze gegen Dritte, die wir gern in diese Kombination einbezogen gesehen hätten.

Ich habe diese Ausführungen hier gemacht, um in Erinnerung an die Zeit seit der Übergabe des deutschen Memorandums[11] **des Anteils zu gedenken,** den England speziell an dieser Entwicklung genommen hat. Wenn man vom Sonnenschein von Locarno gesprochen hat, so war das doch erst der **Sonnenschein nach einem sehr starken Gewitter.** Die ersten Empfindungen nach dem deutschen Memorandum waren Mißtrauen, Zweifel, war die alte politische Art, bei jedem Wort, das jemand spricht, bei jedem Schritt, den jemand tut, zu sagen: Wen will er damit irgendwie schädigen? Es hat Monate gedauert, bis auf das deutsche Memorandum die **Briand[12]-Note** vom 16. Juni erfolgte[13], und sie war bei aller Höflichkeit in der Form doch wieder umgeben von allen möglichen **Stacheldrähten.** Wer von Ihnen in Locarno gewesen ist, wird sich auch sehr wohl des vorletzten Tages erinnern, an dem es so schien, als ob alles aus sei[14], und wer im März[15] hier gewesen ist, wird sich entsinnen, was dann für Schwierigkeiten entstanden sind. Alle die Empfindungen des Mißtrauens, der Zweifel, sind meiner Ansicht nach nicht überwunden durch juristische Formeln, sondern durch die **Bemühungen der Staatsmänner,** Mißtrauen durch Vertrauen zu ersetzen. Nicht zuletzt durch das enge Zusammenarbeiten jener Persönlichkeiten ist es gelungen, die **Grundlage gegenseitigen Vertrauens** zu schaffen, die das Wesentlichste im Völkerbund ist. Die Staatsmänner haben bei dieser Zusammenarbeit Gelegenheit gehabt, sich kennenzulernen und in dem andern den Mitstrebenden zu erkennen, und wenn sie sich dabei nicht mehr entgegentraten

---

[11] Gemeint ist die deutsche Initiative vom Januar und Februar 1925, mit der das Auswärtige Amt zunächst in London, dann in Paris in der Sicherheitsfrage sondierend aktiv geworden war und Deutschlands Bereitschaft bekundet hatte, einen Pakt abzuschließen, der den „gegenwärtigen Besitzstand am Rhein“ garantiere (vgl. die betreffenden streng vertraulichen Memoranden vom 20. Januar u. 9. Februar 1925: LOCARNO-KONFERENZ S. 52–53 u. 61–62, sowie die betreffenden Erlasse Schuberts bzw. Stresemanns an Sthamer und Hoesch vom 19. Januar bzw. 5. Februar 1925: ebd., S. 47–51 u. 55–60).

[12] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918.

[13] Mit der Note vom 16. Juni 1925 hatte Briand – auch im Namen der Alliierten – auf das deutsche Memorandum vom 9. Februar 1925 (vgl. oben Anm. 11) geantwortet. Druck der Note (in deutscher Übersetzung) u. a. in SCHULTHESS 66 (1925), S. 422–424; LOCARNO-KONFERENZ S. 100–103.

[14] Vermutlich bezieht sich Stresemann nicht auf den 15. Oktober 1925, den Tag vor der Vertragsunterzeichnung, sondern eher auf den 12. Oktober 1925, als über die Frage der Rückwirkungen der künftigen Verträge die Konferenz in eine Krise geriet (vgl. die deutsche Niederschrift über die Sitzung vom 12. Oktober 1925 ebd., S. 176–182).

[15] Vgl. oben mit Anm. 6.

mit allen denjenigen Hemmungen, die die alte Politik vielleicht für eine sublime Art der Diplomatie erkennen konnte, die aber heute, wie ich glaube, den Fortschritt der Völker nur hemmen würde, und wenn dieses Mißtrauen zwischen Frankreich und Deutschland schließlich nicht mehr bestand, so war es die Art, mit der Herr **Chamberlain,** namentlich nach dem Erlaß der Briand-Note, **dieses Zustandekommen** der ganzen Sache **zu seiner politischen Aufgabe** machte, die unendlich viel von diesen Hemmungen weggeräumt hat. Und so möchte ich wünschen und hoffen, daß die Auswirkungen des Locarnogeistes doch dazu führen mögen, daß einmal in der weitern Entwicklung einer der beteiligten Staatsmänner die Möglichkeit haben möge, von jenen **Spöttern und Zweiflern** an der Auswirkung dieser Gedanken ebenso zu sprechen, wie Herr Briand am Freitag gesprochen hat[16] von denjenigen Zweiflern und Spöttern, die niemals geglaubt haben, daß die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund gelöst werden könne. Gewiß, der Geist allein ist wohl nur die Grundlage, auf der der Körper aufgebaut werden kann. Aber schließlich **war im Anfang der Geist,** und aus ihm allein wurde die Tat geboren. Wenn die Lösung der Dinge, die abhängt von einer Verständigung der Nationen, sich nicht in absehbarer Zeit vollziehen würde, hätten diejenigen Unrecht, die dieser Verständigung eine geschichtliche Bedeutung beigemessen hatten. Aber ich glaube nicht, daß sie unrecht haben. Nicht das war entscheidend, daß Herr **Briand** eine so glänzende Rede hielt. Man weiß, daß Herr Briand einer der glänzendsten Redner der Gegenwart ist. Auch nicht das, meiner Ansicht nach, war entscheidend, daß Herr Briand erkennen ließ, wie sehr seine Gedanken ihn innerlich bewegten. Daß Herr Briand so dachte, das wußten diejenigen, die ihn kennen, schon lange. Aber **daß er diese Rede halten konnte vor seiner Nation, wie er sie gehalten hat, und daß ich so reden konnte vor dem deutsche[n] Volk, wie ich gesprochen habe[17], das zeigt den Fortschritt,** und auf ihm zu weitern Fortschritten aufzubauen, das ist die Pflicht, die uns der Tag auferlegt, an dem die Verträge von Locarno ihre Wirksamkeit erhalten haben. Das hier auszusprechen, des Anteils zu gedenken, den die englische Politik und ihr außenpolitischer Führer daran haben, gerade weil sie sich so taktvoll zurückhielt, das war in dieser Stunde mir Pflicht und Bedürfnis.[18]

---

[16] Gemeint ist die Antwortrede Briands nach der Rede Stresemanns (vgl. oben mit Anm. 4) anläßlich der deutschen Aufnahme in den Völkerbund vom 10. September 1926 (deren Text u. a. in SCHULTHESS 67 [1926], S. 477–481).

[17] Vgl. oben mit Anm. 4.

[18] Offenbar schlossen sich der Rede Stresemanns Fragen der englischen Journalisten an, wie aus einem kurzen Bericht über die Reaktion in den englischen Zeitungen in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr.

430/431 vom 16. September 1926, zu entnehmen ist, wo es heißt: „Der Genfer Berichterstatter des ‚Daily Telegraph' [...] hebt hervor, daß Stresemann auf die an ihn gestellten Fragen in ‚ausgezeichnetem Englisch' geläufig antwortete."

Rede anläßlich einer Feier im Internationalen Arbeitsamt in Genf am 15. September 1926[1]

Nach DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 432 (Morgenausgabe) vom 16. September 1926. – Druck (mit leichten Abweichungen) in KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 689 (1. Morgenausgabe) vom 16. September 1926. – Teildruck (mit leichten Abweichungen) in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 438 (Morgenausgabe) vom 16. September 1926.

Lobt die Arbeit der Internationalen Arbeitsorganisation; verweist auf die sozialen Probleme der Gegenwart aus der Rationalisierung der Arbeit heraus. Hier müssen die Staaten entgegensteuern.

Ich bin außerordentlich dankbar für die so freundlichen und herzlichen Worte, die Sie[2] an uns gerichtet haben in dem Augenblick, in dem wir zum ersten Male dieses Haus des Internationalen Arbeitsamtes[3] betreten. Ich bedauere sehr, daß an meiner Stelle nicht der Herr Reichsarbeitsminister Brauns[4], den Sie kennen, und der unter Ihnen schon einmal gesprochen hat[5], hier bei Ihnen weilen kann. Ich habe ihn gebe-

---

[1] Die VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 438 (Morgenausgabe) vom 16. September 1926, leitet ihre Berichterstattung über die Rede in einem Artikel unter der Überschrift „Stresemann im Arbeitsamt. Die deutschen Glasfenster“ ein: „Um 3 Uhr nachmittags fand heute im Sitzungssaale des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamts, dessen Haupteingang mit der schwarz-rot-goldenen Reichsflagge geschmückt war, die feierliche Uebergabe der von der deutschen Regierung für die Treppenhalle des neuen Gebäudes des Arbeitsamtes gestifteten Glasfenster von Pechstein und Gottfried Heinersdorf statt. Die Feier war entsprechend dem Rahmen, in dem sie stattfand, schlicht, einfach und würdig.“ Im Folgenden werden die Anwesenden aus der deutschen Delegation aufgeführt, und anschließend wird die Begrüßungsrede des Direktors des Arbeitsamtes, Albert Thomas, paraphrasiert wiedergegeben, dem Stresemann antwortet. – Ein noch ausführlicherer Bericht, der die Rede Stresemanns jedoch nur paraphrasiert wiedergibt, in BERLINER TAGEBLATT, Nr. 437 (Morgenausgabe) vom 16. September 1926.

[2] Albert Thomas (1878–1932), französischer sozialistischer Politiker; Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) 1919–1932.

[3] Das Internationale Arbeitsamt fungierte als Sekretariat der Internationalen Arbeitsorganisation, die durch Teil XIII des Versailler Vertrags ins Leben gerufen worden war und „einen Bestandteil der Bundeseinrichtungen [des Völkerbundes]“ bildete (Text in VERTRAG VON VERSAILLES S. 207–220; Zitat: S. 209). Am 6. Juni 1926 hatte die Einweihung des für das Arbeitsamt neuerrichteten Gebäudes in Genf (im heutigen Centre William-Rappard) stattgefunden (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 265 [Abendausgabe] vom 7. Juni 1926; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 259 [Abendausgabe] vom 7. Juni 1926). Die von Deutschland gestifteten Glasfenster (vgl. oben Anm. 1) waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht in Genf gewesen (vgl. BERLINER TAGEBLATT, Nr. 263 [Morgenausgabe] vom 6. Juni 1926).

[4] Heinrich Brauns (1868–1939), Reichsarbeitsminister 1920 – 29. Juni 1928; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für das Zentrum).

[5] Brauns war am 6. Juni 1926 bei der Einweihung des neuen Gebäudes des Internationalen Arbeitsamtes anwesend gewesen und hatte bei dieser Gelegenheit gesprochen (vgl. oben Anm. 3 und die dort genannten Zeitungsberichte).

ten, aus Anlaß unseres heutigen Zusammenseins nach Genf zu kommen[6]. Er war dazu nicht in der Lage; aber er hat mich gebeten, seine herzlichen Grüße Ihnen zu übermitteln und zu versichern, daß er im Geiste unter uns weilt, wenn wir in dieser Stunde zusammen sind und die ersten offiziellen Grüße austauschen, seit dem Tage, seit dem Deutschland dem Völkerbund angehört[7].

Sie wissen, welche Kämpfe der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund vorangegangen sind. Um so mehr schätzen wir es in der Geschichte der Beziehungen Deutschlands zu anderen Nationen, daß, unbeirrt von den großen Fragen der Weltpolitik, **die große Frage des sozialen Friedens** der Welt uns hier vereinigt gesehen hat mit andern Nationen[8]. Sie haben die Güte gehabt, Herr Thomas, darauf hinzuweisen, welche Anstrengungen gerade auch in Deutschland gemacht worden sind, um diesen sozialen Frieden zu sichern. Das ist natürlich. Wohl kaum in einem anderen Land ist eine solche Entwicklung von dem sich selbst genügenden Agrarstaat zu dem Staat der Großstädte, dem Staat der Arbeiter und der Industrie, geschichtlich gesehen, so unvermittelt vor sich gegangen, als bei uns in Deutschland. Man kann sehr verschiedener Meinung darüber sein, ob es für die Welt ein Gewinn ist, daß wir hier in Europa, in Amerika und in andern Ländern das **Volk der Großstädter** geworden sind. Ich habe meine großen Bedenken gegen diese Entwicklung; denn ich sehe, daß die Individualität des einzelnen Menschen erstickt wird unter der Massensuggestion, unter der Massenpsychose. Und ich sehe in diesem Zusammenleben von Hunderttausenden und Millionen auf dem Boden einer einzelnen Stadt ebenso eine Einzwängung und Eindrängung der Entwicklung des individuellen Geistes, wie ich in dem Uebergang von dem einstigen Handwerksbetriebe zu den mit Milliarden arbeitenden Konzernen der Gegenwart einen **Untergang der persönlichen Arbeit** sehe, die unendlich viel zur Kultur der Menschheit beigetragen hat gegenüber dem Taylorsystem[9] der Gegenwart, bei dem nicht mehr der Mensch gilt, sondern die Gefahr besteht, daß der Mensch nur noch ein Teil der Maschine wird.

Weil ich diese Gefahr sehe, weil ich nicht der Meinung bin, daß die Kultur der

---

[6] Sofern die Bitte überhaupt schriftlich erfolgte, konnte sie ebensowenig ermittelt werden wie die nachfolgend erwähnte Antwort Brauns´.

[7] Zur Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund am 10. September 1926 vgl. die bei diesem Anlaß gehaltene Rede Stresemanns (in dieser Edition).

[8] Deutschland konnte – trotz Nichtmitgliedschaft im Völkerbund – bereits seit 1919 im Internationalen Arbeitsamt und bei Konferenzen der Internationalen Arbeitsorganisation mitarbeiten.

[9] Das nach dem amerikanischen Ingenieur und Arbeitswissenschaftler Frederick Winslow Taylor (1856–1915) benannte „Taylorsystem“ (oder „Taylorismus“) bezeichnet eine an betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten orientierte Rationalisierung und damit Optimierung von Arbeitsabläufen in Fabriken.

Menschheit dadurch gewinnt, daß wir den Großstädter, den Konzernarbeiter, als Hauptbestandteil der Völker sehen, halte ich es für desto wichtiger, daß eine weitausschauende Sozialpolitik das große Staats- und Volksinteresse wahrt gegenüber dem, was in dieser Entwicklung für Gefahren liegen.

Wenn wir heute von Rationalisierung der Industrie sprechen, so ist doch diese Rationalisierung gleichbedeutend mit einer Entwicklung, die nur noch Milliardenunternehmen auf der einen Seite und die abhängige Menge auf der anderen Seite sieht, wobei ich bei abhängiger Menge gar nicht allein an die Arbeiter denke. Das einst herrschende Gefühl der persönlichen Initiative und die Empfindung des einzelnen, für das eigene Werk arbeiten zu können, hat durch Ströme von Milliarden psychologisch niemals ersetzt werden können. Deshalb haben die Staaten in einer Zeit dieser Entwicklung die Pflicht, darüber zu wachen, daß nicht die Entwicklung dieser Art letzten Endes zu einem Fluch der Menschheit wird. Ehe wir in diese Entwicklung eingetreten waren, die sich heute zeigt in dem, was wir die Amerikanisierung der Welt nennen, ist es unzweifelhaft in meinen Augen ein **Ehrentitel des Deutschen Reiches** gewesen, daß es am Anfange dieser Entwicklung den **Gedanken der sozialen Fürsorge des Staats als eine der Hauptaufgaben** hingestellt hat, den Gedanken, denjenigen Schichten, die versinken mußten in dieser persönlichen Unfreiheit, in einer Unmöglichkeit des Aufstieges, die Hand des Staates zu bieten, damit sie nicht versänken. Wenn auf diesem Gebiete ein Wettbewerb der Nationen stattfände, um zu sehen, wer hier das Beste leistet, glaube ich, es gäbe keinen edleren Wettbewerb als diesen in der Zeit, in der wir leben. Die Zusammenfassung dieses Wettbewerbs ist auch hier gegeben im Rahmen des Internationalen Arbeitsamtes.

Ich verkenne nicht die Schwierigkeiten dieser Aufgabe. Ganz große Gedanken kämpfen in dieser wirtschaftlichen Entwicklung miteinander: der eine der Gedanke der Autarkie der Staaten, die sich selbst genügen, sich selbst abschließen wollen, eine Auffassung, um so törichter, je größer die Zahl der Staaten in Europa geworden ist; auf der anderen Seite der Gedanke der Ueberwindung aller Landesgrenzen zur großen wirtschaftlichen Gemeinschaft, ein Gedanke, vor dem wir erschrecken, weil er unzweifelhaft nur gehen wird über den Niederbruch großer einzelner Schichten. Dazwischen die Frage: wie weit kann abgegrenzt werden das naturgemäße Interesse jeden Landes an einer blühenden Wirtschaft mit dem sozialen Interesse, für die zu sorgen, die Opfer der Entwicklung geworden sind. Ich glaube, es ist **ein guter Gedanke des Fortschrittes** der Menschheit, daß die verschiedenen Menschen einzel-

ner Völker und einzelner Erdteile zusammenkommen, um dieses Problem zu lösen, um in immer neuen Abmachungen hier eine gewisse große weltliche soziale Tiefladelinie[10] zu finden, die dafür sorgt, daß die Schiffe der Völker der Erde ohne Ueberlast fahren, damit eine Ausbeutung der Menschen vermieden wird, die vielleicht dem einzelnen Volke nützt, die aber der Gesamtheit der Völker unzweifelhaft schaden muß. Daß Sie hier die Gemeinschaft mit Deutschland bekundeten, ehe noch die großen politischen Grundfragen gelöst waren, zeigt, wie tief der Gedanke des gemeinschaftlichen sozialen Wirkens hier Wurzel gefaßt hat. Wenn wir hier in diesem Saale tagen, in dem wir am Freitag die Aufnahme Deutschlands erlebten[11], in dem vom Plenum und Rat der Nationen Deutschlands Mitwirkung gewünscht und freudig zugestanden wurde, so kann ich nur hoffen, daß, soweit dies im Rahmen des Möglichen überhaupt liegt, die Intensität der Mitarbeit irgendwelche Hemmungen, die etwa noch bestanden haben mögen, beseitigen möge, daß im übrigen aber das Zusammenwirken sich vollziehen möge in jenem Geiste wohlverstandener sozialer Kameradschaft der Nationen, von der ich hoffe, daß sie ein Werk vollbringt, für das einst diejenigen, die die Geschichte unserer Zeit schreiben, dankbar sein werden. Ich glaube, dies ist der Wunsch aller Deutschen, die mit Ihnen zusammenarbeiten. Möge Gott dafür sorgen, daß diesem gemeinsamen Werk der Erfolg niemals fehlen möge. (Lebhafter Beifall.)[12]

[10] „Tiefladelinie“ bezeichnet die Linie auf dem Schiffsrumpf, die die maximal zulässige Beladbarkeit des Schiffes anzeigt.

[11] Gemeint ist offenbar nicht der Saal im Internationalen Arbeitsamt, sondern der Reformationsaal in Genf, in dem am 10. September 1926 die Aufnahmezeremonie stattfand (vgl. oben Anm. 7).

[12] Der Artikel in der Vorlage schließt: „Auf die Ausführungen Dr. Stresemanns folgte lebhafter Beifall, worauf sich die deutschen Herren in das Goldene Buch des Arbeitsamts einzeichneten. Ein Rundgang durch die Arbeits- und Versammlungsräume schloß sich dieser Feier an.“

Rede bei einer vom Reichspressechef gegebenen geselligen Veranstaltung in Genf vom 16. September 1926[1]

Nach TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 434/435 vom 18. September 1926. – Druck auch in BERLINER TAGEBLATT, Nr. 440 (Abendausgabe) vom 17. September 1926. – Teildrucke in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 441 (Abendausgabe) vom 17. September 1926; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 435 (Abendausgabe) vom 17. September 1926; WIENER ZEITUNG, Nr. 216 vom 18. September 1926, S. 6; LA SOCIÉTÉ DES NATIONS, Revue 8 (1926), S. 625–627; STRESEMANN, hrsg. v. Ostwald, S. 19–20. – Stark abweichende Teildrucke[2] in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 440 (Morgenausgabe) vom 17. September 1926; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22274 (Abendausgabe) vom 17. September 1926, S. 1–2.

Würdigt die Aufnahme in den Völkerbund als Zeichen für die Gleichberechtigung Deutschlands als Großmacht. Sie bedeutet auch eine Rücknahme des Kriegsschuldvorwurfs von 1919. In Deutschland muß dies als Erfolg gewertet und die künftige Entwicklungsmöglichkeit gesehen werden. Das Ziel kann dabei nicht ein kleiner Tageserfolg sein, sondern die völlige Bereinigung aller zwischen ihm und den ehemaligen Kriegsgegnern stehenden Punkte ist anzustreben.

Ich habe, so führte der Minister u. a. aus[3], **das Recht, subjektiv zu sein. Eine reine Objektivität in politischen Dingen gibt es nicht.** Ein Mensch, der immer und unter allen Umständen um eine reine Objektivität sich bemüht, ist **kein Kerl im deutschen Sinne.** Das Blut, das Gott dem Menschen gegeben hat, muß sich auswirken dürfen.

---

[1] In der Vorlage heißt es unter der Überschrift „Als gleichwertige Großmacht im Völkerbund. Eine Rede Stresemanns vor den deutschen Pressevertretern in Genf“ einleitend: „Auf einer geselligen Veranstaltung, die vom Reichspressechef, Ministerialdirektor Kiep, heute abend am Sitz der deutschen Delegation gegeben wurde, sprach der Reichsminister des Äußern, Dr. Stresemann, vor den Delegationsmitgliedern und den in Genf anwesenden Vertretern der deutschen Presse. Der Minister nahm zu den verschiedenen Anschauungen, die in bezug auf die gegenwärtige Genfer Tagung wiedergegeben werden, in groß angelegten politischen Ausführungen von grundsätzlicher Bedeutung Stellung.“ – Offenbar handelt es sich bei der Vorlage um die (wohl auch gekürzte) amtliche Mitteilung über die Rede Stresemanns. Zu Abweichungen des gesprochenen Wortes vgl. die folgende Anm.

[2] Offenbar beruhen diese beiden im wesentlichen inhaltsgleichen Teildrucke (in ihrer Mischung aus Paraphrase und direkter Rede) auf Mitschriften unter den anwesenden Pressevertretern, während die Vorlage die amtliche Mitteilung über die Rede Stresemanns wiedergibt. So heißt es auch in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 441 (Abendausgabe) vom 17. September 1926, in Ergänzung zu dem Bericht in Nr. 440 (Morgenausgabe): „Jetzt liegt ihr offizieller Text vor, der mancherlei Abweichung von dem ursprünglich gesprochenen Wort aufweist und Ergänzungen notwendig macht.“ – Laut FEDER (S. 76) handelte es sich um eine „improvisierte Rede“.

[3] So – als Einschub – in der Vorlage.

Ich empfinde ein tiefes Gefühl der Genugtuung über die Stellung, die sich Deutschland in der Welt wiedererobert hat. Es war nicht mein eigener Wunsch, aber durch die Entwicklung der Dinge war ich dazu berufen, an die Spitze des Reiches zu treten[4], zu einem Zeitpunkt, da wir alle Kräfte darauf richten mußten, auch nur zum Frieden von Versailles[5] zurückzukommen, wahrend unsere Gegner glaubten, weit über dessen Bestimmungen hinausgehend, uns zum Opfer ihrer Gelüste und Ansprüche machen zu können. Damals wäre als ein Narr bezeichnet worden, wer vorhergesagt hätte, daß Deutschland heute, mit solchem Jubel begrüßt, als **gleichwertige Großmacht in den Völkerbund** einziehen würde[6]. Ich habe heute die Empfindung, daß dieser Vorgang, und zwar nicht nur von außen gesehen, ein Aufgeben des Geistes von Versailles bedeutet. Wir haben einst, 1919, um Aufnahme in den Völkerbund gebeten. Man hat sie uns verweigert[7]. Dann kam MacDonald[8], der von dem leeren Stuhl sprach, der besetzt werden müßte. Wir folgten dieser Einladung nicht. Wir sind nicht bedingungslos in den Völkerbund eingetreten. In Locarno[9] sprachen wir es aus, daß unser Eintritt in den Völkerbund niemals die Anerkennung moralischen Unrechts von deutscher Seite bedeuten könne; wir haben uns dagegen verwahrt, daß wir unfähig seien, an der kolonialen Arbeit anderer Weltvölker teilzuha-

---

[4] Stresemann leitete als Reichskanzler (und zugleich Außenminister) die Reichsregierung vom 13. August bis zum 23. November 1923; bis zum 30. November 1923 blieb er mit seinem Kabinett geschäftsführend im Amt. Danach behielt er das Amt des Außenministers.

[5] Text des am 28. Juni 1919 unterzeichneten Versailler Friedensvertrags im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u. a. in VERTRAG VON VERSAILLES. – Stresemann bezieht sich im Folgenden auf die französisch-belgische Ruhrbesetzung von 1923, die von deutscher Seite als Verstoß gegen den Versailler Vertrag betrachtet wurde.

[6] Zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vom 10. September 1926 vgl. (in dieser Edition) die Rede, die Stresemann zu diesem Anlaß hielt. – Mit der „gleichberechtigten Großmacht" bezieht sich Stresemann auf die Zugestehung eines ständigen Völkerbundsratssitzes für Deutschland.

[7] In den deutschen Gegenvorschlägen vom 29. Mai 1919 zu den alliierten Friedensbedingungen hatte Deutschland seine Abrüstung angeboten unter der Voraussetzung, daß es gleichberechtigtes Völkerbundsmitglied werde; dies hatten die Siegermächte am 16. Juni 1919 zurückgewiesen (vgl. URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 467–469).

[8] Ramsay MacDonald (1866–1937), britischer Premierminister 23. Januar – 4. November 1924 (zugleich Außenminister) und 5. Juni 1929 – 1935. – MacDonald hatte in seiner nachfolgend angesprochenen Rede vor der Völkerbundsversammlung am 4. September 1924 auf die dringende Notwendigkeit der deutschen Mitgliedschaft im Völkerbund verwiesen (Text u. a. in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 421 [Abendausgabe] vom 4. September 1924; in NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21548 [Morgenausgabe] vom 5. September 1924, S. 3–4; Paraphrase in SCHULTHESS 65 [1924], S. 455–456, und Auszug in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 474–475).

[9] Gemeint ist die Konferenz von Locarno vom 5. bis 16. Oktober 1925. Der nachfolgend angesprochene Vorbehalt, der sich auf eine erneute Anerkennung des „Kriegsschuldartikels" 231 des Versailler Vertrags bezieht (Text in VERTRAG VON VERSAILLES S. 211), wurde von Stresemann in der 4. Konferenzsitzung vom 8. Oktober 1925 erhoben, in der über den deutschen Völkerbundsbeitritt und die dafür von Deutschland geforderten Bedingungen diskutiert wurde, (LOCARNO-KONFERENZ S. 161–172).

ben[10]. Wir haben als selbstverständlich darauf bestanden, daß, solange ein Unterschied im Rat zwischen Großmächten und anderen Mächten bestehe, Deutschland nicht anders als im Rahmen dieser Großmächte in diesen Rat eintreten könne, und schließlich hat auch der Austritt zweier großer Nationen[11] den Völkerbund nicht daran gehindert, anzuerkennen, daß der Eintritt Deutschlands wichtiger ist als selbst dieses Opfer.

Wir wollen doch das eine hier feststellen: Es gibt keine ausdrucksvollere Zurücknahme der moralischen Anschuldigung, als die Aufnahme Deutschlands selbst, so, wie sie sich am Freitag, begrüßt von den Nationen der Welt, vollzogen hat[12]. Indessen: Die **Größe der deutschen Wiederaufrichtung wird draußen in der Welt weit mehr anerkannt, als in unserem eigenen Volke.** Jedes andere Volk hätte **die Wärme dieses Sonnenstrahls** empfunden. Ob das bei uns in zureichendem Maße der Fall ist, daran kommen mir berechtigte Zweifel, wenn ich sehe, wie die dereinst kühl und kritisch den Dingen gegenüberstehenden Deutschen heute so sehr zu Extremen neigen und das Verständnis dafür vermissen lassen, wie verschieden das gleiche Ereignis von draußen und von drinnen gesehen wird. Für unsere Haltung ist entscheidend, daß die künftige Geschichtsschreibung **nicht die Frage des Unterliegens voranstellen wird,** sondern die Frage, **wie es überhaupt möglich war, daß Deutschland die Kraft aufgebracht hat, so lange einer Welt von Feinden zu widerstehen.** Ich erinnere an das Wort, das ein Argentinier kurz nach dem Kriege öffentlich aussprach[13]: „Das Haupt wund von Lorbeer, ist Deutschland im Kampfe gegen eine Welt von Feinden unterlegen, aber der Ruhm seiner Taten wird durch die

---

[10] Nachdem Deutschland im Versailler Vertrag den Siegermächten alle überseeischen Besitzungen und Rechte hatte abtreten müssen (Art. 119: VERTRAG VON VERSAILLES S. 73) mit der dahinterliegenden, wenn auch nicht im Vertrag selbst formulierten Begründung, es habe sich durch seine mangelhafte Verwaltung der Kolonien als unwürdig erwiesen, wurde auch der grundsätzliche deutsche Anspruch auf Kolonialmandate von Stresemann in der 4. Konferenzsitzung von Locarno angemeldet (vgl. die vorangehende Anm.); er wurde allerdings auf der Konferenz nicht weiter diskutiert.

[11] Am 12. Juni 1926 hatte Brasilien in Reaktion auf die Nichtgewährung des von ihm geforderten ständigen Ratssitzes seinen Austritt aus dem Völkerbund erklärt (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 415–416). Spanien hatte am 11. September 1926 ebenfalls wegen der Nichtgewährung eines ständigen Ratssitzes seine Mitgliedschaft aufgekündigt, was aber (der Satzung entsprechend) erst in zwei Jahren wirksam werden sollte (vgl. ebd., S. 481–482).

[12] Gemeint ist der deutsche Beitritt am Freitag, dem 10. September 1926 (vgl. oben mit Anm. 6).

[13] Urheber und Anlaß des Zitats konnten nicht ermittelt werden. Bei anderer Gelegenheit (in seiner Reichstagsrede vom 28. April 1921, in der er das Zitat ebenfalls und leicht abgewandelt verwendete) benannte Stresemann etwas konkreter als Anlaß und Urheber „die Ansprache des Vertreters der argentinischen Regierung, der bei einem Zusammensein der Deutschen in Buenos Aires in einer offiziellen Rede an unsere Vertreter davon sprach, das Haupt wund von Lorbeer, so sei die deutsche Armee zusammengesunken im Kampfe gegen eine Welt von Feinden“ (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 349, S. 3462–3471; Zitat: S. 3465).

Jahrhunderte leuchten!“

Für uns war die große Frage, ob wir einmal in der Welt die **moralische Genugtuung** erhalten würden. **Diese ist uns in Genf zuteil geworden.** Man kann naturgemäß nicht verlangen, daß all die realen Dinge, die durch den verlorenen Krieg zur Tatsache geworden sind, mit einem Schlage ihre Bedeutung verlieren. Ich kann es nicht verstehen, wie die Leute, die sich auf den größten deutschen Staatsmann berufen[14], sein Wesen so verleugnen können, daß sie heute von seiner Auffassung der Realitäten so wenig verspüren lassen. Wir sind machtlos, von waffenstarrenden Nachbarn umgeben, nicht mehr im Sonnenglanz deutscher Weltgeltung, und wir müssen versuchen, schrittweise das zurückzubringen, was wir verloren haben.

[...][15] Aber **die moralischen Erfolge sind Gewähr für eine Entwicklung.** Hätte etwa Bismarck[16], so fragte Dr. Stresemann[17], 1877[18] eine versöhnlichere Rede an die Adresse Frankreichs halten können, als Briand[19] an diejenige Deutschlands? [...][20] Ich habe niemals gesagt, es gibt keine Sieger und Besiegten, aber das habe ich gesagt: „Es gibt unglückliche Besiegte, aber keine glücklichen Sieger!“[21] Und **das ist auch die Signatur dieser Tage.** Man versteht endlich, daß man den falschen Weg gegangen ist. Ich habe die feste Überzeugung, daß Briand seine Rede aus dem Innersten des Herzens gehalten hat, daß er diese Empfindungen wirklich und aufrichtig hegt. Nicht das ist das Entscheidendste aber, daß er sie gehalten hat, sondern daß

---

[14] Offenbar ist Bismarck gemeint (vgl. unten mit Anm. 16), und mit den „Leute[n]“ bezieht sich Stresemann wohl auf DNVP-Politiker.

[15] In indirekter Rede folgt hier: „Der Minister erörterte dann die Tagesereignisse und sagte, daß man nicht erwarten könne, daß die früheren Feinde auf Früchte ihres Sieges verzichten und auf Deutschlands Forderungen hin Entsagung üben sollten, die wir in gleichem Falle ebensowenig geübt haben würden.“

[16] Otto [seit 1871 Fürst] von Bismarck (1815–1898), Reichskanzler 1871–1890.

[17] So – als paraphrasierender Einschub – in der Vorlage.

[18] Vermutlich steht dieses 1877 für „sechs Jahre nach dem Frieden von Frankfurt“ von 1871 am Ende des deutsch-französischen Kriegs, und die Analogie sieht Stresemann – trotz leichter Fehlberechnung – in den Jahren seit dem Versailler Vertrag.

[19] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918. – Offenbar bezieht sich Stresemann auf die Rede Briands in Antwort auf seine eigene Rede anläßlich des deutschen Völkerbundsbeitritts vom 10. September 1926 (Text der Rede Briands u. a. in SCHULTHESS 67 [1926], S. 477–481).

[20] In der Vorlage folgt hier in Paraphrase: „Dr. Stresemann stellte dabei eine viel verbreitete Redewendung richtig, die ihm unterstellt werde.“

[21] Die entsprechende Wendung findet sich in Varianten (etwa „Ich weiß nicht, ob ein einziges Land der Welt sich im Innern als wirklicher Sieger nach diesem Weltkrieg fühlt“: vgl. in dieser Edition die Rede vom 16. April 1925; oder: „[...] die Friedenssehnsucht der Völker, die erkannt haben, daß der Weltkrieg selbst für die Siegerstaaten kein dauerndes Glück schuf“: vgl. in dieser Edition die Rede vom 1. April 1926) in verschiedenen Reden Stresemanns; der hier genannte konkrete Wortlaut konnte nicht ermittelt werden.

er sie halten konnte, ohne von dem französischen Volk desavouiert zu werden.

[...][22] Man kann diese Staaten nicht in ein starres System einrangieren [...][23]. Dabei haben finanzielle Leistungen grundsätzlich hinter dem Gedanken zurückzutreten, daß die politischen Fragen das oberste Ziel unseres Strebens sein müssen. Dabei kommt es auch nicht auf Tageserfolge, wie etwa eine kleine Verminderung der Besatzungstruppen[24] an, sondern auf die vollständige Bereinigung der zwischen uns und unseren ehemaligen Gegnern schwebenden Punkte – eine Frage, die durch die vollkommen veränderte geistige Atmosphäre ihrer Erledigung entgegenreift.

[22] In der Vorlage folgt hier in Paraphrase: „Eingehend auf die heute Ratswahl untersuchte der Minister weiter die tatsächliche Einstellung der verschiedenen neugewählten Ratsmächte zu Deutschland und kam zu dem Schluß:“

[23] In der Vorlage folgt hier in Paraphrase: „um dann auf Grund eines soeben von dem früheren Reichskanzler Dr. Luther aus Columbia eingetroffenen Funkspruchs und dessen Äußerungen größten Stolzes auf sein Deutschtum angesichts der geradezu begeisterten Kundgebungen, die ihm und Deutschland zuteil geworden sind, den Schlußgedanken zu entwickeln, daß das ‚do ut des‘-Prinzip die Grundlage jeder Verständigung sei und sein muß.“

[24] Die Frage der Reduktion der Besatzungstruppen in den beiden verbliebenen Besatzungszonen war seit der Konferenz von Locarno und der Räumung der nördlichen („Kölner“) Zone ständiges Thema von Verhandlungen, insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich. Vgl. dazu zuletzt die Weisung Köpkes an die Botschaft in Paris vom 8. September 1926 samt der zugehörigen Anlage in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 173–177.

Rede vor der deutschen Presse in Genf vom 17. September 1926[1]

Nach NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22275 (Morgenausgabe) vom 18. September 1926, S. 4. – Druck (mit kleinen Abweichungen) auch in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 442 (Morgenausgabe) vom 18. September 1926. – Teildrucke (mit kleinen Abweichungen) in KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 696 (2. Morgenausgabe) vom 18. September 1926; SCHULTHESS 67 (1926), S. 484

Berichtet allgemein über die Unterredung von Thoiry und die dortige Suche nach einer Gesamtlösung; teilt mit Briand die Vorstellung von einer deutsch-französischen Verständigung als Voraussetzung für eine europäische Verständigung.

Die Unterredung[2] hat insgesamt **fast fünf Stunden** in Anspruch genommen, teilte Dr. Stresemann mit[3], und es ist vollkommen richtig, wenn im Communiqué[4] gesagt wird, daß nacheinander alle zwischen den beiden Ländern noch einer Lösung harrenden Fragen besprochen worden sind. An der Unterhaltung haben nur Briand[5] und ich selbst sowie als Uebersetzer Professor Hesnard[6] teilgenommen. Wir haben über **die einzelnen Fragen hinaus eine Gesamtlösung** erstrebt, die alle Fragen umfaßt,

---

[1] Die Vorlage leitet die Berichterstattung über Stresemanns Rede vor den Pressevertretern folgendermaßen ein: „Dr. Stresemann empfing heute abend die deutschen Pressevertreter und teilte ihnen mit, daß zunächst vereinbart war, das Communiqué [vgl. unten Anm. 4] solle erst um 10 Uhr abends nach der Abreise Briands veröffentlicht werden. Die beiden Minister hätten außerdem miteinander vereinbart gehabt, daß über das Communiqué hinaus kein Wort mehr der Presse mitgeteilt werden solle. Da aber Briand diese Vereinbarung nicht so streng interpretiert habe und den Journalisten, wie ihm berichtet wurde, erklärt habe, daß in der Unterredung gute Arbeit geleistet worden sei für ein weiteres Zusammenarbeiten zwischen den beiden Ländern, so wolle er gleichfalls über die heute nachmittag zwischen ihm und Briand besprochenen Fragen einige Einzelheiten von geringerer Bedeutung berichten." – Dieser indirekten Rede folgt der wiedergegebene Redetext.

[2] Gemeint sind das Treffen und mehrstündige Gespräch vom gleichen Tag zwischen Stresemann und Briand in Thoiry, einem französischen Ort jenseits der schweizerisch-französischen Grenze. – Zur Initiative Briands für das Gespräch vgl. die geheime Aufzeichnung Schuberts vom 11. September 1926 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 179–181. – Zum Treffen selbst vgl. Stresemanns eigenes stichwortartiges Diktat vom 17. September und seine ausführlichere Aufzeichnung vom 20. September 1926 ebd., S. 188–191 u. 202–210.

[3] So – als Paraphrase – in der Vorlage.

[4] Das Kommuniqué ist u. a. veröffentlicht in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 442 (Morgenausgabe) vom 18. September 1926; STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 15.

[5] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918. – Zu Briands einige Stunden zuvor gegenüber Journalisten getätigten Äußerungen über das Treffen von Thoiry vgl. BERLINER TAGEBLATT, Nr. 441 (Morgenausgabe) vom 18. September 1926; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22275 (Morgenausgabe) vom 18. September 1926, S. 4.

[6] Oswald Hesnard (1877–1936), französischer Germanist und Übersetzer; Vertrauter Briands. – Seine Aufzeichnungen über das Treffen: HESNARD S. 246–251 u. 272–277.

die überhaupt zwischen den beiden Regierungen schweben. Wir sind übereingekommen, über die Vorschläge, über die wir uns untereinander geeinigt haben, unseren Regierungen Bericht zu erstatten. Ich nehme an, daß das Ergebnis der Bemühungen, die der Herr Minister Briand unternehmen wird, nicht lange auf sich warten lassen dürfte, da Briand die Absicht hat, bereits Ende September einen Urlaub anzutreten.

Wir hoffen beide, daß unsere Auffassungen auch von unseren Kabinetten gebilligt werden. Nach dieser Genehmigung durch die beiderseitigen Regierungen wird der Zeitpunkt gekommen sein, um sofort weiterzuarbeiten, da wir beide der Meinung sind, daß die Gesamtlösung, die wir beide erstreben, sobald als möglich durchgeführt werden muß. Ueber die Unterredung selbst kann ich nur noch das eine sagen, daß ich bei Briand wie stets seit der Zeit, da ich ihn zu kennen die Ehre habe, starkes Verständnis dafür gefunden habe, daß die ganze heutige politische Situation eine **europäische Verständigung** erfordere und daß eine europäische Verständigung **nicht möglich** ist, **bevor nicht eine deutsch-französische Verständigung** erzielt ist, damit dem **Zusammenwirken Deutschlands und Frankreichs** auf den verschiedensten Gebieten keinerlei Streitfragen mehr hinderlich im Wege stehen. Das ist die Situation nach unserer Unterhaltung. Wenn ich noch eines hinzufügen darf, so muß ich sagen, daß die Auffassung des französischen Außenministers über alle Fragen, die zur Erörterung gelangten, auf mich **außerordentlich beruhigend** gewirkt hat.

Erster Redebeitrag im Völkerbundsrat in Genf vom 20. September 1926[1]

Nach KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 703 (2. Morgenausgabe) vom 21. September 1926.

Betont das Recht der Memelländer, sich mit Beschwerden direkt an ein Mitglied des Völkerbundes zu wenden. Wichtig ist das Recht jedes Ratsmitgliedes, Minderheitenfragen aufzuwerfen.

Ich messe besonderen Wert der Tatsache bei, daß in beiden Berichten[2] festgestellt wird, daß die von den Bewohnern und den autonomen Behörden Memels[3] erhobenen Beschwerden an die Mitgliedstaaten des Völkerbunds gerichtet werden dürfen. Wenn dieses Recht einmal feststeht, hat die Frage, ob die Klage an den Generalsekretär[4] des Bundes oder an ein Mitglied des Rats gehen muß, nur untergeordnete Bedeutung. Was für mich wichtig ist – und dieses Wort sprach Dr. Stresemann mit besonderer Betonung[5] –, ist das Recht jedes Ratsmitglieds, wenn es den Augenblick hierzu für gekommen erachtet, die Frage aufzuwerfen.[6]

---

[1] Die 42. Sitzung des Völkerbundsrates vom 20. September 1926 behandelte verschiedene Materien; im Protokoll der Sitzung (SOCIÉTÉ DES NATIONS. Journal Officiel 7 [1926], S. 1406–1416) ist deren große Mehrzahl lediglich in indirekter Rede wiedergegeben. Eine Ausnahme im Hinblick auf Stresemann bildet sein 2. Redebeitrag an diesem Tag (vgl. diese Edition).

[2] Der Rat hatte sich mit einer Verfahrensfrage zur Beschwerde des Landtags des Memelgebietes über die Mißachtung der memelländischen Autonomie (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 359–360) und dem diesbezüglichen Bericht einer Juristenkommission zu befassen und dabei u. a. mit der Frage, ob der Landtag entsprechende Beschwerden an den Generalsekretär senden müsse oder auch an die im Rat vertretenen Staaten richten könne. – Stresemann hatte das Wort ergriffen, nachdem der Berichterstatter des betreffenden Juristenausschusses und der litauische Vertreter zu den vorliegenden Berichten gesprochen hatten.

[3] Das vordem deutsche Memelland war durch Art. 99 des Versailler Vertrags (VERTRAG VON VERSAILLES S. 63–64) zu einem Mandatsgebiet der Alliierten geworden. Am 10. Januar 1923 besetzten bewaffnete litauische Kräfte das Gebiet. Zunächst erkannte die Botschafterkonferenz am 16. Februar 1923 die Souveränität Litauens in diesem Gebiet an (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 366); am 8. Mai 1924 übertrugen die Alliierten ihre Rechte vertraglich auf Litauen (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 10, S. 429–430 mit Anm. 2), verpflichteten dieses jedoch durch das wenige Tage später in Kraft tretende „Memelstatut“ zur Gewährung von Autonomie und zur Wahl eines Landtags. – Über die Auslegung und Anwendung des Statuts kam es wiederholt zu Auseinandersetzungen zwischen den Memelländern und der litauischen Zentralregierung (vgl. auch die vorangehende Anm.).

[4] Dieses Amt hatte aktuell Sir James Eric Drummond (1876–1951), britischer Diplomat; Generalsekretär des Völkerbundes 1919–1933, inne.

[5] So – als Paraphrase – in der Vorlage.

[6] Laut Vorlage stimmen Cecil und Scialoja diesem Standpunkt zu. – In einer Passage, die in BERLINER TAGEBLATT, Nr. 445 (Morgenausgabe) vom 21. September 1926, in wörtlicher Rede wiedergegeben ist, sagt Stresemann anschließend: „Wir haben uns lediglich auf den tatsächlichen Inhalt der Frage zu beschränken. Mir ist bekannt, daß die wichtigste der in dem Bericht vorgebrachten Fragen, näm-

lich die finanzielle, inzwischen ihre Regelung gefunden hat. Es werden noch andere Fragen in der Beschwerde aufgeworfen, aber ich bin vollkommen damit einverstanden, daß ihre Behandlung ausgesetzt wird, weil sie von geringerer Bedeutung sind, und weil ich Gründe zu der Annahme habe, daß diese Fragen inzwischen vielleicht in freundschaftlicher Weise zwischen Litauen und den Bewohnern des Memellandes geregelt werden. Ich stimme auch in dieser Hinsicht mit Lord Cecil überein." – Die Vorlage resümiert abschließend: „Von Bedeutung war an dieser kurzen Auseinandersetzung, daß der deutsche Vertreter deutlich seine Absicht bekundet hatte, von dem Recht, Beschwerden aus dem Memelgebiet in Empfang zu nehmen und sie im Völkerbundrat zur Sprache zu bringen, notwendigenfalls Gebrauch zu machen." – Die Entscheidung über die Beschwerde wurde vom Völkerbundsrat vertagt.

Zweiter Redebeitrag im Völkerbundsrat in Genf vom 20. September 1926[1]

Nach SOCIÉTÉ DES NATIONS. Journal Officiel 7 (1926), S. 1413. – Teildrucke (in deutscher Sprache und teilweise mit Abweichungen) in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 440/441 vom 22. September 1926; KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 703 (2. Morgenausgabe) vom 21. September 1926; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 440 (Morgenausgabe) vom 21. September 1926.

Danzig soll die Möglichkeit gegeben werden, seine Finanzlage, die vor allem durch die hohe Arbeitslosigkeit beeinträchtigt ist, durch weitere Anleihen zu verbessern.

Etant donné les relations qui existent entre l´Allemagne et la Ville libre de Dantzig[2], la question qui est soumise aujourd´hui au Conseil[3] présente pour nous un intérêt tout particulier. Cette question revêt un aspect économique que je voudrais souligner ici.

M. le président Sahm[4] – j´ai bien compris – a parlé d´une dette flottante se montant à 13 millions des gulden. Les crédits ont été accordés à la Ville libre de Dantzig, surtout par des banques allemandes. M. Sahm estime que, même si la Société des Nations pouvait prêter assistance à la Ville libre de Dantzig, – et, sur ce point, je suis loin d´être aussi pessimiste que lui, – cette assistance ne suffirait pas à couvrir les besoins de la Ville libre. De mon côté, j´espère que les négociations entre la Pologne et la Ville libre de Dantzig aboutiront à une solution satisfaisante. De plus, je crois que la situation s´améliorerait considérablement si, au lieu de la guerre douanière qui existe actuellement entre la Pologne et l´Allemagne, on pouvait instituer un traité de commerce qui aurait pour résultat de rétablir des relations normales entre

---

[1] Die 42. Sitzung des Völkerbundsrates vom 20. September 1926 behandelte verschiedene Materien; die Vorlage, das Protokoll der Sitzung, gibt die allermeisten Teile der Verhandlungen lediglich in indirekter Rede wieder (vgl. jedoch in dieser Edition den ersten Redebeitrag Stresemanns vom gleichen Tag aus einer anderen Quelle). Die hier wiedergegebene direkte Rede Stresemanns dürfte auf einer Übersetzung beruhen.

[2] Danzig war durch den Versailler Vertrag von Deutschland abgetrennt und als „Freie Stadt“ unter den Schutz des Völkerbundes gestellt worden (zu den einzelnen Bestimmungen vgl. VERTRAG VON VERSAILLES S. 64–67).

[3] Verhandelt wurde über die vom Finanzausschuß beschlossenen Bedingungen für eine weitere Anleihe Danzigs, die vom belgischen Berichterstatter Brouckère mitgeteilt wurden (dessen Ausführungen: SOCIÉTÉ DES NATIONS. Journal Officiel 7 [1926], S. 1409–1410; zum Ergebnis der Untersuchungen des Finanzausschusses vgl. auch BERLINER TAGEBLATT, Nr. 399 [Morgenausgabe] vom 25. August 1926).

[4] Heinrich Sahm (1877–1939), Senatspräsident der Freien Stadt Danzig 1920–1931. – Seine Antwortrede auf die Ausführungen Brouckères: SOCIÉTÉ DES NATIONS. Journal Officiel 7 [1926], S. 1410–1412.

l´Allemagne et la Pologne[5].

La question dont il s´agit ici est de savoir ce que pourra faire la Ville libre de Dantzig elle-même, dans la période transitoire qui s´écoulera jusqu´au règlement définitif des difficultés actuelles. Que pourra faire la Ville libre de Dantzig si le Comité des experts lui interdit de contracter de nouvelles dettes?

M. Sahm a déclaré tout à l´heure que, lors de l´établissement du budget de la Ville libre de Dantzig, on ne connaissait pas encore les demandes de paiement pour les frais d´occupation[6], paiement qui s´échelonneront sur une période de quatre années. M. Sahm nous a également parlé du chômage considérable[7] dont souffre actuellement la Ville libre de Dantzig. Nous ne pouvons évidemment pas dire ici, dans la ville où le Bureau international du Travail tient ses assises[8], qu´un Etat doit laisser ses chômeurs sans assistance. C´est pourquoi je me permets d´adresser à M. le rapporteur[9] la question suivante: N´est-il pas possible, dans le but d´améliorer la situation financière de Dantzig jusqu´à la prochaine session du Conseil, de supprimer dans le rapport la stipulation interdisant à la Ville libre de Dantzig de contracter de nouvelles dettes? Je crois, d´ailleurs, que la dette à court terme sera prorogée et il me semble que, si nous supprimons cette stipulation, la Ville libre de Dantzig sera à même d´assainir ses finances jusqu´à la solution définitive qui interviendra à la prochaine session du Conseil.[10]

---

[5] Zum seit 1925 dauernden Zollkrieg zwischen Deutschland und Polen und zu den deutschen politischen Bedingungen für dessen Beendigung und den Abschluß eines Handelsvertrags vgl. die telegraphische Weisung Schuberts an die Gesandtschaft in Warschau vom 28. Juli 1926 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 2,2, S. 154–155.

[6] Gemeint sind die Kosten der alliierten Besatzung bis zur Proklamation der Freien Stadt Danzig 1920. Sahm hatte in seiner Rede (vgl. oben mit Anm. 4; dort S. 1412) darauf hingewiesen, daß erst kürzlich entsprechende Forderungen der Botschafterkonferenz eingegangen seien.

[7] Sahm hatte in seiner Rede (vgl. oben mit Anm. 4; dort S. 1411) von 20 000 Arbeitslosen in Danzig zum Jahresanfang 1926 gesprochen. – Zu den Ursachen für Danzigs Wirtschafts- und Finanzschwäche vgl. den Leitartikel in BERLINER TAGEBLATT, Nr. 354 (Abendausgabe) vom 29. Juli 1926.

[8] Stresemann bezieht sich auf das Internationale Arbeitsamt, das seinen Sitz in Genf hatte; am 15. September 1926 hatte Stresemann dort eine Rede gehalten (vgl. diese Edition).

[9] Louis de Brouckère (1870–1951), belgischer Politiker; Vertreter Belgiens beim Völkerbund 1922 u. 1925–1926.

[10] Zum Fortgang der Verhandlungen heißt es in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 440/441 vom 22. September 1926, zunächst in Paraphrase: „In seiner Antwort auf die Ausführungen Dr. Stresemanns hob der Berichterstatter de Broucquère [!] hervor, daß die Wirtschaftslage Danzigs an sich zu keinen Befürchtungen Anlaß gebe. Es müsse darauf hingewiesen werden, daß nicht der Völkerbund Danzig eine Anleihe gebe, sondern daß die Anleiheverhandlungen lediglich durch die Empfehlung des Völkerbundes gefördert werden sollen. Es stehe Danzig vollkommen frei, eine Anleihe aufzunehmen. In ähnlicher Weise äußerte sich auch Lord Robert Cecil, der darauf hinwies, daß die Aufnahme einer Anleihe ein finanzielles Unternehmen sei, dessen Gelingen ausschließlich von dem Willen der Kreditgeber abhängig sei. Hier ergriff nochmals Reichsaußenminister Dr. Stresemann das Wort und erklärte:“ – In Wiedergabe wörtlicher Rede fährt der Artikel dann fort: „Was ich habe ausführen wollen, ist, daß gerade die große Anzahl der Arbeitslosen im Bereich der Stadt Danzig eine beson-

ders schwierige finanzielle Situation bedingt, die berücksichtigt werden muß. Ich danke dem Herrn Berichterstatter für die Erklärung, daß mit Einverständnis des Finanzkomitees eine kurzfristige, eventuell auch eine langfristige Anleihe aufgenommen werden kann. Ich mache darauf aufmerksam, daß Danzig, wenn es eine solche Anleihe aufnehmen will, sich also nochmals an das Finanzkomitee des Völkerbundes wenden muß." – Abschließend wird der Bericht des Finanzausschusses angenommen, dessen Vorsitzendem jedoch die Vollmacht erteilt, eine Anleihe für Danzig zu empfehlen (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 484).

Rede vor der deutschen Kolonie in Genf vom 21. September 1926[1]

Nach AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 665–669. – Teildrucke (mit kleineren Auslassungen und leichten Änderungen) in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 452/453 vom 29. September 1926; KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 722 (2. Morgenausgabe) vom 28. September 1926; SCHULTHESS 67 (1926), S. 484–488; STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 26–30. – Teildrucke in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 449 (Abendausgabe) vom 22. September 1926, u. Nr. 459 (Abendausgabe) vom 28. September 1926.

Dankt der deutschen Kolonie, daß sie sich auch in schweren Zeiten zum Deutschtum bekannt hat. Der von den anderen Staaten gewünschte Eintritt in den Völkerbund zeigt, daß Deutschland die moralischen Vorwürfe des Versailler Vertrags überwunden hat. Es braucht nun eine Zeit friedlicher Entwicklung, um schrittweise wieder auf die Höhe zu kommen, die volle Souveränität wiederzugewinnen und das Selbstbestimmungsrecht in Europa durchzusetzen. Dazu bedarf es der Einigkeit.

[2]Ihr Herr Vorsitzender[3] hat dabei jenen Abend erwähnt, an dem Dr. Luther[4] und ich zum erstenmal die Freude hatten, unter Ihnen zu weilen[5]. Das war in einem kleinen überfüllten Raum[6], der mit seiner Temperatur an die Räume erinnert, die der

---

1 Die Vorlage erläutert in einer Bearbeiteranmerkung, daß es sich um eine Fassung handele, die der „Vertreter der Kölnischen Zeitung in Genf, Beer, stenographisch aufgenommen“ und Bernhard, dem Privatsekretär Stresemanns, geschickt habe. – Diese „Gambrinusrede“ (benannt nach dem Ort der Rede, den Räumen der Genfer Gambrinus-Brauerei: vgl. STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 26) hatte Aufsehen erregt: Eine offenbar verkürzende oder verschärfende Version, angeblich von einem „extrem deutschnationalen Journalisten“ der schweizerischen Telegraphenagentur mitgeteilt (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 452 [Morgenausgabe] vom 24. September 1926; dort auch ein allgemeinerer Kommentar zur Entstehung und Überlieferung der Rede), war in Umlauf gesetzt und in ausländischen Zeitungen veröffentlicht worden. – Vgl. auch den telegraphischen Bericht D´Abernons an Chamberlain vom 26. September 1926 über Stresemanns rückblickende Einschätzung der Rede und die Verfälschung seines Redetextes (DOCUMENTS ON BRITISH FOREIGN POLICY I A 2, S. 293–296).

2 Die Vorlage leitet ihre Wiedergabe der Rede ein: „Reichsminister Dr. Stresemann dankte dem Vorsitzenden für seine Begrüßungsworte und fuhr dann fort:“

3 Sein Name und seine Begrüßungsworte konnten nicht ermittelt werden.

4 Hans Luther (1879–1962), Reichsernährungsminister 1922 – 6. Oktober 1923; Reichsfinanzminister 6. Oktober 1923 – 15. Januar 1925; Reichskanzler 15. Januar 1925 – 13. Mai 1926; Reichsbankpräsident 1930–1933; Botschafter in den USA 1933–1937. Parteilos (Mitglied der DVP 1927–1930).

5 Am 11. März 1926 hatten Stresemann und Luther am „Bierabend der deutschen Kolonie“ teilgenommen und dabei Ansprachen gehalten (vgl. die Eintragung im „Tagebuch über die Konferenz in Genf“: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 723). Die Rede Stresemanns konnte jedoch nicht ermittelt werden.

6 Wo der in der vorangegangen Anm. genannte „Bierabend“ vom März 1926 stattfand, konnte nicht festgestellt werden.

Völkerbund denen zur Verfügung stellt, die darin zu wirken berufen sind[7]. Wenn ich heute die Räume sehe, dann denke ich: Es wachsen die Räume, es dehnt sich das Haus. Wo damals Dutzende waren, sind heute mehrere Hundert versammelt in demselben Geist der Verbindung mit dem alten Vaterland, in dem Geist der Hingabe, der keine Parteien kennt, sondern nur das eine Vaterland, in dem Geist, das Deutschtum hochzuhalten und zu fördern. Wenn Ihr Herr Vorsitzender davon sprach, daß wohl die Zeiten besser geworden sind, so lassen Sie mich zunächst einmal bei der Vergangenheit verweilen, von der wir hoffen wollen, daß sie hinter uns liegt. Wer hier der Deutschen Kolonie angehört und wer das Deutschtum in Genf neu aufbaute in den Tagen der tiefsten Demütigung Deutschlands, wer sich zum Deutschtum bekannte, als es eine Gefahr war, das zu tun, der hat innerlich viel mehr Patriotismus in seinem Herzen als die, die sich zu Deutschland bekannten im Sonnenglanz seiner Weltgeltung. In jener alten, großen Zeit war es schließlich kein Verdienst, sich Deutscher zu nennen; da strahlte die Größe unsers Vaterlandes auf den einzelnen aus. Als diese Sonne nicht mehr strahlte, als die Welt glaubte, uns als moralisch minderwertig hinstellen zu können[8] – da zu sagen, ich bin ein Deutscher, da hinzugehen und das in Lausanne und Genf zu sagen, wo man von einem wahren, starken Gefühl für internationale Verständigung nicht immer das verspürte, was man jetzt dort erkannt hat –, das sind die Jahre gewesen, für die wir der Deutschen Kolonie den allergrößten Dank schulden von seiten unsrer Heimat und unsers Vaterlandes. Wir waren ja schließlich zu Hause, wir konnten uns trösten im Unglück. Aber Sie standen in einer französischen Sprachinsel der Schweiz, Sie standen da, wo während des Weltkrieges vielfach eine Stimmung herrschte, die einmal ein geistvoller Franzose[9] in die Worte gefaßt hat: „Clemenceau[10] würde ja gern Frieden schließen, aber was würde die **Gazette de Lausanne**[11] dazu sagen?“ Und Lausanne ist ja schließlich nicht weit von Genf entfernt.

---

[7] Möglicherweise bezieht sich Stresemann auf den Reformationssaal, in dem die Völkerbundsversammlung tagte, oder auf andere Tagungsräume des Völkerbundes, dessen übrige Gremien vor dem Bezug des „Palais des Nations“ in den dreißiger Jahren in einem umgebauten Hotel tagten, das 1924 den Namen „Palais Wilson“ erhalten hatte.

[8] Offenbar bezieht sich Stresemann auf den „Kriegsschuldartikel“ 231 des Versailler Vertrags (Text in VERTRAG VON VERSAILLES S. 211).

[9] Wer hier gemeint ist, konnte ebensowenig ermittelt werden wie das nachfolgende Zitat.

[10] Georges Clemenceau (1841–1929), französischer Ministerpräsident u.a. 1917–1920.

[11] Die „Gazette de Lausanne“ repräsentierte im Ersten Weltkrieg die überwiegend für die Entente eingestellte öffentliche Meinung in der Westschweiz.

Sie waren hier Zeuge, daß in der Zeit, als die Verträge von Versailles[12] geschlossen wurden, Deutschland den Wunsch aussprach, Mitglied des Völkerbundes zu werden und man einmütig diesen Wunsch zurückwies[13]. Sie waren Zeuge davon, wie man später durch den Mund von MacDonald[14] nach Deutschland rief und wie man jetzt Deutschland aufgenommen hat durch jene 48 Ja-Stimmen[15], von denen Ihr Herr Vorsitzender gesprochen hat. In jener Zeit von Versailles über MacDonald zu den Septembertagen dieses Jahres ist dem deutschen Volk eine schwere Schicksalsprobe auferlegt worden. Und ich glaube, das eine sagen zu können: das deutsche Volk hat diese Schicksalsprobe bestanden.

Ich empfinde es immer – geschichtlich gesehen – nicht als gerecht, daß wir stets klagen und anklagen darüber, daß der Weltkrieg für uns verloren ging. Vielleicht könnten wir uns eher die Frage vorlegen, woher es kam, daß die ganze Welt gegen uns in Waffen stand. Aber wenn ich mich frage, wie das deutsche Volk bestanden hat in diesem Weltkrieg, dann bin ich der festen Überzeugung, daß künftige Jahrhunderte nicht fragen werden: Wie war es möglich, daß Deutschland in diesem Weltkrieg unterlag, sondern: Wie war es möglich, daß dieses deutsche Volk einer Welt von Feinden vier Jahre widerstand und, als es seine Fahnen senkte, eine unversehrte Heimat seinem Volk überlassen konnte? Wir haben draußen und drinnen unendlich viel gelitten, und wenn schließlich starke Hemmungen, wenn starke revolutionäre Bewegungen, wenn schließlich ein ganz starkes Fieber dieses Volk ergriff, wer will die anklagen, die das alles erlebt haben?

Und nun kommt die zweite Frage an das deutsche Volk: Wie würde es bestehen nach dieser Zeit? Wenn ich mir diese Frage vorlege, mir vor Augen führe, daß wir ein machtloses Volk waren, machtlos an militärischer Kraft, machtlos an Reichtum,

---

[12] Text des am 28. Juni 1919 unterzeichneten Versailler Friedensvertrags im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u. a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

[13] In den deutschen Gegenvorschlägen vom 29. Mai 1919 zu den alliierten Friedensbedingungen hatte Deutschland seine Abrüstung angeboten unter der Voraussetzung, daß es gleichberechtigtes Völkerbundsmitglied werde; dies hatten die Siegermächte am 16. Juni 1919 zurückgewiesen (vgl. URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 467–469).

[14] Ramsay MacDonald (1866–1937), britischer Premierminister 23. Januar – 4. November 1924 (zugleich Außenminister) und 5. Juni 1929 – 1935. – MacDonald hatte in seiner hier angesprochenen Rede vor der Völkerbundsversammlung am 4. September 1924 auf die dringende Notwendigkeit der deutschen Mitgliedschaft im Völkerbund verwiesen (Text u. a. in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 421 [Abendausgabe] vom 4. September 1924; in Wiener NEUE FREIE PRESSE, Nr. 21548 [Morgenausgabe] vom 5. September 1924, S. 3–4; Paraphrase in SCHULTHESS 65 [1924], S. 455–456, und Auszug in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 474–475).

[15] Offenbar bezieht sich Stresemann auf das einstimmige Ergebnis der Abstimmung über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund in der Völkerbundsversammlung vom 8. September 1926 (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 473–474).

machtlos an industrieller Wirtschaft; wenn ich mir vor Augen führe, daß eine ganz große Atmosphäre der Kriegspsychose auch nach dem Krieg gegen uns sich geltend machte, und wenn ich mir dann den Freitag vor Augen führe, an dem wir in den Völkerbund aufgenommen wurden[16], dann sage ich mir: Wir haben diese Zeit von sieben Jahren nicht schlecht bestanden in der Weltgeschichte. Es hat einmal ein deutscher Dichter[17] in alter Zeit die Worte gesprochen, die Welt hätte keine Seele, hätte sie kein Deutschland mehr. Auch die andern haben ihre Seele, aber sie klingt anders als die deutsche. Und nun frage ich Sie das eine: Wenn wir all den Haß, all die Niedertracht gegen uns haben aufnehmen müssen, ist es nicht für uns ein Gefühl tiefster Genugtuung, daß die Welt nach uns gerufen hat und sich die Frage vorgelegt hat, ob man das Recht hat, sich Société des Nations zu nennen, wenn die Nation der Deutschen diesem Bund nicht angehört? Sie haben nach uns gerufen, und in diesem Augenblick wäre es falsch gewesen, wie ein trotziges Kind irgendwo im Winkel zu bleiben und zu sagen: Ich spiele nicht mit. Wir sind nicht gekommen, um zu sagen: Gott sei Dank, daß Sie uns gerufen haben, sondern wir haben gesagt: Wir kommen zu Euch, wenn Ihr uns begegnet mit derselben Achtung, die Ihr für Euch in Anspruch nehmt[18].

Wir haben den Unterschied zwischen kleinen und großen Nationen nicht gesucht, aber wenn Ihr ihn geschaffen habt, dann sind wir die große Nation. Wenn Ihr einst gesprochen habt, wir seien die moralischen Urheber des Weltkriegs[19], so sagen wir: Nein, das waren wir nicht. Wenn Ihr gesagt habt, wir seien nicht fähig, andre Völker zu kolonisieren[20], so sagen wir Euch: Wir haben dasselbe Recht dazu wie irgendeine andre Nation der Erde. Wir sind keine Chauvinisten, aber wenn es sich darum handelt, andre Völker zu kolonisieren, so wollen wir mit Euch in der gleichen Linie stehen. Und das hat man doch schließlich entgegengenommen an jenem Morgen, als

---

[16] Zur Zeremonie der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund vgl. in dieser Edition die Rede Stresemanns vor der Völkerbundsversammlung vom 10. September 1926.

[17] Weder der deutsche Dichter nach das folgende Zitat konnten ermittelt werden.

[18] Stresemann bezieht sich hier auf das Memorandum, in dem Bedingungen für den deutschen Völkerbundsbeitritt formuliert waren und das am 25. September 1924 in einer Ministerbesprechung genehmigt worden war; am gleichen Tag gab Stresemann den Auftrag, den Text den deutschen Botschaftern bei den Mitgliedern des Völkerbundrates zu übersenden mit der Weisung, es am 29. September 1924 zu überreichen (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 1065 u. Anm. 2–3). – Text des Memorandums in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 476–478 (dort fälschlich auf den 24. September 1924 datiert); SCHULTHESS 65 (1924), S. 85–87.

[19] Vgl. oben mit Anm. 8.

[20] Deutschland hatte im Versailler Vertrag den Siegermächten alle überseeischen Besitzungen und Rechte abtreten müssen (Art. 119: VERTRAG VON VERSAILLES S. 73) mit der dahinterliegenden, wenn auch nicht im Vertrag selbst formulierten Begründung, es habe sich durch seine mangelhafte Verwaltung der Kolonien als unwürdig erwiesen.

wir eintraten. Als der Beifall uns entgegentrat, der unsern Eintritt begrüßte, als zum erstenmal in einer großen Rede die deutsche Stimme erklang in diesem Saal und dort fast ohne Unterschied die große Mehrheit der vertretenen Nationen uns zujubelte, da habe ich die Empfindung gehabt: das ist die Genugtuung, die man Deutschland gegeben hat gegenüber den moralischen Anklagen, die man uns gegenüber erhoben hat. Und das sollte empfunden werden in der Welt des Deutschtums. Das sollte empfunden werden gegen manche kleine Fragen, mit denen einzelne wieder auftreten und sagen: Ja, sitzt Du nicht mit denen dort zusammen, die einst Deine Feinde waren? Wenn wir gegen die ganze Welt gekämpft haben, können wir uns nicht wundern, daß diese ganze Welt jetzt mit uns zusammensitzt im Völkerbundrat. Ich frage die Deutschen: Warum seid Ihr so kleinmütig in bezug auf das Zutrauen zu Euern Führern? Wartet doch ab, was wir leisten; wir werden genau so viel leisten wie die andern. Nichts ist unrichtiger als Pränumerandokritik[21], die stets nörgeln muß.

Ich war heute mittag zusammen mit den Memeler und Danziger Deutschen[22] und habe gehört, wie ganz anders ihre Empfindungen waren, als sie im Völkerbundrat Platz nahmen und sich dem Vertreter der deutschen Nation gegenübersahen[23], zu deren Land sie gehören mit ihrem ganzen Herzen und ihrem ganzen Empfinden und sich sagten: Da sitzt der Freund, der zu uns gehört und uns schützen wird, wenn wir ausgesetzt sind all dem Sturm und Drang der Gegenwart.

Was wir brauchen in unserm Vaterland, daheim und draußen, das ist eine Zeit friedlicher Entwicklung, das ist eine Zeit, in der wir wieder bilden jene beste Schicht des deutschen Volkes, die nach harter Arbeit etwas zurücklegt für die, die nachher kommen, für jene Schicht, die uns die gesunde Blutmischung gibt, bei der aus Handwerk und Kleinbürgertum die Gelehrten entstehen, deren Studiengeld bezahlt ist mit dem Hunger ihrer Eltern, die aber schließlich die Wegbereiter sind für eine große geistige Zukunft. Ein Volk, das nur übermäßig reiche und proletarisierte Schichten hat, wird untergehen in der Geschichte der Völker. Daß wir wieder die Möglichkeit haben für eine solche Entwicklung, daß wir wieder eine feste Währung

---

[21] Eine „Pränumerandokritik“ meint eine solche Kritik, die bereits im voraus erhoben wird.

[22] Am Mittag hatte Stresemann ein „Frühstück zu Ehren der Danziger und Memeler Abordnungen“ gegeben, wie in seinem „Terminkalender“ anläßlich der Völkerbundsratstagung und der Völkerbundsversammlung vermerkt ist (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 664). Die betreffenden Abordnungen hielten sich in Genf auf, weil ihre Anliegen vor dem Völkerbundsrat verhandelt wurden (vgl. etwa in dieser Edition die beiden Redebeiträge Stresemanns im Völkerbundsrat vom 20. September 1926).

[23] Vgl. die vorangehende Anm.

haben[24], während die, die sich Sieger nennen, kämpfen müssen, um das Ansehen ihrer Währung zu erhalten[25], auch das ist ein Zeichen dafür, wie wir aus tiefstem Fall den Weg zur Höhe wieder beginnen.

Manchen geht der Weg nicht schnell genug, und es gibt wieder andre, die glauben, daß dieser Weg nicht gradlinig genug gehe. Es gibt Menschen, die sagen, eine Politik der Kompromisse sei eine Politik der Schwäche. Wer das sagt, hat nicht das Leben eines einzelnen Menschen begriffen, und das Leben der Staaten ist schließlich die Zusammenfassung des Lebens des einzelnen. Wer gibt einem Menschen das Recht, sein Leben nach eignem Willen zu führen? Das Verstehen dessen, was ist, das Hineinfinden in die Situation, in der man lebt, dadurch allein ist doch überhaupt erst das Leben möglich. Man sollte sich doch nicht immer um die Methoden kümmern, wenn es nur überhaupt vorwärts geht. Denn schließlich entscheidet der Erfolg darüber, welche Methode richtig ist. Wir werden eben nur schrittweise vorwärts kommen, wir werden nicht immer nach den Wünschen der Theoretiker einen geraden Weg gehen. Wo eine Mauer ist, da umgehe ich sie und schlage mir nicht den Schädel daran ein. Das ist auch letzten Endes der Sinn der deutschen Außenpolitik. Zweifeln Sie nicht an dem einen, daß das Ziel dieser Politik nur eins ist: Deutschlands Freiheit und Deutschlands Größe[26]. Eines brauchen wir dazu: das ist Einigkeit nach innen und außen. Als Hoffmann v. Fallersleben[27] das Deutschlandlied dichtete, da hat er in dieses Lied manches von Zweifel hineingelegt, weil er die Natur des Deutschen kannte. „Über alles in der Welt, wenn es stets zu Schutz und Trutze brüderlich zusammenhält." Das haben wir meistens nicht getan. Wir Deutsche, von denen man einst sprach, daß wir den Furor teutonicus[28] hätten – wir haben ihn, wenn

---

[24] Stresemann bezieht sich hier auf die Währungsreform von 1923/24, als mit der Verordnung über die Errichtung der Deutschen Rentenbank vom 15. Oktober 1923 (REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 963–966) nach der Hyperinflation vom Spätsommer 1923 die Voraussetzung für eine neue wertbeständige Währung geschaffen worden war und am 15. November 1923 mit der Ausgabe der Rentenmark begonnen wurde (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1070–1072). Nach den Londoner Abmachungen vom 30. August 1924 wurde sie sukzessive wieder durch die goldbasierte (neue) Reichsmark abgelöst.

[25] In erster Linie dürfte sich Stresemann auf Frankreich beziehen, das unverändert in einer schweren Währungskrise steckte, zur deren Behebung die Regierung einen drastischen Sanierungsplan verkündet hatte (vgl. etwa SCHULTHESS 67 [1926], S. 286–287; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 394 [Morgenausgabe] vom 21. August 1926).

[26] An anderen Druckorten, etwa in KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 722 (2. Morgenausgabe) vom 28. September 1926, findet sich „Friede" (statt „Größe").

[27] August Heinrich Hoffmann von Fallersleben (1798–1874), deutscher Dichter. Er dichtete 1841 das „Lied der Deutschen", aus dessen 1. Strophe Stresemann im Folgenden zitiert.

[28] Der Begriff „Furor teutonicus", der auf antike Quellen zurückgeht, findet sich seit dem Mittelalter als gebräuchlicher Ausdruck für deutsche Aggression.

ein Deutscher gegen den andern kämpft. Aber wir haben ihn nicht, wenn es sich darum handelt, die Einigkeit einmal nach außen zu betonen. Wo wäre diese Empfindung mehr gegeben als da, wo Sie auf dem Außenposten stehen? Unser Weg ist jetzt ein mehr begrenzter als in frühern Zeiten. Heute handelt es sich darum, deutsche Souveränität auf deutschem Boden wieder herzustellen, darüber hinaus durch kluge und überlegte Politik den Weg zu finden, um im Zusammengehen mit andern Nationen in dem ganzen Europa das Selbstbestimmungsrecht der Völker einst da wieder herzustellen, wo es verletzt ist. Wir haben jetzt für den ersten Weg gekämpft. In Dortmund und Bochum war einst der Fleiß deutscher Produktion Ergebnis für die französischen Finanzen. Das Ruhrgebiet ist geräumt[29], die erste Zone ist geräumt[30]. Und hier in Genf haben wir in diesen Tagen nicht gerungen um Verminderung der Besatzung, sondern haben die eine große Frage gestellt, ob die Besetzung deutschen Gebiets noch vereinbar ist mit der Lage, die geschaffen wurde durch unsern Eintritt in den Völkerbund[31]. Wir haben darum gerungen, ob es noch möglich ist, ein Gebiet wie das Saargebiet[32] besetzt zu halten, das deutsch ist und bleibt und zu Deutschland in kürzester Frist zurückkehren wird. Wir haben darum gerungen, daß andre Bezirke Europas, die heute nicht zu uns gehören, den Weg wieder zurückfinden in unsre deutsche Heimat, daß in kurzer Zeit wieder ein Rheinland dastehe, wie es gewesen ist in alter Zeit. Und wenn wir dafür gewisse Belastungen finanzieller Natur auf uns nehmen, die wir nach unsrer Überzeugung tragen können, so glaube ich, wenn diese Frage vor uns steht, sollte das deutsche Volk einmütig sein in dem Gedanken: Nicht das materielle Leben ist das Entscheidende, sondern die politische Ehre und Freiheit der Nation. Man kann arm sein und eine große Nation sein. Das ist nicht das Entscheidende,

---

[29] Nach der französisch-belgischen Besetzung von 1923 war auf deutsches Drängen hin am Rande der Londoner Konferenz vom französischen Ministerpräsidenten Herriot im August 1924 die Räumung des Ruhrgebiets innerhalb eines Jahres zugesichert worden. Am 31. Juli 1925 war die Räumung durch die alliierten Besatzungstruppen abgeschlossen (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 134).

[30] Am 31. Januar 1926 hatte formal (nach dem Abzug der letzten Truppen am Vortag) die Räumung der nördlichen („Kölner“) Zone durch die Besatzungstruppen geendet (vgl. ebd., 67 [1926], S. 23).

[31] Zu entsprechenden Genfer Verhandlungen vgl. etwa die geheime Aufzeichnung Schuberts über sein und Stresemanns Gespräch mit Vandervelde vom 11. September 1926 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 177–181) sowie das Gespräch Stresemanns mit Briand in Thoiry vom 17. September 1926 (dazu Stresemanns eigenes stichwortartiges Diktat vom 17. September und seine ausführlichere Aufzeichnung vom 20. September 1926: ebd., S. 188–191 u. 202–210).

[32] Das Saargebiet war durch den Versailler Vertrag auf 15 Jahre dem Völkerbund unterstellt worden; das Eigentum an den dortigen Kohlengruben ging an Frankreich über. Nach Ablauf dieser Frist sollte eine Volksabstimmung die weitere Souveränität über das Saargebiet entscheiden. Einzelheiten der Regierung und Verwaltung des Saargebiets („Saarstatut“) durch eine vom Völkerbund ernannte Regierungskommission waren ebenfalls im Vertrag geregelt (vgl. dessen Art. 45–50 und deren Anlagen: VERTRAG VON VERSAILLES S. 28–40). – Im Gespräch von Thoiry (vgl. die vorangehende Anm.) war zwischen Stresemann und Briand die Möglichkeit zur vorzeitigen Rückgabe des Saargebiets erörtert worden.

ob der eine einen schlechtern Rock trägt als der andre, sondern ob er freien Charakters ist und stolz jedem andern ins Auge sehen kann. Wir wollen den andern Nationen frei und stolz in die Augen sehen, wieder einen freien Boden in Deutschland haben. Und ich glaube, daß wir hier in Genf einen großen Schritt vorwärts zur Erreichung dieses Zieles getan haben. Lassen Sie mich hoffen, daß, wenn wir in künftigen Tagungen des Völkerbundes zurückkehren, wir die Möglichkeit haben, uns des in hartem Kampf Erreichten zu freuen.

Wir sollten uns erinnern an die Worte des griechischen Philosophen[33], daß die Götter vor den Erfolg den Schweiß gesetzt haben, sollten uns klar sein darüber, daß wir naturgemäß als das heutige Geschlecht nur die eine Aufgabe haben, den Weg zu bereiten für eine glücklichere Zukunft derjenigen, die nach uns kommen, so, wie wir Nutznießer gewesen sind der Taten derjenigen, die vor uns waren. Und schließlich sind wir nicht von der Natur andrer Nationen, von denen die eine die Idee des Ausruhens wohl wundervoll verbunden hat mit der Idee der werktätigen Arbeit, und von denen eine andre die Lebensphilosophie hat, in einem bestimmten Lebensalter sich zurückzuziehen von der Arbeit, um nur noch geruhsamer Behaglichkeit zu leben. Es ist nicht wahr, daß im alten hebräischen Text die Worte stehen: „Wenn das Leben köstlich ist, dann ist es Mühe und Arbeit gewesen“[34], sondern die deutsche Auffassung eines Luther[35] hat das Wort köstlich hineingebracht, wie sie das Schöne der Tätigkeit bis zum letzten Moment in unsre deutsche Auffassung hineingebracht hat. Wir werden mehr tätig sein müssen als die andern. Über unserm Leben wird der römische Spruch stehen: „Ohne Urlaub werden wir geboren.“[36] Wenn wir hineingekommen sind in diese schwere Zeit der Not, so lassen Sie uns hoffen, daß man uns einst dankt, was wir getan; lassen Sie mich hoffen, daß unser deutsches Vaterland den Weg gehe zu neuer Freiheit, zu neuer Größe, zu einer guten Zukunft. Lassen Sie mich in diesem Sinne Sie bitten, mit mir einzustimmen in den Ruf: ... [37]

---

[33] Gemeint ist Hesiod (geb. vor 700 v. Chr.), griechischer Dichter. – In seinem „Werke und Tage“ heißt das nachfolgend angesprochene Zitat: „Vor die Tugend haben die unsterblichen Götter den Schweiß gesetzt“.

[34] So – in leichter Abwandlung – lautet Psalm 90, Vers 10, in der Luther-Übersetzung.

[35] Martin Luther (1483–1546), deutscher Reformator.

[36] Stresemann bezieht sich hier auf die bei Seneca gebrauchte Wendung „sine missione nascimur“. – Zur Frage, ob es sich dabei um eine zu freie Übersetzung handele, vgl. das Schreiben Stresemanns an den ehemaligen Staatssekretär Albert, o. D., in: STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 615–616.

[37] Der von Stresemann nachfolgend ausgebrachte Ruf ist an keinem der Druckorte überliefert.

Rede vor Journalisten in Genf vom 22. September 1926[1]

Nach DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 444 (Morgenausgabe) vom 23. September 1926. – Teildrucke (teilweise mit kleineren Abweichungen) in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 442/443 vom 23. September 1926; KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 708 (1. Morgenausgabe) vom 23. September 1926; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 448 (Abendausgabe) vom 22. September 1926; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22280 (Morgenausgabe) vom 23. September 1926, S. 3; SCHULTHESS 67 (1926), S. 488–489; LA SOCIÉTÉ DES NATIONS, Revue 8 (1926), S. 627–629; STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 30–32.

Würdigt die Atmosphäre in Genf und die Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen. Dementiert Falschmeldungen über seine Rede vom Vortag.

Ich möchte Gelegenheit nehmen, mich von Ihnen zu verabschieden, da die Verhandlungen des Ministerrats in Berlin[2] mich zwingen, früher als gewünscht Genf zu verlassen. Ich hatte die Absicht, bis zum Ende der Versammlung[3] zu bleiben, um genügend Eindrücke zu gewinnen über die Methoden der Arbeit des Völkerbundes und die Kenntnisse von Persönlichkeiten zu erweitern und so mich selbst vorzubereiten auf die künftigen Sessionen des Völkerbundes.

Aber da am Dienstag der **französische Ministerrat** stattgefunden hat[4], der sich mit **Thoiry[5]** beschäftigte, werden Sie es verständlich finden, daß **auch meine Ministerkollegen** über diese Diskussion durch mich unterrichtet sein möchten. Aus diesem Grund verlasse ich heute Genf.

---

[1] In der Vorlage heißt es in der Berichterstattung über die Rede unter der Überschrift „Stresemanns Abschiedsrede in Genf. Genugtuung über die Erfahrungen Deutschlands im Völkerbund“ einleitend: „Als heute vormittag bekannt wurde, Stresemann werde um 12,45 Uhr die gesamte Genfer Presse empfangen, leerten sich die Journalistenbänke in den verschiedenen Kommissionssitzungen des Völkerbundes sehr schnell, obwohl die Verhandlungen sehr interessant gewesen sind. Zur angegebenen Zeit waren im Hotel Métropole etwa 50 Journalisten aus allen Ländern und fast allen Weltteilen versammelt. Der Minister hielt darauf die folgende Ansprache:“

[2] Zur Terminplanung Stresemanns für seine Rückreise nach Berlin vgl. die entsprechenden Mitteilungen in der Ministerbesprechung vom 20. September 1926 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 209).

[3] Die Völkerbundsversammlung tagte noch bis zum 25. September 1926 (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 490–492).

[4] Zur Sitzung des französischen Ministerrates vom 21. September 1926, der im Ergebnis Briand bevollmächtigte, weitere Verhandlungen mit Stresemann zu führen, vgl. die „Havas“-Meldung, die in STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 24, wiedergegeben ist, sowie VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 447 (Abendausgabe) vom 21. September 1926.

[5] Zum Gespräch Stresemanns mit Briand in Thoiry vom 17. September 1926 vgl. neben seiner Rede vor der Presse vom 17. September (in dieser Edition) Stresemanns eigenes stichwortartiges Diktat vom 17. September und seine ausführlichere Aufzeichnung vom 20. September 1926 in: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 188–191 u. 202–210.

Ich bin in den letzten Tagen oft über meine Eindrücke aus Genf befragt worden, und ich habe kein Hehl daraus gemacht, daß es **Eindrücke der Genugtuung** sind, und ich glaube dies sagen zu können für sämtliche Mitglieder der deutschen Delegation[6]. In allen Fragen, die uns hier beschäftigt haben, ist die **deutsche Delegation stets einer Auffassung** gewesen. Daraus mögen Sie die Gewähr entnehmen, daß unsere Politik sich stützen kann auf die Mehrheit des Parlamentes und darüber hinaus, was viel wichtiger ist, auf die **ganz große Mehrheit des deutschen Volkes.** Einige werden sich der kurzen Ansprache[7] erinnern, die ich im März gehalten habe, als Locarno[8] gefährdet schien durch die Unmöglichkeit des deutschen Eintritts in den Völkerbund[9]. Doch ich glaube, daß es gut war, die Nerven behalten zu haben, und daß der **Optimismus** standhielt gegenüber allen Zweiflern. Deutschlands Eintritt[10] hat sich in einer Weise vollzogen, die uns zur Dankbarkeit veranlassen kann gegenüber der freundlichen Art, mit der man uns entgegengekommen ist. Deutschlands Mitarbeit im Rate und in den Kommissionen hat unter dem gleichen Zeichen stattgefunden. Ich habe es für meine Person auch stets abgelehnt, in der Beurteilung der Wahlen zum Völkerbundsrat[11] die einzelnen Nationen zu klassifizieren, und zwar in deutschfreundliche und deutschfeindliche Völker. Ich kann von keiner Nation verlangen, daß sie andere Interessen in Genf vertritt als ihre eigenen, jedoch **im europäischen Rahmen und im Rahmen der Welt.** Ich glaube, die Empfindung zu haben, daß diejenigen Unrecht haben, die davon sprechen, daß der Völkerbund der Ausdruck sei von Mächtekonzernen, die ihn beherrschen. Ich glaube, daß der Individualismus stärker entwickelt ist als man es draußen glaubt, daß aber der Sinn nach sachlicher Arbeit und nach einheitlichem Zusammenklang noch stärker entwickelt ist.

Ich könnte mich mit diesen Worten von Ihnen verabschieden, wenn ich nicht Gelegenheit nehmen möchte, zu einigen **Gerüchten** Stellung zu nehmen, die hier gera-

---

[6] Als bevollmächtigte Mitglieder gehörten der Delegation neben Stresemann noch Carl von Schubert, Staatssekretär im Auswärtigen Amt, und Friedrich Gaus, Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amts, an. Die Delegation umfaßte darüber hinaus Reichstagsabgeordnete, weitere Staatssekretäre und Ministerialbeamte (zu deren Auflistung vgl. BERLINER TAGEBLATT, Nr. 425 [Morgenausgabe] vom 25. September 1926).

[7] Gemeint ist wohl die Rede vor der internationalen Presse vom 17. März 1926 (vgl. diese Edition).

[8] Die Verträge, die als Ergebnis der Konferenz von Locarno am 16. Oktober 1925 unterzeichnet worden waren, sahen als Bedingung für ihr Inkrafttreten Deutschlands Eintritt in den Völkerbund vor (vgl. etwa Art. 10 des Hauptvertrags: LOCARNO-KONFERENZ S. 202).

[9] In der März-Sitzung des Völkerbunds war die Aufnahme Deutschlands in den Bund gescheitert.

[10] Zum Beitritt Deutschlands, der am 10. September 1926 vollzogen wurde, vgl. in dieser Edition die Rede Stresemanns vor der Völkerbundsversammlung vom gleichen Tag.

[11] Zu den Wahlen der Völkerbundsversammlung für den Völkerbundsrat vom 16. September 1926 vgl. SCHULTHESS 67 (1926), S. 482–483.

de in Ihren Kreisen sich geltend gemacht haben sollen mit bezug auf meine Ansprache, die ich gestern **vor der deutschen Kolonie** von Genf gehalten habe[12]. Ich bitte, es mir nicht übel zu nehmen, wenn ich sage, es müßte wenig Sensationen in Genf geben, wenn man aus dieser Rede bereits eine Sensation machen könnte. Ich habe in einer Antwort auf die Begrüßungsrede des Vorstandes der deutschen Kolonie[13] darauf hingewiesen, daß wir in Genf einen großen Schritt vorwärts gekommen wären, und zwar habe ich diesen Schritt darin gesehen, daß in den Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland heute nicht mehr verhandelt würde über eine Ziffer von Besatzungstruppen oder die Verminderung dieser Besatzung um irgendeine Ziffer, sondern um **die ganze Frage der Rheinlandräumung[14]** und um die Frage der Rückkehr des Saargebietes[15] ins Deutsche Reich. Ich habe damit **keine Indiskretion** begangen, da Havasmeldungen mir vorliegen über den gestrigen **französischen Ministerrat[16],** in dem ganz offen von diesen Fragen gesprochen wurde, und ich habe im Zusammenhang mit der Regelung der Saarfrage gesprochen von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, damit andeutend auf die voraussichtlich stattfindende Abstimmung im Saargebiet über seine Rückkehr nach Deutschland.

Mein Herren! Was ist bereits[17] gemacht worden? Ein Mailänder italienisches Blatt teilte heute mit, daß ich von der Annexion Oesterreichs und sogar von der Annexion Südtirols gesprochen habe[18] und daß dies wohl der Gegenstand meiner Besprechung mit Briand[19] gewesen sein müsse, denn ich hätte sonst nicht so geredet, wie

---

[12] Zu Stresemanns Rede vor der deutschen Kolonie in Genf vom 21. September 1926 vgl. diese Edition.

[13] Sein Name und die Begrüßungsrede konnten nicht ermittelt werden.

[14] Zu entsprechenden Genfer Verhandlungen vgl. etwa die geheime Aufzeichnung Schuberts über sein und Stresemanns Gespräch mit Vandervelde vom 11. September 1926 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 177–181) sowie das Gespräch Stresemanns mit Briand in Thoiry vom 17. September 1926 (vgl. oben mit Anm. 5).

[15] Das Saargebiet war durch den Versailler Vertrag auf 15 Jahre dem Völkerbund unterstellt worden; das Eigentum an den dortigen Kohlengruben ging an Frankreich über. Nach Ablauf dieser Frist sollte eine Volksabstimmung die weitere Souveränität über das Saargebiet entscheiden. Einzelheiten der Regierung und Verwaltung des Saargebiets („Saarstatut“) durch eine vom Völkerbund ernannte Regierungskommission waren ebenfalls im Vertrag geregelt (vgl. dessen Art. 45–50 und deren Anlagen: VERTRAG VON VERSAILLES S. 28–40). – Im Gespräch von Thoiry (vgl. oben mit Anm. 5) war zwischen Stresemann und Briand die Möglichkeit zur vorzeitigen Rückgabe des Saargebiets erörtert worden.

[16] Vgl. oben mit Anm. 4.

[17] So in der Vorlage. – In STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 31, wohl zutreffend: „daraus“.

[18] Nach einem Kommentar in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 452 (Morgenausgabe) vom 24. September 1926, soll es sich bei dieser angeblichen Wiedergabe in einer Mailänder Zeitung um ein sich später als falsch erweisendes Gerücht gehandelt haben, das Stresemann zugetragen worden sei.

[19] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April

dies geschehen sein soll.

Ich stelle fest: Thoiry war schön und psychologisch von größter Bedeutung in der Politik. Aber wenn Sie glauben, daß dort Europa verteilt worden ist, da überschätzen Sie weitaus den Raum[20], in dem diese Diskussionen stattgefunden haben, unterschätzen Sie auch mich, indem Sie mir eine solche Dummheit zumuten, daß ich eine Rede gehalten haben soll, wie sie mir zugeschrieben wird.

Ich glaube mir zusprechen zu können, daß ich gegenüber Anfeindungen im eigenen Lande mir klar gewesen bin über den **Grad der Fortschritte, die gemacht werden können.** Ich freue mich, daß der Grad des Fortschritts stärker gewesen ist, als ich ihn früher vermutete, aber irgend etwas darin zu suchen, was hinausgeht über die Fragen, die längst öffentlich in der Presse diskutiert wurden, das dürfen Sie mir nicht zumuten.

Wenn ich über das Selbstbestimmungsrecht gesprochen habe, geschah es im Zusammenhang, wie z. B. in der Memeler Frage[21], wo es sich darum handelt, Verletzungen zu verhindern, falls sie begangen sein sollten. Wer darüber hinausgeht, tut es aus Sensationslust oder, was ich nicht hoffe, aus bösem Willen. Ich glaube, wir können uns im Geiste des Völkerbundes der Fortschritte freuen, welche die Verständigung der Nationen gemacht haben durch den deutschen Eintritt in den Völkerbund, und ich freue mich der Besserung der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland, weil ich darin den **Kern der europäischen Verständigung** sehe. Wer diese Verständigung will, mag sie nicht stören durch solche Sensationen und solche Gerüchte, die in den Tatsachen keine Begründung finden.

Ein letztes Wort: Man hat manchmal die Frage aufgeworfen, ob Deutschland einen ständigen Vertreter für den Völkerbund delegieren würde. Ich darf darauf antworten, daß dies nicht in der Absicht der deutschen Regierung liegt und daß ich Wert darauf

---

1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918. – Zur Besprechung von Thoiry vgl. oben mit Anm. 5.

[20] So in der Vorlage. – In STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 31, vermutlich zutreffend: „Rahmen".

[21] Das vordem deutsche Memelland war durch Art. 99 des Versailler Vertrags (VERTRAG VON VERSAILLES S. 63–64) zu einem Mandatsgebiet der Alliierten geworden. Nach dessen Besetzung durch bewaffnete litauische Kräfte erkannte die Botschafterkonferenz im Februar 1923 die Souveränität Litauens in diesem Gebiet an (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 366), und am 8. Mai 1924 übertrugen die Alliierten ihre Rechte vertraglich auf Litauen (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 10, S. 429–430 mit Anm. 2). Sie verpflichteten dieses jedoch durch das wenige Tage später in Kraft tretende „Memelstatut" zur Gewährung von Autonomie und zur Wahl eines Landtags. Über die Ausgestaltung dieser Autonomie und die Wahlberechtigung für den Landtag geriet die deutschsprachige Bevölkerung des Memelgebietes bald in Konflikte mit der litauischen Regierung. – Zu Stresemanns Eintreten für die Rechte des Memellandes vgl. auch (in dieser Edition) seinen Ersten Redebeitrag im Völkerbundsrat vom 20. September 1926.

lege, die Vertretung Deutschlands im Völkerbundsrat selbst zu führen und auf diese Weise die persönlichen Beziehungen noch zu verstärken, die mich mit denjenigen verbinden, die bis jetzt den Völkerbund geführt haben und mit denen ich zusammenzuarbeiten habe. Ich glaube auch annehmen zu dürfen, daß ich bei den Tagungen des Völkerbundes und des Völkerbundsrates, soweit sie in Genf stattfinden, Gelegenheit haben werde, Sie hier wiederzusehen, und indem ich mich von Ihnen verabschiede, bitte ich, mir zu gestatten, der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß die künftigen Beziehungen ebenso freundlich bleiben werden wie bisher durch gemeinsame Arbeit und durch sachliche Kritik. In dem Sinne erlauben Sie mir, daß ich Ihnen das deutsche Wort zurufe: Auf Wiedersehen.[22]

[22] Die Vorlage schließt: „Unter lebhaftem Händeklatschen der Anwesenden verließ der Minister den Saal."

Rede und Diskussionsbeiträge im Zentralvorstand der DVP in Köln vom 1. Oktober 1926[1]

Nach NATIONALLIBERALISMUS II, S. 652–667, 678–679, 685, 687, 693–694, 702–710.

Die DVP ist derzeit eine geschlossene Partei. Wendet sich daher gegen jede Option nach recht oder links und lehnt jede Blockbildung oder gar Verschmelzung mit der DNVP ab. Politik muß von den Parteien gemacht werden, nicht von Verbänden. Die schädliche Entstehung von Berufsparteien wie z. B. der Wirtschaftspartei. Verteidigt seine Außenpolitik und insbesondere die Abmachungen von Thoiry und schildert den erwartbaren innerfranzösischen Kampf um dieses Projekt. Ungeduld schadet dabei nur. Die Bedeutung der deutschen Aufnahme in den Völkerbundsrat. Die Wahl Polens in den Völkerbundsrat war taktisch motiviert. Nimmt Stellung zu einzelnen Diskussionsbeiträgen und Fragen der Teilnehmer. In der DNVP müssen sich erst die vernünftigen Leute insbesondere hinsichtlich der Außenpolitik durchsetzen, ehe eine engere Zusammenarbeit in Frage kommt; die abschätzige Bewertung der DNVP des Gesprächs von Thoiry ist nur schädlich. Die Frage des Reichsehrenmals.

[…][2]

Wir treten in die Tagesordnung[3] ein. Punkt 1 der Tagesordnung ist: Aussprache über die politische Lage. An diese Aussprache werden sich eine Anzahl von Anträgen anschließen, die dann im einzelnen zu diskutieren sein werden. Gestatten Sie mir, diese Aussprache kurz einzuleiten.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß wir unseren diesjährigen Parteitag[4] im Zeichen völliger Einigkeit und Geschlossenheit der Partei werden begehen können. Ich glaube, sagen zu können, daß es vielleicht kaum eine Partei in Deutschland gibt, die gegenwärtig in einer so günstigen Situation dasteht wie die Deutsche Volkspartei

---

[1] Die Sitzung des Zentralvorstandes der DVP fand statt im Rahmen des 7. Parteitags in Köln, der vom 30. September bis zum 3. Oktober 1926 dauerte. Laut Vorlage tagte der Zentralvorstand im Saal der Kasinogesellschaft am Augustinerplatz.

[2] Laut einer Paraphrase in der Vorlage „eröffnet [Stresemann] die Sitzung, gedenkt der verstorbenen Mitglieder und gibt Entschuldigungen bekannt".

[3] Zur Tagesordnung der Sitzung vgl. NATIONALLIBERALISMUS II, S. 652, Anm. 2.

[4] Zum Programm des Parteitags (vgl. oben Anm. 1) vgl. NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Nr. 151 vom 15. September 1926.

im Reich und in den Ländern (Lebhafte Zustimmung). Daraus entnehme ich aber auch eine Folgerung für unsere Stellung zu den innerpolitischen Fragen, und die darf ich dahin kennzeichnen – und ich darf betonen, daß das auch der beinahe einmütigen Auffassung der Reichstagsfraktion entspricht (Dr. Scholz[5]: Beinahe?) – der völligen –, daß kein Anlaß für uns vorliegt, diese günstige Position selber dadurch aufzugeben, daß wir uns von irgend jemand dazu veranlassen, jetzt nach rechts oder links zu optieren (Zustimmung und Bravo!).

Die Frage der Regierungsbildung im Reich[6] ist Gegenstand lebhafter Diskussionen in der Gott sei Dank langen Ferienzeit des Parlaments[7] gewesen. Man hat zunächst die Frage erörtert, ob es möglich und tragbar und wünschenswert ist, daß eine Minderheitsregierung im Reich bestehe. Wünschenswert ist es gewiß nicht. Wünschenswert ist, daß eine feste Mehrheit des Parlaments, die einheitlich zusammenarbeitet, auch das Kabinett bildet. Aber es handelt sich in der Politik vielfach darum, daß man die Wahl hat zwischen zwei Übeln und nicht einfach zu greifen hat nach dem Wünschenswertesten und Erstrebenswertesten. Die Regierung hat Winterquartiere bezogen. Der Herr Reichskanzler[8] ist in die Reichskanzlerwohnung eingezogen und hat dadurch sinnbildlich zum Ausdruck gebracht (Heiterkeit), daß die frühere Auffassung, daß dieses Kabinett nur ein vorübergehendes sein würde, nur die Basis für die kommende Große Koalition sein würde, innerhalb der Regierung nicht mehr geteilt wird.

Es kommt darauf an, meine Damen und Herren, womit man besser regiert: mit einer Minderheitsregierung, die, wenn sie stark ist, ihre Mehrheit in bestimmten Fällen findet, sei es auch auf dem Wege eines Kompromisses, das sie schließen muß, oder mit einer Mehrheitsregierung, die vielleicht innerlich so durchsetzt ist, so gegeneinander schon im Kabinett arbeitet, daß sie zwar äußerlich über eine Mehrheit im

---

[5] Ernst Scholz (1874–1932), Reichswirtschaftsminister 1920–1921; Mitglied des Reichstags 1921–1931 (für die DVP; deren Fraktionsvorsitzender August 1923 – 1930, ihr Vorsitzender 1929–1930).

[6] Gemeint ist die Bildung des Kabinetts Marx III, dessen Ernennung zum Reichskanzler am 17. Mai 1926 längere Verhandlungen beendete; das Kabinett stützte sich auf eine Minderheitskoalition aus Zentrum, DDP, DVP und BVP (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 100–101).

[7] Der Reichstag hatte am 2. Juli 1926 seine letzte Sitzung vor der Sommerpause abgehalten und die weiteren Beratungen abschließend bis zum 3. November 1926 vertagt (vgl. VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 390, S. 7863).

[8] Wilhelm Marx (1863–1946), Reichskanzler 30. November 1923 – 15. Januar 1925 und 17. Mai 1926 – 29. Juni 1928; Reichsjustizminister (und beauftragt mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete) 20. Januar – 17. Mai 1926; Preußischer Ministerpräsident Februar – März 1925; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1932 (für das Zentrum; dessen Parteivorsitzender 1922–1928; Fraktionsvorsitzender 1921–1924, 1926). – Es konnte nicht ermittelt werden, wann der nachfolgend genannte Einzug Marx' in die Reichskanzlerwohnung in der Wilhelmstraße stattfand (aus der Marx erst am 4. Februar 1925 ausgezogen war: vgl. MARX I, S. 379).

Reichstag verfügt, in Wirklichkeit aber die Kämpfe schon in das Kabinett hineinlegt, ehe sie überhaupt vor das Parlament tritt, und deshalb das Gefüge der Schwäche in sich trägt. Wer einmal, wie ich, Kanzler einer Koalition gewesen ist, die die größte Mehrheit der Stimmen hatte, die es im Reichstag überhaupt gibt[9], der weiß, daß man sehr unterscheiden muß zwischen äußerlicher und zwischen innerlicher Stärke (Sehr richtig!). Gegenwärtig, glaube ich, hat die Regierung, zu der wir gehören, gute und praktische Arbeit geleistet, und es steht gar nicht fest, ob durch irgendwelche theoretische Konstellationen nicht lediglich das erreicht würde, daß das, was ist, erschüttert wird, ohne daß man weiß, was überhaupt danach kommt, ob eine andere Regierungsbildung möglich ist, ob wir nicht durch derartige Experimente hineinsteuern in eine Reichstagsauflösung und in andere unerwünschte Erscheinungen.

Sie wissen, daß diese Erörterungen anknüpfen zunächst einmal an eine Aktion unserer Freunde im preußischen Staatsrat[10]. Wer die Mitglieder der volksparteilichen Fraktion in preußischen Staatsrat kennt, der wird die Beweggründe würdigen, die sie veranlaßt haben, die Frage zu erwägen, ob ein Zusammenarbeiten, wie es in diesem Gremium sich als wünschenswert gezeigt hat, auch auf große parlamentarische Institutionen zu übertragen sei. Was ich bei dieser Aktion aber unter allen Umständen gewünscht hätte, wäre das eine gewesen, daß sie nicht der Öffentlichkeit übergeben wurde, ehe überhaupt die Parteien, an die man sich wandte, selber Gelegenheit hatten, zu diesen Dingen Stellung zu nehmen (Sehr richtig!). Es ist verbreitet worden, ich hätte als Parteivorsitzender von diesem Schritte Kenntnis gehabt. Das ist unrichtig (Hört! Hört!). Mir ist von dem Freiherrn v. Gayl[11] am letzten Tage der Reichstagsverhandlungen nachmittags ein Schreiben der Arbeitsgemeinschaft des preußischen Staatsrats übergeben worden. Ich habe dieses Schreiben nicht einmal im Wortlaut lesen können. Es ist mir kurz mitgeteilt worden, um was es sich handele, und in der Annahme, es handele sich um ein Schreiben an mich, das ich dem Parteivorstand

---

[9] Stresemann leitete als Reichskanzler (und zugleich Außenminister) die Reichsregierung vom 13. August bis zum 23. November 1923; bis zum 30. November 1923 blieb er mit seinem Kabinett geschäftsführend im Amt. Danach behielt er das Amt des Außenministers. – Bis zum Austritt der SPD-Minister am 2. November 1923 bildete sein Kabinett eine Große Koalition; theoretisch verfügte es damit über weit mehr als 300 Stimmen der insgesamt 459 Reichstagsabgeordneten.

[10] Gayl und Jarres, zwei führende Vertreter von DNVP bzw. DVP im preußischen Staatsrat, hatten Anfang Juli 1926 in einem veröffentlichten Aufruf dazu aufgefordert, die beiden Parteien enger zusammenzuführen; dazu und zur ablehnenden Reaktion Stresemanns vgl. STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 412–419.

[11] Wilhelm Freiherr von Gayl (1879–1945), Bevollmächtigter der Provinz Ostpreußen im Reichsrat 1921–1932; Mitglied des preußischen Staatsrates 1921–1933; Reichsinnenminister 1932; Mitglied der DNVP. – Mit dem nachfolgend erwähnten Schreiben ist möglicherweise der in der vorangegangenen Anm. genannte Aufruf gemeint.

vorzulegen hätte, habe ich gesagt, die Sache eilt ja wohl nicht – wir standen mitten vor den Ferien –**,** ich würde die Angelegenheit in der nächsten Sitzung des Parteivorstandes zur Sprache bringen. Das war die Unterhaltung. Zwei Tage später hat die „Königsberger Allgemeine Zeitung“ den Aufruf der ganzen deutschen Öffentlichkeit übermittelt[12]. Es ist also ohne meine Kenntnisnahme und ohne Kenntnis des Kollegen Scholz mit den Deutschnationalen Fühlung genommen worden. Wenn man sich an die Deutsche Volkspartei wendet, ist es doch schließlich wünschenswert, daß deren führende Persönlichkeiten das nicht lediglich auf diesem Wege erfahren. Wenn sich daran dann unliebsame Erörterungen geknüpft haben, so weil man seitens des Herrn v. Gayl diesen Weg der Veröffentlichung gegangen ist, der, wie ich höre, auch den Intentionen des Herrn Dr. Jarres[13] durchaus nicht entsprochen hat. Ich möchte, daß wir hier im Zentralvorstand uns möglichst auch klar darüber werden, wie sich morgen der Parteitag stellt, auf den die Öffentlichkeit ja mit großem Interesse schaut, und ich möchte Ihnen vorschlagen, hier im Zentralvorstand in freiester, offenster Weise über diese Fragen zu sprechen, sie aber, wenn möglich – und ich glaube, das wird auch hier die Meinung der überwiegenden Zahl der Teilnehmer sein – morgen auf dem Parteitag so wenig wie möglich in Erscheinung treten zu lassen (Sehr richtig!).

Ich unterscheide bei dieser Aktion zweierlei, nämlich ob man es für wünschenswert erachtet, die Regierung durch Hinzutritt der Deutschnationalen zu verstärken. Das ist die eine grundsätzliche Frage. Die zweite, sekundäre Frage ist, ob, wenn man das für wünschenswert hält, dann der gedachte Weg der richtige zu diesem Ziele war. Die zweite Frage verneine ich ganz unbedingt. Wenn es sich darum handelt, die bürgerlichen Parteien zusammenzuschließen – und nur um diese Frage kann es sich doch nur handeln –, dann dürfen nicht zunächst vorher zwei bürgerliche Parteien erklären, daß sie innerhalb dieses Blocks einen besonderen Block bilden würden (Sehr richtig!). Denn dadurch bringen sie zum Ausdruck, daß sie die anderen in diesem Block ihrerseits majorisieren würden, und sie rufen dadurch Widerstände hervor, die sich naturgemäß gegen eine solche Majorisierung wenden. Deshalb war meiner Meinung nach schon der Gedanke einer engeren Arbeitsgemeinschaft innerhalb einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft ein taktischer Fehler, der, wenn man dieses

[12] Der betreffende Artikel konnte nicht ermittelt werden. Vgl. jedoch URSACHEN UND FOLGEN VII, S. 340.

[13] Karl Jarres (1874–1951), Reichsinnenminister 11. November 1923 – 15. Januar 1925 (ab 30. November 1923 auch Vizekanzler); Oberbürgermeister von Duisburg 1914–1923 (während der Ruhrbesetzung von den Besatzungsmächten ausgewiesen) und 1925–1933; Mitglied der DVP.

Ziel wollte, zunächst den Effekt hatte, daß Zentrum und Demokratie sich ganz entschieden gegen eine solche Art der Vereinigung wenden würden.

Weiter halte ich es für sehr falsch, wenn wir überhaupt in diesen Fragen den Eindruck erwecken, als wenn wir für Dinge, die in erster Linie die Deutschnationalen angehen, der Vorspann wären, der sich immer zur Verfügung stellte, wenn die Deutschnationale Partei sich irgendwie so verfahren hat, daß sie aus eigener Kraft nicht mehr herauskommt (Lebhafter Beifall und Händeklatschen). Wenn eine Partei an der Regierung teilnehmen will, was man bei jeder Partei nur begrüßen kann, weil es den Drang zur Verantwortlichkeit zeigt, dann hat diese Partei das zunächst selbst auszusprechen. Wir sind nicht ihre Fürsprecher, und ich glaube in Bezug auf frühere Zeiten gilt doch für uns im Verhältnis zu den Deutschnationalen das Wort: Ich habe schon so viel für dich getan, daß mir zu tun fast nichts mehr übrigbleibt[14] (Beifall). Wir haben unsere gute, große Machtstellung in Preußen aufgegeben[15], um der Deutschnationalen willen, und als wir unter glänzenden Bedingungen hätten führend in die preußische Regierung eintreten können, ist es an dem Unverstand und der Halsstarrigkeit dieser Partei gescheitert (Sehr richtig). Wir dienen dem Interesse der Deutschnationalen auch da, wo wir allein in der Regierung sind, weil allein unsere Sachlichkeit uns veranlaßt, die Hand über manchen deutschnationalen Beamten zu halten, der nicht mehr in der Verwaltung wäre, wenn sich nicht die Deutsche Volkspartei seiner angenommen hätte (Sehr richtig!). Nach allen diesen Richtungen hin aber können wir um so unbefangener wirken, wenn nicht bei den anderen Parteien, auf die wir wirken sollen, die Auffassung entsteht, als wenn wir mit den Deutschnationalen einen besonderen Block gegenüber den anderen bilden wollten. Deshalb halte ich diese Idee, der Öffentlichkeit zu sagen, wir seien die beiden staatserhaltenden Parteien und damit den anderen doch eigentlich abzusprechen, daß sie es auch wären, zur Erreichung des Zieles der Heranziehung der Deutschnationalen, wenn man das als gegenwärtiges Hauptziel ansieht, für sehr verfehlt.

Dann ein Drittes, es konnte der Aufruf so aufgefaßt werden, als ginge er hin auf die Verschmelzung der beiden Parteien. Ich will auch diese Frage hier zunächst einmal rein theoretisch behandeln. Wenn aus diesen beiden Parteien eine Partei würde

---

[14] Stresemann zitiert hier aus Goethes in ihrem ersten Teil 1808 veröffentlichter Tragödie „Faust“ (Text u. a. in: Goethes Werke. [Hamburger Ausgabe in 14 Bden.] Bd. 3. 11. Aufl. München 1981, S. 9–145; das Zitat: S. 112).

[15] Stresemann bezieht sich auf den Austritt der DVP aus der Großen Koalition in Preußen am 6. Januar 1925 (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 1–2); nachfolgend war wiederholt der Wiedereintritt in die Große Koalition gescheitert.

oder werden könnte, so bin ich mir sehr zweifelhaft darüber, ob diese geeinigte Partei bei den Wahlen mehr Mandate erhalten würde, als heute die Deutschnationalen allein haben[16]. Ich bin der festen Überzeugung, daß eine derartige Abwanderung von einer solchen Partei, die zu gleicher Zeit konservative, völkische, antisemitische und liberale Elemente in sich umfassen sollte, stattfände, daß sie zerbrochen wäre in dem Augenblick ihrer Gründung (Sehr richtig!). Es hat einmal eine Vereinigung von nationalliberalen Sezessionisten und Freisinnigen stattgefunden[17]. Damals hatte auch Eugen Richter[18] 106 Mandate im Reichstag. Bei der nächsten Wahl sind 40 % der Wähler von dieser sogenannten vereinigten Partei wieder fortgegangen. Dasselbe würde hier der Fall sein. Die Anziehungskraft der großen Zahl ist nicht da, wenn nicht hinter dieser großen Zahl eine geschlossene Idee und eine geschlossene Führung steht, und für meine Person möchte ich doch gar kein Hehl daraus machen, daß für mich die grundsätzliche Einstellung zur liberalen Staats- und Weltanschauung eine Mitgliedschaft in einer Partei unmöglich machte, in der die Elemente sind, die sich heute noch in der Deutschnationalen Volkspartei befinden (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen).

Diese Dinge also bringen uns, glaube ich, auf dem von den Mitgliedern des preußischen Staatsrats erstrebten Wege nicht weiter. Ich darf aber eines sagen: Wenn man die Entwicklung der letzten Wochen und Monate angesehen hat, muß man sogar sagen: Eine Entwicklung, die eigentlich hinsteuerte auf die Erweiterung der Regierungsbasis nach dieser rechten Seite, ist durch diese Aktion außerordentlich gestört worden. Denn Dinge entwickeln sich im allgemeinen um so besser, je weniger man davon spricht. Hier ist bei der Deutschnationalen Partei doch in der Gegenwart eine sehr starke Gärung und Krisis, ist eine Auseinandersetzung zwischen, ich möchte nicht sagen, denjenigen, die eingesehen haben, daß ihr Weg falsch war, denn ich nehme beinahe an, daß das alle eingesehen haben, aber eine Auseinandersetzung zwischen denjenigen, die die Folgerungen daraus ziehen wollen, und denjenigen, die aus purer Verblendung in der Opposition verbleiben. Die Deutschna-

[16] Sofern sich Stresemann auf den Reichstag bezieht, meint er die im Dezember 1924 bei der letzten Reichstagswahl von der DNVP mit gut 20 Prozent der Stimmen errungenen 103 (von 493) Mandaten. Ähnlich verhielt es sich im Preußischen Landtag, wo die DNVP ebenfalls im Dezember 1924 mit knapp 24 Prozent der Stimmen 109 (von 450) Sitzen gewonnen hatte.

[17] Offenbar bezieht sich Stresemann hier und im Folgenden auf die Abspaltung des linken Flügels der Nationalliberalen Partei von 1880, die als „Liberale Vereinigung“ bei der Reichstagswahl 1881 in Zusammenarbeit mit der Deutschen Fortschrittspartei 106 Mandate errang; als vereinigte „Freisinnige Volkspartei“ sanken beide bei der Wahl 1884 jedoch auf 67 Mandate.

[18] Eugen Richter (1838–1906), Mitglied im Reichstag des Norddeutschen Bundes bzw. des Deutschen Reiches 1867–1906 (für die Fortschrittspartei bzw. die Freisinnige Volkspartei).

tionalen haben erkennen lassen, daß sie den Weg zurückfinden wollen zur Teilnahme an der Regierung und dazu dadurch gekommen wären, weil durch gewisse außenpolitische Tatsachen eine neue Basis geschaffen sei, die ihnen die Möglichkeit gäbe zu sagen: Nun sind diese Dinge abgeschlossen, wir haben sie nicht gebilligt, aber wir arbeiten an dieser neuen Entwicklung mit. Das war ihre Absicht, und ich glaube, es hat kaum jemand sich so gesehnt, daß nichts mehr dazwischen käme zwischen dem[19] Eintritt Deutschlands in den Völkerbund[20], als die Deutschnationale Partei, die damit diese neue Basis haben wollte (Sehr richtig!). Daß das alles, daß solche Wandlungen eines Prinzips, eine solche Kursänderung Zeit gebraucht, ist ebenso selbstverständlich. Gingen die Deutschnationalen diesen Weg, bekundeten sie ihren Willen zur Mitarbeit, so wären wir nach unserer Gesamteinstellung die letzten gewesen, die ihnen irgendwelche prinzipiellen Schwierigkeiten gemacht hätten. Aber die Entscheidung hätte auch dann nicht nur bei uns gelegen, sie hätte ebenso beim Zentrum gelegen und sie hätte ebenso bei der Demokratischen Partei gelegen. Und es war nun Sache der Deutschnationalen, die Atmosphäre zu schaffen, die aus ihren Wünschen entsprang.

Dadurch, daß nun der Eindruck entstand, als wenn wir in einer beinahe bis zur Verschmelzung gehenden Weise uns mit den Deutschnationalen für Erreichung dieses Zieles in einer Arbeitsgemeinschaft zusammensetzen wollten, sind die Widerstände im Zentrum so stark geworden, daß, glaube ich, gegenwärtig die Situation so ist, daß weder in Preußen noch im Reich auch nur ein einziger Zentrumsabgeordneter für eine solche Erweiterung sein würde. Ich glaube deshalb, daß, wenn die Aktion des Staatsrats darauf hinausging, die Erweiterung nach rechts vorzubereiten, die Dinge gegenwärtig mehr zurückgeflossen sind, als daß sie den Weg vorwärts genommen haben.

Eine zweite Aktion, die aber in der Öffentlichkeit, glaube ich, vielfach falsch verstanden ist, ist die des Herrn Dr. Silverberg[21] im Reichsverband der Deutschen Industrie. Ich glaube, bestimmten Anlaß zu haben zu sagen, daß der Reichsverband der Deutschen Industrie absolut nicht beabsichtigt, sich in parteipolitische Dinge einzu-

[19] So in der Vorlage. Richtig wäre wohl „den“.

[20] Er wurde am 10. September 1926 in Genf vollzogen; zur Rede Stresemanns anläßlich dieses Eintritts vgl. diese Edition.

[21] Paul Silverberg (1876–1959), Generaldirektor bzw. Aufsichtsratsvorsitzender der Rheinbraun AG 1908–1933; Mitglied in zahlreichen Aufsichts- und Verwaltungsräten sowie Industrieverbänden; DVP-Mitglied (ab 1926). – Silverberg hatte am 4. September 1926 auf der Versammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie eine Rede gehalten, bei der er sich für die Einbeziehung der SPD in die Regierungsverantwortung aussprach (Text in SCHULTHESS 67 [1926], S. 139–147).

mengen, und er tut gut daran. Er würde seine große überragende Bedeutung in dem Augenblick verlieren, in dem er einen solchen Weg beschreiten würde (Sehr richtig!). Wenn eines seiner hervorragenden Mitglieder die Frage der Stellung von Unternehmerschaft zur Arbeiterschaft prüft, so liegt das vollkommen innerhalb der Grenzen und der Kompetenzen des Reichsverbandes. Soweit hier bestimmte, weitgehende Folgerungen gezogen sind, waren es die Äußerungen eines hervorragenden Industriellen, der aber, wie ich glaube, das Konzept seiner Rede dem Präsidium des Reichsverbandes ebensowenig vorgelegt hat, wie man etwa von mir verlangt hat, daß ich die Rede, die ich als deutscher Vertreter[22] halten sollte, dem Präsidium vorher einreichte. Infolgedessen sehen Sie hierin – und das ist das Positive, das ich darin erblicke – gewisse Anklänge an die Zeiten der Arbeitsgemeinschaft zwischen Industrie und Arbeiterschaft[23]. Ich glaube, daß sich hier der Gedanke ausprägt, ein näheres Verhältnis zur Arbeiterschaft wiederherzustellen, auch wenn sie sozialdemokratisch ist, aber nicht irgendeine vom Reichsverband oder der deutschen Industrie an die Parteien gerichtete Aufforderung zu gewissen parteipolitischen Kombinationen. Ich würde eine solche Aufforderung auch glauben, grundsätzlich zurückweisen zu müssen.

Meine Herren! Wir müssen uns einmal ganz klar darüber sein – und da gilt es auch für Sie im Land eine ganz klare, unzweideutige Stellung einzunehmen –: Die Politik im Reiche muß gemacht werden von den Parteien und nicht von irgendeiner Organisation (Zustimmung). Damit meine ich nicht den Reichsverband, dessen Einwirkung ich auch grundsätzlich ablehne. Damit meine ich aber vor allen Dingen diese ganz unerhörte Art und Weise, wie jetzt in dem sächsischen Beschluß der dortigen Wehrverbände[24] aufgefordert wird, der Deutschen Volkspartei die Stimme nicht zu geben, weil sie keine Bindungen eingegangen wäre für die künftige Regierungsbildung in Sachsen nach dem Ausfall der Wahlen[25]. Wer hat denn eigentlich bisher er-

---

[22] Stresemann bezieht sich vermutlich auf seine Rede als deutscher Vertreter im Völkerbund vom 10. September 1926 (vgl. oben mit Anm. 20).

[23] Stresemann bezieht sich auf die Jahre 1918–1924, als die „Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ auf der Grundlage des Abkommens zwischen Industrie und Gewerkschaften („Stinnes-Legien-Abkommen“) vom 15. November 1918 (Text in URSACHEN UND FOLGEN III, S. 14–15) wichtige wirtschafts- und sozialpolitische Fragen regelte.

[24] Die Arbeitsgemeinschaft der Wehrverbände hatte im Juli 1926 einen Aufruf veröffentlicht, in dem sie die Wahl der DVP davon abhängig machte, daß diese die Zusammenarbeit mit der DNVP in Sachsen fortsetze (vgl. NATIONALLIBERALISMUS II, S. 658, Anm. 23). Im August 1926 war ein weiterer Aufruf erfolgt, der jedoch von seiten der DVP bereits zurückgewiesen war (vgl. BERLINER TAGEBLATT, Nr. 387 [Morgenausgabe] vom 18. August 1926). – Zur Reaktion Stresemanns vgl. STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 410–412.

[25] Die Landtagswahlen in Sachsen waren für den 31. Oktober 1926 angesetzt.

lebt, daß die Herren, die die Verbände „Reichsflagge“, „Wiking“, „Werwolf“, „Stahlhelm“ und „Jungdo“[26] führen, mit derartiger Erbweisheit in politischen Dingen ausgestattet wären, daß sie uns zu sagen hätten, welche Politik wir im Reich oder in den Ländern zu machen haben (Sehr richtig!)? Hier kann man nur kurz und deutlich sagen: Schuster, bleib bei deinen Leisten! Es ist nicht Sache dieser Verbände, uns den Kurs unserer Politik vorzuschreiben, und wenn sie das wollen und gegen uns kämpfen, dann muß der Kampf gegen sie aufgenommen werden, und dann gibt es auch kein leises Verkriechen, dann können auch nicht gewisse Stahlhelmführer Vorsitzende einer Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei sein und Aufrufe unterzeichnen, die sich gegen die Deutsche Volkspartei richten (Stürmischer Beifall).

Nach der Richtung, bin ich fest überzeugt, gehen diese Verbände und Organisationen weit eher den Weg der Auflösung als wir den Weg der Schwächung. Es war vielleicht auch – ich erinnere an die letzte Sitzung des Reichsausschusses[27] – ein Fehler, daß man überhaupt nur den kleinen Finger gereicht hat. Man hätte sagen müssen: Wahlen sind unsere Sache, Frontkriegergeist zu erhalten ist eure Sache; tut ihr eure Arbeit in der Erziehung, und wir tun unsere Arbeit in der Politik!

Ich kann mir auch nicht denken, daß man in den großen Reichsorganisationen des Stahlhelm und des Jungdo etwa diese Politik billigt. Es ist eine völlige Unmöglichkeit derartiger Verbände, weil sie vielleicht selbst nicht mehr wissen, was sie in ihren Organisationen eigentlich tun sollen (Sehr richtig!), sich nun plötzlich als politische Verbände aufzutun. Wenn diese Organisationen Wahlaufrufe erlassen und erklären, daß die Volkspartei keine Stimme verdiene, dann verdienen sie auch nicht mehr, irgendwie von uns als unparteiische nationale Organisation angesehen zu werden (Sehr richtig!). Dann sind sie parteipolitische Gebilde, und dann muß ihnen gesagt werden: Entweder – Oder; entweder macht ihr Politik, dann müßt ihr auf diejenigen von uns verzichten, die mit euch bisher zusammengegangen sind; oder ihr zieht euch auf das Gebiet zurück, auf dem wir euch gern und freudig unterstützt haben. Ich mache kein Hehl daraus, daß ich nach dieser Kriegserklärung der Verbände, wenn die nicht zurückgenommen wird, nur in einem ehrlichen Ausgang und Kampf zwischen beiden eine Lösung sehe, und ich sage ganz offen: Es können nicht Persönlichkeiten führend dort und bei uns sein, wenn dort die Stimmabgabe gegen die Deutsche Volks-

[26] Gemeint ist der Jungdeutsche Orden.

[27] Stresemann bezieht sich auf die Sitzung des Reichsausschusses der DVP vom 19. Mai 1926 (vgl. NATIONALLIBERALISMUS II, S. 650–651; zur Resolution gegen die Tätigkeit illegaler Verbände bei gleichzeitiger Zurückweisung des Vorgehens der Polizei: ebd., S. 659, Anm. 25).

partei empfohlen wird.

Sie sehen, daß wir in dieser Beziehung doch unter einer starken Wirrnis der Anschauungen leiden. Lassen Sie mich das an dem sächsischen Beispiel nur noch mit wenigen Sätzen sagen. Wir haben nun, Gott sei Dank, gerade in diesem alten Mutterlande der Sozialdemokratie die Sezession[28]. Wir haben die alten sozialdemokratischen Persönlichkeiten, die aus der Sozialdemokratie ausgeschlossen worden sind, weil sie vier Jahre hindurch mit der Deutschen Volkspartei zusammengegangen sind. Sie haben dieses Zusammengehen verteidigt, sie stehen aber im Kampf. In Sachsen muß sich jetzt die Arbeiterschaft entscheiden: Gehst du mit den Radikalen oder mit denen, die bewußt mit den bürgerlichen Parteien zusammengehen wollen? In dieser Situation verlangen diese sogenannten nationalen Verbände von uns, daß wir auch mit dieser alten Sozialdemokratie, die sich offen auflehnt gegen den Radikalismus und Klassenkampf, niemals wieder irgendwie zusammengehen sollten. Meine Herren, erklärt das die Deutsche Volkspartei, dann ist diese Alte Sozialdemokratische Partei natürlich erledigt in Sachsen. Sie hat ja die Basis verloren, auf der ihr ganzer Kampf gegen den Radikalismus aufgebaut ist. Dann wird natürlich kommunistisch und linkssozialistisch gewählt, und dann endet diese große Bewegung in Sachsen mit dem Wiederaufleben der Zeigner-Republik[29]. Es ist doch unmöglich, mit Leuten Politik zu machen, die hier eine Entwicklung unterbinden, an die man gewisse Hoffnungen knüpfen kann, und wer Frontkriegergeist vertritt, der sollte sich am ehesten darüber freuen, wenn sich innerhalb der Sozialdemokratie eine Bewegung entfaltet, die sich lossagt von den radikalen Tendenzen und mit dem Bürgertum zusammengehen will. Schließlich haben im Schützengraben auch nicht nur die Vorstände dieser Verbände gelegen, sondern das ganze Deutschland einschließlich der Sozialdemokraten (Lebhaftes Bravo!). Diese ganze Art des Rückfalls in älteste Methoden, diese Unmöglichkeit, das Jahr 1926 zu begreifen und spezielle Verhältnisse speziell zu würdigen, zeigt doch, daß die Herren den Befähigungsnachweis, daß sie die richtigen politischen Führer wären, wahrlich noch nicht erbracht haben (Sehr richtig!).

---

[28] Im April 1926 hatte der sächsische Landesverband der SPD 23 Landtagsabgeordnete wegen ihrer Zusammenarbeit mit der DVP aus der Partei ausgeschlossen (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 83); die Ausgeschlossenen bildeten zunächst eine eigene Fraktion und gründeten am 6. Juni 1926 unter der Bezeichnung „Alte Sozialistische Partei Sachsens“ eine neue Partei (vgl. NATIONALLIBERALISMUS II, S. 659, Anm. 27; das dort fälschlich genannte Datum „Juli 1926“ für die Neugründung läßt sich aus BERLINER TAGEBLATT, Nr. 266 [Abendausgabe] vom 8. Juni 1926, korrigieren).

[29] Gemeint ist eine Politik nach der Art Erich Zeigners (1886–1949), sächsischer Ministerpräsident (SPD) 21. März – 29. Oktober 1923. Er war wegen seiner Zusammenarbeit mit der KPD und als Vorbeugung gegen einen kommunistischen Umsturzversuch Ende Oktober 1923 infolge einer Notverordnung des Reichspräsidenten abgesetzt worden (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 207, 208).

Das sind die Sorgen der inneren Politik, die uns bewegen. Daneben die Abwendung vieler Volksschichten von der Politik der Parteien überhaupt, insofern, als sie zu Berufsparteien übergehen. Es ist kein Zweifel, wir werden den größten Strauß mit der Wirtschaftspartei anzufechten[30] haben[31] (Sehr richtig!). Die ist in allem, was sie will, so wünschenswert unklar, daß sich alle unklaren Elemente begeistert an sie anschließen (Sehr richtig!). Das wird eine Zeitlang dauern. Wir müssen auch zu dieser Erscheinung wohl innerlich Stellung nehmen. Ich glaube, sie ist einmal das Ergebnis der Abwehr gegen den Parteifanatismus. Die ganze Art, wie bei uns vielfach Parteien und Persönlichkeiten bekämpft werden, stößt ab in weiten Kreisen. Ich habe doch die Empfindung, daß ein großer Teil des Volkes dieser Dinge reichlich müde ist (Sehr richtig!) und sich nach einer unparteiischen, objektiven Politik sehnt. Manche aber, die unsere Politik deshalb nicht erkennen, weil uns nicht in dem Maße die Organe zur Verfügung stehen wie anderen, um unsere Politik objektiv nach außen zu vertreten, ziehen sich verärgert überhaupt aus dem politischen Leben zurück, und bei anderen bringen schwere wirtschaftliche Verhältnisse, bringt eine schwere Notlage die Idee hervor, zunächst sich selbst zu helfen und sich um anderes nicht zu kümmern, wobei die Leute vergessen, daß selbst, wenn sie eine starke Wirtschaftspartei bekämen, sie viel schwächer wären, wenn diese Wirtschaftspartei im Kampfe gegen alle anderen Parteien steht, als wenn sie in allen anderen Parteien Freunde hätten, die mit ihnen zusammengingen. So wird auch der Wirtschaft durch die Wirtschaftspartei nicht gedient. Aber diese Fragen wie die Fragen der Gesamtwirtschaft werden ja speziell auf dem Parteitag behandelt werden. Deshalb will ich hier auf sie nicht näher eingehen, und ich will mich dem zweiten Teil meiner Ausführungen, der außenpolitischen Lage zuwenden, über die ich ja in der großen Parteisitzung nur in dem Maße sprechen kann, wie es nach außen vertretbar ist und ohne Eingehen auf Einzelheiten.

Meine Herren! In der außenpolitischen Situation stehen wir vor sehr großen Entscheidungen, und man wird sich den Blick für diese großen Entscheidungen nicht trüben lassen dürfen durch alle die Rückschläge, Zwischenfälle, Auseinandersetzungen, die sich sicherlich noch anschließen werden an die Kämpfe, die jede dieser Auseinandersetzungen begleiten. Ich verstehe unter dieser großen Auseinanderset-

[30] So in der Vorlage; „auszufechten“ würde mehr Sinn machen.

[31] Die 1920 gegründete „Wirtschaftspartei“ zielte auf mittelständische Interessen und konkurrierte insofern auch mit der DVP. Zu programmatischen Äußerungen der Wirtschaftspartei auf dem Parteitag in Görlitz vom 24. bis 26. Juli 1926 vgl. SCHULTHESS 67 (1926), S. 131–132.

zung die zwischen Frankreich und Deutschland über die Frage der Räumung des gesamten Rheinlandes[32] und der Rückgabe des Saargebietes[33] an Deutschland. Zu diesen Fragen hat der französische Ministerrat erklärt, daß er ihre Weiterverhandlung als im Interesse Frankreichs liegend ansehe und daß ihm diese Weiterverhandlung nützlich erschiene[34], und die französische Presse hat auch jetzt bereits die Parole ausgegeben, daß das alles ja im Rahmen des Vertrages von Versailles[35] liege und immer von ihnen in Aussicht genommen sei, was ich mir zu bezweifeln gestatte, worin sie aber an sich mit Recht betonen, daß diese frühzeitige Räumung auch nach dem Vertrag von Versailles möglich ist. Aber es bedeutet das eine so grundlegende Änderung der ganzen französischen Einstellung, die doch davon ausging, daß die Sicherheit Frankreichs verlange, dauernd am Rhein zu bleiben, daß ich wohl glaube, sagen zu können, es wäre rein objektiv betrachtet der größte Weg vorwärts, den wir seit dem Versailler Vertrag gemacht haben, wenn die Dinge jetzt auf dieser Basis ab[ge]schlossen werden könnten.

Es wird sich um diese Frage in Frankreich ein heftiger Kampf abspielen. Sie sehen ihn in verschiedenen Presseäußerungen. Sie sehen ihn vielleicht weniger, wie er sich abspielt im Schoße des Ministerrates. Hier ringen zwei Tendenzen miteinander: die eine – die von Tardieu[36], der heute Minister in Frankreich ist –, die in den Locarno-Verträgen[37] das große Unglück Frankreichs und die Aufgabe der jahrhundertealten

---

[32] Zur Frage der Räumung der verbliebenen Besatzungszone im Rheinland waren zuletzt in Genf am Rande der Völkerbundstagung Verhandlungen geführt worden (vgl. etwa die geheime Aufzeichnung Schuberts über sein und Stresemanns Gespräch mit Vandervelde vom 11. September 1926: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 177–181; sowie Stresemanns Gespräch mit Briand in Thoiry vom 17. September 1926: dazu Stresemanns eigenes stichwortartiges Diktat vom 17. September und seine ausführlichere Aufzeichnung vom 20. September 1926: ebd., S. 188–191 u. 202–210).

[33] Das Saargebiet war durch den Versailler Vertrag auf 15 Jahre dem Völkerbund unterstellt worden; das Eigentum an den dortigen Kohlengruben ging an Frankreich über. Nach Ablauf dieser Frist sollte eine Volksabstimmung die weitere Souveränität über das Saargebiet entscheiden. Einzelheiten der Regierung und Verwaltung des Saargebiets („Saarstatut“) durch eine vom Völkerbund ernannte Regierungskommission waren ebenfalls im Vertrag geregelt (vgl. dessen Art. 45–50 und deren Anlagen: VERTRAG VON VERSAILLES S. 28–40). – Im Gespräch von Thoiry (vgl. die vorangehende Anm.) war zwischen Stresemann und Briand die Möglichkeit zur vorzeitigen Rückgabe des Saargebiets erörtert worden.

[34] Zur Sitzung des französischen Ministerrates vom 21. September 1926, der im Ergebnis Briand bevollmächtigte, weitere Verhandlungen mit Stresemann zu führen, vgl. die „Havas“-Meldung, die in STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 24, wiedergegeben ist, sowie VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 447 (Abendausgabe) vom 21. September 1926.

[35] Text des am 28. Juni 1919 unterzeichneten Versailler Friedensvertrags im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u. a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

[36] André Tardieu (1876–1945), französischer Minister für öffentliche Arbeiten 23. Juli 1926 – 6. November 1928; Innenminister 11. November 1928 – 1930; Ministerpräsident 1929–1930 u. 1932.

[37] Text der in Locarno im Ergebnis der Konferenz vom 5. bis 16. Oktober 1925 am 16. Oktober paraphierten Verträge in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–217.

Rheinlandpolitik sieht, und eine andere Richtung, die vielleicht erkennt, daß Frankreich, trotz der Stellung, die es zunächst politisch im Weltkrieg erlangt hat, durch die Folgewirkungen des Weltkrieges so geschwächt ist, daß es für seine Zukunft besser ist, mit Deutschland als gegen Deutschland zu gehen. Diejenigen unserer Freunde, die in Frankreich waren, berichten uns, daß die Stimmung des Volkes gegenüber Deutschland sich grundlegend geändert hat. Nicht geändert hat sich die Auflehnung der Militärkaste gegen diese Politik, und ich glaube, daß die bedauernswerten Ausschreitungen im besetzten Gebiete[38] vielleicht gerade ihre psychologische Erklärung auch in der Erregung des Militärs darüber finden, daß seine Stellung im allgemeinen hier im besetzten Gebiet nicht mehr dieselbe ist, wie sie früher war. Wir werden wahrscheinlich einen ganz starken Kampf der Militärkreise gegen die Politik Briands[39] erleben, und es muß sich in diesen nächsten Wochen und Monaten entscheiden, was das Stärkere bei dem französischen Volke ist. Für uns kommt als erwünscht hinzu, daß die anderen Besatzungsmächte schon vor längerer Zeit keinen Zweifel mehr darüber gelassen haben, daß sie ein Interesse an der weiteren Besetzung nicht haben.

Lassen Sie mich diesen wenigen Andeutungen über das, was man oft das Gespräch von Thoiry[40] genannt hat, wenige Sätze hinzufügen in Bezug auf die Stellung der Deutschen Volkspartei und darüber hinaus die Stellung aller Parteien gegenüber dieser Außenpolitik, die jetzt in Bezug auf die Rheinbefreiung vor ihren letzten, aber auch vor ihren schwersten Aufgaben steht. Das, was mir die Stellung am meisten erschwert hat in den letzten Jahren, war nicht der Umstand, daß die öffentliche Meinung in Deutschland weiterging wie der Außenminister. Es wäre ganz schlimm, wenn sie nicht weiterginge, sie muß weitergehen. Ich muß darum kämpfen, daß ich wenigstens einen Teil dessen erreiche, was gefordert wird. Aber was unerträglich war, das war die ewige zeitliche Aufhetzung des Volkes in diesen Dingen, dieser ewige Hohn und Spott vom Montag bis Sonnabend: Was hast du in dieser Woche nach Hause

[38] Nach der Räumung der nördlichen („Kölner“) Zone war es im Verlauf des Frühsommers und Sommers 1926 in den verbliebenen Besatzungsgebieten, insbesondere in der südlichen („Mainzer“) Zone, zu zahlreichen Zwischenfällen gekommen, an denen französische Besatzungssoldaten und Personen aus der einheimischen Bevölkerung beteiligt waren. Zuletzt war dies in am 27. September 1926 in Germersheim geschehen, wobei ein Deutscher durch einen angeblich in Notwehr abgegebenen Schuß eines französischen Unteroffiziers getötet wurde und zwei weitere Verletzungen erlitten (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 150).

[39] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918.

[40] Vgl. oben mit Anm. 32.

gebracht? Was wird in der nächsten Woche geschehen? Es ist schon wieder nichts geschehen, usw. Diese ganze Art und Weise, die geradezu kindisch und läppisch ist (Sehr richtig!). Ich kann verstehen und würde selber dafür sorgen und habe dafür gesorgt, daß die deutsche Presse sagt: Es ist etwas Unerhörtes, eine Ungeheuerlichkeit, wenn Deutschland die Schutzbestimmungen, die der Transfer ihm gibt, aufhebt, und daß sie das dann fortgesetzt an immer neuen Beispielen erläutert[41]. Aber sie kann nicht am 15. Oktober fragen, ob die Sache nun endlich in Ordnung wäre. Das ist diese Art, die, weil sie nun zurückwirkt auf das Kabinett, auf die Parteien, auf den in Betracht kommenden Minister selbst, ihn vielleicht manchmal psychologisch veranlassen könnten [!], etwas zu schnell zu wollen, und damit ist gar nichts erreicht. Es kommt nicht darauf an, daß man in schnellen Abständen jeweils etwas erreicht, sondern daß einem Ruhe gelassen wird, um etwas Großes zu erreichen (Sehr richtig!). Deshalb müßte, glaube ich, gerade auch von unserer Partei die Parole ausgeben werden zu sagen: Wir begrüßen den frühesten Tag, an dem das Rheinland geräumt wird, wir freuen uns auf die Stunde, wo das Saargebiet wieder mit uns vereinigt ist, aber wir wünschen nicht, daß um der Ungeduld willen irgend etwas aus der Hand gegeben wird, was wir nicht aus der Hand geben dürfen, und wir haben das Vertrauen, daß die Dinge ruhig und folgerichtig und im deutschen Interesse weiter geleitet werden (Sehr richtig!). Diese nationale Disziplin ist in diesem Falle notwendig, um selber mit Ruhe arbeiten zu können. Und glauben Sie mir, es geht jetzt wirklich um sehr große Entscheidungen, bei denen man einmal wünschen könnte, daß man auch denjenigen, die sie zu treffen haben, nicht eine zu große Nervenprobe auferlegt. Ich habe heute eine Rede von Herrn Minister Severing[42] gelesen, und ich kann das, was er dort sagt, auch vielleicht von mir sagen: Ich habe manchmal auch Nerven wie Schiffstaue, aber auch Schiffstaue reißen manchmal, wenn zu toll fortwährend an ihnen gerüttelt wird.

Wenn wir die gegenwärtige Situation – die ich heute wie morgen als sehr labil hin-

[41] Gemeint ist der Transferschutz für die deutsche Währung als eine der Bestimmungen des Dawes-Abkommens von 1924 und seine in Thoiry diskutierte Aufhebung durch die Mobilisierung der Eisenbahnobligationen im Gegenzug zu französischen politischen Zugeständnissen. Zur Diskussion in der Presse vgl. beispielsweise NATIONALLIBERALISMUS II, S. 662–663, Anm. 35.

[42] Carl Severing (1875–1952), preußischer Innenminister 1920 – 7. Oktober 1926 (mit Unterbrechung 1921) u. 1930–1932; Reichsinnenminister 28. Juni 1928 – 1930; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für die SPD). – Stresemann bezieht sich offenbar auf die Rede Severings vom 29. September 1926 anläßlich einer Polizeiausstellung, bei der er u. a. sagte: „Die guten Wünsche für meine Gesundheit nehme ich gerne entgegen [...], denn es gehört schon etwas dazu, in Preußen sieben Jahre Polizeiminister zu sein. Man muß Nerven wie Schiffstaue haben. Ich hatte diese Schiffstaue, aber selbst Schiffstaue halten nicht ewig“ (BERLINER TAGEBLATT, Nr. 462 [Abendausgabe] vom 30. September 1926).

stellen werde, ich halte sie für weniger labil – übersehen, so sehe ich in den Verhandlungen nach Genf[43] doch den einen ganz großen Fortschritt, daß überhaupt grundsätzlich gegen die völlige Räumung des Rheinlandes und gegen die Wiedergabe des Saargebiets sich kein Widerspruch im französischen Ministerrat geregt hat. Das wird ja nun auch sehr bald als selbstverständlich in Deutschland angesehen werden (Heitere Zustimmung), und ich werde wohl bald lesen, daß ich das der Unterstützung zu danken habe, die Herr Hergt[44] in all den Jahren meiner Außenpolitik gegeben hat. Aber ich darf Sie doch hier in Köln daran erinnern, daß es, glaube ich, erst zwei Jahre her ist, daß die Besatzungsfrist noch nicht zu laufen begonnen hatte[45] und daß man einst davon gesprochen hat: Auch wenn Clemenceau[46] im Grabe läge, würde man wallfahren zu seinem Grabe und ausrufen: Schlafe in Frieden, wir sind am Rhein, Clemenceau, und wir bleiben am Rhein! Und wenn Sie, was ich oft einmal verglichen habe, nicht zählen, was der einzelne – und hier nun ganz besonders im besetzten Gebiet – in diesen sieben Jahren gelitten hat, sondern wenn Sie sich einmal geschichtlich vor Augen führen, wie wir 1919 dastanden – doch als die Parias in der Welt, beinahe verachtet, kaum hineingelassen in die gute Stube irgendeiner Nation – und wie die ganzen Dinge sich in dieser Zeit gewandelt haben, dann glaube ich, wiederholen zu können: Es gibt kaum, geschichtlich gesehen, eine Periode der Entwicklung, in der ein Volk in so kurzer Zeit seine große, moralische Stellung in der Welt wiedergewonnen hat (Sehr richtig!). Aus dieser moralischen Stellung die politische wiederzugewinnen, und zwar mit den Waffen, die die uns gebliebene wirtschaftliche Größe uns gibt, das ist die Aufgabe dieser Politik.

Wer in Genf war – ich sage hier, was ich dort vor der deutschen Kolonie gesagt habe[47] – und wer dort den Augenblick des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund[48] erlebte, der konnte ein Gefühl einer tiefen inneren Genugtuung haben, und es ist das Zeichen der ganzen Verranntheit einer gewissen deutschnationalen Kritik, wenn sie

---

[43] Mit „nach Genf“ ist die Zeit nach der Völkerbundstagung in Genf gemeint, von der Stresemann am 23. September 1926 nach Berlin zurückgekehrt war, ehe er am 24. September 1926 dem Kabinett berichtete (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 235–240).

[44] Oskar Hergt (1869–1967), Mitglied des Reichstags 1920–1933 (für die DNVP; auch deren Parteivorsitzender 1918 – Oktober 1924 u. Fraktionsvorsitzender 1920 – Oktober 1924); Reichsjustizminister und Vizekanzler 31. Januar 1927 – 29. Juni 1928.

[45] Stresemann bezieht sich hier in erster Linie auf eine These Poincarés, die er als französischer Ministerpräsident u. a. in einer Rede vor der französischen Kammer vom 23. November 1923 entwickelte (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 320).

[46] Georges Clemenceau (1841–1929), französischer Ministerpräsident u. a. 1917–1920.

[47] Zur Rede Stresemanns vor der deutschen Kolonie in Genf vom 21. September 1926 vgl. diese Edition.

[48] Vgl. oben mit Anm. 20.

es in einem Berliner Blatt fertigbrachte, diesen Tag als den Tag der deutschen Erniedrigung zu bezeichnen[49] (Dr. Kahl[50]: Unerhört!). Als ständiges Ratsmitglied vor der ganzen Welt gekennzeichnet als eine der fünf Großmächte der Welt, die dort von jeder Wahl ausgeschlossen sind, weil man ihre Stellung für gefestigt genug ansieht, aufgenommen nach den von uns früher abgegebenen Erklärungen gegen die Kriegsschuld[51], für unsere koloniale Betätigung[52], war diese einstimmige Wahl und gerade die einstimmige Bestätigung als ständiges Ratsmitglied[53] und die ganze Form und Art und Weise, in der sich das vollzog, doch eine Signifikation unserer neugewonnenen Stellung, die weit, weit über die Erdteile hinaus gewirkt hat.

Was aus der weiteren Arbeit im Völkerbund werden wird, vermag niemand zu sagen. Man muß da ruhig die Entwicklung abwarten. Aber auch hier muß ich speziell auch an unsere Freunde eine Bitte richten. Bitte, verzeihen Sie mir jetzt diesen Ausdruck: Erweitern Sie doch manchmal Ihren Blickkreis über das rein Geographische des deutschen Heimatlandes (Sehr richtig!). Wenn die deutsche Delegation für Polen stimmt[54], dann überlegen Sie sich doch, daß sie dafür ihre guten deutschen Gründe gehabt hat, daß Sie aber nicht verlangen können, daß sie diese Gründe jedem einzelnen mitteilt. Es handelt sich darum, Fortschritte schrittweise zu machen, um das Rheinland freizubekommen. Gebrauche ich andere Mächte, so kann ich Ihnen nicht in diesem Augenblick mit einer Demonstration gegenübertreten, die mir dieses Ziel stört. Sie können nicht alles mit einem Mal machen. Die Politik, die nur besteht aus dem blutenden Herzen über den Versailler-Vertrag [!], würde den Außenminister zwingen, bei jeder Etatsrede an alles zu rühren, was bei uns an naturgemäßen Empfindungen besteht, und das ist ja gerade das Unerhörte des Versailler Vertrages, daß

---

[49] Der betreffende Zeitungsartikel konnte nicht ermittelt werden.

[50] Wilhelm Kahl (1849–1932), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1932 (für die DVP); seit 1919 Vorsitzender aller DVP-Parteitage.

[51] Gemeint sind die früheren deutschen Erklärungen gegen den „Kriegsschuldartikel“ 231 des Versailler Vertrags (Text in VERTRAG VON VERSAILLES S. 211) und vermutlich insbesondere diejenige im deutschen Memorandum an die Völkerbundsratsmächte vom 29. September 1924, in dem die Bedingungen für den deutschen Beitritt formuliert wurden (Text des Memorandums in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 476–478 [dort fälschlich auf den 24. September 1924 datiert]; SCHULTHESS 65 [1924], S. 85–87).

[52] Deutschland hatte im Versailler Vertrag den Siegermächten alle überseeischen Besitzungen und Rechte abtreten müssen (Art. 119: VERTRAG VON VERSAILLES S. 73). Mit den „Erklärungen“ bezieht sich Stresemann vermutlich ebenfalls auf das in der vorgegangenen Anm. genannte Memorandum vom 29. September 1924.

[53] Am 4. September war im Völkerbundsrat und am 8. September 1926 in dessen Versammlung Deutschland einstimmig ein ständiger Ratssitz zugesprochen worden (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 470–471, 473–474).

[54] Wie aus dem Folgenden hervorgeht, ist die Wahl Polens als nichtständiges Ratsmitglied am 16. September 1926 gemeint (vgl. ebd., S. 482–483).

man an jeder Grenze ein Feuer angezündet hat, um uns mit dem Staat zu veruneinigen, dem hier etwas zugewiesen ist, dem dort deutsche Minderheiten ausgeliefert sind. Ja, wenn Sie nur das Gemüt befriedigen wollen, kann man die wunderschönste Rede gegen die Tschechen, die Polen, die Dänen, die Litauer halten. So kann man aber nicht Weltpolitik treiben, wenn man allmählich wieder mit Deutschland in die Höhe kommen will (Lebhaftes Bravo!). Das hätte selbst ein Bismarck[55] inmitten deutscher Macht nicht getan. Ich wünschte sehr, daß das Buch von dem mißverstandenen Bismarck[56] in 100 000 Exemplaren in das deutsche Volk käme. So brutal wie Bismarck um des Verhältnisses zu Rußland willen die Deutschbalten preisgegeben hat mit den Worten: „Sie können die letzte evangelische Kirche zerstören und griechisch-orthodoxe daraus machen, dann werde ich nicht den kleinen Finger rühren“[57], so weit brauchen wir in unserer Realpolitik gar nicht zu gehen. Aber Sie müssen verstehen, daß man nicht in jeder Situation, in der ein bestimmtes Ziel vorschwebt, gleichzeitig auf alle Gemütsempfindungen Rücksicht nehmen kann, die anderwärts bestehen. Überlegen Sie doch weiter, es stand fest, daß Polen gewählt wurde, beinahe einstimmig gewählt wurde, niemand in unserer Delegation zweifelte daran[58]. Selbst wenn ich der Meinung gewesen wäre, daß Deutschland nicht für Polen stimmen sollte, glauben Sie, daß das eine sehr glänzende Situation gewesen wäre, wenn wir mit Litauen zusammen und zwei anderen Staaten uns in der Minderheit befunden hätten[59], wenn man gesagt hätte: Das ist das Deutsche Reich, das hat noch drei Stimmen hinter sich hier im Völkerbund? Wäre das die richtige Politik gewesen, um nur sagen zu können: Wir haben aber mit Nein gestimmt? Nun sehen Sie doch, den letzten Einwand, den ich durchaus würdige, daß man sagt, diese Wahl als Völkerbundsmitglied ist für Polen ein moralisches Plus, es kann damit sein Ansehen stabilisieren, vielleicht den Zloty und anderes – wenn ich dieser Meinung gewesen wäre,

[55] Otto [seit 1871 Fürst] von Bismarck (1815–1898), Reichskanzler 1871–1890.

[56] Wie eine gestrichene Protokollpassage nahelegt (vgl. NATIONALLIBERALISMUS II, S. 665, Anm. 43), ist vermutlich das Buch von Albrecht Graf zu Stolberg-Wernigerode „Zurück zu Bismarck“ gemeint, das 1926 erschien.

[57] Ohne genaueren Quellennachweis findet sich das Zitat (abgewandelt) bei Helmut Muskat: Bismarck und die Balten. [...] Berlin 1934 (Historische Studien, H. 260), S. 112. Bismarck bezog sich damit auf in Deutschland erhobene Forderungen, sich angesichts der (auch konfessionellen) Russifizierungspolitik in den baltischen Provinzen für die dortigen Deutschbalten einzusetzen.

[58] Zur Entscheidung in der deutschen Delegation, gegen den Wunsch Hindenburgs für Polen zu stimmen, vgl. den telegraphischen Bericht Pünders an das Auswärtige Amt vom 16. September 1926 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 187–188).

[59] Polen hatte in der Wahl vom 16. September 1926 (vgl. oben Anm. 54) im ersten Wahlgang 45 von 49 Stimmen erhalten und bei der anschließenden Abstimmung über seine Wiederwählbarkeit 44 von 49 Stimmen. Da die Wahl durch geheime Stimmabgabe erfolgte, ist die Nichtwahl durch Litauen wohl eine Vermutung Stresemanns.

dann würde ich es verstanden haben, wenn die deutsche Presse geschrieben hätte: Gewiß, Polen ist in den Völkerbundsrat gewählt, San Salvador auch, die Wahl in den Völkerbundsrat ist ja mit Ausnahme der permanenten Sitze gar nicht das Zeichen der Großmacht, sondern der Völkerbundsrat ist ein Organ, in dem alle zu Wort kommen sollen, die kleinsten wie die großen, San Salvador und Kolumbien sind schließlich bei allen guten Beziehungen zu uns doch keine Weltmächte[60]. Ich hätte das als etwas Selbstverständliches erscheinen lassen. Sie können nicht in einem Völkerbund den Anspruch einer Nation, die 30 Millionen Einwohner zählt, ablehnen, wenn Sie gleichzeitig eine ganze Reihe von kleineren hineinwählen. Statt daß diese ganze Sache abgetan wurde, wurde die Wahl von Polen bei uns in oppositionellen Kreisen so affichiert, daß die Polen, wenn sie sich stabilisieren wollen in der Welt, [sich] nur auf deutsche oppositionelle Zeitungen zu beziehen brauchen. Denn da war nicht mehr das Erscheinen von Deutschland, die Aufnahme von Deutschland die Sensation, sondern die Wahl von Polen. Wie damit deutsche Außenpolitik unterstützt werden soll, ist mir unklar. Für uns kommt auch in Betracht – ich erwähne das hier –, daß doch bisher, als Polen nicht im Rat war, die Mächte, die Polen geschaffen haben, sich stets der polnischen Dinge angenommen haben. Schließlich konnte Polen sagen: Habt ihr mich in die Welt gesetzt, müßt ihr mir auch weiter helfen, und wenn eine polnische Frage gegenüber Deutschland stand, erhob sich der Vertreter Frankreichs und vertrat die polnische Sache. Wenn Polen seine Sache allein vertreten muß und zwischen Frankreich und Deutschland bessere Beziehungen herrschen, wird das für die Sache Polens kaum so wünschenswert sein als der bisherige Zustand. Es gibt Gremien, in denen man abwesend manchmal mehr Einfluß ausüben kann als anwesend. Bisher ist das, glaube ich, in Bezug auf Polen der Fall gewesen. Ich bitte Sie, das besonders unseren Freunden im Osten zu sagen, die, was ich durchaus verstehe, sich zunächst über diese Dinge wundern, die aber vielleicht doch auch das eine überlegen sollten, daß der Weg zur Bereinigung von gewissen östlichen Fragen nur über die Verständigung mit dem Westen geht, die vorher erfolgen muß (Sehr richtig!) und daß auch in dieser Beziehung gilt, die Dinge sich entwickeln zu lassen und nicht zu glauben, daß man alle Wünsche auf einmal erfüllt bekommen kann.

Das sind, meine Herren, die wenigen einleitenden Worte, die ich zur Anregung für

[60] Auch El Salvador und Kolumbien waren bei der Wahl am 16. September 1926 (vgl. oben Anm. 54) als nichtständige Mitglieder in den Völkerbundsrat gewählt worden.

die Aussprache Ihnen hier darlegen wollte. Nehmen Sie sie hin, wie sie gemeint sind. Sehen Sie in dieser Offenheit nicht irgendeine Anklage oder einen Angriff. Aber ich glaube, wenn wir im Zentralvorstand beisammen sind, so ist diese Tagung dazu da, damit jeder sein Herz ausschütten kann und ganz offen darlegen kann, wie er über die einzelnen Dinge nach außen und innen denkt, und das wollte ich in Bezug auf einige Hauptfragen hiermit getan haben (Lebhafter, anhaltender Beifall).

Meine Herren, ehe wir in die Besprechung eintreten, darf ich wohl darauf hinweisen, daß wie immer so auch diese Tagung des Zentralvorstandes eine vertrauliche ist, über die ein parteiamtlicher Bericht herausgegeben werden wird, und ich darf als selbstverständlich voraussetzen, daß die anwesenden Freunde der volksparteilichen Presse sich an diese Abmachung gebunden erachten. Ich muß das ganz besonders erbitten in Bezug auf alles, was ich selbst außenpolitisch gesagt habe.

Meine Herren! Wir treten dann in die Besprechung ein. Ich darf vielleicht vorher bitten, daß die Anträge, die vorliegen, bekanntgegeben werden, damit sie gleichzeitig mit zur Diskussion stehen. Ich bitte Herrn Trucksaess[61], die eingelaufenen Anträge zu verlesen.

[…][62]

Vorsitzender Dr. Stresemann: Ich stelle diese Anträge hier mit [!] zur Besprechung.

Das Wort hat zunächst Herr Dr. Jarres.

[...][63]

Vorsitzender Dr. Stresemann: Ich möchte Ihnen zu der Frage, die Herr Dr. Most[64] eben behandelt hat, die Auffassung des Parteivorstandes bekanntgeben. Der Parteivorstand hat sich in zwei Sitzungen mit dieser Frage beschäftigt[65]. Es ist dabei nirgends in dem Sinne beraten worden, den Namen Deutsche Volkspartei durch den alten Namen zu ersetzen, wohl aber ist ein anderer Vorschlag gemacht worden, der

---

[61] Karl Trucksaess (1880–1961), Generalsekretär und Reichsgeschäftsführer der DVP 1918–1933.

[62] Trucksaess gibt bekannt, daß von verschiedenen Landes- und Wahlkreisorganisationen der DVP Anträge vorlägen, die Partei wieder in Nationalliberale Partei umzubenennen (NATIONALLIBERALISMUS II, S. 667).

[63] Die nachfolgende Aussprache (ebd., S. 667–678) dreht sich vor allem um die von Stresemann monierte Aktion der DVP-Mitglieder im preußischen Staatsrat (vgl. oben mit Anm. 10) sowie um den in der vorangegangenen Anm. genannten Antrag.

[64] Otto Most (1881–1971), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1928 (für die DVP). – Most hatte sich in seinem Diskussionsbeitrag (NATIONALLIBERALISMUS II, S. 676–678) gegen die beantragte Umbenennung der Partei ausgesprochen.

[65] Den Antrag auf Parteiumbenennung (vgl. oben Anm. 62) hatte der Geschäftsführende Ausschuß der Partei in seiner Sitzung vom 27. Januar 1926 an den Parteivorstand überwiesen (vgl. ebd., S. 650). Zu dessen Beratungen über den Antrag konnte nichts ermittelt werden.

dem Namen Deutsche Volkspartei das Wort „nationalliberal“ voransetzen wollte. Wir haben durch Herrn Dr. Most gehört, daß eine Reihe Wahlkreise der Namensänderung ebenso leidenschaftlich widerstreben wie andere Wahlkreise – ich glaube es sind deren fünf – ihrerseits den Antrag stellen, das Wort „nationalliberal“ nicht untergehen zu lassen. Ich möchte in dieser Stunde nicht zu dieser Frage sachlich Stellung nehmen, damit nicht in unsere Partei auch eine Flaggenfrage[66] hineinkommt (Sehr richtig!). Ich könnte mir denken, daß jemand auch denselben starken Beifall fände, der auf all das hinwiese, was für die Anträge, die hier gestellt sind, spricht, namentlich wenn der Name Deutsche Volkspartei dabei erhalten bleibt. Aber wenn jemals eine Änderung des Namens erfolgt, kann sie nicht mit Majorität erfolgen; sie kann nicht im Kampf von Wahlkreis gegen Wahlkreis abgegolten werden. Deshalb haben wir vom Parteivorstand an die Wahlkreise, die Anträge wegen Namensänderung gestellt haben, die Bitte zu richten, auf diese Anträge zu verzichten. Wir möchten aber gleichzeitig, daß der Zentralvorstand sich seinerseits dahin einverstanden erklärt mit dem Parteivorstand, daß es jeder Landesorganisation unbenommen ist, in ihrem Namen die Beziehung zur alten Nationalliberalen Partei zum Ausdruck zu bringen. Wir haben als alte Nationalliberale Partei nie darunter gelitten, daß wir in ganzen Landesteilen anders hießen. Wenn also z. B. unsere Freunde in Baden ihrer Organisation das Wort „nationalliberal“ hinzufügen, so soll dagegen wie bisher kein Bedenken bestehen. Ich glaube, daß wir es bei dieser Regelung belassen können und daß wir die Frage selbst erst wieder behandeln, wenn eine möglichste Geschlossenheit der Partei etwa dafür vorhanden ist, daß wir aber niemand in einer Frage majorisieren können, die schließlich auch eine Frage des Gemütes ist. Ich wäre dankbar, wenn in diesem Sinne auch in der heutigen Zentralvorstandssitzung verfahren würde (Beifall).

[…][67]

Vorsitzender Dr. Stresemann: Ich darf vielleicht bitten, großherzig zu sein und

---

[66] Stresemann spielt wohl auf den Flaggenstreit vom Mai 1926 an: Die Reichsregierung hatte durch eine Verordnung vom 5. Mai 1926 den Gesandtschafts- und Konsularbehörden in europäischen Hafenstädten und außereuropäischen Niederlassungen aufgetragen, neben der Reichsflagge auch die Handelsflagge (schwarz-weiß-rot mit Reichsfarben in der Ecke) aufzuziehen (Text der Verordnung in REICHSGESETZBLATT 1926 I, S. 217). Die Annahme eines über diese Frage im Reichstag angenommenen Mißbilligungsantrags führte am 12. Mai 1926 zum Rücktritt des Kabinetts Luther (vgl. STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 387–392; AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 1367–1369).

[67] Im weiteren Verlauf der Debatte (NATIONALLIBERALISMUS II, S. 679–684) werden die bereits zuvor diskutierten Themen weiterbesprochen sowie die übrigen Aspekte der Rede Stresemanns aufgegriffen. Zuletzt schlägt Paul Luther eine Beschränkung der Redezeit auf je fünf Minuten vor.

zehn Minuten zu gewähren (Pfarrer Luther[68]: Ich habe selbstverständlich Disziplin dem Chef gegenüber!). Ich glaube ohne Abstimmung feststellen zu können, daß das der allgemeinen Meinung entspricht. Wir werden, denke ich, mit unserer Zeit gut auskommen. Ich möchte schon jetzt den Vorschlag machen, daß wir ohne Pause durchtagen.

[...][69]

Vorsitzender Dr. Stresemann: Die Wahlkreise Niederschlesien, Magdeburg, München und Franken haben mitgeteilt, daß sie sich der Auffassung des Parteivorstandes in Bezug auf die Namensgebung anschließen. Diese Anträge bestehen also nicht mehr. Es erübrigt sich deshalb wohl, in der Diskussion darauf einzugehen.

[...][70]

Vorsitzender Dr. Stresemann: Meine Damen und Herren! Ich möchte nicht eine Verantwortlichkeit ablehnen, die ich trage. Sie können den Vorstoß nicht nur gegen den Reichsfinanzminister[71] richten. Wir sämtlich im Kabinett haben dem Beschluß, das Finanzministerium abzubauen, als selbstverständlich zugestimmt[72], nachdem alle anderen Reichsministerien vorangegangen waren. Es ist seinerzeit, wo sich mit Rücksicht auf die Notlage der Finanzen alle Ministerien dem Abbau unterworfen haben – in meinem Ministerium allein sind damals 700 Menschen abgebaut worden –, das Finanzministerium ausgenommen worden. Wenn nun jetzt der Finanzminister erklärt: Wir sind soweit in der Neuordnung der Landesfinanzämter und der ganzen Finanzgebarung, daß ich mich anbiete, mein Amt auch abzubauen, wenn er darauf hinweist: Ich kann nicht mit 125 Referenten arbeiten, ich komme mit 70 aus, – dann können wir doch nicht sagen: Das darfst Du nicht.

Also, das muß zunächst getrennt werden von der zweiten und dritten Frage. Sie können sich in keiner Weise dagegen wehren, daß auch das Finanzministerium ab-

---

[68] Paul Luther (1868–1954), Mitglied des Reichstags 1920 – Mai 1924 (für die DVP).

[69] Der Landtagsabgeordnete Graf zu Stolberg unterstützt die Haltung Stresemanns gegenüber der Aktion der DVP-Politiker im Preußischen Staatsrat und allgemein dessen Außenpolitik (NATIONALLIBERALISMUS II, S. 685–687).

[70] In der Fortsetzung der Diskussion wird weiterhin die Aktion der DVP-Politiker im Preußischen Staatsrat thematisiert; anschließend legt Wilhelm Caspari eine Entschließung vor, in der das Bedauern gegenüber Maßnahmen des Reichsfinanzministers zum Ausdruck gebracht wird, beim Beamtenabbau neben deutschnationalen vor allem volksparteiliche Beamte in den Ruhestand versetzt zu haben (ebd., S. 687–693).

[71] Peter Reinhold (1887–1955), Reichsfinanzminister 20. Januar 1926 – 29. Januar 1927; Mitglied des Reichstags Mai 1928 – 1932 (für die DDP 1928–1930, für die Deutsche Staatspartei 1930–1932).

[72] Offenbar bezieht sich Stresemann auf die Zustimmung des Kabinetts zum von Reinhold vorgelegten Plan zur Umorganisation des Reichsfinanzministeriums, die mit Personaleinsparungen verbunden sein sollte, in der Ministerbesprechung vom 2. September 1926 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 187 u. Anm. 22).

gebaut wird, wenn sein Chef glaubt, mit weniger auszukommen. Das wäre unmöglich gegenüber der Gesamtsituation. Darum können Sie auch heute nicht in einer Resolution[73] bereits sagen, daß das Ziel nicht erreicht würde. Das muß man abwarten. Auch wenn die Herren weiter bezahlt werden, bin ich der Meinung, daß ein Amt unter Umständen mit weniger Beamten viel erfolgreicher arbeitet, als wenn es überbesetzt ist und einer gegen den anderen arbeitet.

Das zweite ist, ob der Artikel 24[74] Anwendung findet. In der Frage bin ich nicht kompetent. Der Herr Justizminister[75] hat geglaubt, ihn so kommentieren zu können. Der Herr Reichspräsident[76], der die Sache durch sein Büro hat prüfen lassen – denn nur er konnte die Verordnung[77] erlassen –, hat es gebilligt. Ich bin durchaus einverstanden, wenn gesagt wird: Es muß geprüft werden, ob Beamtenrechte verletzt sind. Ich erlaube mir darüber kein Urteil. Jeder Verletzung von Beamtenrechten haben wir zu widersprechen.

Der dritte Punkt ist der, ob parteipolitische Gesichtspunkte mitgesprochen haben. Wenn das richtig ist, was Sie sagen über diese Nachprüfung des abgebauten Demokraten, würde ich sofort bereit sein, dem entgegenzutreten. Aber hochverehrter Herr Caspari[78], das Reichsfinanzministerium besteht überhaupt nur aus Deutschnationalen und Volksparteilern, es gibt fast gar keinen anderen Beamten in diesem Ministerium, und bitte, sehen Sie nicht in dem Verzicht auf einen Staatssekretär, der auch ein dauernder ist, irgendeine Maßnahme gegen die Deutsche Volkspartei. Bitte, veranlassen Sie mich nicht zu sagen, weshalb Herr Staatssekretär Fischer[79] – Sie haben ihn besonders hervorgehoben – abgebaut worden ist. Sie können das als über-

---

[73] Vgl. oben Anm. 70.

[74] Caspari hatte in seinem Diskussionsbeitrag (vgl. oben 70) in Zweifel gezogen, ob § 24 des Reichsbeamtengesetzes von 1873 in Anwendung kommen könne, wonach eine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand möglich sein sollte, sofern die von dem Beamten besetzte Stelle durch Reorganisation der Behörde abgeschafft werde.

[75] Johannes Bell (1868–1949), Reichskolonialminister 1919; Reichsverkehrsminister 1919–1920; Reichsjustizminister u. Minister für die besetzten Gebiete 16. Juli 1926 – 29. Januar 1927; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für das Zentrum); Vizepräsident des Reichstags 1920 – Oktober 1926. – Sein nachfolgend angesprochener Kommentar konnte nicht ermittelt werden.

[76] Paul von Beneckendorf und von Hindenburg (1847–1934), Reichspräsident 26. April 1925 – 1934. – Zur nachfolgend angesprochenen Prüfung konnte nichts ermittelt werden.

[77] Gemeint ist die Verordnung über die Umbildung des Reichsfinanzministeriums vom 7. September 1926 (REICHSGESETZBLATT 1926 I, S. 469), die u. a. die Anwendung des § 24 (vgl. oben Anm. 74) vorsah.

[78] Möglicherweise handelt es sich um Wilhelm Caspari (geb. 1874), Kammergerichtsrat in Berlin.

[79] David Fischer (1873–1934), Staatssekretär im Reichsfinanzministerium 1921–1926. – Er war auf der Grundlage der Verordnung (vgl. oben Anm. 77) in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden.

trieben ansehen, aber es entspricht doch den Ansichten unserer Partei, daß wir die Tätigkeit jedes einzelnen Beamten unparteilich zu prüfen haben, auch wenn er unserer eigenen Partei angehört (Sehr richtig!). Und wenn Sie die Güte haben, sich einmal über die Entstehung der ganzen Differenzen zwischen Reichsbahn und Reichsregierung zu unterrichten, werden Sie vielleicht verstehen, warum die Stellung des Herrn Staatssekretärs Fischer gegenüber der Reichsregierung vollkommen unhaltbar geworden war, nämlich weil er als unser Beauftragter, der den Auftrag vom Kabinett hatte, gegen die Ernennung des Generaldirektors Dorpmüller[80] sich zu wehren, gegen den einstimmigen Kabinettsbeschluß, daß wir nicht nur Techniker an der Spitze haben wollten, seinerseits für Dorpmüller gestimmt und uns keine Mitteilung von dem Beschluß des Verwaltungsrates gemacht und uns in Schwierigkeiten gebracht hat (Hört! Hört!). Er hat große Verdienste auf allen Gebieten. Aber nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich mich in solchen Fällen nicht danach, ob der Herr Parteimann ist, sondern nach sachlichen Erwägungen richten muß, sonst verlieren wir die beste Basis für die Beamtenschaft, die wir überhaupt haben (Bravo!). Ich bitte, nach dieser Richtung den ganzen Antrag noch einmal zu prüfen und nur das hervorzuheben, was entscheidend ist: ob Beamtenrechte verletzt sind und parteipolitische Einseitigkeiten vorgekommen sind. Ich würde es aber nicht für richtig halten, sich gegen den Abbau als solchen zu wenden, und ich würde es nicht für richtig halten, von vornherein zu sagen, daß das Ziel verfehlt wird. Dazu sind wir nicht kompetent genug, um das zu sagen. Das gestatten Sie mir, in diesem vertraulichen Kreise zum Ausdruck zu bringen.

[…][81]

Vorsitzender Dr. Stresemann: Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, da die Rednerliste erschöpft ist, ein kurzes Schlußwort zur Diskussion des heutigen Tages zu sagen. Wir haben nun einmal soviel lateinisch gesprochen, und da möchte ich meine Empfindung über den Aufruf[82] der Herren Dr. Jarres und v. Gayl auch in ein lateinisches Wort kleiden. Ich habe dabei die Empfindung gehabt, und das wollte ich

[80] Julius Dorpmüller (1869–1945), Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn Oktober 1926 – 1945; Reichsverkehrminister 1937–1945. – Zur nachfolgend angesprochenen Diskussion des Kabinetts über die Wahl Dorpmüllers vgl. u. a. die Ministerbesprechung vom 15. Juni 1926 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 52–56) sowie die Besprechung einiger Minister mit Mitgliedern des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft vom 24. Juni 1926 (ebd., S. 74–78).

[81] In der letzten Runde der Diskussion werden von den Rednern die meisten der bereits zuvor debattierten Punkte aufgegriffen (NATIONALLIBERALISMUS II, S. 694–702).

[82] Vgl. oben mit Anm. 10.

Ihnen zurufen: Jarres, noli turbare circulos meos[83] (Heiterkeit)! Das war das, was mir vor Augen stand, als ich mir sagte: Hier ist anscheinend aus dem Gefühl einer Stunde heraus, aus der Zusammenarbeit mit Persönlichkeiten, die außerhalb der Parteiarbeit der Deutschnationalen stehen, eine Folgerung gezogen worden, die nicht zutrifft auf den weiten Kreis, wie sie erfolgreich gewesen sein mag bei dem engen Kreis.

Herr Dr. Jarres, ich werde es nie vergessen, daß in der schwersten Zeit meiner Arbeit, als ich Reichskanzler[84] war, ein deutschnationales Mitglied des Staatsrats – es war Freiherr v. Maltzahn[85] – einer der ersten gewesen ist, der mir damals das Vertrauen auch deutschnationaler Mitglieder des Staatsrats zum Ausdruck gebracht hat, in einer Zeit, als seine Partei sich dazu nicht durchgerungen hat.

Sie haben eben Bennigsen[86] mit vollem Recht zitiert. Ich glaube, niemand von uns wird diesen Satz nicht für heute gelten lassen. Aber die Frage, um die es sich handelt, ist doch die: Wie erreichen wir es, daß die gemäßigten Deutschnationalen die Führung in ihrer Partei in die Hand bekommen (Sehr richtig). Und ich glaube, daß die Entwicklung, die auf dem Marsche war, von der ich hoffe, daß sie auf dem Marsche ist, am besten weiter gefördert wird durch eine unbeirrte sachliche Politik der Deutschen Volkspartei, die diesen Männern den moralischen Mut gibt, sich einmal gegen diejenigen zu wenden, mit denen man uns nicht zumuten kann, zusammenzugehen (Lebhafte Zustimmung). Was ich vermisse bei den Persönlichkeiten der Deutschnationalen Partei, die auf unserem Standpunkt stehen – und derer gibt es viele – das ist das, daß sie immer nur zu uns kommen wie Nicodemus in der Nacht[87] und uns unter vier Augen streng vertraulich sagen, daß sie die ganze Richtung ihrer Partei für verderblich halten, daß sie sich längst dazu durchgerungen hätten, daß es eine andere Außenpolitik nicht gäbe; daß sie aber dann nach außen hin nicht mit Entschiedenheit von denen abrücken, die das Gegenteil in ungehöriger und ungeziemender Form

---

[83] Abwandlung eines Ausrufs („störe meine Kreise nicht“), den der griechische Mathematiker Archimedes 212 v. Chr. bei der Eroberung von Syrakus durch römische Soldaten, die ihn bei einem mathematischen Beweis störten, getätigt haben soll.

[84] Vgl. oben Anm. 9.

[85] Hans Jaspar Freiherr von Maltzahn (1869–1929), Mitglied des Preußischen Staatsrats 1921–1926 (für die DNVP).

[86] Rudolf von Bennigsen (1824–1902), Mitglied im Reichstag des Norddeutschen Bundes bzw. des Deutschen Reichstags 1867–1883 u. 1887–1898 (für die Nationalliberale Partei). – Jarres hatte im letzten Redebeitrag vor demjenigen Stresemanns Bennigsen zitiert: „Ich sehe das Heil des deutschen Volkes darin, daß sich die gemäßigten liberalen Elemente mit den gemäßigten konservativen Elementen zu dauernder Arbeit vereinen“ (NATIONALLIBERALISMUS II, S. 702).

[87] Stresemann bezieht sich auf das Johannes-Evangelium (3,8), wonach ein Pharisäer namens Nikodemus in der Nacht zu Jesus gekommen sei, um ihn nach seiner Botschaft zu fragen.

zum Ausdruck bringen (Sehr richtig!). Und ich vermisse – und jetzt spreche ich nicht von kleinen Leuten, sondern von den Führern der Deutschnationalen –, daß sie einmal vor ihren öffentlichen großen Versammlungen etwas von dem zum Ausdruck bringen, was sie innerlich empfinden. Ich spreche jetzt gar nicht von den persönlichen Angriffen. Lassen Sie das beiseite. Ich finde, das schlägt letzten Endes nur auf die Leute zurück, die sich derartiger Mittel bedienen (Sehr richtig!).

Aber nun gestatten Sie mir, Ihnen zu sagen, was am 26. September – also nach Genf – Exzellenz Hergt, also doch sicherlich einer der ersten Führer –, über die deutsche Außenpolitik gesagt hat. Sein Referat in München[88] faßt der „Fränkische Kurier“ dahin zusammen[89], daß sich durch die Erörterungen von Thoiry[90] die Außenpolitik in eine Richtung hat drängen lassen, die der Wahrung nationaler Interessen abträglich ist (Hört! Hört!). Meine Damen und Herren, nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich sage: Da hört doch eigentlich der Bindfaden auf. In dieser Unterhaltung in Thoiry wird zum ersten Male von dem französischen Außenminister zugesagt, daß das ganze Rheinland geräumt werden müsse, daß das Saargebiet Deutschland gehöre und daß die Militärkontrolle[91] aufhören solle, und dann höre ich, daß diese Unterhaltung in Thoiry den nationalen Interessen Deutschlands abträglich ist. Das ist doch keine Kritik mehr, das ist Kritik um jeden Preis. Man kann machen, was man will, es wird immer versucht – und das ist das Unerhörte und Ehrverletzende –, die Wahrung der nationalen Interessen als deutschnationale Parteieigenschaft hinzustellen (Sehr wahr!).

Herr Hergt spricht dann von dem deutschen Großmut gegen Polen, zu dem keine Veranlassung gewesen wäre. Nun nehme ich ihm das nicht übel. Das ist eine Frage, über die man verschiedener Meinung sein kann. Aber nun geht’s weiter: „Was Thoiry betrifft, so hatten wir Deutschnationalen nur die kleine Lösung verlangt: Verringerung und Unsichtbarmachung der Besatzung. Stresemann bringt aber die große, gänzliche Befreiung des besetzten Gebietes. Dies ist übrigens von den Deutschnationalen längst verlangt“ (Hört! Hört! und Heiterkeit). Ich hoffe, daß dieser Bericht an sich falsch ist, denn solche unlogischen Gedankensprünge sind doch kaum möglich. Nun

[88] Zu dieser Rede Hergts konnte nichts ermittelt werden.

[89] Der betreffende Artikel konnte nicht ermittelt werden.

[90] Vgl. oben mit Anm. 32.

[91] Zur Diskussion über die Beendigung der Interalliierten Militärkontrolle über Deutschland vgl. die Aufzeichnung Schuberts vom 18. September 1926 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 191–193); zur Behandlung der Frage im Gespräch von Thoiry vgl. die in Anm. 32 genannten Aufzeichnungen Stresemanns.

heißt es weiter: „Aber auch diese Illusionen sind schon entschwunden. Die französische Presse schreibt bereits, daß die Dawes-Abgaben[92] weitergehen ...“. Wieder ein vollkommenes Durcheinander; denn hier handelt es sich zunächst um die Befreiung des besetzten Gebietes und nicht um die Lösung der Dawes-Frage. Weiter: „... und daß das Saargebiet nicht in den Pakt eingeschlossen würde. Aber abgesehen von dem allem, wie will denn Stresemann das alles begleichen? Er gleicht dem Mann, der sagt: Ich kann alles. Eupen-Malmédy[93], Kaiserhof[94], Befreiung der Rheinlande, Saargebiet“. Und nun sagt er: „Untragbar ist es, daß hierbei Deutschlands Ansprüche ganz vernachlässigt worden sind. Es ist auch nicht jedermanns Sache, politische Auseinandersetzungen zu reinen Geldgeschäften zu machen. Es ist doch unendlich vornehmer, das, worauf man einen Rechtsanspruch hat, zu verlangen und es nicht zum Gegenstand eines Kuhhandels zu machen“ (Lachen).

Ich muß sagen: Das ist nun nicht irgendwie die Stimme einer kleinen Ortsgruppe, das ist der Führer der Partei auf einem Parteitag[95]! Wenn Herr Hergt schon nicht informiert war, konnte er sich informieren. Er konnte und mußte das eine wissen, daß in den Abmachungen von Thoiry von uns nichts zugestanden worden ist, was auch nur einen Pfennig Mehrlasten für Deutschland ausmacht, sondern daß es sich darum handelte, in einer Erleichterung von Transferbestimmungen in einer bestimmten Grenze das, was wir heute schon zahlen, in bar zu transferieren und damit die Transferierungen nach anderen Ländern zu verstärken. Ich gehe auf diese Frage, weil hier immerhin eine gewisse Öffentlichkeit ist, aus ganz bestimmten, wohlerwogenen Gründen nicht ein. Denn unsere Position ist in Bezug auf diese Gegenleistung gar nicht so furchtbar stark. Ich bin der Meinung, daß es prinzipiell etwas unendlich Gro-

---

[92] Gemeint sind die deutschen Reparationslasten nach dem im August 1924 auf der Londoner Konferenz verabschiedeten Reparationsplan, dem sogenannten Dawes-Plan.

[93] Seit Ende Juni 1926 wurden mit Belgien inoffizielle Verhandlungen über einen deutschen Rückkauf der infolge des Versailler Vertrags abgetretenen Kreise Eupen und Malmedy geführt (vgl. zusammenfassend Stresemanns telegraphische Weisung an die Gesandtschaft in Brüssel vom 30. August 1926: ebd., S. 143–144; auch SCHULTHESS 67 [1926], S. 136–137). Im Gespräch von Thoiry hatte Briand sein grundsätzliches Einverständnis mit dieser Lösung signalisiert (vgl. die oben Anm. 32 genannten Aufzeichnungen Stresemanns).

[94] Stresemann bezieht sich wohl auf den für die Ministerienerweiterung in der Berliner Wilhelmstraße geplanten und strittigen Ankauf des Hotels „Kaiserhof“ durch die Reichsfinanzverwaltung (vgl. etwa VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 448 [Abendausgabe] vom 21. September 1926, Nr. 449 [Abendausgabe] vom 22. September 1926, u. Nr. 463 [Abendausgabe] vom 30. September 1926).

[95] Worauf sich Stresemann hier mit „Parteitag“ bezieht, bleibt unklar. Die erwähnte Rede Hergts (vgl. oben mit Anm. 88) kann wohl kaum gemeint sein, da ein DNVP-Parteitag in München zum fraglichen Zeitraum nicht zu ermitteln war.

ßes bedeutet, die Transferbestimmungen[96] abzuschwächen, daß darin eine Gefährdung der deutschen Wirtschaft, der deutschen Währung liegen kann, und ich würde dankbar sein, wenn das in jeder Beziehung stark zum Ausdruck käme. Aber es hat im Kabinett und in der Reichstagsfraktion – und ich möchte hinzufügen: ich glaube, bei jedem denkenden Menschen – über eines gar kein Zweifel bestanden: Wenn jemals das Wort carpe diem[97] richtig war, dann müßten Sie mich mit Schimpf und Schande wegjagen, wenn ich bei einer derartigen Einstellung des französischen Außenministers nicht diesen Augenblick ergriffen, sondern mich auf den Standpunkt gestellt hätte: Darauf haben wir ein formales Recht, das geht uns gar nichts an, das kommt doch.

Diese Art und Weise, immer das formale Recht in den Vordergrund zu stellen, ist im übrigen auch gar nicht konservativ, das ist absolut nicht bismarckisch; es ist Pazifismus in Reinkultur zu glauben, daß irgendwie das formale Recht der Völker das Entscheidende im Völkerleben ist (Sehr gut!). Ich hatte geglaubt, daß die rechtsstehende Deutschnationale Partei mit uns darin einig wäre, daß im allgemeinen die Weltgeschichte durch die Machtverhältnisse entschieden wird, und wenn ich nun ohne jede Macht in Händen versuchen muß, Dinge, die möglich sind, schnell nach Hause zu bringen, dann habe ich nur die eine Möglichkeit: da, wo wir etwas geben können auf wirtschaftlichem Gebiet, dies in die Waagschale zu werfen. Und glauben Sie mir: Herr Briand hat jetzt wahrscheinlich wieder einen schweren Stand in seinem Ministerrat, weil die französische Presse hervorhebt, daß ja hier eine neue finanzielle Leistung, die ein Plus auf die bisherige Leistung gibt, nur in einer ganz bestimmten Art der Zahlung, nicht in neuen Zahlungen zum Ausdruck komme. Und nun kommt – das will ich sachlich ansehen – Herr Hergt in seiner Kritik und sagt: Wir erwecken den Eindruck, als schwämmen wir im Golde, – wo ich nicht einen Pfennig mehr angeboten habe, als wir heute zu zahlen haben! Wir tun, als ob wir der Bankier der Welt werden könnten. Stresemanns Anerbieten bedeutet den Verzicht auf jede Erleichterung (Pfui). Das ist alles festgedruckt[98]! „Wenn einmal“ – sagt Hergt – „diese Obligationen begeben sind, können wir sie nicht mehr zurückholen“. Ich habe mal in

[96] Gemeint sind die Transferbestimmungen des Dawesplans, die deutsche Reparationszahlungen lediglich dann zuließen, wenn sie die deutsche Währung nicht gefährdeten.

[97] Ein Zitat aus einer Ode des römischen Dichters Horaz, etwa: „nutze den Tag“.

[98] So in der Vorlage. Gemeint ist vermutlich „fettgedruckt“.

München gesagt[99]: Wenn Leute über den Dawesplan sprechen, dann sollten sie ihn wenigstens gelesen haben. Die Obligationen[100] können ja jederzeit begeben werden. Sie konnten bisher praktisch nicht herauskommen, weil das Fehlen der Transfererleichterungen sie nur zu ganz niedrigerem Kurse hätte kommen lassen.

Aber weiter! Der Mann hat ja von Tuten und Blasen keine Ahnung. In diesem Augenblick, wo die Obligationen in Bewegung kommen, kommt die Gesamtlösung in Bewegung. Die Obligationenschaffung ist ja schließlich das, worauf sich die ganze Kriegsschuld Deutschlands, d. h. die Endsumme aufbauen soll, und zwar glaube ich unter Bedingungen, die wesentlich anders sind als das, was man früher von Deutschlands Kriegsschuld gesagt hat[101].

Nun möchte ich das nicht weiter sachlich vertiefen, sondern nur folgendes sagen. Wenn die Deutschnationale Partei in die Regierung einträte und wenn Sie, lieber Kollege Jarres, der eine Ihrer hervorragendsten Eigenschaften die Herzensgüte ist, weiter glauben, daß allgemein bei den Deutschnationalen die Empfindung bestände, nun Reihe an Reihe mit uns zu kämpfen: Wie wollen Sie denn das auch nur der eigenen Partei klarmachen, wenn der Führer der Deutschnationalen auf die Besprechung von Thoiry mit einer derartigen Rede reagiert (Lebhafte Zustimmung). Das ist doch nicht eine Ankündigung mitzuarbeiten, das ist wieder eine Kampfankündigung, und ich sollte glauben, daß selbst ein Deutschnationaler – mag er sonst den Weg nach Locarno und Genf für falsch gehalten haben, mag er der Meinung sein, wir wären auf anderem Wege zu demselben Ergebnis gekommen – wenigstens in dem Augenblick, wo dieses Ergebnis einigermaßen in der Nähe zu sein scheint, wirklich anders darüber sprechen könnte, als dem Volk in Volksversammlungen mit derartigen Dingen zu kommen. Das zeigt doch – und das schätze ich viel höher ein als den persönlichen Kampf gegen mich –, das zeigt doch – verzeihen Sie den Ausdruck –**,** wie wenig moralischen Mut diese Leute haben, wie wenig sie anerkennen können: Wir müssen jetzt dabei stehen. Ich hätte es ihnen nicht im geringsten übelgenommen,

---

[99] Ein diesbezüglicher Nachweis konnte nicht ermittelt werden; möglicherweise bezieht sich Stresemann auf seinen Aufenthalt in München am 7. und 8. Mai 1925 anläßlich der Einweihung des Deutschen Museums (vgl. STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 298–299).

[100] Gemeint sind die Eisenbahnobligationen, die als Sicherheit für die Erfüllung des Dawes-Plans galten, und deren mögliche Mobilisierung zugunsten Frankreichs, wie sie von Stresemann mit Briand in Thoiry erörtert wurde (vgl. dazu die in Anm. 32 genannten Aufzeichnungen Stresemanns).

[101] Stresemann spricht hier den Zusammenhang zwischen der Feststellung der deutschen Kriegsschuld im Versailler Vertrag (vgl. oben mit Anm. 51), der daraus im Vertrag abgeleiteten Pflicht zu Reparationen (insbesondere Art. 232–233: VERTRAG VON VERSAILLES S. 106–107) und der von den Alliierten auf der Londoner Konferenz im Mai 1921 festgelegten Höhe der deutschen Gesamtschuld von 132 Milliarden Goldmark an.

wenn sie gesagt hätten: Darauf haben wir ein Recht, wenn sie gesagt hätten, daß diese Gegenleistung eine schwere Erschütterung für uns bedeutet, daß wir das bis zum letzten prüfen müßten, Frankreich verlange zu viel. Das ist nationale Opposition, die ich anerkenne, die ich will. Aber man soll nicht immer dem Volke in dieser Weise Dinge direkt falsch darstellen. Wenn wir das Saargebiet zurückerhalten – nach dem Vertrag von Versailles müssen wir die Saargruben ablösen[102], das ist nicht zu ändern –, aber wenn die Franzosen auf diese Dinge verzichten, so hat das doch auch kein Mensch geglaubt. Wenn früher deutsches Land, das zum Reichsgebiete gehörte, wieder zu uns kommt – dann hat mir, das darf ich wohl sagen, eine der ersten Persönlichkeiten des Rheinlandes[103] gesagt: Dafür brauchen Sie kein Reichsgeld, die Befreiungsanleihe wird, wenn sie morgen in Köln aufgelegt ist, bis zum Mittag im Rheinlande selbst gezeichnet sein (Bravo!). Und wenn wir um diese lumpigen 120 Millionen Eupen-Malmédy zurückbekommen können[104] – weiß Gott, wie blind und engherzig und klein muß der sein, der nicht die weltgeschichtliche Bedeutung erkennt, daß damit der Versailler Vertrag zum ersten Mal durchbrochen ist (Stürmischer Beifall)!

Ist es denn nun wirklich richtig, daß, wenn solche Dinge schweben, der Führer der Deutschnationalen nichts anderes sagen kann, als daß das ein Kuhhandelsgeschäft wäre, daß es unvornehm wäre, das mit derartigen Dingen irgendwie im Zusammenhang zu bringen? Und sehen Sie, das ist gerade die Art und Weise, wie man die Sache kaputtmacht. Wir müssen die ganze Sache mit Belgien und den anderen doch so aufziehen, daß es irgendwie ein Verzicht auf ein Recht ist. Wir müssen dulden, daß dann der Belgier sich sonnt und sagt: Wir wollten das Selbstbestimmungsrecht der Völker durchbringen, wir, das Volk vom hohen Idealismus, wollen nicht fremde Völkerschaften bei uns haben. Aber dann darf man bei uns nicht nur mit Hohn und Spott sagen: Das ist unser Recht, das bekommen wir sowieso. Das ist eine Art von Außenpolitik, bei der man sich vielleicht wundern könnte, wenn ein kleiner Wanderredner das sagte, aber nicht zu begreifen ist es, wenn der Führer der Deutschnationalen Partei derartige Reden hält.

Es ist nun die Frage aufgeworfen, ob nicht eine Gefahr in diesen Abmachungen

---

[102] Die Regelungen des Versailler Vertrags für das Saargebiet (vgl. oben mit Anm. 33) mit ihrer Übertragung des Eigentums der Saarkohlegruben an Frankreich sahen vor, daß Deutschland bei einer Rückgliederung des Saargebiets diese Eigentumsrechte zurückkaufen und in Gold bezahlen mußte (Abschnitt IV, Anl., Art. 36: VERTRAG VON VERSAILLES S. 39).

[103] Es konnte nicht ermittelt werden, auf wen Stresemann sich hier bezieht.

[104] Vgl. oben mit Anm. 93.

läge, um die, wie ich wiederholt betone, in Paris und Brüssel kolossal gekämpft werden wird. Denn die Männer, die drüben dafür eintreten, sehen sich ja selbst den schärfsten Angriffen ausgesetzt. Es ist von Herrn Dr. Lohmann[105] mit vollem Recht davon gesprochen worden, ob nicht eine Gefahr darin bestände, wenn man durch diese Aktion nicht nur den Franken, sondern Herrn Poincaré[106] stabilisierte[107]. Daß ich bei der letzteren Stabilisierungsaktion nicht der Helfer zu sein wünsche, werden Sie verstehen. Aber ich habe diese Frage mir durchaus überlegt, habe auch mit anderen aus dem anderen Lager darüber gesprochen und doch die Antwort erhalten, die doch auch logisch richtig ist, daß, wenn diese Dinge zustande kommen, es der Triumph des Herrn Briand ist, weil sich jedermann in Frankreich sagen wird: Ohne diese Politik von Briand wären wir mit den Deutschen nicht in Beziehungen gekommen, die ein derartiges Ergebnis herbeigeführt haben. Und Herr Briand ist des Wortes genug mächtig, um das dem französischen Volke gegenüber auch zum Ausdruck zu bringen. Ich glaube, wenn er der Meinung wäre, hiermit speziell den Ministerpräsidenten zu stabilisieren, der ihm gefolgt ist, würde er kaum selbst so damit einverstanden gewesen sein, als es für seine Person der Fall ist.

Nun lassen Sie mich daraus eine ganz nüchterne Schlußfolgerung ziehen. Ich muß hier abwägen zwischen Vorteilen und Nachteilen einer Regierungserweiterung. Es ist gar kein Zweifel, eine Deutschnationale Partei, die, wenn auch unter starken Gewissenskämpfen und starker Kritik Locarno mitgemacht hätte bis zum heutigen Tag, wäre eine große Erleichterung für die deutsche Außenpolitik gewesen. Denn die Opposition drüben betont ja immer, daß hier eine große Partei außerhalb der Regierung stände, die ganz andere Ideen hätte. Aber was ich in verschiedenen Koalitionen erlebt habe, das hat sich doch auch nach der Richtung abgezeichnet, daß man in der Deutschnationalen Partei nicht den Mut gehabt hat, den wir gehabt haben: auf Elemente zu verzichten, die nicht mitmachen wollen. Wenn wir seit Jahr und Tag so einig sind in der Deutschen Volkspartei, wie wir es in der Nationalliberalen Partei niemals waren, wo die Zentralvorstandssitzungen vielleicht interessanter, sensationeller, aber weniger fruchtbar waren, dann ist es doch aus dem Grunde, weil wir Leute ruhig

---

[105] Walter Lohmann (1861–1947), Amtsgerichtsrat in Weilburg; Mitglied im Zentralvorstand der DVP. – Sein Beitrag in der vorangegangenen Aussprache: NATIONALLIBERALISMUS II, S. 673–675.

[106] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929.

[107] Zur unverändert anhaltenden schweren Währungskrise in Frankreich und zum drastischen französischen Regierungsprogramm, diese zu beheben, vgl. etwa SCHULTHESS 67 (1926), S. 286–287); VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 394 (Morgenausgabe) vom 21. August 1926, u. Nr. 450 (Morgenausgabe) vom 23. September 1926.

haben gehen lassen, die nicht zu uns gehörten, und ich glaube, daß wir keine Veranlassung haben, uns den Blinddarm, den wir uns haben herausnehmen lassen, wieder einsetzen zu lassen (Heiterkeit und Zustimmung).

Aber wenn die Deutschnationale Partei ihrerseits begreift, was die Stunde von ihr verlangt, dann muß sie denselben Mut haben und muß die Freytagh-Loringhoven[108] und die anderen zu den Völkischen gehen lassen und bewußt und klar erklären, daß sie diese Politik stützt, mitmacht und als die ihre erkennt. Sie verbaut sich sonst den Weg zum zweiten Male. Ich habe ihr ja den Weg geebnet, indem ich Herrn Hoetzsch[109] aufgefordert habe, nach Genf zu kommen (Sehr richtig!). Ich habe geradezu darum gerungen, weil ich die Empfindung hatte, es wäre etwas Gutes, wenn wir da, wo wir zum ersten Male vor der Welt erschienen, zeigen könnten: Wir hauen uns wohl im Innern auf den Kopf, aber hier nach außen steht ganz Deutschland hinter dem deutschen Außenminister (Bravo!). Hier hat aber sofort die deutschnationale Fraktion versagt und Herrn Hoetzsch wieder einmal nicht die Erlaubnis gegeben, mitzugehen und mitzuwirken[110], obwohl doch, wenn sie diesen Weg wollten, es der gegebene erste Schritt gewesen wäre. Der zweite Schritt ist diese Rede von Hergt vor acht Tagen[111]. Wie soll ich daraus nun die Hoffnung schöpfen, daß mir der Weg der Außenpolitik erleichtert wird, wenn die Herren sich nicht selbst zu diesen Dingen bekennen und etwa später wieder im Kabinett mit dieser berühmten Politik kommen, vor jeder Konferenz unverzichtbare Vorbehalte der deutschen Öffentlichkeit mitzuteilen?

Wir haben auch unsere Bedenken zum Ausdruck gebracht. Es war auf zwei Parteitagen. Einmal – ich glaube, es war in Frankfurt – haben wir durch den Mund von Dr. Curtius[112] vor den ersten Verhandlungen mit Frankreich unsere Vorbehalte zum Ausdruck gebracht. Aber ich glaube sagen zu dürfen, daß, von wenigen kleinen

---

[108] Axel Freiherr von Freytagh-Loringhoven (1878–1942), Mitglied des Reichstags Mai 1924 – 1945 (für die DNVP 1924–1933, als „Gast des Reichstags“ 1933–1942).

[109] Otto Hoetzsch (1876–1946), Mitglied des Reichstags 1920–1930 (für die DNVP 1920–1929, für die Konservative Volkspartei 1929–1930).

[110] Zu Stresemanns Einladung an Hoetzsch, der auch mit Parlamentariern besetzten Genfer Delegation anläßlich des deutschen Völkberundsbeitritts am 10. September 1926 anzugehören, und zur Ablehnung dieser Teilnahme durch die DNVP vgl. NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22254 (Morgenausgabe) vom 27. August 1926, S. 4, u. Nr. 22254 (Morgenausgabe) vom 28. August 1926, S. 4; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 406 (Morgenausgabe) vom 28. August 1926; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 405 (Morgenausgabe) vom 28. August 1926.

[111] Vgl. oben mit Anm. 88.

[112] Julius Curtius (1877–1948), Reichswirtschaftsminister 20. Januar 1926 – 11. November 1929; Außenminister 1929–1931; Mitglied des Reichstags 1920–1932 (für die DVP). – Ein reichsweiter Parteitag der DVP in Frankfurt konnte nicht ermittelt werden; möglicherweise bezieht sich Stresemann auf den Dortmunder Parteitag vom November 1924.

Punkten vielleicht abgesehen, das erreicht worden ist, was wir als Voraussetzung genannt hatten, weil wir im Rahmen dessen geblieben sind, was möglich war, und nicht die Dinge überspannt haben und nicht den zweiten Schritt taten, ehe der erste getan war. Wenn daher einen Sonntag vor unserem Parteitag solche Kundgebungen von jener Seite vorliegen, so glaube ich nicht, daß das die geeignete Ouvertüre gibt, um von unserer Seite eine Erklärung nach dieser Richtung abzugeben.

Ich bitte Sie, dabei zu bleiben. Ich habe nicht die Absicht, morgen in diese Polemik einzutreten. Aber ich bitte Sie, bei dem zu bleiben, was, glaube ich, der Auffassung der ganz überwiegenden Mehrheit des Zentralvorstandes entspricht: unseren Weg sachlich und objektiv zu kennzeichnen und nach keiner Seite eine Option auszusprechen, sondern lediglich zu sagen: Jeder, der mit uns grundsätzlich und praktisch diesen Weg gehen will, ist uns willkommen (Lebhafte Zustimmung), und dann den anderen zu überlassen, ob sie, was ja das Schönste wäre, einmal von links und rechts zustoßen wollen, um jetzt, wo es sich um die letzte Befreiung des Rheinlandes handelt, dem Gesamtkabinett in Frankreich vielleicht auch ein Gesamtkabinett bei uns gegenüberzustellen. Ich muß leider sagen, daß ich zu der politischen Einsicht des deutschen Volkes nicht das Zutrauen habe, daß es dazu kommen wird. Wenn dem so ist, dann wird es aber gut sein, daß wir, die wir heute die Führung in diesen ganzen Dingen haben, auch unsererseits weiter führen und nicht den Eindruck erwecken lassen, als könnten wir ohne andere diesen Weg nicht gehen (Sehr richtig!).

Damit beantworte ich auch die Anfrage, die Herr Walter[113] aus Rostock an mich gerichtet hat. Er möchte für die nächsten Jahrzehnte eine Richtschnur haben, ob unsere Partei darauf rechnet, die Deutschnationalen an sich zu ziehen, oder ob sie glaubt, daß man sich auf eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie einrichten soll. Meine Herren, die Frage kann ich nicht beantworten. Die Dinge sind viel zu sehr im Fluß. Ich habe oft unser ganzes Zeitalter als ein revolutionäres bezeichnet. Wir wissen nicht, ob Parteien, Parteiformen und Dogmen bleiben und wohin eine Entwicklung geht, die ganz anderen Generationen das Erlebnis der heutigen Zeit vermittelt. Sorgen wir dafür, daß wir einen richtigen Weg gehen und ziehen wir die Folgerungen daraus, je nach dem [!] die ganze Entwicklung sich kennzeichnet. Wir würden einen falschen Weg gehen, wenn wir irgendein festes Dogma aufstellen wollten, und ich bin der Meinung: Die größte Freiheit, hier auch in Bezug auf einzelne Länder, ist

[113] Paul Walter (geb. 1876), Mitglied im Landtag von Mecklenburg-Schwerin 1924–1932 (für die DVP). – Sein Beitrag in der vorangegangenen Aussprache: NATIONALLIBERALISMUS II, S. 679–681.

das Richtigste; denn die Dinge können in Mecklenburg ganz anders liegen als in Bayern, in Thüringen ganz anders als in Preußen. Wenn wir zum Dogma erstarrten, dann würden wir den Fehler der alten Freisinnspartei machen, die den Liberalismus zugrunde gerichtet hat, indem sie Dogmen aufstellte, die von der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung weggeschwemmt wurden und von denen sie nicht wieder zurückkam.

Ich glaube, ich habe damit das Hauptproblem umrissen. Ich möchte mich dem anschließen, was vorhin Herr Dr. Boehm[114] gesagt hat: Wenn hier die Meinungen stark aufeinandergeprallt sind, so hat das und kann das selbstverständlich mit persönlicher Wertschätzung und Hochachtung gar nichts zu tun haben. Sehen Sie, Herr Kollege Dr. Jarres, es ist gut, wenn die Menschen, die außerhalb der Partei stehen, uns ihre Eindrücke übermitteln. Aber wir stehen nun wieder in des politischen Lebens Drang und sehen deshalb viele Dinge mit anderen Augen an. Und so sehr ich darum gebeten habe, daß wir morgen über diese Dinge nicht sprechen, so sehr halte ich es für einen Gewinn, daß wir uns hier unter uns ganz offen über diese Fragen ausgesprochen haben und, wie ich hoffe, uns auch klar gesprochen haben.

Ich darf dann nur noch auf eine Frage eingehen. Ich bitte dringend, den Parteitag nicht vor die Frage zu stellen, das Duell zwischen Lorch und Berka[115] vor seinem Forum sich abspielen zu sehen. Wenn unsere rheinischen Freunde ihrerseits eine Erklärung zu dieser Frage erlassen, so ist das genauso ihr Recht, wie das unsere thüringischen Freunde für Berka in Anspruch nehmen werden. Aber lassen Sie auch mich zu dieser Frage ein Wort sagen. Das Reichsehrenmal für die Toten denke ich mir als einen Ort, von dem das Wort gelten muß: Am Ruheplatz der Toten, da pflegt es still zu sein[116]. Ich bin deshalb gegen jede Lösung, die ein Ehrenmal für die Gefallenen des Weltkrieges zum Schauplatz von Demonstrationen sich bekämpfender Verbände macht oder dazu geeignet ist. Ich fürchte sonst, daß wir es leicht erleben können, daß wir der Welt das beschämende Schauspiel geben, daß an einem Tage das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, die andere Woche der Stahlhelm und die

---

[114] Willy Boehm (1875–1938), Mitglied des Preußischen Landtags 1925–1933 (für die DVP). – Sein Beitrag in der vorangegangenen Aussprache: ebd., S. 698–699.

[115] Gemeint ist die Frage des Standorts eines geplanten Reichsehrenmals für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs; strittig war, ob es auf einer Rheininsel bei Lorch oder im thüringischen Berka errichtet werden sollte. Vgl. die Befassung des Kabinetts mit dieser Frage (und die abschließende Vertagung der Entscheidung) in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 137–138.

[116] Stresemann zitiert hier aus Ludwig Uhlands 1815 erstmals veröffentlichtem Gedicht „Graf Eberhard der Rauschebart“ (Druck in Ludwig Uhland: Werke. Bd. 1. München 1980, S. 228–238; das Zitat: S. 235).

nächste Woche der Rote Frontkämpferbund[117] dahin kommen und Reden halten und daß, wenn in der Nähe Orte sind, an denen man nach der Feier – ich will noch annehmen, daß die Feier selbst würdig verläuft – zusammenkommt, wir dann in den Montagblättern die Zusammenstöße lesen, die am Sonntagabend in der Hitze und unter dem Einfluß mancher von uns sonst hochgeschätzter Getränke sich dort abgespielt haben.

Ich glaube, es müßten bei der Wahl des Ehrenmals zwei Gesichtspunkte gelten. Die Wahl kann nicht erfolgen zu einer Zeit, in der aus dieser Angelegenheit etwa eine zweite Flaggenfrage entsteht. Und zweitens muß die Errichtung des Ehrenmals an einem Ort und an einer Stelle erfolgen, an dem nicht die Möglichkeit zu Besuchen von Tausenden gegeben ist, sondern wo der einzelne, der ja schließlich auch noch lebt, für sich hinpilgert. Wir sind ja nicht nur Masse, nicht nur Organisation (Lebhafte Zustimmung), ich kann mir noch denken, daß irgendwo auch ein Heim oder ein Denkmal steht, wo die Mutter allein hingeht. Man pflegt nicht mit Deputationen zum Friedhof zu gehen. Das möchte ich haben, daß der einzelne Deutsche dort für sich allein hingehen kann, daß es nicht wieder ein Ort wird, wo die Massen hingehen, wohin die Reichsbahn nachher Sonderzüge stellt. Das widerspricht meiner Auffassung nach dem deutschen Empfinden von Totenehrung. Darum sollte man diesen Gesichtspunkt als allgemeinen Gesichtspunkt voranstellen, und ich glaube, unter diesem Gesichtspunkt wird man auch über diesen Streit hinwegkommen, den wir innerhalb des Kabinetts vorläufig zurückgestellt haben[118], weil wir nicht Zeichen deutscher Uneinigkeit weiter nach außen hervortreten lassen wollen.

Ich glaube, ich habe damit die wesentlichen Punkte berührt, und ich darf dieses Schlußwort wohl schließen mit dem Ausdruck freudigster Genugtuung darüber, daß die Partei in ihren wesentlichen Grundauffassungen so einig ist, so zusammenstrebt zum Ganzen, daß ich glaube sagen zu können: Wenn dieser Geist, wie ich hoffe, erhalten bleibt, dann wird und kann diese Tagung in Köln, die mit der Sitzung des Zentralvorstandes beginnt, auch einmal in der Geschichte unserer Partei der Markstein zu einer großen Entwicklung sein, von der ich nicht die Hoffnung aufgeben möchte, daß sie einmal in unserer Partei die gemäßigten Liberalen, die gemäßigten Demokraten sowohl wie die gemäßigten Deutschnationalen umfaßt, weil man auf

[117] Gemeint sind die drei Veteranenverbände, wobei das „Reichsbanner“ den demokratischen Parteien und insbesondere der SPD nahestand, der „Stahlhelm“ den rechten Parteien und insbesondere der DNVP und der Rote Frontkämpferbund als paramilitärisch organsierter Verband der KPD galt.

[118] Vgl. oben Anm. 115.

beiden Seiten erkennt, daß in dem, was wir erstreben, schließlich das ganze staatsbewußte deutsche Volk sich zusammenfinden kann (Stürmischer Beifall. Die Mitglieder des Zentralvorstandes erheben sich von den Plätzen und bringen dem Führer eine Ovation dar).

Ich möchte bitten, daß wir noch beisammen bleiben, um die nächste Frage, die der Zentralvorstand zu erledigen hat, zum Abschluß zu bringen.

[…][119]

[119] Anschließend werden Satzungsänderungen und Zuwahlen zu Parteigremien vollzogen; ebenso wird die Entschließung Casparis in Sachen der Beamtenrechte (vgl. oben mit Anm. 70) in abgeschwächter Form angenommen (vgl. die Paraphrase in NATIONALLIBERALISMUS II, S. 710).

Rede auf dem Parteitag der DVP in Köln vom 2. Oktober 1926[1]

Nach KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 735 (Abendausgabe) vom 2. Oktober 1926, und Nr. 736 (1. Sonntagsausgabe) vom 3. Oktober 1926. – Teildrucke (teilweise mit kleineren Abweichungen) in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 460/461 vom 3. Oktober 1926; NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Sonderausgabe zum Reichsparteitag am 2. und 3. Oktober 1926, S. 1–3; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 461 (Abendausgabe) vom 2. Oktober 1926, u. Nr. 462 (Morgenausgabe) vom 3. Oktober 1926; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 466 (Abendausgabe) vom 2. Oktober 1926; FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 736 (1. Morgenausgabe) vom 3. Oktober 1926, S. 2, und 737 (2. Morgenausgabe) vom 3. Oktober 1926, S. 3; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 467 (Abendausgabe) vom 2. Oktober 1926; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22289 (Abendausgabe) vom 2. Oktober 1926, S. 2, und Nr. 22290 vom 3. Oktober 1926, S. 7; REICHSPOST, Nr. 273 vom 3. Oktober 1926, S. 6; DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 42, A 2 (1926), S. 223–224; LA SOCIÉTÉ DES NATIONS, Revue 8 (1926), S. 630–634. – Stark abweichender Teildruck (in Teilen als Rededisposition) in STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 33–37 u. 80–83.

Blickt auf die Erfolge der deutschen Außenpolitik zurück, die teilweise unpopulär war. Hebt die Bedeutung des Völkerbunds und des deutschen Beitritts hervor. Die deutsch-französische Verständigung ist der Kern jeder europäischen Befriedung; die deutsche Außenpolitik kann dabei nur auf der Basis des Friedens und wirtschaftlicher Zusammenarbeit geführt werden. Erwartet, daß die Vereinigten Staaten von Amerika die Pläne von Thoiry unterstützen. Setzt auf die Befreiung des gesamten Rheinlands. Verbände dürfen sich nicht, wie kürzlich in Sachsen geschehen, in Parteipolitik einmischen. Klassenkampf von rechts wie von links widerspricht dem liberalen Erbe der DVP. Innere Einigkeit ist die Voraussetzung für Deutschlands Wiederaufstieg. Das nationale und liberale Erbe der DVP.

Ich bitte Sie, wie wir das stets getan haben, den **ersten Gruß** unsrer Zusammenkunft zu entbieten **unserm Deutschen Reich, unserm deutschen Vaterland, un-**

[1] Die Vorlage leitet in ihrem ersten Teil den Artikel unter der Überschrift „Stresemann über die Fragen der auswärtigen Politik. Hauptversammlung der Deutschen Volkspartei. 3000 Vertreter“ ein: „Im großen Saal des Gürzenich trat heute unter ungeheurem Andrang der eigentliche 7. Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei zusammen. Der Saal ist geschmückt mit den Wappenfahnen der alten Kölner Geschlechter. Seine Breitseite weist die alten schwarz-weiß-roten Reichsfarben auf. Aus Lorbeerbäumen ragen die Büsten Hindenburgs, Bassermanns und v. Benningsen [!] hervor. Am Freitag sind noch Hunderte von neuen Vertretern zum Parteitag eingetroffen, so daß noch in der Nacht die Lokalkommission zusammentreten und eine völlig Neueinteilung der Saalordnung vornehmen mußte, um die 3000 Vertreter unterzubringen.“ Nach der Aufzählung prominenter in- und ausländischer Gäste heißt es: „Um 10 1/4 Uhr eröffnete der Parteivorsitzende Dr. Stresemann den diesjährigen Parteitag, indem er erklärte:“

serm deutschen Volke! Reich und Vaterland, sie leben hoch! (Die Versammlung stimmte dreimal in den Hochruf ein.)

[...][2]

Neben den gedruckten Satzungen gibt es ungeschriebene Gesetze, die in unserm Herzen ruhen. In uns allen besteht der Wunsch, daß dieser Parteitag unter der Leitung und dem Zeichen der Persönlichkeit unsers lieben Freundes, des Geheimrats Dr. **Kahl[3],** stehen möge. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

[...][4]

Zwischen dem Parteitag, den wir vor zwei Jahren in Dortmund abhielten[5], und dem heutigen Zusammensein der gesamten Partei liegt eine große Spanne außen- und innerpolitischer Entwicklung. Noch immer ist dabei **die Außenpolitik** die vorherrschende. Sie bestimmt unser politisches, unser soziales, unser wirtschaftliches Sein in erster Linie. Lassen Sie mich daher von dieser Entwicklung zuerst sprechen. Gewiß wird dabei die Frage auftauchen: Ist ein Parteitag hierfür ein geeigneter Ort? Und es ist auch weiter die Frage aufgetaucht: Steht nicht der Parteivorsitzende einer großen Partei[6] dem Minister des Äußern im Wege? Ich möchte diese Frage dahin beantworten: Jawohl, er steht ihm im Wege, wenn der Minister des Äußern Außenpolitik als Parteipolitik betreibt. (Sehr gut!) Aber ich glaube, ich kann vor meinem Gewissen sagen, daß ich das niemals getan habe. Die Deutsche Volkspartei hat jahrelang unter dieser Außenpolitik gelitten, und sie ist deswegen der stärksten Befehdung ausgesetzt gewesen. (Sehr richtig.) Sie hat der Popularität die größten Opfer bringen müssen, und ich danke der Partei, der Reichstagsfraktion und ihrer Führung, daß sie stets in Zeiten stärksten Dranges die Zustimmung zu dem von ihr für sachlich richtig Erkannten gegeben hat. Ich glaube, man kann sagen: **es gibt nicht die Außenpolitik der Partei, sondern nur eine deutsche Außenpolitik.** In ihrem Ziel ist sich die große Mehrheit des deutschen Volkes über diese Außenpolitik durchaus einig; ihre Methode ist umstritten, ob sie richtig ist, wird an ihrem Erfolge zu messen

---

[2] In der Vorlage folgt die Überleitung: „Es wurde dann zur Wahl des Präsidiums geschritten. Dann erklärte Dr. Stresemann:“

[3] Wilhelm Kahl (1849–1932), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1932 (für die DVP); seit 1919 Vorsitzender aller DVP-Parteitage.

[4] In der Vorlage folgen die Schilderung der Wahlergebnisse für das Präsidium des Parteitags, der kurzen Rede, mit der Kahl den Parteitag und die Gäste begrüßt sowie Stresemann für seine Politik dankt, und des einmütigen Beschlusses des Parteitags, „dem Reichspräsidenten ein Glückwunschtelegramm zu übersenden. […] Stürmisch begrüßt, nahm dann der Parteivorsitzende, Dr. Stresemann, das Wort zu seinem Vortrag über Die politische Lage.“

[5] Zur Rede Stresemanns auf dem DVP-Parteitag vom 14. November 1924 vgl. diese Edition.

[6] Stresemann selbst hatte den Vorsitz der Partei von deren Gründung bis zu seinem Tod 1929 inne.

sein. Aber lassen Sie uns auch gleichzeitig hier einmal die Frage vorlegen: **Welchen Erfolg kann man** denn von einer deutschen Außenpolitik **heute erwarten?** Niemand kann irgendwie Himmelstürmendes tatsächlich erstreben und erreichen wollen. Was wir Erfolg nennen müssen, kann in der Lage, in der wir uns bis zur Stunde wissen, **nur Befreiung von drückendsten Fesseln** sein, die auf uns lasten. Aber auf diesem Gebiet ist es, wenn auch Schritt für Schritt, vorwärtsgegangen. Dortmund war eine Etappe auf diesem Wege[7], Köln ist die zweite[8]. Wir kämpfen um die nächste. Lassen Sie mich unter diesem Gesichtspunkt die Absichten der Außenpolitik im Zusammenhang erörtern.

Dabei werden Sie verstehen, daß ich oft die Empfindung habe, als wenn doch manche Äußerung der deutschen Öffentlichkeit zur deutschen Außenpolitik nur zu verstehen ist unter der Überschrift: Wir vergessen zu leicht! (Sehr richtig!) Wie lange haben wir versucht, in den ersten Jahren nach dem Niederbruch überhaupt nur dahin zu kommen, einmal den deutschen Standpunkt vor einer Konferenz vertreten zu können, anstatt nur ultimative Drohungen und Befehle von der andern Seite entgegenzunehmen. Wie wenig lange ist es her, daß, als **die Konferenzidee** sich durchsetzte, der Mahnruf ertönte: Ihr dürft nur als Gleichberechtigte mit den andern verhandeln. Erst langsam ist das Terrain besser geworden. Und glauben Sie mir, **der Kampf im Schützengraben wird nicht gestärkt durch große Worte der Etappe.** (Zustimmung.) Es wird[9] und ist die Frage jedes Ministers des Äußern des neuen Deutschlands gewesen, daß er steht zwischen der Diskrepanz der großen Geschichte des deutschen Volkes und der deutschen Machtlosigkeit der Gegenwart. Und dazu kommt, daß auch die Nachkriegszeit nicht ohne erneute Erschütterungen und erneute Verluste vor sich ging.

Der **Ruhrkampf,** der mit so vielem Idealismus begonnen wurde, ging **verloren[10].**

---

[7] Nach der französisch-belgischen Besetzung von 1923 war auf deutsches Drängen hin am Rande der Londoner Konferenz vom französischen Ministerpräsidenten Herriot im August 1924 die Räumung des Ruhrgebiets innerhalb eines Jahres zugesichert worden. Am 31. Juli 1925 war die Räumung durch die alliierten Besatzungstruppen abgeschlossen (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 134). Der östliche Teil mit Dortmund war bereits am 22. Oktober 1924 mit dem Abzug der letzten fremden Truppen geräumt worden (vgl. ebd., 65 [1924], S. 99–100).

[8] Die Besatzung von Köln und der nördlichen („Kölner“) Rheinlandbesatzungszone hatte formal (nach dem Abzug der letzten Truppen am Vortag) am 31. Januar 1926 geendet (vgl. ebd., 67 [1926], S. 23).

[9] So in der Vorlage. In TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 460/461 vom 3. Oktober 1926, heißt der Halbsatz, wohl grammatikalisch zutreffender: „Es war und ist die Frage jedes deutschen Außenministers“.

[10] Zum Abbruch des passiven Widerstands, der mit einer Proklamation von Reichspräsident und Reichsregierung am 26. September 1923 bekanntgegeben wurde, vgl. zusammenfassend STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 133–135.

In der Periode der schlimmsten Lage des deutschen Volkes, in dieser Nachkriegszeit, wurde damals der Versuch gemacht, durch **Zusammenfassung weiter Kreise des deutschen Volkes in der Regierung**[11] zu bessern Verhältnissen zu kommen. Ich spreche nicht von der innerpolitischen Lage der Gegenwart, aber rückblickend möchte ich sagen: Achtung jedem, der damals den Kahn mitbestieg, der wahrlich nicht Deutschland und sein Glück trug, und Achtung jedem, der den Mut hatte, damals die Verantwortung für den Abbruch des Ruhrkampfes mit zu übernehmen, die der Anfang für die Politik der Verständigung und Besserung gewesen ist. **Jeder, der heute in Deutschland Außenpolitik zu machen hat, hat zu kämpfen gegen** eine ganz große und **mächtige Partei** in Deutschland, die Partei derjenigen, die da im Innern beten: Unsre tägliche Illusion gib uns auch heute[12]. (Heiterkeit und Beifall.) Wer gegen diese Partei anzukämpfen hat, der muß den **Mut zur Unpopularität** haben. Die Verständigungspolitik war unpopulär, und die Schuld lag dabei wahrlich nicht nur am deutschen Volke. Denn die Politik der ersten Nachkriegsjahre gegenüber Deutschland war die Fortsetzung des Krieges mit andern Mitteln. Die psychologische Behandlung des deutschen Volkes ließ die Achtung vor seiner Geschichte und seiner Bedeutung vermissen. Aber gegen diese Situation war mit Haß, mit Trotz und mit illusionären Revanchegedanken nicht anzukämpfen. **Die Verständigungspolitik fiel uns nicht in den Schoß,** sie **mußte erkämpft werden,** und bis heute dauert dieser Kampf an, nicht nur bei uns, auch bei andern Nationen. Die Menschen der Gegenwart, die ein freies Blickfeld haben für die große Entwicklung der Völker der Zukunft, sie kämpfen dabei mit den ewig Gestrigen, die den Blick nur in die Vergangenheit lenken und aus der Geschichte nicht lernen können oder nicht lernen wollen. Die Verständigungspolitik führte über den Abbruch des Ruhrkampfes, über die Micumverträge[13] und das Sachverständigengutachten zur **Londoner Konferenz**

[11] Stresemann bezieht sich auf die Große Koalition, auf die er als Reichskanzler (und zugleich Außenminister) sich vom 13. August bis zum 2. November 1923 stützen konnte.

[12] Offenbar zitiert Stresemann hier – leicht abgewandelt – Wilhelm Raabe, in dessen 1875 verfaßter Erzählung „Vom alten Proteus“ es (in Anspielung auf das Vaterunser) heißt: „Unsere tägliche Selbsttäuschung gib uns heute“ (Druck in Wilhelm Raabe: Sämtliche Werke. Bd. 12. 2. Aufl. Göttingen 1969, S. 197–289; das Zitat: S. 239).

[13] Im November 1923 war nach langen Vorverhandlungen zwischen dem Bergbaulichen Verein und der Micum („Mission interalliée de contrôle des usines et des mines“) ein Abkommen über die Wiederaufnahme der Kohlelieferungen durch die Industrie anstelle des Reiches (das spätere Entschädigungen bzw. Steuerverrechnungen gegenüber der Industrie versprach) zustande gekommen (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 222), dem weitere Verträge anderer Industriebereiche des besetzten Gebietes folgten. Das Abkommen über die Kohlelieferungen war wiederholt und zuletzt am 30. Juni 1924 zu modifizierten Bedingungen verlängert worden (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 752–755).

und zum **Dawesschen Abkommen**[14]**,** jenem Abkommen, so viel bekämpft, so drükkend in seinen Verpflichtungen, aber doch so stark sich abhebend von der früher uns gegenüber beliebten Reparationspolitik, daß es die Erhaltung der deutschen Wirtschaft und Währung in den Mittelpunkt seines Systems stellt. Diese Politik führte über die **Londoner Konferenz** zu dem vielbekämpften **Februarmemorandum,** zu dem ich mich auch heute mit Stolz bekenne, und führte von diesem Memorandum und dieser deutschen Initiative nach **Locarno**[15]**,** von Locarno nach **Genf**[16] und von Genf nach **Thoiry**[17]**.** Auf dem Wege dieser Politik liegt die **Räumung des Ruhrgebiets**[18]**,** die Räumung der **ersten Rheinlandzone**[19]**,** auf ihrem Schlußweg liegt die **Erkämpfung der deutschen Souveränität über das deutsche Rheinland, über das ganze deutsche Rheinland.**

Im Rahmen dieser Politik liegt Deutschlands Eintritt in den **Völkerbund**[20]**,** als ständiges Ratsmitglied in den Rat der Völker. Für die deutsche Außenpolitik stellt sich diese Zugehörigkeit zum Völkerbund unter einem **doppelten Gesichtspunkt** dar, einmal unter dem der Bedeutung und des Wertes des Völkerbunds als solchen, zweitens unter dem Gesichtspunkt, daß unser Eintritt eine Etappe auf dem Wege außenpolitischer Entwicklung war, den ich zu kennzeichnen versucht habe. Es ist begreiflich, daß bei uns in Deutschland dieser zweite Gesichtspunkt vorherrscht, da er auf die konkreten Aufgaben unsrer Außenpolitik eingestellt ist. Wir dürfen aber

---

[14] Gemeint ist das Gutachten, das am 9. April 1924 von dem durch die Reparationskommission eingesetzten Sachverständigen-Ausschuß unter dem Vorsitz des US-Amerikaners Charles Gates Dawes vorgelegt (gedruckt u. a. in SACHVERSTÄNDIGEN-GUTACHTEN), auf der Londoner Konferenz vom 16. Juli bis 16. August 1924 zur Grundlage der deutschen Reparationen bestimmt wurde (Protokolle der Konferenz in LONDONER KONFERENZ) und das schließlich am 30. August 1924 durch die Unterzeichnung des Londoner Protokolls (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 439) in Kraft trat.

[15] Gemeint sind die deutsche Initiative vom Januar und Februar 1925, mit der das Auswärtige Amt zunächst in London, dann in Paris in der Sicherheitsfrage sondierend aktiv geworden war und Deutschlands Bereitschaft bekundet hatte, einen Pakt abzuschließen, der den „gegenwärtigen Besitzstand am Rhein“ garantiere (vgl. die betreffenden streng vertraulichen Memoranden vom 20. Januar u. 9. Februar 1925: LOCARNO-KONFERENZ S. 52–53 u. 61–62, sowie die betreffenden Erlasse Schuberts bzw. Stresemanns an Sthamer und Hoesch vom 19. Januar bzw. 5. Februar 1925: ebd., S. 47–51 u. 55–60), sowie die nach längeren Verhandlungen daraus hervorgegangene Konferenz von Locarno vom 5. bis 16. Oktober 1925 und die als deren Ergebnis am 16. Oktober 1925 paraphierten Verträge (Text der Verträge in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215).

[16] Stresemann bezieht sich auf die Tagung von Völkerbundsrat und -versammlung, in deren Rahmen am 10. September 1926 der deutsche Beitritt zum Völkerbund stattfand. Zu Stresemanns Rede anläßlich des Beitritts vgl. diese Edition.

[17] Zum Gespräch Stresemanns mit Briand in Thoiry vom 17. September 1926 vgl. neben seiner Rede vor der Presse vom 17. September (in dieser Edition) Stresemanns eigenes stichwortartiges Diktat vom 17. September und seine ausführlichere Aufzeichnung vom 20. September 1926 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 188–191 u. 202–210).

[18] Vgl. oben Anm. 7.

[19] Vgl. oben Anm. 8.

[20] Vgl. oben Anm. 16.

darüber den erstern allgemeinen Gesichtspunkt nicht vergessen, um so weniger, als im Grunde zwischen beiden Übereinstimmung herrscht. Die hinter uns liegenden Genfer Tage[21] haben mich bestärkt in der Überzeugung, die ich vom Völkerbund gehabt habe. Gleichgültig, wie man sich innerlich zu den allgemeinen Ideen des Völkerbunds und seiner historischen Bedeutung einstellen mag: Es wäre eine Torheit, **die große politische Realität** zu verkennen, die **die Genfer Institution** darstellt. In Genf ist ein internationales Forum geschaffen worden, das schon durch die bloße Existenz seines ständig bereitstehenden Apparats große Wirkungen ausübt. Selbst Staatsmänner, die der Möglichkeit neuer Formen des Völkerlebens skeptisch oder ablehnend gegenüberstehen, können sich, wie die Erfahrung gezeigt hat, dieser Wirkung nicht entziehen. Das internationale Leben bedarf tatsächlich neuer Formen, und in Genf ist zum mindesten ein wertvoller Ansatzpunkt für diese Bestrebungen gegeben. Das beweist schon die Tatsache, daß dort regelmäßig und, wenn Sie an den Völkerbundrat denken, mehrfach im Jahre Zusammenkünfte der führenden Staatsmänner sind. Man vergegenwärtige sich nur aus der frühern diplomatischen Geschichte, welche Schwierigkeiten in kritischen Zeiten das Zustandekommen politische Konferenzen und politischer Aussprache gemacht hat. Damals galt ein sachlich politisches Problem schon beinahe als zur Hälfte gelöst, wenn es gelang, seine Erörterung einer Konferenz zu übertragen. Die Bedeutung der regelmäßigen Zusammenkünfte der Minister des Äußern und führender andrer Politiker in Genf geht über die Möglichkeit der Besprechung akuter Einzelfragen weit hinaus. Sie begründet persönliche Beziehungen, wie sie früher nicht möglich gewesen wären. Ich persönlich schätze den Kontakt, den ich mit vielen bedeutenden Staatsmännern andrer Länder schon während dieser ersten Tagung gewonnen habe, außerordentlich hoch ein. Dabei ist für mich der Völkerbund nicht etwa nur ein aus optimistischen Erwägungen ergriffenes Hilfsmittel für die Förderung der Einzelaufgaben unsrer Außenpolitik. Ich kann vielmehr nur **wünschen,** daß in **Deutschland** mehr und mehr die **Erkenntnis** dessen Raum gewinnt, von dessen Durchführung die Entwicklung der Zukunft Europas abhängt, das ist **der Gedanke einer vernünftigen Verständigung.** Und es ist nicht nur ein Zufall, sondern in dem Wesen der Dinge begründet, daß der Gedanke der Verständigung uns auch den besondern Zielen der deutschen Außenpolitik näherbringt. Es ist schließlich kein Zufall, daß meine Besprechung mit dem französi-

[21] Stresemann hatte sich vom 9. bis 22. September 1926 in Genf aufgehalten.

schen Minister des Äußern[22] in unmittelbarer Nähe von Genf stattgefunden hat. In Locarno und in Genf ist für uns die Grundlage geschaffen worden, die eine Bereinigung der zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Kriegsgegnern schwebenden Probleme ermöglicht. Deshalb komme ich zu dem viel erörterten Thema einer **deutsch-französischen Verständigung.**

Ich kenne alle Hindernisse, die psychologischen Hemmungen hüben wie drüben. Aber ich glaube, daß die Tatsache nicht zu bestreiten ist, daß eine deutsch-französische Verständigung der **Kernpunkt jeder europäischen Verständigung und Befriedung** ist und bleibt. Diese Frage ist keine taktische, sondern sie ist das Kernproblem zukünftiger Entwicklung, ohne daß jemand heute zu sagen vermag, ob in dieser Entwicklung die Völker dem Wunsche und dem Willen ihrer Staatsmänner folgen. Ich glaube an den ehrlichen Verständigungswillen des französischen Ministers des Äußern, mit dem doch mehrere Jahre des Verhandelns über wichtige Fragen und persönliche Fühlungnahme bei Konferenzen mich verbinden. Und ich höre die Stimmen, die da auftauchen, und ich sehe die liebenswürdigen head lines der Zeitungen, die vielleicht in diesem Augenblick schon geistig entstehen mit der Überschrift: „Der ewige Optimist“ oder „Der vertrauensvolle Utopist“. (Heiterkeit.) Ich darf demgegenüber einmal das eine sagen: Einfache Vertrauenshingabe ohne sachliche Gründe ist Torheit in jeder Politik, nach innen und nach außen. (Sehr richtig!) Aber ganz falsch ist es auch, zu glauben, daß die Politik lediglich durch Mißtrauen bestimmt werden könne. (Sehr richtig!) Diese alte Kabinettspolitik: Traue niemand und betrüge jeden (Heiterkeit), die ist schließlich doch auch früher sehr erfolglos gewesen, und dieses ewige Mißtrauen, diese Unaufrichtigkeit, die man früher mit der Diplomatie verbinden zu müssen glaubte, ist doch wohl ein System, das ewig einer Vergangenheit angehören sollte. Für mich steht das eine fest, daß **das neue Deutschland** und sein Wiederaufstieg, von dem wir sprechen, **nur auf dem Frieden basiert** sein kann. Er ist allein die Grundlage jeder Wiederaufrichtung unsrer Stärke[23]. Wie aber soll dieser Friede möglich sein, wenn ihm nicht vorangeht oder wenn er nicht begründet ist auf der Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich! Ich sehe, daß **die Wirtschaft Schrittmacherin** ist auf einem Wege, der – über Lan-

[22] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918. – Zur nachfolgend angesprochenen Besprechung von Thoiry vgl. oben Anm. 17.

[23] Abweichend in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 460/461 vom 3. Oktober 1926: „unseres Staates“.

desgrenzen hinweg – große neue Bildungen schafft[24], der wirtschaftliche Anomalien des Friedensvertrags[25] beseitigt. Gerade dieser Zusammenschluß, von dem vielleicht eine neue Entwicklung europäischer Wirtschaft ausgehen kann, veranlaßt mich aber auch, Wendungen entgegenzutreten, die mit dieser Tatsache nicht übereinstimmen, oder die mit der Erörterung von Bestrebungen über eine deutsch-französische Verständigung begleitet sein können. Niemals kann es die Aufgabe deutscher Wirtschaftsführer sein, die übrigens bei all ihren Bestrebungen und Verhandlungen im selbstverständlichen Einvernehmen mit ihrer Regierung gehandelt haben, einen Zusammenschluß einzelner Länder in großen Industriefragen herbeizuführen mit der Spitze und Tendenz, dadurch andre Länder oder Wirtschaftsmächte niederzukonkurrieren und einen Kampf einzelner Firmen auf den wirtschaftlichen Kampf einzelner Staatengruppen zu übertragen. Ich möchte auch hier ausdrücklich betonen, daß **stets England der Beitritt zu diesen Vereinbarungen freigestanden hat,** daß es Englands eigner Wille war, wenn es nicht teilnahm. Niemals kann es Aufgabe der Wirtschaftspolitik sein, wenn Friede und Verständigung Inhalt dieser Politik sind, Mächte auszuschließen oder ihre Tendenz gegen bestimmte Mächte zu richten. Das gilt ebenso von dem Berliner Vertrag zwischen Deutschland und der Räterepublik[26] wie von den Verhandlungen, die die Bereinigung der Nachkriegspolitik zwischen Frankreich und Deutschland betreffen. Früher war es sehr beliebt, in Oppositionskreisen die deutsche Außenpolitik als völlig abhängig hinzustellen von England und de[n][27] verehrten Herrn englischen Botschafter in Berlin, der jetzt – nach langjähriger Tätigkeit – seinen Posten verläßt[28], den Lord Protector of Germany zu nennen. So töricht das war, so töricht sind die Behauptungen, als wenn irgendwie Deutschlands

[24] Am 30. September 1926 war in Brüssel von deutschen, französischen, belgischen und luxemburgischen Industriellen die Konvention über die Internationale Rohstahlgemeinschaft unterzeichnet worden (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 294–296). Offenbar bezieht sich Stresemann in erster Linie hierauf.

[25] Stresemann bezieht sich wohl insbesondere auf die Trennung durch Staatsgrenzen zwischen Ruhrkohle und lothringischer Minette, die durch die Rückübertragung der betreffenden lothringischen Gebiete als Teil des Versailler Vertrags vollzogen wurde.

[26] So in der Vorlage (in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 460/461 vom 3. Oktober 1926: „Sowjetrepublik"). – Gemeint ist der „Berliner Vertrag", ein Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion, der am 24. April 1926 in Berlin unterzeichnet worden war (Text des Vertrags einschl. des zugehörigen Notenaustauschs vom gleichen Tag in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 2,1, S. 402–406).

[27] In der Vorlage, offenbar als Druckfehler, „dem".

[28] Edgar Vincent [ab 1926: Viscount] D´Abernon (1857–1941), britischer Botschafter in Berlin 1920–1926. – Im August 1926 war bekannt geworden, daß D´Abernon abberufen würde, aber voraussichtlich bis Anfang Oktober in Berlin bleiben werde; derzeit hielt er sich – nach seinem Urlaub – noch zur offiziellen Verabschiedung in Berlin auf (vgl. die Berichte Dufour-Feronces an das Auswärtige Amt vom 5. und 12. August 1926: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 22–23 u. Anm. 4; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 451 [Abendausgabe] vom 23. September 1926).

Wirtschaft oder Politik eine England unfreundliche Politik treiben wollte oder treiben könnte. Dasselbe gilt von unserm Verhältnis zu andern Nationen, insbesondere den Vereinigten Staaten. Lassen Sie mich dieses Verhältnis zu den einzelnen Staaten hier noch mit wenigen Worten schildern. Es wäre völlig verfrüht, schon jetzt Einzelheiten darüber zu sagen, wie die in Thoiry eingeleiteten Verhandlungen zum Erfolg geführt werden können. Es bedarf der sorgfältigsten Prüfung aller hierbei in Betracht kommenden politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Fragen, und ich bin mir von vornherein darüber klar, daß die nächsten Monate, die der Bereinigung dieser Fragen gelten, **wieder Zeiten der stärksten Kämpfe und auch der Geduld- und Nervenprobe** sein werden. Es ist ganz klar, daß, wenn eine Tatsache geschaffen wird, die nicht sofort Allgemeingut in der öffentlichen Meinung ist, dann alle die, die gegen diese Politik sind, den Kampf beginnen wie geharnischte Ritter und entweder offen oder mit andern Mitteln den Kampf gegen diese Dinge durchführen.

Die Politik von Thoiry kann nach meiner Überzeugung und – wie ich glaube – auch nach der Überzeugung des französischen Herrn Ministers des Äußern, keine solche Politik sein, die aus dem Rahmen der allgemeinen Politik mit dem Ziel der Befriedung und des Wiederaufbaues Europas heraustritt. Es bedarf zu ihrer Verwirklichung deshalb auch der Beteiligung andrer Mächte und der Mitwirkung der für die Reparationszahlungen zuständigen Stellen. Ich rechne darauf, daß diese Politik in den andern Ländern Verständnis und Zustimmung findet. Dabei denke ich besonders auch an die **Vereinigten Staaten,** die seit den Verhandlungen über den Vertrag von Versailles[29] die wirkliche Befriedung Europas als eines der Ziele ihrer Politik bezeichnet haben. Von diesem Gedanken geleitet, haben die Vereinigten Staaten auch die Bewegung ins Leben gerufen, die zum Dawesschen Abkommen und damit zur Entpolitisierung der Reparationsfrage geführt hat[30]. Ich möchte daher annehmen,

[29] Text des am 28. Juni 1919 unterzeichneten Versailler Friedensvertrags im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u. a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

[30] Der amerikanische Außenminister Charles Evans Hughes hatte am 29. Dezember 1922, also noch vor der französisch-belgischen Ruhrbesetzung, in einer Rede in New Haven den Vorschlag gemacht, die weitere Behandlung der Reparationsfrage einem internationalen Sachverständigenausschuß zu übertragen (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Cuno, S. 109, Anm. 8), was jedoch von Frankreich vorbeugend zurückgewiesen worden war (vgl. DOCUMENTS DIPLOMATIQUES FRANÇAIS 1922, II, S. 615–618). Im Herbst 1923, nach dem Abbruch des „Ruhrkampfes“, griffen die Vereinigten Staaten diesen Vorschlag wieder auf und führten Verhandlungen mit Großbritannien und Frankreich über die Einsetzung eines Sachverständigenausschusses, der die deutschen Reparationsleistungen prüfen solle (vgl. den telegraphischen Bericht von Botschaftsrat Dieckhoff aus Washington vom 24. Oktober [AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 8, S. 530–531] sowie das Privatdienstschreiben des Botschafters Wiedfeldt an Maltzan vom 6. November 1923 [ebd., S. 600–602]). Diese führten am 29. November 1923 zum Beschluß der Reparationskommission zur Einsetzung von zwei internationalen Sachverständigen-Ausschüssen, dessen zweiter (unter dem Vorsitz von

daß auch die Verhandlungen von Thoiry in der Linie der Politik der Vereinigten Staaten liegen werden, und daß die Vereinigten Staaten jetzt auch die Absichten der Politik von Thoiry unterstützen werden, die darauf hinausgehen, in Europa einen wirklichen, nicht mehr durch die Gefahren fremder Besetzung gestörten, sondern gesicherten Frieden herbeizuführen. (Lebh. Beifall.) Ich denke daran, wie der Herr Präsident der Vereinigten Staaten[31] im Juni 1925 in Cambridge (Massachusetts) in einer Rede folgendes sagte: „Wenn die Völker der Alten Welt sich mißtrauen, so sollten sie wechselseitige Übereinkünfte treffen zu ihrer Sicherung, und wenn sie getroffen sind, so mögen sie feierlich beachtet werden, gleichgültig, unter welchen Opfern. Die europäischen Völker haben die viel schwierigere Frage der Reparationen geregelt. Warum können sie sich dann nicht auf die dauernde Befriedung einigen? Wenn gewisse Verhältnisse nicht völlig zu klären sind, so mögen sie sich für die Zukunft auf die Methoden der Schiedsgerichtsbarkeit und der richterlichen Entscheidung stützen." Das war die grundsätzliche Zustimmung zu den Grundlagen des deutschen Memorandums über den Sicherheitspakt[32]. Der Herr Präsident der Vereinigten Staaten fährt in dieser Rede dann fort: „Während unser Land sich politisch nicht verpflichten sollte, wo es kein politische Interesse hat, so würden doch derartige Übereinkünfte stets die moralische Unterstützung unsrer Regierung finden, und es kann nicht ausbleiben, daß sie von der öffentlichen Meinung der Welt lebhaft begrüßt würden. Auf welcher andern Grundlage könnte es irgendwelche Ermutigungen für diejenigen geben, die geneigt sind, am wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas mitzuwirken?"

Wenn die Politik des deutschen Sicherheitspaktangebots zu Locarno geführt hat und das Inkrafttreten dieser Verträge[33] dazu führt, daß der französische und der deutsche Minister des Äußern sich bemühen, bei ihren Kabinetten dafür einzutreten, daß, was noch zwischen uns steht, aus der Nachkriegszeit herausgearbeitet werde, und wenn im Zusammenhang mit diesen Fragen auch Fragen wirtschaftlicher und finanzieller Natur erörtert werden, die die Zustimmung andrer Staaten erfordern, die früher bei dem Londoner Abkommen mitgewirkt haben, so glaube ich, daß diese Dar-

Dawes) eine „Lösung [des] gesamten Reparationsproblems versuchen" sollte (so Stresemann in einem telegraphischen Erlaß an die Botschaft in Washington vom 3. Dezember 1923: ebd., A 9, S. 83–84; vgl. auch SCHULTHESS 64 [1923], S. 417).

[31] Calvin Coolidge (1872–1933), Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika 1923–1929. – Stresemann zitiert im Folgenden aus der Rede Coolidges vom 3. Juli [!] 1925 (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 313 [Abendausgabe] vom 4. Juli 1925).

[32] Vgl. oben mit Anm. 15.

[33] Die Verträge von Locarno waren am 14. September 1926 durch die Niederlegung der Ratifikationsurkunden im Sekretariat des Völkerbundes in Kraft getreten (vgl. etwa den Bericht in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 435 [Abendausgabe] vom 14. September 1926).

legungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten wohl auch anzuwenden sind auf dieses Fortschreiten einer friedlichen Verständigung in Europa und daß wir, glaube ich, sie auch dahin auslegen können, daß auch für diese weitergehenden Bestrebungen die moralische Unterstützung der Öffentlichkeit der Vereinigten Staaten uns zur Seite stehen wird. So wie der Präsident der Vereinigten Staaten davon sagte, daß derartige Abkommen begrüßt werden würden von der öffentlichen Meinung der ganzen Welt.

Es ist allerdings ein schmerzlicher Nachklang zu dieser Politik der allgemeinen Befriedung zu verzeichnen, den ich im Interesse der Verständigungsbestrebungen tief bedauere, wenn neuerdings auf der Gegenseite von hoher verantwortlicher Stelle in der Öffentlichkeit wieder die alten Behauptungen von der **alleinigen Kriegsschuld** der Mittelmächte verkündet worden sind[34]. (Lebhafte Zustimmung.) Die Aufklärung der Völker ist zu weit fortgeschritten, als daß derartige Behauptungen noch jetzt gewagt werden dürften. (Stürmische Zustimmung.) Wir brauchen uns um so weniger zu fürchten, wenn die Behauptungen sich aus einer Stellungnahme zu all diesen Fragen erklären, deren fast zwangsläufige Parteilichkeit vor aller Welt offen zutage liegt. (Stürmischer Beifall.) Auf dem Friedhof zu Arlington hat der große Staatsmann, der das größte und mächtigste Volk der Erde führt, kürzlich zu denselben Fragen Stellung genommen[35] und gesagt: „Niemand, der die Tatsachen untersucht, kann daran zweifeln, daß es der wirtschaftliche Zustand Europas war, der die überlasteten europäischen Länder kopfüber in den Weltkrieg gejagt hat." (Hört, hört!) Ich will mit diesen Erklärungen hier nicht rechten, sie nicht kritisieren. Gott gab den Menschen nicht die Erkenntnis der Wahrheit, er gab ihnen nur das Streben nach Wahrheit. **Wir sind bereit, uns jedem unparteiischen Gerichtshof zu stellen, der die Ursachen des Weltkrieges untersucht** (Stürmischer Beifall), der deshalb will, daß die Wahrheit entschieden werde. Die Menschheit hat ein Recht auf Wahrheit in dieser Frage; und niemand wird sich diesem Wunsche und Recht der Menschheit nach einem unparteiischen Schiedsgericht auf die Dauer widersetzen können. (Anhaltender Beifall.)

Lassen Sie mich damit meine Ausführungen zu der außenpolitischen Lage im we-

---

[34] Offenbar bezieht sich Stresemann hier auf Äußerungen des französischen Ministerpräsidenten Poincaré, der am 26. und 27. September 1926 in Reden in Saint-Germain-en-Laye bzw. Bar-le-Duc die deutsche Kriegsschuld und damit den Art. 231 des Versailler Vertrags bekräftigt hatte (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 457 [Abendausgabe] vom 27. September 1926; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 456 [Abendausgabe] vom 27. September 1926, u. Nr. 457 [Morgenausgabe] vom 28. September 1926; SCHULTHESS 67 [1926], S. 289–290).

[35] Zur Rede Coolidge am „Memorial Day", dem 31. Mai 1926, vgl. ebd., S. 402–403.

sentlichen beenden. Unser hochverehrter Vorsitzender und Freund Kahl hat darauf hingewiesen[36], daß wir diesen Parteitag im **befreiten Köln** begehen so wie vor zwei Jahren in dem damals vom Einbruch befreiten Dortmund[37]. Ich habe von denen, die den 31. Januar in Köln mitmachten, gehört, welches Erlebnis diese Stunde gewesen ist[38]. Die deutschen Glocken klangen durch die Lande[39]; die Erfindung des Menschengeistes gab Millionen innerhalb und außerhalb Deutschlands die Gelegenheit, ihren Ton mitzuhören[40] und mitzuhören den Aufschrei eines Volkes und den Widerhall eines der prächtigsten alten deutschen Lieder, den Jubel und den Notruf für die noch nicht Befreiten: „Herr, mach uns frei!“[41]

Die Diskrepanz zwischen denen, die die Freiheit genießen, und denen, die sie erhoffen, tritt besonders hervor angesichts der geschaffenen europäischen Lage. **Die weitere Besetzung deutschen Gebiets ist eine Anomalie zur Lage der Völker in Europa. (Stürmischer Beifall.) Wer nicht will, daß die von den Staatsmännern der Völker gewünschte Verständigung und das nachbarliche Zusammenleben immer aufs neue durch schwerste seelische Belastung der Völker aufs Spiel gesetzt werde, der schaffe die Ursachen weg, die überhaupt derartige Belastungen ermöglichen**. (Lebhafte Zustimmung und Händeklatschen.) Es ist einmal in bezug auf den 31. Januar von jenseits des Ozeans von hoher verantwortlicher Stelle das Wort gefallen[42]: „Wir haben die Glocken der Befreiung Kölns im Weißen Hause gehört!“ Ich möchte meine Ausführungen über die Außenpolitik schließen mit der Hoffnung und sagen, sie sei auch Ausdruck der Erwartungen des deutschen Volkes, daß bald alle Dome und Kirchen des Rheinlandes die Freiheit des ganzen Rhein-

---

[36] Vgl. oben mit Anm. 4.

[37] Vgl. oben mit Anm. 5.

[38] Zu den Feierlichkeiten anläßlich der Räumung der nördlichen („Kölner“) Zone am 31. Januar 1926 (vgl. oben mit Anm. 8) vgl. etwa VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 53 (Abendausgabe) vom 1. Februar 1926; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22049 (Abendausgabe) vom 1. Februar 1926, S. 1 u. 2–3; REICHSPOST, Nr. 32 vom 1. Februar 1926, S. 2.

[39] Bei den Feierlichkeiten in Köln läuteten zur Mitternacht des 31. Januar 1926 alle Glocken der Stadt (vgl. die in der vorangegangenen Anm. genannten Zeitungsberichte).

[40] Auch Stresemann, der sich am 31. Januar 1926 in Dresden aufhielt (für seine dortige Rede vgl. diese Edition), hörte „zusammen mit Professoren und Studenten der Technischen Hochschule Dresdens, im Dresdener Studentenhaus [...] die Radioübertragung der Kölner Befreiungsfeier“ (vgl. STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 271).

[41] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf das Lied des deutschen Kantors und Komponisten Christoph Praetorius. In den Artikeln in „Reichspost“ und „Neue Freie Presse“ über die Kölner Feierlichkeiten (vgl. oben Anm. 38) ist allerdings nur die Rede davon, daß „die vor dem Dome versammelte Menschenmenge drei Strophen des Deutschlandliedes“ gesungen habe bzw. den Choral „Großer Gott, wir loben Dich“.

[42] Es konnte nicht ermittelt werden, auf wen (vermutlich Präsident Coolidge) und welche Äußerung Stresemann sich hier bezieht.

lands verkünden mögen, und daß man die deutsche Freude darüber allüberall hören und verstehen möge. (Lebh. Beifall.) Das ist nicht das Ende deutscher Außenpolitik, das ist der Anfang zu dem wahren Wiederaufbau. (Anhaltender Beifall.) Das ist – wenn wir schwere Lasten zu tragen haben – die moralische Grundlage für das Tragen dieser Belastung, denn **nur ein freies Volk mit voller Souveränität über seinen Grund und Boden kann auch das Höchstmaß von Leistungen aufbringen,** die notwendig sind, um dasjenige Gleichgewicht herzustellen, das man geglaubt hat und künftig versuchen wird, zu finden in der Belastung der Nationen. Ich weiß nicht, wann dieser Tag kommt, und ich warne jeden davor, in falschem Optimismus die Menschen in Sicherheit zu wiegen und dann sie erschrecken zu lassen, wenn, was ich als allgemeines Naturgesetz ansehe, auch auf diesem letzten Wege einmal Rückschläge und Enttäuschungen kommen, wie sie allen Wegen der deutschen Außenpolitik beschieden worden sind. Ich erwarte nur dann das eine, daß man auch sich daran erinnert, daß gegenüber der Belastung des Tages **das nötige Schweigen viel mehr Patriotismus ist als das Lärmen.** (Zustimmung.) Wenn aber der Tag gekommen ist, der eine bestimmte Entwicklung deutscher Nachkriegspolitik abschließt, dann werden Sie der Verantwortung gedenken, die wir getragen haben, und werden eingedenk sein des Hasses, der uns entgegenschlug auf diesem Wege. Sie werden sich in ihrem Innern sagen können: Von diesem Tage an beginnt eine neue Epoche des deutschen Wiederaufbaus, und Sie werden dann von dieser Epoche auch als Partei sagen können: Wir haben daran mitgearbeitet. (Lebhafter Beifall.) Das ist das, was ich Ihnen sagen wollte über die großen, bewegenden Fragen der Außenpolitik und unser Verhältnis zu anderen Mächten.[43]

Und nun demgegenüber die innere Lage, die Stellung der Parteien zueinander, die Stellung deutscher Volksschichten gegeneinander. Lassen Sie uns hier **nicht lediglich Tagespolitik** treiben. Der Tag vergeht so schnell, und die Sensationen vergehen auch so schnell in dieser Zeit. Welche Regierung sich bildet im Reich und in den Ländern, ist eine Sache der Fraktionen, ist eine Sache der Entwicklung. Wir haben hier als Parteitag viel weniger zu diesen, doch in vieler Beziehung auch mehr taktischen als grundsätzlichen Fragen Stellung zu nehmen als wie zu den großen Grundproblemen der Auffassung über die Entwicklung der deutschen Politik im Innern un-

[43] Der erste Teil der Vorlage verweist darauf, daß Stresemann anschließend zur Innenpolitik übergegangen sei, worüber noch berichtet werde. Dies geschieht im zweiten Teil der Vorlage unter der Überschrift „Stresemann über das alte und das neue Deutschland. Die Stellung der Deutschen Volkspartei“.

sers Volkes. Ich bin weit davon entfernt, etwa die Parteien anzusehen als die alleinigen Vertreter des deutschen Volkes und des deutschen Volkstums. O nein, das Leben der Nation setzt sich zusammen aus unendlich vielen Einzelempfindungen, seelischen Zusammenhängen, religiösen Überzeugungen, Berufsempfindungen und Hoffnungen, daß sie in den engen Rahmen einer Partei gar nicht gespannt werden können, und ich habe es durchaus verstanden, daß nach dem Niederbruch sich bei uns die vielen **nationalen Verbände** gebildet haben. Und ich habe es besonders begrüßt, daß unter ihnen sich auch solche bildeten, die speziell auch die **Romantik** hineingezogen haben in ihre Bestrebungen. Wie sollte es schließlich anders sein gegenüber den Steingräbern der Großstadt, gegenüber Massenpsychose, gegenüber all dem, was manche Kultur nennen und was nur Zivilisation ist und das Innere des Menschen nicht befriedigt! Diesen Schrei der deutschen Jugend nach Romantik, den Schrei der deutschen Seele, sollte jeder verstehen und verstehen können. (Beifall.) Deshalb waren Bestrebungen wie die Gründung des **Jungdeutschen Ordens** mit all seiner Ordensromantik, seiner Idee der Brüderlichkeit, der Verbundenheit, namentlich aber auch der Überbrückung der Klassengegensätze, mit der Empfindung, daß jeder Deutsche im schlichten Arbeitsrock genau so mein deutscher Bruder ist wie der, der über große Güter verfügt, zu begrüßen. (Lebhafte Zustimmung.) Es waren dann auch manche, die sich sagten, daß wir die Erinnerung nicht verblassen lassen dürften, die großen Taten des Weltkrieges nicht vergessen dürften, das große Fronterlebnis jener Tage, in denen eine Millionenschicht die deutsche Erde und die deutsche Heimat schützte und uns – was wir doch nicht vergessen wollen über all dem Jammern um entschwundene Größe und entschwundenes Glück – die deutsche Heimat unversehrt zurückgab, als unsre Fahnen sich senkten. (Stürmischer Beifall.) Um so tiefer empfinde ich es als bedenklich, wenn jetzt **parteipolitische Bestrebungen in diesen Organisationen** sich geltend machen. Ich möchte diesen Verbänden von hier aus zurufen: **Ihr gebt euer Bestes hinweg,** wenn ihr euch hineinstellt in den Streit der Parteien, anstatt euch hineinzustellen in die ganze deutsche Nation. (Stürmischer Beifall.) Dabei lassen Sie mich auch eine Frage hier erörtern, wobei ich, um all den Deutungen entgegenzutreten, die sich ja um jedes Wort eine bekannten Politikers knüpfen, auch bitte, sich vor Augen zu führen, daß ich wirklich nicht zu parlamentarischen Gegenwartsfragen spreche, wohl aber, wie ich schon sagte, zu allgemeinen grundsätzlichen Einstellungen, die für Vergangenheit und Zukunft gelten. Worüber ist denn ein Streit entstanden zwischen diesen Verbänden und

unsrer Partei in dem **frühern Königreich Sachsen?**

Darüber, daß man von uns die grundsätzliche Einstellung verlangte, im Falle der Erreichung einer bürgerlichen Mehrheit in Sachsen unter keinen Umständen in irgendeine Regierungskombination mit der Sozialdemokratie einzutreten[44]. Ich sehe davon ab, daß in Sachsen zwei sozialdemokratische Parteien diesmal um die Mandate streiten[45], und zwar um die Mandate kämpfen derjenigen, die aus ihrer Partei ausgeschlossen sind wegen ihres Zusammengehens mit der Deutschen Volkspartei in den letzten Jahren. Wenn hier aus der Sozialdemokratie heraus in einem industriell so entwickelten Lande wie Sachsen bei einem großen Teil der Gewerkschaften die Empfindung kommt: der Kampf um die Herrschaft im Lande darf nicht geführt werden im Sinne des Klassenkampfes, Proletariat gegen Bürgertum, sondern wir stellen uns bewußt auf den Standpunkt, **mit dem Bürgertum zusammen das Beste für das ganze Volk herauszuholen,** dann wäre es eine Verleugnung der Grundsätze der Deutschen Volkspartei, denen nicht die Hand zu reichen, die das erstreben. (Stürmische Zustimmung.) Lassen Sie mich dazu, von dieser Einzelfrage abgesehen, das eine vom politisch-ethischen und vom allgemein vaterländischen Gesichtspunkt aus sagen: Wenn gerade ehemalige Frontsoldaten einen solchen Standpunkt einnehmen, so betrübt mich das noch tiefer als überhaupt ihre parteipolitische Zersetzung. Denn wenn ich den Frontgeist richtig verstehe, dann muß ein Frontgeist überhaupt nicht differenzieren zwischen politischen Anschauungen, zwischen Marxismus und Antimarxismus. Die Heimat blieb uns unversehrt, weil **beide zusammen im deutschen Schützengraben** das Deutsche Reich und das deutsche Volk verteidigt haben. (Beifall.) Unser Kampf muß sich richten **gegen den Klassenkampfcharakter als solchen,** ob er auf der einen oder andern Seite auftritt. (Erneuter Beifall.) Wenn die Sozialdemokratie in einzelnen Ländern oder im Reiche oder in ihrer Gesamteinstellung zurückfällt in den Gedanken des Klassenkampfes, der Erringung der alleinigen Macht für das Proletariat, dann gilt ihr entschiedenster und grundsätzlichster

---

[44] Die Arbeitsgemeinschaft der Wehrverbände hatte im Juli 1926 und erneut im August 1926 unter Federführung des sächsischen Stahlhelmführers (und DVP-Mitglieds) Brückner Aufrufe veröffentlicht, in denen sie die Wahl der DVP bei den bevorstehenden Landtagswahlen davon abhängig machte, daß diese die Zusammenarbeit mit der SPD in der Regierung aufkündige und mit der DNVP in Sachsen zusammenwirke (vgl. dazu und zur Reaktion Stresemanns NATIONALLIBERALISMUS II, S. 658, Anm. 23; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 387 [Morgenausgabe] vom 18. August 1926; STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 410–412).

[45] Im April 1926 hatte der sächsische Landesverband der SPD 23 Landtagsabgeordnete wegen ihrer Zusammenarbeit mit der DVP aus der Partei ausgeschlossen (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 83); die Ausgeschlossenen bildeten zunächst eine eigene Fraktion und im Juli 1926 unter der Bezeichnung „Alte Sozialistische Partei Sachsens“ eine neue Partei (vgl. NATIONALLIBERALISMUS II, S. 659, Anm. 27).

Kampf, den wir nur führen können. Es ist selbstverständlich, daß für uns, die wir nicht Marxisten sind und uns dagegen auch gar nicht zu verteidigen brauchen, daß wir dem Marxismus nahestehen, nur der eine Gedanke gilt, der des **Nähertretens aller bürgerlichen Parteien** zueinander. Aber dazu gehört das zweite: die Bereitschaft dieses sich einander verständigenden Bürgertums auch zu jeder Verständigung, mit jedem, der gewillt ist, den Klassenkampfcharakter aufzugeben, rechts oder links, und sich die Hand zu reichen zu gemeinsamer Arbeit. Das ist die Grundauffassung unsrer Partei, und ich warne davor, daß wir irgendwie von dieser Grundauffassung zurückweichen. Es ist vorhin ein so schönen Wort gesprochen worden von dem Vertreter unsers Wahlkreisverbandes Köln[46], daß die Versinnbildlichung die Synthese unsrer Partei ist, als er sagte: **Das alte Deutschland, das wir lieben, und das neue Deutschland, für das wir leben.** Die Liebe zum alten Deutschland wird uns stets in Gegnerschaft finden gegen jeden, der so klein im Herzen und so verledert im Gemüt ist, daß er nicht empfindet, welche Kraftquellen der deutschen Seele der Gedanke der großen deutschen Vergangenheit ist. (Beifall.) Sie in uns stets neu zu empfinden, was Schöneres gäbe es für jemand, dem die Gegenwart doch vielleicht stärkste Belastung gerade wegen dieses Vergleichs ist. Aber das neue Deutschland, für das wir leben, das zwingt uns, auch hier den Kampf aufzunehmen gegen die, die ich mit demselben Ausdruck, den ich bei der Außenpolitik gebraucht habe, die ewig Gestrigen auch im neuen Deutschland nennen möchte. Wir wollen uns darüber klar sein: Die heiße Liebe zu dem Sonnenglanz deutscher Weltgeltung, zu unserm alten Vaterland, braucht uns nicht vergessen zu lassen, welche Schwächen auch diesem System anhaften. Wir wissen das eine, daß wir Monarchisten, aber nicht Byzantiner waren, und daß die beiden Interpellationen gegen das persönliche Regiment von nationalliberaler Seite, von Ernst **Bassermann[47],** ausgegangen sind, um die Monarchisten zu schützen vor denen, die ihre schlechtesten Diener und Verderber gewesen sind, die ihnen stets das Gottesgnadentum eingehämmert haben, als wenn sie

[46] Karl Bockamp (1891–1965), Rechtsanwalt; Vorsitzender des Wahlkreisverbandes Köln-Aachen der DVP. – In der Vorlage heißt es, unmittelbar nach der Begrüßungsrede Kahls (vgl. oben mit Anm. 4), dazu lediglich: „Rechtsanwalt Bockamp (Köln) begrüßte dann den Parteitag im Namen des Wahlkreisverbandes."

[47] Ernst Bassermann (1854–1917), Mitglied des Reichstags 1893–1917 (mit kurzer Unterbrechung 1903; für die Nationalliberale Partei; deren Vorsitzender des Zentralvorstandes 1905–1917). – Mit den beiden Interpellationen sind vermutlich die von Bassermann 1906 eingebrachte Interpellation zur internationalen Lage (dazu seine Rede vom 14. November 1906: VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, 1905/1906, Bd. 5, S. 3619–3622) und die von ihm und anderen eingebrachte Interpellation vom November 1908 im Zusammenhang mit der „Daily-Telegraph-Affäre" (die betr. Debatte vom 10. und 11. November 1908 ebd., Bd. 233, S. 5373–5405, 5407–5437) gemeint.

frei wären von Verantwortlichkeit, als wenn sie frei wären von menschlichen Schwächen und nicht dankbar sein sollten für **freie, unbeeinflußte Ratgeber,** die große Könige stets neben sich geduldet, und denen sie die Treue gehalten haben. (Stürmischer Beifall.) Diese Dinge scheinen aber an manchen vorübergegangen zu sein. Wenn wir ein neues Deutschland heute aufbauen, die Einseitigkeiten, die es einstmals gab, in Zeiten, in denen schon die Ernennung eines Nationalliberalen zu einem preußischen Landrat als eine große Konzession an das Bürgertum gewertet wurde, wünschen wir nicht wiederkehren zu sehen. (Zustimmung.) Wir glauben nicht, daß es bestimmte Gesellschaftsklassen gibt, die das Recht darauf haben, den Staat neu zu beherrschen, nach dem [!] sie den alten Staat nicht haben erhalten können. (Stürmischer Beifall.) Nachdem wir doch ein halbes Jahrhundert hindurch sehr wenig zur Geltung kamen im alten Deutschland, möchte ich betonen, daß hier speziell **die geistigen Kräfte des liberalen Deutschtums** in erster Linie das Recht haben, auch ihren Anspruch anzumelden auf Grund dessen, was sie gelitten haben für die Gesamtheit deutscher Entwicklung. Daß jemals wieder dieser **andre Klassencharakter,** der etwas andres anerkennen will als nur den Adel des Verdienstes und Geistes, irgendwie glaubt wieder zum Herrschen berufen zu sein, das streite ich ihm ab auf Grund meiner liberalen Grundeinstellung gegenüber diesen Fragen. Wir wollen uns bekennen zu der **Überwindung jeder gesellschaftlichen Unterschiede,** die viel mehr zur Stärkung der Sozialdemokratie beigetragen haben als das Erfurter Programm[48]. Wir wünschen, daß in diesem Deutschland nicht der Mann des Parteibuchs oder Zugehörige zu irgendeiner Organisation oder Gemeinschaft, sondern derjenige, der wirklich die Gewähr dafür gibt, an seinem Platze nützen zu können, die Möglichkeit hat, dort mitzuwirken. Aber das alles sind Gedanken, die uns, glaube ich, von manchen trennen, die da meinen, auch hier in dieser neuen Entwicklung alten Wein in neue Schläuche füllen zu können. Das einmal offen auszusprechen, daß die Überwindung jeden Klassengedankens auf der einen oder andern Seite die Vorbedingung sein muß für jeden Gedanken volkswirtschaftlichen Wirkens, ist notwendig, notwendig gegenüber manchen Strömungen, die kaum in der Öffentlichkeit hervortreten, aber stark vorhanden sind. Ich möchte dann noch folgendes sagen: Wäre es nicht wünschenswert, daß wir uns im Kampf der Parteien, im Kampf der einzelnen Schichten des deutschen Volkes mehr zu **Objektivität** hindurchringen könnten? Wenn Sie heute in mancher Großstadt, vor allem in der Reichshauptstadt, die gro-

[48] Gemeint ist das Erfurter Parteiprogramm der SPD von 1891 (Text in TREUE S. 86–87).

ßen Zeitungen lesen, dann würde jemand, der Deutschland nicht kennt, meinen, daß hier zwei Völker nebeneinanderwohnen. Für manche Menschen gibt es nur Engel auf der einen und Teufel auf der andern Seite. Jeder bemüht sich, die Dinge so tendenziös darzustellen, wie sie in seinen engen Gesichtskreis hineinpassen, und wenig versteht man den zu würdigen, der nicht auf der Zinne derselben Partei steht. Mag jemand im heftigsten Parteikampf zu den Zielen der Deutschnationalen Partei stehen, etwa auf der Linken, daß diese Partei in einer Persönlichkeit wie Dr. **Helfferich**[49] einen der hervorragendsten begabtesten Deutschen dem Deutschen Reich zu[r] Verfügung gestellt hat, unterliegt für jeden, der ihn gekannt hat, keinem Zweifel. Daß dieser Mann in den Tagen, in denen sein eigener Herzenswunsch, unter dem Kabinett Cuno[50] seine Finanzpläne[51] zur Durchführung zu bringen, entzweigeschlagen wurde, dem Reichskanzler einer ganz andern Koalition seine Gedanken doch sofort wieder zur Verfügung stellte, zeigt, wie weit er über Parteigeist gestanden hat, gleichgültig, ob später seine Gedanken zur Durchführung kamen. Aber sehen Sie auf der andern Seite: Wäre es nicht an der Zeit, daß man über die Grenzen der Parteien hinaus erkennt, was ein Mann wie der **erste Reichspräsident**[52] für das deutsche Volk gewesen ist, der Mann, der die schwere Aufgabe gehabt hat, in der schlimmsten Zeit der Erniedrigung da zu stehen, wo er stand, und der gleichzeitig mit einer Objektivität ohnegleichen und mit einer Vaterlandsliebe, die nie geschwankt hat, an dieser Stelle seines Amtes gewaltet hat. (Zustimmung.) Vielleicht kommen wir auch einmal dahin, die Menschen, die im heutigen Deutschland an besonderer Stelle stehen, doch vielleicht auch schon zu Lebenszeiten so anzusehen wie der Dichter den Wallenstein[53]. Es ist so seltsam, daß die Presse eines Landes gegen einen Minister erst dann anfängt, freundlich zu werden und ihn zu würdigen, wenn man hört, daß er vielleicht in schwerer Krankheit zusammenbricht und von seinem Amt scheiden mußte. Dann steht mit einem Male das Bild des Mannes objektiver da. Was aber in der

---

[49] Karl Helfferich (1872–1924), Mitglied des Reichstags 1920 – April 1924 (für die DNVP).

[50] Wilhelm Cuno (1876–1933), Reichskanzler 22. November 1922 – 12. August 1923; parteilos. Vor und nach seiner Kanzlerschaft Generaldirektor bzw. Vorstandsvorsitzender der Hapag.

[51] Helfferich hatte bereits Anfang August 1923 den Plan einer durch Sachgüter und insbesondere Roggen gedeckten neuen Währung („Roggenmark“) entwickelt, die er dann auch dem Kabinett Stresemann zur Verfügung stellte (vgl. etwa die Aufzeichnung über eine Besprechung der Währungssanierung vom 18. August 1923: AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann I, S. 23–29).

[52] Friedrich Ebert (1871 – 28. Februar 1925), Reichspräsident 11. Februar 1919 – 28. Februar 1925.

[53] Albrecht Wenzel Eusebius von Waldstein, gen. Wallenstein (1583–1634), Feldherr im Dreißigjährigen Krieg. – Stresemanns Metapher ist nicht leicht verständlich; vermutlich bezieht er sich auf Friedrich Schillers 1799 abgeschlossene Dramentrilogie zu Wallenstein, deren erste beiden Teile den lebenden Wallenstein und erst der dritte „Wallensteins Tod“ thematisiert.

Zwischenzeit durch Parteileidenschaft in Deutschland und durch jene, Gottseidank nur von einzelnen betriebene Politik persönlicher Herabsetzung an Energiequellen und seelischer Frische zerstört wird in den wenigen Menschen, die uns zur Verfügung stehen, das sollte man auch einmal überlegen, ehe man derartig die Demagogie zum Parteiprinzip macht, wie es leider vielfach im Kampf der Parteien im deutschen Volk üblich ist. (Beifall.)

Wir haben kürzlich auf Tagungen der Wirtschaft Erörterungen gehört über die **Stellung der Wirtschaft zum neuen Staat[54].** Dieser Kampf darf als aktueller Kampf überhaupt außerhalb der Betrachtungen bleiben. **Die heutige Staatsform,** die Deutsche Republik, würde längst in der ganzen Welt viel gesicherter dastehen, wenn es nicht so viele Kapitolswächter gäbe, die jeden Tag gackern müssen[55], als wenn sie dauernd bedroht wären[56]. (Beifall.) Es ist lächerlich, neben jedem Bändchen herzulaufen, um zu sehen, ob es die vorschriftsmäßigen Farben trägt. Die Deutsche Republik würde längst sicher fundiert sein, wenn sie verstanden hätte, den **Imponderabilien der Volksseele[57]** Rechnung zu tragen und sich bemüht hätte, in der ersten Zeit, in der es darauf ankam, den Menschen, die durcheinandergewühlt waren, das Gefühl zu geben, daß die Männer, die den neuen Staat schufen, ebenso das Gefühl gegenüber dem Krieg, der Vergangenheit und den Leistungen des deutschen Volkes hatten wie irgendein andrer. Da, wo sich Mahnzeichen erheben für die Opfer des Krieges, müßte man sie nicht einzelnen Organisationen überlassen, sondern man sollte vom Staat aus der erste sein, der das Bekenntnis ablegt, daß uns auch hier die Synthese verbindet mit dem Alten, wie wir alle für das Neue leben. Für diejenigen, die da noch kämpfen, ob sie diesem Staat sich hingeben können, gibt es nur die Pa-

---

[54] Gemeint ist in erster Linie die Versammlung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und dort insbesondere die Rede des Industriellen Paul Silverberg vom 4. September 1926, in der er sich für die Einbeziehung der SPD in die Regierungsverantwortung aussprach (Text in SCHULTHESS 67 [1926], S. 139–147). Eine weitere Rede, in der er sich ähnlich äußerte, hielt Silverberg am 1. Oktober 1926 auf einer Düsseldorfer Tagung eines regionalen Wirtschaftsverbandes (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 465 [Abendausgabe] vom 1. Oktober 1926).

[55] Die Metapher bezieht sich darauf, daß nach der Überlieferung des Livius das Geschnatter der heiligen Gänse im Juno-Heiligtum auf dem römischen Kapitol 387 v. Chr. die Verteidiger bei einem nächtlichen Angriff gallischer Angreifer geweckt und damit die Republik gerettet habe.

[56] So in der Vorlage. In TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 460/461 vom 3. Oktober 1926, wohl zutreffender: „als ob die Republik dauernd bedroht wäre“.

[57] Offenbar lehnt sich Stresemann hier an Bismarck an, der das Wort von den „Imponderabilien“ häufig benutzt hat (etwa in seiner Reichstagsrede vom 6. Februar 1888 in Verbindung mit dem „Volkswillen“: [Otto von] Bismarck. Die gesammelten Werke. Bd. 13. Reden. 1885–1897. Bearb. v. Wilhelm Schüßler. Berlin 1930, S. 326–348; Zitat S. 344).

role, die ich auch kürzlich im Verein deutscher Studenten ausgegeben habe[58]: **Hinein in den Staat!** Aus nationalen Gründen darf überhaupt kein Deutscher die Frage der Staatsform in Zweifel ziehen. Es ist notwendig, daß wir hier zusammenarbeiten, um über Not, Bedrückung und Fesseln hinweg zum Wiederaufbau zu kommen. Und wenn immer weite Kreise in einer Selbstüberhebung, die ich oft bewundert habe, davon sprechen, daß sie die eigentlichen Träger des nationalen Willens und des nationalen Gedankens seien, dann kann ich ihnen nur zurufen: Stellt euch doch dem Staat zur Verfügung, aber fallt ihm nicht immer in den Rücken! (Stürmischer Beifall.) Hier kommt es darauf an, unter Hinwegdrängung alles dessen, was Parteigeist bedeutet, für den einzelnen in seiner Stellung als Beamter, in seiner Stellung im Geistesleben und in seiner Stellung nach außen sich auch zum heutigen Deutschland zu bekennen. Es ist ein Jammer, zu sehen, wie das **Auslanddeutschtum zersplittert** ist. Es ist ein Jammer, daß man nicht zu dem Gedanken findet, daß hier das Deutsche Reich zu vertreten ist über den innern Streit hinweg, und daß dieser Kampf auszufechten ist zwischen unsern Grenzpfählen, daß es aber draußen nur ein Deutschland geben darf. Wie wir kämpfen für dieses Deutschland und die Wiedergewinnung der Weltgeltung, das sollte auch draußen verstanden werden, wo man vielleicht dem, was hier geworden ist, nicht so objektiv gegenüberstehen kann, weil man die seelischen Nöte und Drangsale dieses Volkes nicht miterlebt hat. Es war krank und fiebrig in wichtigen Stunden seiner Entwicklung, aber wer es anklagen will deswegen, der sehe auch erst, wie dieser Körper verfallen war in vierjährigem Kampfe für sein Leben und für seine Einheit, und der spreche dann das Schuldig gegenüber dem, den das Fieber durchrüttelte. **Alles verstehen, heißt hier mindestens das eine: Alles zusammenführen in der Gegenwart zu einer bessern Zukunft.** Ich hoffe, daß draußen in der Welt doch das Empfinden lebendig wird von einem Aufstieg, um den wir kämpfen, bei dem es um jeden Schritt geht, bei dem wir oft wieder abrutschen, wenn wir glauben, eine bestimmte Stelle erreicht zu haben, bei dem wir manchmal nach einem Scheinvorsprung greifen und dann sehen, daß wir leergegriffen haben, bei dem wir aber die Genugtuung haben, daß, wenn wir uns umsehen nach dem Weg, den wir zurückgelegt haben seit dem Tage des Niederbruchs, un[s][59] sagen können: Wir sind weit davon entfernt, die Spitze zu erreichen, aber wir haben

[58] Vgl. in dieser Edition Stresemanns Rede vor dem Verein deutscher Studenten in Berlin vom 6. Juli 1926.

[59] In der Vorlage „und“. In NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Sonderausgabe zum Reichsparteitag am 2. und 3. Oktober 1926, S. 3, wohl zutreffend „uns“.

vor Gott und den Menschen unsre Pflicht getan. Das sollte draußen mitempfunden und mitvertreten werden. Von denen, die die Ehre haben, das Deutsche Reich zu vertreten als solche, fordere ich es, an die andern appelliere ich, daß sie der Welt nicht das Bild eines zerrissenen, sondern eines einheitlich sich zum neuen Deutschland bekennenden Deutschtums zeigen. Hier heißt es, daß das lebende Geschlecht sich zur lebenden Form bekennt, um neues Leben zu schaffen für diejenigen, die später für Deutschland zu kämpfen haben. (Beifall.)

Wir sind auch eine Partei des kulturellen Deutschlands, die sich kümmern muß um unsre geistige Entwicklung. Hier scheint es notwendig, auch wieder auf die Gefahr hin, weiten Massen zu mißfallen, einmal ein Wort dafür zu sagen, **daß das Geistige gegenüber dem Körperlichen nicht weiter so zurücktreten darf, wie das jetzt der Fall ist.** (Großer Beifall.) Wir sind Freunde jeder körperlichen Ertüchtigung, aber wie ganz richtig auf dem Katholikentag gesagt worden ist[60], kann nicht die Aristokratie des Geistes durch die Aristokratie des Bizeps ersetzt werden. Das gemeinschaftliche gesundheitliche Vorwärtskommen ist das, was wir wollen, aber nicht vollkommene Verfieberung[61] der Menschen und das Aufgehen darin, als wenn dieses Dinge heute Lebensziel der Nation geworden wären. (Erneuter Beifall.) Was wir heute sehen, scheint eine derartige **Groteske zu sein auf den Gedanken des Volkes der Dichter und Denker,** daß ich warne in dieser Form der Massensuggestion unsre eigne geistige Bedeutung herabzudrücken.

Und nun ein Wort zum Schluß. Wir werden in Bälde das **60jährige Bestehen der Nationalliberalen Partei** begehen, d. h. unsrer Partei, denn es ist nicht richtig, daß jemals die Deutsche Volkspartei gegründet worden ist. Auf ihrer letzten Zentralvorstandssitzung hat die Nationalliberale Partei beschlossen, unter dem Namen Deutsche Volkspartei fortzubestehen[62]. Ihre Söhne und Enkel sind wir, und zu dem, was groß in ihr war, werden wir ebenso mit Freude und Genugtuung zurückdenken wie an das, was groß und mächtig war im alten Deutschland. Ihre Schwächen und Fehler zu übersehen, wäre ebenso falsch. Wir gehören nicht zu denen, die sich unfehlbar

---

[60] Der Katholikentag fand vom 22. bis 25. August 1926 in Breslau statt. Stresemann bezieht sich offenbar auf die Rede des Theologieprofessors Ludwig Baur vom 23. August 1926 (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 136; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 398 [Morgenausgabe] vom 24. August 1926).

[61] So in der Vorlage. – In DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 462 (Morgenausgabe) vom 3. Oktober 1926, wohl zutreffend: „Muskelverfiberung“.

[62] Zur Gründungsgeschichte der DVP vgl. den Aufruf des „Vorläufigen Ausschusses der Deutschen Volkspartei“ vom 22. November 1918 (URSACHEN UND FOLGEN III, S. 183–184) und den Bericht in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 641 (Morgenausgabe) vom 16. Dezember 1918, über eine Sitzung des Zentralausschusses der Nationalliberalen Partei vom Vortag und den dort mit knapper Mehrheit angenommenen Beschluß, diese Partei in die DVP zu überführen.

dünken und darauf Anspruch machen, anders als wie mit dem Maß der Gerechtigkeit gemessen zu werden. Ich hoffe, daß in den Tagen des 60jährigen Bestehens auch der Grundstein gelegt werden wird [zum Gedächtnismale][63] für den Mann, der einer der deutschesten und einer der freiesten, einer der nationalsten und liberalsten gewesen ist, für unsern Freund Ernst **Bassermann** in Mannheim. So wie das Benningsen-Denkmal [!][64] in Hannover spricht von Zeiten, wo es sich darum handelte, den Gedanken der deutschen Einheit in die Herzen [zu] hämmern, ehe die Staatsmänner reif dafür geworden waren, wird das Bassermann-Denkmal sprechen von Zeiten der Reichserhaltung, oft unter widrigen Zeitverhältnissen, wo das Politische hinter das Berufsleben zurückgedrängt wurde, in denen aber doch festgehalten wurde an den großen kulturellen und politischen Gedanken, die ins unsrer Partei lebten. Wir wollen bei dieser Gelegenheit auch schildern, was wir unter neuem Namen im neuen Deutschland als unsre Ideen vertreten und in praktischer Arbeit verwirklicht haben. Man hat davon gesprochen, ob es richtig wäre, den Namen der Partei zu ändern[65]. Wie wir heißen, darauf kommt es nicht an. **Wir sind und bleiben national und liberal,** und nur die Leute, die so denken und so fühlen, werden sich wohlfühlen in unsrer Deutschen Volkspartei. (Beifall.) Wenn heute manche großen geistigen Gedanken der Freiheit des Denkens zurückgedrängt sind, weil andre alltägliche Lebenssorgen uns bedrücken, sie bleiben die Grundgedanken unsrer Bewegung, und wenn es gilt, sie zu verteidigen, dann wird man uns am Platze finden. Deshalb lassen Sie uns gemeinsam arbeiten, um würdig zu gedenken der Partei im alten und im neuen Gewande, der prächtigen Menschen, die von der Vergangenheit in der Gegenwart mitwirken, deren persönliches Sinnbild unser hochverehrter Präsident Dr. **Vogel[66]** ist. Auch uns verbindet Vergangenheit und Gegenwart. Durch unsre Partei geht, wie durch das Herz jedes Deutschen, der Schnitt, die Trennung von dem alten Geliebten zu dem Neuen, in das wir hineingewachsen sind. Alles in unserm Leben ist

[63] Diese zwei Worte fehlen in der Vorlage, sind jedoch in NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Sonderausgabe zum Reichsparteitag am 2. und 3. Oktober 1926, S. 3, enthalten; in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 460/461 vom 3. Oktober 1926, leicht abweichend: „für das Denkmal".

[64] Gemeint ist Rudolf von Bennigsen (1824–1902), Mitglied im Reichstag des Norddeutschen Bundes bzw. des Deutschen Reichstags 1867–1883 u. 1887–1898 (für die Nationalliberale Partei). – Das Denkmal für Bennigsen war 1907 in Hannover errichtet worden.

[65] Aus verschiedenen Landes- und Wahlkreisorganisationen der DVP hatten Anträge vorgelegen, die Partei wieder in Nationalliberale Partei umzubenennen (NATIONALLIBERALISMUS II, S. 667); am Vortag waren diese Anträge in der Sitzung des Zentralvorstands der DVP diskutiert, nach Rückziehung einiger dieser Anträge aber als erledigt betrachtet worden (vgl. in dieser Edition Stresemanns Rede im Zentralvorstand) .

[66] Paul Vogel (1845–1930), Ehrenvorsitzender der DVP 1919–1930.

ja doch nur Etappe zum Vorwärtsschreiten, und wenige Ruhepunkte sind für den gegeben, der es als deutsche Lebensauffassung betrachtet, tätig zu sein bis zum Letzten. Und dieses Wiederauferstehen und Aufbauen nach dem Zertrümmertsein, ich habe es selten schöner dargestellt gefunden, als in dem Werke eines jungen Deutschen, den der Tod uns im Weltkrieg genommen hat. Wie seltsam ist das Rätsel des Todes aller dieser Menschen! Was mag der Menschheit verlorengegangen sein an Gaben, die sich entfaltet hätten, wenn sie weiter hätten leben können! Ich denke in der Literatur an drei junge Menschen, ganz verschieden in ihrer Art, und jeder doch groß und jeder doch deutsch, und jeder dahingesunken! Da ist der **Sohn[67] von Lily Braun[68].** Welch ein geistiges Leben in dieser Jugend, welch ein Ergriffensein von den ganz großen Gedanken der Weltliteratur! Wie ein junger Goethe[69], so stürmt es in diesen Tagebüchern. Da verbindet sich neuzeitliches soziales Denken mit den Traditionen der alten Adelsgeschlechter, eine Lauterkeit von Kunst und Wissenschaft. Da ist das ausgelöscht und ist nicht mehr. – Da ist der andre, der Sohn eines alten Parteifreundes[70]: **Walter Flex[71]!** Lesen Sie einmal seinen Wanderer zwischen zwei Welten, lesen Sie seinen Roman, wie in den ersten Augusttagen des Jahres 1914 der Burschenschafter, der die Nacht durchzecht hat – durchzecht in jenem höhern geistigen Sinne, den eben die Philister[72] nicht verstehen –, dem Arbeiter begegnet und ihn fragt: Gibst du mir wohl die Hand, wenn wir uns im Schützengraben begegnen? Walter Flex, der die Absicht hatte, dies Thema in seinem Roman zu vollenden und durchzuführen und der nun nicht mehr ist. Und der Dritte, **Georg Fock[73],** der Sohn eines Fischers, von der kleinen Insel Finkenwärder bei Hamburg, mit seinem Empfinden und so das Meer liebend, wie es in dieser Tiefe nur der Deutsche empfinden kann. Und wenn Sie einmal sein Werk lesen, Seefahrt ist Not, wo der Va-

---

[67] Otto Braun (1897–1918), deutscher Lyriker. – Seine Tagebuchnotizen und Gedichte wurden 1920 unter dem Titel „Aus nachgelassenen Schriften eines Frühvollendeten“ posthum veröffentlicht und vielfach wiederaufgelegt.

[68] Lily Braun (1865–1916), deutsche Schriftstellerin und sozialdemokratische Frauenrechtlerin.

[69] Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832), deutscher Dichter.

[70] Rudolf Flex (1855–1918), Gymnasiallehrer und Mitglied der Nationalliberalen Partei.

[71] Walter Flex (1887–1917), deutscher Schriftsteller. – Die nachfolgend angesprochene Novelle „Der Wanderer zwischen beiden Welten. Ein Kriegserlebnis“ wurde 1916 erstmals veröffentlicht und erfuhr in den folgenden Jahren zahlreiche Neuauflagen.

[72] Vermutlich spielt Stresemann hier auf die abwertende Verwendung des Begriffs „Philister“ in studentischen Verbindungen an.

[73] So in der Vorlage. – Gemeint ist der deutsche Schriftsteller Johann Kinau, der den Künstlernamen Gorch Fock (1880–1916) annahm. Sein Vater Heinrich Kinau (1850–1934) war Seefischer. – Sein nachfolgend angesprochener Roman „Seefahrt ist not!“ erschien erstmals 1913 und in den folgenden Jahren in mehreren Neuauflagen.

ter kämpfend und aufrecht untergeht mit seinem Finkenwärder Ewer und das Meer doch der Stärkere ist! So hat Deutschland gerungen im Krieg, bis das Meer stärker war. Und dann der Junge nicht mehr in voller Souveränität, sondern zunächst andern abhängig, wie er wieder hineingeht in die tosende Flut! Die neue Generation, die sich sagt: Das Leben ist ernster, es gibt nicht mehr die Romantik der Insel, gibt **Kampf und Tod.** Und Kampf und Tod sind nicht groß, wenn sie eingesetzt werden für den eignen Menschen, sondern sind nur groß, wenn sie eingesetzt werden für die **Idee.** So gibt es das junge Geschlecht, das das Leben einsetzt für die alte Tradition und das kämpft in Nebel und Sturm. So lassen Sie uns hoffen, daß das deutsche Volk die Zukunft grüßt mit dem Gedanken an die Weltgeschichte: Ich lasse mich nicht, du segnest mich denn[74]! (Stürmischer, nicht endenwollender Beifall. Die Parteitagsteilnehmer erheben sich von ihren Plätzen und bringen dem Parteiführer starke, langanhaltende Ovationen dar.)[75]

[74] Dieser Halbsatz ist ein Zitat aus dem Alten Testament (Genesis 32,27) aus der Szene, in der Jakob mit Gott kämpft und ihn zum Segen zwingt.

[75] In der Vorlage folgt eine Zusammenfassung des anschließenden Dankes von Delegierten an Stresemann, des Telegramms des Parteitags an Hindenburg, der Ergänzungen einzelner Delegierter und abschließend der beschlossenen Resolution, in der sich Dank an Stresemann und Aufforderung zur Fortführung seiner bisherigen Politik mit dem Ziel der Befreiung des noch besetzten Gebietes verbindet.

Rede auf dem Festabend des Parteitags der DVP in Köln vom 2. Oktober 1926[1]

Nach FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 737 (2. Morgenausgabe) vom 3. Oktober 1926, S. 3. – Druck auch in DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 42, A 2 (1926), S. 225. – Teildruck (mit Abweichungen) in BERLINER TAGEBLATT, Nr. 467 (Morgenausgabe) vom 3. Oktober 1926.

Die Größe der Paulskirchenversammlung von 1848; der geistige Niedergang nach 1871; der Selbsterhaltungswille nach 1918.

Ich lasse mir meine Ansicht über die Größe der nationalen Bewegung von 1848 von niemandem rauben. Die Männer, die in der Paulskirche[2] versammelt waren, waren die Besten unseres Volkes. Freuen würde ich mich, wenn es noch einmal einen Reichstag gäbe, in dem das an Geist und Idealismus vereinigt wäre, was sich damals in der Paulskirche zusammenfand. Das, was sich dort geltend machte an Umsturz und Revolution, das war doch deutsch in seinem tiefsten Sinne und wollte nur der Nation und ihrer Einheit dienen. In jener 1848er Bewegung galt der erste Gedanke der deutschen Flotte. Da übersprang der Geist die Ländergrenzen, als die Fürsten noch nicht über die Grenzpfähle ihrer Kleinstaaten hinauszuschauen vermochten.

Nach dem Kriege von 1870/71 kam wieder eine Erschlaffung des Geistes, Niedergang alles Bedeutenden auf jedem Gebiet. Stresemann zitierte Sätze aus Friedrich

---

[1] Die Vorlage leitet ihre „Drahtmeldung unseres Korrespondenten“, eine teilweise paraphrasierte und teils in direkter Rede gefaßte Wiedergabe der Worte Stresemanns, folgendermaßen ein: „Im Rahmen ihres Parteitages veranstaltete die Deutsche Volkspartei heute abend in der überfüllten großen Messehalle einen Festabend, auf dem zwischen musikalischen Darbietungen der ehemalige preußische Kulturminister Bölitz und der Reichsaußenminister Dr. Stresemann sprachen. Bemerkenswert war, daß diesmal jede schwarzweißrote Dekoration fehlte und der Saal ausschließlich mit den Farben der Stadt Köln geschmückt war.“ Nach der Paraphrasierung zweier anderer Reden heißt es: „Von nicht endenwollendem Beifall begrüßt bestieg Stresemann das Rednerpult. Die beste Partei, sagte er, sei diejenige, welche sich nicht mit der Partei, sondern mit den großen Fragen des Volkes und des Staates befasse. Der Minister schilderte einzelne Episoden aus der deutschen Geschichte aus dem vorigen Jahrhundert mit dem Bemühen, aus ihm Nutzen für heute zu ziehen. In der Zeit der Freiheitskriege, als Preußen völlig darniederlag, der König sein Silber verpfänden mußte, die Beamten auf ein Drittel ihres Gehaltes gesetzt wurden, da habe man in schwerster Not die Berliner Universität gegründet als Sicherung für das Weiterbestehen deutscher Sinnesart. Nach dem politischen Wiederaufstieg der deutschen Länder sei eine Zeit schwerster innerer Bedrückung gekommen. Die Reaktion darauf war die demokratische großdeutsche Bewegung der 48er Jahre. Nun legte Stresemann unter großem Beifall, aber auch teilweise unter vereinzelten Protestäußerungen einzelner, ein starkes Bekenntnis für diese Bewegung ab. Mit gehobener Stimme sprach er aus:“

[2] Gemeint ist die Deutsche Nationalversammlung von 1848/49, die in der Frankfurter Paulskirche tagte.

Vischers[3] Roman „Auch einer“, die besagen: „Die Deutschen können das Glück nicht ertragen, es wird erst ein großes Unglück über sie kommen, ehe sie wieder zu den besten Quellen ihrer Kraft kehren.“ Wo ist, so sagte Stresemann[4], der Hochstand deutscher Literatur und Kunst nach diesem Siege geblieben. Daß wir die Veteranen von 1871 so miserabel entlohnten, ist kein Zeichen großen Sinnes. Stresemann schilderte an vielen Einzeltatsachen den **Ungeist dieser Epoche[5].** Groß zu sein und kleinlich zu denken, das ist die größte Kriegsschuld, die wir uns selbst vorzuwerfen haben. Ein Volk geht nicht allein durch Lug und Trug, durch List und Haß anderer zu Grunde, sondern doch auch durch eigene Schuld.

Wie wird nun das deutsche Volk die Niederlage bestehen, die es herabstürzte von größter Höhe? Wir konnten versinken in den Krieg der Romantik, lediglich denken an vergangenes Glück, wir konnten verzweifeln und uns auflösen, einzelnen Stimmen folgen, die hie und da glauben machen wollten, daß uns ein besseres Geschick bereitet würde, wenn wir uns anderen Völkern anschlössen. Wir haben jedoch andere Töne gehört.

Es war der Geist ehernen Selbsterhaltungswillens, es war fast titanischer Trotz, der im deutschen Volke nach der letzten Niederlage in Erscheinung trat. Wir konnten nicht halten, was die Väter geschaffen hatten, aber deutsche Art ist es immer gewesen, wenigstens dahin zu streben, denen, die nach uns kommen, das Haus zu bereiten. Wir bejahen in schwerster Not mit vereinigter Kraft das Leben, wir wollen uns ein großes Vaterland wiedergeben. Das, wofür wir heute kämpfen, ist ein freies und ein mächtiges Deutschland der Zukunft.[6]

---

[3] Friedrich Theodor Vischer (1807–1887), deutscher Literaturwissenschaftler und Schriftsteller. Der nachfolgend genannte Roman „Auch Einer. Eine Reisebekanntschaft“ erschien in zwei Bänden erstmals Stuttgart 1879 und in den Folgejahren in mehreren Neuauflagen. – Das Zitat Stresemanns findet sich (im zweiten Teil stark abweichend) in der 10. Aufl., Stuttgart/Leipzig 1903, S. 87 u. 88.

[4] So – als paraphrasierender Einschub – in der Vorlage.

[5] Dieser Satz so – in Paraphrase – in der Vorlage.

[6] Der Artikel in der Vorlage schließt: „Die Versammlung nahm die Rede in ihrer überwältigenden Mehrheit mit größtem Beifall auf und bereitete Stresemann, als er vom Pult herabstieg, eine minutenlange Ovation.“

Rede auf der Hauptversammlung des Gustav-Adolf-Vereins in Düsseldorf vom 5. Oktober 1926[1]

Nach DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 466 (Morgenausgabe) vom 6. Oktober 1926. – Teildruck (stark abweichend) in BERLINER TAGEBLATT, Nr. 471 (Morgenausgabe) vom 6. Oktober 1926[2].

Dankt den Auslandsdeutschen, die nach dem Weltkrieg nicht nach Deutschland heimgekehrt sind.

Gerade gegenwärtig, fuhr der Minister fort[3], sehen wir die großen, starken kulturellen Beziehungen uns mit denen verbinden, die nicht innerhalb unserer Reichsgrenzen wohnen und keine Beziehungen zu der deutschen Gesetzgebung haben, die sich aber mit uns fühlen als eines Stammes und einer Kultur. Viele haben den Weg zurückgefunden in die deutsche Heimat, weil sie glaubten, da draußen nicht mehr leben zu können. Ich verstehe diese Gefühle, aber Ehre und Dank denen, die draußen geblieben sind. Sie leiden wohl am schwersten unter dem, was die letzten Jahre

---

[1] Die Vorlage informiert in ausführlicher Berichterstattung über die Hauptversammlung des Gustav-Adolf-Vereins, „der sich bekanntlich den Dienst an der evangelischen Diaspora, insbesondere an dem evangelischen Grenz- und Auslandsdeutschtum zur Aufgabe gemacht hat“. – In der Wiedergabe der Rede Stresemanns, einer Mischung aus direkter Rede und Paraphrase, heißt es einleitend: „Nach Minister Külz [...] ergriff Außenminister Dr. Stresemann das Wort. Der Minister sprach zunächst dem Gustav-Adolf-Verein den Dank des Auswärtigen Amtes für alles das aus, was der Verein in mehr als sieben Jahrzehnten für das Deutschtum draußen getan habe und seit der Zeit des Niederbruches, in der es so unendlich schwer erschien, die Arbeit erfolgreich fortzusetzen. Der Vorsitzende der Tagung habe davon gesprochen, daß vor Jahrzehnten einmal der Gedanke aufgetaucht sei, die Auslandsarbeit des Gustav-Adolf-Vereins einzustellen, und er habe darauf hingewiesen, welch großer Fehler es gewesen wäre, dies zu tun.“ Die Vorlage fährt dann in wörtlicher Rede fort.

[2] In der Wiedergabe im „Berliner Tageblatt“, einer Mischung aus direkter und indirekter Rede, heißt es in den von der Vorlage inhaltlich abweichenden Passagen: „Dann besteigt Reichsaußenminister Dr. Stresemann das Rednerpult, von lebhaftem Beifall empfangen. [...] Ebenso, wie Teile der deutschen Kulturgemeinschaft im katholischen Glaubensbekenntnis wurzelten, so sei für viele Teile des kulturellen Deutschtums in der Welt das evangelische Christentum auch Grundlage seines Deutschtums. Es ist die Eigenart der deutschen Seele, sich in der Not am festesten zusammenzuschließen. Das habe Deutschland gerade in der schweren Zeit der Not nach dem verlorenen Kriege dankbar empfunden. Ebenso dankbar wird jede Anteilnahme der Deutschen im Reich von denen empfunden, die sich mit uns in Blut- und Glaubensgemeinschaft verbunden fühlen. Die Arbeit, die die von Idealismus getragenen konfessionellen Organisationen und unter ihnen der Gustav-Adolf-Verein geleistet haben, werden vom Auswärtigen Amt mit dem größten Interesse verfolgt; auch sie sichere das lebendige Verbundensein mit dem Deutschtum in der Welt. In diesem Sinne sprach der Reichsaußenminister seine aufrichtigen Wünsche für den Erfolg der Arbeiten des Gustav-Adolf-Vereins auf diesem Gebiete aus.“

[3] So als Einschub in der Vorlage.

gebracht haben.[4]

[4] Die Vorlage schließt die Berichterstattung zur Rede in Paraphrase: „Das Wunderbare der letzten Jahre sei, daß kaum jemals die Kulturgemeinschaft des deutschen Volkes so stark gewesen sei als jetzt. Zum Schluß dankte der Minister im Namen der Reichsregierung dem Gustav-Adolf-Verein für seine Arbeit um die Erhaltung des Deutschtums."

Erster Teil[1] der Rede im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags vom 7. Oktober 1926[2]

Nach STRESEMANN, Schriften S. 366–370[3].

Das Gespräch von Thoiry ist vor England nicht verheimlicht worden, wie überhaupt die deutsche Außenpolitik nicht gegen England oder die USA gerichtet sein darf. Selbst eine irgendwann vielleicht mögliche Revision der Ostgrenze wird sich nur im Einvernehmen mit Frankreich verwirklichen lassen. Das gegenseitige Vertrauen zwischen ihm und Briand und die deutsche Aufgabe, die geänderte Stimmung in Frankreich zu unterstützen.

Meine Herren,

Sie sehen so etwas wie einen geheimen Draht zwischen Berlin und London und glauben, daß Chamberlain[4] von mir über Thoiry[5] unterrichtet worden wäre, während tatsächlich Chamberlain mir sagte[6]: „Ich weiß, Sie werden in Thoiry mit Briand[7] sprechen, ich weiß, was er Ihnen vortragen will, ich begrüße diese Lösung. Die weitere Entwicklung wird allerdings uns alle angehen." Sie irren, wenn Sie glauben, daß zuerst die englische Presse Mitteilungen darüber gemacht habe. Es waren noch nicht 24 Stunden nach meiner Besprechung mit Briand vergangen, als die französischen Blätter schon ganz ausführliche Berichte gaben, in denen kaum irgendetwas ausge-

---

1 Vgl. (in dieser Edition) auch den zweiten Teil und dort Anm. 1.

2 Laut einem Bericht über die Ausschußsitzung in WIENER ZEITUNG, Nr. 233 vom 8. Oktober 1926, S. 4, waren neben den Ausschußmitgliedern mehrere Reichsminister sowie Schubert und Gaus vom Auswärtigen Amt anwesend.

3 Vgl. auch Stresemanns Aufzeichnung in STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 37–41, die sich in etlichen Passagen mit der Vorlage überschneidet und vermutlich als Rededisposition diente.

4 Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929.

5 Zum Gespräch Stresemanns mit Briand in Thoiry vom 17. September 1926 vgl. neben seiner Rede vor der Presse vom 17. September (in dieser Edition) Stresemanns eigenes stichwortartiges Diktat vom 17. September und seine ausführlichere Aufzeichnung vom 20. September 1926 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 188–191 u. 202–210).

6 So in der Sache etwa im Gespräch mit Stresemann in Genf vom 11. September 1926 (vgl. die Aufzeichnung Schuberts vom 11. September 1926: ebd., S. 181–183).

7 Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918.

lassen war[8]. Und es ist von uns aus jedenfalls in dieser außerordentlichen Frage nichts geschehen, was Ihrem Verdacht irgendeine Berechtigung gäbe. Ich darf hier sagen, daß die Ausführungen, die Herr Graf Westarp[9] gemacht hat und die ich durch einen Zwischenruf bereits bestätigt habe, durchaus der Auffassung der deutschen Außenpolitik entsprechen.

Ich betrachte die Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland als die Kernfrage der europäischen Verständigung. Aber diese Frage können Sie nicht lösen mit irgendeiner Aggression gegenüber anderen Mächten. Ich habe infolgedessen auch bei der großen wirtschaftlichen Abmachung, die jetzt zustande gekommen ist[10], immer betont, daß – soweit eine Mitwirkung der deutschen Regierung in Frage kommt – es nicht unsere Absicht sein kann, hier irgendwelche wirtschaftlichen Trusts zu schaffen, die ihre Spitze hätten, sei es gegen ein anderes europäisches Land, sei es gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika. Ich glaube sagen zu können, daß die französische öffentliche Meinung im Sinne Frankreichs nicht gut daran getan hat, diejenige Schärfe und Spitze gegen Amerika zu zeigen, die in den letzten Jahren zum Ausdruck gekommen ist. Die ganze Frage des Wiederaufbaues Europas ist ja ohne Amerika nicht zu lösen, seitdem sich die ganze Goldbasis der großen kapitalistischen Länder nach den Vereinigten Staaten orientiert und sich ihnen untergeordnet hat.

Dagegen halte ich es für richtig, daß in bezug auf die großen Transaktionen europäische Zusammenschlüsse stattfinden, um dem einseitigen Übergewicht und dem Diktat der Goldmacht der Vereinigten Staaten Grenzen zu ziehen. Und wenn die europäischen Länder auch hier große internationale Vereinigungen schaffen, die vielleicht einmal gemeinsam an den Weltmarkt kommen, so wird dadurch das Gleichgewicht des finanziellen Verhältnisses eher geschaffen, als wenn diese Länder miteinander in Konkurrenz stehen.

Aber die ganze Frage ist, glaube ich, auch gar nicht eine Frage der Divergenzen

---

[8] Vgl. dazu etwa die Überblicke über französische Presseveröffentlichungen zu Thoiry in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 443 (Abendausgabe) vom 18. September 1926, u. Nr. 444 vom 19. September 1926; vgl. auch die offiziöse Havas-Meldung in STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 24.

[9] Kuno Graf von Westarp (1864–1945), Mitglied des Reichstags 1920–1932 (für die DNVP 1920–1930 [deren Parteivorsitzender 1926–1928; Fraktionsvorsitzender 1925–1929], für die Konservative Volkspartei 1930–1932). – Die Ausführungen Westarps in der Ausschußsitzung konnten nicht ermittelt werden.

[10] Offenbar bezieht sich Stresemann auf die am 30. September 1926 in Brüssel von deutschen, französischen, belgischen und luxemburgischen Industriellen unterzeichnete Konvention über die Internationale Rohstahlgemeinschaft (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 294–296).

zwischen Paris und London. Ich habe Ihnen schon Mitteilung gemacht von einer Verbalnote der englischen Regierung an uns[11], ich darf aber jetzt auch dabei noch betonen, daß Form und Art dieser Mitteilung in bezug auf die Zustimmung zu Thoiry doch nicht nur einen formellen Charakter der Zustimmung hatten, sondern daß darin ganz außerordentlich unterstrichen wird, wie sehr man die Ergebnisse von Thoiry begrüße und der Meinung sei, daß die Abmachungen die folgerichtige Auswirkung der Locarno-Politik sind, die man gemeinschaftlich weiter betreiben wolle, und des Zusammenwirkens dieser Mächte mit anderen.

Daß wir zunächst mit den Franzosen unsere Rechnung begleichen müssen, ist klar. Der Grund dafür ist unsere Grenze mit Frankreich, um die es sich handelt. Darum ist das für uns die entscheidende Frage. Aber sie kann nicht gelöst werden formal mit England in bezug auf die finanziellen Dinge, sondern nur im Zusammenhang mit den anderen Mächten.

Und wenn Sie England als Störenfried einer deutsch-französischen Verständigung hinstellen, so erinnere ich an die Erklärung Chamberlains an den damaligen französischen Ministerpräsidenten[12]: England betrachte das weitere Verbleiben der fremden Truppen im Rheinland als eine Anomalie. Das ist ein starker Sekundantendienst, den England der Befriedung im allgemeinen geleistet hat. Soll ich das damit beantworten, daß wir eine Spitze gegen England hervortreten lassen? Das wäre die verkehrteste Politik, die wir machen könnten. Die ganzen heutigen weltpolitischen Fragen sind von den weltwirtschaftlichen überhaupt gar nicht zu trennen. In bezug auf die Wiederaufforstung der deutschen Wirtschaft wird vielleicht vielfach überschätzt, daß nicht nur Amerika, sondern auch England unser Geldgeber gewesen ist und daß uns vielfach bei den Verhandlungen über die Hereinnahme ausländischer Kredite dieser Wettbewerb günstigere Bedingungen verschafft hat.

Und wenn Sie in dem allen sehen so eine ganz (ich finde keinen rechten parlamentarischen Ausdruck dafür), eine ganz überlegte Politik Englands, uns mit den anderen auseinanderzubringen, und wenn Sie in der Beziehung hinweisen werden auf Chamberlains Auftreten in der Geldfrage[13], so glaube ich, daß hier doch einzel-

[11] Der Text dieser englischen Verbalnote konnte nicht ermittelt werden. Möglicherweise handelt es sich um eine Note, die D´Abernon auf der Grundlage der telegraphischen Weisung Chamberlains vom 4. Oktober 1926, die das nachfolgend von Stresemann Angesprochene weitgehend beinhaltet (DOCUMENTS ON BRITISH FOREIGN POLICY I A 2, S. 421), in Berlin verfaßte und übergab.

[12] Auf welche konkrete Äußerung Chamberlains (wohl gegenüber Briand) Stresemann sich hier bezieht, konnte nicht ermittelt werden.

[13] Gemeint ist offenbar die britische Reaktion auf die Frage, ob im Sinne der Pläne von Thoiry Deutschland die Eisenbahn-Obligationen mobilisieren und damit Frankreich für seine Zugeständ-

nen Äußerungen und Handlungen ein viel zu großes Gewicht beigelegt wird ...[14]

Ich gebe Ihnen, Herr Graf Westarp, vollkommen recht, daß es nicht wünschenswert ist, wenn in der Öffentlichkeit der Welt davon gesprochen wird, daß Deutschland jetzt die Absicht habe, die verlorenen Gebiete und auch die verlorenen Kolonien durch große Geldopfer wieder zu erwerben, und der Artikel des Herrn Poljakow[15] war sicherlich nicht zur Unterstützung der deutschen Außenpolitik geschrieben. Diese Behauptungen sind aber auch unrichtig in bezug auf die Frage der Wiederherstellung der Verbindung mit Ostpreußen[16]. Was die Frage Oberschlesiens angeht, so haben wir stets an dem Standpunkt festgehalten (das wissen Sie aus den ganzen Debatten über die Locarnoverträge[17]), daß wir niemals diese Grenze anerkennen[18]. Ich habe einmal gesagt: Es gibt keine deutsche Regierung von den Völkischen bis zu den Kommunisten, die das wagen dürfte[19]. Ich würde es aber auch für falsch halten, jetzt die Initiative zu ergreifen, um gewissermaßen alle Hasen auf einmal zu jagen. Ich habe es auch abgelehnt, in Thoiry die Ostfragen oder die Kolonialfragen zu erörtern. Diese Dinge können ja nur schrittweise vor sich gehen. Wenn aber einmal die Zeit kommt, in der diese Ostfragen in irgendeiner Form zur Debatte stehen, dann muß man sich in Deutschland darüber klar sein, daß diese Frage nur mit Frankreich zu lösen ist und daß die Verständigung mit Frankreich der erste Schritt ist, der einmal getan sein muß, und daß weiterhin auch in den Verhältnissen zwischen beiden Völkern und Mächten diejenige Atmosphäre herrschen muß, die die Möglichkeit gibt, weitergehende Dinge in Angriff zu nehmen ...[20]

Was nun aber den ersten Schritt betrifft – und dieser erste Schritt ist die Verständigung mit Frankreich –, so darf ich hier auf den Zwischenruf eingehen, den Herr Dr.

---

nisse kompensieren dürfe. In der oben Anm. 11 genannten Weisung (und damit möglicherweise in der Verbalnote an Deutschland) hatte Chamberlain darauf hingewiesen, daß England an jeder konkreten Planung einer finanziellen Operation im Zusammenhang mit den Absprachen von Thoiry beteiligt werden müsse.

[14] So – wohl als Kennzeichnung einer Auslassung – in der Vorlage.

[15] Gemeint ist offenbar Wladimir Poljakow, der – auch unter dem Pseudonym „Augur“ – als Kommentator für verschiedene britische Zeitungen schrieb. Welcher seiner Artikel gemeint ist, konnte nicht ermittelt werden.

[16] Ob sich Stresemann hier auf den zuvor genannten Presseartikel bezieht, konnte nicht ermittelt werden.

[17] Text der Verträge vom 16. Oktober 1925 als Ergebnis der Konferenz von Locarno vom 5. bis 16. Oktober 1925 in in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215.

[18] Gemeint ist die Grenze von 1921, die nach vorangegangener Volksabstimmung und nach einem Schiedsspruch des Völkerbundsrates vom Obersten Rat der Siegermächte 1921 verfügt wurde und Oberschlesien zwischen Deutschland und Polen teilte.

[19] Eine Äußerung genau dieses Wortlauts konnte nicht ermittelt werden. Vgl. aber etwa in dieser Edition Stresemanns Reichstagsrede vom 18. Mai 1925.

[20] So – vermutlich als Kennzeichnung einer Auslassung – in der Vorlage.

Rosenberg[21] machte, als er gegenüber einem Zuruf davon sprach, daß ich in einem Interview im „Matin“[22] von meinem Vertrauen zu Briand gesprochen habe. Ich habe stets hier vor Ihnen die Idee vertreten, daß Herr Briand, so sehr er der Außenwelt auch als Zyniker erscheinen mag, doch eine Lebensauffassung besitzt, die darauf begründet ist, daß er eine deutsch-französische Verständigung zustande bringen will, und mein Interview war die Antwort auf die Rede, die Herr Briand bei dem Empfang der Journalisten nach Thoiry gehalten hat[23] und in der er in sehr herzlichen Worten davon gesprochen hat, daß er sich in zwei Jahren des Zusammenwirkens mit mir davon überzeugt habe, daß er in vollem Vertrauen mit mir zusammenarbeiten könnte.

Der Kampf um diese Politik ist in Frankreich noch nicht ausgekämpft, und ich glaube, Herr Dr. Rosenberg, Sie sehen die Dinge zu materiell an, wenn Sie lediglich glauben, daß die wirtschaftliche Notlage Frankreichs es überhaupt dazu bringe, diese Dinge zu tun. Ich glaube, bei der Mentalität nicht nur des französischen Volkes, sondern auch aller anderen Völker, daß wenn die alte Haßstimmung noch vorhanden ist, auch keine irgendwie finanzielle Leistung Deutschlands diese Stimmung ändern könnte. Diese Haßstimmung ist sicherlich bei weitem nicht in allen Kreisen verschwunden, aber ich sehe doch eine ganz bedeutsame Wendung in der Stimmung der französischen Öffentlichkeit schon in der Haltung des französischen Ministerpräsidenten[24]. Ich glaube nicht, daß er sich innerlich stark gewandelt hat. Aber er weiß, daß die Öffentlichkeit Frankreichs es nicht mehr vertragen würde, wenn er in dem Sinne sprechen würde, wie er es früher getan hat. Deshalb ist es unsere Aufgabe, auch von unserer Seite alles zu tun, was diese Stimmung, die bessere Stimmung in Frankreich stärkt. Danach muß auch die deutsche Außenpolitik eingestellt sein ...[25]

---

[21] Arthur Rosenberg (1889–1943), Mitglied des Reichstags Mai 1924 – Mai 1928 (für die KPD 1924–1927; danach fraktionslos).

[22] Offenbar bezieht sich Stresemann auf das Interview, das er Jules Sauerwein am 26. September 1926 gab; Stresemann sprach darin vom wechselseitigem Vertrauen zwischen ihm und Briand und erklärte, in Deutschland würden weite Kreise Briands Idee von der deutsch-französischen „conciliation“ unterstützen (LE MATIN, Nr. 15531 vom 27. September 1926, S. 1).

[23] Stresemann bezieht sich wohl auf Briands Äußerungen, die er einige Stunden nach dem Treffen von Thoiry gegenüber Journalisten tätigte (vgl. NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22275 [Morgenausgabe] vom 18. September 1926, S. 4).

[24] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929.

[25] So (wahrscheinlich als Kennzeichnung einer Auslassung) in der Vorlage. – Zur vermutlichen Fortsetzung (oder geplanten Fortsetzung) der Rede Stresemanns vgl. die nachfolgende Quelle. – In VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 475 (Abendausgabe) vom 7. Oktober 1926, folgt auf eine paraphrasierende Wiedergabe dieses Teils der Sitzung: „An die Rede des Reichsministers des Auswärtigen schloß

sich eine längere Aussprache.“ Laut einem Artikel in NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22295 (Morgenausgabe) vom 8. Oktober 1926, S. 4, dauerte diese Aussprache mehrere Stunden.

Zweiter Teil der Rede im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags vom 7. Oktober 1926[1]

Nach RIESENBERGER S. 187–190.

Die Zwischenfälle im besetzten Gebiet zeigen, daß die weitere Besatzung mit der Verständigungspolitik nicht mehr vereinbar ist. Zum Vorfall in Germersheim kann er trotz der Bemühungen des Auswärtigen Amtes noch keine abschließende Bewertung bieten. Es scheint, daß auch die beteiligten Deutschen nicht frei von Schuld sind, was aber den französischen Leutnant Rouzier nicht entschuldigt. Das geplante weitere Vorgehen deutscher Behörden. Grund für die Zwischenfälle sind der Prestigeverlust, den die Besatzungssoldaten aufgrund der außenpolitischen Entwicklung empfinden, und der verringerte Respekt der Menschen im besetzten Gebiet.

---

[1] Riesenberger, nach dessen Veröffentlichung unter dem Titel „Eine Rede Gustav Stresemanns zum ‚Fall Rouzier'" der Text hier übernommen wird, hat mit der Archivvorlage lediglich den Entwurf für eine Rede Stresemanns gefunden, und zwar nur den zweiten Teil, der keinerlei Datierung enthält (vgl. RIESENBERGER S. 187, Anm. 18). Er vermutet, daß Stresemann die betreffende Rede „etwa Mitte Oktober" (ebd., S. 185) gehalten habe, und begründet dies damit, daß Stresemann ab dem 18. Oktober 1926 für längere Zeit erkrankt gewesen sei; „wann genau und vor welchem Publikum diese Rede gehalten" worden sei, lasse sich nicht ermitteln (ebd., S. 187, Anm. 18). – Es spricht zunächst alles für eine frühere Datierung: In der abschließenden Passage weist Stresemann, offenbar auch als Information für seine Zuhörer, auf einen „gemeinsamen Appell" hin, den „der Reichskommissar in Koblenz zusammen mit der Interalliierten Rheinlandkommission" veröffentlicht habe. Die entsprechende Kundgebung wurde am 5. Oktober 1926 bekannt (vgl. unten mit Anm. 30). Es wäre wenig zweckmäßig von Stresemann, seine Zuhörer noch etwa zehn Tage nach dieser Veröffentlichung darauf hinzuweisen. So läßt sich zunächst als plausible Vermutung eine Datierung etwa eine Woche früher vorschlagen. – Wenn als Terminus post quem sicher dieser 5. Oktober gelten kann, so scheint es darüber hinaus plausibel, daß die Vorlage für Stresemanns Rede kaum nach dem 8. Oktober 1926 abgefaßt wurde, weil bei der Aufzählung der Zwischenfälle ein solcher in Mainz in der Nacht vom 7. auf den 8. Oktober 1926 (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 478 [Morgenausgabe] vom 9. Oktober 1926; REICHSPOST, Nr. 279 vom 9. Oktober 1926, S. 5) nicht angeführt wird. – Nach dem Duktus der Ausführungen, der nach Erklärungen eines verantwortlichen Ministers vor einem politischen Gremium klingt, handelt es sich daher sehr wahrscheinlich um die Vorlage für den zweiten Teil der Rede im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags vom 7. Oktober 1926. In dieser Ausschußsitzung standen laut einer Agenturmeldung, die in WIENER ZEITUNG, Nr. 233 vom 8. Oktober 1926, S. 4, sowie in einem Bericht über die noch laufende Sitzung in BERLINER TAGEBLATT, Nr. 474 (Abendausgabe) vom 7. Oktober 1926, wiedergegeben ist, a) die Fragen zu Thoiry (vgl. dazu in dieser Edition den ersten Teil der Rede Stresemanns vom 7. Oktober) und b) die Vorgänge in Germersheim auf der Tagesordnung. Zum Zeitpunkt der Abfassung der Agenturmeldung und des Berichts war der erste Tagesordnungspunkt jedoch noch nicht abgeschlossen. – In keiner anderen Presseveröffentlichung über die Ausschußsitzung vom 7. Oktober ist von einer tatsächlich erfolgten Behandlung des Zwischenfalls in Germersheim die Rede; hingegen wird in NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22295 (Morgenausgabe) vom 8. Oktober 1926, S. 4, erläutert, daß der Ausschuß am 7. Oktober nach mehrstündiger Behandlung der Fragen im Zusammenhang mit Thoiry die Besprechung der Germersheimer Angelegenheit auf den Folgetag verlegt habe. Somit verbleibt als wahrscheinliche Möglichkeit, daß es sich hier zwar um einen Entwurf für eine Rede handelt, die Stresemann in der Ausschußsitzung vom 7. Oktober (und nach deren Vertagung in der Sitzung vom 8. Oktober) halten wollte, die er aber nie hielt, weil er aus unbekannten Gründen an dieser Sitzung vom 8. Oktober offenbar nicht teilnahm, sondern Minister Bell die Abgeordneten informierte (vgl. etwa KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 753 [2. Morgenausgabe] vom 9. Oktober 1926, S. 1; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 476 [Abendausgabe] vom 8. Oktober 1926).

Wenn ich jetzt auf die mehrfachen, sehr beklagenswerten Zwischenfälle[2] übergehe, die sich in letzter Zeit im besetzten Gebiet gehäuft haben, so möchte ich von vornherein bemerken, daß diese Zwischenfälle, so bedauerlich sie auch sind, insbesondere auch wegen der ihnen zum Opfer gefallenen Menschenleben, mich in der Überzeugung nur bestärken können, daß die Aufrechterhaltung der Besatzung der Rheinlande nicht weiter anhängig[3] ist, daß ein Okkupationsregime, es mag noch so gemildert werden, an sich mit der von allen beteiligten Regierungen erstrebten Entspannung und Befriedung nicht vereinbar ist. Diese Vorkommnisse müssen für die Deutsche Regierung und für die Regierungen der an der Besetzung beteiligten Mächte ein neuer Ansporn sein, um möglichst bald die schwebenden, schwierigen Probleme soweit zu lösen, daß die Besatzung radikal beseitigt wird und die besetzten Gebiete restlos geräumt werden.

In erster Linie interessiert hier besonders der Vorfall in Germersheim, jener Stadt, die in letzter Zeit eine traurige Berühmtheit dadurch erlangt hat, daß sich in ihr bereits zweimal derartige beklagenswerte Vorfälle abgespielt haben[4]. Selbstverständlich hat sich das Auswärtige Amt, wie überhaupt grundsätzlich stets bei schwereren Ausschreitungen von Besatzungstruppen, sofort intensiv mit den Vorgängen befaßt. Trotzdem bin ich noch nicht in der Lage, Ihnen eine genaue Darstellung darüber zu geben, wie sich die Vorgänge im einzelnen abgespielt haben. Sie müssen bedenken, daß das Auswärtige Amt keine eigenen Organe an Ort und Stelle besitzt, sondern daß es völlig auf die Berichterstattung der örtlichen Stellen angewiesen ist, die ihm durch die zuständige Landesregierung, d. h. in diesem Falle Bayern, zugeleitet werden. Die Bayerische Staatsregierung hat sofort ihrerseits alles veranlaßt, damit die

---

[2] Zu den einzelnen Zwischenfällen vgl. unten.

[3] So in der Vorlage; ein „angängig“ ergäbe mehr Sinn.

[4] Zunächst war es am 4. Juli 1926 anläßlich eines Kriegervereinsfestes zu Auseinandersetzungen zwischen französischen Besatzungssoldaten und Teilnehmern des Festes gekommen (vgl. die der Rheinlandkommission übergebene deutsche Darstellung: BRITISH DOCUMENTS ON FOREIGN AFFAIRS II F 37, S. 241–242; vgl. auch VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 459 [Abendausgabe] vom 28. September 1926) In der Nacht vom 26. auf den 27. September 1926 geriet der französische Leutnant Rouzier (s. unten Anm. 6), der auch schon an den Vorfällen vom 4. Juli beteiligt gewesen sein soll (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 460 [Morgenausgabe] vom 29. September 1926), nach einem Wirtshausbesuch in Zivilkleidung in Streit mit mehreren, wohl ebenfalls alkoholisierten Deutschen, in dessen Verlauf er mehrere Schüsse abgab und damit einen der Deutschen tötete und zwei weitere verletzte (vgl. die Berichte ebd., Nr. 458 [Morgenausgabe] u. Nr. 459 [Abendausgabe]} vom 28. September 1926; Nr. 460 [Morgenausgabe] und Nr. 461 [Abendausgabe] vom 29. September 1926; Nr. 462 [Morgenausgabe] vom 30. September 1926). Von französischer Seite wurde Rouzier verhaftet (vgl. WIENER ZEITUNG, Nr. 226 vom 30. September 1926, S. 4–5), jedoch per Agenturbericht verbreitet, er habe in Notwehr gehandelt (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 460 [Morgenausgabe] vom 29. August 1926). In den folgenden Tagen wurden drei Deutsche, darunter der eine Schwerverletzte, von französischen Stellen verhaftet mit der Begründung, sie hätten Rouzier angegriffen und geschlagen (ebd., Nr. 466 [Morgenausgabe] u. Nr. 467 [Abendausgabe] vom 2. Oktober 1926).

Aufklärung der Vorgänge und die Ermittelung der Wahrheit nicht ausschließlich den französischen militärischen Untersuchungsbehörden überlassen bliebe, sondern daß auch eine davon unabhängige Untersuchung durch deutsche Organe nachdrücklich betrieben würde.

Das Auswärtige Amt ist auch bereits vor einigen Tagen durch Vermittelung der Bayerischen Staatsregierung in den Besitz desjenigen Materials gelangt, das durch die Ermittelung der bayerischen Verwaltungsbehörden in der Pfalz zusammengetragen worden ist[5]. Indessen hat die Bayerische Staatsregierung das Auswärtige Amt wissen lassen, daß dieses Material durch den Eingang weiteren Untersuchungsmaterials der pfälzischen Staatsanwaltschaft überholt worden sei. Unter diesen Umständen glaube ich davon absehen zu sollen, hier den Versuch zu machen, eine Darstellung der tatsächlichen Vorgänge zu geben, so wie sie sich nach dem augenblicklichen Stand der Untersuchung zeigen. Tatsächlich ändert sich das Bild durch Eingang neuen Materials, wie ich wohl ohne Übertreibung sagen kann, von Tag zu Tag. Immerhin kann ich das wohl schon und zwar in voller Übereinstimmung mit der Bayerischen Regierung sagen, daß der Fall vom deutschen Standpunkt aus gesehen nicht so günstig und einwandfrei liegt, wie es nach den ersten Meldungen den Anschein hatte. Die deutsche Untersuchung hat auch gewisse Momente zu Tage gefördert, die geeignet sind, einige der beteiligten Deutschen etwas zu belasten. Jedenfalls wird man leider wohl nicht die Ansicht aufrecht erhalten können, daß alle beteiligten Deutschen von der leisesten Schuld frei sind. Um aber kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, will ich hier mit Deutlichkeit betonen, daß, wie auch das Verhalten der beteiligten Deutschen gewesen sein mag, der Leutnant Rouzier[6], der sich unzweifelhaft bei den ersten Germersheimer Ausschreitungen[7] besonders hervorgetan hat und daher bei der Bevölkerung sehr schlecht angeschrieben war, niemals berechtigt gewesen sein kann, von seiner Schußwaffe Gebrauch zu machen, und erst recht nicht in dieser brutalen Weise, wie er es gemacht hat. Denn feststehen dürfte unter allen Umständen, daß die beteiligten Deutschen nicht im Besitz von Feuerwaffen und nicht einmal im Besitz von blanken Waffen gewesen sind. Das einzige „gefährliche Werkzeug“, von dem sich der französische Leutnant bedroht gefühlt

---

[5] Vgl. dazu das Ergebnis der Untersuchung des pfälzischen Regierungspräsidenten (VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 460 [Morgenausgabe] vom 29. September 1926; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22286 [Morgenausgabe] vom 29. September 1926, S. 3).

[6] Pierre Rouzier (geb. 1902), französischer Leutnant in der französischen Besatzungsarmee in Germersheim. – Vgl. dazu oben mit Anm. 4.

[7] Vgl. oben mit Anm. 4.

haben kann, wäre eine Holzlatte, von der aber kein Gebrauch gemacht worden ist und die sich nicht in der Hand des Erschossenen und der beiden anderen Verletzten[8] befunden hat, sondern in der Hand eines ihrer Begleiter[9], dessen Gefährlichkeit überdies auch in einer für den Leutnant Rouzier erkennbaren Weise nach Zeugenaussagen dadurch sehr erheblich herabgesetzt war, daß er infolge Trunkenheit hin und her schwankte. Zweifellos sind auch einige drohende Äußerungen gefallen und einige Gesten gemacht worden, aus denen der Leutnant Rouzier die Schlußfolgerung ziehen konnte, daß man ihm nicht mit besonderem Wohlwollen gegenüberstand.

Das abschließende Untersuchungsmaterial der bayerischen Behörden wird aber, wie ich höre, mit Bestimmtheit in den nächsten Tagen eingehen.

Die Tätigkeit des Auswärtigen Amtes galt in Übereinstimmung mit dem Reichsministerium für die besetzten Gebiete vor allen Dingen, sofort möglichst weitgehende Garantien dafür zu erhalten, daß die französische Untersuchung nicht in einer einseitigen Richtung unter Ignorierung der Ergebnisse der deutschen Untersuchung betrieben wurde. In dieser Richtung haben eine Reihe von Gesprächen sowohl hier in Berlin zwischen dem stellvertretenden Leiter des Auswärtigen Amts[10] und dem Französischen Geschäftsträger[11] als auch in Paris zwischen der Botschaft und dem Quai d'Orsay und in Koblenz, Mainz und Landau zwischen dem Reichskommissar[12] und seinen Beamten einerseits und dem Präsidenten der Interalliierten Rheinlandkommission[13] und ihren Beamten sowie dem Kommandierenden Französischen General[14] und anderen Kommandostellen andererseits stattgefunden. Unser Ziel war, hierbei in gewissem Umfange eine Zusammenarbeit des deutschen und französi-

---

[8] Erschossen wurde Emil Müller; verletzt wurden Josef Mathes und Richard Holzmann.

[9] Es soll sich nach den genannten Berichten (vgl. oben Anm. 4) um einen Heinrich Fechter gehandelt haben; zu ihm konnte nichts Näheres ermittelt werden.

[10] Carl von Schubert (1882–1947), Ministerialdirektor 1921 – Dezember 1924 bzw. Staatssekretär im Auswärtigen Amt Dezember 1924 – 1930.

[11] André Lefebvre de Laboulaye (1876–1966), französischer Botschaftssekretär und zeitweilig Geschäftsträger in Berlin.

[12] Ernst Frhr. Langwerth von Simmern (1865–1942), Botschafter in Madrid 1920–1925; Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete 7. November 1925 – 1930.

[13] Paul Tirard (1879–1945), französischer Hochkommissar im besetzten Rheinland und Präsident der Interalliierten Rheinlandkommission 1919–1930.

[14] Gemeint ist vermutlich Adolphe Guillaumat (1863–1940), französischer General; Oberbefehlshaber der französischen Besatzungstruppen im Rheinland Oktober 1924 – 1930; Kriegsminister Juni – Juli 1926.

schen Untersuchungsführers[15] zu erreichen, die schon aus diesem Grunde unerläßlich war, da der Leutnant Rouzier als Angehöriger der Besatzungstruppen unzweifelhaft nicht zur Zuständigkeit der deutschen Gerichtsbarkeit, sondern der französischen Militärgerichtsbarkeit gehört[16]. Die Schwierigkeit lag darin, daß die französische Militärgerichtsordnung, die sich hierbei übrigens im Einklang mit der alten Militärgerichtsordnung und wohl auch mit der Strafprozessordnung befinden dürfte, die Mitwirkung fremder Untersuchungsorgane als solcher nicht zuläßt. So ist daher in dieser Beziehung ein Ausweg gefunden worden, daß der deutsche Untersuchungsführer, wie uns fest zugesagt worden ist, über die Ergebnisse seiner Untersuchung als Zeuge im französischen Verfahren vernommen werden soll, wobei es ihm freisteht, auch einen schriftlichen Bericht über seine Ermittelungen zu den Akten des französischen Untersuchungsgerichts zu überreichen. Ferner ist uns zugesagt worden, daß alle von ihm namhaft gemachten deutschen Zeugen auch im französischen Untersuchungsverfahren vernommen werden. Über die Einzelheiten des hierbei einzuschlagenden Verfahrens wird noch verhandelt. Diese Verhandlungen gehen vor allen Dingen dahin, daß deutsche Zeugen, die im deutschen und französischen Verfahren widersprechende Aussagen gemacht haben, zur Aufklärung dieser Widersprüche nochmals unter Hinzuziehung des deutschen Untersuchungsführers vom französischen Untersuchungsrichter vernommen werden.

Nun werden Sie bereits aus den Zeitungen erfahren haben, daß zwei der beteiligten Deutschen, nämlich der angeschossene Holzmann und einer der beiden Brüder Fechter[17], in französische Haft genommen worden sind, da gegen sie ein französisches Verfahren wegen tätlichen Angriffs auf einen Besatzungsangehörigen eingeleitet worden ist[18]. Die Bemühungen, eine Aufhebung dieser Haft zu erreichen, sind nicht von Erfolg gewesen, da man französischerseits die Aufrechterhaltung dieser

---

[15] In VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 462 (Morgenausgabe) vom 30. September 1926, u. Nr. 467 (Abendausgabe) vom 2. Oktober 1926, werden für die deutsche Seite mehrere mit der Untersuchung Beauftragte genannt: der stellvertretende Regierungspräsident Stähler, der Germersheimer Oberamtmann sowie Oberstaatsanwalt König aus Zweibrücken. Näheres zu diesen Personen konnte nicht ermittelt werden. – Der Name des französischen Untersuchungsführers konnte nicht sicher ermittelt werden. In (allerdings später) verbreiteten Meldungen in BERLINER TAGEBLATT, Nr. 483 (Morgenausgabe) vom 13. Oktober 1926, ist von einem Mitglied des Landauer Kriegsgerichts namens Tropé die Rede; ebd., Nr. 562 (Morgenausgabe) vom 28. November 1926, von einem „Hauptmann Tropet, Berichterstatter beim Kriegsgericht des 32. Armeekorps“.

[16] Entsprechendes war in Art. 3 des zeitgleich mit dem Versailler Vertrag unterzeichneten Rheinlandabkommens zwischen Deutschland und den Besatzungsmächten geregelt (Text in VERTRAG VON VERSAILLES, [Anh.] S. 2).

[17] Vgl. oben mit Anm. 9.

[18] Vgl. oben Anm. 4 u. 9.

Haft wegen Kollusionsgefahr für unerlässlich erklärte. Seitens des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete sind diesen Verhafteten sofort deutsche Verteidiger gestellt worden. Außerdem sind die französischen Stellen mit grossem Ernste von uns darauf hingewiesen worden, daß eine derartige Gestaltung des prozessualen Verfahrens, daß etwa zunächst nicht gegen den Leutnant Rouzier als Angeklagten verhandelt würde, sondern gegen die beiden Deutschen als Angeklagte, wobei der Leutnant Rouzier als Zeuge vernommen würde, von der Deutschen Regierung und der deutschen Öffentlichkeit nicht als eine Erfüllung des uns gewährten Versprechens einer restlosen und rücksichtslosen Aufklärung der wirklichen Wahrheit aufgefasst werden würde. Eine Entscheidung über die weiter zu unternehmenden Schritte muß ich mir vorbehalten, da die Art dieser Schritte sich natürlich richten muß nach dem endgültigen Ergebnis der deutschen Feststellungen. Sie können aber sicher sein, daß sowohl der Herr Reichsminister für die besetzten Gebiete[19] wie ich mit allem Nachdruck dafür sorgen werden, daß die Interessen der Bevölkerung in der Pfalz und der übrigen besetzten Gebiete gegenüber der Besatzung vertreten werden. Bezüglich der übrigen in der letzten Zeit vorgekommenen Fälle kann ich mich kurz fassen.

Der Erschießung eines Deutschen in der Umgebung von Trier[20] liegt folgender Tatbestand zu Grunde: Ein französischer Zivilangestellter des Militärlazaretts in Trier namens Mottet[21] hatte mit zwei Deutschen einen Ausflug auf Fahrrädern gemacht. Unterwegs begegneten sie dem zu Fuß befindlichen Friedrich Holstein[22] mit einigen Begleitern. Unter beiden Gruppen ist es dadurch zu Streitigkeiten gekommen, daß Holstein von einem der Radfahrer angefahren wurde, wobei der Radfahrer zu Boden fiel. Im Laufe der Streitigkeiten hat der Franzose den Holstein erschossen und ist dann mit seinen Begleitern weitergefahren. Er und seine Begleiter verheimlichten die

[19] Johannes Bell (1868–1949), Reichskolonialminister 1919; Reichsverkehrsminister 1919–1920; Reichsjustizminister u. Minister für die besetzten Gebiete 16. Juli 1926 – 29. Januar 1927; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für das Zentrum); Vizepräsident des Reichstags 1920 – Oktober 1926.

[20] Zum Vorfall bei Trier vom 27. September 1926, den Stresemann im Folgenden schildert, vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 462 (Morgenausgabe) vom 30. September 1926; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 462 (Abendausgabe) vom 30. September 1926; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22287 vom 30. September 1926, S. 1.

[21] Zu ihm wurde nichts Näheres ermittelt. Nach dem in Anm. 20 genannten Bericht der „Vossischen Zeitung“ soll er „Laboratoriumsgehilfe im französischen Militärlazarett in Trier“, nach dem Bericht des „Berliner Tageblatts“ „Gehilfe in einer französischen Garnisonsapotheke“ gewesen sein.

[22] Zu ihm wurde nichts Näheres ermittelt. In den in Anm. 20 genannten Zeitungsberichten wird er als „Theodor Holstein“ („Vossische Zeitung“ und „Berliner Tageblatt“) bzw. als „Feodor Holstein“ („Neue Freie Presse“) bezeichnet.

Untat, die erst durch die Ermittelungen der deutschen Polizei aufgedeckt worden ist. Das ganze Verhalten des Mottet zeigt, daß er sich selbst schuldig fühlt. Er ist verhaftet und sieht seiner Aburteilung entgegen.

In Koblenz ist ein Studienassessor[23], als er lauten Hilferufen einer weiblichen Person zur Nachtzeit nachging, von französischen Soldaten überfallen und schwer mißhandelt worden. Die Täter sind bisher nicht ermittelt worden. Bei dem durch die Zeitungen gegangenen zweiten Koblenzer Fall[24] handelt es sich um eine betrunkene Angelegenheit [!], sodaß der Tatbestand wohl niemals festgestellt werden wird. Zweifellos ist nur, daß eine schwere Schlägerei zwischen zwei Gruppen von Zivilisten stattgefunden hat. Einer der Beteiligten hat einen Stich in die Backe davongetragen. Wer der Täter ist, weiß man nicht. Es steht nicht einmal fest, ob auf der Gegenseite überhaupt Franzosen beteiligt gewesen sind. Ein Zeuge glaubt, französische Worte vernommen zu haben.

Bei dem Zwischenfall in Neustadt a. d. Haardt[25] spielt leider auch der Alkohol eine sehr erhebliche Rolle. Es hat dort ein deutscher Kriegsbeschädigter mit zwei französischen Unteroffizieren[26] zunächst höchst freundschaftlich in einem Café zusammen gezecht, und sie sollen sich sogar schließlich brüderlich umarmt haben. Schließlich soll aber der Kriegsbeschädigte ein Messer gezogen und den einen Franzosen verletzt haben. Er selbst ist flüchtig, man vermutet, daß er, der im Kriege einen schweren Kopfschuß davongetragen hat, in geistiger Verwirrung gehandelt hat.

Meine Herren, lassen Sie mich hierzu noch einige allgemeine Ausführungen psychologischer Natur machen. Das besetzte Gebiet macht augenblicklich eine neue

---

[23] Zu ihm sowie allgemein zu dem nachfolgend angesprochenen Vorfall konnte nichts ermittelt werden.

[24] Offenbar bezieht sich Stresemann auf einen Zwischenfall in der Nacht vom 3. auf den 4. Oktober 1926, bei dem in Koblenz eine Gruppe junger Deutscher mit einer Gruppe zivilgekleideter Franzosen aneinandergeriet und einer der Deutschen durch Messerstiche verletzt wurde (vgl. BERLINER TAGEBLATT, Nr. 472 [Abendausgabe] vom 6. Oktober 1926).

[25] Zu den Ereignissen in Neustadt, bei denen ein Deutscher in der Nacht vom 3. auf den 4. Oktober 1926 einen französischen Unteroffizier durch einen Messerstich verwundete (anfangs wurde in Paris gemeldet, daß er ihn getötet habe: vgl. etwa BERLINER TAGEBLATT, Nr. 469 [Morgenausgabe] vom 5. Oktober 1926), vgl. ebd., Nr. 470 (Abendausgabe) vom 5. Oktober 1926; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 471 (Abendausgabe) vom 5. Oktober 1926; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22292 (Abendausgabe) vom 5. Oktober 1926, S. 1, u. Nr. 22293 (Morgenausgabe) vom 6. Oktober 1926, S. 5; WIENER ZEITUNG, Nr. 231 vom 6. Oktober 1926, S. 6.

[26] Der Name des beteiligten Deutschen ist in dem in der vorangegangenen Anm. genannten Zeitungsbericht der „Vossischen Zeitung“ mit Krauter (in „Neue Freie Presse“: Krautter) angegeben, „der im Weltkrieg einen Kopfschuß erlitten hat und seitdem für Alkohol sehr empfänglich“ gewesen sei. – Der verletzte Franzose wird im Bericht der „Wiener Zeitung“ als Unteroffizier Audigel erwähnt, im „Berliner Tageblatt“ als Audigou. Zu einem zweiten beteiligten Franzosen, der in einzelnen der Zeitungsberichte erwähnt wird, wird kein Namen genannt. – Näheres zu den Personen konnte nicht ermittelt werden.

schwere Nervenprobe durch. Ein großer Teil der Besatzungstruppen befindet sich zweifellos in gereizter Stimmung. Die Gründe liegen offen zu Tage. Die französischen Soldaten erhalten ihre Löhnung in entwerteter Valuta[27], die im Deutschland der stabilisierten Mark kaum noch eine Kaufkraft hat. An den der Bevölkerung zugängigen Vergnügungen können sie infolgedessen nicht teilnehmen. Sie fühlen sich degradiert. Natürlich empfinden sie vom militärischen Standpunkt aus die Milderung, die allmählich im Besatzungsregime eingetreten ist, die Aufhebung all der Vorzüge, die sie früher vor der Londoner Konferenz[28] genossen haben, wo ihnen Deutschland alles umsonst gestellen mußte, als einen Prestigeverlust. Aus dieser Stimmung heraus versucht der Einzelne, zum Teil durch rücksichtsloses Auftreten auf seine Art das Prestige wieder herzustellen. Natürlich sieht die Bevölkerung die Vertreter dieser Okkupationsgewalt jetzt mit anderen Augen an. Sie weiß, daß die Besatzungsarmee im Ruhrrevier, in Duisburg-Ruhrort, Düsseldorf, in der ganzen Kölner Zone[29] nur eine vorübergehende Erscheinung war. Die letzten politischen Vorgänge haben natürlich in ihr auch die Zuversicht gestärkt, daß sie die lästige Besatzung bald los sein wird. Wie nur zu verständlich, kann sie diesen Moment kaum erwarten und nimmt ihn auf ihre Art zum Teil schon vorweg, indem sie die Besatzung nicht mehr als den Machtfaktor wertet, den sie immerhin noch darstellt. Aus dieser Stimmung heraus entstehen teilweise die Zwischenfälle. Es ist Aufgabe beider beteiligten Teile, sowohl der Besatzungsarmee wie der Deutschen Regierung, dafür zu sorgen, daß sich die Restzeit der Besatzung noch möglichst reibungslos abspielt und nicht zu einer dauernden Gefahrenquelle für die von den Regierungen angestrebte Politik der Entspannung und der Befriedung wird. In diesem Sinne hat der Reichskommissar in Koblenz

[27] Gemeint ist der Franc, dessen Wechselkurs aufgrund der französischen Währungskrise stark gesunken war und erst neuerdings wieder leicht anstieg (vgl. NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22293 [Abendausgabe] vom 6. Oktober 1926, S. 1, u. Nr. 22294 [Morgenausgabe] vom 7. Oktober 1926, S. 1).

[28] Der Dawes-Plan, der auf der Londoner Konferenz vom Juli und August 1924 als Grundlage der deutschen Reparationszahlungen vereinbart wurde, sah vor, daß künftig die Besatzungskosten von den Besatzungsmächten aus den deutschen Reparationsleistungen zu zahlen seien, mithin also die Besatzungskosten auf die Reparationslasten angerechnet wurden.

[29] Am 31. Juli 1925 war die Räumung des im Januar 1923 besetzten Ruhrgebiets durch die alliierten Besatzungstruppen abgeschlossen worden (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 134). Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort, die im Frühjahr 1921 im Zuge der ultimativen Reparationsforderungen in Erweiterung des durch den Versailler Vertrag vorgesehenen Besatzungsgebietes als „Sanktionsstädte“ besetzt worden waren, wurden bis zum 25. August 1925 geräumt (vgl. ebd., S. 114). Die Besatzung von Köln und der nördlichen („Kölner“) Zone hatte formal (nach dem Abzug der letzten Truppen am Vortag) am 31. Januar 1926 geendet (vgl. ebd., 67 [1926], S. 23).

zusammen mit der Interalliierten Rheinlandkommission einen gemeinsamen Appell[30] an die Besatzung und an die Bevölkerung gerichtet, und in diesem Sinne wird die Reichsregierung, ohne daß darunter die Festigkeit der Vertretung der Interessen der Bevölkerung leiden darf, weiter tätig sein.

[30] Der Text der gemeinsamen Kundgebung des Reichskommissars und der Interalliierten Rheinlandkommission vom 5. Oktober 1926 in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 473 (Abendausgabe) vom 6. Oktober 1926; WIENER ZEITUNG, Nr. 232 vom 7. Oktober 1926, S. 6.

Rede im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags vom 2. November 1926[1]

Nach BERLINER TAGEBLATT, Nr. 522 (Abendausgabe) vom 4. November 1926. – Teildruck (mit kleinen Abweichungen) in NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22322 (Morgenausgabe) vom 5. November 1926, S. 4.

Die Erwartung, daß die jetzt anstehenden Verhandlungen über Thoiry schnell zum Ergebnis führen müßten, ist irrig. Die damit verbundenen Fragen sind so komplex, daß die Verhandlungen einige Zeit in Anspruch nehmen werden.

Selbstverständlich hat Briand[2] nicht die gesamte **öffentliche Meinung Frankreichs** hinter sich[3]. Aber die Zahl derer, die überhaupt gegen den Gedanken der Verständigungspolitik sind, ist gering gegenüber denen, die das Grundprinzip billigen, aber **im Einzelnen Kritik üben,** etwa sagen, daß Briand zu billig gewesen sei**,**

---

[1] Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags tagte offenbar vom 2. bis 4. November 1926 an mehreren Tagen hintereinander (vgl. STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 52). Sofern es sich bei der Vorlage, die an sich noch keine genaue Datierung erlaubt, auf welche dieser Sitzungen sie sich bezieht, überhaupt um die wörtliche Wiedergabe der Rede Stresemanns (bzw. nur eines Teils der Rede) handelt (es war Vertraulichkeit vereinbart: VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 519 [Abendausgabe] vom 2. November 1926), dürfte Stresemann das hier Wiedergegebene wohl in der ersten dieser Sitzungen, also am 2. November 1926, im Rahmen längerer Ausführungen zu Thoiry gesagt haben (vgl. ebd., sowie Nr. 521 [Abendausgabe] vom 3. November 1926). – In der Vorlage heißt es in in einem Artikel mit der Überschrift „Stresemann über Thoiry. Die Erklärungen im auswärtigen Ausschuß“ einleitend und vor der Wiedergabe der wörtlichen Rede Stresemanns: „Im auswärtigen Ausschuß haben die Besprechungen über alle mit Thoiry zusammenhängenden Fragen, wie schon gemeldet, zu einem Angriff des deutschnationalen Abgeordneten Professor Hötzsch gegen Dr. Stresemann geführt, der das Endresultat einer Art von Kampagne darstellt, die die Deutschnationalen seit einiger Zeit gegen die Thoiry-Politik führen. [...] Demgegenüber hat Dr. Stresemann im auswärtigen Ausschuß klar Feststellungen getroffen. Er hat festgestellt, daß von eine Verstimmung in Amerika weder an Regierungsstelle, noch bei denen [!] in diesem Fall ja sehr wichtigen Finanzleuten die Rede sein könne. Er hat festgestellt, daß man in Paris an offizieller Stelle nicht daran denk, die Ostfragen und die Anschlußfrage in die Verhandlungen einzubeziehen, ja, daß von sehr maßgeblicher Stelle solche Gedanken als absurd bezeichnet worden sind. In London, wo Frankreich angeblich Schritte wegen der Militärkontrolle unternommen haben soll, hat man erklärt, daß daran kein wahres Wort sei. Im übrigen ist die Frage des Uebergangs der Kontrolle an den Völkerbund in Locarno am Vorabend der Paraphierung des Vertrages zwischen den Außenministern eingehend besprochen.“ Anschließend fährt der Text in direkter Rede fort.

[2] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918.

[3] Stresemann bezieht sich auf die deutsch-französischen Verhandlungen, die sich aus dem Gespräch Stresemanns mit Briand in Thoiry vom 17. September 1926 (vgl. dazu in dieser Edition neben der Rede Stresemann vor der deutschen Presse vom gleichen Tag sein stichwortartiges Diktat vom 17. September und seine ausführlichere Aufzeichnung vom 20. September 1926 in: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 188–191 u. 202–210) ergeben hatten. Zum Stand dieser Verhandlungen Anfang November 1926 vgl. seine in STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 42–52.

oder behaupten, daß die Begebung der Obligationen[4] auch ohne die deutsche Zustimmung möglich sei, oder wirtschaftliche Konzessionen wünschen.

Man erwartet mit Unrecht, daß die sehr schwierigen Verhandlungen **jetzt mit Windeseile fortschreiten. Das ist unmöglich.** Denn der Komplex der Fragen, die geregelt werden müssen, ist unendlich groß, und dadurch, daß jede Einzelheit im Vertrag von Versailles[5] verankert ist, unendlich kompliziert. Gewiß kann man mit einigem Recht behaupten, daß die Verhandlungen **im Augenblick auf einem toten Punkt** stehen. Aber alle Verhandlungen von solcher Größe haben nicht einmal, sondern mehrfach auf einem toten Punkt gestanden und sind **doch zum guten Abschluß** gekommen. Heute weiß man noch gar nicht, ob Poincaré[6] das **Schuldenabkommen mit Amerika[7]** ratifizieren will oder nicht. Er hat mit gutem Grund den **Ausgang der amerikanischen Wahlen[8] abgewartet** und konnte von seinem Standpunkt aus sich vorher auch nicht festlegen. Das ist aber ein Moment, das für den Weitergang der Verhandlungen wichtig ist. Inzwischen wächst sich Thoiry[9] ja auch aus. In der öffentlichen Diskussion ist die Frage der Begebung aller **Eisenbahnobligationen[10]** gestellt. Diese Frage ist aber identisch mit der der **Revision** des **Dawes-Planes[11],** denn das Maximum der deutschen Leistungsmöglichkeit ist durch die Aufnahmefähigkeit des Kapitalmarktes der ganzen Welt für diese Obligationen gegeben. Das wissen die großen Finanzleute und sprechen es unumwunden aus, und zu diesem Standpunkt haben sich auch schon maßgebliche Beamte der Gegenseite be-

---

[4] Infolge des Dawes-Plans (vgl. unten mit Anm. 11) war die Reichsbahn in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden und mußte als Sicherheit für die Zahlung der Reparationslasten Obligationen bei den Treuhändern des Dawes-Plans hinterlegen. In Thoiry war als Möglichkeit erörtert worden, inwieweit diese Obligationen mobilisiert werden könnten, um Frankreich als Gegenleistung für Zugeständnisse an Deutschland aus seiner Finanzkrise zu helfen.

[5] Text des am 28. Juni 1919 unterzeichneten Versailler Friedensvertrags im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u. a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

[6] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929.

[7] Am 29. April 1926 war in Washington das amerikanisch-französische Abkommen über die Rückzahlung der französischen Schulden aus der Zeit des Ersten Weltkriegs unterzeichnet worden (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 450). Es war bisher von französischer Seite nicht ratifiziert.

[8] Am 2. November 1926 fanden in den Vereinigten Staaten von Amerika Wahlen zum Repräsentantenhaus und für ein Drittel des Senats statt (vgl. ebd., S. 406).

[9] Vgl. oben Anm. 3.

[10] Vgl. oben mit Anm. 4.

[11] Gemeint ist der Reparationsplan, der als Gutachten des von der Reparationskommission eingesetzten Sachverständigen-Ausschusses unter dem Vorsitz des US-Amerikaners Charles Gates Dawes vorgelegt (gedruckt u. a. in SACHVERSTÄNDIGEN-GUTACHTEN), auf der Londoner Konferenz vom 16. Juli bis 16. August 1924 zur Grundlage der deutschen Reparationen bestimmt wurde (Protokolle der Konferenz in LONDONER KONFERENZ) und der schließlich am 30. August 1924 durch die Unterzeichnung des Londoner Protokolls (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 439) in Kraft trat.

kehrt. Darin liegt auch eine große Sicherheit für Deutschland, denn so sehr das Geschäft der Ausgabe dieser Obligationen die großen Banken lockt, keine von ihnen wird es riskieren, mehr auf den Markt zu bringen, als **Deutschland** nach ihrer Ueberzeugung **verzinsen** kann. **„Revision des Dawes-Planes“** ist heute freilich nur ein Schlagwort, unter dem sich jeder etwas anderes vorstellt, während seine tatsächliche Bedeutung **noch ganz ungeklärt** ist. Wenn also die Entwicklung des „großen Thoiry“ in dieser Richtung weiter geht, **so sind dazu Jahre nötig, denn die Obligationen könnten natürlich nur in einzelnen Abschnitten begeben werden.** Es zeigt sich jetzt, wie bedeutungsvoll der Transferschutz[12] ist, nicht nur für unsere Währung, sondern auch als ein Mittel, das automatisch auf eine „Revision“ hinwirkt. Die Staaten der Gegenseite brauchen ja Kapital und keine Sachleistungen, deren ständiges Wachsen die Industrie der anderen Länder als sehr unangenehm empfindet. Aber auch diese Entwicklung ist mit Dingen **verknüpft,** auf die wir gar keinen Einfluß haben, und die sich ebenfalls nur sehr langsam entwirren können, nämlich mit der Frage der **Regelung der interalliierten Schulden[13],** die dann in die Richtung auf eine Herabsetzung gedrängt würde. Es hat wenig Zweck, Fristen für die Dauer solcher Verhandlungen zu nennen. Aber selbst, wenn es sich nur um das **„kleine Thoiry“** handelt, so muß man doch immer mit einer mindestens **einjährigen Dauer der offiziellen Verhandlungen, die jetzt noch nicht einmal begonnen haben,** rechnen. Das Beispiel anderer großer Verhandlungen zeigt, daß man dabei Geduld haben muß.

Man hat behauptet, daß bei der Besprechung von Thoiry die Entlassung **Seeckts[14]** und die nationalen Verbände eine Rolle gespielt haben. Vom Fall Seeckt ist **mit keinem Wort die Rede gewesen,** um so weniger, als die Stellung des Chefs der Heeresleitung ja schon in früheren Verhandlungen mit der Kontrollkommission

---

[12] Der Dawes-Plan sah vor, daß jährliche deutsche Leistungen nur in dem Umfang zu zahlen waren, der die Stabilität der deutschen Währung nicht gefährden würde.

[13] Gemeint sind diejenigen Schulden, die den alliierten Mächten untereinander und vor allem gegenüber den Vereinigten Staaten im Ersten Weltkrieg entstanden waren. 1926 waren darüber verschiedene Abkommen unterzeichnet worden (am 27. Januar das englisch-italienische Schuldenabkommen: SCHULTHESS 67 [1926], S. 449–450; am 29. April das amerikanisch-französische Abkommen: vgl. oben mit Anm. 7; am 12. Juli das englisch-französische Schuldenabkommen: vgl. ebd., S. 451–452), die jedoch noch nicht alle ratifiziert waren.

[14] Hans von Seeckt (1866–1936), Chef der Heeresleitung 1920–1926; Mitglied des Reichstags 1930–1932 (für die DVP). – Seeckt war wegen Differenzen mit dem Reichswehrminister über die Teilnahme eines Hohenzollernprinzen an einer militärischen Übung am 8. Oktober 1926 auf sein Entlassungsgesuch hin von seinem Posten entbunden worden (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 151; AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 242).

geklärt worden ist[15]. Die nationalen Verbände haben allerdings eine gewisse Rolle gespielt. Schuld daran war[en] die unendlich törichten Publikationen dieser Verbände, denen man freilich nicht mehr Bedeutung beigemessen hat, als sie wirklich beanspruchen können.

[15] Die Stellung eines „Chefs der Heeresleitung“ und deren Vereinbarkeit mit den Abrüstungsverpflichtungen aus dem Versailler Vertrag waren zwischen Deutschland und den Alliierten lange strittig gewesen. Im November 1925 hatte man sich darauf geeinigt, daß eine Erläuterung des deutschen Wehrgesetzes die Stellung des Chefs der Heeresleitung präzisieren würde (vgl. MATERIALIEN ZUR ENTWAFFNUNGSNOTE II, S. 16–17).

Rede vor DVP-Mitgliedern in Hamburg vom 20. November 1926[1]

Nach STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 57–58.

Die möglichen Folgen von Thoiry sind zu groß, als daß man schnelle Ergebnisse erwarten könnte.

Es ist die Aufgabe der Staatsmänner und Politiker, ihrer Zeit vorauszueilen. Die Stabilisierung des französischen Franken[2] bedeutet nichts gegenüber dem, daß der berufene Vertreter der französischen Nation die Gedanken der Nachkriegspolitik für nicht mehr vereinbar hält mit dem Geiste des heutigen Europa. Dafür hat sich Briand[3] einsetzen wollen. Er wird in diesem Kampfe vielleicht große Schwierigkeiten haben. Aber der Gedankenwall ist überstiegen, und es ist viel weniger Opposition gemacht worden als in vielen anderen Fällen, wenn ich mir auch nicht denken konnte, daß das heutige französische Kabinett so schnell auf diese Gedanken eingehen würde[4]. Diesem Skeptizismus habe ich dem Herrn Reichspräsidenten[5] gegenüber sofort in der

---

[1] Ein Artikel in KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 867 (Morgenausgabe) vom 22. November 1926, der die Worte Stresemanns nur als knappe Zusammenfassung bietet, erläutert: „Reichsminister Dr. Stresemann weilte am Samstag in Hamburg und hat auf einem parlamentarischen Abend in kleinem Kreis geladener Parteifreunde Ausführungen über außenpolitische Zusammenhänge gemacht, die zunächst als vertraulich gelten sollen, aber wahrscheinlich im wesentlichen die Grundlage für die Rede des Ministers bei der bevorstehenden außenpolitischen Aussprache im Reichstag bilden werden. Er betonte dabei, daß die Deutsche Volkspartei keine Parteipolitik, sondern Reichspolitik treibe.“ – Aus letzterem geht auch hervor, daß es sich bei der hier verwendeten Vorlage nur um einen Ausschnitt der Rede handelt.

[2] Der Kurs des französischen Francs war nach der längeren Währungskrise zuletzt an den Devisenmärkten wieder stark angestiegen (vgl. etwa VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 547 [Morgenausgabe] vom 19. November 1926).

[3] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918. – Der Zusammenhang sind Stresemanns Gespräch mit Briand in Thoiry vom 17. September 1926 (vgl. dazu in dieser Edition neben der Rede Stresemann vor der deutschen Presse vom gleichen Tag sein stichwortartiges Diktat vom 17. September und seine ausführlichere Aufzeichnung vom 20. September 1926 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 188–191 u. 202–210) und die anschließenden Bemühungen Briands, das französische Kabinett zur Zustimmung zu den dort besprochenen Plänen zu bewegen.

[4] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf die Sitzung des französischen Ministerrats vom 21. September 1926, in der Briand bevollmächtigt wurde, im Sinne des Gesprächs von Thoiry weiter mit Deutschland zu verhandeln (vgl. die „Havas“-Meldung, die in STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 24, wiedergegeben ist, sowie VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 447 [Abendausgabe] vom 21. September 1926).

[5] Paul von Beneckendorf und von Hindenburg (1847–1934), Reichspräsident 26. April 1925 – 1934.

ersten Stunde nach meiner Rückkehr[6] Ausdruck gegeben. Ich habe noch nie internationale Verhandlungen geführt, die nicht monatelang gedauert haben. Das ist auch beim Dawes-Abkommen[7] der Fall gewesen. Fünf Vierteljahre hat es gedauert, bis der Berliner Vertrag[8] zwischen Deutschland und Sowjet-Rußland abgeschlossen war. Er wäre nie zustande gekommen, wenn es nicht gelungen wäre, ihn vor der Presse zu verheimlichen. Es ist ein großer Fehler gewesen, daß ein Communiqué über die Unterredung zwischen Briand und mir erschienen ist[9]. Seien Sie sicher, daß das nicht wieder passiert. Die Öffentlichkeit ist gut, mag sie loben, mag sie tadeln; aber sie soll nicht stören, solange praktische Arbeit geleistet wird. Jetzt handelt es sich um Dinge, die vielleicht weit mehr ins Große wachsen.

Viele Menschen fragen heute: Seid ihr nicht auf falschem Wege? Müßt ihr nicht das ganze Problem lösen, ist nicht die Zeit gekommen, wo man die **Endsumme** festsetzt, die Deutschland schuldet[10], ist es nicht notwendig, die Frage der **interalliierten Schulden**[11] zwischen Washington, London, Paris und Rom zu regeln, müssen wir nicht herauskommen aus der Ungewißheit, was Deutschland schuldet? Wenn Sie sich das Ausmaß dieser Fragen vor Augen führen, werden Sie verstehen, daß das eine Sache von langer Dauer ist, eine Sache von der allergrößten Bedeutung für die Nachkriegszeit, weil sie das Siegel unter die Beendigung der finanziellen und wirt-

---

[6] Gemeint ist wohl die Rückkehr aus Genf von der Völkerbundstagung im September 1926. Stresemann hatte unmittelbar nach seiner Ankunft in Berlin am 23. September 1926 Hindenburg Bericht erstattet (vgl. VOSSISCHE Zeitung, Nr. 452 [Morgenausgabe] vom 24. September 1926).

[7] Gemeint ist das Abkommen, das auf der Basis des am 9. April 1924 von dem durch die Reparationskommission eingesetzten Sachverständigen-Ausschuß unter dem Vorsitz des US-Amerikaners Charles Gates Dawes vorgelegt (gedruckt u. a. in SACHVERSTÄNDIGEN-GUTACHTEN), auf der Londoner Konferenz vom 16. Juli bis 16. August 1924 zur Grundlage der deutschen Reparationen bestimmt wurde (Protokolle der Konferenz in LONDONER KONFERENZ) und das schließlich am 30. August 1924 durch die Unterzeichnung des Londoner Protokolls (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 439) in Kraft trat.

[8] Text des „Berliner Vertrags“, eines Freundschaftsvertrags mit der Sowjetunion, der am 24. April 1926 in Berlin unterzeichnet worden war, einschließlich des zugehörigen Notenaustauschs vom gleichen Tag in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 2,1, S. 402–406.

[9] Das unmittelbar nach dem Gespräch von Thoiry veröffentlichte Kommuniqué ist u. a. wiedergegeben in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 442 (Morgenausgabe) vom 18. September 1926; STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 15.

[10] Gemeint ist die Endsumme der von Deutschland zu zahlenden Reparationen. Sie war durch das Londoner Abkommen von 1924 (vgl. oben Anm. 7) nicht neu festgelegt worden, so daß formal weiterhin die durch das Londoner Ultimatum vom 5. Mai 1921 von den alliierten Mächten geforderte und schließlich von der Regierung Wirth angenommene Summe von 132 Milliarden Goldmark als Gesamtsumme galt.

[11] Gemeint sind diejenigen Schulden, die den alliierten Mächten untereinander und vor allem gegenüber den Vereinigten Staaten im Ersten Weltkrieg entstanden waren. 1926 waren darüber verschiedene Abkommen unterzeichnet worden (am 27. Januar das englisch-italienische Schuldenabkommen: SCHULTHESS 67 [1926], S. 449–450; am 29. April das amerikanisch-französische Abkommen: ebd., S. 450; am 12. Juli das englisch-französische Schuldenabkommen: ebd., S. 451–452), die jedoch noch nicht alle ratifiziert waren.

schaftlichen Auseinandersetzungen drückt. Wenn das Gespräch von Thoiry[12] keine andere Wirkung hätte als die, die Lösung dieser Fragen in Bewegung gesetzt zu haben, dann wäre es nicht umsonst geführt.

Noch immer schwankt unser Schiff, weil die Extreme noch zu stark sind und weil die Mittelladung nicht schwer genug ist, um einen sicheren Kurs zu verbürgen. Sorgen wir dafür, daß wir in dieser unendlich schwierigen Zeit mit denjenigen Männern Politik machen, die über jede Unpopularität hinweg es verstehen, uns, wenn auch nur schrittweise, vorwärtszuführen.

[12] Vgl. oben Anm. 3.

Erklärung im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags vom 22. November 1926[1]

Nach DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 546 (Morgenausgabe) vom 23. November 1926. – Druck (teilweise mit kleinen Abweichungen) auch in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 553 (Morgenausgabe) vom 23. November 1926; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 552 (Morgenausgabe) vom 23. November 1926; KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 869 (1. Morgenausgabe) vom 23. November 1926; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 545 (Morgenausgabe) vom 23. November 1926; FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 872 (2. Morgenausgabe) vom 23. November 1926, S. 1; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22339 (Morgenausgabe) vom 23. November 1926, S. 4.

Erläutert den Ankauf der DAZ-Anteile durch das Reich und dessen Finanzierung.

In einer Reihe von Zeitungen sind Mitteilungen über Beziehungen der Reichsregierung zu der **„Deutschen Allgemeinen Zeitung“** verbreitet worden, **die in ihren Einzelheiten nicht richtig** sind[2]. Im Einvernehmen mit dem Herrn Reichskanzler[3] stelle ich darüber das Folgende fest: Von dem gesamten Verlagsunternehmen der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, das seinerzeit von der Preußischen Regierung im August 1925 erworben wurde[4], ist im April d. J. Jahres die Zeitung auf das Reich übergegangen, soweit die Minderheit der Anteile nicht im privaten Besitz ist[5]. Die durch diese Veränderung für das Reich entstehenden Ausgaben werden aus den Dispositionsfonds des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Reichsaußenministers

---

[1] Laut der Vorlage gab Stresemann die Erklärung vor Eintritt in die Tagesordnung ab.

[2] Bereits im Mai 1926 hatte sich die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ zu „in letzter Zeit erneut verbreiteten tendenziösen Gerüchten über die Besitzverhältnisse der ‚D.A.Z.‘“ geäußert und dabei behauptet: „Alle tendenziösen Kombinationen, insbesondere solche einer Beteiligung oder einer Einflußnahme der preußischen Regierung, sind hinfällig“ (DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 202 vom 1./2. Mai 1926). Am 19. November 1926 hatte der „Sozialdemokratische Pressedienst“ erneut eine Diskussion ausgelöst, als er nach Subventionen der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ durch Reichsstellen fragte, was in verschiedenen Zeitungen Widerhall fand (vgl. etwa TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 540 [Abendausgabe] vom 19. November 1926; FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 861 [1. Morgenausgabe] vom 20. November 1926; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 548 [Morgenausgabe] vom 20. November 1926; KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 866 [2. Sonntagsausgabe] vom 21. November 1926; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 551 vom 21. November 1926).

[3] Wilhelm Marx (1863–1946), Reichskanzler 30. November 1923 – 15. Januar 1925 und 17. Mai 1926 – 29. Juni 1928; Reichsjustizminister (und beauftragt mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete) 20. Januar – 17. Mai 1926; Preußischer Ministerpräsident Februar – März 1925; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1932 (für das Zentrum; dessen Parteivorsitzender 1922–1928; Fraktionsvorsitzender 1921–1924, 1926). – Zur Diskussion zwischen Auswärtigem Amt und Reichskanzlei über den Besitzanteil der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 378–379, Anm. 9.

[4] Vgl. dazu ebd., Luther I, S. 486, Anm. 2.

[5] Zu Einzelheiten über diesen Kauf, in den das Kabinett (außer Reichskanzler Luther) nicht eingeweiht war, vgl. ebd.

gedeckt, die etatsrechtlich zur Verfügung des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Reichsaußenministers stehen. Zwischen dem früheren[6] und jetzigen Besitzer sind Verabredungen über die allgemeine Haltung des Blattes getroffen worden, die der allgemeinen Tendenz des Blattes entsprechen.[7]

[6] Gemeint ist offenbar Preußen bzw. dessen Staatsregierung.

[7] In BERLINER TAGEBLATT, Nr. 552 (Morgenausgabe) vom 23. November 1926, heißt es nach der Wiedergabe der Worte Stresemanns: „Diese Erklärung Dr. Stresemanns wurde, wie wir hören, von den Mitgliedern des Auswärtigen Ausschusses mit großem Erstaunen aufgenommen. Es war sozusagen eine Sensation, denn davon, daß das Deutsche Reich die ‚Deutsche Allgemeine Zeitung' im April d. J. gekauft hat, wußte die Oeffentlichkeit bis jetzt überhaupt nichts. Eine Aussprache fand im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages, dessen Verhandlungen ja an und für sich vertraulich sind, nicht statt. Der Ausschuß trat vielmehr nach Entgegennahme der Erklärung Stresemanns sofort in die Tagesordnung ein. Es ist aber damit zu rechnen, daß die Angelegenheit der ‚Deutschen Allgemeinen Zeitung' schon in den nächsten Tagen im Plenum des Reichstags zur Sprache kommen wird."

Reichstagsrede vom 23. November 1926[1]

Nach VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 391, S. 8140–8145. – Teildrucke (mit leichten Abweichungen) in DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 548 (Morgenausgabe) vom 24. November 1926; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 547 (Morgenausgabe) vom 24. November 1926; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 554 (Morgenausgabe) vom 24. November 1926; KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 872 (1. Morgenausgabe) vom 24. November 1926; FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 875 (2. Morgenausgabe) vom 24. November 1926, S. 1–2; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 555 (Morgenausgabe) vom 24. November 1926; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22340 (Morgenausgabe) vom 24. November 1926, S. 4; WIENER ZEITUNG, Nr. 271 vom 25. November 1926, S. 7; SCHULTHESS 67 (1926), S. 165–168 (unter dem falschen Datum 24. November 1926); DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 42, A 2 (1926), S. 66–69; STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 58–64; URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 513–515; QUELLEN ZUR AUSSENPOLITIK DER WEIMARER REPUBLIK S. 142.

Die Abwehrhaltung eines Teils der französischen Öffentlichkeit gegen die Pläne von Thoiry ist normal. Bei der Reichweite der in Thoiry erörterten Vorschläge war eine schnelle Umsetzung nicht zu erwarten; dennoch gibt es Fortschritte. Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen. Verteidigt Maltzans Flaggenhissung in Washington am Waffenstillstandstag. Die Interalliierte Militärkontrolle muß beendet werden, weil die Abrüstungsforderungen der Botschafterkonferenz erfüllt sind. Die vorzeitige Räumung des Rheinlands und des Saargebiets wären den Preis wert, von dem in Thoiry die Rede war, denn der deutsch-französische Ausgleich ist zentral für die Konsolidierung Europas.

Dr. **Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen: Meine Damen und Herren! Der Herr Vorredner[2] hat die Unterhaltung, die zwischen dem französischen Außenmini-

---

[1] Stresemann sprach im Rahmen der Beratung über den Nachtragshaushalt für 1926 unter dem Tagesordnungspunkt „Aussprache über die auswärtige Politik“. Sie war verknüpft mit der Beratung über einen Antrag der Völkischen zur Kündigung der Locarno-Verträge, des Dawes-Abkommens und zur Einstellung der Reparationszahlungen (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 410, Anl. Nr. 2621), einen interfraktionellen Antrag der bürgerlichen Parteien zur Prüfung, ob die Kriegsschuldfrage dem Internationalen Gerichtshof vorgelegt werden könne (ebd., Bd. 411, Nr. 2689), und eine Interpellation der DNVP zur Flaggenhissung in Washington (ebd., Nr. 2681; zur Sache vgl. unten mit Anm. 33).

[2] Otto Hoetzsch (1876–1946), Mitglied des Reichstags 1920–1930 (für die DNVP 1920–1929, für die Konservative Volkspartei 1929–1930). – Sein Debattenbeitrag: VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 391, S. 8131–8140.

ster[3] und mir anläßlich der Tagung in Genf[4] stattgefunden hat[5], wiederholt in den Mittelpunkt seiner Erörterungen gestellt. Dabei hat er darauf hingewiesen, und ich freue mich, daß er das gerade von seiner Seite konstatiert hat, daß für ihn und, wie ich annehme, auch für seine Partei kein Anlaß vorliege, an der Ehrlichkeit des Bestrebens des Herrn französischen Außenministers zu zweifeln, diejenige Politik der Verständigung mit Deutschland zu führen, zu der er sich wiederholt, zuletzt in der Formulierung eines vereinbarten Pressekommuniqués[6] über die Gesamtlösung der zwischen uns bestehenden Fragen bekannt hat. Er hat demgegenüber darauf hingewiesen, daß es starke **Strömungen in der französischen Öffentlichkeit** gebe, die einen ganz anderen Weg gingen. Ich wundere mich über diese Konstatierung, denn ich glaube, das ist doch eigentlich eine Selbstverständlichkeit bei allen politischen Neuentwicklungen der Völker. Schließlich setzt sich eine Idee, die neuartig ist – und diese Ideen sind sieben Jahre nach einem großen Weltkriege etwas Neuartiges –, in das Denken der Völker doch erst durch nach einem Kampf zwischen denen, wie Herr Dr. Hoetzsch mit vollem Recht sagte, die ihrer Zeit voraus sind, und denjenigen, die nie heftiger und niemals undankbarer sind als gegen diejenigen, die eine Wahrheit eher sagen, als die Majorität des Volkes ihr Plazet dazu gibt. Ich darf aber doch bitten, in diesem Kampf der Meinung, der sich abspielt, nicht lediglich die Meinung der einen Seite als die eines Volkes anzusehen. Ich glaube, Herr Dr. Hoetzsch hat sich auch selbst in einem gewissen Widerspruch bewegt. Auf der einen Seite sprach er von politischen Phantasien, auf der anderen Seite sagte er, daß selbst auf der französischen Rechten die Erkenntnis für diese Politik mehr durchbräche.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Bei uns!)

– Nein, Herr Dr. Hoetzsch sprach von der französischen Rechten, soweit ich ihn ver-

---

[3] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918.

[4] Gemeint sind die Tagungen von Völkerbundsrat und -versammlung, während derer sich Stresemann vom 9. bis 22. September 1926 in Genf aufhielt.

[5] Gemeint ist das Gespräch Stresemanns mit Briand in Thoiry vom 17. September 1926 (vgl. dazu neben der Rede Stresemann vor der deutschen Presse vom gleichen Tag [in dieser Edition] sein stichwortartiges Diktat vom 17. September und seine ausführlichere Aufzeichnung vom 20. September 1926 in: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 188–191 u. 202–210).

[6] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf das Pressekommuniqué, das in Paris am 23. November 1926 als Ergebnis der Erklärungen Briands vor dem Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten veröffentlicht wurde (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 555 (Morgenausgabe) vom 24. November 1926; Schulthess 67 [1926], S. 294–295). Zur Vereinbarung dieses Kommuniqués konnte jedoch nichts ermittelt werden.

standen habe.

(Heiterkeit.)

Herr Dr. Hoetzsch hat insbesondere darauf hingewiesen, daß diese Fragen – Rheinlandräumung[7] und andere Begleichungen von Differenzen – von Persönlichkeiten von großem Ansehen mit dem Gedanken einer neuen **Anerkennung der Ostgrenzen** verbunden worden wären. Ich möchte demgegenüber doch stark unterstreichen, was Herr Dr. Hoetzsch gesagt hat: daß derartige Auffassungen nie von amtlicher französischer Seite geltend gemacht worden sind. Ich darf dem hinzufügen, daß hervorragende französische Stellen derartige Forderungen als abwegig bezeichnet haben[8], und zwar mit dem Bemerken, daß die Frage der Stellung zu den Ostgrenzen durch die Locarno-Verträge[9] geregelt ist. Das ist ja auch unsere Auffassung, die wir jede erneute Anerkennung dieser Grenzen abgelehnt haben. Wir haben in Locarno um diese unsere Stellung nicht deshalb derartig gekämpft, um jetzt etwa für eine frühere Räumung des Rheinlands diese grundsätzliche Einstellung der deutschen Reichsregierung preiszugeben.

(Bravo!)

Ich glaube, in der Beziehung gibt es gar keinen Unterschied irgendwelcher Parteien.

(Zustimmung.)

Ich würde es für wünschenswert halten, daß diese Einmütigkeit der Auffassung zum Ausdruck kommt, damit man nicht glaubt, daß in dieser Beziehung überhaupt ein Gegensatz zwischen rechts und links ist.

Nun hat der Herr Vorredner insbesondere – und ich habe das erwartet – davon gesprochen, daß bisher das **Thoiry-Gespräch[10]** keine Folgerungen gehabt hätte, mindestens in den großen Fragen der Räumung und in anderen politischen Fragen – , ob nicht in bezug auf die Frage der Militärkontrolle[11], lasse ich dahingestellt. Aber

---

[7] Gemeint sind die Bemühungen der deutschen Seite insbesondere gegenüber Frankreich um die vorzeitige Räumung der beiden noch besetzten Zonen des Rheinlands. Das Thema war in Thoiry angesprochen worden (vgl. oben mit Anm. 5). Durch die telegraphische Weisung Köpkes vom 8. September 1926 war die Botschaft in Paris jedoch angewiesen worden, das Thema vorerst gegenüber der französischen Regierung nicht mehr aufzuwerfen (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 173).

[8] Eine entsprechende französische Äußerung konnte nicht ermittelt werden.

[9] Gemeint sind die im Ergebnis der Konferenz von Locarno vom 5. bis 16. Oktober 1925 am 16. Oktober 1925 paraphierten Verträge (Text der Verträge in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215).

[10] Vgl. oben mit Anm. 5.

[11] Im Oktober und November 1926 waren die Verhandlungen zwischen deutschen und alliierten Stellen über die von deutscher Seite gewünschte Beendigung der Arbeit der Interalliierten Militärkon-

ich darf Sie, wenn Sie einmal von diesem Gespräch sprechen, doch auch bitten, sich den gesamten Komplex der Fragen vor Augen zu führen, der hiermit verbunden ist, und der ja unzweifelhaft nicht nur Frankreich und Deutschland angeht, sondern andere Mächte, vielleicht alle in der Botschafterkonferenz vertretenen[12], vielleicht ein weitergehendes großes Gremium, diesen Gesamtkomplex, der Operationen finanzieller Art vorgesehen hat, die den gesamten Dawes-Plan[13] berührten und infolgedessen auch Fragen aufwerfen konnten, welche die Gesamtlösung betreffen und so bedeutsam sind, daß sie eigentlich die größte Umwälzung alles dessen, was bisher auf diesem Gebiete besteht, in sich schließen würden. Demgegenüber werden Sie, Herr Kollege Dr. Hoetzsch, der Kenner internationaler Verträge und internationaler Vertragsverhandlungen, doch wohl nicht im Innern – Sie sagten so freundlich „camera caritatis“[14], was ja auf dieses Hohe Haus nicht unbedingt zutrifft –

(Heiterkeit)

erwartet haben, daß bei dem Umfang internationaler Verflechtungen, die diese Fragen mit sich bringen, acht Wochen nach diesem Gespräch Ihnen hier die Resultate dieses Gesprächs auf den Tisch gelegt werden.

(Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien. – Lachen und Zurufe von den Deutschnationalen. – Abgeordneter Schultz[15] [Bromberg]: Vor Tische las man es anders!)

– Verzeihen Sie, Herr Schultz (Bromberg), Sie sagen, vor Tische las man es anders. Ich habe am 2. Oktober, das heißt vierzehn Tage nach Thoiry, **in Köln** den dort Versammelten, die zum großen Teil aus dem Rheinland kamen, folgendes gesagt[16]: ich warne jeden davor, mit falschem Optimismus die Menschen in Sicherheit zu wiegen

trollkommission intensiviert worden; von deutscher Seite war zuletzt durch eine Note an die alliierten Mächte vom 16. November 1926 die Abberufung der Militärkontrollkommission aus Deutschland beantragt worden (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 459–466).

[12] Gemeint ist die ständige Botschafterkonferenz der Siegermächte, die über die Ausführung des Versailler Vertrags wachte.

[13] Gemeint ist der Reparationsplan, der als Gutachten des von der Reparationskommission eingesetzten Sachverständigen-Ausschusses unter dem Vorsitz des US-Amerikaners Charles Gates Dawes vorgelegt (gedruckt u. a. in SACHVERSTÄNDIGEN-GUTACHTEN), auf der Londoner Konferenz vom 16. Juli bis 16. August 1924 zur Grundlage der deutschen Reparationen bestimmt wurde (Protokolle der Konferenz in LONDONER KONFERENZ) und der schließlich am 30. August 1924 durch die Unterzeichnung des Londoner Protokolls (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 439) in Kraft trat.

[14] Hoetzsch hatte in seinem Debattenbeitrag (vgl. oben mit Anm. 2; S. 8134) die Wendung von der „camera caritatis“ genutzt, also etwa „unter vier Augen“.

[15] Georg Schultz(-Bromberg) (1860–1945), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1930 (für die DNVP).

[16] Vgl. dazu (in dieser Edition) Stresemanns Rede auf dem Parteitag der DVP in Köln vom 2. Oktober 1926.

und sie dann erschrecken zu lassen, wenn, wie ich als allgemeines politisches Naturgesetz annehme, auch auf diesem Wege Rückschläge kommen, wie sie allen Wegen der deutschen Politik beschieden gewesen sind. Herr Dr. Hoetzsch, ich weise Sie auf Fragen hin, die mit Locarno zusammenhängen, Fragen des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund. Gab es denn nicht ganze Monate, in denen wir damals auf dem toten Punkt gewesen sind, in denen sich zunächst ein Ausweg nicht zeigte, in denen nach Lösungsmöglichkeiten gesucht wurde[17]? Als das erste deutsche Memorandum am 9. Februar[18] übergeben wurde, erfolgte die Antwort am 16. Juni[19], und in der Zwischenzeit bemühten sich alle Leute nicht nur um Lösungsmöglichkeiten, sondern überall bemühten sich auch die Gegner dieser Dinge, so viel Steine in den Weg zu rollen, als nur möglich waren, um die Dinge zu komplizieren, sie auf ein anderes Gleis zu schieben, bis schließlich trotz aller Widerstände, Hemmungen, Oppositionen der erste positive Schritt gelang.

Der **Berliner Vertrag[20],** von dem Sie sprachen, hat fünf Vierteljahre in den Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland gedauert, und mehr als einmal schien es, als wenn jedes Vorwärtskommen unmöglich wäre, weil wir über Formeln, über bestimmte Forderungen miteinander nicht eins werden konnten. Denken Sie an die Frage der **Luftfahrverhandlungen[21]** [!] zwischen Frankreich und uns,

---

[17] Auf Drängen insbesondere Frankreichs und Großbritanniens war das Inkrafttreten des Hauptvertrags von Locarno daran gebunden, daß Deutschland in den Völkerbund eintreten würde (vgl. Art. 10: LOCARNO-KONFERENZ S. 202). Im März 1926 war der Eintritt Deutschlands jedoch daran gescheitert, daß gleichzeitig auch von anderen Staaten ein ständiger Sitz im Völkerbundsrat gefordert wurde, wie er Deutschland zugestanden worden war (vgl. dazu etwa in dieser Edition die Rede Stresemanns vor Vertretern der ausländischen Presse in Genf vom 17. März 1926). Nach zwischenzeitlichen weiteren Verhandlungen wurde Deutschland am 10. September 1926 in den Völkerbund aufgenommen (vgl. in dieser Edition die Rede Stresemanns anläßlich dieser Aufnahme). Daraufhin waren die Verträge am 14. September 1926 ratifiziert worden (vgl. in dieser Edition die Rede Stresemanns vor Vertretern der englischen Presse an diesem Tag).

[18] Offenbar bezieht sich Stresemann hier nicht mehr auf den Völkerbundsbeitritt, sondern auf die deutsche Initiative vom Januar und Februar 1925, mit der das Auswärtige Amt zunächst in London, dann in Paris in der Sicherheitsfrage sondierend aktiv geworden war und Deutschlands Bereitschaft bekundet hatte, einen Pakt abzuschließen, der den „gegenwärtigen Besitzstand am Rhein" garantiere (vgl. die betreffenden streng vertraulichen Memoranden vom 20. Januar u. 9. Februar 1925: LOCARNO-KONFERENZ S. 52–53 u. 61–62, sowie die betreffenden Erlasse Schuberts bzw. Stresemanns an Sthamer und Hoesch vom 19. Januar bzw. 5. Februar 1925: ebd., S. 47–51 u. 55–60).

[19] Mit der Note vom 16. Juni 1925 hatte Briand – auch namens der Alliierten – auf das deutsche Memorandum vom 9. Februar 1925 (vgl. die vorangehende Anm.) geantwortet. Druck der Note (in deutscher Übersetzung) u. a. in SCHULTHESS 66 (1925), S. 422–424; LOCARNO-KONFERENZ S. 100–103.

[20] Text des „Berliner Vertrags", eines Freundschaftsvertrags mit der Sowjetunion, der am 24. April 1926 in Berlin unterzeichnet worden war, einschließlich des zugehörigen Notenaustauschs vom gleichen Tag in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 2,1, S. 402–406.

[21] Am 21. Mai 1926 war nach langen Verhandlungen in Paris ein Abkommen unterzeichnet worden, das die restriktiven Bestimmungen des Versailler Vertrags für die deutsche Luftfahrt milderte und

unter anderem an die Aufhebung der früheren Bestimmungen. Ich weiß aus all den Telegrammen über diese Verhandlungen, wie oft sie stillstanden, weil man nicht weiterkam. Jeder Handelsvertrag ist doch nichts anderes als ein Kampf zwischen Fortschritt, einem Zurückwerfen und einem Stillstand.

Wenn Sie deshalb so oft in Ihrer Rede – und prinzipiell unterstreiche ich das, was Sie gesagt haben – davon sprachen, daß eine Opposition der Regierung nutzen könne, so bitte ich, doch zu erwägen, ob, wenn zum erstenmal seit dem Friedensschluß Fragen wie die der **Gesamtrheinlandräumung**[22] doch offiziell besprochen werden, es eine Unterstützung des Vorwärtsschreitens dieser Verhandlungen ist, wenn Sie das hier als politische Phantasie erklären, und es so hinstellen, als sei es jetzt von[23] der deutschen Öffentlichkeit zugegeben, daß es politische Phantasie wäre.

(Sehr gut! und sehr richtig! bei den Regierungsparteien.)

Ich glaube, daß, so wenig zu einem überschwänglichen [!] Optimismus Veranlassung vorlag, so wenig Veranlassung zu dem Pessimismus vorliegt, der hier zum Ausdruck gekommen ist.

Sie haben, Herr Dr. Hoetzsch, dann weiter die Frage der **Militärkontrolle**[24]**,** auf die ich nachher zu sprechen komme, erwähnt und, ich glaube, in diesem Zusammenhange gesagt, daß die Regierung sich jetzt die Formeln der Opposition aneigne. Sie haben, wenn ich recht verstanden habe, auch davon gesprochen, daß zwei Tage – ich weiß nicht – nach irgendeinem Ereignis die „Vossische Zeitung“[25] geschrieben habe, daß die Regierung jetzt, nachdem feststehe, daß sich gegen die Thoiry-Lösung finanzielle Schwierigkeiten ergäben, die Frage der Militärkontrolle in die Hand nehmen würde. Da darf ich zunächst das eine sagen: an letzterem konnte doch keine Kritik geübt werden. Die Frage der Beendigung der Militärkontrolle war doch ein Thema des Gesprächs in Thoiry; und wenn ein Stillstand auf der anderen Seite ist, nimmt man das in die Hand, worin man vorwärtskommen kann, worin diese Schwierigkeiten nicht bestehen.

---

insbesondere in der Frage der Trennung zwischen militärischer und ziviler Luftfahrt Zugeständnisse an Deutschland enthielt (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 444).

[22] Vgl. oben mit Anm. 7.

[23] So in der Vorlage. Gemeint ist vermutlich: „vor“.

[24] Vgl. oben mit Anm. 11.

[25] Hoetzsch hatte in seinem Debattenbeitrag (vgl. oben mit Anm. 2; S. 8134) das im Folgenden auch von Stresemann Wiedergegebene aus einem Artikel in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 523 (Abendausgabe) vom 4. November 1926 zitiert.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien.)

Aber ich darf noch darauf hinweisen, Herr Dr. Hoetzsch, daß die Frage, daß die Militärkontrolle und das weitere Hierbleiben der interalliierten Militärkontrollkommission nicht mehr mit dem Geiste der von uns und den anderen geschlossenen Verträge vereinbar sei, doch von mir im Auswärtigen Ausschuß formuliert wurde[26] und daß Sie selbst damals fragten, ob ich damit einverstanden sei, daß Sie diese Formulierung auch in der Öffentlichkeit als die des Außenministers bekanntgäben.

(Hört! Hört! und sehr richtig! bei den Regierungsparteien.)

Also ich glaube, auch hier wollen wir doch nicht einen Streit ausfechten, wer den ersten Schritt getan hat. Daß die Militärkontrollkommission so bald wie möglich verschwinden soll, darüber hat es, glaube ich, noch niemals einen Parteistreit gegeben.

(Lebhafte Zustimmung.)

Dann darf ich auf die Ausführungen hinweisen, die Sie gemacht haben, worin Sie mit vollem Recht hervorhoben, welche starke Bedeutung den Verhandlungen innewohnt, die noch vor der Völkerbundsratskonferenz in Genf stattfinden und die sich mit der **Frage des Artikels 16 der Völkerbundssatzung** befassen[27]. Darf ich aber auch bei dieser Gelegenheit, wenn Sie mit einiger inneren Genugtuung konstatieren: „Auch hier haben wir recht gehabt“, Sie bitten, folgendes zu überlegen. Als wir aus Locarno zurückkamen und die Note über Artikel 16[28] vorlegten, wurde von seiten der Opposition gerade behauptet: diese Note hat gar keinen tatsächlichen Wert, da steht ja nichts drin. Wenn jetzt Einsprüche erfolgen gegen diese Note von seiten derer, die

---

[26] Offenbar bezieht sich Stresemann auf entsprechende Äußerungen in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags vom 2. November 1926. Sie sind zwar in der Wiedergabe seiner dortigen Rede (vgl. diese Edition) nicht enthalten; daß über die Militärkontrollfrage diskutiert wurde, läßt sich aber dem Bericht in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 519 (Abendausgabe) vom 2. November 1926, entnehmen.

[27] Hoetzsch hatte in seinem Debattenbeitrag (vgl. oben mit Anm. 2; S. 8137) den Art. 16 der Völkerbundssatzung angesprochen, die den einleitenden Teil des Versailler Friedensvertrags bildet (Text der Satzung: VERTRAG VON VERSAILLES S. 9–19); Art. 16 verpflichtete im Falle eines Angriffs auf ein Völkerbundsmitglied die übrigen Mitglieder zur Unterstützung des Angegriffenen, insbesondere auch zum Abbruch aller Handels- und Finanzbeziehungen mit dem Angreifer, und dazu, Streitkräften dritter Staaten, die dem Angegriffenen zu Hilfe kommen wollten, den Durchmarsch zu erlauben (ebd., S. 14–15). Deutschland hatte in dem am 29. September 1924 den Völkerbundsratsmitgliedern überreichten Memorandum (Text in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 476–478 [dort fälschlich auf den 24. September 1924 datiert]; SCHULTHESS 65 [1924], S. 85–87) als eine der Bedingung für seinen Völkerbundsbeitritt die Befreiung von den Verpflichtungen aus Art. 16 genannt. Auf der Konferenz von Locarno wurde ihm von den Vertragspartnern eine Interpretation des Art. 16 überreicht, die auf eine faktische Dispensierung Deutschlands von den entsprechenden Verpflichtungen hinauslief (Text als Anhang zum Vertrag von Locarno: LOCARNO-KONFERENZ S. 214–215). – Für den 1. Dezember 1926 war eine Sitzung eines Vorausschusses des Völkerbundsrates anberaumt, der eine Interpretation des Art. 16 ausarbeiten sollte.

[28] Vgl. die vorangehende Anm.

hier ihre eigenen Interessen vertreten wollen, so dürfte doch daraus jedenfalls hervorgehen, daß diese Note nicht so inhaltslos gewesen ist, wie sie damals gerade von der Opposition hier gewertet wurde.

(Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien.)

Ich darf am Schluß dessen, was ich zu Ihren Ausführungen, Herr Dr. Hoetzsch, speziell sage, doch betonen, daß ich mit Ihnen vollkommen darin übereinstimme, daß die **Handelsvertragsverhandlungen mit Polen**[29] nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Frage des Niederlassungsrechts geführt werden dürfen und andere Fragen als politische Fragen angesehen werden, die außerhalb dieser Verhandlungen stehen. Ich bin sogar weitergehend als sie der Meinung, daß es sich gar nicht darum handelt, namentlich bei dem Niederlassungsrecht für eine speziell politische Frage zu kämpfen; denn das Recht der freien Niederlassung deutscher Kaufleute und Wirtschafter ist eine Selbstverständlichkeit in jedem Handelsvertrag mit einem anderen Lande, und die polnische These, daß wir auf dem Wege der Handelsvertragspolitik hier politische Fragen durchsetzen wollten, ist selbst theoretisch nicht einmal richtig. Ich habe speziell vom Auswärtigen Amt aus den Standpunkt vertreten[30], daß es sich hier nicht nur um den Austausch von Gütern handle, sondern daß auch das ganze Verhältnis zwischen diesen beiden Staaten ein solches werden müsse, daß mit einer ungestörten und ungehemmten freundschaftlichen Entwicklung wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiet tatsächlich gerechnet werden kann. Auch hier, glaube ich, gehen wir miteinander einig.

Sie haben zwei Anfragen an mich gerichtet. Die eine geht dahin, wie die **Stellung der Dominions zur Ratifikation der Verträge von Locarno** wäre. Uns liegen bisher nur die Mitteilungen der Presse über die Verhandlungen der Reichskonferenz vor. Danach haben die Dominions auf dieser Konferenz in sehr warmen Worten die Politik von Locarno gebilligt[31]. Ob sie die Absicht haben, nun dem Pakt von Locarno, wie

---

[29] Zum Stand der Handelsvertragsverhandlungen mit Polen vgl. den entsprechenden Tagesordnungspunkt in der Kabinettssitzung vom 15. Oktober 1926 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 251–252) sowie (insbesondere auch zur Frage des nachfolgend angesprochenen Niederlassungsrechts) die Aufzeichnung Schuberts vom 18. November 1926 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 2,2, S. 331–335).

[30] Vgl. etwa die in der vorangegangenen Anm. genannte Aufzeichnung Schuberts.

[31] Die britische Reichskonferenz von Mutterland und Dominions tagte vom 9. bis 23. November 1926. Erst abschließend wurde aus den geheimen Verhandlungen bekannt, daß die Dominions die Locarno-Politik zwar billigen, aber keinen eigenen Beitritt zu den Verträgen planen würden (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 242–243 u. 245–248).

dies in ihm vorgesehen ist[32], formell beizutreten, ist uns bisher nicht bekannt.

Ich komme zu der zweiten Frage, die Sie an mich beziehungsweise an die Reichsregierung gerichtet haben. Das ist die **Frage des Verhaltens des deutschen Botschafters in Washington[33].** Ich möchte diese Frage zunächst formell dahin klären, daß der Herr Botschafter in Washington, ehe er zu dieser Flaggenhissung Stellung nahm, nicht eine Äußerung des Auswärtigen Amtes eingeholt hat, sondern nach freiem Ermessen gehandelt hat, und ich danke ihm dafür.

(Lachen bei den Deutschnationalen. – Lebhafte Rufe aus der Mitte: Sehr richtig!)

Denn es kann nur derjenige, der am Platze selbst ist, beurteilen, was er im gegebenen Moment zu tun hat.

(Lebhafte Zustimmung in der Mitte und links.)

Sie werden aus einer Gegenüberstellung sofort ersehen, daß diese Dinge tatsächlich ein ganz anderes Gesicht haben, je nachdem sie in dem einen oder dem anderen Lande vor sich gehen. Wir haben auch eine **Feier des Waffenstillstandstages in Warschau[34]** erlebt. Der deutsche Gesandte in Warschau[35], der genau wie Herr v. Maltzan die Dinge von seiner Stellung in Warschau aus ansah, hat die Flagge nicht gehißt, denn da trug die ganze Feier den Charakter einer Siegesfeier mit starker Einstellung gegen das Land, das in diesem Kampfe unterlegen ist. In Amerika dagegen trug die Feier den Charakter einer Trauerfeier, sie war eingegeben von der Absicht, die frühere Siegesfeier in eine Trauerfeier für diejenigen umzuwandeln, die im Weltkrieg gefallen waren. Weiterhin wurde bei dieser Feier der durch den Waffenstillstand herbeigeführte Frieden besonders betont.

(Zurufe rechts.)

---

[32] Art. 9 des Hauptvertrages von Locarno stellte ausdrücklich fest, daß weder den einzelnen Dominions noch Indien aus dem Vertrag eine Verpflichtung entstehe, „es sei denn, daß die Regierung des Dominions oder Indiens anzeigt, daß sie diese Verpflichtungen annimmt“ (LOCARNO-KONFERENZ S. 202). Offenbar bezieht sich Stresemann auf diesen Passus.

[33] Adolf Georg Otto („Ago“) von Maltzan, Freiherr zu Wartenberg und Penzlin (1877 – 23. September 1927), Staatssekretär im Auswärtigen Amt 1922 – Dezember 1924; Botschafter in Washington Dezember 1924 – 23. September 1927. – In der oben Anm. 1 erwähnten Interpellation hatte die DNVP moniert, daß die Flaggenhissung anläßlich des Waffenstillstandstages durch die deutsche Botschaft in Washington geeignet sei, „das Ansehen des durch sie vertretenen Deutschen Reiches und Volkes auf das schwerste herabzusetzen“, und die Regierung aufgefordert, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen und eine Wiederholung zu verhindern.

[34] Vgl. den Bericht über die Feier des Waffenstillstandstages in Polen in NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22331 (Morgenausgabe) vom 14. November 1926, S. 8.

[35] Ulrich Rauscher (1884–1930), Gesandter in Warschau 1922–1930.

Ich darf einmal feststellen, was New Yorker Blätter von Rang zu dieser Angelegenheit ausgeführt haben. Die „New York World“ schrieb an diesem Tage[36]: „Das ist keine Veranlassung für Lärm, sondern für Stille. Der unbekannte Soldat mit allen seinen gefallenen Waffenbrüdern ist es, den wir heute ehren, und alles, was er von uns erwartet, besteht darin, daß wir einen Augenblick pausieren, wenn wir an ihm vorübergehen.“ Die „New York Time[s]“[37] schreibt: „Das Gefühl des militärischen Sieges, das zuerst mit dem Waffenstillstandstag verknüpft war, verflüchtigt sich immer mehr. Aber ein Element der Feier bleibt immer das gleiche: Das ist das pietätvolle herzliche Denken an die Toten. So hat der Waffenstillstandstag immer mehr den Charakter des Memorial Day, des Kriegstotenfestes, angenommen.“ Ebenso hat später, als Herr v. Maltzahn [!] hier in Deutschland angegriffen wurde, die „New York Times“ noch einmal gesagt[38]: „Der Waffenstillstandstag bedeutet einen Friedenstag und nicht eine Siegesfeier.“

Nun darf ich Sie, meine Herren (nach rechts), doch einmal bitten, sich Ihre eigene Einstellung zu den **Beziehungen Deutschlands zu den Vereinigten Staaten** vor Augen zu führen. Herr Graf v. Westarp[39] hat ja kürzlich speziell an die Reichsregierung das Ersuchen gerichtet, nunmehr mit den Vereinigten Staaten von Amerika in engstem Zusammenhang zu arbeiten. Wenn ich nicht irre, haben Sie, Herr Graf v. Westarp, in einem Interview an die Hearst-Presse[40] selbst diesem Gedanken Ausdruck gegeben.

(Zuruf von den Deutschnationalen: Das hat damit doch nichts zu tun!)

– Aber verzeihen Sie, das hat damit nichts zu tun? Wenn Sie sich heute diesem Gedanken zuwenden, so werden Sie auch einsehen, daß die Entwicklung in der Zeit seit dem Friedensschluß eine große Umwandlung der Stellung und Stimmung des Volkes der Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber Deutschland mit sich gebracht hat. In Amerika liegen die Dinge auch nicht so, daß es sich um einen durch unsere Niederlage neu entstandenen Staat handelte. Man muß doch immer daran

---

[36] Der betreffende Artikel konnte nicht ermittelt werden.

[37] Der betreffende Artikel konnte nicht ermittelt werden.

[38] Vgl. die Wiedergabe des betreffenden Artikels in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 543 (Abendausgabe) vom 16. November 1926.

[39] Kuno Graf von Westarp (1864–1945), Mitglied des Reichstags 1920–1932 (für die DNVP 1920–1930 [deren Parteivorsitzender 1926–1928; Fraktionsvorsitzender 1925–1929], für die Konservative Volkspartei 1930–1932). – Das im Folgenden genannte „Ersuchen“ sowie das Interview konnten nicht ermittelt werden.

[40] Mit Hearst-Presse meint Stresemann das von William Randolph Hearst errichtete Presseimperium, zu dem zahlreiche Zeitungen in den Vereinigten Staaten gehörten.

denken, daß auf beiden Seiten der Wunsch nach enger Zusammenarbeit vorhanden ist. Und außerdem, meine Herren: wenn angesichts des geschilderten Charakters dieser Feier der deutsche Botschafter sich als einziger von einem Vorgang ausgeschlossen hätte, der von allen anderen Missionen gebilligt wurde, dann hätten Sie

(große Unruhe und Zurufe von den Deutschnationalen)

Rückschläge erleben können, die der Politik, die Sie uns empfohlen haben, sicherlich nicht genutzt hätten.

(Sehr gut! bei den Regierungsparteien.)

Ich geben Ihnen durchaus zu, daß es unendlich schwer ist, bei einer derartigen Entwicklung der Dinge die Gefühle zurückzudämmen, die noch an all das anknüpfen, was in den letzten Jahren mit diesem Tage verbunden war. Ich darf Sie aber doch an andere Vorgänge erinnern, wenn Sie mir auch entgegenhalten werden, daß diese Dinge lange zurückliegen. Ehre und Prestige verjähren nicht. Schließlich ist doch der Unabhängigkeitstag, der in den Vereinigten Staaten gefeiert wird[41], der Tag, an dem man sich von England losriß, der also den größten Verlust bedeutet, den das englische Weltreich politisch vielleicht jemals erlitten hat. Sie sehen, wie in Südamerika der Tag der Losreißung von Spanien als Nationaltag gefeiert wird[42]. Trotzdem werden Sie niemals sehen, daß heute noch die betreffenden Staaten etwa Konsequenzen daraus ziehen.

(Zurufe von den Deutschnationalen.)

Mir scheint, daß der Tag, an dem ein großes Kolonialreich durch die Neubildung von Staaten, die bisher zu ihm gehörten, untergeht, vielleicht ebenfalls in der Geschichte dieses Staates von sehr großer Bedeutung für die Änderung seiner Weltstellung gewesen ist. Wenn diese Entwicklung weitergeht und man aufhört, in jenem 11. November einen Tag des Sieges zu sehen, wenn sie zurückkehrt dazu, das Ende des Krieges im allgemeinen und die Wiederkehr der friedlichen Arbeit in ihm zu sehen, ist das, glaube ich, eine Entwicklung, die wir am allermeisten mit begrüßen sollten.

(Sehr richtig! in der Mitte und bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich glaube deshalb nicht, daß die Reichsregierung Veranlassung hat, gegen den Botschafter, der die Verantwortung für sein Vorgehen übernommen hat, ihrerseits mit

[41] Der Unabhängigkeitstag wird in den Vereinigten Staaten jährlich am 4. Juli in Erinnerung an die Ereignisse von 1776 als Nationalfeiertag begangen.

[42] Die betreffenden Feiertage in Südamerika differieren von Staat zu Staat, je nach Wahl des Anlasses bzw. des Datums der Unabhängigkeit.

Maßregeln vorzugehen.

(Sehr richtig! bei den Regierungsparteien.)

Ich darf mich dann den Fragen zuwenden, die gegenwärtig politisch am meisten akut sind. Dazu gehört zunächst die **Militärkontrollfrage.** Der augenblickliche Stand dieser Frage ist im Auswärtigen Ausschuß in allen Einzelheiten durchberaten worden[43] und in seinen wesentlichen Punkten auch der Öffentlichkeit weit bekannt. Die Reichsregierung ist der Ansicht, daß die sachlichen Voraussetzungen für die Abberufung der Interalliierten Militärkontrollkommission und für das Aufhören der Kontrolle jetzt gegeben sind. Schon bei Eingang der bekannten Kollektivnote der Alliierten Regierungen vom 4. Juni 1925[44] konnten wir feststellen, daß die Bedeutung der damals noch ungelösten Fragen, gemessen an der deutschen Gesamtabrüstung[45], sehr gering war. In den langwierigen Verhandlungen, die seitdem stattgefunden haben, ist es nun aber gelungen, die in jener Note erörterten Fragen bis auf einen ganz kleinen Rest zum Abschluß zu bringen. Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß die deutsche Entwaffnungsaktion materiell tatsächlich abgeschlossen ist, und daß die einzelnen Punkte, über deren endgültige Regelung mit der Gegenseite zurzeit verhandelt wird, keine Veranlassung für ein weiteres Verbleiben der Kontrollkommission in Deutschland bilden können[46]. Wir haben bewiesen, daß wir bereit sind, allen aus dem Vertrag von Versailles[47] erwachsenden Verpflichtungen nachzukommen. Wir müssen deshalb erwarten, daß die beteiligten fremden Regierungen jetzt nicht mehr zögern, aus dieser Sachlage die einzig mögliche Konsequenz zu ziehen. In den jetzt noch nicht vollständig erledigten wenigen Fragen muß eine Regelung gefunden werden, die den tatsächlichen Verhältnissen und den berechtigten Wünschen Deutschlands Rechnung trägt. Sollte sich aber bei den jetzt im Gang befindlichen abschließenden Verhandlungen zeigen, daß irgendein Einzelpunkt der Restfragen

---

[43] Vgl. oben mit Anm. 26.

[44] Am 4. Juni 1925 hatten die diplomatischen Vertreter der alliierten Mächte in Berlin in der Reichskanzlei eine Kollektivnote samt Anlagen übergeben (französischer Text mit deutscher Übersetzung in MATERIALIEN ZUR ENTWAFFNUNGSNOTE I, S. 7–47; auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 401, Drucks. 971 [mit eigener Seitenzählung]; vgl. auch SCHULTHESS 66 [1925], S. 402–404), die in Ausführung ihrer Note vom 5. Januar 1925 (Text in MATERIALIEN ZUR ENTWAFFNUNGSNOTE I, S. 51) erläuterte, in welchen Punkten Deutschland die Bestimmungen des Versailler Vertrags hinsichtlich seiner Entmilitarisierung noch nicht erfüllt habe.

[45] Gemeint ist die Gesamtheit der Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrags für Deutschland (vgl. zu den Details dessen Art. 159–213: VERTRAG VON VERSAILLES S. 82–100).

[46] Vgl. oben mit Anm. 11.

[47] Text des am 28. Juni 1919 unterzeichneten Versailler Friedensvertrags im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u. a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

wegen etwaiger technischer Schwierigkeiten nicht endgültig zur Lösung gebracht werden kann, so darf das keinesfalls zu einer Hinausschiebung der Abberufung der Militärkontrollkommission führen. Für die Erledigung eines solchen Punktes stände der Weg der Verhandlung von Regierung zu Regierung offen. Es wäre wirklich mit der ganzen politischen Sachlage, wie sie sich aus unserem Eintritt in den Völkerbund und dem Inkrafttreten der Locarno-Verträge[48] ergibt, völlig unvereinbar, wenn man technische Einzelfragen zum Anlaß nehmen wollte, um dem deutschen Volk weiter eine derartige psychologische Belastung zuzumuten, wie sie in der weiteren Anwesenheit fremder Kontrolloffiziere auf deutschem Grund und Boden liegt.

Wenn ich zu der Annahme berechtigt bin, daß wir uns in den Schlußphasen der **Verhandlungen über die Abrüstung** befinden, dann gestatten Sie mir, bei dieser Gelegenheit aber auch ein Wort an diejenigen Männer der **Reichswehr** zu richten, die hierbei beteiligt gewesen sind. Ich glaube, es wird im deutschen Volk vielfach nicht genügend beachtet, welche Anforderungen seelischer Natur – Selbstbeherrschung und Disziplin – an diejenigen gestellt werden mußten, die dieses Werk mit eigenen Händen durchgeführt haben. Wenn man daran denkt, wie der Felsen von Helgoland einst eine Festung im Meere war und von denjenigen niedergerissen wurde, die ihn errichtet hatten[49], wenn man denkt, was einst Deutschlands Armee war und was sie heute ist, dann zeugt, glaube ich, die Art, wie diese Abrüstung durchgeführt worden ist, von einem Geist dieser Truppe und ihrer Offiziere, der alte Disziplin und Hingabe an den Staat über jedes persönliche Empfinden stellt.

(Bravo!)

Diese psychologische Empfindung würde nicht vorhanden sein, nicht vorhanden zu sein brauchen, wenn die allgemeine Abrüstung aller Völker[50] erfolgte.

(Lebhafte Zustimmung.)

Dann wäre sie ein Werk des Friedens. So war sie ein Werk der Demütigung des eigenen Volkes

---

[48] Vgl. oben Anm. 17.

[49] Helgoland, unter Wilhelm II. zum befestigten Marinestützpunkt ausgebaut, mußte gemäß Art. 115 des Versailler Vertrags entfestigt werden (VERTRAG VON VERSAILLES S. 71).

[50] Der Versailler Vertrag begründete in der Vorbemerkung zu Teil V, den Bestimmungen über die deutsche Rüstungsbeschränkung, daß diese die „Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen“ ermöglichen werde (ebd., S. 82). – Zwischenzeitlich, im Dezember 1925, hatte der Völkerbundsrat die Einberufung einer „Vorbereitenden Abrüstungskonferenz“ beschlossen, zu deren Arbeit auch Deutschland eingeladen wurde (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 455–456); sie tagte erstmals im Mai 1926 und delegierte zum Abschluß dieser ersten Beratung die weitere Bearbeitung spezieller Fragen in Unterkommissionen (vgl. ebd., 67 [1926], S. 463–466).

(lebhafte Zustimmung rechts, in der Mitte und bei den Deutschen Demokraten)

gegenüber anderen, die ihre Macht und Rüstung behielten. Und für das, was hier von den Menschen geleistet worden ist, die gegen ihre besten inneren Gefühle hier kämpfen mußten, glaube ich, muß man denen, die ihre Führer waren, ein Wort des Dankes von dieser Stelle aus aussprechen.

(Sehr wahr! und Bravo!)

Meine Herren, ich darf mich dann im Zusammenhang mit den Fragen, die bei der Abrüstung, bei der Militärkontrolle erörtert worden sind, auch mit der **Frage der** sogenannten **nationalen Verbände** beschäftigen. Auch in dieser Frage hat die deutsche Regierung alles getan, was zur loyalen Ausführung des Vertrags von Versailles erforderlich war. In den Verhandlungen mit der Botschafterkonferenz im November vorigen Jahres[51] war der Erlaß einer Verordnung zur Ergänzung eines Gesetzes über die Durchführung der Artikel 177 und 178 des Vertrags von Versailles[52] vereinbart worden. Diese Verordnung ist im Februar dieses Jahres erlassen worden[53]. Damit haben wir unsere internationalen Verpflichtungen erfüllt. Selbstverständlich wird die Reichsregierung die Einhaltung des Gesetzes und der neuen Verordnung überwachen. Das ist aber eine in so hohem Maße innerpolitische Angelegenheit Deutschlands, daß sie die Einmischung fremder Mächte nicht zuläßt.

Ich möchte jedoch bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß die Reichsregierung die Linie der von ihr befolgten Politik niemals durch die Tätigkeit irgendwelcher Verbände stören lassen wird.

(Bravo! bei den Deutschen Demokraten.)

Sie wird im Einvernehmen mit den Landesregierungen mit Nachdruck überall da vorgehen, wo die Verbände den ihnen durch die gesetzlichen Bestimmungen vorgeschriebenen Rahmen überschreiten. In solchen Fällen muß entweder, wie das verschiedentlich geschehen ist, zur völligen Auflösung geschritten werden, oder aber es muß verlangt werden, daß die Verbände, wenn ihre Auflösung nicht erforderlich erscheint, jedenfalls sofort jede gesetzwidrige Tätigkeit einstellen. Ebenso werden die zuständigen Stellen der Reichsregierung darüber wachen, daß zwischen derartigen

---

[51] Vgl. dazu ebd., S. 410–412.

[52] Art. 177 des Versailler Vertrags verbot jegliche paramilitärische Formationen; Art. 178 verbot Deutschland Mobilmachungsmaßnahmen und das Vorhalten von Ergänzungsformationen (VERTRAG VON VERSAILLES S. 87).

[53] Die entsprechende Verordnung vom 12. Februar 1926, die die Auflösung der im Widerspruch zu Art. 177 u. 178 stehenden Vereinigungen verfügte, in REICHSGESETZBLATT 1926 I, S. 100.

Verbänden und der Reichswehr keinerlei Verbindung besteht.

(Bravo! in der Mitte.)

Angehörige der Reichswehr, die etwa in dieser Hinsicht gegen die erlassenen Vorschriften verstoßen und sich insbesondere mit der Ausbildung von Mitgliedern der Verbände befassen oder sonst eine Verbindung mit diesen Verbänden unterhalten sollten, würden unnachsichtlich zur Verantwortung gezogen werden.

(Sehr gut! bei den Deutschen Demokraten.)

Im Zusammenhang mit der Frage der **Militärkontrolle** wird in der deutschen und in der ausländischen Presse vielfach von einem Übergang dieser Kontrolle auf den **Völkerbund** gesprochen. Der Begriff eines Übergangs der Kontrolle kann leicht zu Mißverständnissen Anlaß geben. Es handelt sich nicht darum, die seit dem Inkrafttreten des Versailler Vertrages in Deutschland ausgeübte Militärkontrolle von einem Organ auf ein anderes zu übertragen. Die Rechte, die der Versailler Vertrag in dieser Hinsicht dem Völkerbund einräumt, haben vielmehr einen ganz anderen Charakter. Nach Artikel 213 des Vertrages[54] ist Deutschland verpflichtet, jede Untersuchung, jede Investigation zu dulden, die der Rat des Völkerbundes mit Mehrheitsbeschluß für notwendig erachtet. Es entspricht auch durchaus der Natur der Sache, daß der Völkerbund bereits vor längerer Zeit seinerseits Vorbereitungen getroffen hat, um gegebenenfalls jene Bestimmung zur Anwendung bringen zu können. Deutschland hat bei diesen Vorbereitungen nicht mitgewirkt. Es sind deshalb bei uns Zweifel entstanden, ob die in Rede stehenden Beschlüsse des Völkerbundes bei ihrer praktischen Anwendung nicht in gewissen Einzelpunkten zu einer Erweiterung des im Versailler Vertrage vorgesehenen Investigationsrechts führen könnten. Diese Zweifel sind bereits in Locarno der Gegenstand eingehender Besprechungen gewesen[55] und haben uns dann veranlaßt, sie noch vor Absendung unseres Antrags auf Aufnahme in den Völkerbund[56] bei diesem unmittelbar zur Sprache zu bringen. Verhandlungen hierüber zwischen uns und dem Völkerbund haben bisher nicht stattgefunden. Wir sind aber zu einer Erörterung der Frage jederzeit bereit, und ich glaube nicht, daß

---

[54] Der von Stresemann im Folgenden paraphrasierte Art. 213 in VERTRAG VON VERSAILLES S. 100.

[55] Die Investigationsfrage wurde in Locarno nicht bei den offiziellen Konferenzsitzungen, aber in informellen Gesprächen neben diesen Sitzungen angesprochen (vgl. etwa die Aufzeichnungen Schuberts und Luthers über Besprechungen vom 12. und 15. Oktober 1925: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 366–372; AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 753–763 u. 763–767).

[56] Text der betreffenden deutschen Note vom 8. Februar 1926, die am 10. Februar 1926 dem Generalsekretär des Völkerbundes überreicht wurde, in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 219.

sich hierbei wesentliche Schwierigkeiten herausstellen können. Kein Zweifel kann aber darüber bestehen, daß die Klärung der Investigationsfrage nicht etwa eine rechtliche Voraussetzung für die Zurückziehung der interalliierten Militärkontrollkommission darstellt. Beide Fragen sind durchaus voneinander zu trennen. Da die vertraglichen Voraussetzungen für die Zurückziehung der Interalliierten Militärkontrollkommission gegeben sind, darf diese Zurückziehung durch nichts verzögert werden. Andererseits ist der Völkerbund durch nichts gehindert, von den ihm vertragsmäßig eingeräumten Befugnissen jederzeit Gebrauch zu machen.

Wenn ich unseren Willen zur loyalen Innehaltung der Entwaffnungsbestimmungen und unser Einverständnis mit der Durchführung des Investigationsrechts des Völkerbundes nochmals betone, so kann ich das nicht tun, ohne auch bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, daß es für Deutschland eine unbedingte Notwendigkeit ist, auf seiner **Forderung der allgemeinen Abrüstung** zu bestehen.

(Sehr richtig! in der Mitte.)

Wir müssen der Welt immer wieder vor Augen halten, daß es auf die Dauer ein unmöglicher und mit der Gleichberechtigung im Völkerbund unvereinbarer Zustand ist, die allgemeine Rüstungsfreiheit fortbestehen zu lassen, dabei aber einem einzelnen Staate die völlige Entwaffnung vorzuschreiben und ihn einseitig zu kontrollieren.

(Sehr richtig! in der Mitte.)

Was die Frage der **Räumung des Rheinlandes** anbelangt, so schließe ich mich dem an, was in der Erklärung der Regierungsparteien[57] zum Ausdruck gekommen ist. Es ist bekannt, daß in Thoiry die Räumung des besetzten Gebietes und die Regelung der Saarfrage[58] erörtert worden ist im Zusammenhang mit gewissen finanziellen Leistungen Deutschlands, insbesondere im Zusammenhang mit dem Gedanken der **Mobilisierung** eines Teiles **der Eisenbahnobligationen** aus dem Dawes-Plan[59].

---

[57] Eingangs der Debatte hatte Erich Emminger in einer Erklärung namens der Regierungsfraktionen die Reichsregierung aufgefordert, selbst bei einem Verzögern der Regelung der in Thoiry behandelten Fragen „jede andere Möglichkeit zur beschleunigten Befreiung der besetzten Gebiete auszunutzen“ (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 391, S. 8129–8131; das Zitat: S. 8130).

[58] Das Saargebiet war durch den Versailler Vertrag auf 15 Jahre dem Völkerbund unterstellt worden; das Eigentum an den dortigen Kohlengruben ging an Frankreich über. Nach Ablauf dieser Frist sollte eine Volksabstimmung die weitere Souveränität über das Saargebiet entscheiden. Einzelheiten der Regierung und Verwaltung des Saargebiets („Saarstatut“) durch eine vom Völkerbund ernannte Regierungskommission waren ebenfalls im Vertrag geregelt (vgl. dessen Art. 45–50 und deren Anlagen: VERTRAG VON VERSAILLES S. 28–40). – Im Gespräch von Thoiry (vgl. oben mit Anm. 5) war zwischen Stresemann und Briand die Möglichkeit zur vorzeitigen Rückgabe des Saargebiets erörtert worden.

[59] Infolge des Dawes-Plans (vgl. oben mit Anm. 13) war die Reichsbahn in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden und mußte als Sicherheit für die Zahlung der Reparationslasten Obligationen

Dabei war von vornherein klar, daß diese finanziellen Fragen nicht allein das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich angehen, sondern tief eingreifen sowohl in die inneren Verhältnisse Frankreichs als auch in die Beziehungen zu dritten Mächten. Niemand konnte und kann erwarten, daß ein Ausgleich der Gesichtspunkte, bei dem so viele schwierige Faktoren mitsprechen, sich von heute auf morgen vollziehen würde. Aber diese Schwierigkeiten sind nicht unüberwindlich. Nachdem die Entwicklung der Außenpolitik die baldige Räumung der besetzten Gebiete zu einem akuten Problem gemacht hat,

(sehr wahr! in der Mitte)

muß dafür auch eine Lösung gefunden werden, wenn jene Entwicklung nicht in eine rückläufige Bewegung gedrängt werden soll.

(Erneute Zustimmung in der Mitte.)

Diese Erkenntnis hat, wie ich glaube annehmen zu können, auch in Frankreich festen Boden gewonnen. Wenn aber beiderseits der Wille zur Lösung der Frage besteht, so gilt auch hier das Wort: Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg.

Dabei ist freilich eines zu bedenken. Ich habe in manchen französischen Zeitungen die Ansicht gefunden, daß finanzielle Leistungen Deutschlands, wie sie sich aus dem Rahmen der Besprechung von Thoiry ergeben würden, eine zu geringfügige Gegenleistung Deutschlands seien gegenüber der vorzeitigen Räumung der besetzten Gebiete[60]. Ohne auf die Bedeutung der in Rede stehenden finanziellen Leistungen im einzelnen einzugehen und ohne auf die völkerrechtliche Rechtsstellung gegenüber dieser Räumung einzugehen, muß ich doch sagen, daß ich es für verfehlt halte, an die deutsch-französische Verständigung den Maßstab rein rechnerischer Gesichtspunkte anzulegen. Gewiß, das Prinzip des do ut des ist eine gesunde und reale Grundlage politischer Verhandlungen, die nur dann Erfolg versprechen, wenn sie den Interessen beider Parteien gerecht zu werden suchen. Aber die Beziehungen zwischen zwei großen Nachbarvölkern wie Deutschland und Frankreich sind nicht etwas, was sich in ein bloßes Rechenexempel auflösen ließe. Der deutsch-französische Ausgleich und die Festigung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern, für die der Grundstein unter Mitwirkung anderer großer Mächte in Locarno

bei den Treuhändern des Dawes-Plans hinterlegen. In Thoiry war als Möglichkeit erörtert worden, inwieweit diese Obligationen mobilisiert werden könnten, um Frankreich als Gegenleistung für Zugeständnisse an Deutschland aus seiner Finanzkrise zu helfen.

[60] Vgl. oben mit Anm. 7.

gelegt wurde, ist der Angelpunkt der **Konsolidierung Europas.** Dieser Gedanke ist von anderen Mächten und Völkern in und außerhalb Europas so oft betont worden, daß ich nicht nötig habe, mich gegen die Versuche zu wenden, eine solche Verständigung als gegen irgendein anderes Land gerichtet hinzustellen. Die elementare Tatsache der Bedeutung dieser Verständigung für den Frieden Europas weist die beiden Regierungen auf Aufgaben hin, an denen beide Länder im gleichen Maße interessiert sind.

Diese Aufgaben können nicht gelöst werden, solange nicht die trennende Schranke niedergelegt ist, wie sie die weitere Besetzung deutschen Gebietes darstellt.

(Sehr wahr! in der Mitte.)

Es darf sich deshalb, wenn Frankreich und Deutschland wirklich eine fruchtbringende Politik treiben wollen, auch nicht darum handeln, die Besetzung abzulösen durch Einrichtungen politischer Art, die nichts anderes darstellten als nur eine neue Form einseitiger, gegen den einen Teil gerichteter Machtpositionen.

(Sehr wahr! in der Mitte.)

Solange es nicht gelingt, diese Beziehungen allein auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens aufzubauen, bleibt ihnen diejenige gesunde Entwicklungsmöglichkeit versagt, die sonst sehr wohl denkbar ist und die, wie ich zu sehen glaube, gefordert wird von den Interessen Deutschlands und Frankreichs und den damit verbundenen Interessen aller an dieser Lösung beteiligten Mächte und Völker.

(Lebhaftes Bravo bei der Deutschen Volkspartei, im Zentrum, bei den Deutschen Demokraten und der Bayerischen Volkspartei.)[61]

[61] Nach zwei weiteren Debattenbeiträgen (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 391, S. 8145–8153) wird die weitere Beratung der Anträge auf die nächste Sitzung vertagt.

Rede im Haushaltsausschuß des Reichstags vom 30. November 1926[1]

Nach NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22347 (Morgenausgabe) vom 1. Dezember 1926, S. 3.

Erläutert den Ankauf der Deutschen Allgemeinen Zeitung durch das Reich und dessen Finanzierung.

Bereits das erste Reichskabinett Dr. **Luther[2]** hat den, allerdings vergeblich gebliebenen, Versuch gemacht, das Unternehmen zu erwerben. Damals ist **Preußen dem Reich zuvorgekommen[3].** Im Interesse der Förderung der Reichspolitik wurde dann durch das zweite Kabinett Luther aus preußischem Besitz die „Deutsche Allgemeine Zeitung" angekauft[4]. Das Reichskabinett hat sich aus sachlichen Gründen nach eingehender Erwägung[5] entschlossen, die „Deutsche Allgemeine Zeitung" nicht als selbständiges Erwerbsunternehmen des Reiches in den Etat einzustellen, sondern die **zum Ankauf erforderlichen Mittel** wurden **zwei Dispositionsfonds entnommen.** Es wurde also in etatrechtlich einwandfreier Weise vorgegangen.[6]

---

[1] Nach der Erklärung Stresemanns im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags vom 22. November 1926 (vgl. diese Edition) blieb der Ankauf der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" durch das Reich weiterhin Thema in der Presse (vgl. etwa die Presseschau in WIENER ZEITUNG, Nr. 270 vom 24. November 1926, S. 7). – Zur zwischenzeitlichen Diskussion über die Angelegenheit in einer Ministerbesprechung vom 29. November 1926 vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 378–380. – Zudem lag von seiten der KDP dem Reichstag und zunächst dem Ausschuß ein Antrag vor, der die sofortige Rückgängigmachung des Ankaufs forderte (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 411, Drucks. Nr. 2706). – Die Vorlage, offenbar eine gekürzte und teilweise paraphrasierte Fassung der Worte Stresemanns (ohne daß eindeutig zu entscheiden wäre, ob das hier Wiedergegebene tatsächlich dem Wortlaut entspricht), führt unter der Überschrift „Der Ankauf der ‚Deutschen Allgemeinen Zeitung'. Neue Erklärungen Stresemanns" einleitend aus: „Der Haushaltsausschuß des Reichstages setzte heute die Beratung über den zweiten Nachtrag zum Etat für 1926 beim Auswärtigen Amte fort. Es erfolgte zunächst eine Aussprache über den Ankauf der ‚Deutschen Allgemeinen Zeitung' in Verbindung mit dem kommunistischen Antrag, diesen Ankauf mit sofortiger Wirkung rückgängig zu machen. Reichsminister des Aeußern Dr. Stresemann wiederholte zunächst seine Erklärungen über den Ankauf der ‚Deutschen Allgemeinen Zeitung', die er seinerzeit im Auswärtigen Ausschuß abgegeben hatte. Der Minister fügte hinzu:"

[2] Hans Luther (1879–1962), Reichsernährungsminister 1922 – 6. Oktober 1923; Reichsfinanzminister 6. Oktober 1923 – 15. Januar 1925; Reichskanzler 15. Januar 1925 – 13. Mai 1926; Reichsbankpräsident 1930–1933; Botschafter in den USA 1933–1937. Parteilos (1927–1930 Mitglied der DVP). – Zu den betreffenden Versuchen des Kabinetts Luther im Sommer 1925 vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 461–462, 467–468, 485–486.

[3] Vgl. dazu ebd., S. 486, Anm. 2.

[4] Vgl. dazu sowie zur nachfolgend erläuterten Finanzierung ebd., Marx III/IV, I, S. 378–380, Anm. 9.

[5] Offenbar war das Kabinett nicht eingeweiht (vgl. ebd.).

[6] Die übrigen Wortbeiträge in der Ausschußsitzung zum Thema „Deutsche Allgemeine Zeitung", in der auch von seiten der Regierungsparteien Vorbehalte gegen die weitere Teilfinanzierung der Zeitung durch Reichsstellen deutlich wurden, finden sich paraphrasiert wiedergegeben in WIENER ZEITUNG,

Nr. 276 vom 1. Dezember 1926, S. 9; ein ausführlicher Bericht über diesen Tagesordnungspunkt der Ausschußsitzung, allerdings lediglich in indirekter Rede, auch in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 566 (Abendausgabe) vom 30. November 1926. – Der Artikel in der Vorlage schließt: „Dr. Stresemann legte dann die Gründe dar, die die Regierung bewogen, die ‚Deutsche Allgemeine Zeitung' nicht im Sinne der früheren ‚Norddeutschen Allgemeinen Zeitung' offiziell als Regierungsorgan zu bezeichnen. Nach einer lebhaften Debatte wurden der kommunistische und ein deutschnationaler Antrag abgelehnt."

Redebeiträge in der Ministerbesprechung vom 2. Dezember 1926[1]

Nach HUBATSCH S. 249–251.

Auf der bevorstehenden Genfer Völkerbundstagung wird Deutschland keinen restlosen Übergang der Militärkontrolle auf Einrichtungen des Völkerbunds hinnehmen.

[...][2]

Betreffs Genf[3] ist zweierlei zu unterscheiden: Die Verhandlungen des Völkerbundsrats selbst und die nebenbei laufenden Zusammenkünfte der Außenminister Englands[4], Frankreichs[5], Belgiens[6] und Deutschlands. Der Generalsekretär des Völkerbunds Sir Drummond[7] hat mitgeteilt, daß die Tagesordnung der Ratssitzung auf sechs Tage gestreckt worden ist, um den Außenministern Gelegenheit zu nebenbei laufenden Verhandlungen zu geben. In diesen Verhandlungen der Außenminister wird die erste Frage sein: Zurückziehung der Interalliierten Militärkontrollkommission[8]. England, Italien und Belgien werden hierbei entschieden auf Zurückziehung

---

[1] Anlaß für den betreffenden Tagesordnungspunkt der Ministerbesprechung (der hier nach dem von Staatssekretär Meißner unterzeichneten wörtlichen Protokoll wiedergegeben wird; eine Parallelüberlieferung als Protokollierung in indirekter Rede in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 393–397) waren die bevorstehende Genfer Völkerbundstagung und ein Schreiben des Reichspräsidenten Hindenburg an Marx vom 30. November 1926, in dem er vom Kabinett die Befassung mit der Gefahr forderte, daß der Völkerbund durch dauernde Überwachungsorgane die deutsche Abrüstung kontrollieren wolle (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 509–511).

[2] In der Vorlage heißt es vor der wörtlichen Rede Stresemanns einleitend: „Der Herr Reichskanzler brachte den Brief des Herrn Reichspräsidenten an den Herrn Reichskanzler vom 30. November im Wortlaut zur Vorlesung und eröffnete die Diskussion über die von dem Herrn Reichspräsidenten angeschnittenen Fragen. Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann gab zunächst Unterhaltungen wieder, die er mit dem Russischen Volksvertreter Tschitscherin betreffs Ostfragen hatte, und ging alsdann zu der bevorstehenden Sitzung des Völkerbundsrates in Genf über:“

[3] Gemeint ist die Völkerbundsratstagung, die am 6. Dezember 1926 beginnen sollte.

[4] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929.

[5] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918.

[6] Émile Vandervelde (1866–1938), belgischer Außenminister 17. Juni 1925 – 21. November 1927.

[7] Sir James Eric Drummond (1876–1951), britischer Diplomat; Generalsekretär des Völkerbundes 1919–1933. – Seine nachfolgend angesprochene „Mitteilung“ konnte nicht ermittelt werden; möglicherweise bezieht sich Stresemann aber auch auf mündliche Mitteilungen Drummonds, der sich am 28. und 29. November 1926 in Berlin aufhielt und von Stresemann empfangen wurde (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 563 vom 28. November 1926, u. Nr. 564 [Abendausgabe] vom 29. November 1926).

[8] In den vorangegangenen Wochen hatte es von deutscher Seite intensive Bemühungen gegeben, die Siegermächte zur Beendigung der Arbeit der Interalliierten Militärkontrollkommission zu bewegen; so war u. a. durch eine Note an die alliierten Mächte vom 16. November 1926 die Abberufung

dringen, während Frankreich Schwierigkeiten machen und sich auf die noch nicht erledigten Punkte berufen wird. Ich werde unbedingten Wert auf eine klare Entscheidung und auf ein bestimmtes Datum für die Abberufung der IMKK legen und mich gegen jede Verknüpfung des Abberufungstermins mit der Erledigung der noch schwebenden Fragen aussprechen. – Schwieriger ist die zweite Frage, die der Herr Reichspräsident[9] in seinem Briefe anschneidet, die Frage der Investigationen und des Verfahrens, das nach Abberufung der IMKK und nach Übergang der Kontrolle auf den Völkerbund Platz greifen soll. Diese Frage wird deshalb schwierig werden, weil anscheinend Poincaré[10] seinen persönlichen Einfluß auf Frankreich[11] und andere Länder stark einsetzt. Aber Chamberlain hat uns in Locarno erklärt[12], daß man die Frage der Völkerbundskontrolle und der lnvestigation im Benehmen mit Deutschland regeln wolle, und daß keine permanente Kontrolle, sondern eine Untersuchung von Fall zu Fall auf der Basis begründeter Beschwerden und nach Entgegennahme unserer Gegengründe vorgesehen werden sollte. Ich bin fest überzeugt, daß die Investigationsbeschlüsse vom September 1924 und März 1925[13], die vor unserem Eintritt in den Völkerbund[14] vom Völkerbundsrat beschlossen worden sind, nicht mehr in Frage kommen werden. Ich glaube daher, daß die Besorgnisse des Herrn Reichspräsidenten nicht begründet sind; wir haben ja bereits in unserer Note vom Januar[15] dieses Jahres gegen diese Investigationsbeschlüsse Stellung genommen, wir haben ständig

---

der Militärkontrollkommission aus Deutschland beantragt worden (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 459–466). Zu weiteren Bemühungen vgl. zuletzt die Aufzeichnung Schuberts vom 27. November 1926 (ebd., S. 503).

9 Paul von Beneckendorf und von Hindenburg (1847–1934), Reichspräsident 26. April 1925 – 1934. – Zu seinem nachfolgend angesprochenen Brief vgl. oben Anm. 1.

10 Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929.

11 So in der Vorlage. Ob „in Frankreich“ gemeint ist oder ein anderes Land hier einzusetzen wäre, erschließt sich (auch aus der Parallelüberlieferung: vgl. oben Anm. 1) nicht.

12 Die Investigationsfrage wurde in Locarno nicht bei den offiziellen Konferenzsitzungen, aber in informellen Gesprächen neben diesen Sitzungen angesprochen (vgl. etwa die Aufzeichnungen Schuberts und Luthers über Besprechungen vom 12. und 15. Oktober 1925: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 366–372; AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther I, S. 753–763, 763–767), in denen sich die im Folgenden erwähnte Äußerung Chamberlains der Sache nach findet.

13 Der Völkerbundsrat hatte am 27. September 1924 ein „Investigationsprotokoll“ beschlossen, in dessen Ausführung dauerhafte Kontrollen der deutschen Abrüstung ermöglicht und dazu gegebenenfalls „éléments stables“ eingerichtet werden sollten (Text in deutscher Übersetzung: DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 40, B 2 [1924], S. 14–18). Am 14. März 1925 hatte der Völkerbundsrat dazu erste Ausführungsbestimmungen für die „Investigationskommissionen“ verabschiedet (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 449; AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 394, Anm. 2).

14 Deutschland wurde am 10. September 1926 in den Völkerbund aufgenommen (vgl. in dieser Edition die Rede Stresemanns anläßlich dieser Aufnahme).

15 Gemeint ist die deutsche Note an den Generalsekretär des Völkerbundes vom 12. Januar 1926 (Text in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 102–103, Anm. 7).

auf die Neutralen Einfluß genommen und namentlich die elements [!] stables[16] bekämpft und ebenso den Umfang und die Befugnisse der Untersuchungsbehörden.

[...][17]

Es kann keine Rede davon sein, daß wir gegenüber diesen Investigationsbeschlüssen irgendwelche Zugeständnisse machen, weder bezüglich der „elements [!] stables“ noch bezüglich der Befugnisse der Untersuchungsausschüsse, die den Charakter als Untersuchungsbehörden angenommen hätten. Wir werden nur unsere Verpflichtungen aus Artikel 213[18] anerkennen, d. h. Untersuchungen von Fall zu Fall auf begründete Beschwerde hin dulden. In diesem Falle muß aber eine Entscheidung des Völkerbundsrats, bei der wir unseren Standpunkt darlegen können, vorausgehen.[19]

[16] Vgl. oben Anm. 13.

[17] In der Vorlage folgt in wörtlicher Rede der Einwand des Staatssekretärs Meißner, der im Sinne von Hindenburgs Schreibens (vgl. oben mit Anm. 1) darauf beharrt, daß in Genf gleich zu Beginn der Beratungen „von vornherein unzweideutig erklärt werde, daß diese Investigationsbeschlüsse von uns abgelehnt und jeder Versuch, sie auf uns auszudehnen, abgewehrt werden müsse“ (S. 250). Stresemann, dessen Wortmeldung lediglich in indirekter Rede wiedergegeben ist, hält dieses Vorgehen für inopportun und wird darin von Gaus unterstützt (S. 250–251). Meißner beharrt auf der Abgabe einer formellen Protesterklärung, um nicht schon durch die Wahl eines Vorsitzenden für den Investigationsausschuß frühere Völkerbundsbeschlüsse indirekt anzuerkennen (S. 251). Luther schließt sich diesen Vorschlägen an. Stresemann, in der Vorlage in indirekter Rede wiedergegeben, erklärt sich bereit, im Völkerbundsrat und in den Beratungen mit den Außenministern eine entsprechende Erklärung abzugeben. Die Vorlage fährt fort: „Ferner erklärte Dr. Stresemann:“

[18] Durch Art. 213 des Versailler Vertrags (Text in VERTRAG VON VERSAILLES S. 100) „verpflichtet sich Deutschland, jede Untersuchung zu dulden, die der Rat des Völkerbunds mit Mehrheitsbeschluß für notwendig erachtet“.

[19] Zum Antwortschreiben des Reichskanzlers Marx an Hindenburg vom 4. Dezember 1926 als Ergebnis der Besprechung vgl. dessen Text in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 527–529. Ein allerdings sehr allgemein gehaltenes Kommuniqué über die Ministerbesprechung wurde am folgenden Tag veröffentlicht (vgl. etwa VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 571 [Morgenausgabe] vom 3. Dezember 1926).

Redebeiträge im Gespräch mit den Vertretern der Locarno-Mächte in Genf vom 6. Dezember 1926[1]

Nach AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 544–551.

Deutschland legt Wert auf einen festen Termin für die Rückziehung der Interalliierten Militärkontrolle. Es muß geklärt werden, welche Form und Kompetenzen die Investigation durch den Völkerbund haben wird. Die Einrichtung einer neuen Kommission zur Überwachung der Entmilitarisierung des Rheinlands würde das Vertrauen in die Locarno-Politik schwächen. Dagegen würde eine freiwillige Einigung über das Ende der Militärkontrolle und die Form der künftigen Investigation diese Politik stärken.

[...][2]

Ich glaube, es wäre wünschenswert, wenn die heutige Aussprache über zwei Fragen stattfinden könnte, die gegenwärtig zur Diskussion stehen. Die erste Frage ist die der Aufhebung der Militärkontrolle[3]. Über sie wird in Paris verhandelt[4]. Die zweite Frage ist die Frage, welches System an Stelle der internationalen Militärkontrolle gesetzt werden soll, wenn diese zurückgezogen wird. Die letztere Angelegenheit gehört zur Kompetenz des Völkerbundes. Die in der Frage der Entwaffnung noch zu erledigenden Punkte stellen nur einen ganz geringen Prozentsatz der Fragen dar, die in der gesamten Entwaffnung noch zu regeln sind. Ich hoffe, daß die Pariser Verhandlungen uns einen Abschluß bringen werden. Andererseits legen wir den allergrößten

---

[1] Die Vorlage gibt eine Aufzeichnung Schuberts wieder. Nach dessen eigenem Bekunden beruht die Wiedergabe der wörtlichen Rede Stresemanns (die Gesprächsbeiträge der anderen Teilnehmer sind lediglich paraphrasiert überliefert) „auf Notizen, die sich Herr Schmidt [vom Sprachendienst des Auswärtigen Amtes] für die Übersetzung gemacht hatte“ (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 551). An der Besprechung nahmen neben Stresemann und Schubert Chamberlain, Briand, Vandervelde und Scialoja teil.

[2] Die Vorlage führt aus (S. 544), daß auf Anregung Briands die Besprechung „von Herrn Stresemann eröffnet [wird], der etwa folgendes ausführte:“

[3] In den vorangegangenen Wochen hatte es von deutscher Seite intensive Bemühungen gegeben, die Siegermächte zur Beendigung der Militärkontrolle und der Arbeit der Interalliierten Militärkontrollkommission zu bewegen; so war u. a. durch eine Note an die alliierten Mächte vom 16. November 1926 die Abberufung der Militärkontrollkommission aus Deutschland beantragt worden (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 459–466). Zu weiteren Bemühungen vgl. etwa die Aufzeichnung Schuberts vom 27. November 1926 (ebd., S. 503). Auch in den ersten Besprechungen der deutschen Delegierten, die am Abend des 4. Dezember 1926 in Genf eintrafen (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 575 vom 5. Dezember 1926), hatte die Aufhebung der Militärkontrolle das Thema vorgegeben (vgl. die Aufzeichnungen Stresemanns und Schuberts vom 5. Dezember 1926: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 531–542).

[4] Vgl. etwa zuletzt den telegraphischen Berichts Forsters vom 3. Dezember 1926 (ebd., S. 522–523).

Wert darauf, hier in Genf einen festen Termin für die Abberufung der internationalen Militärkontrolle[5] zu finden. Etwa noch ungeregelte Fragen könnten dann von Regierung zu Regierung erledigt werden. Auf jeden Fall aber müßte, wie es der Versailler Vertrag[6] vorsieht, die Kontrolle dann auf den Völkerbund übergehen.

[...][7]

In unserer Note vom 12. Januar[8] haben wir bereits gesagt, daß nach unserer Ansicht nur der Rat in bestimmten Fällen Investigationen anordnen könne. Herr Chamberlain[9] hat noch von den Grenzen und den Zielen einer Investigation gesprochen, die gegebenenfalls durch Mehrheitsbeschluß festzusetzen seien. Es besteht also keinesfalls ein Recht der Investigationskommission, periodische Untersuchungen vorzunehmen. Die im Investigationsprotokoll[10] gebrauchten Ausdrücke ‚programme d'investigation' und weiter ‚chaque année' haben bei uns eine große Unsicherheit über das Wesen der Investigation hervorgerufen, und deshalb haben wir diese Frage erhoben. Ich möchte nun noch weiter fragen, ob es möglich ist, auf den Punkt der Tagesordnung, der von der Erneuerung des Mandats des Generals Desticker[11] handelt, durch eine Anfrage des deutschen Ratsvertreters[12] eine klare Antwort über den

---

[5] Vgl. oben mit Anm. 3.

[6] Text des am 28. Juni 1919 unterzeichneten Versailler Friedensvertrags im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u. a. in VERTRAG VON VERSAILLES. Durch seinen Art. 213 (ebd., S. 100) „verpflichtet sich Deutschland, jede Untersuchung zu dulden, die der Rat des Völkerbunds mit Mehrheitsbeschluß für notwendig erachtet".

[7] In der Vorlage folgt (S. 546–547) der Appell Briands, die einzelnen Fragen (Kontrollkommission, Investigationsfrage, besondere Kontrolle im Rheinland) zu unterscheiden; die Abberufung der Kontrollkommission könne vielleicht in Genf beschlossen werden; Art. 213 biete keine Handhabe für eine dauernde Kontrolle der deutschen Abrüstung; das Investigationsprotokoll sei vielleicht für Deutschland tragbar. Chamberlain schließt sich diesen Äußerungen an.

[8] Gemeint ist die deutsche Note an den Generalsekretär des Völkerbundes vom 12. Januar 1926 (Text in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 102–103, Anm. 7).

[9] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929.

[10] Der Völkerbundsrat hatte am 27. September 1924 ein „Investigationsprotokoll" beschlossen, in dessen Ausführung dauerhafte Kontrollen der deutschen Abrüstung ermöglicht und dazu gegebenenfalls „éléments stables" eingerichtet werden sollten (Text in deutscher Übersetzung: DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 40, B 2 [1924], S. 14–18). Am 14. März 1925 hatte der Völkerbundsrat dazu erste Ausführungsbestimmungen für die „Investigationskommissionen" verabschiedet (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 449, sowie AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 394, Anm. 2), die Generalsekretär Drummond am 19. März 1925 Stresemann mitgeteilt hatte (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 12, S. 701, Anm. 2).

[11] Pierre-Henri Desticker (1866–1928), französischer General; Präsident der Investigationskommission des Völkerbunds für Deutschland seit 12. Januar 1925. – Die Verlängerung seines Mandats stand auf der Tagesordnung des Völkerbundsrates; nach einer vorherigen Vereinbarung zwischen Stresemann, Chamberlain und Briand sollte dieser Tagesordnungspunkt jedoch ganz ans Ende der Ratstagung verschoben werden (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 576 [Abendausgabe] vom 6. Dezember 1926).

[12] Offenbar bezieht sich Stresemann hier auf die eigene Person. – Die von ihm angesprochene „Anfrage" geht auf einen Vorschlag Chamberlains in seinem Gespräch mit Stresemann vom Vortag zu-

Charakter der Investigationen zu erhalten.

[...][13]

Es gibt noch eine weitere Frage, die vom deutschen Gesichtspunkt von Wichtigkeit ist. Das ist die Frage, welche Rechte die Investigationskommission bei Vornahme von Investigationen auf dem Gebiet anderer Länder habe. Wir müßten ein Reichsgesetz machen, um der Kommission die nötige Bewegungsfreiheit zu geben, da sie andernfalls, z. B. am Betreten von Fabriken und am Eindringen in Privathäuser, durch das deutsche Gesetz verhindert würde. Bisher hatten wir ein derartiges Gesetz nicht, weil wir ja die Internationale Kontrollkommission hatten. Nun aber ändert sich die Lage und mit der Investigationskommission ergibt sich die Notwendigkeit, wie wir es auch in Punkt 3 unserer Note[14] ausgeführt haben, ein besonderes Reichsgesetz zu schaffen. Dafür muß natürlich die Zustimmung des Reichstages erlangt werden. Ich wäre deshalb dankbar, wenn die Rechte, die für die Investigationskommission gefordert werden, hier formuliert werden könnten, damit ich sie dann dem Reichstag vorlegen kann.

[...][15]

Es ist sehr erfreulich, daß ich auch nicht Jurist bin, denn aus diesem Grunde erscheinen mir die Lösungen vielleicht leichter als sie in Wirklichkeit sind. Aber Herr Gaus[16], vor dessen Autorität ich mich beuge, hat mir mitgeteilt, daß wir ein besonderes Gesetz brauchten. Ich entsinne mich auch, daß es eine ganze Reihe von Fällen gegeben hat, wo der Vertrag von Versailles die Annahme gewisser Reichsgesetze durch den Reichstag notwendig macht. Aber vielleicht können sich die Juristen über diese schwierige Frage unterhalten.

[...][17]

---

rück (vgl. die Aufzeichnung Stresemanns vom 5. Dezember 1926: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 540–542).

[13] In der Vorlage folgt (S. 546), daß Chamberlain und Briand Stresemann zustimmen; Chamberlain schlägt vor, die Formulierung der betreffenden Erklärung den Juristen zu übertragen.

[14] Gemeint ist die Note vom 12. Januar 1926 (vgl. oben Anm. 8).

[15] In der Vorlage folgt (S. 547) der Einwand Schuberts, daß möglicherweise einige Ausführungsbestimmungen des Investigationsprotokolls wegen Verfassungswidrigkeit nicht durch deutsche Gesetzen geregelt werden könnten; Stresemann merkt an, daß vielleicht die Völkerbundskommission mehr Rechte haben werde als die Interalliierte Militärkontrollkommission. Chamberlain und Briand äußern ihre Zuversicht, daß sich dafür Regelungen finden werden.

[16] Friedrich Gaus (1881–1955), Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes 2. Mai 1923 – 1943. – Seine nachfolgend erwähnte Mitteilung an Stresemann konnte, sofern sie schriftlich erfolgte, nicht ermittelt werden.

[17] In der Vorlage folgt (S. 547–548), daß man sich geeinigt habe, die Frage den Juristen zu übertragen. Im Folgenden diskutieren alle nichtdeutschen Teilnehmer über ein Verfahren, wie Verfehlungen gegen die Demilitarisierung des Rheinlands schnell aufgedeckt werden könnten, wobei Cham-

Ich habe aus den Ausführungen von Herrn Sir Austen Chamberlain entnommen, daß eine ständige Kontrolle in der entmilitarisierten Zone keine Basis im Versailler Vertrag habe. Wenn wir darin einig sind, dann ist diese Frage erledigt.

Nun erhebt sich aber eine zweite Frage: Herr Briand[18] hat davon gesprochen, daß die heute noch besetzte Zone[19] später geräumt werden könne und daß eine Kommission eingesetzt werden solle als eine Art Überwachungsorgan. Diese Kommission stellt dann für Frankreich eine Sicherheit her, welche gestatte, die besetzten Gebiete zu räumen. Ich habe dagegen zwei Bedenken: Erstens Bedenken politischer Natur. Meinem Empfinden nach würde der Wert des Werkes von Locarno[20], der mit unserer Zeit und mit unserem Namen verknüpft ist, herabgesetzt werden, wenn wir eine Überwachungskommission einsetzten, die darauf zu achten hätte, daß die feierlichen Verpflichtungen, die wir in Locarno eingegangen sind, nun auch ausgeführt werden. Ich frage mich, welchen Eindruck es auf die Welt machen würde, wenn wir zwei[21] Jahre nach Abschluß des Locarnopaktes, durch den die Nationen auf den Krieg verzichteten, feierlich erklärten, nicht mehr zu den Waffen zu greifen, die Grenzen zu respektieren und die eintretenden Streitfälle nur auf friedlichem Wege zu lösen, wenn wir so kurze Zeit nach Abschluß dieses Paktes bereits eine Überwachungskommission einsetzten. Entwerten wir nicht den Gedanken von Locarno durch dieses Aufsichtsorgan? Ich wäre dankbar, wenn man die ganze Frage von diesem Gesichtspunkt aus einmal betrachtete. Die Erschütterung des Glaubens an Locarno würde vielleicht mehr Schwierigkeiten nach sich ziehen, als an Sicherheit für Frankreich

---

berlain bemerkt, daß diese Demilitarisierung keine Frage des Versailler Vertrags, sondern des Vertrags von Locarno und folglich eine wechselseitige Verpflichtung sei, die über eine Verständigung mit Deutschland gelöst werden müsse. „Nachdem die Diskussion so weit gediehen war, verlas der Reichsminister den Wortlaut des Kapitels 5 des Investigations-Protokolls und führte dann etwa folgendes aus:“

[18] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918. – Bei welcher Gelegenheit Briand das nachfolgend von Stresemann Wiedergegebene gesagt hat, ließ sich nicht sicher ermitteln. In dem in Anm. 17 paraphrasierten Teil findet er sich nicht. Möglicherweise bezieht sich Stresemann auf sein Gespräch mit Briand vom Vortag (vgl. seine Aufzeichnung vom 5. Dezember 1926: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 531–534); denkbar wäre auch Stresemanns Bezug auf Briands Kammerrede vom 30. November 1926, in der er ausführte, es „dürfe keine Unterbrechung entstehen, wenn die Kontrollkomm. ihren Platz den Investigationsorganen des Völkerbundes abtritt“ (SCHULTHESS 67 [1926], S. 297).

[19] Offenbar bezieht sich Stresemann auf die 2. („Koblenzer“) und 3. („Mainzer“) Besatzungszone des nach den Bestimmungen des Versailler Vertrags besetzten Rheinlands.

[20] Gemeint sind die im Ergebnis der Konferenz von Locarno vom 5. bis 16. Oktober 1925 am 16. Oktober 1925 paraphierten Verträge (Text der Verträge in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215).

[21] So in der Vorlage.

durch ein derartiges System gewonnen wäre.

Die nächsten Beteiligten, Herr Briand, Herr Vandervelde[22] und ich, sind sich darüber einig, daß es sich nur um eine Geste handeln kann, daß diese Kommission eine der größten Sinekuren wäre, die man sich vorstellen kann, daß ihre Beschäftigung wahrscheinlich nur im Besuchen des Kölner Karnevals und ähnlicher Veranstaltungen bestände. Der Jahresbericht, den diese Kommission zu erstatten hätte, würde sicherlich außerordentlich schwierig aufzustellen sein. Man könnte doch z. B. nicht sagen, daß man nicht bemerkt hätte, daß große Armeen von der einen oder von der anderen Seite durch die entmilitarisierte Zone[23] gegangen seien. Andererseits ist das Gebiet, um das es sich handelt, so dicht bevölkert, daß nichts passieren kann, ohne daß es sofort bekannt wird. Also Festungswerke oder dgl. ließen sich auf keinen Fall unbemerkt errichten. Wenn ich nur den zweiten Gesichtspunkt gelten lasse, von dem ich vorhin sprach – und ich mache diese Bemerkung rein persönlich –, so könnte ich vielleicht eine Kommission, die niemand etwas tut, hinnehmen. Aber ich kann den Gedanken nicht loswerden, daß die Gegner der Locarnopolitik dies benutzen werden, um die ganze Politik zu verhöhnen, und daß die Freunde von Locarno erschüttert werden in ihrem Glauben.

Nun erhebt sich noch eine weitere Frage. Soll die Institution, die Herr Briand vorschlägt – nebenbei bemerkt ist ja die Überwachungskommission im Rheinland heute 70 000 Mann stark[24] –, wenn die Besatzung zurückgezogen wird oder die Fristen[25] abgekürzt werden, im Zusammenhang mit den jetzt erörterten Fragen besprochen werden oder für sich allein? Die Frage, die ich hier stelle, ist vielleicht weniger wichtig, aber für Deutschland doch immerhin wesentlich.

---

[22] Émile Vandervelde (1866–1938), belgischer Außenminister 17. Juni 1925 – 21. November 1927.

[23] Im Vertrag von Locarno war die durch den Versailler Vertrag in seinen Art. 42 u. 43 festgelegte und Deutschland auferlegte Entmilitarisierung des linksrheinischen Gebiets und eines Streifens rechts des Rheins bestätigt worden; durch die in Locarno vereinbarte zusätzliche Garantie der Unverletzlichkeit der Grenzen ergab sich, daß auch die anderen Mächte nach dem Abzug der durch den Versailler Vertrag erlaubten vorübergehenden Besatzung dort nicht mehr militärisch präsent sein durften (Text der entsprechenden Bestimmungen des Versailler Vertrags: VERTRAG VON VERSAILLES S. 27; des Vertrags von Locarno: LOCARNO-KONFERENZ S. 199).

[24] Stresemann bezieht sich offenbar auf die Stärke der nach der Räumung der 1. („Kölner“) Zone im Rheinland verbliebenen Besatzungsarmeen, die nach deutschen Berechnungen immer noch bei ca. 70 000 Mann lag (vgl. die Weisung Köpkes an die Botschaft in Paris vom 8. September 1926 samt der zugehörigen Anlage in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 173–177).

[25] Gemeint sind die Fristen nach Art. 429 des Versailler Vertrags (VERTRAG VON VERSAILLES S. 221–222), in dem die sukzessive Räumung des Rheinlands (von Norden nach Süden) nach fünf, zehn und 15 Jahren geregelt ist, sofern „die Bedingungen des gegenwärtigen Vertrages von Deutschland getreulich erfüllt“ werden. Art. 431 (ebd., S. 222) sah allerdings auch die Möglichkeit der Verkürzung der Fristen vor.

[...][26]

Nun ist eine Frage zu stellen, die zwar kein praktisches Interesse hat im gegenwärtigen Augenblick, aber die in der Diskussion gegen den Deutschen Außenminister sehr häufig benutzt wird. Es handelt sich um den Satz unter 4 f im Investigationsprotokoll[27]. Bei der heutigen Lage besteht für uns nur ein theoretisches Interesse, und selbst wenn wir das dort angegebene Recht hätten, würden wir wahrscheinlich keinen Gebrauch davon machen. Aber die Entwaffnung, sagt man in Deutschland, der in 4 f genannten Staaten ist nur der Anfang der allgemeinen Entwaffnung[28], und der Absatz 4 f könnte gegebenenfalls das Recht Deutschlands, an der allgemeinen Entwaffnung mitzuarbeiten, präjudizieren. Deshalb würde ich es gern sehen, wenn auch darüber eine Einigung hier erfolgen könnte. Wenn wir von Genf eine Einigung über die Abberufung der Internationalen Militärkontrolle und eine Einigung über die Frage der Investigation mitbringen, so sehe ich mit Herrn Briand darin einen großen Schritt vorwärts auf dem Wege von Locarno, und ich glaube, daß derselbe Eindruck überall in der Welt herrschen wird. Ich bin dankbar für die Anregungen, die bezüglich der Lösung der Frage der besetzten Gebiete von Herrn Briand gegeben worden sind. Eine freiwillige Vereinbarung, die nicht auf dem Versailler Vertrag beruht und bilateral ist, würde uns vielleicht eine Lösung bringen. Für mich ist diese Möglichkeit verhältnismäßig neu. Ich habe zuerst von den Sozialisten, die in Luxemburg an den Besprechungen teilgenommen haben, davon gehört[29]. Ich werde darüber nachdenken und dem deutschen Kabinett davon Mitteilung machen. Vielleicht bringt uns diese Anregung die Lösung. Auf jeden Fall aber sehe ich sie als Ausdruck des guten Willens zur Lösung unserer Schwierigkeiten an. Wenn wir eine derartige Lösung errei-

---

[26] In der Vorlage folgt (S. 549–550), wie Briand, Vandervelde und Chamberlain verschiedene Aspekte der Frage ansprechen und sich insgesamt zufrieden zeigen, daß man sich offenbar über die Frage der Militärkontrolle und der Investigation einigen könne. „Darauf schnitt Herr Stresemann den Punkt f im zweiten Teil des Investigationsprotokolls an und führte dann etwa folgendes aus:“

[27] Art. 4, Satz f des Investigationsprotokolls vom 27. September 1924 (vgl. oben mit Anm. 10) lautet in deutscher Übersetzung: „Die Angehörigen des Staats, die der Ausübung des Investigationsrechts unterworfen sind, können keinem Investigationsausschuß angehören.“

[28] Stresemann bezieht sich darauf, daß die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrags für Deutschland (vgl. zu den Details dessen Art. 159–213: VERTRAG VON VERSAILLES S. 82–100) in der Einleitung zu den betreffenden Bestimmungen begründet werden, „[u]m die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen“ (ebd., S. 82). – Zwischenzeitlich, im Dezember 1925, hatte der Völkerbundsrat die Einberufung einer „Vorbereitenden Abrüstungskonferenz“ beschlossen, zu deren Arbeit auch Deutschland eingeladen wurde (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 455–456); sie tagte erstmals im Mai 1926 und delegierte zum Abschluß dieser ersten Beratung die weitere Bearbeitung spezieller Fragen in Unterkommissionen (vgl. ebd., 67 [1926], S. 463–466).

[29] Gemeint ist wohl die Konferenz der sozialdemokratischen Parteien Belgiens, Deutschlands und Frankreichs und der britischen Labour Party zur internationalen Politik am 21. und 22. November 1926 in Luxemburg (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 552. [Abendausgabe] vom 22. November 1926).

chen, können wir sicher sein, daß die Gegner unserer Politik auf den Prozentsatz von Irrsinnigen reduziert werden, den jedes Land nun einmal besitzt.

[...][30]

[30] In der Vorlage (S. 551–552) folgt, daß sich Chamberlain und Briand für eine künftige Einigung in den angesprochenen Fragen zuversichtlich äußern; auf Vorschlag Chamberlains wird der Inhalt eines Pressekommuniqués besprochen (Text der veröffentlichten unterschiedlichen Kommuniqués: VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 577 [Morgenausgabe] vom 7. Dezember 1926). – Zu Stresemanns Einschätzung des Sitzungsverlaufs und -ergebnisses vgl. die Aufzeichnung Pünders vom 7. Dezember 1926 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 413–414).

Erster Redebeitrag im Völkerbundsrat in Genf vom 9. Dezember 1926[1]

Nach TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 576 (Abendausgabe) vom 10. Dezember 1926.

Bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, daß Danzig nun bald finanziell wirksam geholfen wird.

Ich stimme, so bemerkte Reichsminister des Aeußern Dr. Stresemann[2], dieser Anregung in jeder Beziehung vollkommen zu und wäre nur dankbar, wenn es dem Einfluß des Völkerbundes gelingen könnte, die **gleiche Art der Verhandlungen nicht nur zwischen Polen und Danzig[3],** sondern auch **zwischen allen anderen Nationen herbeizuführen.** [...][4] Ich glaube, daß das Finanzkomitee sich davon überzeugt hat, wie schwierig die Verhältnisse in jener Gegend sind. Danzig ist ohne sein Verschulden in eine außerordentlich schwere wirtschaftliche Notlage geraten, weshalb **der Völkerbund eine besondere Pflicht zur Hilfeleistung** hat. Schon im Herbst habe ich ausgeführt[5], warum Deutschland ein besonderes Interesse an Danzig hat. Heute will ich mich darauf beschränken, die Hoffnung auszusprechen, daß die Verhandlungen, welche auf Grund des Berichtes des Finanzkomitees noch notwendig sind, von allen Seiten im Sinne des Entgegenkommens und der Hilfsbereitschaft gegenüber Danzig geführt werden.[6]

---

[1] Die Vorlage beginnt den Artikel unter der Überschrift „Dr. Stresemann über die Danziger Anleihe“: „Wie bereits heute morgen gemeldet, hat der Völkerbund die Auflegung einer internationalen Anleihe für Danzig unter bestimmten Bedingungen genehmigt. In dem Bericht Vanderveldes über die Danziger Anleihefrage wird u. a. auch darauf Bezug genommen, daß die Regelung der zwischen Danzig und Polen schwebenden Fragen nicht immer so rasch vor sich gehe, als man wünsche müsse. Diesem Uebelstand könnte vielleicht dadurch abgeholfen werden, daß zwischen den Danziger und polnischen Behörden geschmeidigere und weniger formalistische Beziehungen eingeführt werden. Diese Ausführungen gaben Reichsminister des Aeußern Dr. Stresemann Veranlassung, die Anregung des Ratspräsidenten zu unterstützen.“ – Im amtlichen Völkerbundsprotokoll (SOCIÉTÉ DES NATIONS, Journal officiel 8 [1927], S. 142–144) des betreffenden Tagesordnungspunktes ist die Äußerung Stresemanns lediglich in indirekter Rede wiedergegeben.

[2] So – als paraphrasierender Einschub – in der Vorlage.

[3] Am 20. September 1926 war zwischen Polen und Danzig ein allerdings noch nicht ratifiziertes Zollabkommen unterzeichnet worden (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 484), das den Weg zur Erlaubnis einer Anleihe für Danzig durch den Völkerbund ebnete.

[4] In der Vorlage folgt: „Nach einem Dank an das Finanzkomitee fuhr Reichsminister des Aeußern Dr. Stresemann fort:“

[5] Vgl. in dieser Edition Stresemanns Redebeitrag im Völkerbundsrat vom 20. September 1926.

[6] In einem Artikel in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 583 (Morgenausgabe) vom 10. Dezember 1926, der allerdings die Worte Stresemanns nur in indirekter Rede wiedergibt, heißt es zum Fortgang der Sitzung: „Das [Stresemanns Rede] veranlaßte den Vertreter Polens zu einem längeren Exkurs, auf den Stresemann jedoch nicht mehr antwortete. [...] Das deutsch-polnische Geplänkel, besonders aber

das erste Auftreten Stresemanns als Berichterstatter [über die Vorbereitungen zur internationalen Wirtschaftskonferenz: vgl. in dieser Edition Stresemanns zweiten Redebeitrag in dieser Edition] in einer öffentlichen Ratssitzung, verlieh der heutigen Verhandlung ein gewisses sensationelles Gepräge, das sich auch in einem sehr starken Besuch des allerdings sehr kleinen Saales aussprach, in dem dieses Mal der Rat tagt, weil der große Glassaal bis vor wenigen Tagen von der Bise stark heimgesucht war."

Zweiter Redebeitrag im Völkerbundsrat in Genf vom 9. Dezember 1926[1]

Nach SOCIÉTÉ DES NATIONS, Journal officiel 8 (1927), S. 144–145.

Faßt den Bericht des Komitees zur Vorbereitung der internationalen Wirtschaftskonferenz zusammen und legt einen Beschlußantrag vor, wonach die Konferenz unter Einschluß von Nichtvölkerbundsmitgliedern für den Mai 1927 einberufen werden soll; Vertreter auf der Konferenz sollen Experten sein, die zwar von den Staaten benannt werden, aber nicht weisungsgebunden sind; der Rat behält das Recht, weitere Vertreter zu benennen.

Le Comité préparatoire[2] vous présente aujourd´hui ses propositions définitves en ce qui concerne la composition, le programme et la date de la Conférence économique internationale, dont la convocation a été décidée par l´Assemblée de 1925[3]. Son président, M. Theunis[4], est ici présent pour vous donner à ce sujet toutes explications qui vous sembleraient nécessaires. Le rapport du Comité préparatoire[5] est simple et concis. Je n´ai pas besoin de le commenter longuement.

Devant la tâche qui lui a été confiée par le Conseil en décembre 1925[6], le Comité

---

[1] Dem deutschen Vertreter im Völkerbundsrat war im September 1926 die dauernde Berichterstattung in allen Wirtschaftsfragen zugewiesen worden (BERLINER TAGEBLATT, Nr. 447 [Morgenausgabe] vom 22. September 1926). Stresemann sprach daher als Berichterstatter unter dem Tagesordnungspunkt „Conférence économique internationale: Rapport du Comité préparatoire sur les travaux de sa deuxième session“. Die Vorlage über diesen Tagesordnungspunkt, die für die Worte Stresemanns ein vermutlich ins Französische übersetztes Wortprotokoll (und für die Beiträge der übrigen Teilnehmer Paraphrasen) liefert, beginnt ihre Wiedergabe: „M. Theunis, président du Comité préparatoire de la Conférence économique, et M. Arthur Fontaine, président du Conseil d´administration du Bureau international du Travail, prennent place à la table du Conseil. Le Dr Stresemann donne lecture du rapport et du projet de résolutions suivants:“

[2] Am 24. September 1925 hatte die Völkerbundsversammlung beschlossen, eine Weltwirtschaftskonferenz einzuberufen, und am 15. Dezember 1925 hatte der Völkerbundsrat Experten zur Vorbereitung dieser Konferenz ernannt (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 453 u. 456). Dieses Vorbereitungskomitee tagte – von Anfang an unter deutscher Beteiligung – im April und November 1926 (vgl. ebd., 67 [1926], S. 459–460 u. 493). Der hier von Stresemann vorgelegte Bericht und Entschlußantrag entsprangen der zweiten Sitzung vom November. – Laut einem Bericht in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 583 (Morgenausgabe) vom 10. Dezember 1926, war der betreffende Tagesordnungspunkt am Vortag „bereits in einer Geheimsitzung des Rats sorgsam vorbereitet worden“.

[3] Vgl. die vorangehende Anm.

[4] George Theunis (1873–1944), belgischer Ministerpräsident 1921 – 5. April 1925 u. 1934–1935. – Stellvertretender Vorsitzender bzw. Vorsitzender des Vorbereitungskomitees der Internationalen Weltwirtschaftskonferenz seit 1925 bzw. 1926.

[5] Der Text samt Anlagen der Zweiten Sitzung des Vorbereitungskomitees für die Weltwirtschaftskonferenz vom 15. bis 19. November 1926, der den Ratsmitgliedern vorlag, in SOCIÉTÉ DES NATIONS, Journal officiel 8 (1927), S. 266–274.

[6] Vgl. oben Anm. 2.

préparatoire a tenu à procéder avec méthode et circonspection en divisant son travail en deux grandes étapes.

La première, dont les résultats sont indiqués dans le rapport sur la première session[7], consistait en une espèce de reconnaissance du terrain des opérations. Un premier projet de programme comprenant un très grand nombre de questions a été ébauché et, sur cette base, une simple documentation a été réunie.

Pourvu de ces éléments d´information, le Comité a entrepris la deuxième partie de son travail, qui consistait à dégager les questions essentielles, afin de délimiter aussi exactement que possible le terrain sur lequel la Conférence aura à engager ses discussions. Le résultat de cette révision définitive est consigné dans le rapport qu´il nous soumet aujourd´hui avec un programme qui, tout en permettant une discussion générale de la situation économique actuelle, tend à diriger la Conférence vers un examen approfondi d´un certain nombre de questions pour lesquelles il est permis d´entrevoir la possibilité de solutions d´ordre international.

La division du programme en questions générales, commerce, industrie, agriculture, répond à cette double préoccupation, qui se manifeste, d´ailleurs, à nouveau dans les subdivisions de chacune des quatre catégories principales.

Pour bien saisir la signification de ce programme très succinct, il est nécessaire de se reporter à la documentation qui devra l´accompagner. Cette documentation est d´un caractère objectif. Elle a pour objet de fournir une brève analyse de l´état de fait, dont les problèmes mentionnés au programme sont la conséquence.

La documentation, telle qu´elle sera soumise à la Conférence après une dernière révision, représentera un ensemble remarquable, aussi bien pour l´abondance que pour la variété et la précision des renseignements. C´est peut-être la première fois qu´on a vu un groupe aussi important d´experts qualifiés, appartenant aux branches les plus diverses de l´activité humaine et à un grand nombre de pays différents, collaborer à la même œuvre afin de fournir à la Conférence une base solide de discussions et un tableau à peu près complet de la situation économique actuelle.

En ce qui concerne la composition de la Conférence, le Comité, en s´inspirant du précédent de la Conférence de Bruxelles[8], recommande que les membres soient nommés par les gouvernements en raison de leur capacité personnelle, étant enten-

---

[7] Zum Bericht im Völkerbundsrat vom 9. Juni 1926 über die erste Sitzung des Vorbereitungskomitees vgl. SOCIÉTÉ DES NATIONS, Journal officiel 7 (1926), S. 810–830.

[8] Gemeint ist wohl die Internationale Finanzkonferenz in Brüssel vom 24. September bis 8. Oktober 1920 (vgl. zusammenfassend SCHULTHESS 61,2 [1920], S. 399–404).

du qu´ils doivent être indépendants et ne doivent pas être les porte-paroles d´une politique officielle. Le nombre maximum des membres pour chaque pays est fixé à cinq. Leurs frais sont à la charge des gouvernements. Il serait utile de recommander aux Etats de procéder au choix des membres en question, de telle manière que la Conférence puisse présenter dans son ensemble un juste équilibre des différents compétences et des différents intérêts en jeu.

Vous serez sans doute d´accord avec la Comité préparatoire pour décider d´envoyer des invitations aussi bien aux Etats membres de la Société qu´à ceux qui n´en font pas partie, mais qui occupent une place importante dans la vie économique du monde.

Finalement, il semble utile que le Conseil se réserve le droit de procéder, plus tard, à un nombre restreint d´invitations supplémentaires. Il pourra le faire lorsque les réponses des gouvernements lui auront permis de juger si la Conférence présente cette composition harmonieuse qu´il estime nécessaire.

Il ne semble pas utile d´indiquer les autres mesures de détail recommandées par le Comité. Son rapport est très précis à ce sujet et il suffira que les Conseil le rende opérant par son approbation générale.

Avant de vous proposer un texte de résolution, je tiens à remercier en votre nom tous les membres du Comité préparatoire, ainsi que toutes les administrations, organisations et personnes qui lui ont apporté leur collaboration, et à adresser un remerciement particulièrement chaleureux à M. Theunis, président idéal, qui possède la rare vertu de rester constamment aimable tout en étant constamment énergique et qui a contribué dans une très large mesure à l´achèvement heureux de cette œuvre considérable de préparation.

Le conseil ne peut mieux marquer son appréciation du rôle si utile joué par M. Theunis qu´en lui demandant d´accepter la présidence de la Conférence elle-même.

Voici le texte de résolution que j´ai l´honneur de vous proposer:

Le Conseil

Prend acte du rapport de M. Theunis sur les travaux de la deuxième et dernière session du Comité préparatoire de la Conférence économique;

Adresse ses remerciements au président, M. Theunis, et aux membres du Comité préparatoire, au Bureau international du Travail, à l´Institut international d´acgriculture, à la Chambre de commerce internationale, ainsi qu´aux autres organisations et personnes qui ont contribué à la préparation de la Conférence écono-

mique;

Donne son approbation aux propositions du Comité préparatoire, notamment en ce qui concerne la composition, le règlement, le programme et la date de la future Conférence;

Décide de convoquer la Conférence économique internationale pour le 4 mai 1927, à Genève, et d´adresser, à cet effet, dans les conditions indiquées dans le rapport du Comité, des invitations à tous les Etats membres de la Société des Nations, ainsi qu´aux Etats-Unis d´Amérique, à la Russie, à la Turquie, au Mexique, à l´Equateur et à l´Egypte;

Se réserve de procéder, le cas échéant, à sa prochaine session, à un nombre restreint de nominations supplémentaires;

Charge le Secrétaire général[9] de prendre toutes mesures nécessaires pour donner effet à la présente résolution.[10]

[9] Sir James Eric Drummond (1876–1951), britischer Diplomat; Generalsekretär des Völkerbundes 1919–1933.

[10] Nach einigen Rückfragen von Ratsmitgliedern und Erläuterungen durch Theunis (SOCIÉTÉ DES NATIONS, Journal officiel 8 [1927], S. 145–147) nimmt der Völkerbundsrat die von Stresemann vorgelegte Resolution an.

Erklärung vor der Presse in Genf vom 10. Dezember 1926[1]

Nach TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 577 (Morgenausgabe) vom 11. Dezember 1926. – Druck auch in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 585 (Morgenausgabe) vom 11. Dezember 1926; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 584 (Morgenausgabe) vom 11. Dezember 1926; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 578 (Morgenausgabe) vom 11. Dezember 1926[2]; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22357 (Morgenausgabe) vom 11. Dezember 1926, S. 4. – Leicht abweichend in KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 919 (1. Morgenausgabe) vom 11. Dezember 1926.

Die Verleihung des Friedensnobelpreises ist ein Symbol für die Anerkennung seiner, Chamberlains und Briand auf Verständigung zielenden Politik, auf deren Fortsetzung er vertraut.

Die Verleihung des Nobel-Friedenspreises[3] ist mir eine aufrichtige **Freude** und **Genugtuung.** Ich sehe in diesem Ereignis weniger eine persönliche Ehrung für die Außenminister Englands[4], Frankreichs[5] und für mich, vielmehr betrachte ich die Entscheidung **als Symbol der Anerkennung, die die Welt der Politik zollt, deren Anfang durch die Namen London[6], Locarno[7], Genf[8] und Thoiry[9] gekennzeichnet**

---

[1] Die Vorlage leitet den betreffenden Artikel folgendermaßen ein: „Angesichts der zahlreichen Glückwünsche, die den neuen Trägern des Friedenspreises von allen Seiten dargebracht wurden, gab Reichsminister Dr. Stresemann der Presse folgende Erklärung:“ Diese Formulierung läßt noch offen, ob Stresemann tatsächlich gesprochen oder eine schriftliche Erklärung übergeben hat. Aus KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 919 (Erste Morgenausgabe) vom 11. Dezember 1926, geht jedoch hervor, daß Stresemann die Worte tatsächlich gesprochen haben dürfte.

[2] Der Teildruck in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ verlegt – im Gegensatz zur Vorlage und zu den anderen Druckorten – die Worte Stresemanns, vermutlich zu Unrecht, in eine „Sitzung der Locarno-Mächte“, in der „Dr. Stresemann auf den Glückwunsch Vanderveldes wie folgt erwidert“ habe.

[3] Am 10. Dezember 1926 war in Oslo bekanntgegeben geworden, daß das Nobelpreiskomitee den Friedensnobelpreis für 1925 an Chamberlain und Dawes, denjenigen für 1926 an Stresemann und Briand verliehen habe (vgl. TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 577 [Morgenausgabe] vom 11. Dezember 1926).

[4] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929. – Die Erklärung, die Chamberlain der Presse abgab, folgt in der Vorlage den Worten Stresemanns.

[5] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918. – Die Worte, mit denen Briand gegenüber der Presse auf die Verleihung des Friedensnobelpreises reagierte, sind paraphrasiert in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 585 (Morgenausgabe) vom 11. Dezember 1926.

[6] Gemeint ist die Londoner Konferenz vom 16. Juli bis 16. August 1924, auf der der Dawes-Plan zur Grundlage der deutschen Reparationen bestimmt wurde (Protokolle der Konferenz in LONDONER KONFERENZ).

[7] Gemeint sind die Konferenz von Locarno vom 5. bis 16. Oktober 1925 und die am 16. Oktober 1925 als deren Ergebnis paraphierten Verträge (Text der Verträge in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215).

ist. Das Ziel dieser Politik ist der **dauernde Frieden** und das Wohlergehen der Völker. **Wird dieses Ziel erreicht werden?** Ich vertraue darauf, solange Männer wie Briand und Chamberlain die Geschicke ihrer Völker leiten, zwei Männer, die aufrichtig und unter Einsetzung ihrer ganzen Persönlichkeit eine wirkliche Verständigung erstreben und deren große Verdienste um den Frieden der Welt bereits geschichtliche Tatsachen sind.

[8] Stresemann bezieht sich wohl auf den deutschen Eintritt in den Völkerbund vom 10. September 1926 (vgl. in dieser Edition seine Rede zu diesem Anlaß).

[9] Gemeint ist das Gespräch Stresemanns mit Briand in Thoiry vom 17. September 1926; vgl. dazu neben seiner Rede vor der Presse vom 17. September 1926 (in dieser Edition) Stresemanns eigenes stichwortartiges Diktat vom 17. September und seine ausführlichere Aufzeichnung vom 20. September 1926 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 188–191 u. 202–210.

Redebeiträge im Gespräch mit den Vertretern der Locarno-Mächte in Genf vom 10. Dezember 1926[1]

Nach AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 580–585.

Schlägt vor, die strittigen Fragen der Kriegsmaterialien und Ostfestungen zwischen den Regierungen zu verhandeln und notfalls einem Schiedsgericht vorzulegen. Beharrt aber auf dem Recht Deutschlands der Verteidigung nach Osten. Die Frage der „éléments stables" sollte auf dem Vertragswege, aber nicht unter Rückgriff auf den Versailler Vertrag gelöst werden. Die Auflösung der Militärkontrollkommission.

[...][2]

Stresemann: Ich befinde mich in derselben Situation. Auch wir haben nach Paris telegrafiert[3], damit unter allen Umständen eine Einigung mit der Botschafterkonferenz erreicht würde. Aber unsere Vertreter in Paris haben darauf hingewiesen, daß sie durch Kabinettsbeschluß[4] der Deutschen Regierung an die Grenzen gebunden seien, die sie der Botschafterkonferenz angegeben hätten. In Deutschland selbst hat ein starker Kampf zwischen dem Reichswirtschaftsministerium und dem Außenminister in dieser Frage stattgefunden[5]. Ich habe sehr viel [!] Telegramme aus Industriekreisen erhalten, in denen immer wieder gesagt wird, daß ein Nachgeben in dieser Frage Arbeitslosigkeit in größerem Umfange nach sich ziehen würde. Und die Indu-

---

[1] Die Vorlage, die auf einer „Aufzeichnung ohne Unterschrift" beruht, gibt in Anm. 1 einen Vermerk wieder, wonach die Aufzeichnung auf der „Niederschrift des Dolmetschers Schmidt" beruht. Offenbar sind also (wie schon für die Redebeiträge Stresemanns in der Besprechung vom 6. Dezember 1926: vgl. diese Edition) die Notizen des Dolmetschers die Grundlage für die Wiedergabe der Worte Stresemanns. – Neben den deutschen, französischen, englischen, belgischen und italienischen Teilnehmern nahm an dieser Besprechung auch Ishii als Vertreter Japans teil.

[2] Chamberlain eröffnet die Sitzung mit der Feststellung, daß nach den Ergebnissen der Verhandlungen der Botschafterkonferenz alle Entwaffnungsfragen geregelt seien außer denjenigen der Ostfestungen und des Kriegsmaterials, und daß er skeptisch sei, ob Großbritannien in diesen Punkten weiter nachgeben könne.

[3] Zu den Verhandlungen der Botschafterkonferenz vom Vortag und der telegraphischen Korrespondenz zwischen den deutschen Unterhändlern in Paris und Genf vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 576–579 mit den Anm.

[4] Dies bezieht sich vermutlich auf die Kabinettssitzung vom 2. Dezember 1926 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 390–391).

[5] Andeutungen dazu finden sich ebd. mit Anm. 1; vgl. auch die Aufzeichnung Köpkes vom 9. Dezember 1926 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 574–576). Gemeint ist die Frage deutscher Zugeständnisse in der Frage des Verbots der Herstellung solcher Produkte, die später auch in der Rüstungsindustrie weitere Verwendung finden könnten. Zu einer Aufzählung der betreffenden, vor allem von englischer Seite monierten Produkte vgl. BERLINER TAGEBLATT, Nr. 583 (Abendausgabe) vom 10. Dezember 1926.

striekreise, aus denen diese Äußerungen stammen, gehören nicht der Schwerindustrie, sondern der weiterverarbeitenden Industrie an und haben in Deutschland einen sehr starken Anhang. Man muß auch immer wieder auf die Unmöglichkeit hinweisen, z. B. die Herstellung von Artikeln zu verbieten, die nach einer siebenfachen Verarbeitung zu Kriegsmaterial werden. Man kann nicht die 6 vorhergehenden Stufen aus der deutschen Produktion einfach ausschalten, denn wenn wir das täten, so würde unser Export, den wir wegen der Daweslasten[6] dringend gebrauchen, in Mitleidenschaft gezogen werden. Ich möchte noch eine persönliche Bemerkung hinzufügen. Meiner Ansicht nach ist diese Frage des Kriegsmaterials viel zu technisch, als daß sie von den Außenministern gelöst werden könnte. Ich sehe nur zwei Mittel, um zu einem Abschluß zu gelangen. Erstens könnten wir die Frage aus den Händen der Techniker herausnehmen und sie unter den Regierungen verhandeln. Zweitens, wenn keine Regelung unter den Regierungen möglich wäre, schiene mir ein Schiedsgericht der geeignete Weg, diese Frage zu lösen; ich müßte jedoch noch mit Berlin darüber Rücksprache nehmen.

[...][7]

Stresemann: Ich bin absolut der Ansicht, daß während des Schiedsverfahrens an den Befestigungswerken[8] weder weiter gebaut noch etwas zerstört wird. In dieser Voraussetzung wären wir uns also einig. Mit der Antwort, die der General Pawelsz[9] in Paris gegeben hat, bin ich ebenfalls vollkommen einverstanden. Deutschlands Auffassung geht dahin, daß es dazu berechtigt ist, die Festungswerke nicht nur vor dem Einstürzen zu bewahren, sondern auch Verbesserungen vorzunehmen. Wenn wir jetzt die Arbeiten einstellten, so müßten wir damit den Anschein erwecken, als gäben wir unseren Rechtsstandpunkt auf, und deshalb hat auch General Pawelsz offen erklärt, daß wir mit den Befestigungsarbeiten fortfahren. Ich hoffe, daß Herr Briand[10]

---

[6] Gemeint sind die deutschen Reparationslasten aus dem Dawes-Plan, der mit den Beschlüssen der Londoner Konferenz vom Juli und August 1924 zur Grundlage der deutschen Reparationen wurde.

[7] Die Vorlage gibt Äußerungen der nichtdeutschen Vertreter wieder: Sie sind sich darin einig, daß die Frage, ob die deutschen Arbeiten an den Festungen mit dem Versailler Vertrag vereinbar seien, einem Schiedsgericht übertragen werden solle, bis dahin aber die deutschen Arbeiten ruhen müßten (S. 581–582). .

[8] Gemeint sind die Festungen in Ostpreußen, darunter vor allem Königsberg.

[9] Richard von Pawelsz (1872–1942), deutscher General. Pawelsz war seit dem Sommer 1925 Reichskommissar für die Verhandlungen mit der Interalliierten Militärkontrollkommission. – Briand hatte zuvor (vgl. die vorangehende Anm.) referiert, daß Pawelsz vor der Botschafterkonferenz auf die Frage, ob Deutschlands Arbeiten an den Festungen fortgesetzt würden, mit einem Ja geantwortet habe.

[10] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April

dem General Pawelsz aus dieser Offenheit keinen Vorwurf machen wird. Der Schiedsgerichtsgedanke scheint mir annehmbar zu sein, ich müßte jedoch erst noch mit Berlin in Fühlung treten.

[...][11]

Stresemann: Die Frage, vor welchem Schiedsgericht die Angelegenheit erledigt wird, spielt für uns keine sehr große Rolle. Wir möchten nur möglichst schnell zu einer Entscheidung kommen. Zu der Frage des jetzigen Zustandes (état actuel)[12] möchte ich Herrn Chamberlain[13] nur mitteilen, daß unsere Militärs und auch das ganze Kabinett anderer Ansicht sind. Wenn es die Absicht der Alliierten war, uns für alle Zeiten weiter nichts zu gestatten, als ein paar umgestürzte Mauern wieder aufzubauen, dann würden die Befestigungen bald weiter nichts sein als – verzeihen Sie den Ausdruck – als ein Museum, und so heißt denn auch in Deutschland die Theorie die Museumstheorie. Man würde dann die Soldaten an diese Befestigungswerke führen und ihnen wie in einem Museum zeigen, wie man in früheren Zeiten einmal Befestigungen gebaut habe. Im Vertrag von Versailles haben uns aber sämtliche Signatarmächte das Recht der Verteidigung nach Osten gewährt[14]. Dieses Recht ist um so wichtiger, da Berlin ja heutzutage Grenzstadt ist, und wenn Herr Piłsudski[15] uns plötzlich angreifen wollte, so wäre er in zwei Tagen in der deutschen Hauptstadt. Ich bin also der Ansicht, daß wir an dem Verteidigungssystem natürlich keine Änderungen vornehmen dürfen, daß wir aber bei Aufrechterhaltung des augenblicklichen Zustandes den Verteidigungszustand und den Grad der Verteidigungsmöglichkeit, den die Befestigungswerke bieten, im Auge haben müssen.

1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918.

[11] Die Vorlage gibt Äußerungen der nichtdeutschen Vertreter wieder: Sie diskutieren die juristische und die militärtechnische Seite der Festungsfrage und erwägen, welches Schiedsgericht in Frage kommen könnte (S. 582–583).

[12] Das „état actuel“ bezieht sich auf Art. 180 des Versailler Vertrags, in dessen letztem Absatz es im französischen Text heißt: „Le sytème des ouvrages fortifiés des frontières Sud et Est de l´Allemagne sera conservé dans son état actuel“ (VERTRAG VON VERSAILLES S. 88). Ishii hatte zuvor (vgl. die vorangehende Anm. 11) erklärt, als Teilnehmer an den Pariser Friedensverhandlungen wisse er, „daß die Auslegung des état actuel außerordentlich schwierig ist“.

[13] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929.

[14] Stresemann schließt dies offenbar aus Art. 180 des Versailler Vertrags (vgl. oben Anm. 12), der die Festungen im Osten und Süden ausdrücklich von der vorgesehenen Schleifung aller übrigen Festungsanlagen in Deutschland ausnahm.

[15] Józef Piłsudski (1867–1935), polnischer Staatspräsident 1918–1922; Marschall von Polen seit 1920; nach Staatsstreich und zeitweilig autoritär regierend als polnischer Ministerpräsident (Oktober 1926 – Juni 1928 u. 1930–1930) bzw. als Kriegsminister (Oktober 1926 – 1935).

[...][16]

Stresemann: Uns kommt es darauf an, daß die Frage der éléments stables in der entmilitarisierten Zone[17] geklärt wird und daß festgestellt wird, daß nur auf Grund eines freiwilligen Abkommens und nicht auf Grund des Vertrages von Versailles[18] eine Lösung gefunden werden kann. Wir würden es gern sehen, wenn der Erklärung der Juristen noch ein Satz in diesem Sinne beigefügt werden könnte. Ich glaube, Herr Briand und ich könnten mit Hilfe unserer Juristen versuchen, diesen Satz zu formulieren.

[...][19]

Stresemann: Aus politischen Gründen lege ich Wert darauf, daß wir hier in Genf das Datum des Aufhörens der Interalliierten Kontrollkommission[20] festsetzen, und könnte mir auch eine Lösung in dieser Richtung denken.

[...][21]

---

[16] Die Vorlage gibt Äußerungen der nichtdeutschen Vertreter wieder: Chamberlain bezweifelt Stresemanns Argumentation, hält jedoch wie auch Briand eine juristische Lösung für möglich. Er wie Briand erörtern, daß auch noch für die Frage der „éléments stables“ im Rheinland eine Lösung gefunden werden müsse (S. 583–584).

[17] Der Völkerbundsrat hatte am 27. September 1924 ein „Investigationsprotokoll“ beschlossen, in dessen Ausführung dauerhafte Kontrollen der deutschen Abrüstung ermöglicht und dazu gegebenenfalls „éléments stables“ in den durch den Versailler Vertrag entmilitarisierten Zonen (also links des Rheins und in einem rechtsrheinischen Streifen) eingerichtet werden sollten (Text in deutscher Übersetzung: DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 40, B 2 [1924], S. 14–18). Am 14. März 1925 hatte der Völkerbundsrat dazu erste Ausführungsbestimmungen für die „Investigationskommissionen“ verabschiedet (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 449, sowie AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 394, Anm. 2). – Briand hatte in seiner Wortmeldung (vgl. die vorangehende Anm.) gemeint, daß „die Frage der éléments stables für das Rheinland [...] nur auf Grundlage eines freiwilligen Abkommens gelöst werden kann“.

[18] Text des am 28. Juni 1919 unterzeichneten Versailler Friedensvertrags im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u. a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

[19] Die Vorlage gibt wieder, daß Briand vorschlägt, angesichts der technischen Fragen sollten die Mächte ihren Berliner Botschaften technische Sachverständige zur Verfügung stellen (S. 584).

[20] In den vorangegangenen Wochen hatte es von deutscher Seite intensive Bemühungen gegeben, die Siegermächte zur Beendigung der Militärkontrolle und der Arbeit der Interalliierten Militärkontrollkommission zu bewegen; seit Beginn der Genfer Beratungen am 5. Dezember 1926 hatte die Aufhebung der Militärkontrolle auch in den Besprechungen der deutschen Delegierten das Thema vorgegeben (vgl. u. a. die Aufzeichnungen Stresemanns und Schuberts vom 5. Dezember 1926: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 531–542; das Gespräch mit den Vertretern der Locarno-Mächte vom 6. Dezember 1926: in dieser Edition).

[21] Die Vorlage gibt abschließend Äußerungen der anderen Teilnehmer wieder: Chamberlain verweist auf ein von ihm gerade erhaltenes Telegramm, wonach seine Regierung ein Schiedsgericht in der Frage der Kriegsmaterialien ablehne; Briand erklärt sein Problem, einem Schiedsgericht über die Ostfestungen zuzustimmen, wenn die Kriegsmaterialien-Frage nicht einem Schiedsgericht unterbreitet würde. Schließlich wird noch die Frage der französischen Truppen im Saargebiet angesprochen, ohne daß eine Klärung erzielt wird (S. 585). – Zu Stresemanns eigener Zusammenfassung von Verlauf und Ergebnis der Sitzung vgl. die Aufzeichnung Pünders vom 10. Dezember 1926 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 429–430). – Ein anschließend verbreitetes Kommuniqué über die Sitzung, das allerdings keinerlei Details enthält, in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 584 (Abendausgabe) vom 10. November 1926.

Redebeiträge im ersten Gespräch mit den Vertretern der Locarno-Mächte in Genf vom 11. Dezember 1926[1]

Nach AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 588–591.

Schiedsgerichte über die Fragen der Ostfestungen und des Kriegsmaterials wären akzeptabel, aber es wäre schädlich, wenn die Frage vor dem Völkerbund diskutiert würde. Die Verminderung französischer Truppen im Saargebiet.

[...][2]

Stresemann: Sie beziehen sich auf das Gutachten Ihrer Juristen[3]. Diese sind mit Herrn Gaus[4] außerordentlich befreundet, und ich bitte, ihnen die Bemerkungen, die ich jetzt machen werde, nicht mitzuteilen; aber Herr Gaus hat mir gegenüber erklärt, daß der rechtliche Standpunkt der alliierten Seite absolut unmöglich wäre.

[...][5]

Stresemann: Auf Grund der gestrigen Verhandlungen[6] habe ich mich mit Berlin in Verbindung gesetzt und habe vom Ministerrat die Antwort erhalten[7], daß man in der ersten Frage, der Frage der Ost-Festungen[8], keine Bedenken gegen ein Schiedsge-

---

1 Die Vorlage, die auf einer „Aufzeichnung ohne Unterschrift" beruht, basiert vermutlich (wie die Redebeiträge Stresemanns in den Besprechungen vom 6. und 10. Dezember 1926: vgl. diese Edition) auf einer Niederschrift des Dolmetschers Schmidt. – Neben den deutschen, französischen, englischen, belgischen und italienischen Teilnehmern nahm an dieser Besprechung auch Ishii als Vertreter Japans teil.

2 Die Vorlage gibt einleitend Briand Äußerung wieder, wonach General Pawelsz, der in Paris mit der Botschafterkonferenz über die Ostfestungen verhandelt, sehr unnachgiebig sei, was die Vermutung nahelege, daß Deutschland nicht nur die bestehenden Festungen stabilisiere, sondern weit größere Verteidigungswerke schaffe; Chamberlain pflichtet ihm bei (S. 685–588).

3 Zu diesem Gutachten vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 577 mit Anm. 3.

4 Friedrich Gaus (1881–1955), Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes 2. Mai 1923 – 1943).

5 Die Vorlage gibt Wortmeldungen Briands und Vanderveldes wieder, die unterschiedlicher Auffassung darüber sind, ob sich der Völkerbundsrat als Schiedsgerichtsorgan für die Festungsfrage eigne oder nicht (S. 588–589).

6 Vgl. in dieser Edition Stresemanns Beiträge im Gespräch mit den Vertretern der Locarno-Mächte vom 10. Dezember 1926.

7 Vgl. dazu die Ministerbesprechung vom 11. Dezember 1926 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 431–432). Die Mitteilung ihrer Ergebnisse muß Stresemann unmittelbar zu Beginn der hier dokumentierten Sitzung, die um 11 Uhr begann, erreicht haben (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 593, Anm. 2).

8 Gemeint ist die Frage der Festungen in Ostpreußen und insbesondere Königsberg, deren Erhaltung im „état actuel" Deutschland durch Art. 180 des Versailler Vertrags zugestanden war (VERTRAG VON VERSAILLES S. 88). Strittig war die Vertragsinterpretation, ob die Formulierung „état actuel" die laufenden deutschen Arbeiten an den Festungen rechtfertige.

richt hege, daß man in der zweiten Frage bezüglich des Kriegsmaterials[9] die Lösung durch ein Schiedsgericht für außerordentlich schwierig halte, mir aber auf alle Fälle auch in dieser Angelegenheit freie Hand ließe. Ich habe also in der Frage des Schiedsgerichts die Zustimmung meines Kabinetts gefunden. Wenn wir jedoch vor den Völkerbundrat gehen, fürchte ich, daß die Wirkung eines etwaigen Streites im Völkerbundrat sehr nachteilig sein würde. Sie würde in weiten Kreisen die Idee, die man vom Völkerbund hat, stark erschüttern. Daß wir als Folge des Krieges mit den alliierten Mächten noch Meinungsverschiedenheiten haben, würde man verstehen; wenn aber diese Meinungsverschiedenheiten, die zunächst doch außerhalb des Völkerbundes bestehen, nun in diesen hineingetragen würden, dann wäre, wenigstens nach außen hin, sofort wieder eine Gruppierung erkennbar, die sicherlich einen sehr schlechten Eindruck machen würde. Mit derselben Offenheit, mit der General Pawelsz[10] in Paris ohne weiteres zugegeben hat, daß wir die Befestigungen weiter bauen, können wir erklären, daß wir uns jeder Entscheidung eines Schiedsgerichts, ob sie nun für oder gegen uns ausfällt, unterwerfen, aber ich bitte Sie, die zarte Pflanze der Beziehungen Deutschlands zum Völkerbund nicht dadurch einem rauhen Frost auszusetzen, daß Sie schon ganz kurz nach Deutschlands Eintritt in den Bund[11] einen Streitfall wie den vorliegenden vor den Rat bringen.

[...][12]

Stresemann: Es würden also von englischer Seite gegen einen Export von Kriegsmaterial aus Deutschland keine Schwierigkeiten erhoben werden.

[...][13]

Stresemann: Ich möchte noch auf eine Frage aufmerksam machen, die auf der

---

[9] Gemeint ist die Frage, ob und in welchem Umfang Deutschland Materialien produzieren und ausführen dürfe, die im weiteren Verarbeitungsprozeß auch in der Rüstungsindustrie Verwendung finden könnten. Zu Details der Unterscheidung vgl. etwa die oben Anm. 7 genannte Ministerbesprechung. Für eine Aufzählung der betreffenden, vor allem von englischer Seite monierten Produkte vgl. BERLINER TAGEBLATT, Nr. 583 (Abendausgabe) vom 10. Dezember 1926.

[10] Richard von Pawelsz (1872–1942), deutscher General. Pawelsz war seit dem Sommer 1925 Reichskommissar für die Verhandlungen mit der Interalliierten Militärkontrollkommission. – Zu seiner hier angesprochenen „Offenheit“ hatte Briand in der Besprechung vom Vortag (vgl. diese Edition) referiert, daß Pawelsz vor der Botschafterkonferenz auf die Frage, ob Deutschlands Arbeiten an den Festungen fortgesetzt würden, mit einem Ja geantwortet habe.

[11] Deutschland war am 10. September 1926 dem Völkerbund beigetreten (vgl. in dieser Edition Stresemanns Rede zu diesem Anlaß).

[12] Die Vorlage gibt wieder, wie die nichtdeutschen Teilnehmer die Frage des möglichen Schiedsgerichts bzw. dessen Zusammensetzung diskutieren. Chamberlain erklärt Stresemann, daß – entgegen deutschen Zeitungsmeldungen – nicht die britische Industrie, sondern das englische Militär sich gegen die Produktion von Kriegsmaterialien in Deutschland ausspreche (S. 591).

[13] Die Vorlage gibt wieder, daß Chamberlain dem – allerdings nur für seine Person – zustimmt und ansonsten dafür plädiert, bereits geklärte Fragen nicht wieder aufzurollen (S. 591).

Tagesordnung der heutigen Nachmittagssitzung[14] steht und von der wir schon gestern gesprochen haben. Es handelt sich um die Frage der französischen Truppen in der Saar[15]. Wenn wir, wie gestern angeregt worden ist[16], die Frage vertagen, so würde meine Lage sehr erleichtert werden, wenn wenigstens französischerseits eine Erklärung abgegeben werden könnte, daß die Truppen im Saargebiet vermindert werden sollen. Der Völkerbund hat schon seit Jahren beschlossen, daß die französischen Truppen zurückgezogen werden müßten, und es wäre mir sehr lieb, wenn ich der hier anwesenden Saardelegation[17] die Herabsetzung der Truppen im Saargebiet mitteilen könnte.

[...][18]

[14] Gemeint ist die für den Nachmittag angesetzte Sitzung des Völkerbundsrates.

[15] Das Saargebiet war durch den Versailler Vertrag auf 15 Jahre dem Völkerbund unterstellt worden; das Eigentum an den dortigen Kohlengruben ging an Frankreich über. Nach Ablauf dieser Frist sollte eine Volksabstimmung die weitere Souveränität über das Saargebiet entscheiden. Einzelheiten der Regierung und Verwaltung des Saargebiets („Saarstatut“) durch eine vom Völkerbund ernannte Regierungskommission waren ebenfalls im Vertrag geregelt (vgl. dessen Art. 45–50 und deren Anlagen: VERTRAG VON VERSAILLES S. 28–40). – Seit längerem war der Plan Frankreichs strittig, im Gegenzug für den Abzug seiner Truppen Eisenbahn-Bataillone im Saargebiet einzusetzen.

[16] Am Vortag hatte Chamberlain im Gespräch mit den Vertretern der Locarno-Mächte vorgeschlagen, die Frage auf die Tagung des Völkerbundes im März 1927 zu verschieben (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 580).

[17] Unmittelbar vor der hier dokumentierten Besprechung hatte Stresemann ein Zusammentreffen mit der Saardelegation (vgl. die Eintragung in der „Aufzeichnung [...] über Besprechungstermine der deutschen Delegation“: ebd., S. 672).

[18] Die Vorlage gibt abschließend wieder, daß Briand sich zwar nicht festlegen, aber im Sinne der Anregung Stresemanns einsetzen will (S. 591). – Zu Stresemanns Wiedergabe der Besprechung und ihrer Ergebnisse vgl. die Aufzeichnung Pünders vom 11. Dezember 1926 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 432–434).

Rede im Völkerbundsrat in Genf vom 11. Dezember 1926[1]

Nach DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 580 (Morgenausgabe) vom 12. Dezember 1926. – Druck auch in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 579 vom 12. Dezember 1926. – Teildrucke (mit kleinen Abweichungen) in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 587 vom 12. Dezember 1926; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22358 (Morgenausgabe) vom 12. Dezember 1926, S. 8. – Veröffentlichung in französischer Übersetzung in SOCIÉTÉ DES NATIONS, Journal officiel 8 (1927), S. 161–162.

Die Verleihung des Friedensnobelpreises ehrt die Ideen. Die Politik der jüngeren Vergangenheit ist für Deutschland entsagungsvoll gewesen; aber der dient seinem Volk am besten, der für den Frieden der Menschheit arbeitet. Es wird auf dem weiteren Weg Rückschläge geben, aber die großen Ideen werden sich durchsetzen.

Herr Präsident[2], meine Herren!

Ich danke Ihnen für die gütigen Worte, die Sie den Mitgliedern des Rats, die mit dem Nobelpreis ausgezeichnet worden sind[3], gewidmet haben. Meine verehrten Kollegen Briand[4] und Chamberlain[5] haben mit ihren Darlegungen[6] das ganze Gebiet unseres Wirkens so abgezeichnet, daß ich nur noch wenige Worte hinzuzufügen habe. Bei der Entscheidung, die jene unabhängige Kommission in Oslo getroffen hat,

---

[1] Die Vorlage führt aus, daß nach einer nichtöffentlichen Sitzung vom Nachmittag der Völkerbundsrat anschließend eine öffentliche Sitzung abgehalten habe. „In der öffentlichen Sitzung fiel zuerst die feierliche schwarze Kleidung der Vertreter der Großmächte auf; die Vertreter der meisten kleinen Staaten waren in hellem Straßenanzug erschienen. Vorsitzender Vandervelde, selbst schwarz gekleidet, eröffnete die Sitzung stehend, und die drei folgenden Redner folgten diesem Beispiel. Vandervelde verlas seinen Glückwunsch an die drei neuen Nobelpreisträger Briand, Chamberlain und Stresemann als die Vertreter der Großmächte, die die Initiative von Locarno ergriffen hätten. Er schloß sich Nansen an, der in Oslo gesagt hatte, man habe die loyalen und aufrichtigen Bestrebungen zwischen den alten Kriegsfeinden, eine auf Freundschaft und Vertrauen basierende gegenseitige Politik zu schaffen, ehren wollen.“ Nach der Wiedergabe der Reden Briands und Chamberlains heißt es: „Hierauf führte Reichsaußenminister Dr. Stresemann in deutscher Sprache aus:“

[2] Émile Vandervelde (1866–1938), belgischer Außenminister 17. Juni 1925 – 21. November 1927. Er präsidierte dem Völkerbundsrat im Dezember 1926. – Zu seiner Ansprache vgl. die vorangehende Anm.

[3] Am 10. Dezember 1926 war in Oslo bekanntgegeben geworden, daß das Nobelpreiskomitee den Friedensnobelpreis für 1925 an Chamberlain und Dawes, denjenigen für 1926 an Stresemann und Briand verliehen habe (vgl. TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 577 [Morgenausgabe] vom 11. Dezember 1926).

[4] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918.

[5] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929.

[6] Vgl. oben Anm. 1.

handelt es sich nicht um Personen, sondern um Träger von Ideen, um die in diesen letzten Jahren der europäischen Entwicklung gekämpft worden ist. Bei diesem Punkt handelt es sich letzten Endes um einen großen Seelenkampf innerhalb einzelner Völker und innerhalb der Beziehungen der Völker zueinander, der die **Signatur der heutigen Lage** ist. Ich bin gewiß nicht so glücklich wie Sir Austen Chamberlain, sagen zu können[7], daß es für mich immer am leichtesten gewesen wäre, in diesem Kampf diese Position einzunehmen, die ich vertreten habe. Immer mußte ich wieder Hindernisse überwinden. Sie werden Verständnis dafür haben, daß der Weg, den die große Mehrheit des deutschen Volkes gegangen ist, der Weg, von dem ich hoffe, daß eine überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes ihn weitergehen wird, für die Seele dieses Volkes ein außerordentlich schwerer und entsagungsvoller gewesen ist. Ein italienischer Dichter[8] sagt, der größte Schmerz sei der, in den Zeiten, die auf das Glück folgen, der vergangenen großen Zeit zu gedenken. Ich habe einmal im Deutschen Reichstag[9], als ich nicht Minister war und ein anderer Mann, der in demselben Sinne arbeitete, Außenminister wurde[10], gesagt, daß für lange Zeit jeder deutsche Außenminister unendliche Schwierigkeiten haben werde, die Diskrepanz zu überwinden, die zwischen der großen Vergangenheit des deutschen Volkes und der Politik besteht, die heute allein gemacht werden kann. Manchmal hat man gegenüber dieser Politik die Frage und den Vorwurf erhoben, ob sie eine **Politik der Würde der Nation** und der Entwicklung in die Zukunft sei. Darauf antworte ich: Die große Entwicklung eines jeden Volkes, das beste, was es nach seinen Fähigkeiten geben kann, ist immer in der Weltgeschichte auf dem Frieden begründet gewesen, und derjenige dient am besten seinem Volke, der dafür sorgt, daß seine Fähigkeiten sich entfalten können in einer Periode nicht nur des Friedens des einzelnen Landes, sondern der ganzen Menschheit. Das ist die Politik der Ehre und der Würde der Nation,

---

[7] Vgl. oben mit Anm. 1.

[8] In NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22358 (Morgenausgabe) vom 12. Dezember 1926, S. 8, heißt die entsprechende Passage: „Dante sagt: ‚Kein größerer Schmerz ist denkbar – als sich erinnern an die Zeit des Glückes – im Unglück.'" – Gemeint ist Dante Alighieri (1265–1321), italienischer Dichter. Das betreffende und in der Vorlage paraphrasierte Zitat findet sich im Fünften Gesang seiner „Göttlichen Komödie" (Druck in Dante Aligheri: Die Göttliche Komödie. München 1969, S. 48; dort in der Übersetzung von Karl Vossler: „Im Elend sich vergangnen Glückes erinnern müssen ist der größte Schmerz").

[9] Die Rede, auf die sich Stresemann im Folgenden bezieht, hielt er am 28. April 1921 im Reichstag (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 349, S. 3462–3471; die paraphrasierte Passage: ebd., S. 3467).

[10] Gemeint ist Walter Simons (1861–1937), Reichsaußenminister 1920–1921 (parteilos); Präsident des Reichsgerichts und des Reichsstaatsgerichtshofs 1922 – April 1929.

die wir alle zu vertreten haben. Es ist ein langer Weg, der nach Genf[11] geführt hat. Manchmal schien es beinahe so, als ob das Klima von Genf nicht so sonnig wäre wie Locarno[12]. Ich halte es beinahe für ein Naturgesetz, daß auf jeden Fortschritt ein Rückschlag folgt und daß immer neue Hindernisse sich in den Weg stellen. Und ich glaube sagen zu können, daß, wenn ein gewisses Gefühl innerer Befriedigung über das, was jemand erreichte im Leben, in ihm wach wird, es dann am stärksten ist, wenn der Weg zu diesem Ziele über **Hindernisse und Schwierigkeiten** geht. Es wird auch in unserer Politik nicht an Rückschlägen fehlen, aber es wird sich zeigen, daß eine große Idee in den Menschen Widerstände zu überwinden vermag, die formal unüberwindlich scheinen, und daß es die großen Ideen sind, die sich schließlich durchsetzen.

Die alten Griechen sagten, daß die Götter vor den Erfolg den Schweiß gesetzt hätten[13]. Das gilt auch für die Politik, die wir in den letzten Jahren getrieben haben. Das wird auch für die Zukunft gelten. Lassen Sie mich deshalb hoffen, daß der Weg, den wir gehen, ein Weg des Fortschrittes und des allgemeinen Friedens sein möge.

Schließlich habe ich noch den Wunsch, unserem verehrten Präsidenten[14] zu sagen, daß in all den Entwicklungen der letzten Jahre wir stets glücklich gewesen sind, ihn als hochherzigen und verständnisvollen Vermittler an unserer Seite zu sehen.

Ich hoffe, daß eine spätere Zeit auch ihre Zustimmung geben wird zu der Entscheidung, die jetzt in Oslo getroffen wurde und die mehr den Ideen als ihren Trägern gilt.[15]

---

[11] Gemeint ist offenbar der deutsche Beitritt zum Völkerbund, der am 10. September 1926 vollzogen wurde; zur Rede Stresemanns anläßlich dieses Beitritts vgl. diese Edition.

[12] Stresemann bezieht sich auf die Konferenz von Locarno vom 5. bis 16. Oktober 1925 und die am 16. Oktober 1925 als deren Ergebnis paraphierten Verträge (Text der Verträge in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215).

[13] Stresemann zitiert hier recht frei Hesiod (geb. vor 700 v. Chr.), griechischer Dichter. – In seinem „Werke und Tage“ heißt das nachfolgend angesprochene Zitat: „Vor die Tugend haben die unsterblichen Götter den Schweiß gesetzt“.

[14] Vgl. oben Anm. 2.

[15] Die Vorlage schließt den Bericht über die Reden der Nobelpreisträger: „Jedem Redner folgte lebhafter Beifall. Stresemanns Rede wurde vom deutschen Regierungsdolmetscher ins Französische und vom Völkerbundsdolmetscher ins Englische übersetzt.“

Rede vor deutschen Pressevertretern in Genf vom 11. Dezember 1926[1]

Nach TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 579 vom 12. Dezember 1926. – Teildruck (mit starken Abweichungen) in FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 925 (2. Morgenausgabe) vom 12. Dezember 1926, S. 1.

Deutschland hat in der Investigationsfrage einen Erfolg erzielt.

Wir haben, betonte der Außenminister[2], das Recht einer permanenten Ueberwachung in Deutschland[3] stets bestritten. **Die Frage der ständigen Kontrolle** in der **demobilisierten[4] [!] Zone wurde zurückgestellt.** Die nunmehr als Beschluß des Völkerbundrates angenommenen Bestimmungen[5] zerstreuen die früheren Bedenken in bezug auf die Durchführungsbestimmung, indem sie **die deutschen Vorbehalte berücksichtigen,** abgesehen davon natürlich, daß überhaupt eine solche Investigation bestehen bleibt.[6]

---

[1] Die Vorlage eröffnet den Artikel unter der Überschrift „Stresemann über das Erreichte“: „Nach Schluß der Ratstagung empfing Außenminister Dr. Stresemann im Hotel Metropole die Vertreter der Presse. In gehaltvollen Ausführungen analysierte Dr. Stresemann die einzelnen Punkte des Investigationsprotokolls hinsichtlich ihrer juristischen und praktischen Bedeutung. Dr. Stresemann wies u. a. darauf hin, daß an den gegenwärtigen Verhandlungen in Genf dieselben Staatsmänner beteiligt seien, wie sie in Locarno versammelt gewesen waren. Jeder einzelne unter ihnen stand zu seinem Worte.“

[2] Dieser Einschub – als Paraphrase – in der Vorlage.

[3] Gemeint ist die Etablierung dauernder Einrichtungen („éléments stables“) durch den Völkerbund zur Überwachung der deutschen Entwaffnung.

[4] So in der Vorlage. Gemeint ist wohl „demilitarisierten“.

[5] In der vorangegangenen Ratssitzung hatte der Völkerbundsrat zwar unter Berufung auf Art. 213 des Versailles Vertrags (VERTRAG VON VERSAILLES S. 100) einstimmig das Investigationsprotokoll vom 27. September 1924 (Text in deutscher Übersetzung: DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 40, B 2 [1924], S. 14–18) und dessen Ausführungsbestimmungen vom 14. März 1925 (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 449, sowie AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 394, Anm. 2) grundsätzlich bestätigt, jedoch klargestellt, daß die dort vorgesehenen „éléments stables“ im entmilitarisierten Rheinland lediglich durch Regierungsvereinbarung zustande kommen könnten und Deutschland nur von denjenigen gemäß dem Protokoll einzusetzenden Untersuchungskommissionen ausgeschlossen sei, die sich auf Deutschland bezögen (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 497).

[6] Die Vorlage schließt in indirekter Rede: „Es werde sich aus der Entwicklung der Stellung Deutschlands im Völkerbund ergeben, ob man jemals zu Investigationen schreiten könne. Deutschland werde nunmehr selbst an der Investigation teilnehmen, außer an den Kommissionen in Deutschland. Deutschland habe aber auch für seine ehemaligen Verbündeten damit eine Bresche gebrochen.“

Redebeiträge im zweiten Gespräch mit den Vertretern der Locarno-Mächte in Genf vom 11. Dezember 1926[1]

Nach AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B I 2, S. 595–596.

Die Beendigung der Militärkontrolle und das Problem, darüber in Genf zu verhandeln, während die Kabinette zu Hause beraten. Die Erledigung noch offener Fragen durch ein Schiedsgericht ist keine Desavouierung der Botschafterkonferenz.

[...][2]

Stresemann: Ich glaube die Wichtigkeit, die die Frage der Beendigung der Kontrolle[3] in Deutschland hat, wird etwas überschätzt. Sie ist doch nur ein kleiner Ausschnitt aus den Gesamtproblemen, mit denen sich Deutschland heute auseinanderzusetzen hat, und von denen einige hundertmal größer und wichtiger sind als die Kontrollfrage. In gewissen deutschen Kreisen hat man sogar eine ganz andere Auffassung. Man sagt und rät mir andauernd aus diesen Kreisen, in der Kontrollfrage keine Konzessionen zu machen, die Kommission ruhig in Deutschland zu belassen und nichts für ihren Abzug zu gewähren. Das ist eine der Schwierigkeiten, die ich in dieser Frage zu überwinden habe. Die Schwierigkeiten, die wir hier gemeinsam haben, liegen darin, daß wir, die Außenminister, hier in Genf versammelt sind, während unsere Kabinette in den Hauptstädten tagen. Es ist erfahrungsgemäß schwierig, sich auf so große Entfernungen gut und sicher zu verständigen.

---

[1] Die Vorlage, die auf einer „Aufzeichnung ohne Unterschrift“ beruht, basiert vermutlich (wie die Redebeiträge Stresemanns in den Besprechungen vom 6. und 10. Dezember sowie in der ersten Besprechung vom 11. Dezember 1926: vgl. diese Edition) auf einer Niederschrift des Dolmetschers Schmidt. – Neben den deutschen, französischen, englischen, belgischen und italienischen Teilnehmern nahm an dieser Besprechung auch Ishii als Vertreter Japans teil.

[2] Die Vorlage gibt die Äußerung Briands wieder, daß er aus Paris die unangenehme Nachricht erhalten habe, wonach die deutschen Vertreter in ihren Verhandlungen mit der Botschafterkonferenz (über die noch ausstehenden Entwaffnungsfragen) sich unnachgiebig gezeigt hätten; er könne die dadurch in Paris entstandenen Probleme nicht von Genf aus lösen; derzeit tage der französische Ministerrat, auf dessen Ergebnisse er warte. Chamberlain pflichtet Briand in der Einschätzung des deutschen Verhaltens in Paris bei (S. 594–595).

[3] Gemeint ist die Beendigung der durch den Versailler Vertrag installierten Entmilitarisierungskontrolle in Deutschland. In den Tagen zuvor und zuletzt am Vormittag des 11. Dezember (vgl. in dieser Edition die Redebeiträge Stresemanns in den Besprechungen vom 6. und 10. Dezember sowie in der ersten Besprechung vom 11. Dezember 1926) hatte man sich im Grundsatz darauf verständigt, diese Kontrollen durch die Interalliierte Militärkontrollkommission bald einzustellen und die beiden noch offenen Fragen (Ostfestungen und Kriegsmaterialien) durch weitere Verhandlungen zu lösen (vgl. die Aufzeichnung Pünders vom 11. Dezember 1926: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 593–593).

[...][4]

Stresemann: Ich glaube nicht, daß unser Beschluß von heute morgen[5], die beiden noch zu erledigenden Punkte gegebenenfalls durch ein Schiedsgericht zu erledigen, die Botschafterkonferenz desavouieren kann; denn wir haben doch gleichzeitig gesagt, daß die Verhandlungen vor der Botschafterkonferenz auf Grund von neuen Instruktionen fortgesetzt werden sollen. Es bedeutet also keine Stellungnahme unsererseits gegen die Botschafterkonferenz, wenn wir die Einigung von heute früh aufrechterhalten. Im übrigen habe ich heute morgen das Telegramm verlesen, in dem das deutsche Kabinett sich bereit erklärt, jeden Schiedsspruch anzunehmen[6]. Darin kann man bestimmt keine Unnachgiebigkeit erblicken, und ich glaube, es muß in Paris irgendein Mißverständnis unterlaufen sein; denn man hat mir von Berlin aus versichert, daß keine intransigenten Instruktionen nach Paris abgegangen seien[7].

[...][8]

---

[4] Die Vorlage gibt die Äußerung Briands wieder, daß er zur Beendigung der Militärkontrolle stehe, aber eine Desavouierung der Botschafterkonferenz vermieden werden müsse, die entstehe, wenn ihr die Verhandlungen entzogen würden und der weitere Gang einem Schiedsgericht übertragen würde (S. 595).

[5] Vgl. in dieser Edition die Redebeiträge Stresemanns in der ersten Besprechung vom 11. Dezember 1926.

[6] In den in der vorangegangenen Anm. genannten Redebeiträgen Stresemanns ist die ausdrückliche Verlesung eines Telegramms nicht enthalten; der Sache nach handelt es sich jedoch um die Ergebnisse der Ministerbesprechung vom 11. Dezember 1926 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 431–432). Die Mitteilung ihrer Ergebnisse erfolgte telegraphisch an Stresemann (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 593, Anm. 2).

[7] Eine entsprechende Mitteilung an Stresemann aus Berlin konnte nicht ermittelt werden.

[8] Die Vorlage gibt abschließend die Äußerung Briands wieder, daß er nicht endgültig Stellung nehmen könne, aber hoffe, am folgenden Tag die Meinung seiner Regierung zu kennen (S. 596). – Zur Einschätzung Stresemanns über Verlauf und Ergebnis der Sitzung vgl. die Aufzeichnung Pünders vom 12. Dezember 1926 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 599–601).

Redebeiträge im ersten Gespräch mit den Vertretern der Locarno-Mächte in Genf vom 12. Dezember 1926[1]

Nach AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 602–605.

Deutschland hat seine Vertreter für die Verhandlungen über die Entwaffnungsfragen in Paris nicht zu intransigentem Verhalten angewiesen. Die Reichsregierung ist mit den bisherigen Genfer Beschlüssen einverstanden. Er sieht mögliche Lösungen für die noch offenen Fragen, will sie aber nicht vor dem Völkerbund verhandelt sehen, weil dies Spannungen erzeugen würde; schlägt statt dessen bei Bedarf die Einholung eines Gutachtens beim Internationalen Gerichtshof vor.

[...][2]

Stresemann: Ich möchte noch einmal auf das, was gestern[3] über die Haltung der deutschen Vertreter in Paris gesagt worden ist, zurückkommen. Ich habe mich mit der Regierung in Berlin in Verbindung gesetzt und angefragt, ob außer mir noch irgend jemand Instruktionen intransigenter Art nach Paris geschickt habe[4]. Man hat mir geantwortet[5], daß weder das Kabinett noch das Reichswehrministerium noch der General Heye[6] irgendwelche Instruktionen erteilt haben. Die Regierung teilte mir wei-

---

1 Die Vorlage, die auf einer „Aufzeichnung ohne Unterschrift" beruht, basiert vermutlich (wie die Redebeiträge Stresemanns in den Besprechungen vom 6., 10. und 11. Dezember 1926: vgl. diese Edition) auf einer Niederschrift des Dolmetschers Schmidt. – Neben den deutschen, französischen, englischen, belgischen und italienischen Teilnehmern nahm an dieser Besprechung auch Ishii als Vertreter Japans teil.

2 Die Vorlage gibt wieder, daß Briand die Besprechung mit der Erläuterung der ihm von Paris aus vorgegebenen Haltung eröffnet: Die deutschen Vertreter der Verhandlungen in Paris würden neue Instruktionen benötigen; der Weiterbau an den Ostfestungen müsse vorerst eingestellt werden; die Kontrollkommission könne abgezogen werden, wobei er persönlich mit der Festlegung eines festen Zeitpunkts einverstanden sei; sie werde dann aber durch die Völkerbundskontrolle und deren Investigationskommission ersetzt; ein Schiedsgericht über die noch strittigen Fragen komme nicht in Frage, weil dies die Botschafterkonferenz desavouieren würde (S. 602).

3 Vgl. dazu in dieser Edition die Redebeiträge im zweiten Gespräch mit den Vertretern der Locarno-Mächte in Genf vom 11. Dezember 1926. In dessen Verlauf hatten Briand und Chamberlain die Unnachgiebigkeit der deutschen Unterhändler in Paris moniert.

4 Vgl. die Aufzeichnung Pünders vom 12. Dezember 1926 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 434–436).

5 Vgl. die Anl. 1 zu der in der vorangegangenen Anm. genannten Aufzeichnung Pünders (ebd., S. 437).

6 Wilhelm Heye (1869–1947), deutscher General; Chef der Heeresleitung 11. Oktober 1926 – 1930.

ter mit, daß ihr nach der ganzen Einstellung des Generals Pawelsz[7], die ihr ja doch sehr gut bekannt sei, die Haltung, die dieser General angeblich vor der Botschafterkonferenz eingenommen habe, völlig unglaubwürdig erscheint. Es muß also irgendein Mißverständnis vorliegen. Wir stehen jedenfalls auf deutscher Seite vor einem Rätsel und können uns beim besten Willen nicht erklären, warum unsere Vertreter in Paris eine derartige Haltung eingenommen haben sollten. Die Regierung ist mit unseren gestrigen Beschlüssen[8] einverstanden. Bezüglich der Bemerkung von Sir Austen Chamberlain[9] über die Hauptschwierigkeiten in der Materialfrage[10], die Anhäufung von Kriegsmaterial, sieht die Deutsche Regierung die Möglichkeit, Garantien dafür anzubieten, daß eine derartige Aufhäufung von Material nicht mehr stattfindet. Die Deutsche Regierung ist weiter damit einverstanden, daß Instruktionen an den General Pawelsz abgehen, um ihn zum Weiterverhandeln zu veranlassen. Ich habe aus Paris direkt noch keine Nachrichten und weiß nur, daß ein persönlicher Zusammenstoß zwischen Herrn Forster[11] und dem General Walch[12] stattgefunden hat. General Walch mußte mehrere Bemerkungen, die er über das Verhalten von Herrn Forster gemacht habe, wieder zurücknehmen. Vielleicht erklärt uns dieser persönliche Zusammenstoß einigermaßen, weshalb der Kontakt in Paris verloren ging, denn sachlich ist von Berlin aus nichts geschehen, um eine intransigente Haltung unserer Vertreter in Paris hervorzurufen.

[...][13]

---

[7] Richard von Pawelsz (1872–1942), deutscher General. – Pawelsz war seit dem Sommer 1925 Reichskommissar für die Verhandlungen mit der Interalliierten Militärkontrollkommission und weilte aktuell zu Verhandlungen mit der Botschafterkonferenz in Paris.

[8] Zu diesen Beschlüssen vgl. (in dieser Edition) die beiden Besprechungen vom 11. Dezember 1926. Zur Haltung der deutschen Regierung vgl. die oben Anm. 5 nachgewiesene Anlage.

[9] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929.

[10] Gemeint ist die Frage, ob und in welchem Umfang Deutschland Materialien produzieren und ausführen dürfe, die im weiteren Verarbeitungsprozeß auch in der Rüstungsindustrie Verwendung finden könnten. Zu Details der Unterscheidung vgl. etwa die Ministerbesprechung vom 11. Dezember 1926 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 431–432). Für eine Aufzählung der betreffenden, vor allem von englischer Seite monierten Produkte vgl. BERLINER TAGEBLATT, Nr. 583 (Abendausgabe) vom 10. Dezember 1926.

[11] Dirk Forster (1884–1975), Gesandtschaftsrat an der Botschaft Paris 1921 – April 1925; Referent (ab Dezember 1926 Leiter des Referats) für Abrüstungsfragen und Luftverkehr in der Abt. II des Auswärtigen Amtes 17. April 1925 – 1931. – Er weilte aktuell zu Verhandlungen mit der Botschafterkonferenz in Paris.

[12] Camille Walch (1870–1947), französischer General; Vorsitzender der Interalliierten Militärkontrollkommission 1924 – 1927. – Zu dem „Zusammenstoß“ vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 603, Anm. 5.

[13] Die Vorlage gibt wieder, daß sich Chamberlain befriedigt über Stresemanns Erklärung der Haltung Deutschlands zeigt; auch Briand hofft, daß auf dieser Grundlage die beiden noch offenen Frage der Ostfestungen und des Kriegsmaterials durch deutsche Verhandlungen mit der Botschafterkonferenz

Stresemann: Ich bin absolut damit einverstanden, daß neue Instruktionen nach Paris gegeben werden, daß die Arbeiten an den Befestigungswerken vorläufig eingestellt werden[14]. Ich verstehe zwar nicht ganz, was die Techniker, die den Botschaften beigegeben werden sollen[15], bedeuten; aber wenn sie nicht ein neues Gremium unter sich bilden – und so als eine Art Fortsetzung der Kontrollkommission aufgefaßt werden könnten –, wenn sie nur intern bei den Botschaften wirken, so habe ich keine Bedenken. Dagegen jedoch, daß die Restpunkte dem Rat überwiesen werden sollen, falls sie nicht schon vorher geregelt sind, muß ich die Bedenken, von denen ich schon gestern sprach[16], erneut erheben. Es würde sich wirklich nicht lohnen, nachdem 101 Punkte geregelt sind, nun wegen der letzten 2 Punkte[17] noch den Völkerbundsrat und den Apparat des Völkerbundes in Bewegung zu setzen. Ich hoffe aber, daß noch vor dem Datum, das für den Abschluß der Kontrollkommission festgesetzt wird, die beiden Punkte erledigt sein werden. Die Materialfrage, die ich früher immer für die schwerste hielt, scheint sich ja ihrer Lösung entgegen zu bewegen, und dann müssen wir eben auch die letzte Frage, die noch übrig bleibt, die der Befestigungen, lösen können. Ich möchte noch eine persönliche Bemerkung machen. Ich habe meine politische Ehre darein gesetzt, daß keine Investigation[18] in Deutschland stattfindet. Ich möchte offen aussprechen, daß ich es für unmöglich halte, daß eine Ratsmacht einer Investigation unterworfen wird oder daß eine Ratsmacht sich so führt, daß Investigationen notwendig werden. Wir haben bisher ja sehr gut im Völkerbund arbeiten können, und es würde sehr ungelegen kommen, wenn im ersten Jahr, in dem Deutschland im Rat vertreten ist, der Völkerbund beauftragt würde, diese Streit-

---

geklärt werden könnten; falls kein Ergebnis zustande käme, müsse der Völkerbundsrat die Angelegenheit übernehmen (S. 603).

[14] Gemeint sind die Festungswerke im Osten Deutschlands und insbesondere in Königsberg; Deutschland vertrat den Standpunkt, daß ihm die Modernisierung dieser Festungen erlaubt sei; die Vertreter der Siegermächte wollten diese Frage zunächst verhandelt sehen und verlangten bis dahin eine Einstellung der deutschen Bautätigkeit.

[15] Briand hatte in seinem ersten Redebeitrag (vgl. oben Anm. 2) einen bereits früher unterbreiteten Vorschlag aufgegriffen, daß den Botschaften der Siegermächte in Berlin technische Sachverständige für die Beobachtung der Ostfestungsfrage beigeordnet werden sollten.

[16] Gemeint ist das erste Gespräch mit den Vertretern der Locarno-Mächte in Genf vom 11. Dezember 1926 (vgl. diese Edition).

[17] Briand hatte in seinem vorherigen Redebeitrag (vgl. oben Anm. 13) von diesen ehemals 101 strittigen Punkten gesprochen, von denen 99 geregelt seien.

[18] Gemeint ist eine Investigation des Völkerbundes gemäß Art. 213 des Versailler Vertrags (VERTRAG VON VERSAILLES S. 100). Am Vortag hatte der Völkerbundsrat einstimmig das Investigationsprotokoll vom 27. September 1924 (Text in deutscher Übersetzung: DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 40, B 2 [1924], S. 14–18) und dessen Ausführungsbestimmungen vom 14. März 1925 (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 449, sowie AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 394, Anm. 2) grundsätzlich, wenn auch unter gewissen Präzisierungen, bestätigt (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 497).

frage zu lösen. Es würden neue Leute mit der Angelegenheit befaßt werden, die natürlich alle Untersuchungen noch einmal ganz von vorn beginnen würden. Der Rest der Spannung zwischen Frankreich und Deutschland, der nur noch 1 % beträgt, wenn ich so sagen darf, würde auf den Völkerbund übertragen werden. Diese 1 % dieser Restspannung würden sich im Völkerbund bemerkbar machen. Darin bin ich mit der Deutschen Regierung einig, die die Lage genau so sieht wie ich, und glaube, daß auch bezüglich der Ostfestungen noch neue Vorschläge gemacht werden können, die eine Erledigung der Frage unter uns ohne Befassung des Völkerbundes ermöglichen.

[...][19]

Stresemann: Ich möchte eine Frage stellen. Wie wäre das Verfahren, wenn die Restpunkte vor den Rat gebracht werden müßten? Für mich wäre die Lage sehr erleichtert, wenn eine Formel gefunden werden könnte, in der ungefähr gesagt würde, daß, falls bis zu einem bestimmten Datum die Restpunkte nicht erledigt wären, diese dem Rat überwiesen werden müßten und daß der Rat dann ein Gutachten des Haager Schiedsgerichts über die Frage einholen würde. Man könnte vielleicht hinzufügen, daß die interessierten Mächte sich darin einig seien, dem Völkerbundsrat gegebenenfalls einen entsprechenden Vorschlag zu machen. Für uns würde die Lage sich dadurch sehr erleichtern, da man in Deutschland, wo man die Arbeiten des Rates noch nicht so gut kennt und daher auch noch nicht dasselbe Maß von Vertrauen zu ihm haben kann wie in andern Ländern, große Achtung vor dem Haager Schiedsgericht hat. Einer der rechtsstehendsten Politiker, der Abgeordnete von Freytagh-Loringhoven[20], hat das neulich ganz klar und deutlich ausgesprochen.

[...][21]

Stresemann: Würde es Herrn Briand[22] Schwierigkeiten bereiten, wenn ich im

---

[19] Die Vorlage gibt wieder, daß Briand als deutsche Gegenleistung für seine Bereitschaft, den Termin für das Ende der Militärkontroll-Kommission festzulegen, das Zugeständnis erwarte, den Völkerbund mit den noch ausstehenden Fragen zu befassen, falls keine Verständigung durch Verhandlungen zustande komme (S. 604).

[20] Axel Freiherr von Freytagh-Loringhoven (1878–1942), Mitglied des Reichstags Mai 1924 – 1945 (für die DNVP 1924–1933, als „Gast des Reichstags“ 1933–1942). – Offenbar bezieht sich Stresemann auf die Reichstagsrede Freytag-Loringhovens vom 24. November 1926, in der er einen Antrag befürwortete, die Kriegsschuldfrage solle dem Internationalen Gerichtshof vorgelegt werden (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 391, S. 8175–8179).

[21] Die Vorlage gibt wieder, daß Chamberlain einwendet, man könne den Völkerbundsrat nicht präjudizieren; Scialoja meint, man könne sich aber über einen entsprechenden Vorschlag verständigen (S. 605).

[22] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April

Auswärtigen Ausschuß vertraulich erklärte, daß die hier anwesenden Ratsmächte unter sich darin einig sind, ein Rechtsgutachten des Haager Schiedsgerichts einzufordern, falls die Restpunkte vor den Rat gebracht werden?

[...][23]

1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918.

[23] Die Vorlage gibt wieder, daß Briand zur Vermeidung von Vorwürfen gegen ihn in Frankreich dem nicht zustimmen könne; Chamberlain schlägt vor, den Juristen aufzutragen, Briands Vorschläge in eine geeignete Formulierung zu fassen (S. 605).

Rede bei einem Frühstück der Vertreter der deutschen Presse in Genf vom 12. Dezember 1926[1]

Nach DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 581 (Abendausgabe) vom 13. Dezember 1926. – Drucke auch in FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 927 (Abendausgabe) vom 13. Dezember 1926, S. 2; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 580 (Abendausgabe) vom 13. Dezember 1926. – Teildruck in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 588 (Abendausgabe) vom 13. Dezember 1926.

Der persönliche Kontakt im Rahmen des Völkerbundes ist für Politiker wie Presse unersetzlich.

Ich kann mir vorstellen, sagte Reichsminister Dr. Stresemann[2], daß der Weltkrieg nicht ausgebrochen wäre, wenn eine solche Fühlungnahme damals schon bestanden hätte. Der lebendige Kontakt von Mensch zu Mensch ist durch Telegramme und Instruktionen in keiner Weise zu ersetzen. Aehnliches gilt auch für die Presse, der durch die regelmäßigen Zusammenkünfte in Genf eine persönliche Fühlungnahme ermöglicht wird, die es bisher nicht gab.[3]

---

[1] Das Frühstück fand ausweislich des Terminkalenders der Besprechungen in Genf (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 682) um 13.30 Uhr und damit nach der ersten und vor der zweiten Besprechung mit den Locarno-Mächten (vgl. diese Edition) statt. – In der Vorlage, offenbar eine gekürzte Wiedergabe der Rede Stresemanns, heißt es einleitend: „Sonntag vormittag gaben die in Genf vereinigten deutschen Pressevertreter aller Parteirichtungen zu Ehren der Verleihung des Nobelpreises an Stresemann dem Reichsaußenminister ein Frühstück, das in herzlicher Weise verlief. Interessant ist die Bemerkung Briands, daß die französische Presse ihm eine solche Ehrung noch nicht bereitet hat. Auf eine Glückwunschansprache des Doyen der deutschen Journalisten in Genf dankte der Minister des Aeußern mit herzlichen Worten für die Glückwünsche der deutschen Presse. Dr. Stresemann betonte dann, daß in der Verleihung des Nobel-Friedenspreises eine Anerkennung der Ideen liege, für die neben anderen Nationen Deutschland sich besonders eingesetzt habe. Auf die Völkerbundstagungen eingehend, betonte der Redner, bedeutsam sei am Völkerbund vor allem die regelmäßige Wiederkehr des Zusammentreffens der Staatsmänner, die in dieser Form in der europäischen Politik bisher nicht bestanden habe."

[2] So – als Paraphrase – in der Vorlage.

[3] Die Vorlage schließt ihren Bericht: „Der Redner erhob dann sein Glas und trank auf das weitere vertrauensvolle und ersprießliche Zusammenwirken zwischen der deutschen Politik und der deutschen Presse. Unter anhaltendem Beifall wurde sodann dem Pressereferenten der deutschen Delegation, Legationsrat v. Twardowski, der Dank für seine Bereitwilligkeit und wertvolle Unterstützung der deutschen Presse zum Ausdruck gebracht."

Redebeitrag im zweiten Gespräch mit den Vertretern der Locarno-Mächte in Genf vom 12. Dezember 1926[1]

Nach AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 606.

Bezüglich des Auftretens Pawelsz´ in Paris muß es ein Mißverständnis gegeben haben. Er stimmt der Verständigung über die weitere Behandlung der noch offenen Entwaffnungsfragen zu.

Stresemann: Ich habe das deutsche Kabinett gebeten, in Berlin versammelt zu bleiben, damit ich telefonisch die Zustimmung zu der Abmachung, die wir heut nachmittag treffen, einholen kann[2]. Ich muß allerdings noch hinzufügen, daß bezüglich der Haltung des Generals Pawelsz[3] ein ganz starkes Mißverständnis vorliegen muß; denn derselbe General Pawelsz, der in Paris angeblich so unnachgiebig gewesen ist, hat hier heute neue Vorschläge gemacht[4], die in den Ostfestungen[5] so weit gehen, daß ich selbst starke Bedenken habe und mir sogar das Telegramm, in dem diese neuen Vorschläge enthalten waren, bestätigen lassen will. Es muß also die unnachgiebige Haltung auf irgendeinem Mißverständnis beruhen. Dann möchte ich noch, damit nicht wieder Mißverständnisse entstehen, mitteilen, daß ich die Absicht

---

1 Die Vorlage, die auf einer „Aufzeichnung ohne Unterschrift“ beruht und lediglich diesen Redebeitrag Stresemanns wiedergibt, basiert vermutlich (wie die Redebeiträge Stresemanns in den Besprechungen vom 6., 10. und 11. sowie in der ersten Besprechung vom 12. Dezember 1926: vgl. diese Edition) auf einer Niederschrift des Dolmetschers Schmidt. – Neben den deutschen, französischen, englischen, belgischen und italienischen Teilnehmern nahm an dieser Besprechung auch Ishii als Vertreter Japans teil.

2 Eine entsprechende Bitte Stresemanns konnte nicht ermittelt werden. Vgl. jedoch die Aufzeichnung Pünders vom 12. Dezember 1926, insbesondere über ein Telefonat mit Stresemann um 12.30 Uhr (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 434–436).

3 Richard von Pawelsz (1872–1942), deutscher General. – Pawelsz war seit dem Sommer 1925 Reichskommissar für die Verhandlungen mit der Interalliierten Militärkontrollkommission. Er hielt sich aktuell zu Verhandlungen mit der Botschafterkonferenz in Paris auf. Chamberlain und Briand hatten im zweiten Gespräch mit den Vertretern der Locarno-Mächte in Genf vom 11. Dezember 1926 (vgl. diese Edition) die unnachgiebige Haltung Pawelsz´ gegenüber der Botschafterkonferenz in der Frage der Ostfestungen moniert.

4 Zum Vorschlag Pawelsz´, den er am 11. Dezember 1926 telegraphisch aus Paris nach Berlin übermittelt hatte, vgl. ebd., S. 438, Anm. 9.

5 Gemeint sind die Festungswerke im Osten Deutschlands und insbesondere in Königsberg; Deutschland vertrat den Standpunkt, daß ihm die Modernisierung dieser Festungen erlaubt sei; die Vertreter der Siegermächte wollten diese Frage zunächst verhandelt sehen und verlangten bis dahin eine Einstellung der deutschen Bautätigkeit.

habe, bezüglich der Schiedsgerichtsfrage[6] im Auswärtigen Ausschuß zu sagen, daß mein Eindruck dahin ginge, daß der Völkerbundsrat, wenn er mit den Restpunkten befaßt würde, gar nicht anders könne, als ein Gutachten vom Haager Schiedsgericht einzuholen. Ich würde natürlich nicht von der Ansicht der anderen Außenminister sprechen, sondern dies nur als meinen persönlichen Eindruck hinstellen. Ich glaube, unter diesen Umständen kann ich vorbehaltlich der Zustimmung der Deutschen Regierung den Juristenentwurf[7] annehmen.[8]

[6] Im ersten Gespräch am Vormittag (vgl. Stresemanns Redebeiträge in dieser Edition) war in den noch offenen Abrüstungsfragen strittig geblieben, ob deren Entscheidung nach erfolglosen weiteren Verhandlungen dem Völkerbundsrat (dies der Standpunkt Briands) oder einem Schiedsgericht übertragen werden solle (dies der deutsche Standpunkt).

[7] Bei dem Entwurf der beiden juristischen Sachverständigen der Außenministerien, des Deutschen Gaus und des Franzosen Fromageot, der zur Entscheidung vorlag, handelt es sich offenbar um denjenigen Text, der in der folgenden Anm. als Beschluß nachgewiesen ist.

[8] Abschließend einigen sich die Außenminister darauf, daß in den beiden noch offenen Fragen der Ostfestungen, bei denen weitere Baumaßnahmen vorläufig eingestellt werden, und der Kriegsmaterialien die Botschafterkonferenz weitere Verhandlungen auf der Grundlage neuer Vorschläge führen werde, daß die Fragen an den Völkerbund übergehen würden, wenn die Verhandlungen erfolglos bleiben sollten, und daß die Interalliierte Militärkontrollkommission zum 31. Januar 1927 abgezogen werde (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 607–608, Anm. 3; zum vereinbarten Pressekommuniqué vgl. auch VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 588 [Abendausgabe] vom 13. Dezember 1926).

Rede vor Pressevertretern in Genf vom 12. Dezember 1926[1]

Nach NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22359 (Morgenausgabe) vom 13. Dezember 1926, S. 3.

Glaubt, daß alle Beteiligten mit Befriedigung über die Einigung in der Militärkontroll- und Entwaffnungsfrage aus Genf abreisen. Betont die Bedeutung der persönlichen Kontakte für den weiteren Erfolg der Verständigungspolitik.

Ich glaube, daß in allen Lagern ein **großes Gefühl der Befriedigung** über die zu Ende gegangenen Beratungen herrscht. Ich glaube, annehmen zu können, daß die Worte des Protokolls[2], daß sich eine freundschaftliche Lösung für die strittigen Punkte ermöglichen lasse, mehr sind, als eine façon de parler[3]. Ich habe auf dieser Tagung[4] wiederum feststellen können, wie außerordentlich **wertvoll die persönlichen Beziehungen** sind, die der Völkerbund geschaffen hat und die vorher geschaffen worden sind durch die Zusammenarbeit auf den verschiedenen Konferenzen. Ich glaube, Ihnen sagen zu können, daß die Außenminister der früher sich bekämpfenden Großmächte Europas heute bei allen Verhandlungen sich tragen lassen von dem guten Willen, über alle Schwierigkeiten zu einer Verständigung zu gelangen, daß sie von der **neuen Methode der Politik, deren Ausdruck der Völkerbund ist,** Gebrauch machen, um das persönliche Vertrauen, das sie zueinander haben, auch auf ihre Kabinette und die Völker zu übertragen, und daß sie sich verbunden fühlen als **Träger ganz bestimmter Ideen der friedlichen Erneuerung Europas** bei Herstellung einer engeren Zusammenarbeit der Staatsmänner der verschiedenen Nationen.

---

[1] In der Vorlage, einem Artikel unter der Überschrift „Stresemann über die Bedeutung der persönlichen Zusammenarbeit“, heißt es einleitend: „Dr. Stresemann gab heute abend Pressevertretern Erklärungen ab. Er führte unter anderem aus:“ – Offenbar handelt es sich also um eine gekürzte Wiedergabe der Rede Stresemanns.

[2] Text des am 12. Dezember 1926 von den Außenministern der Locarno-Mächte und dem japanischen Vertreter Ishii verabschiedeten Protokolls, mit dem die Aufhebung der interalliierten Militärkontrollkommission zum 31. Januar 1927 und der weitere Umgang mit den noch offenen Punkten der deutschen Entwaffnung beschlossen wurden, in SCHULTHESS 67 (1926), S. 497–498.

[3] Etwa mit der Bedeutung „leere Worte“.

[4] Stresemann hielt sich vom 4. bis 13. Dezember 1926 zu der Völkerbundstagung und den diese begleitenden Verhandlungen in Genf auf.

Ich habe deshalb auch in dem **Beschluß von Oslo**[5] gewissermaßen **ein Symbol** gesehen, weil er eine Approbation der öffentlichen Meinung der Welt in bezug auf diese Ideen darstellte. Bei dem Frühstück, das die deutsche Presse mir heute gegeben hat[6], habe ich zum Ausdruck gebracht, daß **vielleicht der Weltkrieg nicht ausgebrochen wäre,** wenn diese Form persönlicher Zusammenarbeit, persönlicher Aussprache und des sehr engen Kontakts, welchen die große Genfer Institution uns heute gibt, schon bestanden hätte. Ich weiß, daß wir alle mit großen Widerständen zu rechnen haben, jeder in seinem Lande – Herr **Chamberlain**[7] ausgenommen, wie er selber gesagt hat – aber ich bin der festen Ueberzeugung, daß diese **Widerstände im Schwinden begriffen** sind. Ich glaube, daß wir auch bei der Lösung der Fragen, die im heutigen Protokoll[8] niedergelegt sind, einen Schritt vorwärts gekommen sind, dem andere folgen können.

[5] Am 10. Dezember 1926 war in Oslo bekanntgegeben geworden, daß das Nobelpreiskomitee den Friedensnobelpreis für 1925 an Chamberlain und Dawes, denjenigen für 1926 an Stresemann und Briand verliehen hatte (vgl. TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 577 [Morgenausgabe] vom 11. Dezember 1926).

[6] Vgl. in dieser Edition die Rede Stresemanns bei einem Frühstück der Vertreter der deutschen Presse in Genf vom 12. Dezember 1926.

[7] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929. – Zur nachfolgend angesprochenen Erklärung Chamberlains anläßlich der Verleihung des Nobelpreises im Völkerbundsrat am 11. Dezember 1926 vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 587 vom 12. Dezember 1926.

[8] Vgl. oben mit Anm. 2.

Rede vor Vertretern der deutschen Presse in Berlin vom 14. Dezember 1926[1]

Nach STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 73–75.

Zeigt sich zufrieden über die in Genf erzielten Ergebnisse und zuversichtlich, daß auch die ausstehenden Entwaffnungsfragen einvernehmlich erledigt werden. Die bevorstehende Rückziehung der Militärkontrollkommission. Die restliche Rheinlandräumung wird weiter in der Diskussion bleiben. Die deutsche Arbeit im Völkerbund wird zur Normalität werden. Die Behandlung der Saarfrage mußte aus taktischen Gründen verschoben werden.

Ich glaube, es ist Ihnen genügend bekannt, welche Art von Telegrammwechsel zwischen Paris und Genf [Poincaré[2] und Briand[3]][4] stattgefunden hat über die Abmachungen, die getroffen worden sind[5]. Es hat in diesen Verhandlungen, weil ja naturgemäß die Außenminister ihrer Regierungen sicher sein mußten, da sie ja als Repräsentanten ihrer Mächte und Völker handelten, Verzögerungen und **aufregende Momente** gegeben, weniger zwischen den Verhandelnden als dadurch, daß diese aufregenden Momente Ausstrahlungen waren desjenigen seelischen Kampfes, der heute ausgefochten wird über die Fortsetzung der Politik, die mit dem Namen Lo-

---

[1] Die Vorlage erläutert: „Das Ergebnis dieser Völkerbundsratstagung ist in dem Bericht niedergelegt, den Stresemann nach seiner Rückkehr am 14. Dezember, wenige Minuten nach seinem Empfang beim Reichspräsidenten, vor den Vertretern der deutschen Presse erstattet:“ – In keiner der überprüften Zeitungen findet sich eine ausdrückliche Erwähnung dieser Rede vor der Presse. Ein Artikel in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 591 (Morgenausgabe) vom 15. Dezember 1926, gibt jedoch den Inhalt in seinen wesentlichen Zügen wieder und geht vermutlich auf diese Informationen Stresemanns zurück.

[2] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929.

[3] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918. – Briand hatte wiederholt in den Besprechungen der Locarno-Vertreter in Genf zwischen dem 6. und 12. Dezember 1926 (vgl. die betreffenden Redebeiträge Stresemanns in dieser Edition) auf die entsprechende Kommunikation mit Paris verwiesen. Vgl. dazu auch VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 587 vom 12. Dezember 1926, u. Nr. 588 (Abendausgabe) vom 13. Dezember 1926.

[4] So – als Herausgeberergänzung – in der Vorlage.

[5] Am 12. Dezember 1926 hatten sich die Außenminister der Locarno-Mächte und Ishii, der Vertreter Japans, auf ein Protokoll geeinigt, mit dem die Aufhebung der interalliierten Militärkontrollkommission zum 31. Januar 1927 und der weitere Umgang mit den noch offenen Punkten der deutschen Entwaffnung beschlossen wurden (Text in SCHULTHESS 67 [1926], S. 497–498).

carno[6] verbunden ist, zwischen deren Freunden und denjenigen, die sich in Deutschland und anderen Ländern die größte Mühe geben, diese Verhandlungen zum Scheitern zu bringen. Die Vereinbarungen, die getroffen worden sind, werden nach der übereinstimmenden Auffassung der Delegation[7] und, wie ich glaube annehmen zu können, des Kabinetts, das darüber informiert war, unserem Standpunkt vollkommen gerecht.

Wir sind über zwei Fragen noch nicht einig, und diese beiden Fragen sind von einer sehr großen prinzipiellen Wichtigkeit. Das ist einmal die Frage des **Kriegsgeräts[8].** Ich habe irgendwo in einer Zeitung gelesen, daß ich den Vorschlag gemacht hätte, Konzessionen auf dem Gebiete des Exportes von Halbzeug zu machen. Das ist eine vollkommene Erfindung. Die Situation hat sich vielmehr gerade in der Frage des Begriffes „Kriegsgeräte“ zu unseren Gunsten insofern entwickelt, als nicht in erster Linie die Frage des Exportes derjenigen Artikel, die in weiterer Verarbeitung zu Kriegsgerät werden können, in den Vordergrund gestellt wurde, sondern die nunmehr militärisch aufgezogene Frage der Aufhäufung solchen Gerätes in Deutschland, die gar nicht zu unseren wirtschaftlichen Interessen gehört, während der Export selbstverständlich eine ganz entscheidende Bedeutung in dieser Frage gehabt haben würde. Die englische Auffassung ist nicht so schroff, wie behauptet; von unserer Seite sind nicht neue Garantien oder Konzessionen verlangt worden. Die weitere Verhandlung in der Frage erfolgt auf dem Wege von Regierung zu Regierung, und da in dieser Frage ebenso wie in der Frage der **Ostfestungen[9]** die Möglichkeit neuer Vorschläge besteht, wobei es sich nicht um einseitige neue Vorschläge von einer Seite handelt, so ist auch durchaus die Möglichkeit vorhanden und – wie ich hoffe –

---

[6] Stresemann bezieht sich auf die Konferenz von Locarno vom 5. bis 16. Oktober 1925 und die am 16. Oktober 1925 als deren Ergebnis paraphierten Verträge (Text der Verträge in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215).

[7] Gemeint ist die Delegation, die vom 4. bis 13. Dezember 1926 in Genf weilte, darunter neben Stresemann auch Staatssekretär Schubert und Friedrich Gaus, der Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes (eine vollständige Aufzählung aller Delegationsmitglieder in BERLINER TAGEBLATT, Nr. 569 [Abendausgabe] vom 2. Dezember 1926).

[8] Gemeint ist die Frage, ob und in welchem Umfang Deutschland Materialien produzieren und ausführen dürfe, die im weiteren Verarbeitungsprozeß auch in der Rüstungsindustrie Verwendung finden könnten. Zu Details der Unterscheidung vgl. etwa die Ministerbesprechung vom 11. Dezember 1926 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 431–432). Für eine Aufzählung der betreffenden, vor allem von englischer Seite monierten Produkte vgl. BERLINER TAGEBLATT, Nr. 583 (Abendausgabe) vom 10. Dezember 1926.

[9] Gemeint sind die Festungswerke im Osten Deutschlands und insbesondere in Königsberg; Deutschland vertrat den Standpunkt, daß ihm die Modernisierung dieser Festungen erlaubt sei; die Vertreter der Siegermächte wollten diese Frage zunächst verhandelt sehen und verlangten bis dahin eine Einstellung der deutschen Bautätigkeit, wie sie dann auch in dem in Anm. 5 nachgewiesenen Protokoll fixiert wurde.

die Wahrscheinlichkeit, daß diese Dinge erledigt werden, ehe überhaupt diejenigen Fragen in Betracht kommen, die für den Fall der Nichterledigung vorgesehen sind.

Die interalliierte Militärkontrolle wird am 31. Januar 1927 zurückgezogen[10]. Ich bemerke ausdrücklich, daß diese Zurückziehung eine **bedingungslose** ist. Es liegt hier nicht bloß ein Communiqué vor, sondern ein beglaubigtes, vom englischen Außenminister[11] gegengezeichnetes Protokoll[12], Abschriften sind an die beteiligten Mächte gegangen.

Die Frage der **Rheinlandräumung[13]** wird nicht mehr aus der Diskussion verschwinden. Das ist eine Folge der gesamtpolitischen Lage, aus der heraus wir mit aller Ruhe den anderen das sagen können, was ihre eigenen Landsleute ihnen sagen: Wenn ihr einmal nach Genf und Locarno gegangen seid, so könnt ihr am Rhein nicht bleiben! Ihr könnt auch die Deutschen nicht nach Genf einladen und nicht einladen, in den Völkerbundsrat einzutreten[14] und den ewigen Völkerbundsfrieden mitschaffen zu helfen und zugleich am Rhein eine Besatzungsarmee belassen! Dieses Pfand, wie Briand es nannte[15], wird nach dessen eigenen Worten überdies von Tag zu Tag weniger wertvoll. Sorgen wir daher, so meinte Briand, dafür, daß es eingelöst wird zu Bedingungen, die akzeptabel sind. Die Frage wird weiter diplomatisch behandelt und behandelt werden können bei den Zusammenkünften, bei den Völkerbundsratstagungen, die bevorstehen.

Unsere Anwesenheit im Völkerbund wird allmählich den Charakter der Sensation verlieren und den sachlicher Mitarbeit annehmen. Wo die nächste Völkerbundsratssitzung stattfinden wird, steht heute nicht fest und wird erst vier Wochen vor dem betreffenden Termin entschieden. Innerhalb des Völkerbundsrats selbst ist durchaus sachlich gearbeitet worden[16]. An Sie möchte ich hier die Bitte richten, bei der Beurtei-

---

[10] Vgl. oben mit Anm. 5.

[11] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929.

[12] Vgl. oben mit Anm. 5.

[13] Gemeint ist die Frage der vorzeitigen Räumung der beiden südlichen noch besetzten Zonen des Rheinlands. In den Monaten nach der Räumung der 1. („Kölner“) Zone zum 31. Januar 1926 waren entsprechende deutsche Bemühungen insbesondere gegenüber Frankreich intensiviert worden. Durch die telegraphische Weisung Köpkes vom 8. September 1926 war die Botschaft in Paris jedoch angewiesen worden, das Thema vorerst gegenüber der französischen Regierung nicht mehr anzusprechen (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 173).

[14] Dies bezieht sich auf den deutschen Beitritt in den Völkerbund und Völkerbundsrat, der am 10. September 1926 vollzogen wurde; zur Rede Stresemanns anläßlich dieses Beitritts vgl. diese Edition.

[15] Den Begriff des Pfandes gebrauchte Briand in seiner Kammerrede vom 30. November 1926 (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 567 [Morgenausgabe] vom 1. Dezember 1926).

[16] Zur Arbeit des Völkerbundsrates vom 6. bis 11. Dezember 1926 vgl. SCHULTHESS 67 (1926), S. 495–497.

lung der Stellungnahme der einzelnen im Völkerbunde vertretenen Mächte freundlichst davon abzusehen, die Nationen in Europa und die anderen Mächte in **deutschfreundliche** und **deutschfeindliche** nach altem Schema einzuteilen. Es gibt Nationen, die ganz allgemein als deutschfreundlich angesehen werden, deren Vertreter uns aber doch die allergrößten Schwierigkeiten gemacht haben, die wir überhaupt jemals gehabt haben, wenn es uns auch gelungen ist, diese Schwierigkeiten gerade mit Hilfe der Entente zu bewältigen. Es gibt keinen Mann, der uns mehr geschadet hat als der Vertreter **Spaniens[17].** Denn ihm haben wir zu verdanken die Teilung Oberschlesiens und den Verlust von Kattowitz[18]. Es haben auch die Danziger niemals mehr gelitten[19], als wenn der Vertreter Spaniens als Kommissar beteiligt war. Alle diese Verhältnisse sehen in der neueren Zeit ganz anders aus. Nationen, von denen Sie regelmäßig annehmen, daß wir mit ihnen sehr gut ständen, stimmen vielfach nicht mit uns überein, während es andererseits wieder mit Gemeinschaften sachliche Übereinstimmung gibt, die nichts mit der Situation zu tun haben, die im Weltkriege vorhanden war.

Daß wir in der **Saarfrage[20]** zu einer Vertagung gekommen sind, hat zu Protesten auch von der Saar her geführt. In Aussicht genommen war die Ersetzung der zwei französischen Regimenter durch eine Polizeitruppe und durch einen Eisenbahnschutz. Wir haben uns jedoch gesagt, daß dieser der Bevölkerung vielleicht lästiger werden würde als die jetzige Besetzung. Wir konnten nicht, bloß um erklären zu können: „Die Soldaten gehen weg“, die Saar mit einer Einrichtung beglücken, die wir später nicht wieder fortbekommen. Wenn wir acht Tage Zeit gehabt hätten, allein über diese Frage zu verhandeln, hätten wir vielleicht ein Einvernehmen erzielt. Aber

---

[17] Gemeint ist José Quiñones de León (1873–1957), spanischer Botschafter in Paris und Delegierter zum Völkerbundsrat 1917–1931.

[18] Stresemann bezieht sich auf die Grenzziehung in Oberschlesien von 1921, die nach vorangegangener Volksabstimmung und nach einem Schiedsspruch des Völkerbundsrates vom Obersten Rat der Siegermächte 1921 verfügt wurde und Oberschlesien zwischen Deutschland und Polen teilte. Quiñones de Leon war Mitglied in einer Viererkommission des Völkerbundsrates, die den Schiedsspruch vorbereitete (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 5, S. 317, Anm. 4).

[19] Auf welche konkreten Vorkommnisse Stresemann sich hier bezieht, konnte nicht ermittelt werden.

[20] Das Saargebiet war durch den Versailler Vertrag auf 15 Jahre dem Völkerbund unterstellt worden; das Eigentum an den dortigen Kohlengruben ging an Frankreich über. Nach Ablauf dieser Frist sollte eine Volksabstimmung die weitere Souveränität über das Saargebiet entscheiden. Einzelheiten der Regierung und Verwaltung des Saargebiets („Saarstatut“) durch eine vom Völkerbund ernannte Regierungskommission waren ebenfalls im Vertrag geregelt (vgl. dessen Art. 45–50 und deren Anlagen: VERTRAG VON VERSAILLES S. 28–40). – Seit längerem war der Plan Frankreichs strittig, im Gegenzug für den Abzug seiner Truppen Eisenbahn-Bataillone im Saargebiet einzusetzen. Auf der Völkerbundsratstagung vom Dezember war die Befassung damit auf die Tagung im März 1927 verschoben worden (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 587 vom 12. Dezember 1926; zur Beratung der Saarfrage auf und neben der Ratstagung sowie zu den nachfolgend angesprochenen Protesten vgl. die Aufzeichnung in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 611–616).

diese Möglichkeit lag nicht vor.

Es ist dann gesagt worden, ich hätte die Absicht gehabt, von Genf nach **Stresa** zu fahren, um mich mit einem sehr bekannten Mann [Mussolini][21] zu treffen. Sie sehen, daß der Weg mich nach Berlin geführt hat.

[21] So – als Herausgeberergänzung – in der Vorlage. – Benito Mussolini (1883–1945), auf der Machtbasis seiner „Faschistischen Partei“ zunehmend diktatorisch regierender Ministerpräsident Italiens 1922–1945.

Rede beim Empfang durch den Hamburger Senat vom 20. Dezember 1926[1]

Nach HAMBURGER FREMDENBLATT, Nr. 352a (Morgenausgabe) vom 21. Dezember 1926, S. 2. – Druck auch in HAMBURGISCHER CORRESPONDENT, Nr. 593 (Morgenausgabe) vom 21. Dezember 1926, S. 1–2. – Teildrucke in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 593 (Morgenausgabe) vom 21. Dezember 1926; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 594 (Morgenausgabe) vom 21. Dezember 1926; KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 946 (2. Morgenausgabe) vom 21. Dezember 1926; FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 948 (2. Morgenausgabe) vom 21. Dezember 1926; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 601 (Morgenausgabe) vom 21. Dezember 1926; BERLINER TAGEBLATT, Nr. Nr. 600 (Morgenausgabe) vom 21. Dezember 1926; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22367 (Morgenausgabe) vom 21. Dezember 1926, S. 4; SCHULTHESS 67 (1926), S. 180–181; STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 75–76.

Würdigt die wichtige innen- und außenpolitische Rolle Hamburgs. Die Ergebnisse der letzten Genfer Verhandlungen sind in der Militärkontroll- und Entwaffnungsfrage befriedigend; dem muß jetzt die allgemeine Abrüstung folgen. Fordert die Fortsetzung der Verständigungspolitik.

Herr Bürgermeister[2] der Freien und Hansestadt Hamburg, meine hochverehrten Damen und Herren!

Für die freundlichen Worte, die Eure Magnifizenz an mich zu richten die Güte hatten[3], und die freundlichen Begrüßungsworte des Herrn Doyens des Konsularkorps[4] danke ich herzlich und aufrichtig. Es ist mir eine besondere Freude, hier in Ihrem Kreis weilen zu können und mit den Vertretern der größten deutschen Hansestadt auch zugleich den Vertretern der hier beglaubigten Staaten[5] – und es sind wohl fast

---

[1] Nach dem Artikel in der Vorlage hielt Stresemann, der sich seit dem Abend des 19. Dezember in Hamburg aufhielt (und am Vormittag des 20. Dezembers das Weltwirtschafts-Archiv und das Institut für auswärtige Politik besucht hatte: vgl. FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 947 [1. Morgenausgabe] vom 21. Dezember 1926; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 600 [Abendausgabe] vom 20. Dezember 1926), die Rede im Rahmen eines Diners, das der Hamburger Senat ihm zu Ehren im „großen Festsaale des Hamburger Rathauses“ gab. – Die Vorlage enthält so zahlreiche Auszeichnungen (durch Fett- und Sperrsatz), daß hier auf deren Wiedergabe verzichtet wird. – Laut TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 593 (Morgenausgabe) vom 21. Dezember 1926, wurde die Rede „auch durch Rundfunk verbreitet“. Eine Audiodatei konnte jedoch nicht ermittelt werden.

[2] Carl Wilhelm Petersen (1868–1933), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919 – 30. Januar 1924 (für die DDP; deren Partei- und Fraktionsvorsitzender 1919–1924); Erster Bürgermeister von Hamburg Januar 1924 – 1930 u. 1932–1933.

[3] Seine Begrüßungsrede findet sich in der Vorlage.

[4] Albert Moulaert (1878–1954), belgischer Generalkonsul in Hamburg 1920–1933. – Auch seine Begrüßungsrede findet sich in der Vorlage.

[5] Gemeint sind die Generalkonsuln und Konsuln, die in Hamburg beglaubigt waren und die laut der Vorlage an dem Diner teilnahmen.

alle Staaten der Erde – nähertreten zu können.

In dem Bilde Hamburgs prägt sich der Glanz deutscher Stadtentwicklung und das einträchtige Zusammenwirken deutscher Eigenstaatlichkeit im großen Deutschen Reiche im besonderen Maße aus.

So festgefügt der Begriff der Reichsgewalt war und sein muß, so wenig ist ihm je das Eigenbewußtsein der deutschen Stadtrepubliken hinderlich gewesen, wenn es sich so gestaltete, wie hamburgische Tradition es stets ansah: Höchstentwicklung der Kräfte auf eigenem Gebiet zur Weltgeltung, Stolz auf ererbte Ueberlieferungen und heimische Eigenart und dabei heiße Liebe zum Deutschen Reich, in der sich Hamburg niemals von irgend jemand hat übertreffen lassen. Das, was Hamburg in alten Zeiten des Sonnenglanzes deutscher Weltgeltung geschaffen, und was es zum Wiederaufbau des Reiches beigetragen hat, als es, wie kaum eine andere deutsche Stadt, von den Folgen des Weltkrieges betroffen wurde, das ist ebenso wie der freie Blick seiner Bürger, wie die Weltseele, die es durchdringt, ein wertvolles Aktivum des Reiches und seiner äußeren Politik, wie Sie, Herr Bürgermeister, es mit Recht genannt haben.

Eure Magnifizenz haben in Ihren Worten besonders auch der letzten politischen Vorgänge bei der Tagung in Genf[6] gedacht und in diesem Zusammenhang auch die allgemeine Linie der deutschen Außenpolitik gekennzeichnet, die Deutschland seit langem verfolgt. Dabei haben eure Magnifizenz in Ihren Ausführungen als Sinn und Ziel dieser Außenpolitik wieder den weiten und freien Blick gezeigt, der Sie jedesmal auszeichnete, wenn Sie in den letzten Jahren als Vertreter der Freien und Hansestadt Hamburg das Wort zu diesem Problem genommen haben.

Es war mir stets eine große Genugtuung, aber auch eine starke Ermutigung zum Fortschreiten auf meinem Wege, wenn vor schwerwiegenden außenpolitischen Entscheidungen gerade der Vertreter Hamburgs sich in die vorderste Linie derjenigen deutschen Staatsmänner stellte, die entschlossen waren, der Reichsregierung auf ihrem schweren Wege zu folgen.

Diese Stellungnahme des hamburgischen Senats ist sicherlich kein Zufall und sicherlich nicht nur die Folge Ihrer rein persönlichen Einstellung. In diesem großen Ein- und Ausfuhrtor des deutschen Welthandels liegen den Menschen die Gesichtspunkte, die für die Gestaltung der auswärtigen Politik maßgebend sind, näher als in man-

[6] Stresemann bezieht sich auf die Tagung des Völkerbundsrates vom 6. bis 11. Dezember 1926 und die sie begleitenden Verhandlungen der Locarno-Mächte (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 495–497).

chen anderen deutschen Gebieten. Hier richtet sich der Blick von selbst auf die Realitäten und Notwendigkeiten, die sich aus den Beziehungen Deutschlands zu den anderen Völkern der Welt ergeben. So haben Sie mit berechtigtem Stolz auf die hervorragende Rolle hinweisen können, die die Hansestädte als Mitträger deutscher Außenpolitik jederzeit gespielt haben und spielen werden.

Mit Genugtuung glaube ich indes sagen zu können, daß die Grundgedanken unserer Außenpolitik immer mehr auch in denjenigen Kreisen Wurzel schlagen, die ihnen zunächst zweifelnd oder gar ablehnend gegenüberstanden.

Jeder objektiv Denkende wird Verständnis dafür haben, daß das deutsche Volk, eingedenk großer Tradition und Geschichte, den Blick zunächst vielfach nicht von der Vergangenheit zu trennen vermochte. Aber es ist ein Beweis für den gesunden, lebendigen Kern unseres Volkes, daß es ohne Aufgabe seines Stolzes auf seine großen Ueberlieferungen sobald nach dem katastrophalen Ausgang des Weltkrieges den Sinn neuer Entwicklungen begriffen und immer sicherer den Weg erkannt hat, der in die Zukunft führt. Ich bin fest überzeugt, daß Deutschland niemals das verleugnen wird, was Sie, Herr Bürgermeister, als das Leitmotiv meines politischen Handelns bezeichneten, nämlich den Glauben an den Willen der Menschheit zum wahren Frieden und zur gerechten Verständigung. In diesem Glauben liegt eine bedeutsame Synthese von Ideal und Realität. Nicht nur allgemeine Menschheitsgedanken, sondern auch die großen praktischen Notwendigkeiten der Völker weisen darauf hin, neue Formen für das Zusammenleben der Nationen zu suchen. Wir können darauf vertrauen, daß wir mit der Förderung des hohen Ideals des Völkerfriedens zugleich auch denjenigen nie aufzugebenden Forderungen dienen, die wir im Interesse unseres eigenen Landes stellen müssen. Wir sind uns klar darüber, daß der Glaube an dieses große Ziel nicht gleichbedeutend ist mit seiner Erreichung. Schwierige Hindernisse gilt es noch zu überwinden, und Rückschläge werden auch in Zukunft nicht ausbleiben. Aber diese Schwierigkeiten und Rückschläge dürfen uns nicht in der Erkenntnis beirren, daß der von uns eingeschlagene Weg der richtige ist und daß er schließlich zum Ziele führen muß. Ich darf auch nach dem Ergebnis der letzten Reichstagsverhandlungen[7] trotz der scharfen parteipolitischen Auseinandersetzungen das eine mit Genugtuung feststellen, daß Schwankungen innerpolitischer Art an

[7] Stresemann bezieht sich wohl auf die Verhandlungen des Reichstags vom 16. und 17. Dezember 1926. Dabei hatte Scheidemann die illegale Rüstungszusammenarbeit der Reichswehr mit der Sowjetunion angeprangert und damit einen von der SPD eingebrachten Mißtrauensantrag begründet, der schließlich eine Mehrheit fand und somit zum Sturz der Regierung führte (vgl. zusammenfassend SCHULTHESS 67 [1926], S. 175–180).

diesem Kurs der deutschen Außenpolitik nichts ändern werden, der sich heute auf die Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes zu stützen vermag.

Einen Schritt vorwärts auf unserem Wege bedeutete das Ergebnis der letzten Genfer Tagung. Es ist dort gelungen, eine grundsätzliche Regelung für zwei schwierige Fragen zu finden, die dem Fortschreiten der politischen Entwicklung bisher im Wege standen. Für die Tätigkeit derjenigen fremdstaatlichen Organe, die in Deutschland die Durchführung der Entwaffnungsbestimmungen kontrollieren, ist ein naher Endtermin festgesetzt worden[8]. Zugleich ist es gelungen, für die Investigationsbefugnisse des Völkerbundes denjenigen festen Rahmen zu vereinbaren[9], der sich aus der gerechten Auslegung der Vertragsbestimmungen ergibt. Vom deutschen Standpunkt aus dürfen wir es als einen Fortschritt bezeichnen, daß dabei die Entwaffnungsaktion, wie sie uns durch den Versailler Vertrag auferlegt wurde[10], nunmehr allseitig als durchgeführt anerkannt worden ist. Das ist eine wichtige Etappe, aber freilich doch nur eine Etappe, denn ich will offen aussprechen, daß es auf die Dauer ein unmöglicher und mit der Gleichberechtigung im Völkerbund unvereinbarer Zustand ist, die allgemeine Rüstungsfreiheit bestehen zu lassen und dabei einem einzelnen Staat die volle Entwaffnung vorzuschreiben und ihn einseitig zu kontrollieren[11].

Diesen Zustand zu beseitigen, konnte sicherlich nicht Aufgabe der letzten Genfer Verhandlungen sein. Es ist aber eine Aufgabe, die im Zusammenhang mit dem allgemeinen Abrüstungsproblem unbedingt gelöst werden muß. Die Welt wird Verständnis dafür haben, daß Deutschland seinen Willen zur loyalen Innehaltung der Entwaffnungsbestimmungen und die Anerkennung der Investigationsbefugnisse des

---

[8] Am 12. Dezember 1926 hatten sich die Außenminister der Locarno-Mächte und Ishii, der Vertreter Japans, in Genf auf ein Protokoll geeinigt, mit dem die Aufhebung der interalliierten Militärkontrollkommission zum 31. Januar 1927 und der weitere Umgang mit den noch offenen Punkten der deutschen Entwaffnung beschlossen wurden (Text in SCHULTHESS 67 [1926], S. 497–498).

[9] Am 11. Dezember 1926 hatte der Völkerbund in der Frage einer Investigation gemäß Art. 213 des Versailler Vertrags (VERTRAG VON VERSAILLES S. 100) einstimmig das Investigationsprotokoll vom 27. September 1924 (Text in deutscher Übersetzung: DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 40, B 2 [1924], S. 14–18) und dessen Ausführungsbestimmungen vom 14. März 1925 (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 449, sowie AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 394, Anm. 2) grundsätzlich bestätigt, dabei jedoch gewisse Präzisierungen beschlossen (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 497).

[10] Gemeint sind die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrags für Deutschland (vgl. zu den Details dessen Art. 159–213: VERTRAG VON VERSAILLES S. 82–100)

[11] Die in der vorangegangenen Anm. genannten Abrüstungsbestimmungen werden einleitend damit begründet, „[u]m die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen“ (ebd., S. 82). – Zwischenzeitlich, im Dezember 1925, hatte der Völkerbundsrat die Einberufung einer „Vorbereitenden Abrüstungskonferenz“ beschlossen, zu deren Arbeit auch Deutschland eingeladen wurde (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 455–456); sie tagte erstmals im Mai 1926 und delegierte zum Abschluß dieser ersten Beratung die weitere Bearbeitung spezieller Fragen in Unterkommissionen (vgl. ebd., 67 [1926], S. 463–466).

Völkerbunds nicht betonen kann, ohne gleichzeitig auszusprechen, daß auch der Gedanke der allgemeinen Abrüstung seiner Verwirklichung zugeführt wird.

Vielleicht liegt der wertvollste Erfolg von Genf darin, daß die Methode offener Aussprache, für die der Völkerbund einen so hervorragend geeigneten Rahmen abgibt, sich wiederum voll bewährt hat. Wir befinden uns noch im ersten Anfangsstadium einer neuen europäischen Entwicklung und es ist gerade in diesem Stadium von Bedeutung, daß die leitenden Staatsmänner dem Vertrauen der Völker auf jene Entwicklung so oft als möglich durch sichtbare Ereignisse neue Nahrung geben. Das ist im Interesse aller beteiligten Länder in Genf geschehen. Zugleich ist mit den erzielten Ergebnissen aber der Weg freigemacht für die praktische Inangriffnahme anderer außenpolitischer Probleme, die an Bedeutung die bisher geregelten Fragen noch weit übertreffen dürften. Auf diese Fragen sachlich im einzelnen einzugehen, möchte ich mir versagen. Wohl aber kann ich den Grundgedanken klar bezeichnen, von dem die beteiligten Staatsmänner ausgehen müssen, wenn die Lösung gelingen soll. Dieser Grundgedanke ist die Erkenntnis der Solidarität der Interessen, die die Völker Europas untereinander, und darüber hinaus die Völker Europas mit den übrigen Völkern der Welt verbinden. Das Werk von Locarno[12] und der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund[13] haben eine gute und sichere Grundlage für diese Politik der Solidarität der Interessen gelegt, aber doch nur eine Grundlage. Die geschlossenen Verträge würden ein toter Buchstabe bleiben, wenn es nicht dazu käme, im großen Geist der Verständigung darauf weiter zu bauen und so endlich das Gebäude zu errichten, das den Völkern ein friedliches Nebeneinanderwohnen und Miteinanderarbeiten ermöglicht. Zu diesem Grundgedanken der Annäherung, des Zusammenwirkens und der Verständigung der Völker haben Sie, Herr Bürgermeister, sich in Ihrer Rede bekannt[14]. Sie klang aus in einem Bekenntnis zu diesem Gedanken. Lassen Sie mich hoffen, daß dieser Ruf Hamburgs gehört wird, dessen Name in der Welt bekannt ist, dessen königliche Kaufleute die Idee der weltwirtschaftlichen Verbundenheit stets mit der Idee des Stolzes auf die engere und weitere Heimat verbunden haben. Ich gedenke Hamburgs großer Aufgabe, an diesem Gedanken mitzuarbeiten, in dieser Stunde, und ich erhebe mein Glas in der Hoffnung auf das weitere Blühen der Freien

[12] Stresemann bezieht sich auf die Konferenz von Locarno vom 5. bis 16. Oktober 1925 und die am 16. Oktober 1925 als deren Ergebnis paraphierten Verträge (Text der Verträge in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215).

[13] Gemeint ist der am 10. September 1926 vollzogene Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und Völkerbundsrat; zur Rede Stresemanns anläßlich dieses Beitritts vgl. diese Edition.

[14] Vgl. oben mit Anm. 3.

und Hansestadt Hamburg, auf das Wohl seiner bewährten Führer im hamburgischen Senat und auf das Wohl de[s][15] von uns allen hochverehrten Herrn Präsidenten des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg, Hamburg und seine Führer, sie leben hoch![16]

[15] In der Vorlage, vermutlich als Druckfehler: „der“. U. a. in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 593 (Morgenausgabe) vom 21. Dezember 1926, wohl zutreffend: „des“.

[16] Die Vorlage schließt den Artikel mit folgenden Worten: „Die Rede wurde besonders an denjenigen Stellen, die sich auf die Abrüstung der andern Staaten beziehen, von lebhaftem Beifall unterbrochen. Nach dem Essen fand Dr. Stresemann Gelegenheit, mit den führenden Persönlichkeiten des Konsularkorps Austausch zu pflegen. Gegen 11 Uhr war die festliche Veranstaltung zu Ende, da Herr Dr. Stresemann mit dem Nachtzuge nach Berlin zurückkehrte.“